

„DIE DEMAGOGISCHE KRAFT DES WORTES:

IDEOLOGIEBILDUNG VON RECHTS

Eine Analyse rechtsradikaler Sprachspiele und Denkmuster in Medientexten“

Dissertation zur Erlangung des

Doktorgrades (Dr. rer. soc.)

des Fachbereiches Gesellschaftswissenschaften

der Justus-Liebig-Universität Gießen

Vorgelegt von:

Michaela Kronenberg

aus:

Braunschweig

Berlin, den 25. August 2001

dissertation.de - Verlag im Internet GmbH

Sonderausgabe des Werkes mit der ISBN /

Special edition of the book with the ISBN: 3-89825-505-0

dissertation.de - Verlag im Internet GmbH

Pestalozzistr. 9

10 625 Berlin

URL:

<http://www.dissertation.de>

Widmung

Für alle die, die mich im Laufe der Jahre in vielen kleinen Schritten darauf vorbereitet haben, eine Dissertation schreiben zu können.

Für all jene, die mich darin motiviert und bestärkt haben, sie schreiben zu wollen und auch für die, die mich gebremst haben, wenn es nötig war.

Für die, die ihr Wissen mit mir geteilt haben, die an mich geglaubt haben und denen ich den Aufwand wert war.

Auch für alle Kritiker und Ungläubigen, die meinen Ehrgeiz beflügelt haben.

All diesen Menschen – Ratgebern, Kritikern und Freunden sowie dem einen Menschen, ohne dessen liebende und beständige Unterstützung die Arbeit womöglich im Sande verlaufen wäre – ist diese Dissertation in Dankbarkeit gewidmet.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. EINFÜHRUNG	1
1.1 BEGRIFFSKLÄRUNG	3
1.1.1 ZUM EXTREMISMUSBEGRIFF	4
1.1.1.1 Was ist „rechts“?	4
1.1.1.2 Die Neue Radikale Rechte und die Alte Rechte	10
<i>1.1.1.2.1 Die Alte Rechte in Abgrenzung zur Neuen Radikalen Rechten</i>	<i>11</i>
<i>1.1.1.2.2 Die Neue Radikale Rechte als Oberbegriff für die Neue Radikale Rechte und die Intellektuelle Neue Radikale Rechte</i>	<i>13</i>
<i>1.1.1.2.3 Neuheidnische Glaubensgruppen und Skinheads</i>	<i>15</i>
<i>1.1.1.2.4 Überblick über rechtsradikale Parteien, Vereine und Gruppierungen und deren Periodika</i>	<i>17</i>
1.1.1.3 Was ist „Ideologie“?	20
1.1.2 ZUR DEFINITION VON MEDIENTEXTEN	23
1.2 DIE ZIELE DER ARBEIT, DIE EINORDNUNG IN DEN STAND WISSENSCHAFTLICHER FORSCHUNG UND HYPOTHESEN ZUM FORSCHUNGSGEGENSTAND	24
1.2.1 DIE ZIELE DER ARBEIT	24
1.2.2 ZUM STAND DER FORSCHUNG	29
1.2.3 HYPOTHESEN ZUM FORSCHUNGSGEGENSTAND	32
2. METHODIK	37
2.1 BESTIMMENDE ASPEKTE QUANTITATIVER UND QUALITATIVER SOZIALFORSCHUNG	37
2.1.1 QUALITATIVE SOZIALFORSCHUNG IN DER POLITIKWISSENSCHAFT	39
2.1.2 STATISTISCHE GRUNDLAGEN	40
2.1.2.1 Methodische Grundlagen der Auswertung von Medientexten unter statistischen Aspekten	42
2.1.2.2 Methodische Untersuchung zur Auswertung von Erhebungen	46

2.2 POLITIKWISSENSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN	47
2.2.1 DAS KONZEPT „POLITISCHE KULTUR“ ALS MODELL DER POLITISCHEN THEORIE	50
2.2.2 DIE ENTSTEHUNG DER VÖLKISCHEN UND RECHTSRADIKALEN IDEOLOGIE IN DEUTSCHLAND AUF DER BASIS DES HISTORISCHEN ANSATZES	53
2.2.2.1 Nationalistisches Denken in Europa	54
2.2.2.2 Der Nährboden völkischen Denkens in Deutschland	55
2.2.2.3 Zur Darstellung der grundlegenden Charakteristika der Neuen Radikalen Rechten im Vergleich zur Abgrenzung zum historischen Nationalsozialismus	58
2.2.2.4 Die Entstehung der Neuen Radikalen Rechten auf der Basis des historischen Ansatzes	62
2.2.2.5 Das Selbstbild der Neuen Radikalen Rechten in Anlehnung an Carl Schmitt	65
2.2.3 ZUR POLITIKWISSENSCHAFTLICHEN METHODIK	68
2.2.3.1 Fächerübergreifende Methodik	68
2.2.3.2 Bewegungsforschung	69
2.2.3.3 Defizitanalyse	71
2.2.3.4 Vergleich von Parteiprogrammen mit dem Programm der NSDAP von 1920	72
2.3 METHODEN ZUR ANALYSE POLITISCHER SPRACHE IM HINBLICK AUF IDEOLOGIE-BILDENDE PROZESSE	75
2.3.1 INHALTSANALYSE	75
2.3.2 DISKURSANALYSE	76
2.3.3 NOMINATIONSTHEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN	76
2.3.4 SOZIALISATION, IDENTIFIKATION, ZUSAMMENGEHÖRIGKEITSGEFÜHL UND DISTANZIERUNG DURCH SPRACHE	77
2.3.5 SOZIOLOGISCHE ASPEKTE	83
2.3.6 PSYCHOLINGUISTISCHE ASPEKTE	85
2.3.7 (SPRACHWISSENSCHAFTLICHE) MITTEL IN MEDIENTEXTEN	86
2.3.7.1 Hitler über die Bedeutung der Rede	87
2.3.7.2 Mittel der Lingua Tertii Imperii	89

2.3.7.3 Anlehnungen an religiösen Sprachgebrauch	99
2.3.7.4 Andere für die Analyse relevante linguistische Mittel	101

3. ANALYSE VON MEDIENTEXTEN IM HINBLICK AUF RECHTSRADIKALE

INHALTE	103
3.1 PARTEIPROGRAMME	103
3.1.1 POLITIKWISSENSCHAFTLICHE ANALYSEN	103
3.1.1.1 Defizitanalyse	104
3.1.1.2 Vergleich mit dem Programm der NSDAP	106
3.1.1.3 Exkurs: Zum Hundert-Tage-Programm der nationalen Notstands- regierung in Deutschland	110
3.1.2 MULTIDISZIPLINÄRE ANALYSEN	114
3.1.2.1 Staatsbild	114
3.1.2.2 Zur Rolle von Ausländern im Zusammenhang mit Arbeit/ Arbeitslosigkeit sowie mit Innerer Sicherheit	123
3.1.2.2.1 Die Behandlung der Ausländerthematik im allgemeinen	124
3.1.2.2.2 Ausländer / Asylbewerber und Arbeit / Arbeitslosigkeit	133
3.1.2.2.3 Ausländer / Asylbewerber und Innere Sicherheit	138
3.2 PARTEIPERIODIKA: MULTIDISZIPLINÄRE ANALYSEN	141
3.2.1 STAATSBILD	142
3.2.2 ZUR ROLLE VON AUSLÄNDERN IM ZUSAMMENHANG MIT ARBEIT / ARBEITS- LOSIGKEIT SOWIE MIT INNERER SICHERHEIT	149
3.2.2.1 Die Behandlung der Ausländerthematik im allgemeinen	150
3.2.2.2 Ausländer / Asylbewerber und Arbeit / Arbeitslosigkeit am Beispiel der Jungen Freiheit	155
3.2.2.3 Ausländer / Asylbewerber und Innere Sicherheit	156
3.3 MEDIENTEXTE IM WEITEREN SINN: MULTIDISZIPLINÄRE ANALYSEN	160
3.3.1 WAHLPROGRAMME	160
3.3.2 ANZEIGEN UND AUFKLEBER	161
3.3.3 FLUGBLÄTTER UND BRIEFSENDUNGEN	161
3.3.4 PLAKATE	163
3.3.5 TV, RUNDFUNK UND INTERNET	165

3.4 ZUSAMMENFASSENDE KRITIK UND EINORDNUNG IN DEN BEWEGUNGSTHEORETISCHEN HINTERGRUND	168
3.4.1 GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE ZWISCHEN RECHTSRADIKALEN PARTEIEN UND GRUPPIERUNGEN	168
3.4.1.1 Programmatische Aspekte	169
3.4.1.2 Formale und kommunikationsorientierte Aspekte	172
3.4.1.3 Zielgruppenorientiertheit am Beispiel von Parteiprogrammen: Adressaten	175
3.4.1.4 Die gemeinsame Datenbasis der rechtsradikalen Medientexte: Darstellung und Kritik	189
3.4.1.4.1 <i>Die Verteilung ausländischer Bevölkerung auf die BRD</i>	189
3.4.1.4.2 <i>Ausländer und deren Glaubenszugehörigkeit</i>	190
3.4.1.4.3 <i>Arbeitslosigkeit: Ausländer als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt</i>	191
3.4.1.4.4 <i>Ausländer und das soziale Netz der BRD</i>	192
3.4.1.4.5 <i>Zur Kriminalitätsentwicklung bei ausländischen Mitbürgern</i>	192
3.4.1.4.6 <i>Die Finanzierung der Europäischen Union / Deutschlands Rolle in der EU</i>	193
3.4.2 ÜBERGREIFENDE POLITIKWISSENSCHAFTLICHE ANALYSEN: EIN INTEGRATIVES MODELL ZUR BEWEGUNGSFORSCHUNG	194
3.5 RECHTSRADIKALE ERSCHEINUNGEN BEI ETABLIERTEN PARTEIEN – EINE VERGLEICHENDE ANALYSE	201
3.5.1 ZUM WELTBILD DER ETABLIERTEN PARTEIEN UND IHRER ABGRENZUNG NACH RECHTS	202
3.5.2 ZUM ENGAGEMENT ETABLIERTER PARTEIEN IN (POLITISCHEN) JUGENDSZENEN	209

<u>4 ZUR BEEINFLUSSUNG VON IDEOLOGIEBILDUNGSPROZESSEN BEI JUGENDLICHEN</u>	214
4.1 GRUNDLAGEN DES FORSCHUNGSANSATZES – ANALYTISCHER ANSATZ	218
4.1.1 EINFÜHRENDE ERLÄUTERUNGEN ZUR JUGENDLICHEN LEBENSWELT	219
4.1.1.1 Jugendliche Subkulturen & Musik	219
4.1.1.2 Zur politischen Sozialisation Jugendlicher – Der Resonanzboden rechtsradikaler Agitation	222
4.1.2 DIE BEHANDLUNG DES THEMAS ‚JUGEND‘ IN MEDIENTEXTEN IM GESAMTDEUTSCHEN KONTEXT	225
4.1.2.1 ‚Jugend‘ in rechtsradikalen Medientexten	225
4.1.2.2 Jugend‘ in Medientexten der Regierungsparteien	227
4.1.3 EMPIRISCHE ERKENNTNISSE ZUR IDEOLOGIEBILDUNG BEI JUGENDLICHEN IN MECKLENBURG-VORPOMMERN	231
4.1.4 MUSIK ALS IDEOLOGIEBILDENDES ELEMENT & IHRE TRANSPORTMEDIEN	237
4.1.4.1 Konzerte im rechtsradikalen Umfeld	238
4.1.4.2 Internet	239
4.1.4.3 Tonträger: ‚Rechtsrock‘ und ‚Linksrock‘	243
4.2 BEWEGUNGSTHEORETISCHE SYNTHESE VON IDENTIFIKATIONSSTIFTUNG UND IDEOLOGIEBILDUNG DURCH „RECHTSROCK“ BEI JUGENDLICHEN – SYNTHETISCHER ANSATZ	255
<u>5. DISKUSSION DER ERGEBNISSE UND EINORDNUNG IN DEN GESAMTKONTEXT</u>	259
5.1 GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE ZWISCHEN NATIONALEN UND ETABLIER- TEN PARTEIEN UND GRUPPIERUNGEN UND ZUSAMMENFASSENDE EINORDNUNG IN DEN THEORETISCHEN HINTERGRUND NATIONALER BEWEGUNGEN	259
5.2 ZUSAMMENFASSENDE ÜBERLEGUNGEN ZU WIRKUNGSMECHANISMEN DER BESCHRIEBENEN AGITATIONSWEISEN RECHTSRADIKALER PARTEIEN UND GRUPPIERUNGEN	267
5.3 SCHLUBFOLGERUNGEN: ZUR STANDHAFTIGKEIT DER HYPOTHESEN	275
5.4 AUSBLICK	282
I. Literaturverzeichnis	287
II. Quellenverzeichnis	301
III. Anhang	

Kapitel 1

Einführung

„Brechen Sie mit Ihrer Art zu fragen die alten Denkmuster und Sprachspiele auf!“

Am 27. Januar 1999 wandte sich Roman Herzog anlässlich des Befreiungstags von Auschwitz mit diesem Wunsch an die junge Generation. Eben dieses Aufbrechen und Bewußtmachen alter Denkmuster und Sprachspiele hat die vorliegende Dissertation zum Inhalt.

Ähnlich wie schon einmal in den sechziger Jahren zeichnet sich in Deutschland seit der Wende eine Welle rechtsradikaler Aktivitäten, besonders im Bereich der Publizistik, ab (Jäger, 1995, S. 289). Der Verfassungsschutz sprach für 1998 von einer zehnprozentigen Zunahme von Menschen im rechtsradikalen Umfeld, Innenminister Schily geht davon aus, „... daß die Entwicklung anhält“ (N1¹: Online-Jahresbericht des Verfassungsschutzes 1999). Im Internet warnt der Verfassungsschutz: „Die Gefahr, die von den ... Rechtsradikalen ausgeht, besteht vor allem in ihrer Agitation und Propaganda.“ (N1) Die Zahl rechtsradikaler Organisationen und Personenzusammenschlüsse ist 1994 bis 1998 kontinuierlich gestiegen (Bundesministerium des Innern, 1996-1999) und obwohl dieser quantitative Trend sich 1999 nicht fortsetzte, ist eine besorgniserregende, neue Qualität rechtsradikaler Agitation zu vermerken (Bundesministerium des Innern, 2000): 1997 stieg die Zahl entsprechender Periodika erstmals auf über 100 an, der Verfassungsschutz ging von einer gesteigerten Gesamtauflage von rund 5,4 Millionen aus (Bundesministerium des Innern, 1998, S. 80). Diese offizielle Zahl liegt vermutlich deutlich unter der Anzahl tatsächlich in Umlauf gebrachter regelmäßig erscheinender rechtsradikaler Zeitungen und Zeitschriften: Wissenschaftler zählten schon seit Vorwendezeiten mehr als 130 solcher Publikationen (Jäger, 1988, S. 8 und Lange, 1993, S. 9), 1995 ging man bereits von über 150 aus (Jäger, 1995, S. 290).

¹ Die Herkunft der in dieser Dissertation im laufenden Text angegebenen Quellen wird kurz stichwortartig erläutert, insofern sie nicht aus dem Kontext identifizierbar ist. Ausführlich sind die Texte im Quellenverzeichnis nachzulesen.

Hinzu kommt, daß man sich von den oft geringen Auflagen der einzelnen einschlägigen Blätter nicht täuschen lassen sollte, denn: „Ihr Gewicht resultiert nicht aus Massenauflagen, sondern aus der Ansprache von Multiplikatoren.“ (Dietzsch, 1998, S. 36;). Außerdem sind in die o.g. Zahlen z.B. weder Schülerzeitungen noch Fanzines mit einbezogen worden.

Nach eingehender Analyse der Presse der Neuen Radikalen Rechten kam Jäger zu dem Schluß:

„Die genauere sprachwissenschaftliche Analyse rechtsextremer Texte erweist, daß die rechtsextreme und rechtskonservative Ansprache nicht nur ... sehr wohl Wirkung entfalten kann, sondern sich durchaus geschickter sprachlich-rhetorischer Mittel bedient und die Wissenshorizonte ihrer Klientel zu erreichen und zu verändern bemüht und in der Lage ist.“ (1995, S. 291 f.)

Betrachtet man z.B. den Einzug rechtsradikaler Parteien in die Landtage Sachsen-Anhalts, Bremens, Brandenburgs und Baden-Württembergs, so drängt sich der Eindruck auf, daß diese Einschätzung zutrifft. Weitreichendere Konsequenzen dieser Entwicklung, wie sie in anderen europäischen Ländern (z.B. in Frankreich) auch auf nationalstaatlicher Ebene längst Realität geworden sind, scheinen sich in Deutschland u.a. wegen der Uneinigkeit des rechten Lagers (Pfahl-Traughber, 1998, S. 89) und wegen des Fehlens einer charismatischen Führerfigur (Pfahl-Traughber, 1998 S. 89) nicht oder noch nicht durchgesetzt zu haben. Schon Max Weber machte den Erfolg eines Politikers von „... einer demagogisch stark wirkenden Führerpersönlichkeit ...“ abhängig und hielt „...die Macht der demagogischen Rede vor allem [für, Anm. d. Verf.] maßgebend“ (Weber, 1992, S. 45 und 49). Es existiert in rechtskonservativen und rechtsradikalen Kreisen in jedem Fall ein Gefahrenpotential, das erst seit der Diskussion im ‚Sommerloch‘ 2000 ernsthaft zur Kenntnis genommen wird. Bis Anfang 2000 hatte der von Jäger schon 1995 beschriebene Trend, daß Rechtsradikalismus „... in der Bundesrepublik noch verbreitet nicht zur Kenntnis genommen“ wurde und die Verbreitung rechtsradikaler Ideologie unter dieser Decke nahezu ungestört gedeihen könne (1995, S. 291), volle Gültigkeit. Erst in jüngster Zeit sind ernstzunehmende Ansätze zu beobachten, sich gegen diesen Gesellschaftstrend zu wenden (Kap. 5.2 bis 5.4), wie z.B. an den jüngst aufgekommenen Forderungen nach einem Verbot der NPD zu erkennen ist.

Einführung

Diese Einleitung wird zunächst eine begriffliche und theoretische Grundlegung des Untersuchungsgegenstandes geben, inklusive einer kritischen, aber nicht erschöpfenden Darstellung desselben. Der genaue Zweck der Arbeit wird in Kap. 1.2 beschrieben. Der Formulierung der Aufgaben und Ziele werden sich Überlegungen zum Stand wissenschaftlicher Forschung und zur Bedeutung der Thematik sowie zur Methodik der Untersuchung anschließen. Der Untersuchungszeitraum wird grob auf die Zeit nach 1960 festgelegt, da sich seitdem die Neue Radikale Rechte formiert, der Schwerpunkt der Arbeit wird auf den Jahren 1996 bis 2000 (=Datenerfassungsschluß) liegen. Der größere Zeitrahmen wird durch die entsprechende Sekundärliteratur erforscht, der Schwerpunkt der Arbeit wird vorwiegend anhand von primären Texten betrachtet.

Kapitel 1.1

Zur Begriffsklärung

Mit *etablierten* oder *Regierungsparteien* sind all jene Parteien gemeint, die in der Geschichte der BRD regelmäßig die 5%-Hürde überwunden haben und in Regierung oder Opposition traditionell vertreten sind (CDU/CSU, SPD, B 90/Die Grünen, FDP und in jüngerer Zeit auch die PDS).

Unter *rechtsradikalem Sprachgebrauch* werden Ausdrucksweisen in zeitgenössischen Medientexten (Kap. 1.1.2) verstanden, die deutliche Ähnlichkeiten zur Lingua Tertii Imperii, Sprache des Dritten Reiches (Kap. 2.3.7.1 u. 2.3.7.2), aufweisen

Zur Klärung der einzelnen linguistischen Fachbegriffe und detaillierterer politikwissenschaftlicher Termini wird auf Kap. 2 verwiesen. Eine kurze Begriffsklärung in prägnanter Form ist aufgrund der Fülle der Methodiken, die sich aus dem multidisziplinären Ansatz der Arbeit ergibt, nicht möglich (dies wird insbesondere bei linguistischen Fachbegriffen unter Kap. 2.3.7.2 deutlich). Im folgenden findet daher zunächst eine Beschränkung auf die Darlegung der Terminologie zum Rechtsradikalismus bzw. – extremismus statt.

Einführung

Kapitel 1.1.1

Zum Extremismusbegriff

In politikwissenschaftlichen Wörterbüchern wird der politische Extremismus vom soziologischen unterschieden. Unter ersterem wird die Gegnerschaft zu den grundlegenden Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates verstanden, unter letzterem vor allem solche Einstellungen, die sich durch Antipluralismus charakterisieren lassen (z.B. Schmidt, 1995, S. 292).

Nach Backes (1998, S. 27) sind unter politischem Extremismus solche Gesinnungen oder Bestrebungen zu verstehen, die sich gegen grundlegende Werte und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates richten (s. Defizitanalyse, Kap. 2.2.3.3).

Gessenharter formulierte noch deutlicher, als politischer Extremismus seien Handlungen und Einstellungen zu begreifen, die „... außerhalb angegebener Grenzen (Normen, Gesetze, Verfassung) liegen, durch die der Konsenskern einer Gesellschaft als markiert gilt“ (1987, S. 84).

Kapitel 1.1.1.1

Was ist „rechts“?

An dieser Stelle ist es notwendig, sich deutlich zu machen, was in dieser Arbeit unter „rechts“ verstanden wird und wie dieser umgangssprachliche Begriff, der die Gesamterscheinung von Neokonservatismus bis hin zu militantem Rechtsradikalismus beschreibt, wissenschaftlich unterteilt und definiert wird. Noch in „Verfassungsschutz: Bestandsaufnahme und Perspektiven“ wurde deutlich gemacht, daß hinsichtlich der Terminologie und Begriffsbestimmung auf diesem akademischen Forschungsfeld noch völlige Unübersichtlichkeit bestand (Bundesministerium des Innern, 1998, S. 99). Über diesen oft beklagten Mangel an eindeutiger Begrifflichkeit bestand eine allgemeine Einigkeit (z.B. Fröchling, 1996, S. 84/Gessenharter, 1999, S. 19/Neureiter, 1996, S. 7). In jüngster Zeit ist es jedoch zu einer weitgehenden Konsensfindung unter den die Diskussion tragenden Wissenschaftlern gekommen (z.B. Minkenberg, 1998, S. 14 f. u. S. 29 ff.; Gessenharter, 1999,

S. 21 Stöss, 2000, S. 477 ff.) In den Kap. 1.1.1.2.1 bis 1.1.1.2.4 wird die in dieser Arbeit genutzte Terminologie dargestellt, die sich in wesentlichen Teilen auf die Ansätze des bereits vorhandenen, in jüngster Zeit entstandenen wissenschaftlichen Konsenses (siehe z.B. Anlehnungen Gessenharters an Minkenberg's Terminologie in Gessenharter, 1999, S. 21) stützt. Diese Definition wird vor allem deshalb aus verschiedenen Blickwinkeln stattfinden, weil Gessenharter die Problematik von Definitionsversuchen sehr treffend dahingehend geschildert hat, daß erstens mangels eines ideengeschichtlich einwandfreien Fundaments keine „konsensfähige allgemeine Programmatik“ des Rechtsradikalismus existiere und zweitens jede Definition von Rechtsradikalismus die Bestimmung eines gesellschaftlichen Normenbereiches voraussetze, jenseits dessen „Normalität“ ende und Extremismus beginne (Gessenharter, 1981, S. 399 und Kap. 1.1.1 zur Defizitanalyse).

In Anlehnung an Dudek und Jaschke werden drei Verwendungsebenen von Rechtsradikalismus bzw. –extremismus unterschieden (1984, S. 23): Der verfassungsrechtlich-normative Gebrauch von *Rechtsextremismus*, das pejorativ-normative Verständnis des Phänomens und dessen Bezeichnung in diversen politischen Kampfbegriffen (*Nationalismus*, *Faschismus* etc.) sowie die empirisch-analytische und mit dem Begriff *Rechtsradikalismus* (z.B. Minkenberg, 1998, S. 29 ff.) beschriebene Kategorie. Letztere bietet sich für wissenschaftlichen Arbeiten an, da sie das zu untersuchende Fachgebiet weiter faßt als der verfassungsrechtlich-normative Ansatz, aber nicht so undefinierbar weit wie der pejorativ-normative Ansatz: Verfassungsrechtlich werden unter *rechtsextrem* nur solche Handlungen und Gesinnungen gefaßt, die bereits als verfassungswidrig verstanden werden müssen, wodurch neokonservative und *rechtspopulistische* Haltungen (Kap. 1.1.1.2.3) aus dem Blickfeld geraten. Pejorativen Einordnungen des Phänomens dagegen mangelt es i. d. R. am notwendigen Minimalmaß an Trennschärfe und Abgrenzungsfähigkeit, die die Wissenschaft braucht, um existieren zu können. Der Schwerpunkt wissenschaftlicher Arbeit zum Rechtsradikalismus liegt also auf dem empirisch-analytischen Ansatz, wobei dieser Ansatz als einer ohne Scheuklappen zu verstehen ist und sich daher nicht scheut, normative Schlußfolgerungen aus auf empirisch-analytischem Weg erlangten Erkenntnissen zu ziehen (Vorschläge zur Prävention in Kap. 5.4).

In Anlehnung an die vom Verfassungsschutz genutzte Begrifflichkeit, wird *Rechtsextremismus* als verfassungswidrig, *Rechtsradikalismus* als noch nicht verfassungswidrig verstanden. *Rechtsradikalismus* wird im folgenden als Sammelbegriff genutzt, der ein sehr heterogenes Spektrum von Organisationen, Parteien und Gruppierungen umfaßt, die häufig große Ähnlichkeiten in ihren Weltbildern aufweisen, z.B. bzgl. der Abwehr des Fremden oder des Lebensschutzes (Knapp, 1993, S. 208).

Rechtsextremismus wird im Sinne von *rechtsextrem*, nicht jedoch von *rechtsextremistisch* verstanden, da in Übereinstimmung mit Neureiter (1996, S. 19) nur im Zusammenhang mit extremistischen Handlungsweisen *und* -orientierungen (aus extremer Weltanschauung und extremistischer Handlungsorientierung erwachsendes Gewaltpotential) von der Eigenschaft *rechtsextremistisch* gesprochen werden kann. Die Bezeichnung *rechtsextrem* kann dem gegenüber gewissermaßen als ‚abgeschwächte Version‘ gelten.

Ebenfalls in Übereinstimmung mit Neureiter werden zur präzisen Begriffserläuterung sowohl eine Negativ- als auch eine Positivdefinition herangezogen.

Ex negativo wird von den wesentlichen Prinzipien des Grundgesetzes (hier vor allem: die Menschenrechte) ausgegangen. Diese werden im Rahmen einer Defizitanalyse (Kap. 2.2.3.3 u. 3.1.1.1) herausgearbeitet, anhand derer die betreffenden Parteiprogramme im Hinblick darauf untersucht werden, ob diese Prinzipien dort vertreten werden oder nicht. Das Mittel der Defizitanalyse eignet sich hier besonders, weil sich durch das Grundgesetz als Maßstab ein gesellschaftlicher Normbereich bestimmen läßt, anhand dessen Abweichungen bestimmbar werden.

Ex positivo werden in Übereinstimmung mit der relevanten Sekundärliteratur Merkmale ermittelt, die für eine rechtsradikale Anthropologie kennzeichnend sind. Ohne nähere Erläuterung (hierfür: s. Kap. 2.2.2.3) seien hier zunächst die Stichworte dieser Positivdefinition genannt: Antiindividualismus, Antiegalitarismus, Antiliberalismus, Antipluralismus, Ethnopluralismus als Ausgrenzung von Minderheiten und Fremden, Autoritarismus, revisionistisches Geschichtsbild, der Wunsch nach einem starken Staat, fundamentaler Ausschließlichkeitsanspruch (Demokratie toleriert bzw. fördert

Meinungsvielfalt, Rechtsradikalismus ist in seiner Konsequenz totalitär) und das Freund-Feind-Schema nach Carl Schmitt (1963, S. 26 ff.).

Vom *Rechtsextremismus* und *Rechtsradikalismus* wird als dritte Begriffskategorie der *Rechtspopulismus* unterschieden, die seit Mitte der 90er zunehmend Eingang in die wissenschaftliche Terminologie findet (s.u.). In jüngster Zeit wird gelegentlich der Begriff *rechtspopulistisch* als Oberbegriff für junges rechtes Gedankengut gebraucht (z.B. in der Haider-Debatte um den Jahreswechsel 1999/2000). Das Wort *Rechtspopulismus* wird in dieser Arbeit nicht verwendet, weil dieser Begriff, insofern er für die Charakterisierung deutscher Parteien oder sonstiger deutscher Gruppierungen gebraucht wird, noch am wenigsten entwickelt ist. In populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen scheint diese Bezeichnung einen gewissen Status als Modewort erreicht zu haben, in wissenschaftlichen Arbeiten jedoch wurde sie lange entweder gar nicht verwendet (z.B. bei Assheuer/Sarkowicz, 1992), ohne eigene Definition übernommen (wie bei Geiher, 1999, S. 143-150) oder erschien auch in sonst sehr präzisen Arbeiten recht wässrig (Neureiter, 1996, S. 22 ff.). Betz charakterisierte schließlich populistische Parteien (1998, S. 3-10) und ermöglichte dadurch einen Vergleich mit rechtsradikalen Parteien bzw. die Unterscheidung beider Phänomene, die allerdings aufgrund vieler Ähnlichkeiten noch immer nicht eindeutig zu treffen ist. Nach Betz

„unterscheiden sich rechtspopulistische Parteien und Bewegungen von den etablierten Parteien vor allem durch ihre Strategie und den Stil ihrer Argumentation. Diese sind ganz darauf abgestellt, in der Bevölkerung latent oder offen vorhandene Ressentiments aufzugreifen, zu mobilisieren und emotional aufzuheizen und daraus politisches Kapital zu schlagen. Dabei vermarkten sich rechtspopulistische Parteien und Bewegungen als Interpreten und Fürsprecher der Meinungen und Forderungen des ‚einfachen Mannes‘ und seines gesunden Menschenverstandes. Sie konstituieren damit bewußt das Bild einer Frontstellung zwischen der ‚schweigenden Mehrheit‘ der Bevölkerung und den angeblich nur ihre eigenen Interessen verfolgenden Machthabern. Das erklärte Ziel ist, die herrschende Klasse soweit wie möglich ihrer Macht zu berauben, um so dem Volk seine Souveränität zurückzugeben. Dabei beruft sich der Rechtspopulismus auf ‚die Erkenntnis des hypothetische Volkswillens‘ durch charismatische Führerpersönlichkeiten, die den Anspruch erheben, im Einklang mit dem *common sense* der Masse stehend, den Volkswillen instinktiv zu erfassen und unverfälscht wiederzugeben.“ (Betz, 1998, S. 5)

Rechtspopulismus ist demnach als „...Strategie des politischen Marketing und einer konsequenten Orientierung am Kunden“ zu begreifen (Betz, 1998, S. 5), woraus im übrigen resultiert, daß die inhaltlichen Schwerpunkte bzw. die Programmatik einer rechtspopulistischen Partei oder Bewegung von großer Flexibilität sein muß und politischen

Konjunkturzyklen (Betz, 1998, S. 5) unterworfen ist, also ihr Erfolg von ihrer Anpassungsfähigkeit an die jeweils aktuellen Themen abhängt. In den 90er Jahren sind solche Themen z.B. Einwanderung und Arbeitslosigkeit gewesen.

Darüberhinaus sind rechtspopulistische Parteien sehr bemüht, sich von der angeblichen Pfründe-Wirtschaft, die sie den etablierten Parteien vorwerfen, durch das Image einer Anti-Partei abzusetzen und von der Parteienverdrossenheit der letzten Jahre zu profitieren (Betz, 1998, S. S. 6). Das populistische Weltbild ist dichotomischer Natur, das ‚einfache Volk‘ steht dem ‚Establishment‘ gegenüber, wobei letzteres als ‚Feind‘ wahrgenommen wird (Decker, 2000, S. 25).

Weitere Charakteristika rechtspopulistischer Parteien nach Betz sind deren Abwendung vom starken Staat und Hinwendung zu mehr Bürgerbeteiligung in Form von typischen Mitteln der direkten Demokratie sowie das Propagieren von neoliberalistischen Wirtschaftsvorstellungen (1998, S. 7 f.). Die einzige Gemeinsamkeit mit rechtsradikalen Bewegungen sei „... der Ruf nach Recht und Ordnung“ (Betz, 1998, S. 8). Inwiefern diese Unterscheidung sich zur Verortung der in dieser Arbeit untersuchten rechtsradikalen Parteien, Bewegungen etc. tatsächlich eignet, wird in Kap. 5.3 aufgegriffen werden.

Es ist darüberhinaus festzuhalten, daß populistische Bewegungen ein Phänomen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen sind: „sie treten auf, wenn infolge zu raschen Wandels oder zu großer Verwerfungen bestimmte Bevölkerungsgruppen die Orientierung verlieren und von Zukunftsangst geplagt werden“ (Decker, 2000, S. 25).

Der Hintergrund zur Bildung eines grundsätzlichen Verständnisses von einem rechtsradikalen Weltbild wird im folgenden dargestellt, das Weltbild der Neuen Radikalen Rechten im besonderen wird unter Kap. 2.2.2.4 näher erläutert. Nach der im Verfassungsschutzbericht von 1997 (Bundesministerium des Innern, 1998) vertretenen Auffassung geht rechtsradikale Ideologie von der Vorstellung aus, die ethnische Zugehörigkeit zu einer Rasse oder einer Nation bestimme wesentlich den Wert des Menschen. Die Menschenrechte werden dieser ethnischen Zugehörigkeit untergeordnet, folglich lehnen Rechtsradikale es ab, alle Menschen als gleich zu betrachten. Sie setzen das staatliche System der Volksgemeinschaft voraus,

wonach Staat und Volk als natürliche Ordnung zu einer Einheit verschmelzen. Von dieser Vorstellung ausgehend hat jedes Mitglied des Volkes ein konformes Weltbild und der Führer des Staates kennt folglich den einheitlichen Willen des Volkes. Diese Ideologie gipfelt in einem autoritären Staat ohne jegliche freiheitlich-demokratische Grundordnung (Bundesamt für Verfassungsschutz, 1998, S. 70).

Die rechtsradikale Bewegung hat bisher keine Theorie entwickelt und verfügt auch nicht über ein zweifelsfreies ideengeschichtliches Fundament (Fetscher/Münkler, 1987, S. 489; Gessenharter, 1981, S. 398 f.), wobei sie allerdings Fortschritte bzgl. einer radikalen programmatischen Neuorientierung macht (Fetscher/Münkler, 1987, S. 494). Die Intellektuelle Neue Rechte ist hier federführender Ideenlieferant für das gesamte Phänomen der Neuen Radikalen Rechten.

Nach Fetscher/Münkler sind es „... Strukturen des mythischen Denkens, die sich in der Natur- und Gesellschaftsauffassung und im Menschenbild der extremen Rechten bündeln“ (1987, S. 489). In diesem Sinne versteht sich ein Volk als Teil einer ewigen und gottgewollten Natur, in welcher sich das Volk in darwinistischer Denkweise sein Überleben gegenüber feindlichen Völkern zu sichern hat, wobei alles, was nicht zur eigenen Gemeinschaft gehört, als Feind bzw. als Bedrohung dieser Gemeinschaft betrachtet wird. „Darwinistische Überlebensprinzipien, die Homogenität der Rassen, die Verteidigung territorialer Besitzansprüche, das Führer-Gefolgschafts-Prinzip ...“ (Fetscher/Münkler, 1987, S. 489) – diese Vorstellungen scheinen zuweilen direkt aus der Biologie übernommen worden zu sein: Das Leittier verteidigt mit seiner ihm bedingungslos gehorchenden Gefolgschaft seinen Lebensraum. Die rechtsradikale Vorstellung von der darwinistischen Existenz inmitten einer gottgewollten Natur hat, anders als andere Ideologien, einen Ausschließlichkeitsanspruch. Vereinfacht anschaulich dargestellt heißt das, daß aufgrund der ‚Natürlichkeit‘ dieser Lebenssituation die Lebensbedingungen unumstößlich geprägt werden: Um das Überleben des Volkes zu sichern, muß es seinen Lebensraum erhalten oder gar vergrößern; um dies effektiv tun zu können, muß der Volkswille einheitlich sein – Feinde müssen einstimmig erkannt und einheitlich bekämpft werden können; außerdem muß dieses eine Volk stark genug sein, um sich gegen andere behaupten zu können. Die Folgen daraus sind die Forderungen nach einem starken, entscheidungsfähigen Staat unter starker Führung, nach

einem homogenen Volkswillen und der Ausmerzung alles Schwachen und Heterogenen. Wer diesen Prinzipien entgegentritt und somit die Überlebensfähigkeit des betreffenden Volkes unterwandern will, wird nicht zu einem Menschen mit einer anderen politischen Auffassung, sondern zum Feind, weil ihm unterstellt wird, er strebe die Volkszersetzung an. Die vermeintliche Natürlichkeit völkischen Denkens führt in ihrer Konsequenz zu einer Auffassung dieses Denkens als ‚Heilslehre‘ mit Ausschließlichkeitsanspruch. Insofern ist der Volksbegriff in rechtsradikalem Denken mythisch zur „Schicksalsgemeinschaft“ (Münkler/Fetscher, 1987, S. 489) erhöht worden. In diesem Zusammenhang auch hat rechtsradikale Weltanschauung deutliche handlungsanleitende Bezüge (Münkler/Fetscher, 1987, S. 489).

Seit dem Ende der 60er Jahre, also mit Entstehung der Neuen Radikalen Rechten, beobachten Minkenberg (1998, S. 116 ff.) und Fetscher/Münkler ein verstärktes Bemühen, eine Theorie von rechts unter Verzicht „... auf die diskreditierten Teile faschistischer Ideologie ...“ (1987, S. 491 f.) zu entwickeln. Ein revisionistisches Geschichtsbild inkl. der Leugnung des Holocaust ist daher bei der Neuen Radikalen Rechten nicht mehr zu finden. Eine große Verwandtschaft zum Rechtsradikalismus der alten Form ist dennoch nicht zu leugnen, da viele bekannte Dinge bzw. Vorstellungen lediglich anders bzw. neu benannt worden sind, wie es scheint. Dies bezieht sich z.B. auf die Wandlung vom Rassismus zum Ethnopluralismus (Kap. 1.1.1.2.1). In Kap. 2.2.2.3 wird auf die charakteristischen Eigenschaften der Neuen Radikalen Rechten erläuternd eingegangen.

Kapitel 1.1.1.2

Die Neue Radikale Rechte und die Alte Rechte

Unter dem Oberbegriff *Rechtsradikalismus* werden im engeren Sinne insbesondere die Begriffe *Neue Radikale Rechte*, *Neue Radikale Rechte* und *Intellektuelle Neue (Radikale) Rechte* subsumiert. In Kenntnis der hinreichend bekannten Schwierigkeiten, das gemeinte Phänomen des jüngeren Rechtsradikalismus unter einem prägnanten Namen zu fassen (Stöss, 2000, S. 477 ff.) und es dabei unumstößlich zu definieren, wird für diese Arbeit die der Versuch dazu nicht unternommen, sondern die von Minkenberg eingeführte und inzwischen

weitgehend konsensfähige Terminologie (1998, S. 14 f. u. S. 29 ff.) übernommen, wobei allerdings Gessenharders Anregung, die von Minkenberg sog. *Neue Radikale Rechte* zur Vermeidung weiterer begrifflicher Verwirrung als *Intellektuelle Neue Rechte* zu bezeichnen (1999, S. 21), aufgenommen wird. In Übereinstimmung mit Gessenharder wird davon ausgegangen, daß die Frage, ob diese Intellektuelle Neue Rechte eine Eigenständigkeit besitzt oder als integraler Bestandteil der Neuen Radikalen Rechten zu gelten hat, auf dem Hintergrund ihrer Einordnung als Bewegungselite in bewegungstheoretische Zusammenhänge (Kap. 2.2.3.2, Kap. 3.4.2, Kap. 4.2 u. 5.1) nachrangige Bedeutung hat (Gessenharder, 1999, S. 21 f.).

Innerhalb des rechtsradikalen Agitationsfeldes ist die Alte Rechte von der Neuen Radikalen Rechten zu unterscheiden. In Übereinstimmung mit Minkenberg (P 3: Vortrag zum Rechtsradikalismus) wird die „Neue Radikale Rechte“ verstanden als Sammelbegriff für modernisierte, rechtsradikale, ab den 60er Jahren entstandene oder sich neu entwickelnde Parteien, Organisationen, think tanks, Vereine, Verlage und sonstige Gruppierungen.

Kapitel 1.1.1.2.1

Die Alte Rechte in Abgrenzung zur Neuen Radikalen Rechten

Als *Alte Rechte* sind Vereinigungen, Einstellungen und Weltanschauungen zu verstehen, die unverhüllt nationalsozialistisches Gedankengut in seiner Gänze verherrlichen und/oder vor den 60er Jahren entstanden sind. Zur Alten Rechten sind beispielsweise Revisionisten zu rechnen, die mit der Begründung eine neue Geschichtsschreibung fordern, den Holocaust habe es nie gegeben. Auch soldatische Vereinigungen, die gedanklich auf dem Zweiten Weltkrieg fußen, sind häufig der Alten Rechten zuzurechnen (als bekanntes Publikationsorgan bietet sich u.a. der „Landser“ an). Die traditionellen Elemente des rechtsradikalen Weltbildes, wie der Antiegalitarismus, biologischer Rassismus und antidemokratische Ordnungsvorstellungen, sind Kennzeichen der Alten Rechten. Etwa mit Minkenberg ist zu vermuten, daß diese Einstellungen im Weltbild der Neuen Radikalen Rechten gar nicht mehr, nur teilweise oder in abgeschwächter, modernisierter Form vorhanden sind (Minkenberg, 1998, S. 116 ff.). Der Antiegalitarismus, die Abwehr jeglicher

„Gleichmacherei“ (D5, S. 3; Parteiprogramm DVU), ist geblieben, der biologische Rassismus jedoch dem *symbolischen Rassismus* gewichen, der die „... auf unvereinbare kulturelle Unterschiede abzielende Abwehr des Fremden und „Naturalisierung“ ethnischer Differenzen...“ (Minkenberg, 1998, S. 205) beinhaltet. Diese Unvereinbarkeit kultureller Unterschiede, die die rechtsradikalen Parteien und Verbände in ihren Publikationen ihren Rezipienten klarmachen wollen, soll zu einer Abwehr fremder Kulturen unter Vorgaukelung der Nichtabwertung der betreffenden Völker führen.

Die Neue Radikale Rechte ist u.a. diesbezüglich vermutlich sehr darauf bedacht, keine Parallelen zur Nazi-Vorstellung vom deutschen Übermenschen anzubieten und ein neues, der postindustriellen Gesellschaft angepaßtes Image zu zeigen, welches nicht den Eindruck erwecken soll, man wäre ähnlich rückwärts gewandt wie die Alte Rechte. Die Neue Radikale Rechte ist nicht nur auf dem Boden der Demokratie entstanden, sie bekennt sich auch ausdrücklich dazu (D1, D3, D5; Parteiprogramme REP, NPD u. DVU) – inwiefern es sich hier um ein Lippenbekenntnis handelt, wird im folgenden zu klären sein. Besonders die Rolle der NPD mit ihrer Jugendorganisation JUNGE NATIONALE, die ein Bindeglied zur rechtsradikalen Skinheadszone darstellt, wird sich diesbezüglich wahrscheinlich als interessantes Untersuchungsobjekt herausstellen.

In bezug auf den *symbolischen Rassismus* bleibt festzuhalten, daß heute nicht mehr „... die Hetze gegen Juden im Mittelpunkt der Propaganda des Faschismus“ steht, sondern „... die rassistische Ausländerfeindlichkeit das entscheidende Instrument der psychologischen Kriegsführung“ geworden ist (Meyer, 1991, S. 278).

Anhänger der Ideen der Alten Rechten „... streben die Schaffung eines totalitären Führerstaates auf rassistischer Grundlage an. Das deutsche Volk ist aus ihrer Sicht höherwertig und deshalb vor Ausländern und Juden zu schützen; vor allem ist eine Vermischung der Rassen zu verhindern.“ (Bundesministerium des Innern, 1998, S. 70).

Will man das breitgefächerte Spektrum der Neuen Radikalen Rechten wissenschaftlich analysieren, so stößt man bald an die von diesen Gruppen durch ihre Organisationsstruktur geschaffenen Grenzen. Zu einem wesentlichen Teil besteht diese Szene aus autonomen sog.

„Kameradschaften“ und laufend neu gegründeten oder umbenannten Vereinen. Viele dieser Gruppierungen kennen auch keine klaren Mitgliedschaftskriterien und variieren im Verlauf ihrer Existenz in Zusammensetzung und Aktivitätsniveau mitunter sehr stark (Rucht, 1995, S. 408). Diese Struktur wird bewußt verwendet, um einer Überprüfbarkeit von Seiten des Verfassungsschutzes möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten. Greifbarer jedoch werden die Akteure Außenstehenden durch ihre Publikationen (s. S. 1 u. Gessenharter, 1994, S. 17), in denen u.a. ihre Ziele deutlich geäußert werden.

Kapitel 1.1.1.2.2

Die Neue Radikale Rechte als Oberbegriff für die Neue Radikale Rechte und die Intellektuelle Neue Rechte

Die *Neue Radikale Rechte* erscheint bemüht, sich deutlich von der Ideologie des Dritten Reiches abzusetzen, um so auf mehr gesellschaftliche Akzeptanz stoßen zu können. Auf einen ausgeprägten Antisemitismus wird zwar verzichtet, aber statt einer Rassenhierarchie wird immer noch die Rassentrennung nach südafrikanischem Vorbild angestrebt. Anstelle von Großdeutschland propagiert man die Schaffung einer Supermacht Europa unter der Führung des wiedervereinigten Deutschlands (Assheuer/Sarkowicz, 1992, S. 198 ff.) und sieht nicht mehr im jüdischen Volk, sondern in allen sog. widernatürlichen Ideologien, die die Gleichheit der Menschen beinhalten, wie z.B. Liberalismus und dem Christentum und u.a. dem Sozialismus, den Feind. Begriffe wie „Nationale Identität“, „Ethnopluralismus“ oder „realistisches Menschenbild“ beinhalten letztlich nichts anderes als die bekannte völkische Ideologie (Dietzsch, 1998, S. 32).

Im Rahmen der in dieser Arbeit für den Forschungszweck genutzten Bewegungstheorie (Kap. 2.2.3.2, Kap. 3.4.2, Kap. 4.2 u. 5.1) ist die Intellektuelle Neue Rechte (Gessenharter, 1999) als Bewegungselite Lieferant von Denkanstößen und Leitlinien für die Basis bzw. die Gesamterscheinung der Neuen Radikalen Rechten. Ihr Ziel ist die Erlangung der kulturellen Vorherrschaft als Vorstufe der politisch-institutionellen Hegemonie. Sie lehnt sich an die Vorstellungen der „Vorkriegsrechten“ (Neureiter, 1996, S. 28) bzw. des linken NSDAP-Flügels um Strasser und die Ideen der Konservativen Revolution der Weimarer Republik an –

in diesem Zusammenhang spricht Gessenharter von einer „neuen ‚Konservativen Revolution‘“ (B 36; die tageszeitung), wobei Carl Schmitt mit seinem Freund-Feind-Schema (Schmitt, 1963, S. 26 ff.; s. auch Kap. 3.2) als stärkster Ideenlieferant für die Bewegung gelten kann. Nach Gessenharter ist es ein wesentliches Kennzeichen der Intellektuellen Neuen Rechten, daß diese eine „Scharnierfunktion“ zwischen Neokonservatismus und Rechtsradikalismus einnimmt (1989, S. 426). Schlüssig begründet wird eine Vermischung der Grenzen zwischen beiden Phänomenen mit der Unmöglichkeit einer scharfen Abgrenzung des Normbereichs (Gessenharter, 1981, S. 399) und der Tatsache, daß neokonservative Autoren zunehmend in rechtsradikalen Organen publizieren und umgekehrt (Gessenharter, 1989, S. 434 ff.), wofür das Wochenblatt „Junge Freiheit“ in den letzten Jahren immer wieder beispielhaft war.

Die Neue Radikale Rechte (Minkenberg, 1998, S. 34 f.) ist als die neben der Neuen Intellektuellen Rechten existierende Basis zu verstehen. Die Neue Radikale Rechte ist organisiert in Parteien, Organisationen, lokalen sog. Kameradschaften, (Jugend-)Clubs und sonstigen Gruppierungen. Die in Deutschland herrschende Kontroverse (Gessenharter, 1999, S. 20) über die Frage, ob die intellektuelle Ausprägung der Neuen Radikalen Rechten nun als eigenständig oder aber als integraler Bestandteil dieser Neuen Radikalen Rechten einzuordnen ist, ist hinfällig, weil diese Optionen sich nicht ausschließen (Kap. 1.1.1.2). Die Intellektuelle Neue Rechte ist insofern relativ eigenständig, als daß intellektuelle Zirkel grundsätzlich zur Desintegration aus der Masse einer Denkrichtung neigen; sie ist der Basis übergeordnet, weil sie die Denkanstöße liefert. Da diese aber nur von der Masse bzw. Basis nach außen hin wirksam vertreten werden können und außerdem diese Basis zu ihrem Erfolg eines Ideenlieferanten und ‚Leittieres‘ bedarf, ist die Intellektuelle Neue Rechte durchaus auch als integraler Bestandteil der Bewegung zu sehen.

Grob ist die begriffliche Trennung von Alter und Neuer (Radikalen) Rechten im übrigen nicht im wissenschaftlichen Elfenbeinturm erfolgt, sondern ursprünglich von einem Teil der rechtsradikalen ‚Nachkriegsgeneration‘ zur Selbstbezeichnung gewählt worden: Unter Anknüpfung an die Konservative Revolution der Weimarer Republik gründete sich 1972 die „Aktion Neue Rechte“, deren Zielsetzung eine Neuorientierung außerhalb der NPD war (Neureiter, 1996, S. 32), wobei letztere zur damaligen Zeit und aus heutigem Blickwinkel der

Alten Rechten zuzuordnen war. Diese Organisation „... hat in Zirkeln und Zeitschriften, in Veranstaltungen und Kameradschaften, den Ideologiewandel vorangetrieben“ (Meyer, 191, S. 275). Ohne auf die Entwicklung dieser damals neu entstandenen Formation eingehen zu wollen, ist deren Selbstbezeichnung auch als Beleg der Entstehung einer bestimmten Begrifflichkeit, nämlich „Neue (Radikale) Rechte“, zu werten.

Als *neonazistische* Gruppierungen, zu denen zum Teil auch Skinhead-Kameradschaften gezählt werden können, werden rechtsextremistische Verbindungen bezeichnet, deren Programmatik die Wiederherstellung der NSDAP und die Bereitschaft zur Gewaltanwendung beinhalten und die sich insofern vom oben skizzierten Verständnis von der Neuen Radikalen Rechten abheben. In Übereinstimmung mit Assheuer/Sarkowicz werden neonazistische Gruppierungen als solche am „...äußersten rechten Rand des politischen Spektrums...“ mit terroristischen Tendenzen verstanden, die sich in soziologischer Hinsicht zu einem wesentlichen Teil aus Jugendlichen zu rekrutieren scheinen (1992, S. 92). Obwohl diese neonazistischen Gruppierungen also viele junge Leute in sich vereinen, ist diese Denkrichtung aufgrund ihrer Orientierung an der Nazi-Zeit der Alten Rechten zuzuordnen. Meyer schreibt von den neuen Nazis, den *Neo-Nazis*, „... sie kopieren einfach nur die alten“ (1991, S. 279).

Kapitel 1.1.1.2.3

Neuheidnische Glaubensgruppen und Skinheads

Skinheads sind i.d.R. gewaltbereite Jugendliche meist männlichen Geschlechts, die sich einer im England der 70er Jahre entstandenen Modeströmung verpflichtet fühlen, welche sich als ursprünglich jugendliche Arbeitervereinigung verstand (Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, 1994, S. 8 f. und Eckert et al., 2000, Kap. 2). Bei Skinhead-Gruppierungen sind unterschiedliche Strömungen zu unterscheiden, da nicht alle Skinheads rechtsradikalen Weltanschauungen anhängen. Über ein rechtsextremes Weltbild verfügen eindeutig die *Hammer Skins*, *Fascho-* oder *Naziskins* sowie die *Parteiskins*, wobei letztere häufig in der *NPD* oder der *DVU* parteipolitisch eingebunden sind. Von diesen Gruppierungen deutlich zu unterscheiden sind die *Redskins* oder *S.H.A.R.P.s* (Skinheads Against Racial Prejudice), welche dem antifaschistischen Spektrum zuzuordnen sind

(Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, 1994, S. 14). Diese Informationen sind zunächst ausreichend für das hier benötigte Verständnis von dieser Personengruppe.

Die Ausführungen zu neuheidnischen Glaubensgruppen orientieren sich an Hundseders federführender Publikation auf diesem Gebiet, „Wotans Jünger“ (1998). Danach ist mit neuheidnischem Glauben der Glaube an die Wiederkehr Wotans und nordische Schicksalsgöttinnen gemeint: in den Glaubensgruppen orientiert man sich am Germanenkult, so sind z.B. Runenzeichen zentrale Symbole dieser sektenartigen Glaubenspraxis (Hundseder, 1998, S. 9). Nach Hundseder ergab sich aus der industriellen Revolution bereits um die letzte Jahrhundertwende eine Suche „...nach einer neuen Sinnstiftung“ aufgrund des Wegbrechens traditioneller Strukturen: „es gab auch damals schon ‚Modernisierungsverlierer‘“ sowie „Ein Aufleben von Okkultismus und Mystik...“ (1998, S. 33). Daher stieg zu dieser Zeit die Anzahl neuheidnischer Glaubensgemeinschaften stark an, wobei ihre Anhänger sich vor allem aus Intellektuellen rekrutierten (Hundseder, 1998, S. 33). Zwei Österreicher, Jörg Lanz von Liebenfels und Guido von List, prägten damals die Ideen der neuen Religionsgemeinschaften. Ihre Inhalte waren die Reinhaltung der Rasse, ausgeprägter Antisemitismus sowie das Propagieren eines entsprechenden, stereotypen Freund-Feind-Schemas und andere der späteren NS-Doktrin eigenen sozialdarwinistischen Ansichten; diese Inhalte sollen Adolf Hitlers Weltanschauung entscheidend geprägt haben (Hundseder, 1998, S. 34 f.).

Liebenfels' und Lists Schriften werden heute wieder verlegt (Hundseder, 1998, S. 33). Es existieren zahlreiche Querverbindungen zu rechtsextremen und rechtsradikalen Zeitungen und Zeitschriften und anderen rechtsradikalen Organen, wie am Beispiel der *Thule-Gesellschaft* und der Person Jürgen Riegers deutlich wird. Die *Thule-Gesellschaft* hat 1980 ein eigenes Forum für Seminare gegründet, ihre Verbindungen „...reichen in der Bundesrepublik vom neonazistischen Spektrum bis zur konservativen *Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung* (Wagner, 1994, S. 163). Der Anwalt der rechtsradikalen, inzwischen verbotenen *Nationalistischen Front* und Träger des Freiheitspreises der zum Frey-Imperium gehörigen *Deutschen National-Zeitung* (Hundseder, 1998, S. 50), Jürgen Rieger, war lange Zeit verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes für die Zeitschrift *Nordische Zukunft* der

Glaubensgemeinschaft *Nordischer Ring* (Wagner, 1994, S. 151) und leitet außerdem die germanische Religionsvereinigung *Artgemeinschaft* (Hundseder, 1998, S. 34).

Kapitel 1.1.1.2.4

Überblick über rechtsextreme Parteien, Vereine und Gruppierungen und deren Periodika

Im folgenden wird schematisch ein Eindruck und grober Überblick über die verschiedenen Gruppierungen des rechtsradikalen Lagers gegeben. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit werden in Abb. 1 die wichtigsten Parteien, Vereine und andere Gruppierungen vorgestellt, in Abb. 2 werden diesen ihre Publikationen zugeordnet und die wichtigsten rechtsradikalen Publikationen genannt. Neuheidnische Glaubensgruppen, die das Verlangen nach Religiösität stillen ohne die Gleichheit aller Menschen zu propagieren, sind der Vollständigkeit halber in die Aufstellung aufgenommen worden, obwohl in dieser Arbeit nicht näher auf sie eingegangen wird. An die Darstellung der Alten Rechten schließen sich die ideologisch nächstgelegenen neonationalistischen Gruppierungen an, die wiederum Kontakte zur rechtsradikalen Skinheadszene pflegen. Als vermutlich am wenigsten extremistisch beendet die Aufnahme der Neuen Radikalen Rechten die Ausführungen. Durch diese Form der Darstellung rechtsradikaler Parteien, Vereine und Gruppierungen sowie deren Publikationen soll der abnehmende Grad der Radikalität von links nach rechts aufgezeigt werden.

Eine erschöpfende Darstellung des Organisationsnetzes ist weder beabsichtigt noch notwendig. Grundsätzliche Kenntnisse über die rechtsradikale Kultur- und Parteienlandschaft Deutschlands werden vorausgesetzt, da eine einleitende ausführlichere Darstellung den Rahmen der Arbeit sprengen würde. Bei Bedarf an detaillierteren Informationen sei beispielhaft auf die Publikationen Wagners (1994), Neureiters (1996) und Assheuers (1990) hingewiesen.

Eine ausführliche Beschreibung der rechtsradikalen Verlagslandschaft in Deutschland findet sich im Anhang dieser Dissertation (Anhang I).

Abb. 1: Rechtsradikale Parteien, Vereine und Gruppierungen

<i>Neuheidnische Glaubensgruppen</i>	<i>Alte Rechte und Revisionisten</i>	<i>Neonationalsozialistische Gruppen</i>	<i>Rechtsradikale Skinheadgruppen</i>	<i>Neurechte und Rechtskonservative</i>
- Asgard Bund - Goden-Orden - Armanen-Orden - Nordischer Ring - Thule-Gesellschaft - Tempelhofgesellschaft - Mitgard-Bund - ANSE (Arbeitsgesellschaft Naturreligiöser Stammesverbände Europas) - Artgemeinschaft - (...)	- Anhänger der Ideen Zündels, Christopersens, Honsiks, Ochsenbergers, Wahls u. Walendys - HNG (Hilfsorganisation für politische Gefangene und deren Angehörige) - ER (Ehrenbund Rudel – Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten) - HIAG (Bundesverb. der Soldaten der ehem. Waffen-SS) - (...)	- DNP (Deutsche Nationale Partei) - DA (Deutsche Alternative) - DN (Deutsche Nationalisten) - DVP (Deutsche Volkspartei) - FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) - GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front) - NL (Nat. Liste) - NPD (...)	- Hammer-Skins (ursprünglich USA) - Nazi- oder Faschoskins - Partei-Skins (vorwiegend der NPD und DVU zugehörig) - Skin Girl Front Deutschland (Tradition der NS-Frauenschaft) - (...)	- DVU (Deutsche Volksunion) - REP (Die Republikaner) - FVP (Freiheitliche Volkspartei) - FWG (Freie Wählergemeinschaft Die Nationalen) - HLA (Hamburger Liste für Ausländerstopp) (...)

Abb. 2: Rechtsradikale Periodika

<i>neuheidnische</i>	<i>revisionistische</i>	<i>neonationalistische</i>	<i>Fanzines</i>	<i>neuradikalrechte und rechtskonservative</i>
- Der Wotansspeer (Asgard) - Der Nordisch Germanische Jahrgewiser (Asgard) - Kosmische Wahrheit (Goden) - Huginn und Muninn (Armanen) - Nordische Zukunft (Nordischer Ring) - (...)	- Die Bauernschaft (Christophersen) - Germania (Zündel) - The Journal of Historical Review (Zündel) - Halt (Honsik) - Sieg (Ochsenberger) - Eidgenoss (Wahl) - Historische Tatsachen (Walendy) - Nachrichten der HNG - Der Landser - (...)	- Brandenburger Beobachter (DA) - FAP intern (FAP) - Neue Nation (FAP) - Standarte (FAP) - Die Neue Front (GdNF) - Deutsche (NPD) - (...)	- Der (Schwedt) - Blut und Ehre (überregional) - United Skins (Königs Wusterhausen) - Fräich (Schwedt) - Zitty (Schwedt) - Walküre (zuvor Irmgard, davor Midgard) (SGF) - (...)	- Deutsche Nationalzeitung (DVU) - Deutsche Wochenzeitung (DVU) - Der Republikaner (REP) - Nation und Europa (Traditionsverband) - Criticón (rechtskons.) - Mut (rechtskons.) - Junge Freiheit

Kapitel 1.1.1.3

Was ist „Ideologie“?

Es existiert eine nahezu unbegrenzte Vieldeutigkeit des Begriffs *Ideologie* (Lieber, 1985, S. 13). Ideologietheoretische und ideologiekritische Positionen unterscheiden sich grob dadurch, daß erstere einen Anspruch auf Wertneutralität erheben während letztere ihre Aufgabe nicht nur in der Offenlegung von Ideologie, sondern vor allem in der Beziehung einer kritischen Haltung dazu verstehen. Diese Arbeit wird Ideologien zunächst erkennen und identifizieren, um sie dann mit den im folgenden erläuterten Methoden (Kap. 2) vergleichend zu analysieren, wobei Wertneutralität angestrebt wird.

Grundlegend wird in Anlehnung an Euchner davon ausgegangen, daß Ideologien Gedankengebilde sind, „die gesellschaftlichen Gruppen als allgemeine Orientierungsraster bei der Interpretation der sozialen Wirklichkeit dienen.“²

Der *Faschismus*begriff wird in dieser Arbeit wegen seiner oft ungenauen Abgrenzung zum umgangssprachlich pejorativen Gebrauch nicht als Terminus genutzt (vgl. Kap. 2.2.2.4).³

Der *Totalitarismus*begriff wurde erstmals 1923 von Ammendola zur Kritik an Mussolinis Wahlkampf genutzt, wurde im eigentlichen allerdings von deutschen, in den USA lebenden Emigranten geprägt, als diese sich dort mit dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen begannen (Lieber, 1985, S. 105). Der Totalitarismus ist ein Zentralbegriff der Politik- und Sozialwissenschaften, und zwar sowohl ein deskriptiv-analytischer als auch ein negativ-wertender: Er ist einerseits ein zentraler Begriff der (nicht nur) wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit nationalsozialistischen und völkischen, überhaupt totalitären Systemen und Ideologien jeglicher Couleur; andererseits beinhaltet der Ausdruck ursprünglich die Idee vom ‚totalen Staat‘ als ‚totaler Demokratie‘ aufgrund der vermeintlichen Herrschaft des ‚wahren‘ Volkes (Lieber, 1985, S. 105 f.)

² Ein grober Überblick zum Ideologiebegriff, wie er in dieser Arbeit verwendet wird, findet sich bei W. Euchner (in: Nohlen, Dieter: Lexikon der Politik. Bd. 1, Politische Theorien. München: Beck, 1992). Dieser ist als Basis für die folgenden Ausführungen zu betrachten.

³ Für ein grundsätzliches Verständnis zum Begriff sei auf Drechsler/Hilligen/Neumann: Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik, 9. Aufl., München: Vahlen, 1995 verwiesen.

– nach Ausgrenzung aller nichthomogenen, den Volkswillen störenden Elemente (Kap. 2.2.2.5 zur Bedeutung Carl Schmitts) – und beschreibt eine Staatsordnung, „...in der das gesamte politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben vereinheitlicht, von oben kontrolliert und entsprechend einer Ideologie reglementiert ist“ (Drechsler/Hilligen/Neumann, 1995, S. 815). In dieser Arbeit ist die Totalitarismusforschung dahingehend von Bedeutung, daß die Ideologiebildung seitens der Neuen Radikalen Rechten (inkl. deren Anstreben einer totalitären Herrschaft) mit der des Nationalsozialismus verglichen wird. Insofern ist sie allerdings auch nur ein Bestandteil der ideologietheoretischen Beschreibungen und Analysen der folgenden Kapitel. Vor allem bei dem Vergleich der so gewonnenen Erkenntnisse mit den Wegen der Ideologiebildung seitens der etablierten Parteien wäre ein rein auf die Totalitarismusforschung begrenzter Ansatz zu eng, hier ist dann der ideologietheoretische Rahmen im weiteren Sinne notwendig.

Um allerdings z.B. herauszufinden, inwiefern rechtsradikale Gruppierungen als in ihrer Gesinnung totalitär zu begreifen sind, sind u.a. folgende Strukturmerkmale des Totalitarismus in die Untersuchungen ihrer Ziele einzubeziehen: Wird eine von einer Minderheit autoritär geführte Massenbewegung zu erzeugen versucht? Erhebt man einen Ausschließlichkeitsanspruch auf die politische Herrschaft? Bemüht sich die neue radikale rechte Bewegung, ihr politisches Machtsystem in alle gesellschaftlichen Lebensbereiche (inklusive der privaten und beruflichen) auszudehnen, also z.B. bis hinein in Vereine und Familien zu wirken? Vertritt die jeweilig neuradikalrechte Partei oder Gruppierung eine Philosophie, die ihren Machtanspruch rechtfertigt und somit die Funktion einer Ideologie erfüllt (Lieber, 1985, S. 109 f.)? Existiert der Versuch des Aufbaus eines klaren, schwarzweißmalenden Feindbildes?

Totalitäre Ordnungen gehen in der Regel aus revolutionären Bewegungen hervor und bedürfen daher einer Rechtfertigung ihrer Existenz – „Totalitäre Ideologie enthält, eben weil sie der nichtlegitimen Macht als Rechtfertigungsgrundlage dienen muß, eine Ausschließlichkeitsanspruch“ (Lieber, 1985, S. 110). Es geht darum,

„... geistig eine Einheit zwischen Führungswille und Volkswille zu bewerkstelligen. Nur dann kann die geistige Rechtfertigung der totalitären Herrschaft in dem gewünschten Maße gelingen, wenn sich jeder einzelne voll und ganz mit dem sozialen Selbstbewußtsein der Führungsschicht und dem diesem Bewußtsein entsprechenden Handeln identifiziert...“ (Lieber, 1985, S. 110)

Eben dieser Begriff der Identifizierung ist für erfolgreiche Ideologiebildung, und zwar nicht nur: totalitärer Ideologiebildung von zentraler Bedeutung und wird in Kap. 2.3.4 detailliert

erläutert und zählt darüber hinaus zu den zentralen Analysemethoden dieser Dissertation. Die Fähigkeit, seine Zuhörer mit der eigenen Position zu identifizieren und so von anderen abzugrenzen, entscheidet über das Wohl und Wehe einer politischen Gruppierung.

Die Frage nach der Identifizierung ist eine von allgemeiner Bedeutung innerhalb der Ideologietheorie, die allerdings in der Totalitarismusforschung eine besonders ausgeprägte Bedeutung gewinnt, da es hier zwischen Identifizierung und Nichtidentifizierung oder Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit zu einer Gruppe keine Grauzone gibt, sondern lediglich schwarz oder weiß bzw. Freund oder Feind:

„Zu den Durchsetzungstechniken von totalitären Ideologien ... gehören Immunisierungsstrategien ... Immunisierungsstrategie meint dabei eine Agitationstechnik, die darauf besteht, daß nur jemand, der zur mystifizierten Gesamtgruppe – also zum Proletariat, deutschen Volk, arischen Rasse usw. – gehört, zur Erkenntnis der aufgegebenen historisch-gesellschaftlich-politischen Wahrheit befähigt ist... (Lieber, 1985, S. 115).

Der Kritische Rationalismus versteht Ideologieforschung i. S. v. Aufklärung über Bewußtseinsbeeinflussungen. Dieses Verständnis von Aufklärung zielt kritisch ab auf die Veränderung von Gesellschaft: Durch Aufklärung sollen Ideologien aufgedeckt werden, die Einsicht in dieselben soll kritisches Verhalten fördern und Gesellschaft verändern.

Ein Vertreter dieser Haltung ist Ernst Topitsch (Topitsch, S. 75 ff.; in: Lenk, 1984), der auf der Basis der Erkenntnisse Vilfredo Paretos die *Theorie der Leerformeln* aufgestellt hat, die für die Methodik dieser Arbeit bedeutsam ist und entsprechend fortentwickelt wird (Kap. 2). Nach Paretos Lehre von den *verbalen Derivationen* (Wortbeweisen) ruft ein sprachlicher Ausdruck Gefühle hervor bzw. ein Gefühl läßt uns einen bestimmten sprachlichen Ausdruck wählen. Nach seiner Auffassung eignet sich diese Gattung von Derivationen „...sehr zum Überreden, um so mehr als die von den Ausdrücken suggerierten Gefühle, ohne daß man sich dessen gewahr wird, aufgenommen werden“ (Pareto, S. 180; in: Lenk, 1984). Gefühle mittels Sprache hervorzurufen ist eine Möglichkeit der Steuerung von Identifikationsprozessen und somit von Prozessen der Ideologiebildung.

Topitsch unterscheidet mehrere Arten von Leerformeln: Unter pseudo-empirischen versteht er Formulierungen, „die mit dem Anspruch auftreten, über die empirische Realität zu informieren, die aber tatsächlich keinen Informationsgehalt besitzen“ (Lieber, 1985, S. 166) als da wären Tautologien, Antonyme (Widersprüche) und mehrdeutige Begriffe. Pseudo-normative Leerformeln sind für ihn Begriffe mit mangelnder Präzisierung des gemeinten normativen Gehalts, also z.B. Schlagwörter. Essentialistische Leerformeln sind Ausdrücke,

Einführung

die ihrem Anspruch nach als illusorisch zu betrachten sind, die versuchen, „...eine wahre und definitive Bedeutung von sozialphilosophischen Grundbegriffen“ zu statuieren (Bsp.: das wahre Wesen des Staates) (Lieber, 1985, S. 168).

Der Bedeutung von Identifikation, Zusammengehörigkeitsgefühl und Distanzierung durch Sprache für die Ideologiebildung wird in dieser Arbeit im besonderen Rechnung getragen.

Kapitel 1.1.2

Zur Definition von Medientexten

Als Medientexte im engeren Sinne gelten in dieser Arbeit Parteiperiodika und –programme, im weiteren Sinne wird auf das Internet, Radio- und TV-Mitschnitte, Tonträger und Werbung zur Bundestagswahl 1998 in Form von Briefen, Flugblättern, Wahlprogrammen, Wahlzeitungen, Plakaten, Anzeigen und Aufklebern (Wahlwerbung) zurückgegriffen. Unter anderem nach Innenminister Schily ist besonders die Nutzung des Internets von zunehmender Bedeutung für rechtsradikale Zwecke (N 1), weswegen unter Kap. 3.3.5 und 4.1.4.2 auf die jüngsten Entwicklungen auf diesem Gebiet eingegangen wird. Die Analyse von Wahlwerbung zur Bundestagswahl 1998 wird im Rahmen der Kap. 3 und 4 durchgängig vorgenommen, insbesondere da im Zusammenhang mit dieser Wahl sehr viel Datenmaterial zur Verfügung stand. Da Mailboxen, BTX und dergleichen keine so große Zahl von Menschen erreichen und im Vergleich zum Internet überholt sind, wird auf die Analyse dieser Texte verzichtet. Die Medientexte werden besonders unter den Aspekten ihres Inhalts (ideologische Grundlagen, Weltbilder), der Auflagenstärke, ihrer Adressaten sowie ihres Zwecks und im Hinblick auf ihre Wirkung betrachtet werden.

Anhand dieser Texte werden im folgenden die Versuche der Ideologiebildung seitens der verschiedenen, besonders der rechtsradikalen Parteien und Bewegungen untersucht. Durch die Analyse der o.g. Textsorten soll herausgefunden werden, ob mit ihnen Ideologie gebildet wird bzw. ob der Nachweis für erfolgreiche Ideologiebildung zu erbringen ist und wie diese Ideologiebildung vonstatten geht.

Kapitel 1.2

Die Ziele der Arbeit, die Einordnung in den Stand wissenschaftlicher Forschung und Hypothesen zum Forschungsgegenstand

Als Oberbegriff für die Arbeit dient die politische Kulturforschung, da die politische Sozialisation als zentraler Aspekt der politischen Kulturforschung den Raum analysiert, in welchem Ideologiebildung wirkt und die Einstellungsforschung einer ihrer zentralen Bestandteile ist (Kap. 2.2.1).

Kapitel 1.2.1

Die Ziele der Arbeit

Die Methoden der Arbeit lassen sich grob in eine deskriptive, explikative und normative Kategorie einteilen.

In deskriptiver Absicht erfolgt zunächst eine inhaltliche und formale Analyse von Medientexten, wobei als inhaltliche Vergleichsbasis die unter Kap. 2.2 geschilderte Methodik (u.a. eine Defizitanalyse auf der Basis der Grundgesetzes) und als Maßstab für formale Analysen die unter Kap. 2.3 geschilderten Methoden (z.B. das Heranziehen der Sprache des Dritten Reiches in ihrer Definition nach Victor Klemperer) genutzt werden. Diese inhaltliche und formale Analyse von Medientexten verschiedener politischer Parteien und Gruppierungen erfolgt im Hinblick auf charakteristische Ausprägungen rechtsradikalen Denkens. Von besonderem Interesse ist in diesem Kontext eine nähere Betrachtung der Regierungsparteien und ihrer Periodika im Hinblick auf deren Verortung in der politisch-ideologischen Topographie. In diesem Zusammenhang wird dann auf den Einfluß von Medientexten auf Meinungsbildungsprozesse eingegangen und versucht, einen Nachweis für den Zusammenhang von Ideologiebildungsversuchen und tatsächlicher Manipulation von Ideologie- bzw. Meinungsbildungsprozessen zu erbringen.

An den Hauptteil der Arbeit, der Analyse von Medientexten im Hinblick auf rechtsradikale Inhalte (Kap. 3), werden sich ausführliche empirische Analysen zum Einfluß rechtsradikaler

Medientexte auf Jugendliche, besonders in der Musik und den Neuen Medien, anschließen (Kap. 4).

Politikwissenschaftlich fußt die Arbeit auf der Analyse politischer Ideologiebildung mittels Sprache, die in der offiziellen und institutionalisierten Forschungslandschaft innerhalb der Politikwissenschaft noch immer eher vernachlässigt wird (O 26; Homepage des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung). Daher sollen in dieser Arbeit Inhalt und Form des politischen Diskurses anhand von Medientexten im Hinblick auf die Betrachtung von Zusammenhängen zwischen Sprache und Politik untersucht werden, wobei „Text“ hier nicht nur vorliegendes schriftliches Material meint, sondern auch im Nachhinein transkribiertes verbales Material.

U.a. mittels dieser Diskursanalyse unter nominationstheoretischen Aspekten⁴ von rechtsradikalen Medientexten sollen die Existenzbedingungen, der Resonanzboden und die Agitationsmöglichkeiten der Neuen Radikalen Rechten in der politischen Kultur Deutschlands beleuchtet werden.

Die Analyse der Ideologiebildung geschieht in mehreren Schritten, die im einzelnen im Methodikkapitel (Kap. 2) erläutert werden; die Grundlage der Analyse bilden die folgenden Punkte: eine Verortung des in den Medientexten geäußerten Gedankenguts anhand einer auf den Werten des Grundgesetzes (hier: Menschenrechte) beruhenden Defizitanalyse (Kap. 2.2.3.3) und eines Vergleichs mit dem NSDAP-Parteiprogramm von 1920 (Kap. 2.2.3.4), die Frage nach der Art der kommunikativen Vermittlung der vorgefundenen Ideen (Kap. 2.3) und schließlich eine Interpretation auf bewegungstheoretischem Hintergrund (zum Begriff: Kap. 2.2.3.2; zur Analyse: 3.4.2, 4.2 u. 5.1).

Nach Minkenberg (1998) sind „Für eine vergleichende Untersuchung von Mobilisierungsbedingungen der radikalen Rechten (...) zwei zentrale Aspekte besonders bedeutend, bei denen die politische Kultur Auswirkungen zeigt: a) der politische Raum, in dem eine radikale Rechte operieren kann (...) b) die politische Sprache einer Gesellschaft ...“ (S. 56). Ersterer wird im Kontext von bewegungstheoretischen Analysen (Kap. 2.2.3.2)

⁴ Die Nominationstheorie beschäftigt sich mit Entscheidungen bzgl. der Wortwahl (Kap. 2.3.3).

betrachtet; letztere wird in dieser Dissertation als Untersuchungsmittel zur Erkenntnisgewinnung über den gesamten Untersuchungsgegenstand des Hauptteiles der Arbeit, die Existenz- und Wachstumsbedingungen der Neuen Radikalen Rechten in der politischen Kultur Deutschlands, betrachtet. In diesem Rahmen wird die Analyse politischen Sprachgebrauchs dazu dienen, Ähnlichkeiten in den Weltbildern und Existenzbedingungen der Regierungsparteien zur Neuen Radikalen Rechten zu suchen. Da politisches Handeln von sprachlichem Handeln also nicht trennbar ist (Girnth, S. 68; in: Muttersprache, 1996), ist die Analyse des Sprachgebrauchs in politischen Medientexten bezüglich der Deutung ihrer Inhalte und Absichten von brisanter politikwissenschaftlicher Bedeutung. Die Notwendigkeit einer ganzheitlichen⁵ Herangehensweise an die Thematik ist von Minkenberg sogar als Ausschließlichkeitsvoraussetzung formuliert worden:

„Die Rechtsradikalität der Gegenwart ist ungewöhnlich vielschichtig und kann daher nur durch eine interdisziplinäre Herangehensweise adäquat untersucht werden.“ (P 3; Vortrag)

Diese Dissertation bedient sich u.a. linguistischer Analysen zur politikwissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung über die Ausmaße und die Art der Beeinflussung des Einstellungspotentials der einzelnen Menschen. Der Nachweis einer Manipulation von Ideologiebildungsprozessen steht im Vordergrund (Auf die Art dieser Manipulation wird in den Kap. 3 bis 5 eingegangen). Da es sich hier um eine politikwissenschaftliche Arbeit handelt, werden im Rahmen der Ausführungen zur Methodik Grundlagen der Sprachanalyse dargestellt werden (Kap. 2). Mit Hilfe von Sprachanalysen sollen die Fragen geklärt werden, ob und inwiefern man Charakteristika politisch rechten Sprachgebrauchs in Medientexten nachweisen kann. Als Vergleichsbasis hierfür wird die *Lingua Tertii Imperii* (LTI: Definition nach Klemperer, 1996⁶) sowohl für lexikalische als auch für stilistische und gegebenenfalls grammatikalische Fragen herangezogen werden. Die vorliegende Arbeit wird über die bloße

⁵ Unter einer ganzheitlichen Herangehensweise an den Forschungsgegenstand wird die Annäherung an denselben aus den Blickwinkeln verschiedener wissenschaftlicher Objektbereiche verstanden, als da wären: Politische Theorie sowie geschichtliche und volkswirtschaftliche Blickwinkel, Linguistik, Kommunikationswissenschaft, psychologische und soziologische Aspekte (Zur Methodik: Kap. 2).

⁶ Die Betrachtungen zur Sprache des Dritten Reiches des jüdischen Germanisten Victor Klemperer sind ursprünglich 1957 beim Max Niemeyer Verlag in Halle (Saale) erschienen. Im folgenden wird die Ausgabe von 1996 zitiert.

Sprachanalyse dahingehend hinausgreifen, daß der Untersuchungsgegenstand inhalts- und diskursanalytisch betrachtet und im Kontext der sozialen Wirklichkeit verortet. Die Aufgabe des politikwissenschaftlichen Teils dieser Dissertation besteht u.a. darin, die Ergebnisse der sprachlichen Untersuchung von Medientexten in den sozialen Hintergrund einzuordnen bzw. den Rahmen für die Interpretation dieser Daten zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist die Kombination quantitativer und qualitativer Forschungsansätze ausschlaggebend (Kap. 2.1).

Es sollen also zunächst Medientexte analysiert werden in bezug auf Ähnlichkeiten zur bzw. Abweichungen von der Ideologie des Dritten Reiches, wie sie in der Sprachnutzung zu Tage trat bzw. tritt. Im Hauptteil der Arbeit werden zunächst rechtsradikale Medientexte diesbezüglich untersucht. In Kap. 3.5 dann soll geklärt werden, inwiefern auch Texte der etablierten Parteien Ähnlichkeiten zur LTI oder gar Anlehnungen an völkisches Denken aufweisen. Zu diesem Zweck werden in einem weiteren Arbeitsschritt Medientexte der großen Regierungsparteien im Hinblick auf ihren Sprachgebrauch analysiert (Kap. 3.5.1), denn spätestens nach Edmund Stoibers Formulierung von 1988 von der „durchmischten und durchrassten Gesellschaft“ (A7, S. 61a) drängt sich die Frage auf, wie sehr die bundesrepublikanische Umgangs- oder auch Schriftsprache vom Gebrauch einschlägigen Vokabulars geprägt ist und inwiefern sich die im ersten Hauptteil der Arbeit gewonnenen Erkenntnisse im Sprachgebrauch der Organe der Regierungsparteien bzw. in deren Gedankengut wiederfinden.

Auf der Basis der o.g. deskriptiven Leistungen wird angestrebt, die Existenz- und Wachstumsbedingungen rechtsradikaler Ideologie darzulegen, also festzustellen, unter welchen Bedingungen rechtsradikale Parteien und Bewegungen derzeit existieren und inwiefern sich ihr Einfluß auf das politische Leben der Bundesrepublik zukünftig entwickeln wird, abhängig z.B. von den Fragen, ob die jeweilige Bewegung auf dem Boden freiheitlich-demokratischer Rechtsstaatlichkeit dauerhaft akzeptiert werden (s. Diskussion um NPD-Verbot seit Mitte 2000) und, inwieweit sie ihre erreichte Popularität halten oder gar erweitern kann. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Erläuterung, warum eine solche Bewegung populär ist oder nicht oder worin die Gründe für ihre Existenz oder ggf. ihr Wachstum zu sehen sind. In explikativer Hinsicht fließen außerdem soziopsychologische Aspekte u.a. in Form eingehender Beachtung der besonderen Situation der Entwicklung von

Rechtsradikalismus in den neuen Bundesländern ein. Auch wirtschaftliche Zusammenhänge werden in den Untersuchungen eingehend berücksichtigt.

Die Beschreibung der Verortung der etablierten Parteien in der politisch-ideologischen Topographie zieht die Notwendigkeit nach sich, die aus Medientexten über die Regierungsparteien empirisch erzielten Daten zu bewerten, und zwar anhand der gleichen Kriterien, mittels denen auch rechtsradikale Parteien und Gruppierungen und deren Periodika und sonstige Medientexte verortet werden bzw. anhand eines Vergleiches mit eben dieser Neuen Radikalen Rechten. In diesem Zusammenhang wird einleitend (Kap. 3.5) eine Darstellung rechtsradikaler Erscheinungen (Einstellungen, Weltanschauungen Weltbilder) bei Regierungsparteien im Hinblick auf deren Verortung im politischen Raum (ebenfalls nach den methodischen Maßgaben des zweiten Kapitels) vorgenommen und abschließend ein Vergleich rechtsradikaler Parteien und Gruppierungen mit den etablierten Parteien unternommen (Kap. 5.1). So kann schließlich, abhängig vom Grad der Ähnlichkeit mit oder der Distanz von der Neuen Radikalen Rechten beurteilt werden, inwiefern etablierte Parteien und Bewegungen ähnliche Werte wie diese aufweisen. Ein weiteres Ziel dieser Arbeit ist herauszufinden, inwiefern auf der Grundlage der bis dahin erzielten Erkenntnisse von der Neuen Radikalen Rechten eine Bedrohung für die Bundesrepublik Deutschland ausgeht.

Im Anschluß daran findet eine ausführliche Deskription und Interpretation der Agitation rechtsradikaler Gruppen unter Jugendlichen statt, wie sie sich besonders in Musikgenres äußert und in welchem im besonderen die Neuen Medien beleuchtet werden (Kap 4). In diesem Zusammenhang wird wiederum ein Schwerpunkt auf empirischen Analysen zum Einfluß rechtsradikalen Gedankengutes (Wirkungszusammenhänge), vor allem in rechtsradikalen Songtexten, auf politischen Einstellungen bzw. Ideologiebildung unter Jugendlichen liegen. Die Bemühungen der Regierungsparteien um jugendlichen Nachwuchs werden teils in Kap. 3.5.2, teils auch vergleichend in Kap. 4 dargestellt sowie in Kap. 5 kurz zusammenfassend wieder aufgegriffen.

In einem zusammenfassenden und schlußfolgernden Kapitel werden dann Überlegungen zu den Konsequenzen aus den erzielten Forschungsergebnissen dargestellt, die als Basis für einen kritischen Ausblick dienen werden. Dies betrifft z.B. das Herausarbeiten des

Einführung

rechtsradikalen Einstellungspotentials, die vergleichende Verortung der untersuchten Parteien und Gruppierungen sowie Überlegungen und empirische Analysen zur Wirkung von ideologiebildenden Maßnahmen.

Die Verwirklichung des Vorhabens bzw. der Ziele dieser Arbeit verspricht eine deutliche Erweiterung des Forschungsstandes zum Thema Rechtsradikalismus.

Kapitel 1.2.2

Zum Stand der Forschung

Die Bedingungen, unter denen Rechtsradikalismus entsteht, existiert und gedeiht, sind häufig Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung gewesen. Beispielhaft seien eingangs Vertreter verschiedener Blickwinkel genannt: In jüngerer Zeit haben sich hier besonders Kitschelt (1995) und Minkenberg (1998) verdient gemacht. Die Sprache im Dritten Reich ist ebenfalls vielfach untersucht worden (z.B. durch Ehlich, 1995 und Bergsdorf, 1983). Ebenso ist auch rechtsradikaler Sprachgebrauch, besonders in den vergangenen zehn Jahren, beleuchtet worden, wobei die Publikationen Siegfried Jägers hier als federführend bezeichnet werden können. Die Betrachtung der Neuen Radikalen Rechten aus dem Blickwinkel von deren Subgruppen, wie z.B. rechtsradikal orientierten Frauen, hat ebenfalls stattgefunden (Bitzan, 1997) oder es wurde vom Verfassungsschutz auf die Bedeutung von Musik mit rechtsradikalen Texten für die politische Orientierung Jugendlicher hingewiesen (N1). Auch Wagner hat sich um die Erforschung rechtsradikalen Einflusses auf Jugendliche (Wagner, 1994), besonders bezüglich der sog. *Skinheadmusik* (P 6), verdient gemacht, wobei Aschwanden (1995) den sog. *Rechtsrock* besonders nachhaltig untersucht hat, wenngleich nicht aus einem kommunikationsorientierten Blickwinkel der Ideologiebildung, also unter Einbeziehung kommunikationswissenschaftlicher und linguistischer Ansätze. Eingehend sprachlich analysiert wurde dieses letztere Feld aber kaum. Insbesondere mangelt es diesbezüglich an einer eingehenden Betrachtung bzw. Untersuchung der Wirkungsweisen der Neuen Medien (vor allem Kap. 3.3.5 und 4.1.4.2). Die besondere Bedeutung der neuen Bundesländer für die Entwicklung rechtsradikaler Ideologie gerade bei Jugendlichen wurde

bisher ebenfalls nicht erschöpfend betrachtet⁷, während ostdeutsche Befindlichkeiten im Rahmen dieser Dissertation berücksichtigt werden. Darüberhinaus fehlt es an einem multidisziplinären Vergleich⁸ zwischen dem geäußerten Gedankengut und Sprachgebrauch in Organen der Regierungsparteien und in rechtsradikalen Medientexten.

Aus diesen Gründen will die vorliegende Dissertation nicht nur die Gültigkeit der bisher getroffenen Aussagen zur Ideologiebildung durch rechtsradikale Bewegungen kritisch prüfen, sondern herausfinden, in welchem Ausmaß rechtsradikales Gedankengut auch in Organen von Regierungsparteien nachzuweisen ist.

Das weiteres, zentrales Ziel dieser Arbeit ist es, eine auf der Basis eines multidisziplinären Ansatzes möglichst umfangreiche Erkenntnisgewinnung zur Ideologiebildung von rechts zu erreichen. Es soll eine Grundlage zum Thema auf der Basis verschiedener Herangehensweisen und unterschiedlicher Blickwinkel gelegt werden. Pfahl-Traugher spricht in „Verfassungsschutz: Bestandsaufnahme und Perspektiven“ vom „Fehlen einer umfassenden sozialwissenschaftlichen Theorie“ zum Thema Rechtsradikalismus, die sich mit „... politischen, psychologischen und sozialen Wirkungsfaktoren ...“ beschäftigt und außerdem das *Bindungsgeflecht* der Gruppierungen und ihr Verhältnis zueinander darstellt (1998, S. 56). In der Tat existieren inzwischen viele Arbeiten zum Thema, allerdings sind sie alle inhaltlich stark begrenzt auf jeweils ein spezielles Gebiet und sind in der Regel nicht von einem multidisziplinären Standpunkt aus betrachtet worden. Jäger beispielsweise hat sich durch die Tätigkeit in dem von ihm geleiteten Institut DISS (*Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung*) zwar um zahlreiche Analysen der politischen Sprache verdient gemacht, jedoch hat er sich zum einen vorrangig auf die Betrachtung einzelner Textsorten und einzelner Texte ohne umfassend vergleichende Methodik und Empirik konzentriert, zum anderen hat er

⁷ So hat Münchmeier, Mitautor der 13. Shell Jugend Studie, beispielsweise zustimmend festgestellt, daß diese Studie den Rechtsradikalismus unter Jugendlichen kaum beleuchtet, da das Kriterium Ausländerfeindlichkeit (das dort intensiv untersucht worden ist) lediglich ein Aspekt des Gesamtphänomens ist.

⁸ Da die unter Kap. 2 geschilderte Methodik aus verschiedenen Fachgebieten und dort Objektbereichen entnommen worden ist (und insofern über streng politikwissenschaftliche Methoden hinausgeht), um so zu einer möglichst umfangreichen Analyse des Untersuchungsgegenstandes führen zu können, wird sie als multidisziplinär bezeichnet.

den Sachverhalt lediglich aus dem fachlichen Blickwinkel eines Germanisten betrachten können. Minkenberg (1998) hat sich zwar des Vergleichs als Methode bedient und in einem größeren Rahmen „Die Neue Radikale Rechte“ Europas und der USA untersucht, konnte allerdings seinem zuvor zitierten (S. 9) eigenen Anspruch der Interdisziplinarität nicht gerecht werden. Der Ansatz, die Theorie Neuer Sozialer Bewegungen (NSB) auf rechtsradikale Bewegungen zu übertragen (u.a. Hellmann/Koopmans, 1998) erweist sich dagegen als verhältnismäßig solider und umfassender Versuch einer Erstellung der von Pfahl-Traugher vermißten sozialwissenschaftlichen Theorie zum Rechtsradikalismus, insofern der darin enthaltene Aspekt der Identitätsforschung um die Bildung von Identität durch Sprache sowie der Ansatz der Politischen Gelegenheitsstrukturen um die Betrachtung arbeitsmarktpolitischer Umweltbedingungen detailliert erweitert wird, wie es in Kap. 2.2.3.2, Kap. 3.4.2, Kap. 4.2 und Kap. 5.1 geschieht.

Die Analyse des politischen Diskurses gehört zum Kernbestand politik- und sozialwissenschaftlicher Forschung. Der Träger eines solchen Diskurses sind die Sprache bzw. deren Nutzer. Die geschickte Nutzung von Sprache ist ein machtvolleres Mittel, weil sprachliche Aktionen, ihre Begriffe und Bilder unser Verständnis von der Wirklichkeit prägen und somit ein Kampf um politische Machtpositionen wesentlich ein solcher ist, der sprachlich ausgetragen wird. Die Politik kann ohne die eingehende Betrachtung des Transportmediums ihrer Ideologie, der Sprache, nicht erschöpfend analysiert werden. Umgekehrt erscheint es sinnlos, die Sprache zu untersuchen, ohne die Auswirkungen ihres Gebrauchs im sozialen Hintergrund darzustellen. Somit bietet sich eine multidisziplinäre Herangehensweise an, die sich vorwiegend aus den Gebieten der politischen Theorie und der germanistischen Sprachwissenschaft bildet, und sich der Psychologie, Soziologie und auch der Volks- bzw. der Betriebswirtschaftslehre als Hilfswissenschaften bedient, um das Phänomen Rechtsradikalismus zu erschließen.

Nicht in den Untersuchungsgegenstand mit einbezogen werden neuheidnische Glaubensgruppen, die Alte Rechte sowie Traditionsverbände und Revisionisten, die zwar durchaus dem rechtsradikalen Umfeld zugerechnet werden müssen, deren eingehendere

Betrachtung den Rahmen dieser Arbeit jedoch sprengen würde. Zur Schaffung eines groben Überblicks wurden allerdings einige beschreibende Aussagen über diese Gruppierungen gemacht (Kap. 1.1.1.2.1 und 1.1.1.2.3).

Kapitel 1.2.3

Hypothesen zum Forschungsgegenstand

Da der Zweck der Arbeit eine systematische Darstellung der Existenz- und Wachstumsbedingungen rechtsradikaler Parteien und Gruppierungen ist, stellt sich die Frage, wie man Prozesse der Ideologiebildung, die die Grundlage solchen Wachstums darstellen, als Forschungsgegenstand greifbar machen kann.

Die Existenzbedingungen rechtsradikaler Gruppierungen zu einem bestimmten Zeitpunkt lassen sich darstellen: Es können z.B. die Anzahl rechtsradikaler Parteien und sonstiger Vereinigungen, ihre Mitgliederzahlen und ihre strukturelle Vernetzung untereinander beschrieben werden. Ebenso kann die diesbezügliche Entwicklung solcher Gruppierungen zu einem späteren Zeitpunkt durch einen Vergleich ermittelt werden. Auch lassen sich auf der Basis empirisch-analytischer Politikwissenschaft logische Schlußfolgerungen zu den Ursachen der ermittelten Entwicklung anstellen. Diese können jedoch nur hypothetischen Charakters bleiben. Der Ausgangs- und der Endpunkt eines Ideologiebildungsprozesses lassen sich anhand von politischen und ökonomischen Veränderungen in einer Gesellschaft politikwissenschaftlich oft nahezu zweifelsfrei bestimmen, der Weg dahin jedoch kann auf diese Weise nicht erschöpfend präzisiert werden. Zu sehr unbeachtet bleibt hierbei oft die Wirkung politischer Sprache auf die öffentliche Meinung, von der hier angenommen wird, daß sie kaum unterschätzt werden kann.

In diesem Zusammenhang wird in grober Anlehnung an die Sapir/Whorf-Hypothese (Bußmann, 1990, S. 657 f.) davon ausgegangen, daß die Sprache das Denken (mit-)bestimmt. Sapir/Whorf nahmen an, daß die Wahrnehmung und das Denken eines Sprechers nur im Rahmen der von ihm gesprochenen Sprache stattfinden und durch die Sprache determiniert

werden. Diese Sapir-Whorf-Hypothese ist inzwischen der Auffassung einer wechselseitigen Beziehung zwischen Denken und Sprache gewichen. Auch in dieser Arbeit wird davon ausgegangen, daß zwischen Sprache und Denken eine untrennbare und ursächliche Wechselbeziehung besteht: Selbst, wenn das eine das andere nicht ausschließlich bedingt, so wird angenommen, daß Denken ohne Sprache ebenso unmöglich ist wie Sprache ohne Denken.

Die Bildung von Ideologie ohne das Transportmittel der Sprache ist somit nicht vorstellbar. Daher wird die Untersuchung der sprachlichen Mittel als Transportfähre von Ideologien einen wesentlichen Teil des Forschungsgegenstandes ausmachen, denn die politische Sprache ist im Zusammenhang mit der Themenstellung dieser Dissertation Forschungsmittel und –gegenstand zugleich, um ganzheitlich die Existenzbedingungen des Rechtsradikalismus und die Art seiner Entwicklung bzw. die Gründe seines Wachstums beleuchten zu können sowie abschließend die Auswirkungen dieses Wachstums unter dem Aspekt von Wirkungsmechanismen erkennen zu können.

Wirkungsmechanismen (Kap. 5.2) sind diesbezüglich die gesellschaftlichen Veränderungen nach rechts, wie z.B. steigende Mitgliederzahlen bei rechtskonservativen oder –extremen Parteien, vermutlich als Folge von ideologiebildendem Einsatz politischer Sprache. In diesem Zusammenhang wird im Einklang mit dem Verfassungsschutz hypothetisch vorausgesetzt, daß die von Rechtsradikalen ausgehende Gefahr vorwiegend in deren „Agitation und Propaganda“ (N1) liegt und angenommen, daß diese Agitation Auswirkungen hat, deren Ausprägungen in Kap. 5.2 detaillierter betrachtet werden. Der Nachweis von Ideologiebildungsprozessen, von denen angenommen wird, daß sie in rechtsradikalen Texten mit Mitteln der Propaganda des Dritten Reiches, also vorwiegend der LTI (Kap. 2.3.7), bewußt angestrebt werden, steht somit neben der hierauf folgenden Analyse von Wirkungsmechanismen im Vordergrund der Untersuchungen.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht wird angenommen, daß sich der Nährboden für Rechtsradikalismus im allgemeinen und die Neue Radikale Rechte im speziellen vor allem aus zweierlei Bedingungen ergeben hat: zum einen aus einer Gegenbewegung zu den Ideen von 1968, die die bundesrepublikanische Gesellschaft seither wesentlich geprägt haben, zum

anderen aus der grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung, die sich seit einigen Jahren aus dem Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungs- oder Informationsgesellschaft erklärt (siehe auch Kap. 3).

Die Verfasserin legt dem Untersuchungsgegenstand verschiedene Annahmen zugrunde. So wird angenommen, daß besonders Texte der Neuen Radikalen Rechten sich die Mittel der LTI zu eigen machen und die rechtsradikalen und die etablierten Parteien mindestens stilistische, u.U. auch inhaltliche Ähnlichkeiten in der Vermittlung ihrer Ideen aufweisen werden. Insofern bewußte Manipulationen von Meinungsbildung vorhanden sind, ist anzunehmen, daß diese Manipulation in Parteiperiodika stärker in Erscheinung tritt als in Parteiprogrammen, weil erstere für einen engeren Adressatenkreis verfaßt werden (laut Gesetz muß jede deutsche Partei über ein Programm verfügen⁹, das naturgemäß relativ nüchtern und abstrakt ist, wohingegen Parteiperiodika leichter verständlich sind und eine größere Anzahl von Rezipienten ansprechen). Es steht weiterhin zu vermuten, daß besonders die Neue Radikale Rechte sich im wesentlichen auf die ideologische Einwirkung auf Jugendliche und die Bevölkerung der neuen Bundesländer konzentriert. Dies begründet sich zum einen in der natürlichen Orientierungssuche junger Menschen und in ihrer daraus resultierenden politischen Offenheit und zum anderen in der wirtschaftlich immer noch häufig desolaten Situation der in den neuen Bundesländern lebenden Mitbürger sowie in deren Identitätsfindung. Die Standfestigkeit dieser Hypothesen gegenüber der Wirklichkeit wird in den Kapiteln drei bis fünf geprüft werden.

Aus den vorangegangenen Überlegungen dieses Kapitels ergeben sich im einzelnen folgende Hypothesen, wobei die linguistischen eingangs genannt sind und die politikwissenschaftlichen auf den sprachwissenschaftlichen Hypothesen aufbauen:

- Es läßt sich ein charakteristisch rechter Sprachgebrauch auf der Basis der LTI identifizieren.

⁹ Parteiengesetz, §1, Abs. 3: „Die Parteien legen ihre Ziele in politischen Programmen nieder.“ (Grundgesetz, 1996).

Einführung

- Im Satzbau und den stilistischen Mitteln wird sich eine propagandistische Absicht nachweisen lassen.
- Der Versuch einer ideologischen Einwirkung auf das Bewußtsein des Rezipienten eines Medientextes ist im Gebrauch von Wortmaterial erkennbar. Ideologiebildende Ziele werden mit sprachlicher Strategie in den Medientexten verfolgt. Nach Klein ist im politischen Wettbewerb vor allem derjenige Kommunikator überlebensfähig, der „... über die leistungsfähigeren sprachlichen Ressourcen verfügt“ (S. 1; in: Jarren / Sarcinelli / Saxer, 1998). Ein besonderer Analyseschwerpunkt wird auf die unterste sprachliche Strukturebene, die Wörter, gelegt werden.
- Es lassen sich bestimmte Rezipientengruppen eingrenzen, die dieser ideologischen Einwirkung des Sprachgebrauchs auf die Meinungsbildung besonders unterliegen. Auf die Altersgruppe der Jugendlichen wird dies z.B. zutreffen.
- Der Distanzierungswunsch der Neuen von der Alten Rechten wird wenig überzeugend wirken, da sich zwischen dem Sprachgebrauch der LTI und dem der Organe der Neuen Radikalen Rechten auffällige Ähnlichkeiten aufzeigen lassen werden.
- Auch etablierte Regierungsparteien sind nicht ganz frei von diesem rechtsradikalen Sprachgebrauch, der sich in der Form an der LTI orientiert, eine propagandistische Absicht hat und ideologisch Züge völkischen Denkens trägt, die u.a. in der Ausländerdebatte evident werden.
- Minkenberg (1998, S. 114 ff.) geht davon aus, daß das Weltbild der Neuen Radikalen Rechten die klassischen Charakteristika rechtsradikalen Denkens, wie sie sich etwa bzgl. Rassismus und antidemokratischen Ordnungsvorstellung äußern, in der Absicht einer modernisierten, gefälligeren Erscheinung nur bedingt oder abgeschwächt übernommen hat. Die Verfasserin vermutet hingegen, daß diese vermeintliche Abgrenzung der Neuen von der Alten Rechten häufig nur sehr oberflächlich stattgefunden hat und die politischen Ideen dieser Gruppierungen nach wie vor zu wesentlichen Teilen die der völkischen Ideologie sind.

Einführung

- Deshalb wird weiterhin angenommen, daß *Feind* und *Fremd* auch für die Neue Radikale Rechte aufgrund des völkischen Lebensraumdenkens nahezu identisch sind.
- Die Ideologie/Das Denken der Neuen Radikalen Rechten fußt auf den Vorstellungen des Weimarer Staatsrechtlers Carl Schmitt.
- Mit Meyer (1991, S. 278 f.) wird vermutet, daß Ausländer an Stelle von Menschen jüdischen Glaubens zum Feinbild rechtsradikaler Propaganda geworden sind.
- Die Analyse von Auswirkungen der Beeinflussung des politischen Denkens durch sprachliche Manipulation und die Untersuchung von Auswirkungen gesellschaftlichen Wandels sowie Protestreaktionen auf die 68er-Bewegung wird zeigen, daß die Parteien der Neuen Radikalen Rechten sich in den 90ern steigender Beliebtheit erfreuen, was auch an den entsprechenden Wahlergebnissen evident wird.
- Ein rechtsradikales Werte- und Gedankengebäude hat aus psychologischer Sicht für den einzelnen Bürger u.U. einen sehr hohen Attraktivitätsgehalt.
- In Abhängigkeit vom Zusammentreffen diverser Faktoren (Nutzung politischer Sprache zu propagandistischen Zwecken, schwierige wirtschaftliche Gesamtlage mit daraus resultierender hoher Arbeitslosenzahl, psychologisch motivierte Suche nach einem Sündenbock und Wunsch nach persönlicher Aufwertung durch Abwertung eines anderen etc.) kann es grundsätzlich immer wieder, auch im mitteleuropäischen Raum, zu einem Erstarken völkischen bzw. rechtsradikalen Denkens und Handelns kommen.
- Sollte sich herausstellen, daß besonders Bürger der neuen Bundesländer dazu neigen, für rechtsradikale politische Willensbildung empfänglich zu sein, so wird die Ursache hierfür u.a. darin vermutet, daß die Modernisierungsveränderungen und daraus resultierenden Ängste hier am stärksten ausgeprägt sind.

Zur Untersuchung dieser Hypothesen werden die in Kapitel zwei aufgeführten Methodiken verwendet.

Kapitel 2

Zur Methodik

Diese Arbeit bedient sich verschiedener Methodiken vorwiegend aus den Bereichen Politische Theorie und germanistische Sprachwissen- sowie Kommunikationswissenschaft, die um der Multidisziplinarität der Ergebnisse willen in Kombination miteinander angewandt werden, wie in Kap. 1 erläutert wurde.

Kapitel 2.1

Bestimmende Aspekte quantitativer und qualitativer Sozialforschung

Die Verfasserin stimmt mit Patzelt (1995, S. 55) überein, daß „... die Leistung der quantitativen Forschung in der Politikwissenschaft oftmals nicht zu übertreffen ist ...“. Diese Arbeit trägt dem durch ihren ausgeprägten empirischen Charakter Rechnung. Die Untersuchung findet anhand einer breit gefächerten Auswahl an Medientexten statt, die repräsentativ ausgesuchte Texte der verschiedensten Gruppierungen und Medienkanäle enthalten; es werden diverse politische Gruppen, speziell solche innerhalb der Neuen Radikalen Rechten, betrachtet. Die Werbung zur Bundestagswahl 1998 wird durch das Einbeziehen von Wahlplakaten und evtl. Wahlprogrammen ebenfalls, wenn auch nur randlich, betrachtet. Bezüglich des Bereichs der Jugendsprache wird eine umfassende, repräsentative Erhebung in die Untersuchung mit einbezogen. Außerdem werden die Untersuchungsgegenstände zumeist im makrosoziologischen Bereich untersucht, die einzelnen politischen Gruppierungen werden folglich zum wesentlichen Teil auf nationaler Ebene betrachtet, weswegen sich für die ganze deutsche Gesellschaft und nicht nur auf Kleingruppen eingeschränkte Ergebnisse erarbeiten lassen werden.

Interpretative Prozesse sind für qualitative Forschung kennzeichnend und für diese Arbeit unverzichtbar, da der Untersuchungsgegenstand zu einem wesentlichen Teil verbales Material ist und darauf bezogene Auswertungsmethoden braucht. Die Medientexte werden mittels des

Zerlegens des Analyseablaufs in einzelne Schritte erschlossen (vgl. Kap. 2). Auf diese Weise können vergleichbare sprachliche Bearbeitungseinheiten systematisch erstellt und größere Materialmengen effektiv bearbeitet werden. Der Träger des politischen Diskurses, die Sprache, wird so mittels verschiedener, im folgenden erläuteter Analyseansätze untersucht (siehe auch Kap. 2.3). Das Ziel der Analyse ist eine Beobachtung von Kommunikation zwischen politischen Parteien bzw. Gruppierungen und dem einzelnen Bürger sowie die Aufdeckung von aus der Kommunikation resultierenden Wirkungsmechanismen. Daher wird die vorliegende Arbeit über die bloße Sprachanalyse hinausgehen: Die Thematik wird inhalts- und diskursanalytisch bedacht, sondern im Kontext der sozialen Wirklichkeit betrachtet. Die Aufgabe des politikwissenschaftlichen Teils dieser Dissertation besteht u.a. darin, die Ergebnisse der sprachlichen Untersuchung von Medientexten in den sozialen Hintergrund einzuordnen bzw. den Rahmen für die Interpretation dieser Daten zu schaffen. Dafür ist die Kombination qualitativer und quantitativer Forschung notwendig; z.B. kann der neunmalige Gebrauch eines Wortes wie „Endlösung“ einiges aussagen, allerdings ist die betreffende Aussage abhängig vom Kontext: Die Deutung der Verwendung dieses Begriffes wird ganz anders ausfallen, wenn er in einem Text mit rechtsradikalem Hintergrund oder aber in einem Schulbuch stünde. Das bloße Auszählen von sprachlichen Phänomenen ist für eine umfassende Interpretation also nicht ausreichend.

Da die Verfasserin Quantität und Qualität nicht als „Kürzel für unvereinbare Grundpositionen“ (Patzelt, 1995, S. 55), sondern als komplementär-integrativ begreift, dient der quantitative bzw. empirische Aspekt der Untersuchungen als Basis für die qualitative Forschung im Rahmen dieser Arbeit. Damit Bedeutungen erfaßt werden können und über das bloße Sammeln von Zahlen, Daten und Fakten hinausgegangen werden kann, werden sich – wie in Kap. 1.2 erläutert – u.a. Inhalts-, Diskurs- und Nominationsanalyse mit quantitativen Forschungsmethoden ergänzen bzw. es findet im Rahmen politikwissenschaftlicher Analysen eine Defizitanalyse der Medientexte zur Absteckung eines Normbereichs (Kap. 2.2.3.3), eine Erfassung von Ähnlichkeiten mit dem NSDAP-Parteiprogramm (Kap. 2.2.3.4) zur Schaffung einer Vergleichsbasis und die Aufstellung eines bewegungstheoretischen Modells zur Einordnung in einen umfassenden, theoretischen Hintergrund (u.a. Kap. 2.2.3.2 und 3.4.2) statt.

Politikwissenschaftlich wird es in der Praxis der Arbeit außerdem von Bedeutung sein, ob abschließend (Kap. 5) ein willentlicher Versuch zur Manipulation des Denkens der Rezipienten von Medientexten seitens der Autoren nachzuweisen ist. In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, durch welche sprachlichen Mittel eine solche Manipulation erreicht wird und ob diese mit den Mitteln der LTI identisch sind. Zum anderen muß eine Möglichkeit zur Messung von Wirkungsmechanismen geschaffen werden, so daß die Auswirkungen der Inhalte von Medientexten gemessen werden können und man somit Rückschlüsse auf eine etwaige Beeinflussung von Ideologiebildungsprozessen ziehen kann. In diesem Kontext bietet sich eine vorwiegend quantitative Herangehensweise an. Es interessieren z.B. die Entwicklung von Auflagenstärken einschlägiger Magazine, die Entwicklung von Umsätzen einschlägiger Versandhäuser, unter gewissen Voraussetzungen auch die Entwicklung der Mitgliederzahlen der untersuchten Parteien sowie das Wahlverhalten der Bürger. In qualitativer Hinsicht steht beispielsweise die Möglichkeit offen, den Werdegang des zivilen Sondereinsatzkommandos im Kampf gegen Rechtsradikalität in Mecklenburg-Vorpommern, MAEX¹, oder andernorts zu beleuchten.

Kapitel 2.1.1

Qualitative Sozialforschung in der Politikwissenschaft

Seit Mitte der 80er Jahre läßt sich eine Wiedergeburt der lange als *unwissenschaftlich* und *feuilletonistisch* bezeichneten qualitativen Forschungstradition in den Sozialwissenschaften im allgemeinen beobachten (Kardorff, 1995, S. 3). Sehr langsam, aber zunehmend wird erkannt, daß quantitative und qualitative Forschung sich im Streben nach der Ganzheitlichkeit von wissenschaftlichen Erkenntnissen nur ergänzen können, weil letztere ersteren mit einem sinnverstehendem Zugang zum Objekt der sozialen Wirklichkeit ausstatten kann und rein quantitative Forschung häufig inhaltsleer erscheint.

¹ MAEX steht für *Mobile Aufklärung Extremismus*; das Kürzel steht für eine Einsatztruppe der Polizei Mecklenburg-Vorpommerns, die ihren Dienst zivil versieht und vorwiegend aus jungen PolizistInnen besteht.

In der Politikwissenschaft mangelt es jedoch noch oft an einer als komplementär-integrativ begriffenen Methodologie, die sich aus beiden o.g. Aspekten speist, denn:

„Die Politikwissenschaft wurde von der gegenwärtigen Popularitätswelle qualitativer Forschung noch kaum erfaßt.“ (Patzelt, 1995, S. 53)

Der Grund für diesen Jahrzehnte währenden Methodikstreit ist vermutlich in dem Bemühen zu suchen, sich den Naturwissenschaften möglichst weit anzugleichen, um über jede Kritik an der eigenen Wissenschaftlichkeit erhaben zu sein (Kardorff, 1995, S. 3).

Kapitel 2.1.2

Statistische Grundlagen

Zum Verständnis der Problematik und der Klärung der Frage der Relevanz von Ergebnissen, die durch statistische Auswertung empirisch ermittelter Daten gewonnen wurden, sollten einige einführende Gedanken vorangestellt werden.

Grundlage empirischer Ermittlungen sind nicht „einmalige isolierte, ein einzelnes Individuum oder Element betreffende Ereignisse oder Merkmale, sondern wiederholbare Erfahrungen, eine Gesamtheit von - als gleichartig betrachteten - Erfahrungen, über die Aussagen gefordert werden.“ (Sachs: 1992, S. 29). Dabei wird die Gesamtheit aller Beobachtungen unter gleichbleibenden Bedingungen als Grundgesamtheit bezeichnet, jede einzelne Beobachtung bzw. jedes einzelne Merkmal ist ein Element der Grundgesamtheit. Die Beschreibende (Deskriptive) Statistik untersucht möglichst die vollständige Grundgesamtheit und bietet, u.a. durch graphische Darstellung die Möglichkeit, Unerwartetes deutlich zu zeigen. Sie ist von besonderer Bedeutung, wenn für die zu untersuchenden Merkmale oder Daten noch kein Modell vorliegt. Allerdings birgt eine solche Totalerhebung den Nachteil, daß sie häufig nur mit großem Kosten und Zeitaufwand möglich ist. (Sachs: 1992, S. 30). Demgegenüber bietet die von der Verfasserin bevorzugte Beurteilende (Schließende) Statistik den Vorteil, die empirisch zu untersuchende Datenmenge gering zu halten. Sie untersucht nur die für die Aufgabenstellung relevanten oder charakteristischen Eigenschaften einer Grundgesamtheit und schließt folglich von einem Teil der Beobachtungen auf die Grundgesamtheit aller (Sachs: 1992, S. 30).

Allerdings weichen naturgemäß die erzielten Ergebnisse von den natürlichen Gegebenheiten innerhalb gewisser Schwankungsbreiten ab. Um diese Schwankungsbreite möglichst klein zu halten bzw. der wirklichen Verteilung maximal nahe zu kommen, wäre eine Vergrößerung der Stichprobe von Nöten, was jedoch mit einer erheblichen Aufwandserhöhung verbunden ist, zumal eine Schwankungsbreite von 0 nur durch eine Totalerhebung erreicht werden kann. Gerade im Hinblick auf diese Arbeit würde das z.B. bedeuten, daß eine Umfrage unter Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern sämtliche im Bundesland ansässigen Personen dieser Altersgruppe einbeziehen müßte. In diesem Fall stünden Nutzen und Aufwand in keinem Verhältnis zueinander. Folglich werden gewisse Abweichungen von der realen Verteilung in Kauf genommen und dem Stichprobenumfang bei der Auswertung Rechnung getragen.

Dennoch sind einige wichtige Faktoren bei einer empirischen Ermittlung zu berücksichtigen: Homogenität, Vergleichswerte und Umfang der Stichprobe sowie Auswahl der Stichprobe

Bezüglich der Homogenität ist es erforderlich, daß während der Analyse Untersuchungsmethodik und Rahmenbedingungen gleich bleiben müssen.

Beim Umfang der Stichprobe ist zu bedenken, daß Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit umso besser gezogen werden können, je größer die Stichprobe ist, auf der anderen Seite aber aus Gründen der Zeit und des Aufwandes die Größe der Stichprobe möglichst klein zu halten ist, folglich mit zunehmend zufallsbedingten Abweichungen zu rechnen ist. Zur Abschätzung der Relevanz der Ergebnisse als repräsentativer Bestandteil der Grundgesamtheit sind durch Kontrollversuche ermittelte Vergleichswerte nötig. Für die Auswertung von Textsorten bedeutet dies, daß bei einem zu untersuchenden Gesichtspunkt sämtliche in Frage kommende Materialien analysiert werden, um festzustellen, ob mit zunehmenden Umfang einer Stichprobe eine Informationsverdichtung erzielt wird. Auf die daraus resultierende Frage nach deren repräsentativen Charakter wird später eingegangen. Die Ermittlung des günstigsten Umfangs der Stichprobe erfolgt durch Gegenüberstellung der Ergebnisse aus Einzelproben (z.B. 1 Text) und der aus einer zunehmenden Zusammenfassung dieser (2,3,...,n Texten) erzielten Werte. Folglich ist dann der Umfang einer Stichprobe als günstig und charakteristisch anzusehen, bei dem die gewonnenen Informationen ausreichend repräsentativ

sind und eine Erhöhung des Stichprobenumfangs zu keiner wesentlichen Informationsverdichtung führt. Allerdings ist bei Schlüssen auf die Grundgesamtheit der Umfang der Stichprobe zu berücksichtigen.

Die Auswahl der Stichprobe muß zufällig und für die Grundgesamtheit repräsentativ sein, d.h. für jedes Element der Grundgesamtheit muß die gleiche Wahrscheinlichkeit bestehen, der Stichprobe anzugehören oder nicht. Diese Form der Auswahl ist dann anzuwenden, wenn das zu untersuchende Material eindeutig in Teilmengen zerlegt werden kann, d.h. der Umfang der Medientexte kann in bestimmte Gruppen (Parteiprogramme, Wahlwerbung, Zeitungsartikel, Interviews etc.) gegliedert werden, so daß aus jeder Teilgruppe mit Zufallsauswahl eine ihrem Umfang proportionale Menge Grundlage der Stichprobe ist. Man erhält so ein verkleinertes Abbild des Gesamtbestandes.

Generell erfolgt das Erfassen empirisch ermittelter Daten listenmäßig, wobei die in der Urliste enthaltenen Merkmalswerte der Größe nach sortiert und in Abhängigkeit von einer Vergleichsgröße (Anzahl der Umfragen, Wortanzahl pro Text, Seitenanzahl etc.) ihre (prozentuale) Häufigkeit ermittelt wird. Daraus entsteht eine Häufigkeitsverteilung, die graphisch in Form von Balkendiagrammen, Häufigkeitskurven etc. veranschaulicht werden kann. Selbst hierbei entstehen Zufallsgrößen, denn je nach erforderlicher Genauigkeit und Anschaulichkeit werden die Werte gerundet.

Bei großem Umfang der Stichprobe wird eine Klasseneinteilung der Werte in gleich große Gruppen vorgenommen, wobei sich die Klassengröße nach dem Umfang der Stichprobe und der Varianzbreite der Werte richtet (kleinster und größter Wert).

Kapitel 2.1.2.1

Methodische Grundlagen der Auswertung von Medientexten unter statistischen Aspekten

Die Auswahl der Quellen erfolgte nach dem Kriterium, eine möglichst große Bandbreite verschiedener relevanter Medientexte zu erfassen und damit gleichzeitig die Absicht der

Textsortenspezifisch im Hinblick auf bestimmte Adressatengruppen zu untersuchen². Zur besseren Übersichtlichkeit und aufgrund funktionaler Unterschiede wurde der sprachwissenschaftliche Untersuchungsgegenstand in Form von Medientexten nach Textsorten gruppiert. Folglich wurden Wahlwerbung (nähere Spezifizierung siehe Kap. 4), Wahl- und Parteiprogramme, Flugblätter/Anzeigen/Plakate, Parteiperiodika und -zeitschriften berücksichtigt, da diese Auswahl von Texten im Hinblick auf die Themenstellung der Arbeit aufgrund ihrer Vielfalt und ihrer Repräsentativität (Kap. 2.1.2.2) ergiebig zu sein verspricht.

Allerdings muß einschränkend angemerkt werden, daß die erfolgte Auswahl nicht stellvertretend für jegliche Medientexte stehen kann. Es kann keine Totalerhebung von Medientexten beabsichtigt sein, es handelt sich vielmehr um eine systematische Auswahl von Medientexten, die sich aus der ausschließlichen Berücksichtigung o.g. Textsorten ergibt.

Die Untersuchung von Medientexten konzentriert sich auf ausgewählte thematische Schwerpunkte, die ausreichend Material für einen parteiübergreifenden Vergleich bieten, d.h. es wurde nach Themengebieten gesucht, die aufgrund ihrer Brisanz oder Aktualität für eine empirische Ermittlung ergiebige Materialmengen bieten und sowohl im Umfeld der Neuen Radikalen Rechten als auch bei Regierungsparteien integrativer Bestandteil jeglicher gewählter Textsorte sind. Grundlage von deren Ermittlung ist die empirische Erfassung thematischer Häufigkeiten innerhalb der verschiedenen Medientexte. Da diese Untersuchung lediglich der Frage nach populären Themen dient, wird auf eine statistische Auswertung in Abhängigkeit von Bezugsgrößen verzichtet, also keine absoluten Häufigkeiten ermittelt, sondern lediglich Trends ermittelt.

Zum Zweck der Bestimmung von thematischen Schwerpunkten im Umfeld der Neuen Radikalen Rechten ist eine Auszählung ausgewählter rechtsradikaler Quellen erfolgt. Dabei sind insbesondere die größeren rechtsradikalen Parteien und deren Periodika sowie ihre Wahlwerbung zur Bundestagswahl 1998 berücksichtigt worden. Darüber hinaus sind Medientexte von Jugendorganisationen dieser Parteien und rechtsradikale Verlage (z.B. Nation Europa Verlag GmbH) und Merchandisingunternehmen (z.B. Blood & Honour) sowie

² Mit verschiedenen Textsorten (Zeitungsartikel, Fernsehsendung, Kochrezept, Bedienungsanleitung etc. sind Beispiele für Textsorten) kann ein unterschiedliches Klientel erreicht werden (Kap. 3.4.1.3).

Publikationen nicht parteigebundener Vertreter des Rechtsradikalismus wie die *Junge Freiheit* aufgenommen worden. Hierbei wurden Parteiperiodika, Flugblätter, Wahl- und Parteiprogramme, Wahlwerbung, Aufkleber, Anzeigen und Plakate berücksichtigt. Somit erfolgte die Auswahl nach dem Kriterium einer möglichst breiten Fächerung auf der Basis dessen, was sowohl z.T. in den Verfassungsschutzberichten als auch vielmehr in der aktuellen Literatur zum Thema (Kap. 1) als rechtsradikal, rechtsradikal und neurechts betrachtet wird.

In der folgenden Tabelle sind nicht alle Themen erfaßt, mit denen sich die einzelnen Medientexte befassen. Es sind der Auszählung vielmehr Überlegungen zur Suche nach bestimmten thematischen Gebieten vorausgegangen. Diskussionsinhalte, die die Gesellschaft der Bundesrepublik in den letzten Jahren immer wieder beschäftigt haben, sind aufgenommen worden, wie z.B. die Arbeitsmarktsituation, die auch in allen Wahlkämpfen aufgegriffen wurde. Insofern kann auch die Diskussion um die Entwicklung und Gestaltung Europas als populäres Thema verstanden werden, insbesondere, da hier zu erwarten ist, daß das den Rechtsradikalismus prägende Nationalverständnis mit der europäischen Idee in Konflikt gerät. Auch die Stellung Rechtsradikaler zur Gesellschaft von morgen, zur Aufnahme und Integration von Ausländern in den Staat und ähnliche Themen, wie in Abb. 3 aufgeführt, lassen erwarten, in einschlägigen Medientexten entsprechend thematisiert zu werden. Mit diesen Überlegungen zur Ergiebigkeit bzw. Analyseeignung von Themen sind erwartungsgemäß die allermeisten Diskussionsinhalte abgedeckt worden. Im übrigen wird angenommen, daß gerade rechtsradikale Einstellungen sich im Diskurs der meistgenannten Themen besonders offenbaren werden: Da zu erwarten steht, daß ein rechtsradikales Einstellungspotential sich gerade bei Diskursen wie dem zum Thema Arbeit/Arbeitslosigkeit zeigt, erfolgt durch die Auswahl der u.g. Themen eine inhaltliche „... Orientierung an den Präferenzen von Adressaten ...“ (Klein: 1998, S. 2).

Randliche thematische Erscheinungen fließen in das folgende Schema nicht mit ein. In den vorliegenden Medientexten waren folgende thematische Häufigkeiten nachzuweisen:

<i>Abbildung 3: Thematische Häufigkeiten³</i>	
Thema	<i>Häufigkeit</i>
Arbeit / Arbeitslosigkeit	87,1%
Ausländer / Asylbewerber	38,7%
Innere Sicherheit	37,1%
Europa	37,1%
Aufschwung (Ost)	19,4%
Diskussion rechts-links	19,4%
Jugend	17,7%
Frauen	9,7%
Holocaust / Juden	6,5%
Drogen	3,2%

Abbildung 3: Thematische Häufigkeiten in rechtsradikalen Medientexten (Mehrfachnennungen möglich; In dieses Schema sind lediglich solche Medientexte eingeflossen, die mindestens 1 DIN A 5 Seite reinen Texts enthielten).

Die ersten vier Bereiche, die mit Abstand am populärsten sind, sind zur Analyse herangezogen worden. Von besonderem Interesse sind die ersten drei Themengebiete, die ausgeprägte Verknüpfungen untereinander vermuten lassen. Das Thema „Europa“ ist nur randlich einbezogen worden, da es sich bereits bei den bisherigen Auszählungen als deutlich weniger ergiebig erwies. Anhand dieser Themen wird in den Kapiteln 3 und 4 die Darstellung und Verbreitung rechtsradikaler Ideologie inhaltlich und formal untersucht. Es wird zunächst gefragt, was zu den genannten Themen in den Parteiprogrammen ausgesagt wird und wie dies erfolgt, im Anschluß wird betrachtet, wie diese Inhalte sprachlich und in ideologiebildender Absicht in anderen Medientexten umgesetzt werden.

³ Der „Datenreport 1999“; wonach neben Gesundheit, Familie und Liebe / Zuneigung zum einen Arbeit und zum anderen der Schutz vor Kriminalität zu den fünf wichtigsten Lebensbereichen gehören, bestätigt die hier gewonnenen Erkenntnisse (Statistisches Bundesamt, 2000, S. 444).

Über diese vier Themenbereiche hinaus wird außerdem das in den Texten vermittelte Staatsbild genauer beleuchtet, um die ideologische Botschaft in Form einer Autorabsicht eingehend betrachten zu können.

Die Untersuchung der sprachlichen Umsetzung und Vermittlung politischer Ideen in den Medientexten erfolgt u.a. auf der Basis von linguistischen Häufigkeiten, d.h. es erfolgte eine empirische Erfassung sprachwissenschaftlicher Mittel in Medientexten. Die Auswahl der sprachwissenschaftlichen Merkmale ist in diesem Kapitel ausführlich dargestellt und begründet. An dieser Stelle soll lediglich auf die quantitative Methodik eingegangen werden. Grundlage der Auszählung war die Aufstellung von linguistischen Merkmalsgruppen, auf deren Basis in Form von Urlisten unter Berücksichtigung des Textumfanges (Wortzahl) Häufigkeiten ermittelt wurden. Zur besseren Anschaulichkeit erfolgte eine Umrechnung in prozentuale Anteile in Abhängigkeit von der Gesamtzahl der sprachlichen Mittel des einzelnen Medientextes, wobei dieser Gesamtbestand zum Textumfang in Beziehung gesetzt wurde (Anhang IIc).

Um den repräsentativen Charakter der teilweise geringen Textanzahl pro Thema zu untersuchen, wurde zu einem Themengebiet (Arbeit/Arbeitslosigkeit) innerhalb einer Textsorte die Stichprobenzahl erhöht und der Grad der dadurch zunehmenden Informationsverdichtung untersucht (Methode siehe 2.1.2.2). Es stellte sich heraus, daß sich die Untersuchungsergebnisse durch die Informationsverdichtung nur unwesentlich verändert haben und man bei der ausschließlichen Untersuchung einer kleineren Textmenge zu nahezu gleichen Ergebnissen gelangt wäre. Auf dieser Grundlage werden auch andere tragende Themen der Analyse betrachtet.

Kapitel 2.1.2.2

Methodische Untersuchung zur Auswertung von Erhebungen

Die Erhebung, die für die Untersuchung der Ideologiebildung durch die Beeinflussung von Bewußtseinsbildungsprozessen bei Jugendlichen notwendig ist, erfolgte nach dem Prinzip einer Stichproben-Erhebung, wobei die Daten nach einem sorgfältig vorbereiteten

Stichprobenplan aus der Grundgesamtheit von Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern erfaßt wurden. Dabei wurde neben der Erfassung geschlechtsspezifischer Aussagen und verschiedener Altersgruppen Wert darauf gelegt, ebenfalls verschiedene Bildungsniveaus und soziale Milieus in die Umfrage mit einzubeziehen, um eine möglichst allgemeine und aussagekräftige Erkenntnisgewinnung zu erreichen.

Folglich erfolgte die Verteilung der Fragebögen an verschiedenen Schultypen in verschiedenen Klassen- bzw. Alterstufen sowie im Jugendstrafvollzug Neustrelitz.. Anhand der zu prüfenden Hypothesen werden Kategorien aufgestellt und entsprechende Häufigkeiten ausgezählt, verglichen und interpretiert. Dies bietet den Vorteil, daß nicht der „Experimentator von Daten überwältigt wird und in ihrer Auswertung erstickt, weil er versäumt hat, vorher klare Hypothesen zu formulieren, und sich daher nicht auf die Auswertung dieser Hypothesen beschränken kann“ (Sader, 1995, S. 198).

Kapitel 2.2

Politikwissenschaftliche Grundlagen

Nach tradierter Auffassung stehen der Politikwissenschaft fünf klassische methodische Ansätze zur Verfügung: der historische, der institutionelle, der behavioristische und der funktionalistische Ansatz sowie die vergleichende Methode (Beyme, 1980). Keiner dieser Ansätze ist einer der drei politischen Wissenschaftstheorien, wie sie im folgenden erläutert werden, eindeutig zuzuordnen, außerdem schließen sie sich gegenseitig nicht aus, sondern können als ergänzend betrachtet werden.

Patzelt stellt fest, daß ein einheitlicher Methodenbegriff sich in der Politikwissenschaft noch immer nicht durchgesetzt habe (1997, S. 181). Auch die traditionelle Drei-Schulen-Lehre sei nur zu übernehmen, wenn man jede Schule als Vertretung einer Extremlösung mit jedoch durchaus vorhandenen und ausgeprägten Gemeinsamkeiten aller drei Schulen verstünde (1997, S. 247 ff.) Auf der Basis dieser Vorüberlegungen werden Beymes Gedankenmodell von politikwissenschaftlichen Grundlagen und, in Ergänzung dessen, Patzelts Vorstellungen

als gedanklicher Rahmen für die Bildung der methodischen Begrifflichkeit dieser Arbeit herangezogen.

In einer Interpretation nach Beyme (1980) würden darin der historische Ansatz und der behavioristische Ansatz als Basis für die als alleinigen Forschungsweg nicht ausreichende vergleichende Methode herangezogen.

Der historische Ansatz wird als Hilfswissenschaft für die Sozialwissenschaften begriffen. Die Geschichtswissenschaft kann nicht als ausschließliche methodische Herangehensweise an einen politikwissenschaftlichen Forschungsgegenstand genutzt werden, da sie aufgrund ihres spezifischen chronologischen Ansatzes nicht fähig ist, „... systematische Anleitung zum Handeln bei Vermeidung der historischen Fehler zu geben ...“ und „... ihr meist auch der Wille zu Prognosen aufgrund empirischer Befunde“ fehlt (von Beyme, 1980, S. 76). Auch heute ist der Übergang zwischen Geschichts- und Politikwissenschaft häufig noch fließend. Die Politikwissenschaft ist auf das Zurückgreifen auf historische Erscheinungen zur Erklärung und Kontextualisierung von aktuellen Problemen nach wie vor angewiesen. So erklärt sich eine enge Verbindung zwischen beiden Wissenschaften bzw. der historische Ansatz der Methodik in der Politikwissenschaft. Es ist jedoch festzuhalten, daß historische Aussagen eher deskriptiv und selten kausal erläuternd sind. Nicht zu unterschätzen ist auf der anderen Seite die Tatsache, daß das Entstehen von ideologischem Selbstverständnis sich zu wesentlichen Teilen „... auch aus Perzeptionen der Vergangenheit speist“ (von Beyme, 1980, S. 81). Auf diesem Gebiet sowie ganz allgemein auf dem Gebiet der Deutung von Zeitgeschichte ist der historische Ansatz für diese Arbeit von Bedeutung.

Der behavioristische Ansatz entstammt der US-amerikanischen Forschungstradition und erstrebt ein möglichst quantifiziertes Studium von Verhalten zunächst ohne hermeneutischen Deutungsversuch. Erst in einem zweiten Schritt bzw. in Kombination mit anderen methodischen Ansätzen werden die erlangten Daten einer Interpretation unterzogen. Der Behaviorismus ist bezüglich der Politikwissenschaft nicht als methodische Einheit zu verstehen, es lassen sich aber charakteristische Gemeinsamkeiten innerhalb dieser Forschungstradition aufzeigen. So soll die Politikwissenschaft nach dem Vorbild der Naturwissenschaften quantifizierbar auf der Basis systematischer Analysen arbeiten und

multidisziplinär sein (von Beyme, 1980, S. 92 f.). Dieser zwingend auf Quantität geeichte Ansatz hat in einigen Forschungszweigen, wie z.B. der Wählerverhaltensforschung, herausragende Erfolge gezeigt und außerdem exakte Methoden zum Studium politischen Verhaltens entwickelt: Man hat die empirische Normalität der Erhebung von Umfragen perfektioniert, sie mit der US-Vokabel *survey* versehen und durch einen ungeheuren zahlenmäßigen Output einzelner Erhebungen die Verlässlichkeit der hieraus gewonnen Ergebnisse manifestiert. Solche Surveys jedoch neigen immer wieder zur Stellung von nicht auswertbaren Suggestivfragen, zu einer sehr statischen Betrachtungsweise unter Vernachlässigung von Entwicklungstendenzen und außerdem auch „... zur Vernachlässigung der moralisch-humanen Dimension politischen Verhaltens ...“ (von Beyme, 1980, S. 97). Deswegen wird im folgenden nur bedingt auf die behavioristische Methode zurückgegriffen werden: Zur Sammlung von repräsentativen Daten ist sie sehr geeignet, es mangelt jedoch an der Deutung der erzielten Erkenntnisse und deren Einordnung in den sozialen und damit auch politischen, wirtschaftlichen und einzelspsychologischen Hintergrund.

Auf der Grundlage der oben erläuterten politikwissenschaftlichen Ansätze der Methodik wird außerdem die qualitative Sozialforschung in den Deutungsprozess bzw. in die Erkenntnisgewinnung über den Forschungsgegenstand einbezogen. Diese drei Aspekte bilden schließlich, zusammen mit den sprachwissenschaftlichen Erkenntnissen und den sich daraus ergebenden Resultaten für den sozialen Kontext sowie mit den Ergebnissen der Defizitanalyse (Kap. 2.2.3.3) und der vergleichenden Interpretation des NSDAP-Parteiprogrammes (Kap. 2.2.3.4), die Basis der vergleichenden Methode für den politikwissenschaftlichen Rahmen der Dissertation. Ähnlich wie statistische Methoden versucht die vergleichende Methode durch die Isolierung von Merkmalen Verbindungen unter denselben zu finden und diese zu deuten.

Patzelts Gedankenmodell folgend (1997, Kap. 5 u. 8) lassen sich die oben nach Beyme ausgeführten Methoden insgesamt einer hermeneutischen Methodik zuordnen:

Es findet eine vergleichende Interpretation von Dokumentenanalyse, Befragung (Umfrage) und Beobachtung als Methoden der übergeordneten empirischen Sozialforschung zur Erkenntnisgewinnung in politikwissenschaftlichen Fragen statt. Die Quelleninterpretation im Rahmen der historischen Methode und auch die schließende Statistik (als Teil von ihr ist der

behavioristische Ansatz hier zu begreifen) als Interpretation einer Stichprobe im Hinblick auf eine Gesamtmenge dienen zur Ergänzung der Dokumentenanalyse des Forschungsgegenstands im Sinne einer Deutung von Abweichungen von der Normalität zur Informationsgewinnung (Vergleich) (Patzelt, 1997, S. 201 ff.).

Bei der Untersuchung von politischer Willensbildung, Ideologiebildung oder politischen Meinungsbildungsprozessen – es lassen sich diverse Bezeichnungen für diesen Sachverhalt finden – handelt es sich um *decision making studies*, für die es notwendig ist, die Politikwissenschaft im weiteren Sinne zu definieren. Demnach müssen unter diesem Begriff politikwissenschaftliche Sub- bzw. Hilfsdisziplinen gefaßt werden, die hier vor allem die Politische Theorie (Kap. 2.2.1), Politische Ökonomie (Kap. 3), Politische Psychologie (Kap. 2.3.4) und Aspekte der Soziologie (Kap. 2.3.4) betreffen. Auf der Basis dieser Erkenntnis bietet sich das Integrations- und Ordnungsmodell der *Politischen Kultur* als geeignete Theorie für die Analyse des Forschungsgegenstandes an, da sich in ihr alle Disziplinen vereinigen, „... die in der Einstellungs- und Verhaltensforschung mitwirken“ (Andersen/Woyke, 1992, S. 446).

Kapitel 2.2.1

Das Konzept „politische Kultur“ als Modell der Politischen Theorie

Bei der Definition des Ausdrucks *Politische Kultur* sind eine normativ-wertende und eine neutrale, lediglich beschreibende Deutung voneinander zu unterscheiden. Für das Verständnis dieser Arbeit ist die neutrale Deutung wesentlich. Sie beschreibt im engeren Sinne die „... Gesamtheit der Werte, Glaubensüberzeugungen und Einstellungen der Bürger gegenüber den politischen Institutionen, den politischen Vorgängen und der Staatstätigkeit“ (Schmidt, 1995, S. 745), wobei für die ehemalige BRD anfangs eine „Untertanenkultur“ mit einer damals noch „... geringe[n] Wertschätzung der politischen Institutionen und Verfahren“ (Schmidt, 1995, S. 746) kennzeichnend war, die sich in jüngster Zeit zunehmend zu einer partizipatorisch orientierten politischen Kultur entwickelt (Schmidt, 1995, S. 746) während umstritten ist, „Ob

die autoritäre Erblast der DDR in den neuen Bundesländern prägende Effekte hat“ (Schmidt, 1995, S. 746).

Der moderne Begriff der *Politischen Kultur* wurde der Politischen Theorie über den behavioristischen Ansatz in den 40er Jahren aus der Anthropologie zugeführt. Er wurde selten einheitlich gebraucht, wird in der Forschung aber wertfrei benutzt. Zunächst als *Kulturanthropologie* bezeichnet, blieb er auf diese Spezialdisziplin jedoch nicht beschränkt. Der Kulturbegriff ist in seiner Gänze geschichtsphilosophischer und sozialwissenschaftlicher Natur, seine Grenzen sind fließend. Innerhalb der Politischen Kultur beinhaltet er sozialvermittelte Prozesse und politische Sozialisation. Die Politische Kulturforschung befaßt sich mit der Frage, „... unter welchen Bedingungen und in wie langer Zeit neue politische Institutionen darauf rechnen konnten, vom politischen Bewußtsein der Bevölkerung aufgenommen und unterstützt zu werden“ (Andersen/Woyke, 1992, S. 446). Diese Aussage läßt sich auf bestehende, nicht mehr *neue* politische Institutionen erweitern. Im Zusammenhang mit dem Systembegriff – aus dem stark an Institutionen orientierten und äußerst uneinheitlich definierten Integrations- und Ordnungsmodell des *Politischen Systems* – „... wurde Kultur als ein System der internalisierten Kognitionen, Gefühle und Wertungen der Bevölkerung verstanden“ (von Beyme, 1980, S. 181).

Von Beyme stellt vier Input-Funktionen des *Political-Culture-Ansatzes* dar (1980, S. 182):

- a) politische Sozialisation und Rekrutierung
- b) Interessenartikulation (vor allem von den Interessengruppen wahrgenommen)
- c) Interessenaggregation (vornehmlich durch die Parteien)
- d) politische Kommunikation.

Die politische Sozialisation als „... die Umschlagstelle von mikropolitologischen zu makropolitologischen Analysen ...“ bzw. als Raum, in dem Ideologiebildung wirkt und sich zu äußern beginnt (von Beyme, 1980, S. 182) und die politische Kommunikation als Initiator für politische Willensbildung, sind für die Analyse von vorrangiger Bedeutung. Die Umsetzung von Mikro- in Makroanalysen ist nach von Beyme in der Vergangenheit nicht immer überzeugend gelungen, da die „... Frage, wie Überzeugungen und Werthaltungen ...

das politische Verhalten der Systeme beeinflussen ...“ vernachlässigt wurde (1980, S. 186), weil der große Aufwand an Material und Forschungskraft häufig in keinem Verhältnis zum Ergebnis gestanden hätten. Dem ist grundsätzlich zuzustimmen, dennoch ist es das Ziel dieser Arbeit, einen Teil der Bildung von Überzeugungen zu untersuchen und daraus eine ideologiebildende Absichten und Ideologie zu identifizieren, die bestimmtes politisches Verhalten annähernd prognostizierbar macht („annähernd“, weil Meinungen nicht automatisch zu einem meinungskonformen Verhalten führen müssen). Um die daraus resultierenden Konsequenzen für das politische System im Überblick aufzuzeigen, werden die für den *Political-Culture-Ansatz* typischen und im folgenden ausgeführten Survey-Techniken und die Attitüdenforschung nach den Bedingungen der Bildung einer politischen Orientierung im Sinne von Meinungen, Einstellungen und Werten suchen. Meinungen sind dabei als leicht veränderbar zu betrachten (z.B. Auffassung zu einer tagespolitischen Frage), Einstellungen – z.B. gegenüber Parteien – als weniger leicht veränderbar und Werte als relativ stabil zu verstehen, denn sie begründen sich in grundlegenden normativen Entscheidungen (Nohlen, 1985, S. 747). Die Politische Kultur bezieht jedoch nicht nur „... das Verteilungsmuster aller Orientierungen einer Bevölkerung gegenüber dem politischen System als Summe aller Institutionen“ mit ein, sondern auch das politische Handeln (Andersen/Woyke, 1992, S. 446), wobei die Beziehung zwischen politischem Bewußtsein und politischem Handeln umstritten ist. Wenn Einstellungsforschung auf der Basis von Umfragen nicht durchgeführt werden kann, gilt es durchaus als legitim, politisches Verhalten als Äußerung politischer Meinungen, Einstellungen oder Werte mit einzubeziehen (Nohlen, 1985, S. 747). Als Bewußtseins- und Handlungsfelder im Sinne der Politischen Kultur zählen im übrigen auch solche, die auf den ersten Blick manchem als unpolitisch erscheinen können, wie etwa Einstellungen zu Arbeit oder Religion.

Die Forschung in der Politischen Kultur bedient sich der vergleichenden Methode und sucht so Trends zu identifizieren. Vor allen Dingen quantitative Methoden und klassische Inhaltsanalysen sind charakteristisch für die Betrachtung politischer Kultur, die sich durch eine Theorien- und Methodenvielfalt auszeichnet. Entscheidend für die Politische Kulturforschung sind die für Bewußtseinswandel ausschlaggebenden Faktoren, welche

klassischerweise im Bildungsbereich, aber auch in wirtschaftlichen oder politischen Verhältnissen begründet sein können (Andersen/Woyke, 1992, S. 446)

Die Politische-Kultur-Forschung ist traditionell als geeignet für multidisziplinäre Forschungsaufgaben wie die vorliegende zu verstehen, sie nimmt eine „vermittelnde Position ein“ zwischen den Einzelfall betrachtende Fallstudien und vergleichenden Methoden, zwischen komparativ-systematischen und historisch-idiographischen Wegen; sie erstreckt sich u.a. auf hermeneutische Verfahren wie die Dokumenten- und Inhaltsanalyse sowie auf die vergleichende Umfrageforschung (Nohlen, 1985, S. 748). Sie eignet sich daher besonders zur Analyse von Fragen der politischen Sozialisation, weil sie auf alle hierfür relevanten Gebiete wie z.B. ökonomische Interessen, individuelle Krisen und deren Wechselwirkungen anwendbar ist.

Kapitel 2.2.2

Die Entstehung der völkischen und rechtsradikalen Ideologie in Deutschland auf der Basis des historischen Ansatzes

Das Entstehen und Gedeihen von Rechtsradikalismus in Deutschland im allgemeinen findet seine Basis in einer Besonderheit der deutschen Geschichte: Sie zeichnet sich durch Brüche aus, da sich autoritäre und demokratische Regimes seit 1870 abgewechselt haben und es erst seit dem Ende der 40er Jahre zu einer fortlaufenden demokratischen Entwicklung kam. Bemerkenswert ist auch, daß sich autoritäre und demokratische Regimes bezüglich der jeweiligen Regierungszeit in diesem Zeitraum etwa die Waage gehalten haben, was, verglichen mit anderen westlichen Industriestaaten, eine sehr hohe Ausprägung autoritärer Systeme darstellt. Folglich ist es als eine Besonderheit der politischen Kultur Deutschland zu betrachten, daß autoritäre Traditionsreste hier einen vergleichbar großen Spielraum für Rechtsradikalismus bereithalten (Minkenberg, 1998, S. 112).

Da nationalistisches Denken in der Mitte dieses Jahrhunderts kein ausschließlich deutsches, sondern ein europäisches Phänomen war und diese Feststellung auch auf die Gegenwart

zutrifft, bietet es sich an, über eine grobe Betrachtung Europas zu einer genaueren Positionsbestimmung Deutschlands zu gelangen.

Kapitel 2.2.2.1

Nationalistisches Denken in Europa

Im ausgehenden 18. Jahrhundert befand sich Europa in einem revolutionären Prozeß eines strukturellen Wandels von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, in deren Zuge ein neues, bis dahin ungekanntes politisches Bewußtsein erwachte, dessen Ausgangspunkt in der Französischen Revolution zu suchen ist. Ein Prozeß der Demokratisierung war angestoßen worden, es handelte sich um die „... Geburtsstunde des Zeitalters der Massenbewegungen und Massenideologien“ (Bracher, 1997, S. 28). Bracher begreift totalitäre Bewegungen als Produkte des demokratischen Zeitalters:

„Hier finden sich bereits jene charakteristischen Postulate einer neuen, umfassenden Staats- und Gesellschaftsordnung, die für den Siegeszug der Demokratie wie für die Gegenbewegungen diktatorisch-totalitärer Prägung bestimmend geworden sind: die Sozialisierung und Politisierung aller Bürger; die Herrschaft der Mehrheit und die Mobilisierung der Bevölkerung durch Wahlen und ideologische Propaganda; die Verschärfung des Gemeinschafts- und Staatsbewußtseins durch das neue Prinzip des militanten, exklusiven Nationalismus; zugleich die militaristische Übersteigerung des nationalen Wehrgedankens in Volksarmeen mit allgemeiner Wehrpflicht und Volksbewaffnung; und in dialektischem Widerspruch dazu die imperialistischen Ansprüche eines weltumfassenden Sendungsgedankens.“ (1997, S. 28)

Der Unterschied zwischen historischem Absolutismus und moderner Diktatur besteht nach Bracher darin, daß letztere durch die Einbindung des einzelnen in Massenorganisationen und seine geradezu religiöse Verpflichtung auf eine politische Ideologie die Individualität auslöschen will. Durch die Aufwertung des Politischen zum Religionsersatz komme es zur Bildung eines politischen Mythos, der sich „... beim Faschismus auf eine imperiale Vergangenheit, beim Kommunismus auf eine sozialutopische Zukunft, beim Nationalsozialismus auf eine rassistische Herrschaftslehre“ stütze (Bracher, 1997, S. 29 f.).

Im 19. Jahrhundert, mit zunehmender Zusammenschließung zu Nationalstaaten, begründet sich das nationale Selbstverständnis neben kulturellen Aspekten vor allem auf ethnischen bzw. völkischen Grundlagen und der Nationsbegriff⁴ gewinnt stark an Bedeutung, wobei *Volk* und *Nation* in diesem Stadium nahezu gleichbedeutend sind. Diese Gleichbedeutung führte zu geopolitischen Konflikten in gemischt bevölkerten Ländern wie z.B. Österreich-Ungarn und zu einem ersten Aufkommen des *Lebensraum*-Gedankens, wodurch der Rassismus allmählich zu einem Bestandteil des Nationalismus wurde. In diesem Zusammenhang – in diesem Jahrhundert wurde der traditionelle Judentumhaß zum zementierten Antisemitismus – identifiziert Bracher die Sündenbockfunktion:

„Fremdenhaß, Xenophobie dient der Ablenkung von außen- wie innenpolitischen Schwierigkeiten.“
(1997, S. 35)

Im gleichen Zuge entstand eine Übertragung der biologischen Entwicklungslehre Darwins auf soziale Phänomene, der *Sozialdarwinismus*, wonach der Existenzkampf vom Stärkeren zu Recht entschieden wird, was zur Philosophie von der vermeintlich natürlichen Auslese nach dem Kriterium der Qualität eines Volkes führte. In dieser Interpretation widerspricht die darwinistische Lehre bis heute dem Gleichheitsgedanken, wie er aus der Französischen Revolution hervorgegangen ist und die tragende Säule aller modernen Demokratien bildet.

Kapitel 2.2.2.2

Der Nährboden völkischen Denkens in Deutschland

Aufgrund der noch nicht gelösten nationalstaatlichen Frage nahm Deutschland im Europa des 19. Jahrhunderts eine besondere Stellung ein (Neureiter, 1996, S. 143 f.). Hieraus resultierte auch eine andere Wahrnehmung und Wertung der Errungenschaften der Französischen Revolution – „... unter dem Eindruck des Terrors und der aggressiven Expansion der

⁴ Zum Diskurs um die Begriffe ‚Volk/Nation‘ und ‚Demokratie/Totalitarismus‘ wird auf den aktuellen Diskussionsstand verwiesen, wie ihn wesentlich Pfahl-Traugher (1998, a), Backes/Jesse (1993) und Fröchling/Gessenharter (1998) sowie Werth (1996) geprägt haben.

Revolution und Napoleons ...“ breitete sich unter den deutschen Beobachtern der Situation „eine tiefgreifende Ernüchterung“ aus (Bracher, 1997, S. 41). Gleichzeitig führte die gescheiterte deutsche Revolution von 1848 zu einer weiteren Entfremdung von der westeuropäischen Entwicklung. Die von oben erzwungene und von unten lang ersehnte, neu geschaffene Nationalstaatlichkeit konnte schnell die bürgerlich-liberale Emanzipationsbewegung in den Feudal-, Militär- und Beamtenstaat einbinden, als dessen charakteristische Pole Bracher die „Machtkultur und [den] Untertanengeist ...“ bezeichnet (1997, S. 43). Weiterhin behinderte das noch existente Dreiklassenwahlrecht, welches eine repräsentative Meinungsvertretung unterdrückte, Entwicklungen zur Demokratie. Hinzu kommen koloniale Herrschaftsansprüche und das Verlangen, einen Platz als Weltmacht mit Vormachtstellung im mitteleuropäischen Raum einzunehmen. Als letzte herausragende Wegbereiter der völkischen Ideologie in Form des Nationalsozialismus sind die 1893 gegründete pangermanische Alldeutsche Bewegung und der Wunsch nach einem mächtigeren Staat als der Weimarer Republik zu sehen, die es nicht vermocht hatte, den deutschen Standpunkt bei den Verhandlungen zu den Versailler Friedensverträgen stärker durchzusetzen. All diese spezifisch deutschen, geschichtlichen Voraussetzungen ermöglichten das Erstarken des Nationalsozialismus, welcher als schärfster Gegner der Versailler Verträge auftrat, den hegemonialen Wunschträumen der damaligen politischen Kultur Deutschlands entgegenkam und das Selbstverständnis eines ganzen Volkes auf der Basis sozialdarwinistischer Ideen psychologisch-strategisch durch die Vorstellung von der Zugehörigkeit zur höherwertigen *arischen Rasse* aufwertete.

Rassismus, Sozialdarwinismus und Antisemitismus (*Sündenbockfunktion*), von Bracher mit dem Oberbegriff *Sozialbiologismus* belegt (S. 79), fanden in Deutschland einen idealen Nährboden, der in der Weimarer Zeit noch angereichert worden ist.

Mit dem Beginn eines gänzlich neuen – demokratischen – Zeitalters war nicht nur die Schwierigkeit der Schaffung einer dauerhaften Verfassung verbunden; eine Vielzahl von Kritikern verhöhnte das politische Grundprinzip der demokratischen Weimarer Republik, u.a. als eine „Herrschaft von Minderwertigen“ (Fetscher/Münkler, 1987, S. 284), hier Othmar Spann:

„Wie Demokratie und Majoritätsprinzip stießen auch Vernunft und rationale Entscheidungsverfahren bei der Weimarer Rechten auf schroffe Ablehnung: Nicht die Vernunft, sondern das Leben, nicht das Denken, sondern Fühlen und Erleben, nicht der Begriff, sondern der Mythos wurden hier zu Basisprinzipien des Politischen erhoben.“ (Fetscher/Münkler, 1987, S. 284)

Durch die Inflation von 1923 und die Weltwirtschaftskrise und die demzufolge stark ansteigende Arbeitslosigkeit wurden nicht nur die Armen noch ärmer, vielmehr ereignete sich ein kollektiver gesellschaftlicher Abstieg für die bisherigen Mittelschichten. Es kam „... das kollektive Trauma des verlorenen Krieges und des durch alle Parteien, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, als für Deutschland ungerecht und schmachvoll empfundenen Friedensvertrages von Versailles hinzu“ (Fetscher/Münkler, 1987, S. 285). Dies war die ideale Basis, um in außenpolitischer Hinsicht Forderungen nach zusätzlichem (wieder zurück zu erlangendem) ‚Lebensraum‘ zuzustimmen und innenpolitisch zum einen die Zugehörigkeit zu einer (dem Selbstbewußtsein und der Hoffnung förderlichen) Herrenrasse anzunehmen und zum anderen einen Sündenbock für die schlechte wirtschaftliche Lage zu identifizieren: den jüdischen Teil der Bevölkerung, der aufgrund seiner diesbezüglich im Mittelalter ansetzenden Geschichte zu wesentlichen Teilen seit Generationen finanzwirtschaftliche Berufe ausübte und dem man nun den vermeintlich weit überdurchschnittlichen Wohlstand neiden konnte.

Die aus der Novemberrevolution erwachsene Republik wurde von einer Neuen Radikalen Rechten Bewegung (um Spengler, Moeller van den Bruck, später Schmitt u.a.) abgelehnt bzw. als unvollendet betrachtet (Fetscher/Münkler, 1987, S. 286). Die Machtübertragung auf Hitler am 30. Januar 1933 konnte bzw. kann somit von rechts als Vollendung dieser Revolution betrachtet werden. Die Verwandlung der Weimarer Republik hin zu einem stärkeren Staat, „Die sukzessive Verwandlung des *parlamentarischen Gesetzesstaates* in den *autoritären Exekutivstaat* ...“ (Fetscher/Münkler, 1987, S. 288) durch die Erweiterung des Artikels 48 WRV bzgl. der Macht des Reichspräsidenten im Ausnahmefall unter Brüning, setzte im übrigen schon 1930 ein und hat auch einen Teil der Wegbereitung für Hitler geleistet. An der Diskussion um die Auslegung dieses Artikels war Carl Schmitt (Kap.1.1.1.1), später Staatsrechtler von herausragendem Einfluß im Dritten Reich und ein Vordenker auch der heutigen Neuen Radikalen Rechten, bereits maßgeblich beteiligt.

Zur Darstellung der grundlegenden Charakteristika der Neuen Radikalen Rechten im

Vergleich zur Abgrenzung zum historischen Nationalsozialismus

Im folgenden wird auf die charakteristischen Eigenschaften der Neuen Radikalen Rechten erläuternd eingegangen. Die Darstellung der Charakteristika der Neuen Radikalen Rechten erfolgt in fünf Schritten.

a) Absage an die Ideologie des Dritten Reiches

In Abgrenzung von der Alten Rechten behauptet die Neue Radikale Rechte, sich von der Nazi-Ideologie distanziert zu haben (Kap. 1.1.1.2.1). Dies ist für die Glaubwürdigkeit der Organisationen in besonderem Maße wichtig, weil der organisierte Rechtsradikalismus in Deutschland aufgrund seiner spezifischen Geschichte im Vergleich zu anderen Ländern noch stärker getthoisiert worden ist (Fetscher/Münkler, 1987, S. 493). Daher ist es für die junge Rechte von großer Bedeutung, daß die Nachkriegsdiskreditierung der Alten Rechten nicht nahtlos auf sie übertragen wird. Inwieweit diese Distanzierung inhaltlich nachweisbar oder nur der Begrifflichkeit nach zutreffend ist, wird zu klären sein.

b) Homogenitätsforderung, Antiindividualismus, Antiuniversalismus, Antipluralismus und die Aussonderung des Heterogenen

Um den zum Überleben eines Volkes nach rechtsradikaler Ideologie notwendigen einheitlichen Volkswillen und damit die Handlungsfähigkeit eines Volkes bzw. Kollektivs realisieren zu können, muß das Volk aus einer möglichst *homogenen* Masse bestehen. Daraus folgt auch, daß das, was nicht homogen ist, ‚befriedet‘ werden muß (Gessenharter, 1991, S. 65 u. Schmitt, 1996, S. 46). Gessenharter zieht den – bis heute aktuellen – völkischen Vordenker Carl Schmitt zur Erläuterung des Homogenitäts- bzw. Heterogenitätsbegriffs heran:

„Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen... Die politische Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, daß sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß.“ (Schmitt bei Gessenharter, 1991, S. 65)

Antiuniversalismus wendet sich unmittelbar gegen die Inhalte universell geltender individueller Menschenrechte, und mittelbar wird darunter die ablehnende Haltung des Rechtsradikalismus gegenüber den auf Individualismus und der Achtung der Menschenrechte beruhenden Revolutionen verstanden. Gemeint sind hier vor allem die amerikanische Revolution von 1776 (in ihrer die französische Revolution vorbereitenden Rolle) und die für Europa bedeutsamere französische Revolution. Sog. *gegenrevolutionäre* Einstellungen, in jüngster Geschichte auch gegen die gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland von 1968, prägen das antiuniversalistische Denken.

Eine *antiindividualistische* Sichtweise ergibt sich aus der Homogenitätsforderung, denn wo man einen einheitlichen Volkswillen produzieren will, bleibt kein Raum für individuelle Selbstentfaltung; vielmehr gilt diese als „... Gefährdung des natürlich gewachsenen Ordnungsgefüges ...“ (Fröchling, 1996, S. 88).

Die Entsprechung des Antiindividualismus auf gesellschaftlicher Ebene ist der *Antipluralismus*. Eine pluralistische Gesellschaftsstruktur ist gekennzeichnet durch „Vielfalt gesellschaftlicher Gruppen, freier Wettbewerb zwischen Werten, Zielvorstellungen und Interessen einzelner und ihrer Gruppen sowie die ergebnisoffene Chance, im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß Beachtung zu finden“ (Fröchling, 1996, S. 90). Eben dies paßt nicht ins völkische Weltbild und wird außerdem als unvereinbar mit einem demokratischen Staat gesehen (s. obiges Schmitt-Zitat; Fröchling, 1996, S. 90; Kap. 2.2.2.4), weil nach dieser Auffassung eine solche Meinungsvielfalt einen demokratischen Staat entscheidungs- und damit handlungsunfähig machen würde, so daß er nicht mehr in der Lage wäre, seinen Lebensraum zu verteidigen.

c) Das Primat des Kollektivs und der Volksgemeinschaft

Aus dem Antiindividualismus und dem Volksbegriff erwächst das *Primat des Kollektivs und der Volksgemeinschaft*. Wo es heißt: „Du bist nichts, Dein Volk ist alles“ (Kap. 2.2.2.3) ist der Einzelne nur als Bestandteil des Kollektivs wertvoll, als Individuum sogar störend. Die Volksgemeinschaft besteht dann aus dem Kollektiv, das auf der Basis völkischer Ideologie Lebensraum gegen Feinde sichern und erobern will bzw. sie entsteht aus dem Zusammenspiel von Kollektiv und Ideologie.

d) Der autoritäre Führerstaat und der Autoritarismus des Einzelnen

Auf der politischen Systemebene kann Autoritarismus als Mittelweg zwischen Totalitarismus und Demokratie verstanden werden, er bezeichnet einen mittleren Reglementierungsgehalt eines politischen Systems. Hier ist jedoch der Autoritarismusbegriff auf individueller Ebene zum Verständnis von den Existenzgrundlagen eines autoritären Führerstaates ausschlaggebend. Auf der Basis der Untersuchungen Adornos faßt Gessenharter die Charakteristika einer *autoritären Persönlichkeit* wie folgt zusammen:

„Autoritäre Personen sind in ihren Denk- bzw. Charakterstrukturen unbeweglich, stereotyp; sie sehen die Welt schwarz-weiß; kompromißhafte Zwischentöne werden abgelehnt; sie sind unterwürfig gegenüber Autoritäten der Eigengruppe, aber aggressiv gegen Mitglieder von Fremdgruppen; unsicheren Situationen weichen sie aus.“ (Gessenharter, S. 34; in: Lehmann, 1982)

Nach dem Prinzip des „... ewigen Zusammenhangs von *Schutz* und *Gehorsam*“ (Schmitt, 1996, S. 53) wird sich eine autoritäre Persönlichkeit einem starken Staat bzw. einem *autoritären Führerstaat* unterordnen, „... d.h. weil die Menschen wie bei Hobbes einander Wölfe sind, vertrauen sie sich einem starken ‚Leviathan‘ an ...“ (Fröchling, 1996 S. 96). Dieser Führerstaat hat absoluten Vorrang vor Gruppen- und Einzelinteressen. Er funktioniert zentralistisch und idealerweise ohne Gewaltenteilung und bündelt so eine unglaubliche Fülle an Macht. Das Führerprinzip wird zwar heute i.d.R. nicht explizit als Ideal bzw. als anzustrebendes Ziel herausgestellt, einige Parteien versuchen dem allerdings den Weg zu bereiten, „... indem die direkte Volkswahl des Bundespräsidenten gefordert wird“ (Fröchling, 1996, S. 96). Dies trifft beispielsweise auf DIE REPUBLIKANER zu (D 7, Parteiprogramm, S. 4).

e) Ethnopluralismus und die angstvolle Abwehr des Fremden

Um den Begriff des *Ethnopluralismus* zu verdeutlichen, unterscheidet Minkenberg zwischen dem alten *biologischen Rassismus* und dem von der Neuen Radikalen Rechten vertretenen *symbolischen Rassismus*. Die Neue Radikale Rechte versucht sich hier durch eine vermeintliche Wertfreiheit von der Alten Rechten zu distanzieren. Sie propagiert eine Vielfalt von zueinander in Konkurrenz stehenden Völkern, in welcher jedes Volk für sich existenzberechtigt ist und versucht den Eindruck zu erwecken, ein Volk sei nicht mehr oder weniger wert als ein anderes. Die Völker werden als natürlich ungleich bzw. verschieden

voneinander betrachtet. Aufgrund dieser Verschiedenheit könnte ein Verschmelzen der Völker also auch nicht das Ziel sein, eine Vermischung müsse im Interesse des Fortbestehens der einzelnen Völker vermieden werden (C 29, C 5, Medientexte *Nation&Europa* und *Deutsche Stimme*). Da allein die Tatsache, daß eine rechtsradikale Gesinnungsgemeinschaft einen (ethnischen) Pluralismus (!) propagiert, unglaublich anmutet, wird zu klären sein, ob es sich bei dieser Thematik nicht vielmehr um Ethnozentrismus handelt, der im „Wörterbuch der Politik“ wie folgt definiert ist:

„Volksstammzentriertheit. Eigengruppenzentriertheit. Sozialwissenschaftlicher Fachausdruck für die Einstellung oder Lehre, welche die Normen, Werte und Ziele der nach bestimmten ethnischen Merkmalen definierten Eigengruppe als Maßstab für die Bewertung anderer Ethnien verwenden. Vergleichende Studien zum E. in Westeuropa haben auf einen engen statistischen Zusammenhang zwischen der Verbreitung des E. in der Bevölkerung und dem Ausländeranteil, gemessen an dem Anteil von Ausländern aus Nichtmitgliedstaaten der Europäischen Union an der Wohnbevölkerung, aufmerksam gemacht.“ (Schmidt, 1995, S. 277)

Auch Fröchling stellt fest, daß die „... emotionale Fixierung auf den Mythos des eigenen Volkes ...“ (1996, S. 98) häufig zu einer latent überhöhten Wahrnehmung seiner selbst und des eigenen Volkes gegenüber Angehörigen eines anderen Volkes führt.

An der Tatsache, daß der rechtsradikale Ethnopluralismus von einer Vielfalt zueinander in Konkurrenz stehender Völker ausgeht, ist bereits das Freund-Feind-Schema zu erkennen, welches u.a. Gessenharter als charakteristisch für die Weltsicht der rechtsradikalen Szene ausmacht (S. 62-70; in: Butterwegge/Isola, 1991). Wer sein Volk und damit die eigene Existenz einem ständigen Kampf um Lebensraum ausgesetzt sieht, der muß alles, was der Durchsetzung dieses Zieles zuwider läuft, als feindlich begreifen: Innenpolitisch zwingt dieser Gedanke zur Aussonderung des Heterogenen, außenpolitisch macht es alle anderen Völker zu Feinden. Insofern bezeichnete Gessenharter das rechtsradikale Weltbild zu recht als „Eine Weltanschauung aus Angst und Abwehr“ (B 35, *Frankfurter Rundschau*).

Auch auf individueller Basis gehen Rechtsradikale von einer vermeintlich natürlichen Ungleichheit der Menschen aus und vertreten somit sowohl im Hinblick auf den einzelnen Menschen als auch auf nationaler Ebene einen konsequenten Antiegalitarismus (D3, Parteiprogramm, S. 9; D5, S. 3; Minkenberg, S. 157)

Abschließend sei bemerkt, daß Antisozialismus und Antikommunismus nicht bzw. nur sehr bedingt als charakteristisch für rechtsradikale Ideologie betrachtet werden und deswegen in diese Auflistung nicht mit aufgenommen worden sind.

Kapitel 2.2.2.4

Die Entstehung der Neuen Radikalen Rechten auf der Basis des historischen Ansatzes

Es existieren zahlreiche Erklärungsansätze zur Entstehung von Rechtsradikalismus als ganzem und der Neuen Radikalen Rechten im besonderen (z.B. Neureiter, 1996, S. 138 ff.). Im Vergleich ist an der Entstehung des Dritten Reiches zu erkennen, wie viele verschiedene Aspekte seine Entwicklung ermöglichten, z.B. die Massenmedien und der Propagandaapparat (psychologischer Ansatz), die aus der wirtschaftlichen Lage resultierende Arbeitslosigkeit (soziologischer und Modernisierungsansatz) und die charismatische Führerfigur Hitlers (phänomenologischer Ansatz). Da sich auch die Entstehung der Neuen Radikalen Rechten nicht aufgrund eines einzigen Phänomens erklären läßt, sondern für ihr Gedeihen das Zusammenspiel vieler Gegebenheiten notwendig ist, wird der Nährboden für diese junge Form des Rechtsradikalismus im folgenden historisch, soziologisch, phänomenologisch – auf der Basis der Erläuterungen Webers zur charismatischen Führerfigur (Weber, 1992, S. 45 u. 49) –, (sozial-) psychologisch und im Hinblick auf die Modernisierungsthese betrachtet.

Hypothetisch geht diese Arbeit zunächst davon aus, daß der Nährboden für die Entstehung der Neuen Radikalen Rechten im besonderen sich im wesentlichen aus zwei Faktoren ergeben hat: Zum einen gedieh seit 1968 eine Gegenbewegung zu den linken Ideen von 1968 (Gessenharter, 1994, S. 91 f.), die in einer so umfassenden Weise Eingang in die deutsche Gesellschaft gefunden haben, daß auch die etablierte konservative Regierung von 1982 bis 1998 kein ausreichendes Gegengewicht schaffen und so der Neuen Radikalen Rechten den Großteil ihrer „Attraktivität“ nehmen konnte. Im Gegenteil wurden viele Bürger zunehmend unzufriedener mit der Regierungspolitik, von der Politik desillusioniert und such(t)en nach Alternativen, die von rechts mit dem präzisen Begriff *Gegenrevolution* angeboten wurden bzw. werden (Gessenharter, 1994, S. 92). Zum anderen wurde die Neue Radikale Rechte als

Reaktion auf den „Modernisierungsschub“ (Minkenberg, 1998: S. 68) geboren, der Deutschland in den 60er Jahren erfaßte, wobei anzumerken ist, daß der sog. *Modernisierungsansatz* als Sammelbegriff für Neuorientierung nach politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen in der deutschen Geschichte ein Leitfaden für die Erklärung des gelegentlichen Erstarkens rechtsradikaler Kräfte dieses Jahrhunderts ist (Neureiter, 1996, S. 144 f.). Dieser Schub führte zunächst zu einer allgemeinen Zufriedenheit mit den Regierungsparteien wegen eines durch hohes Wirtschaftswachstum stark angestiegenen Wohlstandsniveaus und der Entschärfung des kapitalistischen Systems durch die Schaffung und Umsetzung einer sozialen Marktwirtschaft (Minkenberg, 1998: S. 68 f.). Vergleichbar dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft, so befinden sich westliche Industrienationen heute – in Deutschland beginnend in den späten 60er bzw. frühen 70er Jahren – in der Entwicklung von der Industrie- zur Informationsgesellschaft. Dieser Übergang war damals und ist heute mit grundlegenden Umbrüchen in den Lebenssituationen und Veränderungen der Werte und Normen auch des einzelnen Bürgers verbunden. Aufgrund dieser Modernisierungsphase der Gesellschaft kommt es zur Zerstörung sozialer Lebenszusammenhänge, zu Handlungsunsicherheiten, Ohnmachts- und Vereinzelungserfahrungen, oft ursächlich ausgelöst durch die wegen des Übergangs in die Informationsgesellschaft auftretende strukturelle Massenarbeitslosigkeit verbunden mit relativer Deprivation. Pfahl-Traugher spricht, besonders im Hinblick auf die neuen Bundesländer, wo die Veränderungen oft besonders stark zu spüren sind, gar vom „Modernisierungsoffer-Ansatz“ (Pfahl-Traugher, 1998, S. 80 f.).

Doch selbst im positivsten Fall ist anzunehmen, daß gesellschaftliche Umbrüche von diesen Dimensionen tendenziell zu Um- und / oder Neuorientierungen führen und sich die Werte und Normen des einzelnen verändern. Gleichzeitig darf davon ausgegangen werden, daß derlei Entwicklungen Ängste vor dem Neuen und Unbekannten schüren. Aus diesen Gründen hat die Einbindung in eine Gruppe an sich bereits eine in psychologischer Hinsicht nicht zu unterschätzende Attraktivität, im besonderen, wenn es sich hierbei um eine Gruppe handelt, die klare Richtlinien vorgibt und sich letztlich an bereits bekannten Vorstellungen orientiert bzw. ihre Mitglieder mit Ideen „versorgt“, die ihnen vertraut sind. Darüber hinaus ermöglicht die Ideologie rechtsradikaler Gruppierungen dem Individuum eine Identitätsfindung durch die

Abgrenzung vom Anderen und Fremden, die u.U. eine Aufwertung der eigenen Person beinhalten kann.

Minkenberg geht bezüglich des rechtsradikalen Einstellungspotentials von einer Einteilung des Gegenübers in Freund, Fremd und Feind aus (1998: S. 115). Unter Berücksichtigung der für Deutschland typischen, völkischen Ausprägung von Rechtsradikalismus, ist dies jedoch nur bedingt zutreffend. Im völkischen Lebensraum- und Arierdenken, das für die Alte Rechte charakteristisch ist, sind Feind und Fremd nahezu identisch und somit als eine Kategorie zu begreifen. Inwiefern das auch für die Neue Radikale Rechte zutrifft, wird in dieser Arbeit zu klären sein. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß es in dieser Arbeit keinerlei Gleichsetzung von völkischer Ideologie mit Faschismus geben wird, wie sie u.a. von Minkenberg (P 3; Vortrag) formuliert wird: Erstens war das völkische Denken mit dem Motto *Du bist nichts, Dein Volk ist alles* im italienischen Faschismus nicht vergleichbar existent; beispielsweise waren Antisemitismus bzw. der Wunsch, eine rassische Ordnung zu schaffen, kennzeichnend für das Dritte Reich, nicht jedoch für den italienischen Faschismus. Zweitens unterschied sich das italienische System dieser Zeit vom deutschen System zwischen 1933 und 1945 in struktureller Hinsicht, z.B. konnte Mussolini 1943 abgewählt werden; des weiteren war eine Mitbestimmung der Politik in Italien möglich, in Deutschland jedoch nicht genutzt (Pfeiler, 1998, S. 49-53). Auch Luks (1999, S. 404) stellt fest, „... wie grundlegend sich die beiden rechtsradikalen Regime voneinander unterschieden.“ Im übrigen hatte die KPD, als die Nazis in Deutschland in den 20ern in Erscheinung getreten waren, die Verhältnisse oberflächlich verglichen und prägte in der Folge den Begriff „Faschisten“ als abwertende Vokabel. Diese wird seither gern von jeglicher Position aus zur Abklassifizierung eines politischen Gegners genutzt (Pfeiler, 1998, S. 49-53). Als pejorativer Kampfbegriff hat das Wort jedoch grundsätzlich wenig greifbaren Inhalt und erweist sich so als unpräzise und unwissenschaftlich.

Da es in gesellschaftlichen Krisensituationen zu einer Aufweichung sozialer Bindungen und politischer Loyalitäten kommt, Minkenberg spricht von einem „... Zusammenhang zwischen rapidem sozialen Wandel und erhöhter Anfälligkeit für Rechtsradikalismus ...“ (S. 23), bildet sich hier ein besonderer Nährboden für neue „Mobilisierungschancen“ des Rechtsradikalismus (Minkenberg, 1998: S. 23; Lipset, S. 128-137).

Die Neue Radikale Rechte ist nicht nur als neue, modernisierte Generation der Alten Rechten zu begreifen, sondern auch als ein Bindeglied zwischen letzterer sowie der militanten Rechten und dem etablierten Konservatismus (Minkenberg, 1998: S. 14; Gessenharter, 1994, S. 57 ff.). Sie nimmt diesbezüglich eine Mittel-, jedoch keine Mittlerstellung ein, da sie sich klar von diesen anderen rechten bzw. konservativen Positionen abzugrenzen bemüht. Im übrigen unterscheidet sich die Neue Radikale Rechte auch dadurch von der Alten, daß sie neue issues aufgreift: Der Umweltschutz wird in allen Partei- und Wahlprogrammen der Neuen Radikalen Rechten thematisiert (Kap. 3.4.1.3).

Kapitel 2.2.2.5

Das Selbstbild der Neuen Radikalen Rechten in Anlehnung an Carl Schmitt

Rechtsradikales Denken, vorgegeben von der Neuen Intellektuellen Rechten, orientiert sich an der Konservativen Revolution der Weimarer Republik. Unter den Wortführern dieser Revolution, u.a. Moeller van den Bruck, Spann und Spengler, ist besonders Carl Schmitt prägend für die heutige rechtsradikale Programmatik (P 7; Fröchling, 1996, S. 88). Die prägende Bedeutung der Person Schmitts für rechtsradikale Ideologie ist u.a. an der Aufnahme seiner biographischen Daten in einem von einem Nationalkonservativen herausgegebenen „Lexikon des Konservatismus“ zu erkennen (Schrenck-Notzing, 1996, S. 484 ff.); sie wird neben der Rezeption seiner Theorien und Terminologie außerdem deutlich an regelmäßigen bewundernden Publikationen zu seinem Leben und Werk in der Medienlandschaft der Neuen Radikalen Rechten (B 37 u. B 38; die tageszeitung u. Junge Freiheit).

Schmitt (1888-1985), Staatsrechtler, entstammte einem katholischen und konservativen Kleinstadtmilieu (Rüthers, 1990, S. 37), studierte kurz nach der Jahrhundertwende Recht und war Freiwilliger im Ersten Weltkrieg. In den 20er Jahren war er Professor für Öffentliches Recht in Greifswald, Bonn und Berlin, in den 30ern avancierte er zum Berater des Reichskanzlers der Weimarer Republik, v. Schleicher (Schrenck-Notzing, 1996, S. 485). Schmitts Einfluß während der NS-Zeit war nur in den ersten Jahren des Dritten Reiches herausragend, danach nahm er kontinuierlich ab. Nach Kriegsende war er ein Jahr in

amerikanischer Haft. Absichten seiner früheren Kollegen, ihn als Kriegsverbrecher bestrafen zu lassen, führten nicht zum Erfolg (Schrenck-Notzing, 1996, S. 485). Vom wissenschaftlichen und publizistischen Leben blieb er in weiten Teilen ausgeschlossen, allerdings war er bis zu seinem Tod im rechtsradikalen und nationalkonservativen Lager als Vordenker anerkannt und beliebt und scharte seine Anhänger regelmäßig in seinem Haus in Plettenberg im Sauerland um sich (Rüthers, 1990, S. 11).

Schmitts Werken werden „... analytische Schärfe, (...) intellektuelle Brillanz und (...) Sprachkraft“ (Rüthers, 1990, S. 45) sowie sprachliche Brillanz, Vielschichtigkeit und Differenziertheit (Gessenharter, 1994, S. 76) attestiert. Rüthers stellt gar fest:

„Schmitt verstand sich (...) auf die Zaubermacht der Sprache, ja auf die Hexerei mit Worten.“
(1990, S. 47)

Eines von Schmitts grundlegenden Werken ist „Der Begriff des Politischen“ (1932), in welchem er diesen definiert und seine Vorstellungen von einem erfolgreichen politischen System mit einem starken Staat darlegt.

Schmitts Begriff des Politischen basiert auf der Annahme von *letzten Unterscheidungen* (Schmitt, 1996, S. 26), die auf dem Gebiet des Moralischen „... Gut und Böse sind; im Ästhetischen Schön und Häßlich; im Ökonomischen Nützlich und Schädlich oder beispielsweise Rentabel und Nicht-Rentabel“ (Schmitt, 1996⁵, S. 26). Im Hinblick auf diese Unterscheidungen definiert er den Kern des Politischen:

„Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von *Freund* und *Feind*.“ (Schmitt, 1996, S. 26)

Die Politik ist dieser Auffassung nach allen anderen Lebensbereichen (Religion, Moral, Ökonomie etc.) übergeordnet und letzte Entscheidungsinstanz (Schmitt, 1996, S. 38 u. 43 f.).

Nach Schmitt genügt es für eine Identifizierung als Feind, lediglich fremd zu sein:

„Der politische Feind braucht nicht moralisch böse zu sein, er braucht nicht ästhetisch häßlich zu sein; er muß nicht als wirtschaftlicher Konkurrent auftreten (...) Er ist eben der andere, der

⁵ Die Original- bzw. Erstausgabe von Schmitts „Der Begriff des Politischen“ erschien 1932. Im folgenden wird eine Ausgabe von 1996 zitiert.

Fremde, und es genügt zu seinem Wesen, daß er in einem besonders intensiven Sinne existenziell etwas anderes und Fremdes ist ...“ (Schmitt, 1996, S. 27)

Zum Begriff des Feindes als *kämpfende Gesamtheit* (Schmitt, 1996, S. 29) gehört die Eventualität eines auf physische Tötung ausgerichteten Kampfes (Schmitt, 1996, S. 33), als letzte Möglichkeit eines Volkes, sich erfolgreich gegen ein anderes zu behaupten. Deshalb ist es die wesentlichste Aufgabe einer *politischen Einheit*, „... im gegebenen Fall kraft eigener Entscheidung den Feind zu bestimmen und ihn zu bekämpfen“ (Schmitt, 1996, S. 45). Zum übereinstimmenden Ausmachen eines Feindes besteht aber die Notwendigkeit eines einheitlichen Volkswillens. Die diesbezügliche Rolle eines Staates nach seinen Vorstellungen macht Schmitt sehr deutlich:

„Die Leistung eines normalen Staates besteht aber vor allem darin, *innerhalb* des Staates und seines Territoriums eine vollständige Befriedung herbeizuführen (...) Die Notwendigkeit innerstaatlicher Befriedung führt in kritischen Situationen dazu, daß der Staat als politische Einheit von sich aus (...) auch den ‚inneren Feind‘ bestimmt“ (Schmitt, 1996, S. 46)

Verliert das Volk (bzw. das Kollektiv) diese auf Homogenität gegründete Unterscheidungsfähigkeit zwischen Freund und Feind, „... so hört es auf, politisch zu existieren“ (Schmitt, 1996, S. 50) bzw. es verschwindet nicht das Politische aus der Welt, „Es verschwindet nur ein schwaches Volk“ (Schmitt, 1996, S. 54).

Auch die neuradikalrechte Idee vom Ethnopluralismus als vermeintlich wertfreie Vielfalt der Völker läßt sich auf Schmitt zurückführen. Nach ihm kann es nicht einen einzigen, die ganze Erde umspannenden Weltstaat geben, sondern die *reale Möglichkeit des Feindes* setzt *koexistierende, politische Einheiten* voraus: „Die politische Welt ist ein Pluriversum, kein Universum“, insofern sei jede Staatstheorie pluralistisch (Schmitt, 1996, S. 54). Dieses beschreibt in der Tat einen „... Pluralismus der Staatenwelt – aber eben nicht einen Pluralismus innerhalb der jeweiligen Staaten!“ wie Gessenharter treffend formuliert hat (1994, S. 85). Der Pluralismus Schmitts ist nach außen gewandt, und verkehrt sich nach innen in sein Gegenteil.

Anhand dieser Ausführungen wird klar, daß Schmitt nicht grundlos vorgeworfen wurde, sein Begriff vom Politischen leite sich nicht, wie in der Forschungsdisziplin allgemein üblich, vom

Zur Methodik

griechischen Wort ‚polis‘ für ‚Stadt‘ oder ‚Staat‘ her, sondern beziehe sich vielmehr auf grch. ‚polemos‘, also ‚Kampf‘ oder ‚Krieg‘ (Gessenharter, 1994, S. 77).

Kapitel 2.2.3

Zur politikwissenschaftlichen Methodik

Die wissenschaftliche Methodik zur Erkenntnisgewinnung in dieser Arbeit ist, aufgrund ihres umfassenden Erkenntnisanspruchs, eine multidisziplinäre. In methodischer Hinsicht speist sich die Arbeit aus mehreren Fachgebieten, die größtenteils dem sozialwissenschaftlichen Bereich, teils aber auch der germanistischen Linguistik entstammen, welche wiederum Verbindungen zur Sozialwissenschaft aufweist (z.B. Psycho- und Soziolinguistik). Gerade diese multidisziplinären Ansätze verlangen danach, in einer zunächst politikwissenschaftlichen Arbeit gründlich erläutert zu werden. Eingangs werden zur Erstellung einer Basis politikwissenschaftliche Methoden dargestellt, die sich besonders zur Analyse von Rechtsradikalismus eignen.

Kapitel 2.2.3.1

Fächerübergreifende Methodik

Die hermeneutische Herangehensweise an den Forschungsgegenstand eint alle in dieser Arbeit verwendeten Methoden, sie alle werden unter dem Gesichtspunkt der deutenden Einordnung in das Gesamtbild gebraucht. Einige Methoden sind fachspezifisch identifizierbar, z.B. der Vergleich von Parteiprogrammen mit dem Programm der NSDAP (politikwissenschaftlich) oder der Vergleich mit der Sprache der LTI (linguistisch), andere werden fächerübergreifend benutzt und sind nicht einem einzigen Fachgebiet klar zuzurechnen, wie etwa die Diskursanalyse. Was also hier, unter Kapitel 2.2.3, an Methoden nicht erläutert wird, ist im Kapitel 2.3 nachzulesen.

Kapitel 2.2.3.2

Bewegungsforschung

Das Phänomen des Protestes ist, seit den 50er Jahren aber insbesondere seit 1968, kennzeichnend für den bundesdeutschen Alltag. Gelegentlich wird dieser Protest mobilisiert und geformt und findet seinen Ausdruck in einer sozialen Bewegung. Die Untersuchung der Entstehungsbedingungen solcher Bewegungen ist Gegenstand der Bewegungsforschung.

Zu Beginn der 80er Jahre wurde der Begriff *Neue Soziale Bewegungen* (NSB) für die Protestbewegungen der 60er Jahre geprägt (Fetscher/Münkler, 1987, S. 496), in den letzten zehn Jahren wurde die ursprünglich auf diese NSB ausgerichtete Bewegungsforschung dann allmählich auf rechtsradikale Bewegungen übertragen. Von den fünf charakteristischen Forschungsansätzen der Bewegungsforschung sind die folgenden drei für diese Arbeit von Bedeutung:

a) Der Kollektive Identität-Ansatz (Collective Identity)

Die Identifizierung mit einer Bewegung ist die Mobilisierungsressource dieses Ansatzes. Für den Erfolg einer Bewegung ist die Fähigkeit ausschlaggebend, „... eine soziale Einheit zu stiften, die mit Unterscheidungen wie zugehörig/nicht zugehörig ...“ bzw. wir/die arbeitet (Hellmann, 1998, S. 19), wodurch gleichzeitig Kritik an der Gesellschaft geübt wird (Bergmann/Erb, 1998, S. 149). Für eine solche Identifizierung nach Abgrenzungskriterien bieten sich beispielsweise Differenzierungen nach Ethnie, Religion oder Schichtzugehörigkeit an. Zentral ist die Orientierung nach innen „... und die Einbindung aller auf ein Ziel hin ...“ (Hellmann, 1998, S.), was der Vorstellung von einem homogenen Kollektiv in rechtsradikalem Denken im übrigen entgegenkommt. Durch diesen Innenbezug unterscheidet sich dieser Ansatz ganz wesentlich vom Framing-Ansatz.

b) Der Framing-Ansatz (Framing)

Framing hat die Bedeutung von ‚Erstellung eines Deutungsrahmens‘ (Gessenharter, 1998, S. 167) oder von ‚ideologischer Rahmen‘ (Gessenharter, 1999, S. 23). Das Ziel eines solchen ist „... die Mobilisierung der Bewegung und der öffentlichen Meinung“ (Hellmann, 1998, S. 20). Die Aufgabe des diagnostischen Deutungsrahmens ist es, das Problem zu identifizieren,

überzeugend zu formulieren und an die Öffentlichkeit zu bringen, gegen welches es zu protestieren gilt, wobei diese Problemkonstruktion „... auch eine Zurechnung von Verursachung oder Verantwortlichkeit erlaubt, etwa die Umstellung von Selbst- auf Systemverantwortung“ (Hellmann, 1998, S. 21). Die Aufgabe des prognostischen Deutungsrahmens liegt darin, Lösungsmöglichkeiten inkl. Handlungszielen aufzuzeigen. Der motivierende Rahmen schließlich hat zum Ziel, den Protest zu mobilisieren bzw. möglichst viele Menschen von der Notwendigkeit des Aufbegehrens zu überzeugen. Im Vorfeld muß erarbeitet werden, welche Motivationsstrategien erfolgversprechend sind. Dies geschieht durch die Führer der Bewegung (*Bewegungseliten*) und setzt eine fundierte Kenntnis über die Lebenssituation der *Basisaktivisten*, aber auch der *Unterstützer* und der *Sympathisanten* voraus, welche u.U. zu Basisaktivisten werden können.

Wenn zwei Frames inhaltlich miteinander verknüpft werden können und die Protestbewegungen zusammengeführt werden können, so bezeichnet man dies als *frame bridging*, eine inhaltliche Ausweitung des Frames heißt *frame extension*, eine *frame transformation* wäre beispielsweise eine Ausdehnung von lokalen auf bundesweite oder globale Aspekte oder von sozialen auf ethnische Probleminhalte (Hellmann, 1998, S. 21).

Dem Frame geht es darum, öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen (Hellmann, 1998, S. 22 u. Gessenharter, 1998, S. 167), er hat darum einen deutlichen Außenbezug und kann gewissermaßen als der Ansatz verstanden werden, der für das Marketing einer Problemkonstruktion im Rahmen einer NSB verantwortlich ist (Hellmann, 1998, S. 22).

c) Politischer Gelegenheitsstruktur-Ansatz (Political Opportunity Structures)

Dieser Ansatz wird von Gessenharter auch als Politischer Kontextstruktur-Ansatz bezeichnet (Gessenharter, 1999, S. 23). Dieser Ansatz betrachtet die Existenzbedingungen einer NSB unter dem Aspekt der (politischen) Umweltbedingung, denen sie unterliegt, wobei hier im besonderen Gegebenheiten des politischen Systems zum Tragen kommen. Unter dem Aspekt von günstig oder ungünstig bilden diese Umweltbedingungen den zentralen Forschungsinhalt des Ansatzes: Er beleuchtet die Erfolgsaussichten der NSB (Hellmann, 1998, S. 23 ff.). Formen der Nutzung politischer Gelegenheiten können z.B. die Mitarbeit in einer Partei, Lobbyismus und/oder die Inanspruchnahme staatlicher Förderung von Minderheiten sein, bei

rechtsradikalen Bewegungen ist das Abhalten von Demonstrationen allerdings wahrscheinlicher. Auch die Möglichkeit der Einflußnahme auf die Medien kann von entscheidender Bedeutung sein. Ebenfalls von großer Wichtigkeit ist die Fähigkeit der Protestbewegung, einflußreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an sich zu binden. Dergestalt können Öffentlichkeitswirksamkeit und die Basis für Identifikationsprozesse geschaffen werden; als Beispiel eignet sich etwa ein bekannter Sportler oder Sänger. Einflußreiche Persönlichkeiten im weiteren Sinne können aber auch finanzkräftige Personen in entscheidenden beruflichen Positionen sein, z.B. ein Geschäftsführer in der Medienbranche, etwa beim Fernsehen.

Nach Hellmann (1998, S. 30) und Koopmans (1998, S. 228) ist keiner der fünf Ansätze der Bewegungsforschung allein in der Lage, die Entstehung und Entwicklung einer NSB vollständig zu erfassen, vielmehr empfiehlt Koopmans das Pflegen eines theoretischen Pluralismus: „Er [der theoretische Pluralismus, Anm. d. Verf.] ist nicht sosehr ein Indiz für eine ‚Unreife‘ der Bewegungsforschung, sondern eine angemessene Antwort auf die Komplexität, Vielförmigkeit, Veränderlichkeit und Flüssigkeit von Protest und sozialen Bewegungen“ (Koopmans, 1998, S. 231). Gessenharter hat diese Empfehlung 1999 in die Tat umgesetzt, als er Ansätze der Bewegungstheorie auf rechtsradikale Bewegungen übertrug und dabei den Framing-Ansatz und den Political Opportunity-Ansatz zugrunde legte (1999). In dieser Arbeit wird außerdem der Collective Identity-Ansatz hinzugezogen: In dem Moment, in dem vom Framing-Ansatz eine Problemkonstruktion angeboten wird, muß ein Identifikationspotential da sein; der Framing-Ansatz erstickt im Keim, wenn sich keine kollektive Identität schaffen läßt, und eine kollektive Identität ist ohne die Schaffung eines Identifikationsangebotes in Form der Problemkonstruktion seitens des Framing-Ansatzes wiederum nicht denkbar; wenn der Framing-Ansatz schließlich an die Öffentlichkeit geht, hängt der Erfolg des Marketings seines Problems von den politischen Gelegenheitsstrukturen ab. Bestimmte politische Kontextstrukturen, wie etwa die Fähigkeit, einflußreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an sich zu binden, setzen wiederum erfolgreiche Identifikationsstiftungen voraus. Aufgrund dieser wechselseitigen, sich gegenseitig bedingenden und voraussetzenden Verbindungen zwischen den genannten drei Ansätzen, sind diese nicht voneinander zu trennen.

Im Hinblick auf die Verortung rechtsradikaler Positionen wird ein Vergleich dieser Positionen mit dem Standpunkt des Grundgesetzes vorgenommen. Hierfür wird der Artikel 1, Abs. 1⁶ zum Vergleich herangezogen, weil sich rechtsradikale Ideologie in Form von Rassismus und Abwehr des Fremden besonders gut daran erkennen läßt, wenn aus der *Würde des Menschen* die *Würde des Deutschen* wird. Ein Beispiel hierfür fand sich im Parteiprogramm der REPBLIKANER von 1990, wo die Unantastbarkeit der Würde des Menschen als Unantastbarkeit der Würde des Deutschen verdeutlicht wurde (Gessenharter, 1991, S. 230 ff. und Gessenharter, 1989, S. 569 f.). Insofern ist diese Methode der Defizitanalyse auf das Entdecken von Aussagen in Parteiprogrammen ausgelegt, die dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zuwiderlaufen. Der als Maßstab zum Vergleich zuvor genannte Artikel wird durch den Artikel 3⁷ dahingehend ergänzt, daß der Umgang mit Minderheiten umfassender betrachtet werden kann und sich nicht nur auf den Umgang mit Minderheiten in Form von ausländischen Mitbürgern beschränkt.

Warum zu Zwecken der Defizitanalyse ein besonderes Augenmerk auf den Umgang mit Minderheiten gelegt wird, ergibt sich zum einen aus der bisherigen Definition von *Rechtsradikalismus* und *Neuer Rechten*, zum anderen sei auf Abb. 3 zu ‚thematischen Häufigkeiten‘ verwiesen (Kap. 2.1.2.1), wo deutlich wurde, daß dieses Thema einen großen Raum in rechtsradikalen Medientexten einnimmt. Minderheiten werden nach rechtsradikaler Ideologie als Störung einer homogenen Gemeinschaft betrachtet, als das auszusondernde Heterogene.

⁶ Art 1, Abs. 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“(Suhrkamp, 1999, S. 36)

⁷ Art. 3, Abs. 1: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Abs. 2: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Abs. 3: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“(Suhrkamp, 1999, S. 37)

Kapitel 2.2.3.4

Vergleich von Parteiprogrammen mit dem Programm der NSDAP von 1920

In formaler Hinsicht greifen für die Untersuchung des Parteiprogramms der NSDAP die methodischen Mittel der Analyse politischer Sprache wie sie in Kap. 2.3 geschildert werden.

Inhaltlich ist diese Methode als Ergänzung zur Defizitanalyse angelegt. Im gleichen Maße, in dem eine nachgewiesene Distanz eines Parteiprogramms zum Grundgesetz zur Verortung einer rechtsradikalen Partei beiträgt, verdeutlichen etwaige Parallelen eines solchen Programmes zum NSDAP-Parteiprogramm deren Position. Es ist im übrigen bewußt die Auswahl desjenigen NSDAP-Parteiprogrammes vorgenommen worden, das 13 Jahre vor der Machtergreifung Hitlers aktuell war – zu einem Zeitpunkt, als die NSDAP in der politischen Landschaft der Weimarer Republik eine eher randliche Stellung einnahm. Somit ergibt sich die Vergleichbarkeit mit den Programmen heutiger rechtsradikaler Parteien, allerdings darf das Programm der NSDAP als wesentlich radikaler in bezug auf die Forderungen gelten, die sich aus dem Programm ergeben: Es steht zu vermuten, daß dieses Programm einen um ein vielfaches größeren handlungsanleitenden Charakter hatte als ihn die Programme von heutigen rechtsradikalen Parteien aufweisen werden. Dies ist z.B. an den Forderungen nach der „Brech[n]ung der Zinsknechtschaft“ (D 8, Punkt 11) und nach der sofortigen Ausweisung aller Nicht-Deutschen (D 8, Punkt 8) erkennbar.

Anhand der folgenden inhaltlichen Schwerpunktaussagen des NSDAP-Programmes sollen Parallelen zu Parteiprogrammen heutiger Parteien gesucht werden:

a) Homogenität

„Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“ (D 8, Punkt 4)

„Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern.“ (D 8, Punkt 8)

b) Kollektiv

„Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.“ (D 8, Punkt 10)

„Gemeinnutz vor Eigennutz.“ (D 8, Punkt 24)

c) Lebensraum

„Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungs-Überschusses.“ (D 8, Punkt 3)

d) Schutz des Mittelstandes

„Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.“ (D 8, Punkt 14)

„Wir fordern die Schaffung eines gesundes Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.“ (D 8, Punkt 16)

e) Soziale Absicherung der deutschen (!) Bevölkerung

„Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.“ (D 8, Punkt 7)

„Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.“ (D 8, Punkt 15)

f) Ausbau des Bildungswesen zur Vermittlung des Staatsgedankens

„Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden.“

Um dieses Ziel zu verwirklichen, soll das Bildungswesen ausgebaut und den Kindern sozial schwacher Familien der Schulzugang erleichtert werden (D 8, Punkt 20).

g) Forderung nach Einfluß auf die Medien / Medienkontrolle

„Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse (...) Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literatur-Richtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.“ (D 8, Punkt 23)

Diese Charakteristika des nationalsozialistischen Parteiprogrammes lassen sich dahingehend auf die Jetztzeit transformieren, daß man die Programme der heutigen rechtsradikalen aber auch der etablierten Parteien damit im Hinblick auf Ähnlichkeiten vergleicht.

Kapitel 2.3

Methoden zur Analyse politischer Sprache im Hinblick auf ideologiebildende Prozesse

Die Mittel zur Analyse politischer Sprache werden in Kapitel 2.3 und 2.4 nach solchen unterschieden, die als ausschließlich sprachwissenschaftlich betrachtet werden können (2.4) und nach solchen, die einen weitläufigeren Bezug, z.B. zur Politikwissenschaft oder auch zur Soziologie oder Psychologie, haben (2.3).

Kapitel 2.3.1

Inhaltsanalyse

Diese den Kommunikationswissenschaften zuzuordnende, traditionell in den Sozialwissenschaften verwendete und zu Beginn dieses Jahrhunderts in den USA entwickelte Technik zielt nicht mehr nur auf verbales Material ab, obwohl sie zur Interpretation desselben ursprünglich gedacht war. Das Ziel einer Inhaltsanalyse ist es, Kommunikationsmaterial systematisch zu bearbeiten. Hierfür ist es von zentraler Bedeutung, den Analyseablauf in einzelne Schritte zu zerlegen, wie es in den Kapiteln 3-5 in Form einer Analyse nach einzelnen Merkmalen geschehen wird. Besonders der Untersuchung der Entstehungssituation und der formalen Charakteristika eines Textes muß Aufmerksamkeit gewidmet werden. Gewöhnlich wird dabei das Material in ein Kommunikationsmodell eingeordnet (Mayring, 1995, S. 210). Ein Kommunikationsmodell wird hier aber bewußt nicht verwendet, um der Gefahr zu entgehen, Kommunikationssituationen einseitig zu betrachten, beispielsweise vorwiegend aus der Sicht des Empfängers oder sich zu sehr in Details zu verlieren. Die Verfasserin legt Wert darauf, weitgehend auf die einleitende Darstellung von Modellen zu verzichten, um bewußt zu vermeiden, die erlangten Erkenntnisse einem Modell anpassen zu wollen – die Wirklichkeit findet in ihrer Gänze selten Raum in einem Modell.

Die Inhaltsanalyse kann „Formale Aspekte ebenso wie latente Sinngehalte ... zu ihrem Gegenstand machen.“ (Mayring, 1995, S. 209).

Die Diskursanalyse speist sich „... aus interpretativer Textinspektion unter Anwendung linguistischer Kategorien ... und Argumentationsanalysen“ (Amann/Knorr-Cetina, 1995, S. 423). Die Anwendung linguistischer Kategorien wird in diesem Kapitel näher erläutert, bei Argumentationsanalysen handelt es sich z.B. um die Struktur eines Argumentationsganges und die damit verfolgte Mobilisierung von Absichten. Vermittlungsstrategien, die einen Diskurs lenken, werden durch die Diskursanalyse zu identifizieren versucht. Es handelt sich um eine interpretative und multidisziplinäre Forschungsmethode, deren Forschungsgegenstand in verschriftlichter Form vorliegt und die von der Grundannahme ausgeht, sprachliche Interaktion vermittele jedem Menschen sein Bild von der Wirklichkeit und beeinflusse sein Handeln (Amann/Knorr-Cetina, 1995, S. 422).

Kapitel 2.3.3

Nominationstheoretische Überlegungen

Wie zuvor erwähnt, wird sich die Art der Untersuchung des Sachverhaltes durch eine nominationstheoretische Herangehensweise auszeichnen. Ebenso wenig wie für den Begriff Rechtsradikalismus liegt für den Terminus Nominationstheorie eine „... als gültig anerkannte Definition“ vor (Lerchner, 1997, S. 148). Innerhalb der Nominationsforschung ist man sich jedoch bezüglich ihrer wesentlichen Charakteristika einig, die im folgenden als Minimaldefinition gelten werden.

Die Nomination ist die Benennung eines Gegenstandes oder Phänomens der außersprachlichen Wirklichkeit. Das Ergebnis eines Nominationsprozesses ist die Findung einer Nominationseinheit, also die Benennung eines Gegenstandes mit einem Wort oder auch einer Wortgruppe. Da Sprachverhalten immer auch soziales Verhalten ist, sind

⁸ Ähnlich der Inhaltsanalyse ist auch die Diskursanalyse ein Instrumentarium, das sich nicht nur auf die Sprach- und Literaturwissenschaft beschränkt, sondern auch wichtiger Bestandteil des methodischen Arsenal der Sozialwissenschaften ist.

Nominierungsprozesse mitunter individuell verschieden und sozial bestimmt. Man unterscheidet Nominationsbildungen, also Erstbenennungen und Neuprägungen in Form von Neologismen und Neosemantismen vom Nominationsgebrauch in Form des Aktes der kreativen Auswahl vorhandener Nominationsauswahl (=Wortwahl). Von großer Bedeutung für die Sprachanalyse ist der Selektionsaspekt von Nominationseinheiten im Text bzw. Kontext. Der zuletzt genannte Aspekt führt hin zur linguistischen Kennzeichnung von Nominationen. Linguistische Mittel der Diskursanalyse im Rahmen der Nominationstheorie werden in diesem Kapitel ausführlich erläutert werden.

Im Rahmen der Nominationstheorie wird die linguistische Kennzeichnung von Nominationen als Mittel zur Untersuchung des Forschungsgegenstandes herangezogen. Dies beinhaltet z.B. den Blick auf die Textsortenspezifika, also die Frage danach, welche Textform für das Vermitteln einer bestimmten Absicht aus welchen Gründen gewählt wurde und mit welcher Textform bevorzugt welche Inhalte vermitteln werden sollen bzw. welche Relationen die Texte untereinander aufweisen. Unter linguistischem Aspekt interessieren darüberhinaus besonders die stilistischen Auswahl- und Entscheidungsprozesse, die sich hinter der Wahl einer Textgestaltung verbergen. Sind die einzelnen Nominationsprozesse identifiziert, lassen sich von hier aus Rückschlüsse auf die Nominierungsentscheidungen der Kommunizierenden treffen.

Kapitel 2.3.4

Sozialisation, Identifikation, Zusammengehörigkeitsgefühl und Distanzierung durch Sprache

Ein wesentlicher Effekt, der durch Sprache erzeugt werden kann und täglich vielfach erzeugt wird, ist das Zugehörigkeits- oder Nichtzugehörigkeitsgefühl zu einer Gruppe. Der Mensch gehört im Laufe seines Lebens vielen sozialen Gruppen an, im weiteren Sinne beispielsweise einer Berufsgruppe, im engeren etwa einem Freizeitverein, bei deren Mitgliedern sich ein gemeinsames Interesse an einer Sache oder einer Tätigkeit mitunter auch in einem Sprachgebrauch zeigt, den man teilt (z.B. Sportslang). Insofern kommt dem Gebrauch einer solchen Gruppensprache ein identifizierendes Moment zu, möglicherweise aber auch ein distanzierendes, denn wenn ein Individuum sich einer Gruppe zugehörig fühlt, so ist es

denkbar, daß es sich damit automatisch von einer anderen abgrenzt. Dieses Phänomen ist von Samuel P. Huntington (1997, S. 21) prägnant formuliert worden:

„Wir wissen, wer wir sind, wenn wir wissen, wer wir nicht sind und gegen wen wir sind.“

Die Wahrscheinlichkeit der Distanzierung gegenüber einer konkurrierenden Position steigert sich mit der wachsenden Identifikation mit einer anderen. Umgekehrt führt die Distanzierung von einer Gruppe, einem Einzelnen oder einer Position aber nicht regelmäßig zur Identifikation mit der entsprechenden konkurrierenden Meinung (Klein, S. 188, in: Reiher, 1995).

Sprachliche Identifikation oder Distanzierung haben grundsätzlich eine emotionale Seite, die sich besonders die politische Rede gern zunutze macht, indem der politische Redner nach dem Grundsatz: „Sprich die Sprache deiner Zuhörer“ (Dieckmann, 1980, S. 49) zu handeln versucht. In diesem Sinne wird nicht nur das vereinnahmende „wir“ in Medientexten gern gebraucht, sondern es werden beispielsweise auch Schlag- und Schlüsselwörter (siehe auch Kap. 2.3.7.4) verwendet, die für jeden Rezipienten eines Medientextes eindeutig zuzuordnen sind. Insofern stellt sich z.B. die Frage, was Helmut Kohl während einer Wahlkampfreden am 23. September 1998 in Greifswald bezwecken wollte, als er im geschichtlichen Zusammenhang der Entwicklung Deutschlands in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sagte:

„Es war ein Halbjahrhundert, in dem wir ein Drittel unseres Reichsgebietes verloren haben.“

Das vereinnahmende „wir“ und ein Begriff wie das „Reichsgebiet“ wurden hier in einen zweifelhaften inhaltlichen Kontext gestellt. Außerdem wurde ein Rahmen zu seiner Rede gebildet, indem Kohl auch abschließend auf ein gern von Rechtsradikalen bestrittenes Thema, das „Gastrecht“ (Kohl, 1998) von Ausländern in Deutschland, zurückgreift. Welchen Zweck sollte eine so aufgebaute Rede haben, deren Kernaussage doch keinen Zweifel daran ließ, daß sich der Sprecher eindeutig gegen Rechtsradikalismus und –extremismus wandte? Eine interessante Hintergrundinformation stellt die Tatsache dar, daß es im Umfeld dieser Rede auf dem Greifswalder Nexö-Platz zahlreiche, ebenfalls zuhörende, rechts gesinnte Demonstranten gab und, daß Helmut Kohl bekanntlich auf jede Wählerstimme dringender angewiesen war denn je.

An dieser Stelle sei der Fairneß halber darauf hingewiesen, daß zahlreiche Politiker sich das beschriebene sprachliche Phänomen gern zunutze machen und sich Betrachtungen wie diese nicht nur bezüglich Herrn Kohl anstellen lassen.

Am o.g. Beispiel ist leicht zu ersehen, welche gewichtige Rolle dem Sprachgebrauch eines Menschen bzw. einer (politischen) Gruppierung zukommt. Der Blick auf Identifikation, Zusammengehörigkeitsgefühl, Distanzierung und Abgrenzung durch Sprache wird also auch einen nicht unwesentlichen Teil dieser Arbeit ausmachen.

Nach Streiffeler sind politische Partizipation und die Identifikation der Bürger mit dem politischen System des Staates, in dem sie leben, untrennbar miteinander verbunden (1975, S. 102). Seit er diese Aussage machte, ist die Wahlbeteiligung an Bundestagswahlen stark gesunken, was im übrigen auch in den meisten anderen Staaten des westlichen Kulturkreises geschehen ist (z.B. in den USA). Dies ist eine Form des Mangels an politischer Partizipation und legt Rückschlüsse bzgl. der Identifikation der Bürger mit der alltäglichen politischen Realität nahe, wie sie in der Masse von den großen Regierungsparteien (Volksparteien) geschaffen wird. Es kursiert das Wort von der „Politikverdrossenheit“. Bußhoff schrieb in diesem Zusammenhang über die Definition der politischen Identität und Identifikation in einem offenen politischen System, politischer Wandel bedeute die Änderung der Verhaltensstruktur der politischen Identität (1970, S. 82). Hier steht allerdings zu vermuten, daß politischer Wandel (zunächst auf der individuellen Ebene) in Form der Veränderung der politischen Identität als Folge der Summe sich verändernder politischer Identifizierungen entsteht. Identifizierungen sind von kurzfristiger und weniger fundierter Natur als Identitäten, sie sind als Einzelidentifizierungsakte zu verstehen (z.B. das Schwenken einer Fahne oder das Skandieren eines Slogans), aus deren Summe sich eine Gesamtidentität ergibt.

Besonders in bezug auf die Neue Radikale Rechte gilt der folgende Grundsatz, den Bußhoff 1970 formulierte (S. 28):

„... der Akt der Selbstidentifizierung ermöglicht der Einzel- und Gruppenidentität, ihr Verhalten zu kontrollieren; der Akt der Fremdentifizierung schafft die Möglichkeit, das eigene Verhalten im Hinblick auf das jeweils identifizierte Objekt angemessen zu orientieren.“

Die Abgrenzung zwischen Selbst- und Fremdidentifizierung ist zwingend notwendig, um ein Freund-Feind-Schema nach Carl Schmitt aufbauen zu können (vgl. Kap. 2.2.2.4). Nach Bußhoff „...kann sich Identität nicht isoliert entwickeln und behaupten. Eine Identität setzt also zumindest eine andere voraus...“ (1970, S. 29). Identität entsteht folglich durch Interaktion auf der Basis der Wahrnehmung von Unterschieden zwischen der Selbst- und der Fremdidentität.

Auch Roloff hat dargestellt, wie bedeutsam das Vorhandensein eines Feindbildes für die Annahme eines Identifikationsangebotes ist. Er schildert am Beispiel der Nazi-Zeit gezielte identifikationstiftende Maßnahmen der NSDAP und zeigt an diesem Beispiel die Bedeutung der Einbeziehung soziologischer Überlegungen bei dem Versuch, Identifikationsangebote zu vermarkten: der Propagandaapparat der Partei hatte erstmals erkannt, daß es identifikationsfördernd ist, einzelne Gruppen spezifisch anzusprechen, also wurden z.B. Veranstaltungen bzw. Versammlungen nur für Beamte oder nur für Einzelhändler durchgeführt, und zwar mit großem Erfolg (Roloff, 1976, S. 93), der sich in der logischen Konsequenz zuerst auf lokaler und Landesebene in Wahlerfolgen äußerte.

Auch heute sind Identifikation und Sozialisation eng miteinander verwobene Begriffe. Dies wird im folgenden am Beispiel des Identifikationsbedarfs und der Identifikationssituation der Bürger in den neuen Bundesländern erläutert, wobei Identifikationsangeboten rechtsradikaler Parteien hier eine besondere Bedeutung zukommt.

Zunächst ist festzustellen, daß Bürger der früheren DDR sich bzgl. der Definition ihrer Identität grundsätzlich von BRD-Bürgern dahingehend unterschieden, daß DDR-Bürger ihre politischen Identitäten in einem geschlossenen politischen System entwickelten und sie somit nach der Wende erlernen mußten, sich in der Vielfalt von politischen Identifikationsangeboten zu orientieren. Das schließt auch das Erlernen des Umgangs mit den Medien als wichtiges Machtmittel der politischen Parteien ein.

Durch den totalen Umbruch in der politischen (und damit auch wirtschaftlichen und gesellschaftlichen) Lebenssituation erlitten die DDR-Bürger große Identitätsverluste und waren gezwungen, ihr Selbstbild, zumindest zu wesentlichen Teilen, neu aufzubauen. Da der Aufbau einer Eigenidentität nur in Abgrenzung von anderen Identitäten erfolgen kann (s.o.),

ist die Wahrnehmung und Beurteilung anderer Identitäten von außerordentlicher Bedeutung für die Neuorientierung. Die Fülle der Handlungsanleitungen und Identifikationsangebote, wie sie in den Medien präsentiert wurden, mußte bewältigt werden, und zwar neben der Verarbeitung der bisherigen Identität, von der wesentliche Teile aufgegeben werden mußten („Die Ideologie des DDR-Bürgers war unbrauchbar geworden, sofern sie für ihn je brauchbar war“, Geier, 1999, S. 143). Dies ist der Ansatzpunkt für Identifikationsstiftung und Ideologiebildung, die um so erfolgreicher implementiert werden können, je mehr man die individuellen soziologischen Voraussetzungen Einzelner bzw. einzelner Gruppen berücksichtigt.

Aufgrund der Geschichte der ostdeutschen politischen Kultur steht zu vermuten, daß diese einen besonders geeigneten Nährboden für rechtsradikale Identifikationsangebote bildet. So ist zunächst festzuhalten, daß es in der DDR zwar eine Auseinandersetzung mit dem NS-Regime gegeben hat, daß diese aber vorrangig mittels einer Identifikation mit den Opfern und dem Widerstand der damaligen Zeit erfolgte. Zwar hat auch die DDR Reparationszahlungen geleistet (an Rußland, und zwar in zerstörerischem Ausmaß), allerdings nicht annähernd im selben Maß wie die BRD die Verantwortung von Schuld auf sich genommen, was an der Israel-Politik des DDR-Regimes deutlich wurde. Darüber hinaus ist „...der Antifaschismus in der DDR durch seine Kopplung an den DDR-Sozialismus und dessen Untergang stark diskreditiert...“ worden (Geier, 1999, S. 144). In bezug auf das Erlernen von politischer Orientierung im demokratischen System kommt hinzu, daß es durch die in den vergangenen Jahrzehnten beobachtbare Annäherung der großen Regierungsparteien aneinander schwierig ist, Weltanschauungen eindeutig bestimmten Parteien zuordnen und sie somit voneinander abgrenzen zu können. Aus diesen Gründen ist mit Geier anzunehmen (1999, S. 144), daß gerade die Bürger der neuen Bundesländer durch die beschriebene Identitätskrise an dieser Stelle besonders anfällig für die Propaganda rechtsradikaler Parteien waren bzw. sind. Dies wird um so deutlicher, je klarer man sich macht, daß derlei Parteien ihre Wählerschaft häufig aufgrund ihres Protestimages und ihrer klaren Abgrenzbarkeit behaupten (B 28). Dies gelingt

ihnen u.a. durch das klare, identifikationstiftende (s.o.) und stereotype Aufzeigen von Feindbildern (Geier, 1999, S. 145)⁹.

Besonders deutlich werden Aspekte politischer Sozialisation am Beispiel von Arbeitslosigkeit. Für die Bürger der neuen Bundesländer mag sich dieses Beispiel sogar am besten eignen, weil dort eine erheblich höhere Arbeitslosenquote herrscht als in den alten Bundesländern. Beispielhaft sei Mecklenburg-Vorpommern genannt, wo diese Quote sich in den meisten größeren Städten Vorpommerns (z.B. in Greifswald, Demmin, Anklam, Wolgast und Stralsund) seit einigen Jahren in Folge bei über 20% hält, regional fast 30% beträgt. Im ersten Quartal des Jahres 2000 teilten die Nachrichtensendungen des Ersten Deutschen Fernsehens, ARD, außerdem in Abständen weniger Tage regelmäßig mit, Auswirkungen des einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwungs seien lediglich in den alten Bundesländern zu messen, was sich im folgenden bestätigte. Weiterhin hat Arbeit in den neuen Bundesländern einen stärkeren Sozialisationsaspekt, weil er traditionell die Gesamtbevölkerung, inklusive aller Frauen, betrifft (Kap. 3.4.2 und 4.2). Steinkamp/Meyer vergleichen „...den Wandel der Arbeitslosigkeit von einem Randgruppenphänomen zur Massenerscheinung...“, wie er in Ostdeutschland Realität geworden ist, mit der Weltwirtschaftskrise und erläutern dann zwei individuelle Möglichkeiten, mit dieser Sachlage umzugehen (1996, S. 321 f.):

„Die *Radikalisierungsthese* geht davon aus, daß mit der Erwerbslosigkeit verbundene Belastungs- und Deprivationserfahrungen aus sich heraus lernwirksam verarbeitet werden und relativ direkt und ungebrochen zur Konstitution eines entweder rechts- oder linksextremistischen politischen Bewußtseins mit demokratiebedrohendem Potential führen. (...)

Mit der *Apathisierungsthese*...wird behauptet, die unfreiwillige Ausgrenzung aus dem Arbeitsprozeß führe zu Hoffnungslosigkeit, Pessimismus, Verzweiflung, Resignation, Depression etc., also zu einer psychischen Struktur, die einen Rückzug auf sich selbst und die Privatsphäre bedinge, keineswegs aber eine wie immer geartete politische Aktivierung in Gang setze.“

Die Verfasserin schließt sich Steinkamps/Meyers Auffassung an, wenn diese feststellen, daß es auf jeden Fall zu einer „Minderung berufsbezogener Interaktionschancen und Gefährdung der Sozialintegration“ kommt und der „Verlust sozialer Status- und Rollenfunktionen sowie

⁹ An dieser Stelle sei noch einmal auf das eingangs erwähnte Zitat von S. P. Huntington hingewiesen: „Wir wissen, wer wir sind, wenn wir wissen, wer wir nicht sind und gegen wen wir sind.“

die Verunsicherung der sozialen Identität“ von ausschlaggebender Bedeutung ist (1996, S. 322).

Letztlich ist es entscheidend, ob der Betroffene die Schuld für seine Arbeitslosigkeit bei sich selbst sucht oder im vermeintlichen Versagen des politischen Systems. Je nach dem, wie er diese Frage für sich entscheidet, wird er mehr oder weniger anfällig für rechtsradikale „Arbeit für Deutsche!“-Parolen (H 15; Wahlplakat) sein.

In jedem Fall werden Identitätskrisen von Steinkamp/Meyer „...als prekäre Folgen der Arbeits- und besonders der Langzeitarbeitslosigkeit...“ genannt und es wird geraten, Arbeitslose (und in diesem Kontext besonders solche aus den neuen Bundesländern) als für Rechtsradikalismus „...zumindest überproportional empfängliches Reservoir im Auge...“ zu behalten (1996, S. 328 u. 334).

Im Kapitel 3 dieser Arbeit wird ausführlich geschildert werden, wie rechtsradikale Parteien bemüht sind, sich die oben geschilderten Aspekte politischer Identifikation und politischer Sozialisation am Beispiel von Arbeitslosigkeit zunutze zu machen.

Kapitel 2.3.5

Soziolinguistische Aspekte

Der individuelle Wortschatz entwickelt sich in Abhängigkeit von der sprachlichen Tätigkeit und ist somit durch soziales Handeln, durch soziale Erfahrungen und Berufstätigkeit sowie durch die Zugehörigkeit zu sozialen Schichten bestimmt. Jeder Mensch erwirbt den Wortschatz seiner Muttersprache in der Kommunikation und übernimmt sozial bedingte Varianten seiner Umwelt. Im Laufe seines Lebens ist er Mitglied unterschiedlicher Kommunikationsgemeinschaften (Familie, Schule, Betrieb, Freizeitgruppe etc.), deren spezifische Benennungsgewohnheiten seinen Idiolekt bilden. Der Wortschatz läßt sich gruppenpezifisch, regional, sozial, alters- und geschlechtsspezifisch sowie nach der beruflichen oder fachlichen Fähigkeit gliedern.

Probleme des politischen Wortschatzes sind ebenfalls Gegenstand soziolinguistischer Wortbetrachtung. Das trifft beispielsweise auf die feministische Bewegung (z.B. bei

weiblichen Endungen für Berufsbezeichnungen wie *Lehrerin*), die zahlreichen Differenzierungserscheinungen zwischen den neuen und den alten Bundesländern (z.B. *Kader* für *Personal*) sowie auf politische Schlagwörter wie *Restrisiko* zu, die in der Regel von unscharfer lexikalischer Bedeutung sind.

Bernstein hat intralinguistische Forschungen bezüglich Gruppenwortschätzen betrieben und dabei ein Zweischichtenmodell aufgestellt; er ging davon aus, daß die gehobene Mittelschicht und die Unterschicht die Sprache auf unterschiedliche Weise gebrauchen. In seinem Zweischichtenmodell hat er der Mittelschicht den sog. elaborierten Sprachcode und der Unterschicht den restringierten Code zugeordnet (Bernstein, 1971, S. 99.116). Der Übersichtlichkeit halber werden die Codes und deren Charakteristika einander hier tabellarisch gegenübergestellt. Die folgende Darstellung dient jedoch aufgrund seiner Überalterung nicht als methodisches Modell, sondern vielmehr zur Darstellung und Erläuterung grundsätzlicher Faktoren der soziolinguistischen Unterscheidung von Sprache:

Mittelschicht / elaborierter Code

Unterschicht / restringierter Code

- | | |
|--|--|
| - saubere grammatische Anordnung und Syntax | - grammatisch einfache, oft unvollständige Sätze |
| - Hypotaxe (viele Nebensätze und diverse Konjunktionen charakterisieren die Satzstruktur) | - Parataxe (die Satzstruktur ist gekennzeichnet durch eine Aneinanderreihung von Hauptsätzen und eine geringe Auswahl sich wiederholender Konjunktionen) |
| - Differenzierte Auswahl von Adjektiven und Adverbien | - Begrenzte Auswahl von Adjektiven und Adverbien |
| - Häufige Verwendung des Personalpronomens „ich“ (>persönliche Meinung statt Kollektivmeinung) | - Verwendung von „man“ |
| - Rücksicht auf mögliche Uninformiertheit | - Implizite Voraussetzung, daß der Hörer |

des Hörers

das gleiche Wissen hat wie der Sprecher

- Größerer Wortschatz

- Höherer Abstraktionsgrad

Bernsteins Erkenntnisse über soziale Differenzen im Sprachgebrauch erhalten mit dem Zitat Dieckmanns: „Sprich die Sprache deiner Zuhörer“ (1980, S. 49) propagandistische Brisanz, denn wer die soziale Zusammensetzung seines Publikums in etwa kennt, der kann Rückschlüsse auf dessen Sprachgebrauch ziehen und wird sich ihm wirkungsvoll anpassen. Folglich lassen sich von der sprachlichen Beschaffenheit eines Medientextes Rückschlüsse auf dessen Adressatenkreis ziehen.

Kapitel 2.3.6

Psycholinguistische Aspekte

Auch psycholinguistische Analyseansätze beschäftigen sich mit einem multidisziplinären Objektbereich. Sie befassen sich mit dem Vorgang des Spracherwerbs und des Sprachverstehens sowie mit der Produktion von Sprache. Zur Soziolinguistik und zur Diskursanalyse, aber auch zur Neurolinguistik, Künstlichen Intelligenz, Kognitiven Psychologie und Kognitionswissenschaft bestehen enge Verbindungen. Von zentraler Bedeutung ist zum einen, „... daß die von den Linguisten aufgefundenen sprachlichen Strukturen mit dem methodischen und theoretischen Handwerkszeug der Psychologie untersucht werden sollten“ (Bußmann, 1990, S. 620). Zum anderen ist der in Kapitel eins erwähnte Ansatz von Sapir und Whorf, wonach die Sprache das Denken entscheidend bestimmt, der Psycholinguistik zuzuordnen, d.h. eine der tragenden Hypothesen dieser Arbeit findet ihre Grundlage in psycholinguistischer Forschungstradition.

Das Kapitel 2.3.4 zu Fragen von Identifikationsprozessen hat u.a. psycholinguistische Aspekte. In diesen Kontext fallen auch Überlegungen zur non-verbalen Kommunikation¹⁰. So sind die Umstände bzw. die Situation, in die das bloße Äußern von Botschaften eingebunden ist – als da wären: Gestik, Mimik, Tonfall, Einzel- oder Gruppengesprächssituation, räumliches Umfeld und dessen Dekoration etc. – ausschlaggebend für die Wahrnehmung und Einordnung einer Äußerung. Insofern ist es häufig wünschenswert, den situativen Kontext zur Interpretation einer Textstelle heranzuziehen.

Kapitel 2.3.7

(Sprachwissenschaftliche) Mittel in Medientexten

Bei der vorliegenden Dissertation handelt es sich um eine politikwissenschaftliche Arbeit und folglich werden auf diesem Gebiet grundlegende Kenntnisse vorausgesetzt, da diese Arbeit jedoch einen multidisziplinären Charakter hat und sich politikwissenschaftliche und germanistische Themen hier berühren, ist es zum Verständnis der im folgenden dargestellten Sachverhalte notwendig, einige Erklärungen zu einem Teil der Germanistik, der Sprachwissenschaft, zu geben. Dies wird jedoch nur in dem Rahmen erfolgen, in dem der Leser zum inhaltlichen Verständnis dieses Textes darauf angewiesen ist.

Im folgenden wird die Auswahl linguistischer Untersuchungsmittel dargestellt und begründet.

Da die Betrachtung rechtsradikaler Organe im Vordergrund steht, wird als Basis bzw. als Vergleichsmaß die Sprache des Dritten Reiches, die „Lingua Tertii Imperii“ nach Victor Klemperer (1996), herangezogen. Dem werden zusätzliche Untersuchungsmittel zum Sprachgebrauch, wie etwa die Betrachtung soziolinguistischer Aspekte hinzugefügt.

¹⁰ Grundsätzliches Wissen zur non-verbalen Kommunikation wird hier vorausgesetzt und nicht ausführlich erläutert, da dies zum einen den Rahmen sprengen würde, und zum anderen, weil die non-verbale Kommunikation zwar bei Notwendigkeit in die folgenden Analysen einbezogen wird, aber nur einer von vielen methodischen Aspekten ist.

Kapitel 2.3.7.1

Hitler über die Bedeutung der Rede

„Nie ist ein Lehrbuch des Priestertrugs – nur sagt die LTI statt Priestertrug: Propaganda – mit schamloser Offenheit geschrieben worden als Hitlers >>Mein Kampf<<. Es wird mir immer das größte Rätsel des Dritten Reiches bleiben, wie dieses Buch in voller Öffentlichkeit verbreitet werden durfte, ja mußte, und wie es dennoch zur Herrschaft Hitlers und zu zwölfjähriger Dauer dieser Herrschaft kommen konnte, obwohl die Bibel des Nationalsozialismus schon Jahre vor der Machtübernahme kursierte.“ (Klemperer, 1996, S. 37)

Jahre bevor Adolf Hitler die Macht in Deutschland übertragen wurde, hatte er bereits sehr genaue Vorstellungen von dem Funktionieren eines künftigen Propaganda-Apparates. Im sechsten Kapitel des zweiten Bandes von „Mein Kampf“ mit dem Titel „Der Kampf der ersten Zeit – die Bedeutung der Rede“ berichtet er von seinen Erfahrungen mit ersten Massenveranstaltungen und –kundgebungen und analysiert diese mit ausgesprochenem Scharfsinn.

Klemperer sagte von der nazistischen Propaganda, zu ihrem Fundament gehöre die Überzeugung von der Gedankenlosigkeit und der absoluten Verdummbarkeit der Masse (1996, S. 278). So stellt denn auch Hitler fest: „Die NSDAP durfte nicht ein Büttel der öffentlichen Meinung, sondern mußte ein Gebieter derselben werden“ (Hitler, 1937, S. 520). Während der o.g. Massenkundgebungen war es laut Hitler „...die Aufgabe von zwei Stunden, zwei- bis dreitausend Menschen aus ihrer bisherigen Überzeugung herauszuheben, Schlag um Schlag das Fundament ihrer bisherigen Einsichten zu zertrümmern und sie schließlich hinüberzuleiten auf den Boden unserer Überzeugung und unserer Weltanschauung“ (1937, S. 522). Er war sich bewußt, daß es diejenigen zu überzeugen galt, die dieser Weltanschauung bis dahin feindlich gegenüberstanden: Es kam „...ausschließlich darauf [an, d. Verf.], diejenigen Menschen durch Aufklärung und Propaganda zu gewinnen, die bisher ihrer Erziehung und Einsicht nach auf gegnerischem Boden standen“ (1937, S. 524). Aus guten Gründen konzentrierte Hitler sich auf das gesprochene Wort, denn „...tatsächlich ist auch nur dieses allein in der Lage, wirklich große Umwälzungen herbeizuführen, und zwar aus allgemein psychologischen Gründen“ (1937, S. 525). In gewisser Weise stimmt Hitler hier mit Klemperer überein, der, wie in Kap. 2.3.7.2 zitiert, davon ausging, daß Worte ähnlich giftig sein können wie winzige Arsendosen (Klemperer, 1996, S. 27). Hitler glaubte, es sei

unmöglich, „...nur durch Schrifttum an das Herz der breiten Masse zu gelangen“ (1937, S. 528), denn der Redner könne, im Gegensatz zum Schriftsteller, die Reaktion des Publikums immer an dessen Mienenspiel erkennen und sich sofort darauf einstellen. Außerdem sei ein emotiver Stil mündlich besser als schriftlich durchzusetzen: „Falsche Begriffe und schlechtes Wissen können durch Belehrung beseitigt werden, Widerstände des Gefühls niemals. Einzig ein Appell an diese geheimnisvollen Kräfte selbst kann hier wirken.“ (Hitler, 1937, S. 527 f.) Das erinnert an den predigtartigen, enthusiastischen Redestil der Nazi-Zeit.

„...in die gewaltige Wirkung des suggestiven Rausches...“ (Hitler, 1937, S. 536), den man übrigens auch durch eine entsprechende Schmückung des Raumes und durch die Wahl der richtigen Tageszeit beeinflussen könne, wollte Hitler weniger mit intellektuellen als vielmehr mit volkstümlichen Mitteln ziehen – schließlich wollte er die große Masse an sich binden: „Denn die Rede eines Staatsmannes zu seinem Volk habe ich nicht zu messen nach dem Eindruck, den sie bei einem Universitätsprofessor hinterläßt, sondern nach der Wirkung, die sie auf das Volk ausübt.“ (1937, S. 534)

In diesem Kapitel über die Bedeutung der Rede erkannte Hitler die Bedeutung des richtigen Ansprechens des Einzelnen innerhalb einer Adressatengruppe. Es war ihm bewußt, wie wichtig die Integration der einzelnen Zuhörer in die Gruppe war:

„Die Massenversammlung ist auch schon deshalb notwendig, weil in ihr der einzelne, der sich zunächst als werdender Anhänger einer jungen Bewegung vereinsamt fühlt und leicht der Angst verfällt, allein zu sein, zum ersten mal das Bild einer größeren Gemeinschaft erhält, was bei den meisten Menschen kräftigend und ermutigend wirkt.“ (Hitler, 1937, S. 536)

Kapitel 2.3.7.2

Mittel der Lingua Tertii Imperii

„Worte können sein wie winzige Arsendosen: sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.“ (Klemperer, 1996, S. 27)

Diese Worte stammen von einem jüdischen Sprachwissenschaftler, der seine Erfahrungen mit der Hitlerzeit verarbeitet, indem er die sprachlichen Methoden analysierte, denen die Bevölkerung in Form von Meinungsbildung und Propaganda ausgesetzt war. Klemperers philologisches Tagebuch „LTI“ hatte in der DDR einen praktisch kanonischen Status, weil es für das Vierte Reich geschrieben worden war. Seine Erkenntnisse nähren einen wichtigen Teil dieser Arbeit.

Die Sprache des Dritten Reiches war äußerst durchdacht und höchst manipulativ. Die Nazis warben sehr stark mit Schlagwörtern und Inhalten aus den Bereichen Militarismus, Historismus, Antisemitismus und Jugendbewegung etc. Neu war diese Art der Nutzung von Sprache jedoch nicht. Ihre Wurzeln liegen im Nationalbewußtsein des 19. Jahrhunderts. Ein Beispiel findet sich in einem Plakat der christlich-sozialen Partei zur Reichstagswahl in München vom 16.06.1903. Dort heißt es:

„...Katholiken und Protestanten! Vereinigt euch in brüderlicher Liebe gegen den Todfeind des Deutschtums, den Judenkapitalismus und die asiatische Geldmoral!“ („Geschichte der Deutschen Sprache“, Berlin/New York, 1978, S. 164 ff.)

Weder Hitler noch Goebbels haben diesen Sprachstil erfunden, sie haben ihn allerdings perfektioniert und mit der inhaltlich passenden Organisation unterlegt. Die Möglichkeiten dieser Perfektionierung sind so vielfältig, daß hier die für diese Arbeit wesentlichen Punkte der Übersichtlichkeit halber in Form einer Auflistung dargestellt werden:

Namen

Bei den in der Zeit von 1933 bis 1945 Geborenen fällt eine Häufung ausdrücklich germanischer Vornamen wie z.B. Dieter, Detlev, Uwe, Baldur, Margit, Ingrid oder Uta auf. Personen jüdischen Glaubens dagegen mußten zusätzliche Vornamen (bei den Frauen Sara,

bei den Männern Israel) annehmen, wenn sie nicht bereits Vornamen hatten, die eindeutig als jüdisch zu erkennen waren. Namen aus dem Alten Testament, wie z.B. Lea, waren für Nichtjuden verboten und konnten nicht angenommen werden (Klemperer, 1996, S. 102 f.). Christliche Vornamen waren ebenfalls ungern gesehen, denn mit einem solchen geriet man „...leicht in den Verdacht, der Opposition anzugehören“ (Klemperer, 1996, S. 101).

Namen philosophischer, künstlerischer oder wissenschaftlicher Autoritäten lösen bei autoritätsgläubigen Charakteren Respekt und Ehrfurcht aus (Jäger, 1995, S. 303). Insofern ist es eine vielgenutzte Überzeugungstaktik, für das Verkaufen eines Produktes einen prominenten Fürsprecher bzw. Werber zu finden. Das gilt ebenso für das Überzeugen von einer politischen Meinung: So erklärten etwa Die Republikaner Edmund Stoiber (ungefragt) zu einem Ehrenmitglied ihrer Partei, nachdem dieser den Begriff „durchraßte Gesellschaft“, der im vorvergangenen Jahr durch alle Zeitungen des Landes ging, im Zusammenhang mit der Integration von Ausländern in Deutschland gebraucht hatte.

Anrede

Wird das formelle *Sie* benutzt, bleibt man auf Distanz, das *Du* dagegen erzeugt Nähe. Der Wir- und Unser-Stil dient der Erzeugung von Einigkeit und Konformismus (vgl. Kap. 3.4).

Abkürzungen

Abkürzungen waren und sind sehr populär, effektiv und klingen außerdem sehr geordnet: NSDAP, HJ, BDM, SA, SS etc. Klemperer spricht gar von einer regelrechten „Kurzwortwelle“ (1996, S. 120) und gibt als Beispiel einen Berliner Gutenachtwunsch an, der während des starken Bombardements Berlins üblich war: „Popo“, was für „Penne ohne Pause oben“ stand (1996, S. 116). Nach Klemperer hat sich kein vorhergegangener Sprachstil Abkürzungen in einer solchen Fülle zunutze gemacht wie das Hitlerdeutsch (1996, S. 121). Dieses ist allerdings die umgangssprachliche Seite des Hitlerdeutsches. Abkürzungen war sowohl für die offizielle als auch für inoffizielle Sprache der Zeit kennzeichnend.

Fremdwörter

Sie werden trotz aller Vereinfachung gelegentlich benutzt, weil sie Feierlichkeit und Intransparenz verleihen. Nach Klemperer gibt es in der LTI besonders viele Amerikanismen,

als Beispiel wird die Befremdlichkeit des Spruchs *Feind hört mit* durch den weggelassenen Artikel angegeben (1996, S.42 u. S. 114). Im Vergleich zum Rechtsradikalismus fallen ähnliche Entwicklungen auf: Im Internet z.B. werden viele neue Begriffe, vorwiegend aus dem amerikanischen Englisch, verwendet, von denen deutsche Rechtsradikale häufig Abstand nehmen, indem sie diese Wörter übersetzen, teils auch etwas unpräzise. So wird aus der *Homepage* die *Heim-* oder *Heimatseite*, u. U. auch schon mal die *Homeseite* (hier bemüht man sich sowohl modern als auch deutsch gleichzeitig zu wirken), aus dem *Webmaster* wird der *Netzmeister*; auch das *Faxgerät* wird gelegentlich als *Fernkopierer* bezeichnet (Baumann, S. 355; in: Bundesministerium des Innern, 1998).

Symbole

Symbole waren bzw. sind in rechten Gesinnungskreisen populär. Als Beispiele seien das Hakenkreuz und der Judenstern angeführt.

Euphemismen

Euphemismen sind Wörter, die Sachverhalte beschönigend ausdrücken, z.B. *Auseinandersetzung* für *Kampf* oder *Krise* statt *Niederlage*.

Pleonasmen und Tautologien

Beim Pleonasmus handelt es sich um inhaltliche, logisch nicht sinnvolle Verdoppelungen wie z.B. *für alle ewigen Zeiten* (Volmert, 1995, S. 143). Er lebt von einer „Hinzufügung eines gedanklich überflüssigen Ausdrucks, der im Gesagten schon enthalten ist...Als rhetorische Figur der Erweiterung dient der Pleonasmus zur Verstärkung der Aussage, z.B. *ich habe es selbst gesehen, mit eigenen Augen*.“ (Bußmann, 1990, S. 589).

Die Tautologie ist ein Ausdruck, der aufgrund seiner logischen Form immer wahr ist, z.B.: *Es schneit oder es schneit nicht*.

Simplifizierungen und Stereotypisierungen

Verallgemeinerungen in jeder Form gehören zu den bevorzugten Mitteln der Redner des Dritten Reiches. Besondere Bedeutung kommt dem sog. kollektiven Singular zu, z.B. in *der Russe, der Jude* etc. (Klemperer, 1996, S. 361).

Nach Bußmann ist ein Stereotyp ein Terminus „...zur Bezeichnung von gruppenspezifischen, durch Emotionen geprägten, meist unbewußten, stark verfestigten (Vor-)Urteilen“ (1990, S. 735). Außerdem ist es eine Bezeichnung für fest mit einem Wort verbundene Bedeutungsassoziationen und Eigenschaften, die als typisch für den Vertreter einer sprachlichen Klasse wahrgenommen werden (Bußmann, 1990, S. 736). Nach dieser Vorstellung würde man einer Katze z.B. die Eigenschaften a) tierisch, b) vierbeinig, c) miaut etc. zuschreiben. Ähnliche stereotype Merkmale kann man nach diesem Schema natürlich auch einem Volk oder einer Religionsgemeinschaft zuordnen.

Nominalstil

Jäger betrachtet den Nominalstil als typisch für die Sprache des Dritten Reiches und stellt eine Überladung mit starken Worten durch eine Reihung von Substantiven in Medientexten dieser Zeit fest (S. 296; in: Ehlich, 1995).

Der Nominalstil ist eine Reihung abgeleiteter Substantive anstelle von Verben. „Kennzeichnende Stilelemente sind Nominalisierungen (*Das Scheitern der Gespräche* statt *Die Gespräche sind gescheitert*), Komposita [=Zusammensetzungen, d. Verf.] (*Verkehrsberuhigungsmaßnahme*), Bezugsadjektive (*Elterliche Zustimmung* statt *Die Eltern stimmen zu*), Funktionsverbgefüge (*in Erwägung ziehen* statt *erwägen*), erweiterte Attribute (*Die damals vom Vorstand beschlossene Maßnahme*) sowie, bei der Reduktion komplexer Sätze, subordinierende Attributhäufungen [bzw. Genitivattributketten, d. Verf.] (*Die Zustimmung der Mitglieder des Vorstands der Reederei*)“ (Bußmann, 1990, S. 530). Eine Verdichtung des Satzbaus und Unklarheiten bei Wortbedeutungsbeziehungen „...(die Anklage des Ministers) erschweren zwar die Verständlichkeit, dienen jedoch einer konzentrierten Informationsvermittlung und der abstrahierenden Begriffsbildung (vgl. Verantwortlichkeit, Rechtsmittelbelehrung). Der N. [=Nominalstil, d. Verf.] ist daher in der Regel ein funktional angemessenes Stilmerkmal von Fachsprachen in Technik, Wissenschaft und Verwaltung“ (Bußmann, 1990, S. 531). Die Verwendung des Nominalstils trägt also dazu bei, einen Text sachlich und neutral erscheinen zu lassen, was ein ganz wesentlicher Grund seiner Verwendung in Medientexten des Dritten Reiches ist.

Emphase

Das Wort Emphase stammt vom griechischen Ausdruck „émpphasis“ für „Nachdruck“. Er beschreibt die Verstärkung einer kommunikativen Absicht: Man verleiht einer Stellungnahme Nachdruck z.B. durch eine besondere Wortwahl, Wortstellung oder durch die Lautstärke, in der man sich artikuliert. Klemperer sieht den Sprachgebrauch der NS-Zeit als eine Reihung von Emphasen und geht davon aus, daß alle Regierungsaussagen während dieser Zeit mit einem solchem Nachdruck und einer so starken Betonung gemacht wurden, daß sich z.B. die übliche Interpunktion bei Ausrufen, die Ausrufungszeichen (s. Interpunktion, S.78) durch diese Emphase erübrigt haben (1996, S. 96).

Übertreibung und Untertreibung

Eine Hyperbel (auch: Hyperbole) ist eine „übertreibende Bezeichnung zum Zweck der Verfremdung, Aufwertung oder emotionalen Wirkung, z.B. *Schneckentempo, todmüde, Herz aus Eisen...*“ (Bußmann, 1990, S. 316).

Der Litotes ist als Untertreibung der „Ersatz eines hervorhebenden, elativischen Ausdrucks durch die Negation des Gegenteils, z.B. *nicht (gerade) klein = ziemlich groß...*“ (Bußmann, 1990, S. 460).

Anapher

Der Begriff Anapher bezeichnet die Wiederholung desselben Wortes am Anfang verschiedener Zeilen oder Sätze. Sie dient der besonderen Einprägung z.B. eines Schlagwortes und kann als spezielle Form der Emphase verstanden werden.

Komparative, Superlative und Elative

Ein Komparativ erklärt den zweithöchsten Grad einer Eigenschaft (*diese These ist überzeugender als die andere*) und kann als Vergleich betrachtet werden. Beliebte waren Vergleiche während der Nazi-Zeit besonders in Verbindung mit endzeitlichen Ausdrucksweisen wie z.B.: „*(Wir) sind die Zeugen einer Umwälzung, wie sie gewaltiger die deutsche Nation noch nie erlebt hat*“ (Volmert, 1995, S. 152). Ein relativer Superlativ beschreibt den höchsten Grad einer Eigenschaft (*diese These ist am überzeugendsten*) und damit die zweite und höchste Steigerungsstufe eines Adjektivs. Ein absoluter Superlativ oder

Elativ beschreibt einen hohen Eigenschaftsgrad ohne Vergleich (*diese These ist außerordentlich überzeugend*). Superlative und Elative gehören „...anscheinend zum unverzichtbaren Handwerkszeug nationalsozialistischer Rhetoren“ (Volmert, 1995, S. 151). Typisch ist auch der Versuch der NS-Propaganda, große Vorbilder zu übertrumpfen, was Klemperer einmal wie folgt beschreibt: „*Hitler sagt im Reichstag am 26. April 1942, Napoleon habe in Rußland bei 25 Grad Frost gekämpft, er dagegen, der Feldherr Hitler, bei 45 Grad, einmal sogar bei 52 Grad*“ (1996, S. 279). Superlativisch durchtränkte Satzgebilde wie diese finden sich in der LTI häufig. Die Art der Verwendung und die Häufigkeit, mit der ein Wort genutzt wird, hat im Dritten Reich mitunter etwas Zeremonienhaftes, so daß man z.B. beim Gebrauch des Elatives *ewig* dazu neigt, von der Existenz eines religiösen Superlatives sprechen zu wollen. Durch den inflationären Gebrauch waren besonders die Elative und Superlative einem permanenten Entwertungsprozeß ausgesetzt, was paradoxerweise dazu führte, daß man begann, nicht steigerungsfähige Adjektive wie z.B. *einmalig* zu steigern. Gerade derartige Steigerungen können als charakteristisch für nationalsozialistische Rhetorik bezeichnet werden.

Interpunktion

Die Anzahl von Frage- und Ausrufungszeichen in einem Text läßt Rückschlüsse auf darin enthaltene Intention des Autors bzw. Sprechers zu. Auch die Frage nach Zäsuren, also nach Pausen im Text (im allgemeinen durch Doppelpunkte und Bindestriche gekennzeichnet), kann aufschlußreich sein. Nach Klemperer verwundert die geringe Anzahl von Ausrufungszeichen in einem NS-Text nicht, da dieser derart gefüllt mit Emphasen sei, daß solche Betonungen sich häufig erübrigten (Klemperer, 1996, S. 96).

Verben und Adjektive

Bei einer Sprachanalyse kann es besonders aufschlußreich sein, die Anzahl von Verben und Adjektiven im Text festzustellen, z.B., um eine Aussage über die Lebendigkeit eines Textes treffen zu können. Insofern ist es wichtig, Verben und Adjektive auf die Assoziationen hin zu betrachten, die sie hervorrufen.

Viele Adjektivattribute neigen zur idiomatischen Verfestigung (*überwältigende Mehrheit*). Nach Volmert sind für diese Erstarrungen im Wortschatz vor allem die hohen

Gebrauchsfrequenzen verantwortlich, die der nationalsozialistische Redner dadurch zu kompensieren versucht, daß er noch mehr attributive Glieder gebraucht (*national-sozialistische Bewegung* oder *jüdisch-marxistische Hetze*) (1995, S. 142f.).

Für Hitlers Rhetorik sind außerdem Sekundär-Attribute in Form von absoluten Superlativen (*unerhört, gewaltig, einzigartig* etc.) charakteristisch.

Da für einen national-sozialistischen Redner auch politisches Reden ein Überzeugungs- und Verdrängungskampf ist, sind Modifikatoren (*meiner Auffassung nach*) praktisch nicht existent (Vollmert, 1995, S. 148).

Kennzeichnend für NS-Reden bzw. NS-Medientexte sind darüberhinaus Partizipialphrasen a) in Initialstellung z.B. *heiß durchdrungen von der Überzeugung* und b) als Attributsphrase im Vorfeld eines Hauptwortes, z.B. es handelt sich hierbei um eine *mit uns nichts zu tun habende Rasse*) (Vollmert, 1995, S. 148 f.) und Genitivattributsketten (*die wilde Entschlossenheit der liebenden Frau des treuesten Soldaten der kleinsten Stadt des Kreises...*).

Phraseologismen

Ein Phraseologismus bzw. ein Idiom ist eine feste, nicht auflösbare Wortverbindung mit fest umschriebener Bedeutung (z.B. *Blut und Wasser schwitzen*).

Archaismen und Neologismen

Zeitlich gliedert sich der Wortschatz grob in Neologismen und Archaismen.

Neologismen sind Neuerungen im Wortschatz, sie beginnen oft mit Veränderungen üblicher Verwendungsregeln für ein Wort bzw. entstehen bei dem Bedarf nach der Bezeichnung einer neuen Sache oder sind Modewörter etc. (s. auch Bedeutungswandel unter 2.6). Eine Neubildung wird allerdings erst dann zum Neologismus, wenn sie das gesamte Sprachsystem betrifft, die okkasionelle Neubildung eines Dichters ist z.B. keiner. Beliebte Nazi-Neologismen waren u.a. Bildungen auf -tum (Deutschtum) oder nominalisierte Partizipien (Kulturschaffende).

Archaismen sind Bezeichnungen, die sich überholt haben (*Fernsprechapparat* statt *Telephon*), Historismen als Unterform der Archaismen existieren im heutigen Wortschatz nur noch peripher zur Bezeichnung von Dingen, die nicht mehr aktuell sind (*Brückenzoll*).

Archaismen werden als Stilmittel zur Schaffung von Zeitkolorit und Feierlichkeit oder als Indizfunktion (bei älteren Menschen) eingesetzt. *Germanen* und *Herold* (für *Deutsche* bzw. *Arier* und für *Held* [ursprünglich: Meldereiter]) sind Beispiele für Archaismen im Dritten Reich.

Bedeutungswandel

Klemperer stellte in seinen Betrachtungen zur LTI fest, daß die nazistische Sprache Wortwerte änderte (1996, S. 27). So wurde z.B. aus dem mit negativen Konnotationen besetzten Wort *fanatisch* im Nazi-Sprachgebrauch schnell ein Wort, mit dem man positive Assoziationen verband (Klemperer, 1996, S. 77 ff.). Simon untersuchte fünf Auflagen des Dudens von 1915 bis 1947 bezüglich der Auswirkungen der Nazi-Zeit auf die deutsche Sprache und kam dabei einerseits zu dem Schluß, daß sich der Sprachgebrauch der Nationalsozialisten schon lange vor ihrem Machtantritt herausgebildet hatte und andererseits stellte er fest, daß die Veränderung der Sprache seitens des Nazi-Regimes sich vorwiegend auf die Neubewertung bereits vorhandenen Sprachmaterials bezog (Simon, 1995, S. 111 f.).

Unter dem Begriff Bedeutungswandel versteht man die „Veränderung der Bedeutung von sprachlichen Ausdrücken unter historischem Aspekt“ (Bußmann, 1990, S. 126). Ursachen sind die Veränderung des bezeichneten Gegenstands, Tendenzen zum bildhaften Ausdruck und zu Euphemismen sowie der Bedarf an stärkeren Ausdrücken (s. Übertreibung und Untertreibung).

Der Bedeutungswandel wird unterschieden nach:

a) Bedeutungsverengung:

Der Verwendungskontext wird eingeschränkt (das Wort *hōchgezēte* bezeichnete im Mittelalter nicht nur eine Hochzeit, sondern allgemein eine Feier).

b) Bedeutungserweiterung:

Hier handelt es sich um eine Generalisierung des Bedeutungsumfangs (das mittelhochdeutsche Wort *frouwe*, aus dem das neuhochdeutsche Wort *Frau* entstand, bezeichnete ausschließlich eine Frau von Adel).

c) Bedeutungsübertragung:

Sie ist das Ergebnis metaphorischer Verwendung von Ausdrücken und Bedeutungsverschiebungen (=Metonymien) (s. auch Bildlichkeit).

d) Bedeutungsveränderung durch Veränderung der außersprachlichen Wirklichkeit

Beispielsweise wird heute das Licht nicht mehr *gelöscht*, sondern *ausgeschaltet*.

e) Bedeutungsverschlechterung (konnotative Abwertung)

Ein Wort erfährt eine Veränderung der sozialen Bewertung ins Negative (das lateinische Wort *potio* stand für *Trank*, das heutige englische bzw. französische Wort *poison* steht für *Gift*).

f) Bedeutungsverbesserung (konnotative Aufwertung)

Ein Wort erfährt eine Veränderung der sozialen Bewertung ins Positive (der Begriff *Marschall* bezeichnete ursprünglich lediglich einen *Pferdeknecht*, nicht jedoch einen hohen militärischen Rang).

Beim Bedeutungswandel ist die Wertverminderung wesentlich häufiger als die Werterhöhung eines Ausdrucks.

g) Bedeutungsentlehnung

Sie entsteht durch Sprachkontakt und ist die Übernahme einer Wortbedeutung aus einer anderen Sprache (das Wort *realisieren* hatte im Deutschen ursprünglich nur die Bedeutung *verwirklichen*, inzwischen ist die Bedeutung des *Einsehens* hinzugekommen).

Worte, die eine Veränderung ihrer Bedeutung erfahren haben, sind nicht mit Neologismen und Archaismen gleichzusetzen, da oft nur Teile ihrer Bedeutung von Änderungen betroffen sind.

Antonymie

Antonyme sind Worte mit gegensätzlichem Wortsinn und haben Polaritätsbeziehungen. Man unterscheidet kontradiktorische, also nicht abstufbare Antonyme, die sich gegenseitig ausschließen (*ledig* – *verheiratet*) und konträre bzw. abstufbare Antonyme (*groß* – *klein*) (Schwarz/Chur, 1993, S. 217).

Bildlichkeit

Damit sind Bedeutungsübertragungen wie bei Metaphern und Metonymien, Vergleiche, Personifikationen und sonstige sprachliche Bilder gemeint. Eine Metapher ist eine Bedeutungsübertragung, die auf einer Ähnlichkeitsbeziehung zwischen zwei Gegenständen beruht (z.B.: *Zylinderkopf*), dasselbe trifft auf die Metonymie, jedoch in engerem Maße, zu. Hier wird ein Teil für das Ganze gesetzt (z.B.: *Der Kreml ließ verlauten* anstelle von *Die Regierung der GUS ließ verlauten*). Aus einer Metapher wird durch das Hinzufügen des Wortes „wie“ ein Vergleich, eine Personifikation ist ein bildlicher Ausdruck, mit dem Gegenständen Menschlichkeit unterstellt wird. Personifikation und Metapher treffen sich etwa in dem Ausdruck *der Himmel weint* für *es regnet*.

Auch Assoziationen fallen im weitesten Sinne in den Bereich der Bildlichkeit.

Biologisch-pathologische Metaphorik und natursymbolische Diktion

Die Pathologie ist die Wissenschaft von Krankheiten im organisch-anatomischen Bereich. Auf sie beziehen sich bildliche sprachliche Übertragungen mit biologischem Touch wie z.B. der Begriff *Parasitenvolk*. Jäger spricht gar von einem organizistischen Weltbild und nennt Beispiele wie den Ausdruck *Metastasen* in bezug auf die vermeintlich von Nichtariern unterwanderte Gesellschaft (1995, S. 299).

Von natursymbolischer Diktion spricht Jäger, wo Wörter wie *Morast*, *Wüste* oder *Sturm* in nationalsozialistischem Kontext zu finden sind (1995, S. 299).

Imperativische Satzkonstrukte

Sätze oder Teilsätze können auf verschiedene Weise imperativisch durchtränkt werden: Wenn jemand etwas tun *muß* oder *zu tun hat*, so ist eine eindeutige Identifikation dieser Formulierung als Befehlsform gegeben. Wird ein *Nicht-dürfen* formuliert, so ist die Befehlsform zwar noch vorhanden, aber abgeschwächt und wirkt nicht mehr so aggressiv wie das Müssen, doch auch, wenn eine Handlung *absolut geboten* ist, kann von einer imperativischen Prägung des Satzes, jedoch auf subtilere Weise, gesprochen werden, weil der Imperativ hier wie eine Empfehlung dargestellt wird.

Entlehnungen aus dem militärischen Sprachgebrauch

Gelegentlich lassen sich typisch militärische Vokabeln wie *sichern*, *angreifen* oder *verteidigen* in zivilen Texten finden, wo sie zur Verstärkung der Überzeugungskraft eines Textes eingesetzt werden.

Kapitel 2.3.7.3

Anlehnungen an religiösen Sprachgebrauch

Obwohl man sich zwischen 1933 und 1945 nicht nur vom Christentum und von Religiosität im allgemeinen distanzierte, sondern sie regelrecht verteufelte, übernahm man in sprachlicher Hinsicht sehr viel aus dem religiösen Bereich, besonders dem Katholizismus (Klemperer, 1996, S. 142). So spricht Volmert von „rituellem Geschehen“, wenn Nazi-Reden gehalten wurden (1995, S. 138) und Jäger erkennt ein „religiös-mythologisches Vokabular“, bei Neuen Radikalen Rechten bemerkt er gar ein „...messianisches Verkünden einer neurechten Heilslehre“ (1995, S. 296 und S. 300 f.). Das überrascht nicht, wenn man sich klar macht, wieviel Fanatismus mit Glauben zu tun hat. Der fanatische Glauben vieler seiner Mitmenschen an Adolf Hitler begegnet Klemperer immer wieder in dem Satz „Ich glaube an ihn“ (Klemperer, 1996, S. 138 ff.).

Bei der Verehrung Adolf Hitlers handelte es sich in großen Teilen um eine kultische Inszenierung. So nannte sich schon das Land, das von ihm regiert wurde, das *Dritte Reich*. Dieser Ausdruck hat etwas Transzendentes: Das christliche Jenseits ist als *Himmelreich* bekannt, im *Vater Unser* heißt es „Dein Reich komme“. Gesteigert wird diese sprachlich verursachte Perversion von Religiosität in dem Begriff *Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation* (Klemperer, 1996, S.150). Auch die Tatsache, daß das erste und das zweite Reich gescheitert sind und man sich nunmehr im dritten und ewigen Reich befand (Klemperer, 1996, S. 143), erinnert an christliches Empfinden.

Klemperer, der von den Nazis verfolgte Wissenschaftler, schreibt von einem grausamen Witz, in dem es heißt, man habe Himmlers Opfern nachgesagt, „...er habe sie eingehen lassen in sein Himmlersches Reich“ (1996, S. 149).

Es gibt noch mehr Anzeichen kultischer Verehrung. Beispielsweise galt bzw. gilt in manchen Kreisen noch heute Hitlers Buch „Mein Kampf“ als ‚Bibel‘ des Nationalsozialismus (Klemperer, 1996, S. 37). Die nazistischen Redner machten sich diese religiöse Sprache gern zunutze, allen voran Adolf Hitler, der am Heldengedenktag 1940 „demütig auf die Gnade der Vorsehung“ hoffte (Klemperer, 1996, S. 144). Ein weiteres Vergottungsbeispiel gab Hermann Göring im Juli 1934 in einer Rede vor dem Berliner Rathaus, als er, eine katholische Gebetsformel¹¹ imitierend, sagte: „Wir alle, vom einfachsten SA-Mann bis zum Ministerpräsidenten, sind von Adolf Hitler und durch Adolf Hitler“ (Klemperer, 1996, S. 147). Ferner sagte Goebbels in seiner Glückwunschede zum Geburtstag Hitlers am 20. April 1941, kurze Zeit vor dem Überfall Deutschlands auf Rußland: „Wir brauchen nicht zu wissen, was der Führer tun will – wir glauben an ihn“ (Klemperer, 1996, S. 147). Darüberhinaus sprach Hitler bezeichnenderweise von sich selbst nicht als Staatschef oder Regierungsoberhaupt etc., sondern als *Führer*.

Diese Alibi-Religiösität manifestiert sich jedoch nicht nur in einzelnen christlichen Wendungen, sondern sie ist schon am Stil der gehaltenen Reden zu erkennen, die häufig predigtartig und immer enthusiastisch waren, was Klemperer auch bei einer Rede Mussolinis beobachtete: Er bemerkt einen „...leidenschaftlich predigenden, ritualen, kirchlichen Tonfall...“ (Klemperer, 1996, S. 69).

Diese Erkenntnisse unterstützen nachdrücklich eine von Klemperers wichtigsten Aussagen:

„Die LTI dient einzig der Beschwörung.“ (Klemperer, 1996, S. 36)

¹¹ Es heißt in der katholischen Messe nach der Wandlung: „Durch ihn, mit ihm und in ihm sei Dir, Gott Vater, in Einigkeit mit dem heiligen Geist alle Ehre und Herrlichkeit, von Ewigkeit zu Ewigkeit.“

Kapitel 2.3.7.4

Andere für die Analyse relevante linguistische Mittel

Neben den von Klemperer als für die LTI typisch beschriebenen sprachlichen Mittel könnte die Untersuchung von Medientexten auch unter folgenden linguistischen Aspekten ergiebig sein:

Schlagwörter

Da ein Wort erst dann, wenn es öffentlich gebraucht wird und sich an eine Masse von Rezipienten richtet, zum Schlagwort werden kann, setzt es die Existenz einer öffentlichen politischen Rede voraus. Es ist ein hörer- bzw. leserorientiertes Mittel emotiven Sprachgebrauchs und dient der Beeinflussung der öffentlichen Meinung (Dieckmann, 1980, S. 61). Um eine möglichst breite Masse mit einem Schlagwort ansprechen zu können, muß das betreffende Wort einen Mangel an inhaltlicher Präzision aufweisen. Ein im allgemeinen nicht klar umrissenes Schlagwort im Bundestagswahlkampf 1998 war beispielsweise die *Steuerreform*: Alle Parteien versuchten es sich zunutze zu machen und sich gegenseitig damit auszuspielen; um es sich aber weder mit den sog. Besserverdienenden noch mit anderen Bevölkerungsgruppen zu verderben, bemühte man sich, mit den jeweiligen Plänen zu einer Steuerreform nicht bis ins letzte Detail an die Öffentlichkeit zu gehen. Bevorzugt wurde dem Wähler präsentiert, was er hören wollte: Die Parteien versuchten sich gegenseitig mit einem weiteren Schlagwort, der *Nettoentlastung*, zu übertrumpfen.

Wortfelder und Wortfamilien

Ein Wortfeld umfaßt eine Reihe von inhaltlich ähnlichen Wörter mit gemeinsamem Bezugsbereich (Wortfeld *kochen*: *kochen, backen, braten, siedern, dünsten* etc.), während unter einer Wortfamilie eine Menge von Wörtern mit gleichem Wortstamm (*fahren, Fahrt, Fahrer, Fuhre, Nachfahren, Führer* etc.) verstanden wird.

Satzstruktur

Ob ein Text vorrangig aus der Aneinanderreihung von Hauptsätzen (parataktischer Stil) oder aber im wesentlichen aus einer Folge von Nebensätzen (hypotaktischer Stil) besteht, kann einiges darüber aussagen, an wen dieser Text adressiert ist (s. auch Kap. 3.5).

Textsorten

Textsorten bezeichnen unterschiedliche Klassen von Texten, die sich durch verschiedene charakteristische Merkmale voneinander unterscheiden. Unterschiedliche Textsorten werden je nach Kommunikationssituation und –absicht angewandt, z.B.: Predigt, Nachrichtenartikel, Fahrplan, Kochrezept, Interview, Geschäftsbrief, Witz etc. Unterschiedliche Textsorten eignen sich mehr oder weniger für bestimmte Kommunikationsabsichten, z.B. wird ein Gläubiger erwarten, daß ihm Inhalte seines Glaubens in Form eines Artikels, eines Interviews oder einer Predigt vermittelt werden, nicht aber in Form eines Kochrezeptes. Will jemand der von ihm gesendeten Kommunikationsbotschaft den Eindruck besonderer Sachlichkeit verleihen, so wird er sich vermutlich eher der Form eines Nachrichtenartikels oder eines Geschäftsbriefes bedienen als der Textsorte des Witzes.

Kapitel 3

Analyse von Medientexten im Hinblick auf rechtsradikale Inhalte

Da Ideologiebildungsprozesse bei der Ausbildung von Weltbildern, politischen Identitäten und Überzeugungen vom politikwissenschaftlichen Standpunkt aus allein nicht erschöpfend betrachtet werden können (vgl. Kap. 1), werden im folgenden interpretative Erläuterungen zu Inhalten von rechtsradikalen Medientexten kombiniert mit der Betrachtung der sprachlichen Umsetzung dieser Inhalte. Das in den Medientexten dargestellte Weltbild, die Absichten und Ziele des Herausgebers, der verfolgte Zweck der Texte im Hinblick auf seine Adressaten und die Stellung der Texte zueinander bzw. ihr Zusammenspiel werden in diesem Kapitel eingehend betrachtet. Die Untersuchung linguistischer Aspekte der Medientexte erfolgt, weil die Mittel der sprachlichen Umsetzung rechtsradikaler Ideen gewissermaßen als Werkzeug zur Gestaltung bzw. als Transportmittel von rechtsradikaler Ideologie zu begreifen sind.

Kapitel 3.1

Parteiprogramme

Zunächst werden Inhaltsanalysen der Parteiprogramme auf der Basis der unter Kap. 2.2.3 erläuterten Methodik und deren Einordnung in den Gesamtkontext vorgenommen. Die Analyse aller Medientexte unter multidisziplinären Gesichtspunkten (Kap. 2.3) erfolgt im Anschluß.

Kapitel .3.1.1.1

Politikwissenschaftliche Analysen

Die politikwissenschaftlichen Analysen eignen sich hervorragend zur Untersuchung von Parteiprogrammen, jedoch nur zum Teil zur Erfassung anderer Medientexte. Daher werden die Parteiperiodika und sonstigen Medientexte in Kap. 3.2 und 3.3 multidisziplinär betrachtet. Als Exkurs ist den politikwissenschaftlichen Analysen eine Betrachtung des *Hundert-Tage-*

Programms zur Machtübernahme der *nationalen Notstandsregierung in Deutschland* hinzugefügt (Kap. 3.1.1.3). Das Programm wird als Beispiel dafür aufgenommen, daß neuheidnische Glaubensgruppen und die Neue Radikale Rechte sehr ähnliche Inhalte und Ziele vertreten. Eine ausführliche Sprachanalyse findet sich im Exkurs nicht, da neuheidnische Phänomene in der Arbeit nur randlich betrachtet werden.

Kapitel 3.1.1.1

Defizitanalyse

Im Parteiprogramm der REPUBLIKANER von 1987 war noch die Aussage zu lesen:

Die Republikaner als eine deutsche Partei setzen sich für das Lebensrecht und die Menschenrechte aller Deutschen im Sinne des Grundgesetzes ein ...” (D 9, S. 1)

Menschenrechte sollten, zumindest innerhalb Deutschlands (=Bezugsbereich des Programmes) also nur für deutsche Staatsangehörige gelten. Diese krasse Einschränkung existierte im folgenden Parteiprogramm von 1990 (D 9) schon nicht mehr und ist auch nicht Bestandteil des jetzigen Programmes der REPUBLIKANER, hier will man vielmehr ohne Einschränkung „Für die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte“ eintreten (D 7, Kap. 1, S. 5).

Im Parteiprogramm der DVU werden ähnliche Vorstellungen geäußert. Ohne den Begriff *Bürger* zu definieren, wird dort erklärt:

„Die Unantastbarkeit der Rechte jedes einzelnen Bürgers, die Beachtung seiner Menschenwürde und die Respektierung seiner Grundrechte sind der unbedingte Kern freiheitlicher Rechtsstaatlichkeit“ (D 5, Punkt 6, S. 1),

für die die DVU in der Präambel ihres Programmes eintritt (D 5, S. 1). Der Inhalt dieser Aussage wird umso klarer, wenn ein Wörterbuch zur Begriffsklärung herangezogen wird. Demnach ist ein *Bürger* „jeder freie, gesellschaftlich und politisch vollberechtigter Einwohner eines Staates (>Staatsangehörigkeit) ...“ (Schmidt, 1995, S. 178). Auch die DVU schränkt den Geltungsbereich von Menschenrechten also auf deutsche Staatsbürger ein.

Die NPD hält sich in ihrem Parteiprogramm mit Identifikationen mit dem Grundgesetz sehr bedeckt. Im Gegensatz zu den Programmen der DVU und der REPUBLIKANER ist an keiner Stelle eine Hinwendung zu freiheitlich demokratischen Werten explizit ausgesprochen worden. Lediglich vor dem Hintergrund eines Bekenntnisses zum Antiegalitarismus, also der Abwehr der Idee von der Gleichheit der Menschen, wird bemerkt:

„Gleich sind die Menschen [lediglich; Anm. d. Verf.] vor dem Gesetz und in der Unantastbarkeit ihrer Würde“ (D 3, Punkt 13, S. 7)

Da das Programm sich kaum mit dem Grundgesetz und damit mit den Menschenrechten auseinandersetzt, sich vielmehr in der Präambel von diesen Werten distanziert (Kap. 3.2.2), ist eine Wertung dieser Aussage an dieser Stelle noch schwierig.

Bezüglich der Gleichberechtigung der Frau bewegen sich die Programme der DVU und der NPD in einem schwer festzulegenden Raum zwischen den Zeilen. Beide Parteien bekennen sich zur Gleichberechtigung (D 5, Punkt 4, S. 2; D 3, Punkt 2, S. 1), erschweren aber die Glaubhaftigkeit dieser Aussage mit detaillierteren Ausführungen zum Thema. So soll bei der DVU die *Gleichberechtigung der Frau* vorrangig in den „... unersetzlichen Leistungen der Frau als Mutter anerkannt werden“ (D 5, Punkt 4, S. 2); das NPD-Parteiprogramm erläutert in einer wenig umfangreichen Ausführung zum Thema (bestehend aus 37 Wörtern), welche die Bedeutung dieses Programmpunktes erahnen läßt, daß man dort unter *Gleichberechtigung* einen Ausbau der häuslichen Tätigkeiten von Frauen versteht:

„Die Leistung der Hausfrau und Mutter ist mit keiner Arbeitsleistung anderer Berufe zu vergleichen. Ihr gebührt ein nach Anzahl der Kinder gestaffeltes Hausfrauen- und Müttergehalt, das ihrer vielseitigen Tätigkeit und Verantwortung entspricht. Sie sollte nicht aus finanziellen Gründen außerhäuslich arbeiten müssen ...“ (D 3, Punkt 2, S. 2)

Die Forderung nach einem Hausfrauengehalt erscheint zwar modern (wenn auch wirtschaftlich naiv), dennoch stimmt es bedenklich, daß die Möglichkeit, daß Frauen nicht vorrangig Hausfrauen und Mütter sein wollen oder gar außerhäuslich arbeiten *wollen*, im Programm der NPD nicht aufgegriffen wird. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Partei von einem einheitlichen Berufswunsch der Frauen ausgeht, nämlich Hausfrauen und Mütter zu werden, wirkt befremdlich.

Kapitel 3.1.1.2

Vergleich mit dem Programm der NSDAP

Alle drei hier untersuchten Parteiprogramme weisen frappierende Gemeinsamkeiten mit den Inhalten des NSDAP-Parteiprogrammes von 1920 (D 8) auf. Im folgenden werden diese Ähnlichkeiten nach dem in Kap. 2.2.3.4 dargestellten Analyseleitfaden aufgezeigt.

Bezüglich der von der NSDAP angestrebten *Homogenität*, hier also dem Ausschluß von Personen jüdischen Glaubens aus der Volksgemeinschaft, ist festzuhalten, daß in der Entwicklung vom nazistischen zum rechtsradikalen Denken eine Verlagerung des Feindbildes von Juden zu Ausländern stattgefunden hat (Kap 1.1.1.2.1). Vor diesem Hintergrund wird die geistige Verwandtschaft der folgenden Textstelle aus dem Parteiprogramm der NPD mit dem Nazi-Programm offenkundig:

„Nationaldemokraten lehnen die jede Gemeinschaft gefährdende ‚Selbstverwirklichung‘ und den mit ihr einher gehenden schrankenlosen Egoismus ab“ (D 3, Punkt 2, S. 1).

Im Vergleich mit dem zweiten Analysestichwort *Kollektiv* – zur Nazi-Zeit galt: „Gemeinnutz vor Eigennutz“ (D 8, Punkt, 24) – wird dieses Zitat durch eine weitere Aussage des NPD-Programmes noch deutlicher:

„Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus. Politische Organisationsformen müssen so geordnet sein, daß sie handlungsfähige Organe ermöglichen, die in Übereinstimmung mit den Grundzielen des Volkes handeln. Der Staat hat dabei über den Egoismen einzelner Gruppen zu stehen und die Gesamtverantwortung wahrzunehmen“ (D 3, Punkt 3, S. 2).

Carl Schmitts Vorstellungen – wie sie ihren Ausdruck im NSDAP-Parteiprogramm fanden – wonach nur ein homogener Staat handlungs- und damit überlebensfähig ist (Kap. 2.2.2.4), kommen auch in den Ideen der NPD klar zu Tage.

Die Vorstellungen von der Schaffung von *Lebensraum* für das deutsche Volk äußern sich bei den rechtsradikalen Parteien in der Forderung nach der Rückführung der *abgetrennten* „... deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße ...“ (DVU; D 5, Punkt 2, S. 2); die NPD fordert „... die Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzanerkennungsverträge“ (D 3, Punkt 10, S. 5); die REPUBLIKANER sprechen von einer *Ausklammerung Ostdeutschlands bei der*

Wiedervereinigung (D 7, Kap. 1, S. 9), die neuen Bundesländer sind für sie *Mitteldeutschland* (D 7, Kap. 8, S. 56). Zur plastischen Darstellung von „Deutschlands völkerrechtliche[r] Lage“ (D 9, S. 58) boten sie in ihrem Programm von 1990 eine Landkarte mit dazugehörigen Erläuterungen (Anhang IIa) an, in welchen sie sich u.a. über österreichisches Gesetz ignorant hinwegsetzten und schrieben:

„Laut österreichischem Staatsvertrag vom 15.5.1955 besteht zwischen Deutschland und Österreich Anschlußverbot. Diese Regelung gab es schon nach dem Ersten Weltkrieg“ (D 9, S. 59).

Die REPUBLIKANER vermitteln hier den Eindruck, Papier sei geduldig und daher sei ein Anschluß durchaus machbar, schließlich habe er schon einmal erfolgreich stattgefunden.

Die NSDAP-Forderung nach dem *Schutz des Mittelstandes* als typischem Inhaltspunkt ihres Programmes und ihrer Ideologie findet sich auch bei allen heutigen rechtskonservativen Parteien. Der programmatische Schwerpunkt der Forderung nach der Erhaltung und Förderung und sogar Bevorzugung *eines gesunden Mittelstandes* (D 8, Punkt 16) findet sich auch bei der DVU (D 5, Punkt 9, S. 3), den REPUBLIKANERN (D 7, Kap. 8, S. 49) und der NPD (D 3, Punkt 4, S. 3), wobei letztere darüberhinaus auch mit der NSDAP-Forderung nach einer „... Gewinnbeteiligung an Großbetrieben“ (D 8, Punkt 14) übereinstimmt:

„Die Arbeitnehmer sind am Produktivvermögen zu beteiligen“ (D 3, Punkt 5, S. 3)

Eine ähnliche Äußerung findet sich im Parteiprogramm der REPUBLIKANER:

„Es war ein historischer Fehler, daß der deutsche Arbeitnehmer nicht vom Anfang des Wiederaufbaus an am Produktivkapital beteiligt wurde.“ (D 7, Kap. 9, S. 60)

Beim Stichwort *Soziale Absicherung der deutschen (!) Bevölkerung* weisen ebenfalls alle drei untersuchten Parteiprogramme eine große Nähe zur Programmatik der NSDAP auf. Die REPUBLIKANER machen deutlich, daß sie sich dem Sozialstaat verpflichtet fühlen und grenzen Ausländer zwar zunächst nicht von den Leistungen aus, machen aber insgesamt sehr deutlich: „Solidarität kann es aber nicht mit allem und jedem geben“ (D 7, Kap. 9, S. 59). Angesichts der Feststellung, „... daß inzwischen etwa ein Drittel der Sozialhilfe zum Lebensunterhalt für Asylbewerber und Asylanten aufgebracht wird ...“ (D 7, Kap. 9, S. 63) fordert die Partei dann doch:

„Zusätzliche soziale Leistungen¹, Wohngeld, Jugendhilfe und andere Fürsorgeleistungen darf künftig ausschließlich hilfsbedürftigen Deutschen und EU-Bürgern zugute kommen“ (D 7, Kap. 9, S. 63).

Die DVU befürwortet „... soziale[n] Sicherheit für die deutsche Arbeitnehmerschaft“ und damit lediglich für eine bestimmte Personengruppe (D 5, Punkt 5, S. 2).

Im Parteiprogramm der NPD wird unter der Überschrift „Sozialpolitik als nationale Solidarität“ unmißverständlich festgestellt:

„Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern. Asylanten dürfen keinen einklagbaren Anspruch auf deutsche Sozialleistungen besitzen“ (D 3, Punkt 7, S. 4)

In Anbetracht der Tatsache, daß auch soziale Hilfeleistungen eine Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Würde eines Menschen darstellen, relativiert sich die Glaubhaftigkeit der zuvor herausgestellten Bekenntnisse der rechtsradikalen Parteien zur Würde des Menschen bzw. zu den Menschenrechten an sich.

Zum Thema *Bildungswesen* war im NSDAP-Programm nachzulesen, daß das Erfassen des nationalsozialistischen Staatsgedankens bereits mit dem Staatsbürgerkundeunterricht in der Schule beginnen müsse (D 8, Punkt 20). Laut der DVU gilt es, der *einseitigen Vergangenheitsbewältigung* (D 5, Punkt 3, S. 2) ein Ende zu setzen und Kinder und Jugendliche zu *Mut* sowie zur „... Liebe zur Heimat und zum deutschen Volk“ zu erziehen (D 5, Punkt 10, S. 3). *Anzustrebende Bildungsziele* seien aber auch „... Achtung vor der Würde des Menschen und vor religiöser Überzeugung (...) Geist der Demokratie und der Völkerverständigung ...“ (D 5, Punkt 10, S. 3). Auch die REPUBLIKANER „... lehnen grundsätzlich eine Stigmatisierung und Kriminalisierung der gesamten deutschen Geschichte ab“ (D 7, Präambel, S. 3) und die NPD fordert ebenfalls, in allen Konsequenzen und in revisionistischer Tradition, also auch und gerade bzgl. der Erziehung und Bildung, „Eine Ende der einseitigen Vergangenheitsbewältigung“ (D 3, Punkt 11, S. 6).

Eine *Forderung nach Einfluß auf die Medien / Medienkontrolle* zur Abwertung der Ideen anderer und der besseren Durchsetzung eigener Ideen findet sich nicht nur im NSDAP-Programm, sondern auch bei den REPUBLIKANERN und der DVU. Die REPUBLIKANER verlangen unter dem Deckmantel des Jugendschutzes und des Kampfes gegen Gewalt und Pornographie „Eine

¹ Diese zusätzlichen sozialen Leistungen werden nicht näher definiert.

wirksame Medienkontrolle der privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbieter ...“ und sprechen sich gegen eine *Medieneinheitsgewerkschaft* aus, die ihren Einfluß auf die Medien noch stärker zurückdrängen könnte (D 7, Punkt 13, S. 77 ff.). Als eine von den bekanntlich kaum gesendeten rechtsextremen Kleinparteien wollen sie nicht, daß die großen Regierungsparteien ihnen gegenüber Sendevorteile haben und so, gerade vor Wahlen, viele Menschen ansprechen können:

„Zur Verhinderung der politischen Schleichwerbung sollen Politiker in den drei Monaten vor einer Wahl in Unterhaltungssendungen nicht mehr auftreten“ (D 7, Punkt 13, S. 78).

Die REPUBLIKANER werden deutlicher:

„Presse, Rundfunk und Fernsehen dürfen nicht zum Spielfeld einseitiger, ideologischer Beeinflussung werden“ (D 7, Punkt 13, S. 78),

wobei *einseitig* ein Schlüsselbegriff ist, denn die Partei möchte entweder im gleichen (oder gar höheren) Maße ideologisch beeinflussen können wie die Regierungsparteien oder sonst ganz auf ideologische Beeinflussung verzichten, da sie derzeit gegen die Altparteien nicht bestehen kann. Die NSDAP forderte den „... Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse ...“ (D 8, Punkt 23); die REPUBLIKANER wollen „... die unwahre und manipulierte Berichterstattung ...“ in der heutigen Medienlandschaft *verhindern* (D 7, Punkt 13, S. 78).

Die NSDAP verlangte außerdem „... den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literatur-Richtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt ...“ (D 8, Punkt 23); ganz ähnlich mutet die Einstellung der DVU an:

„Das vom deutschen Gebührenzahler² finanzierte Programm im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen, aber auch das der privaten Anbieter, hat sich an den Werten des Grundgesetzes auszurichten. Es ist nicht einzusehen und untragbar, daß im deutschen Rundfunk und Fernsehen unseren Staat diskriminierende Belange mit großer Leidenschaft vertreten werden, die Rechte der eigenen Nation aber, z.B. Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen oder gar bekämpft werden. Auch haben alle Sendungen auf das sittliche moralische Empfinden der Mehrheit der Bürger³ Rücksicht zu nehmen. Fremde Einflüsse auf unsere Kultur müssen auf ein vernünftiges Maß⁴ beschränkt werden. Deutsche Künstler sind leistungsentsprechend zu fördern.

² Hier sitzt die DVU einem Denkfehler auf: GEZ-Gebühren nehmen keinerlei Rücksicht auf Staatsangehörigkeiten.

³ Das Wissen hiervon nimmt die DVU zwar implizit für sich in Anspruch, definiert aber die Inhalte dieses Empfindens nicht.

⁴ Auch dieses Maß wird von der DVU nicht definiert.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß alle drei Parteien nachdrückliche und umfangreiche Ähnlichkeiten mit dem Parteiprogramm der NSDAP von 1920 aufweisen.

Kapitel 3.1.1.3

Exkurs: Zum Hundert-Tage-Programm der nationalen Notstandsregierung in Deutschland

Im Jahr 2000 wurde der Mobilen Aufklärung Extremismus (MAEX, Neubrandenburg) die *Reichsverfassung* bekannt, welche eine Zeit lang per Fax von Interessenten zu beziehen war. Diese *Reichsverfassung* wurde in der *Nordischen Zukunft*, einem Organ der neuheidnischen Organisation Nordischer Ring e.V., mit der Bitte um Kritik publiziert. Ihr Inhalt ist als Entwurf eines Schlachtplanes zur Erlangung der Hegemonie in Deutschland, zunächst der kulturellen Hegemonie zu verstehen. Hierin sind sich die Programme der im folgenden untersuchten Parteien und diese Reichsverfassung aus dem neuheidnischen Lager ähnlich. Aufgrund der Tatsache, daß an diesem Hundert-Tage-Programm (=Reichsverfassung) das den einzelnen rechtsradikalen Lagern gemeine und übergeordnete, gemeinschaftlich angestrebte Ziel der Hegemonie so deutlich wird und das Programm außerdem durch seine Klarheit besticht, wird es als ergänzende Information in Form eines Exkurses in diese Arbeit aufgenommen.

Die Reichsverfassung besteht aus mehreren Teilen, die aufeinander aufbauen und Gegenstand von rechtsradikalen Schulungen gewesen sind (Rf 51): Einleitend wird ein heidnisch-revisionistisches Geschichtsbild wiedergegeben, worauf ein „Kurzer Abriß der Rassenkunde“ (Rf 22 – Rf 32) folgt; anhand zweier Karten (Rf 34 u. Rf 36), die das „Mittleuropäische Reich deutscher Nation (Deutsches Reich)“ zeigen, wird deutlich, daß dieses Reich von Königsberg bis Brügge und von Schleswig bis Meran reichen soll, also faktisch die geschichtlichen Grenzen Deutschlands von 1871 angestrebt werden; aufbauend auf dem „ABC der politischen Begriffe“ (Rf 38 – Rf 45) vom in der Szene weithin bekannten Reinhold Oberlerchner erfolgt dann die Darstellung eines Stufenmodells (Rf 46) zur *Machtergreifung*, wobei dieser von Goebbels geprägte Begriff bewußt von Oberlerchner übernommen worden ist (Rf 59); Wie die Machtergreifung durchgeführt werden soll, wird im Hundert-Tage-Programm (Rf 52- Rf 58)

geschildert, auf welches sich dieser Exkurs im folgenden konzentriert. Der ideologische Formungswille des politischen ABC, das dem Hundert-Tage-Programm laut dem Stufenmodell gewissermaßen zur Schaffung einheitlicher ideologischer Voraussetzungen vorangestellt ist, wird in den Erläuterungen der einzelnen Begriffe deutlich. So wird der Begriff Demokratie etwa als *politischer Kapitalismus* erklärt, der *in der späten BRD vorwiegend als ideologisiertes Schlagwort zur Verbergung von Fremd-, Klassen- und Pöbelherrschaft gebraucht* worden sei (Rf 39). Die Erläuterung der Begriffe *Gau* und *Gemeinschaft* erinnert an die kommunale Ordnung Deutschlands zu NS-Zeiten (Rf 40) und transportiert das entsprechende völkische Gedankengut, wenn von *natürlichen Lebenszusammenhängen in Form von Sippen, Gauen, Stämmen und Völkern berichtet* wird. Die Grund- oder Menschenrechte sind für Oberlehrner ein „Ideologem des nomadischen Imperialismus“ und ein „Vorwand weltweiter Interventionen und Razzien [und; Anm. d. Verf.] rechtfertigte[n] als UNO-Menschenrechtspropaganda parasitäre Existenzen im Weltmaßstab“ (Rf 41). Bezeichnend ist auch die Deutung des Schicksals-Begriffes im Ausdruck *Volk* als „prozessierende Einheit von Abstammung, Sprache und Schicksal“ (Rf 45). Das „Stufenmodell“ sieht dieses „ABC der politischen Begriffe“ im Zusammenspiel mit „Schulungen und Training“ sowie „Wortergreifungstaktiken (z.B. Diskussionsbeiträge, Zwischenrufe, spektakuläre Auftritte, Flugblattregen, Beteiligung an Diskussionforen der Gegner, Demos, symbolische Einmärsche/Besetzungen Gespräche mit Schwankenden usw.)“ als Basis für den angestrebten „Volksaufstand“, dem das „100-Tage-Programm folgt, um schließlich in die „Wiedererrichtung des Deutschen Reiches“ zu münden (Rf 51).

Die Notstandsregierung soll in den ersten 100 Tagen nach der Machtergreifung folgende „... Dienste dem deutschen Volke erweisen:

- A) Die Arbeitslosigkeit beseitigen!
- B) Wohnungsnot und Obdachlosigkeit beseitigen!
- C) Das Verkehrschaos aufheben!
- D) Den Rauschgiftkrieg gewinnen!
- E) Das organisierte Verbrechen zerschlagen!
- F) Recht und Staat und Souveränität wiederherstellen!

- G) Natur und Umwelt des deutschen Volkes retten!
- H) Mitteldeutschland planmäßig wiederaufbauen!
- I) Das Sozial- und Gesundheitswesen von Grund auf erneuern!
- J) Die deutsche Kulturkatastrophe aufhalten!“ (Rf 52)

und verfolgt damit insgesamt zehn Ziele, die von einem eine Legislaturperiode sprengenden Umfang sind, innerhalb von 100 Tagen.

Arbeits-, Wohnungs- und Obdachlosigkeit sowie das Verkehrschaos sollen durch die Ausgrenzung ausländischer Mitbürger aus der deutschen Gesellschaft bekämpft werden (z.B. „Ausschluß ausländischer Arbeitnehmer aus der Arbeitslosenversicherung“ und „Kündigung aller von Ausländern belegten Sozialwohnungen“ und „Verbot des Straßentransits für ausländische PKWs und LKWs“) (Rf 52 – Rf 54). Im Unterschied zu anderen, in den folgenden Kapiteln analysierten Medientexten werden der Rauschgifthandel, das organisierte Verbrechen und der Natur- und Umweltschutz allerdings nicht in Verbindung mit der Anwesenheit von Einwanderern gebracht (Rf 54 – Rf 56). Dafür sollen *Recht und Staat und Souveränität* durch die *Kündigungen des Atomwaffensperrvertrages, des 2+4-Vertrages, der Nato-Mitgliedschaft, der UNO-Mitgliedschaft und der Auflösung der EG wiederhergestellt* werden bzw. die „Wiedereinsetzung des Deutschen Reiches“ möglich gemacht werden (Rf 55). Der *Wiederaufbau* der neuen Bundesländer, auch in diesem Dokument bezeichnenderweise *Mitteldeutschland* genannt, soll u.a. durch ein von wenig wirtschaftlichem Verständnis zeugenden *Investitionsverbot der öffentlichen Haushalte in Westdeutschland* durchgeführt werden (Rf 56); die diesbezüglichen Aussagen enthalten keinerlei annähernd als detailliert zu bezeichnende Schilderung der Planungen zur Durchführbarkeit. Ein Minimum an Sachverständnis findet sich in dem gesamten Programm lediglich unter Punkt I, *der Erneuerung von Sozial- und Gesundheitswesen*, wo zumindest die Kenntnis von Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren in der Rentenversicherung gegeben zu sein scheint (Rf 56). Unter Programmpunkt J, „Die deutsche Kulturkatastrophe aufhalten“, zeigt das Programm noch einmal sehr viel Profil bzw. Angriffsfläche. Hier wird neben der „Auflösung kulturschädlicher Massenanstalten wie Gesamtschulen und Gesamthochschulen“ auch eine *Beschränkung von Universitätsbesuchen auf fünf Prozent eines Jahrgangs* verlangt (Rf

57 – Rf 58), was wiederum von wirtschaftlicher Unkenntnis zeugt, wie beispielsweise an der Greencarddebatte im ersten Halbjahr 2000 zu erkennen war, deren publizistisches Umfeld keinen Zweifel daran ließ, daß bereits unter den gegebenen Verhältnissen ein ausgeprägter, nicht nur auf die IT-Branche beschränkter, Akademikermangel existiert: Es kann keine von anderen Volkswirtschaften isolierte ‚Nationalwirtschaft Deutschland‘ im Zeitalter der Globalisierung geben. Vor allem aber wird unter diesem Programmpunkt die ‚Einstellung des kommerziellen Rundfunks‘ gefordert, statt dessen die Einführung *zweier nationaler Programme für deutsche Volks- und Hochkultur* verlangt, und zwar im Rahmen einer Bildungsreform, die die ‚Abwicklung reiner Ideologie-Institute wie jener für Politologie, Soziologie oder Psychoanalyse‘, aber auch die ‚Auswertung, Revision und Neubesetzung ideologisch stark mitgenommener Disziplinen wie Geschichte, Pädagogik oder Literaturwissenschaft‘ an den Universitäten beinhaltet (Rf 58). Insofern hat dieser Programmpunkt letztlich die Schaffung der Basis für ein Propagandainstrumentarium zum Ziel, wie sie in der bisherigen deutschen Geschichte nur ein Pendant hat.

Kapitel 3.1.2

Multidisziplinäre Analysen

In der Konsequenz konzentriert sich auch die Analyse der Parteiprogramme auf die in Schema 3 (Kap. 2.1.2.1) genannten Themen Arbeit/Arbeitslosigkeit, Ausländer/Asylbewerber, Innere Sicherheit und Europa, während andere (z.B. Umweltschutz) nur randlich betrachtet oder ganz außer acht gelassen werden (z.B. Tierschutz), weil sie zur Ergiebigkeit der Forschungsergebnisse nicht oder kaum beitragen.

Wenn man zu den o.g. Themen die Frage nach dem Staatsbild der rechtsradikalen Parteien hinzuzieht, ergibt sich ein guter Blick auf das aus der Summe der Aspekte resultierende Welt- und Menschenbild.

Kapitel 3.1.2.1

Staatsbild

Die Frage nach der Vorstellung von den Aufgaben und Pflichten einer Regierung wurde in den vorliegenden Parteiprogrammen gern mit der inhaltlichen Abgrenzung der Neuen Radikalen Rechten von der Alten Rechten verknüpft. Gleich zweimal grenzt sich die DVU in ihrem nur gut drei DIN A 5 Seiten langen Parteiprogramm in Flugblattoptik explizit von der Alten Rechten ab, indem sie sich nachdrücklich zum Rechtsstaat *bekennt* (D 5, S. 1) und sich durch den Gebrauch dieses Wortes aus dem religiösen Bereich eine besondere Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit anzueignen versucht. Dieser Eindruck wird durch ein kompositives Adjektivattribut fast elativischen Charakters wie *vollinhaltlich* (D 5, S. 1) noch verstärkt. So lautet der überzeugende, einleitende Satz des Programms: „Die DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) bekennt sich vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ...“ (D 5, S. 1) und die „vorgeschriebenen Verfassungsziele“ (D 5, S. 1) werden von der DVU nicht nur vertreten, sondern sind gar „oberstes Gebot“ (D 5, S. 1). Hier wird die Assoziation mit unumstößlichen religiösen Bestimmungen durch den Gebrauch des Superlativs wiederum gestärkt - es handelt sich nicht um irgendein Gebot, sondern um das oberste. Immer wieder erachtet es die DVU in ihrem Parteiprogramm für notwendig, die Identifikation mit demokratischen Werten herauszustellen und so Distanz zur Nazi-Zeit und deren Anhängern zu schaffen. So wird der Ausdruck „freiheitlich-demokratisch“ in dem kurzen Pamphlet insgesamt sechsmal gebraucht. Unter Punkt sechs des Programms heißt es außerdem:

„Die Unantastbarkeit der Rechte jedes einzelnen Bürgers, die Beachtung seiner Menschenwürde und die Respektierung seiner Grundrechte sind der unbedingte Kern freiheitlicher Rechtsstaatlichkeit. Wir wehren uns leidenschaftlich gegen Bestrebungen, den politisch Andersdenkenden zu verteufeln, an die Stelle von Argumentation und Diskussion die Gewaltanwendung zu setzen ...“ (D 5, S. 2-3)

Diese Aussage wird unter Punkt zehn um die Achtung vor der religiösen Überzeugung des Menschen ergänzt (D 5, S. 3). Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung wird also auch inhaltlich mehrfach ausgeführt, woran ein ausgeprägter Wunsch nach Anerkennung der in Kapitel 1 beschriebenen Modernisierung der rechtsradikalen Parteien, hier

der DVU, zu sehen ist. Diese Einstellung wird, wie an dem obigen Zitat ersichtlich ist, in durchdachter und systematischer Form sprachlich umgesetzt, auch und gerade mit den Mitteln bzw. Analyseinstrumenten der LTI, wie im folgenden noch genauer ausgeführt wird. In der zitierten Textstelle werden elativische Adjektivattribute wie *unbedingt* und *leidenschaftlich* und solche, die besonders positive Assoziationen hervorrufen sollen wie *freiheitlich* kombiniert mit Aussagen über den *politisch Andersdenkenden*, die an Aussprüche berühmter und respektierter Personen mit märtyrerhaftem Flair aus der deutschen Geschichte wie hier Rosa Luxemburg erinnern sollen. Dieses Image soll die Identifikation mit der Partei erleichtern. Die DVU macht sich mit solchen Assoziationen das Ansehen dieser geschichtlichen Persönlichkeiten zunutze und untermauert damit ihre vermeintlich freiheitlich-demokratische Grundeinstellung.

Diesem einleitenden und schließlich den Text durchziehenden Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit folgen Erläuterungen zur „Bewahrung der deutschen Identität“, zum „Verzicht auf berechnete deutsche Interessen“ (gemeint ist die „Abtrennung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße“), zur „Gleichberechtigung für Deutschland“ (es wird daran erinnert, „... daß schwere Kriegsverbrechen auch von den Siegermächten begangen wurden“), zur Familienpolitik und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zum wirtschaftlichen Mittelstand, zur „Sicherung der Renten und Sozialleistungen“, zum „Schutz vor Kriminellen“, mit den Themen „Jugend und Bildung“, „Umwelt- und Tierschutz“ sowie der „Chance zur Mitwirkung an der Staatswillensbildung“ in den Medien wird das Programm abgeschlossen (D 5, S. 1-4).

Ein Bild von den rechtsradikalen Erwartungen an eine Regierung bzw. einen Eindruck von den entsprechenden Aufgaben und demokratischen Strukturen eines Staates, wie man ihn sich im Parteiprogramm wünscht, gewinnt der Leser durch das Zusammenfügen einzelner Forderungen. So wird im Rahmen einer „Familien- und kinderfreundlichen Politik“ der „... Schutz des ungeborenen Lebens (...) zur Erhaltung des deutschen Volkes und zur Sicherung unserer Zukunft“ (D 5, S. 2) gefordert. Gleichzeitig ist es Aufgabe des Staates, die *deutsche Volkswirtschaft vor ausländischer Konkurrenz zu schützen* (D 5, S. 3), folglich Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer zu schaffen (D 5, S. 2), vor dem Verlust der „nationalen Identität“ im „Vielvölkerstaat“ EU (D 5, S. 1) zu schützen und somit eine „... lebenswerte Existenz der Bürger

[zu] gewährleisten“ (D 5, S. 3). Im Umkehrschluß läßt sich formulieren, der rechtsradikale Staat habe zum Ziel, möglichst wenig ausländische Mitbürger unter der Bevölkerung zu verzeichnen, gleichzeitig eine Art Geburtenkontrolle dahingehend zu betreiben, daß möglichst viele deutsche Bürger nachwachsen, aus einer seit Jahrzehnten im internationalen Wettbewerb verflochtenen Volkswirtschaft an der Schwelle zur Globalwirtschaft wieder eine nationale und in ihren Möglichkeiten begrenzte zu machen und darüber hinaus aus der Europäischen Union wieder auszutreten.

Auch DIE REPUBLIKANER bemühen sich, sich von der Alten Rechten deutlich abzugrenzen, allerdings nicht so intensiv wie die DVU, die z.B. den Begriff „freiheitlich-demokratisch“ sechsmal gebraucht, mehrfach die Achtung der Menschenwürde herausstellt⁵ und die Menschenrechte im einzelnen aufgreift.

Dieses geschieht im Parteiprogramm der REPUBLIKANER einerseits nicht in ähnlicher Häufigkeit, andererseits durchzieht das Bemühen, sich deutlich abzugrenzen nicht, wie bei der DVU, den Gesamttext. Ähnlich wie die DVU jedoch, stellen auch DIE REPUBLIKANER ihrem Programm eine „Präambel“ und außerdem das „Kapitel 1: Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung“ voran (D 7, S. 3 ff.). In der Präambel fehlt ein ausdrückliches Eintreten für die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, im ersten Kapitel wird dies aber dreimal deutlich formuliert (D 7, S. 5 f.). Als höchster Wert der REPUBLIKANER wird im einleitenden Satz zur Präambel die Freiheit angegeben, sie wird jedoch weder als Freiheit zu bestimmten Zwecken noch als Freiheit von Regularien explizit definiert und somit als Schlagwort verwendet. In einem nächsten Schritt wird erklärt, das Volk herrsche über sich selbst und schließe andere von dieser Herrschaft aus, womit man sich von der Europäischen Gemeinschaft distanziert, die im nächsten Absatz in ihrer Eigenschaft als „multinationale[s] Gebilde“ bildlich als „zum Scheitern verurteilt“ dargestellt wird (D 7, S. 3). Als Beispiel für das Scheitern solcher Gesellschaften wird das ehemalige Jugoslawien angeführt. DIE REPUBLIKANER „... wollen ein Europa der Vielfalt und nicht der Brüsseler Einfalt“ sowie „ein Europa der Nationen“ (D 7, S. 3).

⁵ Was allerdings auf einem interpretativ zweifelhaften Boden geschieht, weil die Menschenwürde insbesondere restriktiv als Würde des Staatsbürgers begriffen werden kann (Kap. 3.1.1.1).

Um die vermeintliche selbstverständliche Rechtmäßigkeit dieser Forderung zu stützen, bemühen sie ein Zitat Johann Gottfried Herders: „Völker sind Gedanken Gottes!“ und schließen diesem Zitat die Aussage an: „Wir sollten Gott weder leugnen noch mißachten.“ So nutzen sie das Zitat Herders zur eigenen Imageaufwertung und erwecken den Eindruck, daß sie in einer langen Tradition von angesehenen Personen der Historie stünden, die sich auch unter heutigen Voraussetzungen selbstverständlich gegen eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union wenden würden und schüren gleichzeitig Ängste vor einem Verlust der bereits von der DVU bemühten *nationalen Identität*. Im selben Atemzug erwecken sie bezüglich der *Leugnung Gottes* den Eindruck, als handele es sich hier nicht um eine verquere Schlußfolgerung der REPUBLIKANER aus Herders Zitat, sondern vielmehr um ein biblisches Gebot. Die Aussagen zum Thema Europa, welche im wesentlichen die Präambel ausmachen, gipfeln schließlich in seiner „geographischen Definition“, bei der man wiederum ein Zitat einer sehr respektierten Figur der Geschichte bemüht: „Europa endet am Ural und am Bosphorus“ (D 7, S. 3). Dieses Zitat Charles de Gaulles vermittelt das Gefühl, es sei kein ungewöhnlicher, sondern sogar selbstverständlicher Wunsch, das sog. Europa der Nationen (unter Führung Deutschlands?) in diesen Ausdehnungen anzustreben. Der französische Staatsmann war einer der markantesten Vertreter der Auffassung, daß das System der souveränen Nationalstaaten nicht aufgegeben werden könne. Die außenpolitischen Zielsetzungen einer ‚republikanischen‘ Bundesrepublik Deutschland werden also schon in der Präambel sehr deutlich. Sie schließt mit der deutlichen Beschreibung der *Aufgabe[n]* eines Staates bzw. einer Regierung nach republikanischer Vorstellung: „... historische Schuldzuweisungen“ sind abzulehnen, „Die geistige babylonische Gefangenschaft der Deutschen“ müsse ein Ende haben (D 7, S. 3). Dieses übertreibende religiöse Bild erweckt den Eindruck von Deutschland als einem von anderen Staaten unterdrückten unschuldigen Opfer der Geschichte zwischen 1933 und 1945, die DIE REPUBLIKANER nunmehr endgültig hinter sich zu lassen gedenken, um sich in ihrer führenden Rolle im „Europa der Nationen“, welches sich bis zum Ural und zum Bosphorus erstreckt, weiterentwickeln zu können (D 7, S. 3).

Im „Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung“ wird dieses im einzelnen erläutert. DIE REPUBLIKANER treten hier explizit für Selbstverständlichkeiten einer demokratischen Grundordnung ein, wie z.B. für die „Menschenrechte“, für allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen, für die „Ablösbarkeit der Regierung ...“ und „... für den pluralistischen Rechtsstaat“ (D 7, S. 5). Außerdem fordern sie mehrmals eine stärkere Beteiligung des Volkes an Regierungsentscheidungen durch „Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene“ (D 7, S. 5). Von einer republikanischen Regierung wird hier mehr Demokratie erwartet, z.B. indem die Ernennung politischer Staatssekretäre untersagt werden soll, Grundgesetzänderungen neben der erforderlichen Zweidrittelmehrheit auch durch Volksabstimmungen bestätigt werden sollen und Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts von einer „unabhängigen Kommission“ gewählt werden sollen.⁶ Hinter diesen Forderungen steht offensichtlich der Wunsch, mehr politischen Einfluß auch und gerade als Randgruppe, als die alle rechtsradikalen oder -populistischen Parteien zu betrachten sind, auszuüben. Eine weitere und abschließende Forderung dieses Kapitels bzw. Aufgabe einer republikanischen Regierung ist „Die Neugliederung der Bundesländer in Deutschland“ (D 7, S. 6), deren Art, Struktur und Zweck allerdings in keiner Weise beschrieben wird, weder an dieser, noch an anderer Stelle des Programms. Außerdem lassen die territorialen Ansprüche der REPUBLIKANER (Anhang IIa) und die Beschreibung Ostdeutschlands als Mitteldeutschland seitens aller Rechtsparteien (z.B. Kap. 3.1.2.1, S. 110) eine Neugliederung in Form einer Erweiterung vermuten.

Die NPD unternimmt in ihrem Parteiprogramm nicht im mindesten den Versuch, sich von der Alten Rechten abzusetzen. Im Gegenteil stellt sie in den einleitenden Sätzen zum Programm fest: „Die Konzepte und Positionen der Nachkriegszeit haben ausgedient“ (D 3, S. 1). Wohlgerichtet

⁶ Diese Forderungen nach mehr plebiszitären Elementen sind typisch für rechtsradikale Gruppierungen, weil mit ihnen zum einen der Eindruck vermittelt werden kann, über das Normalmaß hinaus demokratisch zu sein und zum anderen kurzfristige, noch nicht verfestigte Meinungen, die Eingang in ein Plebiszit finden (und durch die Medien kurzfristig befördert werden können), damit greifbar werden. Sie sind allerdings eher eine Momentaufnahme im Rahmen einer umfassenden Diskussion. Als Beispiel eignet sich das Thema Ausland/Asyl, das in den 90er Jahren vielschichtig diskutiert worden ist. In diesem Kontext und aufgrund des plebiszitären Momentaufnahmecharakters warnen die GRÜNEN vor Grundgesetzänderungen per Plebiszit (Kap. 3.5.1), denen die Rechtsparteien natürlich wohlwollend gegenüberstehen.

wird ausdrücklich nicht behauptet, die Konzepte der Kriegszeit hätten ausgedient. Die NPD meint, „Die tragenden Schichten der Politik ...“ versuchen, „... die alten Wege weiterzugehen“ (D 3, S. 1) und vermittelt den Eindruck als wäre sie mit ihren politischen Vorstellungen als Gruppe von Erneuerern zu verstehen. Die NPD geht davon aus, daß „Die tragenden Schichten in Politik und Gesellschaft ...“ die multikulturelle Gesellschaft als „einziger[n] Lösungsansatz“ für gesellschaftliche Probleme propagieren und daß dieser Lösungsansatz durch den „... Austausch des Volkes ...“ verwirklicht werden soll (D 3, S. 1). „Im Gegensatz dazu strebt die Nationaldemokratische Partei Deutschlands den Austausch der Mächtigen an ...“ (D 3, S. 1). Sie macht sich so, ähnlich wie die DVU und DIE REPUBLIKANER, ebenfalls ein bekanntes Zitat, nämlich einen Ausspruch Bertolt Brechts

zunutze bzw. stellt sich in eine Tradition revolutionärer Denker. In der Folge bemüht man sich, dieses Image vom Revolutionär zu nutzen, um die Ideen der französischen Revolution und damit die Grundlage heutiger Demokratien als unzeitgemäß erscheinen zu lassen: „Wir Nationaldemokraten stehen mit aller Konsequenz gegen die verstaubten Ideologien vergangener Jahrhunderte ...“ Dieser Satz wird fortgesetzt, indem sich die NPD auch „gegen multiethnische Exzesse“ wehrt (D 3, S. 1). Im folgenden spricht sich die Partei „... mit einem lebensrichtigen Menschenbild gegen Fremdherrschaft und Fremdbestimmung, gegen Überfremdung ... für deutsche Freiheit ... für eine soziale Neuordnung in Deutschland, die unserem Menschenbild entspricht“ aus (D 3, S. 1). Schon das Adjektivattribut *lebensrichtig* impliziert, daß derjenige, der dieses Menschenbild, wie es in den „Grundgedanken“ zum Parteiprogramm entworfen wird, nicht mittragen kann, eine nicht lebensrichtige, also vom Normalen und Angebrachten abweichende Vorstellung vom Leben haben muß. Die NPD wendet sich in dieser Aussage ganz klar gegen ausländische Mitbürger und aus dieser Grundeinstellung resultiert die Forderung nach einer *sozialen Neuordnung*, wie sie unter 3.1.2.2 noch genauer erläutert werden wird.

Im Programmpunkt eins („Grundlage des Staates ist das Volk“) wird dieser Gedanke noch einmal aufgegriffen. „Deutschland [,]... die Heimstatt unseres Volkes“ droht also zur multikulturellen Gesellschaft zu werden; diese aber „... sind in Wirklichkeit kulturlose Gesellschaften“, denn Kultur kann es nach Meinung der NPD nur innerhalb jeweils eines Volkes geben. Nach

Auffassung dieser Partei können nicht mehrere Nationen eine gemeinsame Kultur haben, sondern bestenfalls eine ähnliche. Die Aufgabe einer NPD-Regierung bestünde also darin, zum einen die Entwicklung zur multikulturellen Gesellschaft zunächst zu begrenzen und dann rückgängig zu machen und zum anderen „... gute Beziehungen zu allen gutwilligen Nationen ... [zu pflegen], um gemeinsam der Zerstörung durch multikulturelle, imperialistische und gleichmacherische Kräfte zu begegnen“ (D 3, S. 2). Der aufmerksame Leser mag sich fragen, wie nicht gutwilligen Nationen zu begegnen ist. Außerdem fällt die Idee von der Ungleichheit der Menschen, dem sog. Antiegalitarismus, ins Auge, die, allerdings in abgeschwächter Form, auch bei der DVU und den REPUBLIKANERN zu finden ist. Die Intoleranz eines gedachten Staates unter NPD-Regierung wird an anderen Stellen noch deutlicher, z.B. wenn der Begriff *Gruppenegoismus* als Kennzeichen für politisch oppositionelle Meinungen gebraucht wird, wie unter Programmpunkt drei („Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“): „Der Staat hat dabei [bei Entscheidungsfindungen; Anm. d. Verf.] über den Egoismen einzelner Gruppen zu stehen ...“ (D 3, S. 3). Der Staat ist folglich in erster Linie dazu da, nationaldemokratische Interessen zu vertreten und in die Tat umzusetzen, über andere Meinungen muß er sich im Interesse der nationaldemokratischen Ideologie hinwegsetzen. Derlei Meinungen werden nicht nur ignoriert, sondern auch durch die negativen Assoziationen, die das Wort *Egoismus* hervorruft, diskreditiert. Der Begriff ist ein zentrales Motiv im Programmtext und zeigt das Primat des Kollektivs, den Grundsatz *Gemeinnutz vor Eigennutz*, wie er für rechtsradikales Gedankengut kennzeichnend ist (Kap. 1.1.1.1).

Ähnlich wie bei der DVU und den REPUBLIKANERN dominiert auch bei der NPD die Vorstellung vom Nationalstaat, die NPD formuliert dies bereits einleitend in den ersten Zeilen des Parteiprogramms, und zwar am deutlichsten von allen hier betrachteten Parteien: „Die politische Organisationsform eines Volkes ist der Nationalstaat“ (D 3, S. 2), allerdings wird hier in dogmatischem Stil, der im übrigen für den Gesamttext kennzeichnend ist, Ausschließlichkeit impliziert und der Eindruck vermittelt, dies sei die einzig existente Organisationsform.

In Kapitel zwei ihres Parteiprogramms geben DIE REPUBLIKANER einen weiteren Grund vor, sich mit ihnen zu identifizieren bzw. sie zu wählen. Sie wenden sich - wie auch die NPD in Punkt 10 ihres Programmes - deutlich gegen die von ihnen sogenannten *Feindstaatenklauseln der UNO*. In der Charta der UNO heißt es unter Kapitel XVII *Übergangsbestimmungen betreffend die Sicherheit* in Artikel 107:

[Vorbehalt gegenüber Feindstaaten des 2. Weltkrieges] Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des zweiten Weltkrieges in bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.“ (Unser, 1997, S. 383)

DIE REPUBLIKANER sehen hierin die Alliierten gestärkt, die Deutschen geschwächt und als gesamtes Volk wesentlichen Teilen ihres souveränen Selbstbestimmungsrechts beraubt sowie vor der internationalen Staatengemeinschaft klein gehalten und diskreditiert (D 7, S. 8). Auf den ersten Blick mag der zitierte Artikel auch einschränkend erscheinen, bei der Einordnung der Sachlage in den Kontext jedoch wird ersichtlich, daß diese Argumentation der REPUBLIKANER lediglich eine verdrehte Darstellung der Tatsachen ist. Seit der Gründung der Vereinten Nationen hat es lediglich an vier Stellen der Charta geringfügige Änderungen gegeben. Eine Reform in verschiedenen Punkten wurde schon seit den 60er Jahren angestrebt, eine 1995 propagierte Totalreform blieb erwartungsgemäß aus, obwohl der Reformbedarf allgemein bekannt ist. Bereits im Februar/März 1995 wurde „die Streichung der längst obsolet gewordenen Feindstaatenartikel 53 und 107“ (Unser, 1997, S. 26) empfohlen, doch die UNO bewegt sich außerordentlich langsam. Daher ist der oben zitierte Artikel zwar noch in der Charta enthalten, jedoch schon seit langer Zeit bedeutungslos geworden. Folglich muß das Ankämpfen gegen diesen Artikel als Maskerade erscheinen.

Von ausschlaggebender Bedeutung bezüglich der Vorstellung von einem Staat ist bei allen rechten Parteien die Frage nach den geographischen Grenzen Deutschlands. Sowohl die DVU, DIE REPUBLIKANER als auch die NPD betrachten die Bundesrepublik in ihren jetzigen Grenzen als unvollständig: „Die Abtrennung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße als Kriegsfolge widerspricht völkerrechtlichen Grundsätzen“ liest man im Parteiprogramm der DVU (D 5, S. 3); bei den REPUBLIKANERN wird die Wiedervereinigung als

Teilwiedervereinigung mit *Mitteldeutschland* beschrieben, da man unter ‚Ostdeutschland‘ offenbar etwas anderes versteht als die fünf neuen Bundesländer (D 7, S. 56 u. 64); auch die NPD stellt unmißverständlich fest „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik“ und fordert „... die Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzverträge“ (D 4, S. 9). DIE REPUBLIKANER gehen noch weiter und werfen den Beteiligten am Zwei-Plus-Vier-Vertrag vor, entgegen völkerrechtlichen Prinzipien gehandelt zu haben, als diese die Oder-Neiße-Grenze anerkannt haben und somit um den Preis *Ostdeutschlands* die *Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands* erreicht hätten (D 7, S. 9). Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang wiederum das Parteiprogramm der REPUBLIKANER von 1990, in welchem „Deutschland völkerrechtliche Lage“ in Form einer Landkarte dargestellt wird und dem zwischen den Zeilen der Wunsch beigefügt ist, eine Vereinigung mit Österreich einzugehen (Kap. 3.1.1.2).

An den Ausführungen zum Welt- und Staatsbild, wie es in den Parteiprogrammen der NPD, der DVU und der REPUBLIKANER zutage gefördert wurde, sind deutliche Parallelen zum Schmittschen Weltbild (Kap. 2.2.2.4) zu erkennen, vor allen Dingen in dessen Hauptforderung nach Homogenität und der daraus resultierenden Abwehr des Fremden. Auch in den untersuchten Parteiprogrammen der DVU, der NPD und der REPUBLIKANER ist es ausreichend, anders zu sein, um als Feind wahrgenommen zu werden. Es findet eine Unterscheidung zwischen *Freund* und *Feind* nach dem Kriterium der Gleichheit bzw. Ungleichheit statt und was ungleich ist, wird als Bedrohung der eigenen politischen Einheit, des Kollektivs, begriffen. Insofern weist das Programm der NPD die größten Gemeinsamkeiten mit dem Schmittschen Weltbild auf und die DVU die am geringsten ausgeprägten.

Kapitel 3.1.2.2

Zur Rolle von Ausländern im Zusammenhang mit Arbeit und Arbeitslosigkeit sowie mit Innerer Sicherheit

Zunächst war eine getrennte Untersuchung der Themen Ausländer/Asylbewerber und Arbeit/Arbeitslosigkeit angedacht. Diese Gliederung erwies sich als unzweckmäßig, da beide Themen in den betreffenden Parteiprogrammen sehr stark miteinander verquickt sind. Es erwies sich als kaum möglich, beide Themen sachlich und linguistisch voneinander zu trennen.

Obwohl die DVU in ihrem Programmpunkt acht („Schutz vor Kriminellen“) darauf verzichtet, eine Verbindung zwischen Kriminalität und Ausländern herzustellen, erscheint es doch angebracht, auch das Thema Innere Sicherheit im Zusammenhang mit der Rolle von Ausländern zu betrachten, weil es bei der DVU indirekte Verknüpfungen dieser Themen an anderer Stelle gibt und sowohl DIE REPUBLIKANER als auch die NPD beide Themen direkt verbinden. Diese Verbindung wird z.B. bei den REPUBLIKANERN bereits in der Überschrift zum vierten Kapitel deutlich: „Innere Sicherheit, Rechts- und Ausländerpolitik, Asylrecht und Verfassungsreform“ (D 7, S. 15).

Kapitel 3.1.2.2.1

Die Behandlung der Ausländerthematik im allgemeinen

Besonders bei dem Wunsch nach Ausweisung von Ausländern in Kombination mit dem geforderten Geburtenzuwachs unter der deutschen Bevölkerung mag sich der Leser bei der Lektüre des DVU-Parteiprogramms an die Idealvorstellung von der sog. Reinheit der arischen Rasse aus der Nazizeit erinnert fühlen. Diesem und anderen Umkehrschlüssen wird nunmehr im einzelnen nachgegangen werden.

Unter dem Programmpunkt „Bewahrung der deutschen Identität“ (D 5, S. 1) wird die Frage nach dem Verbleib ausländischer Mitbürger in Deutschland behandelt. Gleich zu Anfang wird gefordert, Deutschland solle das Land der Deutschen bleiben. Diese Forderung wird im Folgesatz

sogleich verteidigt, indem man vorgibt, daß bei allen anderen Völkern der Erde dieses vermeintliche Recht auf „nationale Identität“ Alltagspraxis wäre und lediglich die Bundesrepublik Deutschland hier diskriminiert würde: „Dem deutschen Volk müssen die gleichen Rechte zustehen wie allen anderen Völkern auch“ (D 5, S. 1). So wird also gleich zu Anfang des Absatzes imperativisch (*müssen*) der Eindruck von einer drohenden Überfremdung der deutschen Bevölkerung durch die Zuwanderung von Mitgliedern anderer Nationalitäten geschürt. Verschwiegen wird hierbei, daß sich der Anteil ausländischer Mitbürger auf deutlich weniger als ein Zehntel an der Gesamtbevölkerung beziffert (1997: 9,0%. Statistisches Bundesamt, 2000, S. 44). Für die DVU folgt aus den einleitenden Feststellungen: „Begrenzung des Ausländeranteils, Stopp dem zunehmenden Ausländerzustrom, Beschleunigung der Asylverfahren, Ausweisung von kriminellen Ausländern.“ Bei oberflächlichem Lesen dieses Programmpunktes mag mancher Leser der einen oder anderen Forderung zustimmen wollen. Besonders die Forderung nach der Ausweisung von mit dem Gesetz in Konflikt gekommenen und verurteilten Ausländern⁷ ist schließlich ein Programminhalt, dem inzwischen auch etablierte Parteien zustimmen. Auch der Wunsch, den Ausländeranteil an der Bevölkerung nicht größer werden zu lassen als er ist, mag auf den ersten Blick Zustimmung finden. Jedoch wird der Sachverhalt von der DVU stark dramatisiert, denn der Anteil ausländischer Mitbürger an der Bevölkerung ist in den vergangenen 10 Jahren lediglich von 6,4% auf 9,0% angestiegen. Als bedenklich ist die Art zu betrachten, mit der im Programm von ausländischen Mitbürgern und Asylbewerbern gesprochen wird. Beispielsweise ist das biologisch-pathologische Bild vom Ausländerzustrom eines der sehr deutlichen Mittel der LTI und erzeugt den subtilen Eindruck von Krankhaftigkeit, der angesichts einer Steigerung von 6,4% auf 9% nicht haltbar ist. Außerdem findet sich zwar die Aussage, daß „... wahrhaft politisch Verfolgte geschützt werden ...“ sollen; die Aussage wirkt jedoch fadenscheinig, wenn ein solcher Inhalt undefiniert bleibt (Was ist ein *wahrhaft politisch Verfolgter*?) und lediglich in einem von elf Sätzen zum Thema vertreten wird, die anderen zehn Sätze inhaltlich jedoch konträre Positionen beziehen und dieser einen Aussage sogleich ein Satz

⁷ Auf die tatsächliche Zahl ausländischer Verurteilter und ihr Verhältnis zu deutschen Verurteilten wird in Kap. 3.4.1.4 näher eingegangen.

folgt, dessen Umkehrschluß als gefährlich betrachtet werden kann: „Alle gerecht Denkenden werden unser Anliegen verstehen und gutheißen, den deutschen Charakter Deutschlands zu erhalten.“ Wenn man mit dieser Aussage nicht einverstanden ist, hieße das im Umkehrschluß entweder, daß man ein Gegner seines eigenen Vaterlandes wäre oder aber nicht gerecht denken würde. Die Formulierung hat also einen gewissen Rattenfängercharakter. Unabhängig davon bleibt die Frage, wie die DVU, so sie denn Regierungsmacht besäße, mit derartigen Individuen verfahren würde, offen.

Im übrigen beschränkt sich die Thematik nicht auf diesen Programnteil, sondern durchzieht das Programm in seiner Gänze. Wenn auch unter Programmpunkt acht nicht noch einmal, wie vielleicht zu erwarten stünde, die Ausweisung mit dem Gesetz in Konflikt gekommener ausländischer Mitbürger gefordert wird, so wird aber unter Punkt sieben im Zusammenhang mit der „Sicherung der Renten und Sozialleistungen“ erklärt, Deutschland dürfe „... nicht länger Zahlmeister für fremde Interessen sein“, damit die „einzusparenden Gelder ... zur Beitragsentlastung der Arbeitnehmer und zur Sicherung der Renten- und Sozialleistungen ...“ verwendet werden könnten (D 5, S. 3). Ausgaben für das Ausland in jeglicher Form inklusive der EU und großen Teilen der Entwicklungshilfe werden hier indirekt für das Problem der Rentenfinanzierung verantwortlich gemacht, welches sich allerdings aus ganz anderen, hiervon unabhängigen Sachverhalten ergeben hat, nämlich der stark veränderten demographischen Bevölkerungsentwicklung und der daraus resultierenden Notwendigkeit der Umstellung vom Umlageverfahren zum Kapitaldeckungsverfahren.⁸

Zur weiteren Darstellung und Interpretation linguistischer Häufigkeiten in diesem Textteil der Parteiprogramms der DVU sei auf Kapitel 3.4.1.2 sowie auf Anhang IIc verwiesen.

DIE REPUBLIKANER schüren die Angst vor der vermeintlichen Unterwanderung der sog. nationalen Identität und einer angeblichen Bedrohung der deutschen Volkswirtschaft durch eine *Völkerwanderung* mit ähnlichen Mitteln und Argumenten wie die DVU:

⁸ Auf die Rolle Deutschlands als Zahler und Empfänger der EU sowie auf die rentenpolitische Diskussion wird in Kap. 3.4.1.4 genauer eingegangen.

„Die Zahl der offiziell in Deutschland lebenden Ausländer ist nach amtlichen Angaben bis Anfang 1993 auf fast sieben Millionen gestiegen: der Zustrom von Ausländern hat damit das Ausmaß einer Völkerwanderung angenommen.“ (D 7, S. 22)

Die angegebene Zahl wird nicht ins Verhältnis zu der Anzahl deutscher Staatsbürger in Deutschland gesetzt und wirkt dadurch größer als sie ist. Dieser Eindruck wird durch linguistische Quantitäten verstärkt: Das Wort *Ausländer* wird zweimal gebraucht, *Deutschland* nur einmal, wodurch sprachlich eine Dominanz erzeugt wird. Auch DIE REPUBLIKANER bedienen sich des biologisch-pathologischen Bildes vom „Zustrom von Ausländern“. Die Aussage gipfelt im hyperbolischen Gebrauch des Wortes *Völkerwanderung*. So soll beim Leser ein panikartiges Gefühl von der dringenden Notwendigkeit erzeugt werden, diese Situation zu ändern bzw. den multikulturellen Aspekt der „multikulturellen Gesellschaft“ (D 7, S. 22) rückgängig zu machen, also: DIE REPUBLIKANER zu wählen. Verstärkt wird dieser Eindruck in der Folge durch den hyperbolischen Gebrauch des Begriffes *Masseneinwanderung*, wenn „... die sofortige Beendigung der Masseneinwanderung nach Deutschland“ gefordert wird (D 7, S. 22). Die eigene Haltung zum Thema wird, ähnlich wie bei der DVU, sofort verteidigt, hier indem der derzeitigen Regierung der Bundesrepublik Deutschland ein Verstoß gegen das Grundgesetz vorgeworfen wird:

„Diese Forderungen entsprechen den Regelungen des Grundgesetzes, das die Bundesrepublik Deutschland als staatlichen Zusammenschluß des deutschen Volkes definiert und die Regierung durch ihren Amtseid dazu verpflichtet, ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen. Die derzeit stattfindende Masseneinwanderung stellt eine Aushöhlung und schleichende Änderung unserer Verfassung dar, die weder rechtlich noch demokratisch legitimiert ist.“ (D 7, S. 22)

DIE REPUBLIKANER gehen also davon aus, daß der Zuzug von Ausländern nach Deutschland dem Wohl des deutschen Volkes⁹ entgegenwirkt. Hinter dieser Haltung verbirgt sich im Umkehrschluß eindeutig völkisches Gedankengut von der vermeintlichen Pflicht zur Reinhaltung der deutschen Rasse (vgl. Ausführungen zum Weltbild, Kap 1.1.1.1).

⁹ Zur Diskussion um den Begriff ‚Volk‘ und der damit zusammenhängenden Deutung von ‚Bevölkerung‘ sowie dem Nationenbegriff nach staatsrechtlicher (Stadt), kulturalistischer (Kulturgemeinschaft) und biologischer (Abstammungsgemeinschaft/Volk) Ausprägung wird auf Minkenberg, (1998) und Oberndörfer (1991 und 1993) verwiesen.

Die Anzahl ausländischer Mitbürger beträgt inzwischen zwar tatsächlich etwa 7,3 Mio., die Parteien erzeugen jedoch ein falsches Bild von der Wirklichkeit: Die Anerkennungsquote von Asylbewerbern ist seit 1972 tendentiell stark rückläufig, sie fiel von 39,8% auf 4,9% im Jahr 1997; auch die Zuzüge sonstiger ausländischer Mitbürger zwischen 1990 und 1997 sind deutlich rückläufig (Statistisches Bundesamt, 2000, S. 48 u. 52). Schon aus diesem Grunde sind Begriffe wie *Zustrom* und *Masseneinwanderung* sehr stark übertreibenden Charakters und überdies gänzlich unzutreffend.

Ähnlich der DVU erinnert sich aber auch die Partei DIE REPUBLIKANER ihres Bekenntnisses zu freiheitlich-demokratischen Werten und befürwortet „... die Gewährung von Asyl für wirklich politisch Verfolgte“ (D 7, S. 23). Diese Meinung wirkt jedoch ähnlich schwammig, da auch DIE REPUBLIKANER diesen Begriff nicht genauer definieren und die Aussage auch in diesem Parteiprogramm allein inmitten einer Litanei gegen ausländische Mitbürger steht. Direkt in Folge dieser sehr philanthropisch wirkenden Aussage wird z.B. eine „Unterbringung [von Asylbewerbern] in grenznahen Sammelunterkünften mit Aufenthaltsbeschränkung auf diesen Bereich“ gefordert, d.h. DIE REPUBLIKANER verlangen hier eine Ghettoisierung, die zum einen durch ihre Grenznähe die Ausweisung erleichtern soll und zum anderen jeglichen Kontakt von Asylbewerbern mit deutschen Staatsbürgern verhindern soll. Auch diese Forderung erinnert stark an die Angst vor der Vermischung von Rassen aus der Nazi-Zeit. Daß DIE REPUBLIKANER Asylbewerber schnell und ohne Aufsehen wieder ausweisen möchten, macht auch die Forderung nach der Beschränkung von Asylverfahren auf eine Rechtsmittelinstanz deutlich (D 7, S. 24). Außerdem erwecken solche Aussagen den Eindruck, alle in Deutschland lebenden Asylbewerber würden grundsätzlich durch sämtliche Instanzen klagen, um ihre Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen oder ihren Aufenthalt bis zur Ausweisung zu verlängern. Selbst in dem Wissen, daß diese Praxis existiert, sollte man sich gegen die Verallgemeinerung und pauschale Übertragung auf alle Asylbewerber verwahren.

In diesem Zusammenhang sprechen sich DIE REPUBLIKANER deutlich gegen den Status eines *Einwanderungslandes* aus, wobei sich zwei Ursachen für diese Haltung vermuten lassen: Entweder hat man den Begriff, der ja eine Quotierung der Einwanderung etwa nach US-

amerikanischem Vorbild beinhaltet, was rechtsradikalem Denken entgegenkommen müßte, falsch interpretiert, oder man will jeglichen Zuzug von nicht deutschen Personen verhindern und wendet sich daher auch gegen eine quotierte und somit eingeschränkte Zuzugsmöglichkeit.

Diese (auch unter Regierungsparteien teils verbreitete) negative Haltung zum Status eines Einwanderungslandes findet sich auch im Kurzprogramm des Bundesverbandes der REPUBLIKANER, wo die Zuwanderung ausländischer Mitbürger als „Fehlentwicklung“ bezeichnet wird (D 2, S. 1), wofür die etablierten Parteien verantwortlich zu machen seien, da sie „... uns seit Jahren die gefährliche Illusion einer friedlichen multikulturellen Gesellschaft vorspiegeln“ (D 2, S. 1). Hier wird geschickt assoziativ agiert: Das Wort *vorspiegeln* impliziert, daß die Sachlage genau entgegengesetzt zutrifft, das negative Assoziationen hervorrufende Adjektivattribut *gefährlich* schürt gezielt Ängste vor der vermeintlich *friedlichen multikulturellen Gesellschaft*, wobei *friedlich* und *multikulturell* sich antonymisch gegenüber stehen. Es wird der Eindruck vermittelt, es könne keine multikulturelle Gesellschaft geben, die friedlicher Natur ist. Wesentlich deutlicher werden DIE REPUBLIKANER noch in ihrem Kurzprogramm, hier zum Thema „Die Hauptstadt muß deutsch bleiben!“ In dem Artikel gehen DIE REPUBLIKANER in biologisch-pathologischer Formulierung davon aus, daß *fremd anmutende Einwandererghettos* „... durch ihr metastasenhaftes Wuchern den Charakter dieser europäischen Metropole ...“ zerstören und so den deutschen Staatsbürgern Berlins ihre *Heimat entfremden* (D 2, S. 14). Im folgenden wollen sie sicherstellen, „... daß unsere Kinder nicht schon bald in die Minderheit gedrängt werden“ und finden damit sicher bei einigen Lesern Anklang, da der Anteil ausländischer (hier besonders: türkischer) Mitbürger an der Bevölkerung Berlins tatsächlich im Vergleich zum Durchschnitt überproportional hoch ist¹⁰, was regional z.B. dazu führen kann, daß vereinzelte Schulklassen stärker von ausländischen als von deutschen Kindern besucht werden, wie es auch in Frankfurt am Main, allerdings dort in ausgeprägterem Maße, vorkommt. Taktisch klug werden hier die Kinder der Rezipienten dieses Programms angesprochen und nicht diese selbst: Kinder sind nicht in der Lage, sich durch Wahlen am politischen Entscheidungsprozeß zu

¹⁰ Im Vergleich aller Bundesländer weist Berlin mit 14% den zweithöchsten Anteil ausländischer Bevölkerung auf (Statistisches Bundesamt, 2000, S. 47).

beteiligen und erscheinen so als Opfer der Welt, wie sie Erwachsene schaffen. Wer also für die Möglichkeit der Einwanderung und für die Integration von Ausländern ist, handelt folglich dem Wohlbefinden seiner Kinder gegenüber verantwortungslos. Dieser Vorwurf wird mit der oben zitierten Aussage allen nicht rechtsradikal und gegen die Integration von Ausländern eingestellten Personen und Parteien gemacht. Dieselben werden so durch DIE REPUBLIKANER zu diskretieren versucht. Durch diesen Gebrauch sprachlicher Darstellung ist die Partei bemüht, beim Rezipienten eine Distanzierung von den etablierten Parteien zu verursachen und statt dessen eine Identifizierung mit den REPUBLIKANERN anzuregen.

Zur weiteren Darstellung und Interpretation linguistischer Häufigkeiten in diesem Textteil des Parteiprogramms der REPUBLIKANER sei auf Kapitel 3.4.1.2 sowie auf Anhang IIc verwiesen.

Auch die NPD spricht im Programmpunkt acht, „Deutschland muß wieder deutsch werden“ (D 4, S. 7), von der Bildung von „... Ausländerghettos, in denen die deutsche Restbevölkerung zur Minderheit im eigenen Land wird“ (D 4, S. 7) und bedient sich damit der gleichen Argumentation wie DIE REPUBLIKANER, bezieht sie allerdings nicht nur auf Berlin, sondern auf die ganze Bundesrepublik. In diesen *Ausländerghettos* stünden sich die euphemistisch als solche bezeichnete *Restbevölkerung* bzw. „Deutsche und Angehörige fremder Völker ... immer feindseliger gegenüber“, wodurch das *soziale Umfeld* und der *innere Friede* gefährdet seien (D 4, S. 7). Inhaltlich werden die Begriffe *deutsch* und *fremd* zwar eindeutig antonymisch verwendet, doch wird der Eindruck erweckt, grundsätzlich stünde man Ausländern nicht feindlich gegenüber, sondern würde sie gar als unschuldige Opfer einer mißlichen gesellschaftlichen Entwicklung betrachten:

„Im Zusammenspiel von Großkapital, Regierung und Gewerkschaften wurden Millionen von Ausländern wie Sklaven der Neuzeit nach Deutschland geholt. (...) Ausländer und Deutsche werden gleichermaßen ihrer Heimat entfremdet und entwurzelt ...“ (D 4, S. 7)

Ausländer, die *Sklaven der Neuzeit* werden hier, sehr bildlich, nicht nur als Opfer dargestellt, darüberhinaus werden das *Großkapital*, die *Regierung* und die *Gewerkschaften* für den vermeintlichen Sklavenstatus von ausländischen Mitbürgern verantwortlich gemacht. Sie haben

sich also nicht nur an der deutschen Bevölkerung, sondern auch an den ihnen hilflos ausgelieferten Ausländern schuldig gemacht. Den ausländischen *Sklaven* jedenfalls „... muß die Möglichkeit gegeben werden, ihre kulturelle und nationale Identität zu wahren“ (D 4, S. 7 f.). Folglich verlangt die NPD in philanthropischer Weise, diesen Menschen „... die Rückkehr in ihre Heimat zu erleichtern“ (D 4, S. 8) - eine euphemistische Formulierung für die Forderung, alle Ausländer auszuweisen.

Die Vorstellung von einer notwendigen Rassentrennung zur Vermeidung gesellschaftsimmanenter Konflikte aufgrund unvereinbarer kultureller Unterschiede wird von der NPD sehr deutlich vertreten. (vgl. das Weltbild Carl Schmitts, Kap 2.2.2.4). Die Integration verschiedener kultureller Mentalitäten wird nicht nur als unnatürlich verstanden, es ist gar die Rede von einer „menschenfeindliche[n] Integrationspolitik“ (D 4, S. 7). Die Praxis der 60er Jahre, den Mangel an Arbeitskräften durch das Einstellen von sog. Gastarbeitern zu beheben, wird „... bedingungslosem, einseitigem und kurzsichtigem Gewinnstreben“ bei gleichzeitiger Ignorierung des *Rechtes* auf die vielbemühnte „kulturelle und nationale Identität“ zugeschrieben. Das *Großkapital*, die *Regierung* und die *Gewerkschaften* haben also verantwortungslos gehandelt. Mit der Darstellung dieser Gruppen wird eine Möglichkeit zur Identifikation und Distanzierung durch Sprache geschaffen. Mit dem Verweis auf die Formulierung S. P. Huntingtons (1997, S. 21 u. Kap. 2.3.4):

„Wir wissen, wer wir sind, wenn wir wissen, wer wir nicht sind und gegen wen wir sind.“

leuchtet ein, daß der Rezipient dazu neigen wird, sich auf die Argumentation der NPD einzulassen, wenn eines seiner Feindbilder mit denen der NPD identisch ist. Wer also auch nur gegen eine der o.g. Organisationen Ressentiments entwickelt, kann sich, zumindest in dieser Gemeinsamkeit, mit der NPD identifizieren.

Vor dem Hintergrund dieses „symbolischen Rassismus“ (Minkenberg, 1998, S. 205 u. Kap. 1.1.1.2.1) ist die Vorstellung einer zukünftigen NPD-Asylregelung zu begreifen. Der Artikel 16 a des Grundgesetzes¹¹ soll gänzlich abgeschafft werden, mit der Begründung, diese Regelung würde zum einen im wesentlichen mißbraucht, koste zum anderen Milliarden von Steuergeldern

und sei schließlich dem inneren Frieden der einzelnen *Kulturgebiete* nicht förderlich. Das Asylrecht der BRD wird zwar als „weltweit einzigartig“ bezeichnet, eine Kombination von Adjektivattributen, die zunächst eher positive Assoziationen wachruft, jedoch wird diese Aussage mit der obigen Argumentation verknüpft und läßt die Bundesrepublik als dummliches Land erscheinen, daß sich gern und freiwillig von aller Welt nach Herzenslust ausnutzen läßt und als einziges Land einen entsprechenden Mangel an Intelligenz und Durchsetzungsfähigkeit aufweist. Auch die NPD gesteht jedoch ein, daß es eine Notwendigkeit zur Gewährung von Asyl bei politischer Verfolgung gibt. Allerdings soll dabei die NPD-Philosophie vom symbolischen Rassismus gewahrt werden: Asyl soll möglichst in einem Nachbarstaat, auf jeden Fall aber in einem gleichen oder ähnlichen Kulturgebiet gewährt werden. In der logischen Konsequenz führt das dazu, daß die Bundesrepublik kaum jemandem Asyl gewähren müßte, da in ihren Nachbarstaaten praktisch keine politische Verfolgung existiert. Nach diesem Modell würde die Verantwortlichkeit für politisch verfolgte Personen schlicht abgeschoben, und es gäbe weder eine theoretische Grundlage für die Gewährung von Asyl noch die praktische Notwendigkeit dazu. Auch im Parteiprogramm der NPD zieht sich die Behandlung der Ausländerproblematik wie ein roter Faden durch den Gesamttext. Beispielsweise findet sich die finanzielle Argumentation bezüglich der Steigerung der Staatsausgaben durch die Einwanderung ausländischer Mitbürger an mehreren Stellen im Text. Im Programmpunkt sieben ist ausdrücklich festgehalten: „Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungssystem auszugliedern“ (D 4, S. 8). Doch die Vorstellung der NPD von der Ungleichheit von Ausländern und Deutschen wird nicht nur hierdurch oder etwa durch die sich wiederholende Gegenüberstellung beider Wortfamilien betont, sie wird auch deutlich beim Namen genannt. Im Programmpunkt 13 wird der aus der französischen Revolution hervorgegangene Wert der Gleichheit¹² aller Menschen als *unsinnig* bezeichnet (vgl. Ausführungen zum Weltbild, Kap.1.1.1.1) und für den *desolaten* Zustand der heutigen Gesellschaft, speziell des Schul- und Hochschulwesens, verantwortlich gemacht. Die Menschen seien eben „... hinsichtlich ihrer Begabungen und ihres Leistungsvermögens ungleich“

¹¹ Der Artikel, 1993 geändert und inhaltlich eingegrenzt, befaßt sich mit dem Recht politisch Verfolgter auf Asyl.

und *gleich* seien sie lediglich „... vor dem Gesetz und der Unantastbarkeit ihrer Würde“ (D 4, S. 11). Letzteres steht allerdings im Widerspruch zur Forderung nach der sog. Ausgliederung von Ausländern aus dem sozialen Netz, denn das Sozialversicherungsgesetz ist, wie der Name schon sagt, ein Gesetz, welches unter den bisherigen Regierungsbedingungen auf alle (!) Bürger anzuwenden ist – inkl. der ausländischen Mitbürger, wie es gängige Praxis ist.

Kapitel 3.1.2.2.2

Ausländer/Asylbewerber und Arbeit/Arbeitslosigkeit

Der Wunsch nach der Herausnahme ausländischer Mitbürger aus dem sozialen Sicherungssystem findet sich auch bei der DVU, jedoch handelt es sich hierbei im Gegensatz zur ausdrücklichen Forderung der NPD um eine implizite Aussage. Ein „... umfassendes Programm der sozialen Sicherheit für deutsche Arbeitnehmer ...“ (D 5, S. 2) wird befürwortet. Hieraus läßt sich schlußfolgern, daß ein derartiges Programm nichtdeutsche Arbeitnehmer nicht einschließt und damit die betroffenen Personen denselben u.U. existenzbedrohenden Schwierigkeiten aussetzen will wie das Programm der NPD. Zu dieser Forderung wird zwar, ungleich dem NPD-Programm, keine erklärende Kulturkreisphilosophie geliefert, da sie aber nicht ausdrücklich, sondern nur zwischen den Zeilen verlangt wird, erscheint sie weitaus weniger aggressiv.

Auch im Programmpunkt neun, „Hilfe für den Mittelstand und die deutschen Bauern“, findet sich die Thematik Ausländer/Asylbewerber. Hier wird gefordert, öffentliche Aufträge nach Möglichkeit deutschen Unternehmen zu übergeben. Es wird impliziert, daß diese die Aufträge „am erfolgreichsten“ im Vergleich zu ihren ausländischen Mitbewerbern ausführen können (D 5, S. 3). In diesem Zusammenhang wird dann erklärt:

„Wir erstreben vermehrte Investitionsanreize und Steuererleichterungen für Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen. Unser besonderes Anliegen ist ihr Schutz vor übermäßiger ausländischer Konkurrenz.“ (D 5, S. 3).

¹² Zum Diskurs um *biologische* vs. *rechtliche Gleichheit/Gerechtigkeit* wird auf Giddens (1999) und Walzer (1992) verwiesen.

Hier werden deutsche und ausländische Unternehmen einander gegenübergestellt. Daß letztere nicht im selben Maß erfolgreich seien, wurde bereits verständlich gemacht, daher werden jetzt vermehrte Investitionsanreize und Steuererleichterungen für deutsche Unternehmen gefordert, für ausländische selbstverständlich nicht, denn vor diesen gilt es schließlich die der Übermacht schutzlos ausgelieferte deutsche mittelständische Wirtschaft zu schützen, denn es gibt hier nicht nur *ausländische Konkurrenz*, sondern dieselbe ist durch ein ausdrucksstarkes Sekundärattribut gekennzeichnet: sie ist *übermäßig*¹³. Wegen dieses vermeintlich krassen Mißverhältnisses kann sich die deutsche Wirtschaft bzw. deutsche Unternehmer also nicht aus eigener Kraft gegen den ‚wirtschaftlichen Feind‘ durchsetzen, sondern bedarf dringend staatlicher Hilfe. Das Zusammenspiel von (deutscher) Wirtschaft und Staat, wie die DVU es sich vorstellt, erscheint auf märchenhafte Weise solidarisch. Im Zusammenhang mit der Forderung nach mehr Investitionsanreizen werden außerdem Vorurteile mit mangelhaften wirtschaftlichen Kenntnissen kombiniert. Der Wissensstand der DVU überzeugt hier schon deshalb nicht, weil seit den 90er Jahren zunehmend bezweifelt wird, daß Investitionsanreize ein zeitgemäßes Mittel zur Ankurbelung des Wirtschaftskreislaufs sind, weil in jüngerer Zeit eine Abkopplung des Arbeitsmarktes vom Wirtschaftsmarkt zu beobachten ist und Investitionsanreize somit entweder dem Wirtschaftsmarkt zugute kommen, aber nicht mehr im bekannten Ausmaß an den Arbeitsmarkt weitergeleitet werden, oder erst gar nicht mehr in Anspruch genommen werden (P 5; Vortrag Peter Voigt, Uni Rostock).

Im Gegensatz zur DVU bauen DIE REPUBLIKANER im Programmpunkt neun, ‚Arbeit und Soziales‘, nicht explizit ein Feindbild von ausländischen Unternehmern als unfairer Konkurrenz für deutsche Firmen auf. Sie bemühen sich jedoch klarzumachen, daß die hohe Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik ursächlich auf die Anzahl arbeitssuchender ausländischer Mitbürger zurückzuführen sei. So treten in erster Linie nicht deutsche Unternehmer, sondern Arbeitnehmer als vermeintliche Opfer des ‚... Teufelkreis[es] aus Arbeitslosigkeit und sozialer Verelendung in

¹³ Zum tatsächlichen Konkurrenzverhalten deutscher und ausländischer Arbeitnehmer, zu soziologisch differenzierten Arbeitslosenzahlen und der diesbzgl. Arbeitsmarktentwicklung sowie deren Auswirkungen auf sonstige soziale

unserem Land“ (D 7, S. 61) auf. Dadurch wird der Adressatenkreis, der sich mit diesem Sachverhalt möglicherweise identifizieren kann, erheblich erweitert. Auch wird das biologisch-pathologische Bild vom *unkontrollierten Zustrom von Ausländern* wiederum bemüht (D 7, S. 61). Die Ursache der Arbeitslosigkeit sei definitiv in der *Masseneinwanderung* zu sehen: „Das Problem der Massenarbeitslosigkeit ist von dem Problem der Masseneinwanderung nicht zu trennen“ (D 7, S. 61). Die Wiederholung der Satzstruktur und die Anaphern *Problem* und *Massen* sowie die Bildlichkeit der Aussage machen diesen Satz leicht einleuchtend und sehr einprägsam. Dieser Teiltex ist außerdem fett gedruckt, und die Anaphern wiederholen sich im Folgetext. Auch inhaltlich wird sehr übertrieben, um den erwünschten Effekt zu erzielen, ausländische Mitbürger in eine Sündenbockfunktion für die Arbeitslosigkeit einzubinden: Wenn der Anteil ausländischer Mitbürger an der Gesamtbevölkerung nun, wie zuvor erwähnt, 9% beträgt und man hiervon die Anzahl derer abrechnet, die nicht berufstätig sind (Hausfrauen, Rentner, Kinder etc.) ist nicht nur eine vermeintliche *Masseneinwanderung* nicht existent, sondern außerdem quantitativ nicht in der Lage, eine wesentliche Ursache für die hohe Arbeitslosenquote zu sein. Nichtsdestotrotz werden ausländische Mitbürger dafür verantwortlich gemacht. Im Gegenteil erklären DIE REPUBLIKANER diese Bevölkerungsgruppe dafür für schuldig, daß gerade die weniger qualifizierten oder „... nicht mehr qualifizierbaren Mitbürger immer geringere Chancen haben, in den Erwerbsprozeß eingegliedert zu werden“, da die weniger qualifizierten Arbeitsplätze „... durch Ausländer besetzt“ würden (D 7, S. 61). Die *nicht mehr qualifizierbaren Mitbürger* geraten also scheinbar unschuldig in die mißliche Lage, dauerhaft auf soziale Hilfsleistung wie Arbeitslosengeld bzw. -hilfe oder Sozialhilfe angewiesen zu sein. Unabhängig von der obigen Argumentation über den Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung würde es den Rahmen der Arbeit sprengen, Vermutungen zur Wahrscheinlichkeit der Annahme eines *weniger qualifizierten Arbeitsplatzes* durch einen deutschen Staatsbürger anstellen und untermauern zu wollen. Darüberhinaus sind ausländische Mitbürger auf dem deutschen Arbeitsmarkt oft schwieriger vermittelbar als deutsche Staatsbürger mit gleicher Qualifikation und leiden somit häufig erheblich stärker unter der mißlichen Arbeitslage (Statistisches Bundesamt, 1997, S. 55).

Außerdem werden solche Argumente in Bundesländern mit unterdurchschnittlich geringem Anteil ausländischer Mitbürger an der gesamten Landesbevölkerung wie z.B. Mecklenburg-Vorpommern¹⁴

nahezu gänzlich hinfällig, die Argumentation der REPUBLIKANER bezieht sich aber auf alle Regionen und Bundesländer und erweist sich somit als sachlich falsch.

DIE REPUBLIKANER lassen keinen Zweifel daran, daß sie „... den wirklich sozial Bedürftigen besser helfen wollen als bisher“ (D 7, S. 60). Auch an dieser Stelle wird nicht näher erläutert, was der Leser im einzelnen unter *wirklich sozial bedürftig* zu verstehen hat; klar ist jedenfalls, daß eine betroffene Person EU- oder deutscher Staatsbürger sein muß. Auf Seite 63 ihres Programms fordert die Partei:

„Zusätzliche soziale Leistungen, Wohngeld, Jugendhilfe und andere Fürsorgeleistungen darf künftig ausschließlich hilfsbedürftigen Deutschen und EU-Bürgern zugute kommen.“ (D 7, S. 63)

Zusätzliche soziale Leistungen, die hier nicht näher definiert werden, schließen aber offenbar auch Basisleistungen wie Sozialhilfe mit ein, denn in diesem Textstück wird dem Leser außerdem auch - fett gedruckt - verdeutlicht, es sei in dieser Situation „... unverantwortlich, daß inzwischen etwa ein Drittel der Sozialhilfe zum Lebensunterhalt für Asylbewerber und Asylananten aufgebracht wird ...“ (D 7, S. 63)¹⁵. In diesem Zusammenhang wird häufig der Begriff *Solidarität* gebraucht und implizit als Solidarität von Deutschen mit Deutschen, vom deutschen Staat mit seinen deutschen Staatsbürgern erläutert. So wird verdeutlicht: „Solidarität kann es nicht mit allem und jedem geben“ (D 7, S. 59), der abwertende Phraseologismus *mit allem und jedem* steht hier für ausländische Mitbürger. Begründet wird dies mit einer ähnlich Rassen bzw. Kulturkreise trennenden Philosophie, wie sie auch von der NPD vertreten wird. So ist, nach Auffassung der REPUBLIKANER nur eine „... homogene Bevölkerung [ist] in der Lage, solidarisches Verhalten als Norm praktisch zu verwirklichen“; während „... die zunehmende Heterogenisierung unseres

¹⁴ Die Verteilung ausländischer Wohnbevölkerung auf die einzelnen Bundesländer wird ebenfalls in Kap. 3.4.1.4 genauer geschildert.

¹⁵ Der tatsächliche Anteil ausländischer Wohnbevölkerung an der Gesamtanzahl aller Empfänger von „laufender Hilfe zum Lebensunterhalt“ (=Sozialhilfe) betrug 1997 19,72% und ist im übrigen, im Gegensatz zur Entwicklung bei deutschen Empfängern, rückläufig (Statistisches Bundesamt, 1997, S. 57).

Volkes ...“ (D 7, S. 59) - imperativisch und in militärischem Wortgebrauch, welcher eine entsprechende Dringlichkeit signalisiert - *bekämpft werden muß*.

Die Ausführungen der REPUBLIKANER zum Thema unterscheiden sich also kaum von der radikalen Forderung der NPD:

„Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungssystem auszugliedern.“ (D 4; S. 8)
Hier wird in einem sehr sachlich anmutendem Satz imperativisch verlangt, ausländischen Mitbürgern jegliche soziale Absicherung zu entziehen. In der Praxis wären betroffene Personen dadurch der Obdachlosigkeit und dem Hunger ausgeliefert, sobald sie krank oder arbeitslos würden. Sie könnten zwar arbeiten, Anspruch auf eine staatliche Rente könnten sie jedoch nicht erlangen. Auch wären sie durch einen Arbeitsvertrag nicht, wie jeder deutsche Arbeitnehmer, krankenversichert. In kürzester Zeit würden Ausländer tatsächlich zu Menschen zweiter Klasse - diese Vorstellung ist es also, die den Begriff *Sklaven der Neuzeit* (D 4, S. 7) eigentlich mit Inhalt füllt. Die Sachlichkeit der Formulierung – der Begriff *ausgliedern* steht hier für die Entziehung der Lebensgrundlage – hat bei einem Blick auf die praktischen Konsequenzen einer solchen Forderung euphemistischen Charakter.

Die Vorstellung von einer funktionierenden Volkswirtschaft ist auch bei der NPD eng mit der Ausländerproblematik gekoppelt. Im Programmpunkt fünf mit dem völkisch anmutenden Titel „Die raumorientierte Volkswirtschaft“ wird mit der Feststellung, jeder Deutsche habe das Recht auf Arbeit, auch implizit verdeutlicht, daß dieses Recht nicht auf ausländische Mitbürger zutrifft und daher lautet die folgende Aussage: „Arbeitsplätze sind zuerst an Deutsche zu vergeben“ (D 4, S. 5). Die Produktionsfaktoren „Grund und Boden sind Eigentum des deutschen Volkes“ (D 4, S. 5), woraus sich die Fragen ableiten, ob Ausländer überhaupt in der Lage wären, unter einem NPD-Regime Grund und Boden zu erwerben bzw. ob sie gegebenenfalls gar enteignet würden. Forderungen wie die o.g. finden sich in einem Rahmentext, der dem Staat nicht nur die oberste Verantwortung für den Wirtschaftsmarkt zuspricht, sondern es auch zur Staatsaufgabe erklärt, diese Wirtschaft zu führen. Eine solche überkommene und diktatorisch anmutende Staatsgewalt ist in Zeiten der Globalisierung schlicht nicht mehr durchführbar. Folglich lehnt die NPD dieselbe

ab, mit der sachlich falschen Begründung, sie habe zur *Massenerwerbslosigkeit* geführt (D 4, S. 4 f.).

Auch die Globalisierung ist zwar eine Erscheinung des Übergangs von einer Industriegesellschaft zur Informationsgesellschaft, doch läßt sie sich nicht pauschal für die in den 90er Jahren hohe Arbeitslosenquote verantwortlich machen. Durch den Transformationsprozess ergibt sich zwar strukturelle Arbeitslosigkeit, aber auch die Schaffung ganz neuer Branchen mit entsprechenden neuen Berufen (z.B. Informatik-Kaufmann) und einem immensen Bedarf an Arbeitskräften.

Kapitel 3.1.2.2.3

Ausländer/Asylbewerber und Innere Sicherheit

Wenn die DVU in ihrem Programmpunkt „Schutz vor Kriminellen“ mit keinem Wort auf die Ausländerthematik eingeht, so existiert doch eine Verknüpfung der Themen an anderer Stelle. Dieser Zusammenhang wird zwar nur an dieser einen Textstelle hergestellt, dort aber betont, weil er bereits zu Beginn des Programms unter „Bewahrung der deutschen Identität“ genannt wird. Nachdem sich die DVU in einem einleitenden Absatz ausführlich zur *freiheitlich-demokratischen Grundordnung* bekannt hat, fordert sie im Zusammenhang mit einer allgemeinen *Begrenzung des Ausländeranteils* zum Zweck der „Bewahrung der deutschen Identität“ die „... Ausweisung von kriminellen Ausländern“ (D 5, S. 1). In dieser Schilderung wird impliziert, daß die Attribute *ausländisch* und *kriminell* im Regelfall nicht voneinander zu trennen sind¹⁶. So werden etwa die Begriffe *Asylbewerber* und *wahrhaft politisch Verfolgte* antonymisch gebraucht und damit impliziert, daß Asylbewerber nicht politisch verfolgt sind und das deutsche Asylrecht folglich mißbrauchen. So stellt die DVU in diesem Absatz dann fest:

„Deutschland soll das Land der Deutschen bleiben. (...) Das schließt das Recht auf ... die nationale Identität und volle Selbstbestimmung ein. So ist auch am besten dem Frieden in der Welt zu dienen, wie es unsere Verfassung proklamiert.“ (D 5, S. 1)

¹⁶ Diese Verknüpfung wird in Kap. 3.4.1.4 aufgegriffen und auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft.

Nach dieser Darstellung zu urteilen fordert die DVU nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit, nämlich die Umsetzung der Verfassung in die Praxis. Der Eindruck von Wissen und Kompetenz, der hier durch die Begründung eigener Forderungen mit dem Grundgesetz vermittelt werden soll, soll durch den Gebrauch des Fremdwortes *proklamiert* noch verstärkt werden.

Es muß also niemand ein schlechtes Gewissen haben, wenn er dem zustimmt und der Meinung ist, der Großteil aller in Deutschland lebenden Ausländer müsse wegen Mißbrauchs ausgewiesen werden, da diese Forderung ja zum einen schon in Gesetzestexten enthalten sei und zum anderen von gebildeten Persönlichkeiten vertreten werde.

Mit einer ähnlichen Argumentation wie die DVU fordern auch DIE REPUBLIKANER in ihrem Kurzprogramm die „generelle Ausweisung straffälliger Ausländer“ (D 2, S. 6). Im eigentlichen Parteiprogramm verknüpfen sie beide Thematiken bereits in der Überschrift des vierten Kapitels ihres Programms miteinander: „Innere Sicherheit, Rechts- und Ausländerpolitik, Asylrecht und Verfassungsreform“ (D 7, S. 16). Eine Forderung der Partei lautet:

„Die genaue Analyse der Kriminalitätsursachen und -formen und deren Veröffentlichung. Die ethnische Zugehörigkeit der Täter darf nicht verschleiert werden.“ (D 7, S. 16)

Das Wort *ethnisch* mutet als modernisierte Form des NS-Begriffes *rassisch* an. Inhaltlich wird der Eindruck erweckt, als würde ein wesentlicher, wenn nicht der größte Teil der Straftaten von Personen verübt, die nicht dem europäischen Kulturkreis i.e.S. angehören bzw. einer anderen Ethnie als der eigenen zuzuordnen sind. In der Konsequenz geschieht hier eine Distanzierung von dem entsprechenden Personenkreis: Das Fehlverhalten der eigenen Gesellschaft wird dadurch relativiert, daß es ja eigentlich von jemand anderem begangen wird. So nehmen die Täter, deren *ethnische Zugehörigkeit nicht verschleiert werden darf* eine Sündenbockfunktion wahr¹⁷.

Im Zusammenhang mit dieser Thematik fordern DIE REPUBLIKANER außerdem euphemistisch die „Rücknahme der kriminalpolitisch überzogenen Datenschutzregelungen im Bereich der Verbrechensbekämpfung ...“ (D 7, S. 17) und regen so dazu an, Artikel zwei zur Freiheit der

¹⁷ Eine Verschleierung dieser Art ist ausdrücklich nicht zu erkennen. Das Statistische Bundesamt gibt in regelmäßigen Abständen detaillierte Informationen zum Thema heraus (s. Literaturverzeichnis).

Person und Artikel 13 zur Unverletzlichkeit der Wohnung des Grundgesetzes zu dehnen oder gar zu mißachten – es werden keine Informationen dazu gegeben, wie weit man diese Menschenrechte biegen möchte bzw. in welchem Detail.

Kein Zweifel wird jedenfalls daran gelassen, daß es eine „Unverzügliche Personalverstärkung bei Polizei und Bundesgrenzschutz, BKA, Zoll und Justiz“ geben müsse (D 7, S. 17), denn diese würden bisher „... von den Altparteien in ihrem Kampf gegen das Verbrechen alleingelassen“ (D 7, S. 16). Die Aufstockung des Personals, hier vermutlich besonders des Bundesgrenzschutzes, müsse in diesem Zusammenhang auch deshalb vorgenommen werden, „... um den Zustrom illegaler Einwanderer vollständig zu unterbinden“ (D 7, S. 18). Bildliche Formulierung wie diese, der elativische Gebrauch von Adjektivattributen wie *dramatisch*, die häufige Wiederholung einzelner Wörter wie z.B. *wirksam* und *Kriminalität* unterstützen den Eindruck von großer Dringlichkeit und Notwendigkeit des Handelns, wie er auch inhaltlich vermittelt wird. Durch den ausgeprägten Gebrauch von Vokabeln aus dem militärischen Bereich wird dieser Eindruck noch unterstrichen: Auf den Seiten 16 bis 19 wird der *Innere Frieden* bzw. die *Innere Sicherheit* wiederholt von den REPUBLIKANERN *erkämpft*, *verteidigt* und *gesichert*.

Die NPD sieht den inneren Frieden durch die Bildung von *Ausländerghettos*, in denen „... die deutsche Restbevölkerung zur Minderheit im eigenen Land wird“ (D 3, S. 7) gefährdet. Im Einklang mit der DVU und den REPUBLIKANERN verlangt die NPD im Programmpunkt 14, „Reform des Rechtssystems“, die „Stärkung der Polizei“ u.a. zur „Abschiebung krimineller Ausländer“ (D 3, S. 12). Auch in diesem Programm werden die Wörter *kriminell* und *Ausländer* sehr häufig miteinander verknüpft, so daß hier ebenfalls der Eindruck entstehen kann, ausländische Mitbürger wären insgesamt von ihrem Wesen her kriminell. Neben diesen Forderungen befürwortet die NPD außerdem die „Wiedereinführung der Todesstrafe in besonders schweren Fällen ...“ und tritt damit die Menschenrechte offensichtlich mit Füßen (vgl. Grundgesetz, Art. 102: „Die Todesstrafe ist abgeschafft.“).

Die NPD-Forderung nach der Abschiebung mit dem Gesetz in Konflikt gekommener ausländischer Mitbürger gipfelt in einer menschenverachtenden Aussage höchst euphemistischen Charakters:

„Die Feststellung, daß im Heimatland eines Asylbewerbers strengere Strafen als in Deutschland gelten, darf der Abschiebung nicht grundsätzlich im Wege stehen.“ (D 3, S. 12)

Sollte also z.B. ein Asylbewerber eine in Deutschland minder schwere Tat begangen haben, die in seinem Heimatland mit der Todesstrafe geahndet wird, so wäre die NPD *grundsätzlich* für die Auslieferung der betreffenden Person. In diesem Zitat werden die Einzelschicksale einer solchen Regelung bewußt sachlich verallgemeinernd dargestellt. Der Leser muß zwei Mal hinsehen, um das ganze Ausmaß solcher Forderungen zu begreifen.

Diese Ausführungen bestätigen die in Kap. 3.1.1 gewonnenen politikwissenschaftlichen Erkenntnisse. Die untersuchten Parteien sind in ihren Zielen und Inhalten von der NSDAP selten allzu weit entfernt und stehen dafür nicht hundertprozentig auf dem Boden des Grundgesetzes. Sie vertreten ein homogenes Deutschlandbild und betrachten es als vorrangige Aufgabe des Staates bzw. der Regierung, die Überlebensfähigkeit und Durchsetzungsfähigkeit des Volkes zu sichern. Da nach dieser Auffassung nur ein homogenes Volk stark ist, wird das Heterogene, das Fremde zum Feindbild.

Kapitel 3.2

Parteiperiodika: Multidisziplinäre Analysen

Im Rahmen der Betrachtung von Parteiperiodika wurden die von den großen rechtsradikalen Parteien herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften herangezogen. Als Parteiperiodikum im weiteren Sinne wurden auch dem parteiunabhängigen Heft *Nation & Europa* Artikel entnommen. Die Nation Europa Verlags GmbH Coburg wurde 1950 als Forum für europäische Rechtsradikale gegründet. Die jetzigen Herausgeber sind Peter Dehoust, ehemals Mitglied der inzwischen verbotenen *Deutschen Liga für Volk und Heimat (DL)* (Wagner, 1994, S. 168 f.) und Harald

Neubauer, Vorsitzender der DL. Das vom Verlag herausgegebene Heft *Nation & Europa* nutzen viele populäre Personen der rechtsradikalen Szene als Sprachrohr, so z.B. Franz Schönhuber, dessen Artikel zur Position der Neuen Radikalen Rechten im folgenden näher betrachtet wird (Kap. 3.2.1). Franz Schönhuber, ehemaliger Chef der REPUBLIKANER, 1998 Kandidat für die DVU, hat neben einer eigenen Homepage auch eine Kolumne bei *Nation & Europa*.

Eine gesonderte Defizitanalyse bzw. einen analysierenden Vergleich mit dem NSDAP-Programm wird in diesem und den folgenden Subkapiteln nicht mehr erfolgen, weil sich erstens die Parteiprogramme für solche Analysen am ehesten eignen und sich zweitens die dort erarbeiteten Erkenntnisse hier lediglich wiederholen würden.

Kapitel 3.2.1

Staatsbild

Eine bewußte und explizite Darstellung der eigenen Vorstellungen von einem Staat ist in den Parteiperiodika eher die Ausnahme. Die entsprechenden Erwartungen ergeben sich vielmehr aus dem allgemeinen politischen Diskurs, d.h. Charakteristika eines Staatsbildes werden besonders sichtbar in den Hauptanalysethemen dieser Arbeit, wie z.B. den Themengebieten Europa oder Ausland/Asyl. Hier werden die Erwartungen an einen Staat in Form von Handlungserwartungen deutlich: Man wünscht sich z.B. einen starken Nationalstaat, der die Aufenthaltsbestimmungen für Nichtdeutsche deutlich begrenzt (Kap. 3.2.2.3).

In den vier Texten, die exemplarisch für solche ausgewählt wurden, die sich bewußt mit der Frage nach dem Staatsbild auseinandersetzen, wird vorwiegend die Position und Zukunft der Neuen Radikalen Rechten in Deutschland diskutiert.

Ein maßgeblicher Text ist hier ein Artikel Franz Schönhubers, in welchem er sich im Zusammenhang mit der Reemtsma-Wehrmachtsausstellung zu Aufgaben der Bundeswehr äußert sowie zur „... strikte[n] Trennung von Kirche und Staat“, „... ein neues Presserecht“ verlangt und

die „... Sicherung von Arbeitsplätzen und Widerstand gegen die zunehmende Amerikanisierung“, eine Neuschreibung der Geschichte nach revisionistischen Grundsätzen und einen „... Ausstieg aus der Atomkraft“ fordert (C 3, S. 19 ff.; Nation&Europa). Diese Forderungen werden überlagert vom Hauptanliegen Schönhubers: Einem friedlichen Miteinander der rechten Parteien. So heißt auch der Artikel „Anderer Umgang ist gefragt“ (C 3, S. 19); er rahmt formell alle weiteren Forderungen ein, indem sein erster Wunsch der nach einem friedlicheren Umgang miteinander ist und sein den Text abschließendes Verlangen von den *Patrioten* imperativisch erwartet, daß sie ihre *Europafeindlichkeit* ablegen (C 3, S. 19 u. 22).

Schönhuber spricht von der „... Zitatwaffe als Totschlaginstrument ...“, welches von Politikern mißbraucht würde (C 3, S. 19) und zitiert dann auf derselben Seite den französischen Rechtspopulisten Le Pen zu seinen Zwecken:

„Diejenigen, die ihr Vaterland lieben und dazu alle Werte menschlicher Solidarität, sind Brüder, auch wenn sie sich zuweilen ignorieren, ja selbst bekämpfen. Und doch ist das, was sie eint, stärker und wichtiger als das, was sie trennt.“ (C 3, S. 19)

Schönhuber unterstreicht die Bedeutung dieses Diskurses durch das Verwenden beschwörerischer Begriffe mit religiösem Touch, wenn er von einem *Glaubenskrieg* schreibt, der unter den Rechten ausgefochten würde. Nahtlos findet er dann den Übergang zu seinen Subforderungen: Es soll „Keine Auslandseinsätze für deutsche Soldaten“ geben, da man von den *Enkeln* einer *geschmähten Kriegsgeneration* nicht erwarten dürfe, daß sie sich *auf den gleichen Schauplätzen Kriegsverbrechen andichten* ließen (C 3, S. 20). Die SPD und DIE GRÜNEN sollen durch den Vorwurf, sie hätten auf *opportunistische* Weise ihre *pazifistischen* Überzeugungen verkauft, unglaubwürdig werden. Im Zusammenhang mit dem Wehrdienst fordert Schönhuber die Einführung eines sozialen Pflichtjahres für *Mädchen* (während beim Wehrdienst von *Männern* die Rede ist, wird beim sozialen Pflichtjahr nicht von *Frauen* gesprochen!) zur Sicherung des Personalstandes in der Altenpflege (C 3, S. 20).

Wenn Schönhuber auf Seite 21 für die „... strikte Trennung von Kirche und Staat“ eintritt, meint er damit die Abschaffung der Kirchensteuer und die Vertreibung geistlicher Politiker aus der

bundesdeutschen Politik: „Auf die Hintzes, Eppelmanns, Thierses und Freunde könnte man gut und gerne verzichten“ (C 3, S. 21).

Im Einklang mit den Parteiprogrammen der NPD (D 4, Programmpunkt 3), der DVU (D 5, Programmpunkt 12) und der REPUBLIKANER (D 7, Kapitel 13) kritisiert Schönhuber das Presserecht und den Umgang der Presse mit rechtsradikalen Akteuren, von der man sich ignoriert, übergangen und diskriminiert fühlt (C 3, S. 21 f.). In diesem Zusammenhang fordert er auch, „... daß die Hälfte der in Funk und Fernsehen gesendeten Beiträge aus deutschen Produktionen kommen müssen“ (C 3, S. 22) und verknüpft diese für den Nationalsozialismus des Dritten Reiches charakteristische Praxis einer zentralistisch gesteuerten Kulturpolitik völkischen Gedankens (Schmitt, 1995, S. 534) mit der Begründung, so könne man Arbeitsplätze sichern und sich vor der angeblichen Bedrohung durch eine *zunehmende Amerikanisierung* schützen. Beides läuft in ökonomischer Konsequenz der Entwicklung zur globalen Marktwirtschaft natürlich sehr zuwider.

Ganz im Stil der Vorstellungen der NPD (D 4, Programmpunkt 10) sympathisiert auch Schönhuber mit einer revisionistischen Darstellung der Geschichte und stellt imperativisch klar: „Geschichte muß sich wieder an den Fakten orientieren und nicht an ihrer Interpretation aus heutiger Sicht“ (C 3, S. 22). Dies impliziert, daß er die Geschichtsverarbeitung, wie sie in der BRD seit 1945 geschehen ist, für unzutreffend hält und läßt sehr stark vermuten, daß besonders bezüglich der Geschichte zwischen 1933 und 1945 andere Vorstellungen gehegt werden, sprich daß die Wahrheit dessen, was im Dritten Reich passiert ist, in wesentlichen Teilen geleugnet wird.

Der rechtsradikale Kolumnist versucht im folgenden, vom Image der GRÜNEN als Partei mit ökologischer Verantwortung zu profitieren, indem er diesen unterstellt, sie hätten ihren umweltbewußten Forderungskatalog *aus opportunistischen Gründen preisgegeben* - an die Stelle dieser ‚Versager‘ will nun die Rechte treten, als deren Sprachrohr Schönhuber sich versteht: „Ich trete ein für den schrittweisen Ausstieg aus der Atomkraft ...“ (C 3, S. 22). Vom Staat wird also einerseits erwartet, daß er sich rückschrittlich an revisionistischem Geschichtsbewußtsein und der

Nationalstaatlichkeit orientiert, fortschrittlich dagegen soll er in Fragen der Ökologie sein (wirken).

Abschließend erwartet Schönhuber als Sprachrohr vieler Rechtsgesinnter von einem (konservativen) Staat, daß er die Nationalstaatlichkeit der einzelnen Mitglieder der Europäischen Union – im besonderen gilt dies für Deutschland – wahrt und keine *Mischkulturen* zuläßt (C 3, S. 22).

Der Schönhuber-Text ist ein Vorwahltext, einer, der im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 erschien. Kurz nach den Wahlen, bei denen die deutsche Rechte wiederum erfolglos war, verfaßte Harald Neubauer, Chef des Nation&Europa-Verlages, im gleichnamigen Publikationsorgan einen Artikel, der am besten als eine Mischung aus Schuldeingeständnis und Kollektivschelte zu beschreiben ist. In dem Artikel mit dem Titel „Deutsche Rechte - was nun?“ (C 4, S. 3) bedient er sich reichlich des Stilmittels der Ironie in Kombination mit archaischen und religiösen Ausdrücken, um das *Debakel* (C 4, S. 3) der für die Rechtsparteien vollkommen verlorenen Bundestagswahl 1998 als eines darzustellen, das vorhersehbar und vermeidbar gewesen wäre. Da wird z.B. in religiös anmutender Begrifflichkeit vom *Bannstrahl* (C 4, S. 4) gesprochen, von dem die zerstrittenen *Lager* (C 4, S. 3) der Rechten eigentlich getroffen werden müßten und was die politische Kultur anbelangt, so sieht Neubauer ein *Licht*, welches *die Düsternis erhellt* (C 4, S. 4): Nicht nur hätten sich überproportional viele Erstwähler für rechtspopulistische Parteien entschieden, auch das gesamte rechte Wählerpotential läge „... stabil zwischen zehn und 15 Prozent“ (C 4, S. 4). Insofern täte man gut daran, „... auf die Jugend zu setzen“ (C 4, S. 4). Vor allen Dingen die Aussagen zum Jugendwahlverhalten bzw. zum Erstwählerverhalten haben sich in der Folgezeit bei den Landtagswahlen 1999 in Brandenburg und Thüringen klar bestätigt (Kap. 5.2).

Die Erwartungshaltung Neubauers als Kolumnist von *Nation & Europa* und somit als Multiplikator rechtsradikaler Ideen bezieht sich auf einen rechtsradikalen oder gar völkischen Staat und damit auf ein rechtsextremistisch zentralistisch gesteuertes System. Hier vermittelt Neubauer das Bild von einem bezüglich seiner Größe wesentlichen Bevölkerungsteil, der seine

rechtsradikalen Gedanken teilt und den Eindruck, diese Größe sei eine Basisgröße, die durch Wahlerfolge¹⁸ und stärkere Präsenz der Rechten im öffentlichen Leben noch steigen könne. Aus der Vorstellung von einem so geprägten Staat ergibt sich die Erwartungshaltung an die rechtsradikalen Parteien Deutschlands, die *der Wähler* wegen ihrer Uneinigkeit *erbarmungslos abgestraft* habe, was Neubauer nun wiederholt. Er erwartet die Einigung verschiedener rechtsradikaler Parteien und Gruppierungen zu einer einheitlichen Gruppe, die entsprechend überzeugend auftreten könne und durch den daraus folgenden Wahlerfolg bzw. die resultierende Einflußnahme im alltäglichen politischen Betrieb beginnen könnte, die rechtsradikale Zukunft in Deutschland durch die Erlangung der Regierungsmacht aufzubauen. Dies erscheint zwischen den Zeilen, das eine ist bei Neubauer jedoch klar: Den Beginn, das Erklimmen der *Fünf-Prozent-Hürde*, hätte man bei der Bundestagswahl 1998 machen können, wäre man nicht auf so egoistische Weise zerstritten gewesen (C 4, S. 3 f.).

Ein weiterer Text Schönhubers unter dem Titel „Der Lack ist ab“ erschien in der *Deutschen Nationalzeitung*, die vom DSZ-Verlag des DVU-Chefs Dr. Frey vertrieben wird. In diesem Artikel wird gegen einen vermeintlichen Sittenverfall gewettert, der die Republik kennzeichne (C 27, S. 6). Als Beispiele werden hier moralischer Verfall in Form von ehelicher Untreue, Scheidungen und Drogensucht sowie Korruption („Die Clintons sitzen überall“, C 27, S. 6) angeführt. Diese Sachverhalte werden als Negativbeispiele eines Staats(ideal)bildes beschrieben. Den etablierten Parteien werden hier rechte Politiker und dem zunehmend moralisch verfallenden Durchschnittsbürger die *Patrioten*, hier vor allem die rechtsradikalen Anhänger der DVU, antonymisch gegenübergestellt - man strebt an, sich bei Wahlen durchzusetzen, um den vermeintlichen Verfall zu stoppen und ihm nationalkonservative Werte entgegenzusetzen:

„Wir Patrioten aber sollten uns das nicht mehr gefallen lassen und zum Gegenangriff übergehen, bei Aktionen und Diskussionen und nicht zuletzt bei den Wahlen.“ (C 27, S. 6)

Diese Ansicht wird sehr bildreich mit vielen antonymischen Gegenüberstellungen (z.B. *Scheinwelt* - *Wirklichkeit*) und emphatischen Formulierungen vermittelt. Der spöttisch-ironische

¹⁸ Zu dieser Gelegenheit sei auf die viel rezipierten Wahlanalysen Falter von 1994 verwiesen, die sich intensiv mit dem Phänomen Rechtsradikalismus befassen.

Tonfall, in welchem Schönhuber die Gesellschaft kritisiert, wird besonders getragen und gestärkt durch Archaismen (*einst*) und Begriffe aus dem religiösen Bereich (*andachtsvoll, pilgern*).

Ein weiterer Text aus *Nation & Europa* schildert eine ganz andere rechtskonservative Erwartungshaltung an den Staat. Nach der Vorstellung K. Müntzers ist es eine der dringlichsten Aufgaben des Staates, die Erhaltung des deutschen Volkes in biologischer Hinsicht zu sichern: Er zeichnet ein apokalyptisches Bild vom Untergang des deutschen Volkes durch „... ein demographisches Desaster“ (C 4, S. 54), welches äußerlich versucht, sich durch ausführliche Zitate diverser Wissenschaftler und durch das Einbringen statistischer Erkenntnisse einen sachlichen Touch im Nachrichtenstil zu geben und so besondere Glaubwürdigkeit unter den Rezipienten erreichen will. Es wird der Eindruck geschürt, der Geburtenrückgang in der BRD sei schlichtweg *erschreckend*, schon bald würde die (deutsche) Bevölkerung zusammen mit allen Europäern *aussterben*; schon der Titel des Artikels ist hier bezeichnend: „Sterben die Europäer aus? In hundert Jahren nur noch 22 Millionen Deutsche“ (C 4, S. 54)¹⁹. Außerdem wird ausgeführt, daß unter diesen demographischen Bedingungen die bereits *bunter und heterogener gewordene Bevölkerung* Deutschlands unter dem Druck der *nichtdeutschen Minderheit* stünde und die deutsche Bevölkerung einer Entwicklung unterliege, die sehr bald „... dazu führt, daß aus der Mehrheit eine Minderheit wird und umgekehrt“ (C 4, S. 54). So wird *ausdrücklich* mittels des Zitats eines *Schweizer Bevölkerungswissenschaftlers* „... vor dem drohenden Identitätsverlust Europas“ *gewarnt* (C 4, S. 54). In diesem Artikel wird Angst geschürt, unterstützt wird dies gekonnt durch die Nutzung von Statistiken, die eingefügten Zitate, durch Adjektive, die starke negative Assoziationen hervorrufen und teils elativischen Charakters sind (*erschreckend, tabubefrachtet, drohend*), Wiederholungen, die die o.g. Ängste einprägen sollen, Übertreibungen (*demographisches Desaster, schleichende Katastrophe*), das antonymische Gegenübersetzen von

¹⁹ Die Überlegung beruht auf der Tatsache, daß es in Deutschland seit 1972 jährlich mehr Todesfälle als Geburten gibt und sich dies beim ausländischen Teil der Bevölkerung genau entgegengesetzt verhält. Allerdings ist die Zahl der Geburten pro Jahr nach dem bis dato vorherrschenden rückläufigen Trend 1996 und 1997 wieder angestiegen (Statistisches Bundesamt, 2000, S. 35 f.).

alt und *jung*, *deutsch* und *ausländisch* sowie zahlreiche bildliche, manchmal auch phraseologische Ausdrücke (*die Politik stellt sich taub*) etc. Da sich die Regierungsparteien *taub stellen*, wird besonders deutlich, daß von einem rechtsradikalen Staat erwartet wird, sich gegenteilig zu verhalten bzw. das vermeintliche *demographische Desaster* zu stoppen und zu verhindern, daß aus der *nichtdeutschen Minderheit* eine Mehrheit wird (C 4, S. 54). Zwischen den Zeilen wird nur einer rechtsradikalen Regierung zugetraut, den angeblich bevorstehenden Untergang des deutschen Volkes abwenden zu können.

Eine solche Regierung soll und muß deutlich mehr Macht haben als das im jetzigen System der Fall ist, um die oben erläuterten Erwartungen erfüllen zu können; die Regierung eines starken Staates muß zentralistischen Charakters sein, um Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse nach den o.g. Vorstellungen prägen zu können. Auch der zuvor bereits erwähnte Kulturbegriff ist bei Rechtsgesinnten ein anderer. Aus den analysierten Texten ging hervor, daß diese eine hochgradig zentralistisch gesteuerte Kulturpolitik anstreben, wie sie kennzeichnend für das Dritte Reich war. Ein solcher Staat muß außerdem nach sozialdarwinistischen Grundsätzen handeln bzw. vom völkischen Lebensraumdenken geprägt sein, um den in Quelle C 4 beschworenen demographischen Entwicklungen durch eine entsprechende Ausländer- und Geburtenpolitik entgegenwirken zu können (Kap. 3.1.2.1). Je stärker ein Staat jedoch ist und je mehr er diese Erwartungshaltungen erfüllt, desto weniger demokratisch wird er sein (Kap. 1.1.1).

Im Rahmen des Schürens der Angst vor Identitätsverlust wird auch die islamische Religion als feindliche Bedrohung dargestellt, wobei als positives Antonym im Schema gut - böse in der Regel das Christentum oder das *christliche Abendland* bemüht wird (z.B. in C 2, S. 16-17; C 3, S. 5-9; C 29, S. 2). Diese Argumentation ist leicht als Vorwand zu begreifen, wenn man sich einerseits die Bedeutung neuheidnischer Glaubensgruppen²⁰ klar macht und andererseits die Idee von der natürlichen Ungleichheit²¹ ins Gedächtnis ruft, die in der Regel von rechten Gruppierungen

²⁰ Ein erläuternder Überblick wird in "Wotans Jünger. Neuheidnische Gruppen zwischen Esoterik und Rechtsradikalismus" von Franziska Hundseder gegeben (1998).

²¹ Rechtsradikale und völkische Ideologie beinhaltet den Glauben an die natürliche Ungleichheit der Menschen (Kap. 1.1.1, besonders S. 4-5). Daher wenden sich beispielsweise die DVU und die NPD gegen eine sog. *Gleichmacherei*

vertreten wird. Die Grundüberzeugungen des Christentums decken sich nicht mit der Vorstellung einer natürlichen Ungleichheit des Menschen. Die Grundfeste, auf denen die christlich geprägte Kulturgemeinschaft Europas steht und auf die man sich in solchen Artikeln beruft, decken sich nicht mit den Grundüberzeugungen rechtsradikaler Ideologie²².

Zur Analyse des Staatsbildes, wie es in rechtsradikalen Periodika in Erscheinung tritt, muß außerdem festgehalten werden, daß es - im Gegensatz zu den Parteiprogrammen - in diesen Parteiperiodika keine explizit formulierte Abgrenzung von der Alten Rechten gibt.

Kapitel 3.2.2

Zur Rolle von Ausländern/Asylbewerbern im Zusammenhang mit Arbeit/Arbeitslosigkeit sowie mit Innerer Sicherheit

Im Gegensatz zu den Parteiprogrammen werden in den Parteiperiodika die Themen Ausländer/Asylbewerber und Arbeit/Arbeitslosigkeit so gut wie gar nicht miteinander verknüpft. Das Thema Wirtschaft wird zwar häufig diskutiert, jedoch eher dahingehend, daß man die etablierten Parteien bezichtigt, aus Unkenntnis und Verantwortungslosigkeit zu handeln (Hier wird die Weltsicht rechtsradikaler Ideologie auf sozialdarwinistischem Hintergrund deutlich, wie sie in Kap. 2.2.2.3 und 3.1.2.1 geschildert wurde). Dieser Vorwurf wird argumentativ aber nur äußerst selten mit der Konkurrenz verknüpft, die deutschen Arbeitnehmern aus der Berufstätigkeit von ausländischen Mitbürgern entsteht. Daher ist eine ausführliche Erläuterung zu diesem Thema hinfällig, allerdings wird ein Artikel der *Jungen Freiheit* analysiert werden, weil daran die Nähe christlich-konservativen und national-konservativen bzw. gar rechtsradikalen Denkens zueinander deutlich wird.

und behaupten, es würde der Natur des Menschen zuwider laufen, wenn man jeden als grundsätzlich gleich betrachten würde (D 3, Programmpkt. 1; D 5, Programmpkt. 10).

²² An dieser Stelle ist festzuhalten, daß die Anzahl von ausländischen Mitbürgern islamischen Glaubens im Verhältnis zur ausländischen Gesamtpopulation offiziell etwa ein Drittel beträgt und diese Zahl als zu hoch gegriffen betrachtet werden muß, weil sie sich größtenteils auf Personen türkischer Herkunft bezieht und in der betreffenden Erhebung die Türkei pauschal als islamisches Land erfaßt worden ist (Q 5).

Sehr offensichtlich wird in den Parteiperiodika hingegen eine Parallele des Komplexes Ausländer/Asylbewerber mit dem Bereich Innere Sicherheit gezogen (Kap. 3.2.2.3).

Kapitel 3.2.2.1

Die Behandlung der Ausländerthematik im allgemeinen

Die Behandlung der Ausländerthematik im allgemeinen zeichnet sich inhaltlich sowohl bei den Parteiprogrammen als auch bei den Parteiperiodika durch dreierlei verschiedene Herangehensweisen aus: Zum einen wird die Anwesenheit ausländischer Mitbürger und deren Handlungsweisen als ursächlich für den Anstieg von Kriminalität dargestellt (Kap. 3.2.2.3), zum anderen wird die durch Sozialhilfe und ähnliche Leistungen für ausländische Mitbürger entstehende finanzielle Belastung als nicht mehr lange tragbar und ungerecht beschrieben, und darüberhinaus werden Ängste vor einem Identitätsverlust geschürt (s. Analyse von Quelle C 4, S. 63 f.), was schon an den Überschriften der betreffenden Artikel zu erkennen ist, z.B. „Das Volk wird ausgewechselt“ (C 5, S. 13 f.; Nation&Europa) oder „Deutsche Städte verlieren ihr deutsches Gesicht“ (C 29, S. 2; Deutsche Stimme).

Der zuletzt genannte Artikel erschien im Wahljahr 1998 in der NPD-Zeitung *Deutsche Stimme* mit dem bildlichen Untertitel „Das böse Resultat der Einwanderungslawine“ (C 29, S. 2). Mit dem typischen Instrumentarium der LTI zeichnet der Artikel ein apokalyptisches Bild vom sich andeutenden Untergang der deutschen *Volkssubstanz* angesichts der *grenzenlosen Überfremdung* (schon dies ist ein typischer Terminus der Nazi-Sprache; vgl. Brackmann / Birkenhauer, 1988, S. 185), die *das böse Resultat der Einwanderungslawine* sei (C 29, S. 2). Der Text ist übervoll von Schlagwörtern (*kriminelle ausländische Jugendbanden*), Antonymen (*deutsch – ausländisch*), Emphasen (bezüglich der Wortwahl, z.B. *Vermischungstendenzen* durch multikulturelle Gesellschaft), Metaphern (*grausames Erwachen*), elativischen Adjektivattributen (*grenzenlos*), Übertreibungen (die BRD als *Sanatorium*) sowie Archaismen (*die Kunde*) und Neologismen

(*Multikultur*). Politisch korrekte Ausdrucksweise ist praktisch nicht existent, wenn von *Turkvölkern* und *Negern* berichtet wird, statt dessen bemüht man sich, Berlin als (ehemalige) *Hauptstadt des Deutschen Reiches* zu bezeichnen, die durch die *Einwanderungslawine* zu einer *islamischen Hochburg* zu werden drohe (C 29, S. 2). Die multikulturelle Gesellschaft wird als verachteter Versuch einer *Durchmischung* der *Volkssubstanz* gesehen (C 29, S. 2). Auf diese Art und Weise werden ausländische Mitbürger als Bedrohung dargestellt. Es werden in diesem Artikel vor allem in zweierlei Hinsicht Ängste geschürt. Zum einen ist das die Befürchtung, das deutsche Volk könne dank der eigenen, niedrigen Geburtenrate und einer hohen Geburtenrate bei ausländischen Mitbürgern (C 29, S. 2) allmählich aussterben bzw. *ausgewechselt* (C 5, S. 13) werden. Zum anderen werden Ängste vor einer kulturellen *Überfremdung* (C 29, wiederholt auf S. 2) geschürt, die auf die existentielle Angst vor einem kollektiven *Identitätsverlust* (C 4, S. 54) zuführen. Auch in diesem Artikel wird zwar die Innere Sicherheit mit Hinweisen auf Ausländerkriminalität bemüht, die Thematik hat, verglichen mit den zuvor genannten Hauptabsichten, jedoch nur randliche Bedeutung.

Der Artikel „Das Volk wird ausgewechselt“ (C 5, S. 13 f.) stützt sich ebenfalls auf das Schüren von Identitätsängsten. Auch hier wird zwar das Problem der Ausländerkriminalität zum Wecken des Interesses der Rezipienten genutzt (Kap. 3.2.2.3 und 3.4.1.3), jedoch wird das bloße Vorhandensein ausländischer Mitbürger bereits als Bedrohung dargestellt:

„Es geht aber nicht nur um die Verbrechenszahlen. Die demographischen ... Fakten ... sind ungleich gravierender“ (C 5, S. 13).

Die Schuld für das so prognostizierte, baldige Aussterben des deutschen Volkes wird, in Anlehnung an einen Ausspruch Bertolt Brechts, der *rot-grünen Ausländerpolitik* zugeschrieben:

„Das Wahlvolk hat es verpaßt, rechtzeitig die Politiker auszuwechseln. Jetzt machen sich die Politiker unverhohlen daran, das Volk auszuwechseln“ (C 5, S. 14).

Für diesen vermeintlichen Sachverhalt werden im Text fälschlicherweise die *Bonner Entscheidungsträger* verantwortlich gemacht; tatsächlich liegt das Problem nicht in der staatlichen Familienförderung (Kindergeld, Steuervorteile, Anrechnung von Erziehungszeiten auf

die Rente etc.) begründet, sondern ist laut Auffassung des Bevölkerungsexperten Herwig Birg ursächlich der Einstellung des einzelnen zuzuschreiben:

„... die Wahloptionen haben sich ... vervielfacht. Kinder konkurrieren mit dem Mittelklassewagen und den Malediven“ (B 31, S. 5).

Da der Autor des Textes den *Bonner Entscheidungsträgern* außerdem vorwirft, sie würden nationalkonservative Einstellungen in diesem Zusammenhang *mundtot machen*, läßt dies die Rechte und die sie vertretenden Parteien als ebensolches ohnmächtiges und handlungsunfähiges Opfer erscheinen, als das auch der Leser angesichts solcher Entscheidungen der ‚politischen Obrigkeit‘ sich empfinden muß. So wird dem einzelnen Leser eine deutliche Assoziierung mit den rechtsradikalen Überzeugungen des Autors und der politischen Haltung inklusive der sie vertretenden Parteien nahe gebracht und ein Wir-Gefühl erzeugt, dessen Ziel Wehrhaftigkeit ist. Durch die indirekte Nutzung des pejorativen Gerechtigkeitsbegriffs wird eine Identifizierung des Rezipienten mit der vermeintlich schwächeren Seite des Streits erreicht, woraus die Distanzierung von der gegenüberstehenden Gruppe folgt (Kap. 2.3.4). Die antonymische und damit stark verallgemeinernde Einteilung zweier Streitparteien in eine gerechte und eine ungerechte ist eine sehr alte und wirksame Kommunikationsstrategie, da der Begriff *ungerecht* einen so stark emotional aufgeladenen und abwertenden Gehalt hat, daß man sich auf sachlicher Ebene einer solchen Bezeichnung kaum erwehren kann. Er ist ein pejorativer Kampfbegriff wie auch der Ausdruck *faschistisch* (Kap. 3.3). Wird einer Gruppe ein pejorativer Kampfbegriff erfolgreich zugeordnet, so wird sich ein Außenstehender nur schwerlich mit ihr identifizieren können, sich jedoch wahrscheinlich von ihr distanzieren (Kap. 2.3.4).

Seit alters her vermittelt das Bekannte tendentiell ein Gefühl der Behaglichkeit, das Fremde dagegen erscheint bedrohlich. Das Bekannte hat man selbst erfahren oder vermittelt bekommen, man kann sich damit identifizieren. Solange etwas jedoch fremd ist, noch nicht kennengelernt, kann man sich nicht damit identifizieren. Dies ist der eine Sachverhalt, den die Autoren und Herausgeber der analysierten Texte sich zunutze machen. Der andere ergibt sich bezüglich der Einwanderungsproblematik aus der Tatsache, daß Angehörige anderer Kulturen z.T. andere Werte und Traditionen verinnerlicht haben und diese einen Raum zur Integration in den

westlichen Kulturkreis benötigen und in der Vergangenheit auch immer wieder gefunden haben²³. Ein kosmopolitisch denkender Mensch wird eine multikulturelle Gesellschaft vermutlich als Bereicherung betrachten, eine reaktionär eingestellte Person sieht sie als Bedrohung, weil sie Veränderung bedeutet. Ob die Bundesrepublik Deutschland bereits eine multikulturelle Gesellschaft ist, sei dahingestellt, sie befindet sich allerdings sicher auf dem Weg dorthin. Die oben geschilderte Problematik wird beispielsweise anhand der beiden Texte „Muezzin über Stuttgart – selbstverständliches Recht?“ (C 2, S. 16 f.; Nation&Europa) und „Das Kopftuch verbieten?“ (C 3, S. 5-9; Nation&Europa) sehr deutlich. Der Untertitel des letzteren Artikels, „Einwanderung und Religionsfreiheit“, bezeichnet den redaktionellen Aufhänger des Textes. Der *multikulturellen Gesellschaft* (C 3, S. 5) wird die *multireligiöse Beliebigkeit* (C 2, S. 16) zugeordnet. Ironische bzw. sarkastische Elemente bestimmen den Sprachstil der Texte, so werden beispielsweise *Multikultisten* *ketzerisch* gefragt, ob man jungen Mohammedanern noch zumuten könne, von deutschen Lehrerinnen ohne Kopftuch unterrichtet zu werden (C 3, S. 5) und plziert so die Assoziation, der Autor und der Rezipient des Textes seien handlungsohnmächtige Opfer in einem aberwitzigen Prozeß des langsamen Zugrundegehens des eigenen Volkes und seiner Kultur. Diese Diskussion wird auf dem Hintergrund des Rechtsstreites geführt, den eine junge Lehrerin moslemischen Glaubens 1998 in Baden-Württemberg um die Frage führte, ob sie während des Schuldienstes ein Kopftuch tragen dürfe. In der Wahrnehmung der zuständigen Kultusministerin, Annette Schavan, seitens des Autors des vorliegenden Textes, wird wiederum ein rechtsradikales Gedankenbild im Hinblick auf die vermeintlich verantwortungslose Förderung des Untergangs des eigenen Volkes durch die Förderung einer sog. multikulturellen Gesellschaft deutlich:

„Vor Fereshta Ludin brauchen unsere Kinder keine Angst zu haben. Vor Politiker/innen wie Annette Schavan aber sollten wir sie warnen. Denn deren Tun läuft darauf hinaus, das deutsche Volk durch eine Einwanderungsgesellschaft zu ersetzen.“ (C 3, S. 9)

Äußerst geschickt wird in diesem Zusammenhang die bereits erzeugte Wir-Identität mit der Verantwortung für die in einer Gesellschaft Schutzlosesten, den Kindern, hergestellt. Diese

²³ Zur Diskussion um die Begriffe ‚Minderheiten‘ und ‚Multikultur‘ wird auf die aktuelle Literatur verwiesen, z.B. Kymlicka (1999).

Verknüpfung betont die dem Rezipienten durchgängig suggerierte Handlungsnotwendigkeit zum *Widerstand* (C 2, S. 17) in besonderem Maße.

Im Zusammenhang mit der zuvor zitierten *religiösen Beliebigkeit* (C 2, S. 16) wird über das oben geschilderte Maß an Schüren von Überfremdungsängsten noch merklich hinausgegangen; hier wird der *anwachsenden Welle islamischer Religiosität* (C 2, S. 17) in einer absurden Übertreibung die daraus resultierende *Angst der christlichen Restbevölkerung* (C 2, S. 16) gegenübergestellt.

Der Angriff auf die reale Gesellschaftspolitik der etablierten Parteien wird, ähnlich wie in den Parteiprogrammen, auch hier aus mehreren Blickwinkeln vorgenommen. In den Heften *NATION und EUROPA* finden sich neben den obigen Artikeln auch solche, die die Praxis des Sozialversicherungssystems nutzen, um die Ursachen für die (bis 1999) beinahe ein Jahrzehnt andauernde Talfahrt der deutschen Wirtschaft bzw. ihre Auswirkung auf die Staatsfinanzen in der Anwesenheit ausländischer Mitbürger zu suchen, wie der Artikel *Deutsche zahlen alles zu verdeutlichen* versucht. Demnach werde *Krankenhilfe meist an Ausländer und Asylanten* geleistet, die von vornherein *zahlreich als Behinderte zu uns kommen*; *Sozialhilfe* und *Krankenhilfe* werden im folgenden gleichgesetzt (C 3, S. 40). Infolgedessen werde dem *Mißbrauch auf deutsche Kosten Tür und Tor geöffnet* (C 3, S. 41). Die Überlegungen zum Thema gipfeln in der Aussage:

„Es ist inländerfeindlich, daß die deutsche Bevölkerung gezwungen wird ... die Krankenkosten für Ausländer zu bezahlen, die sich in der Heimat nicht krankenversichert haben und deshalb, wenn sie erkranken oder zum Pflegefall werden, als Asylanten nach Deutschland kommen.“ (C 3, S. 41)²⁴

Die Behandlung der Ausländerthematik, wie oben beschrieben, ist ebenfalls eingebettet in ein homogenes Welt- und Staatsbild, in welchem das Fremde, hier das Ausländische, zum Feind wird.

²⁴ Diese Behauptungen sind, zumindest für die große Masse in Deutschland lebender Ausländer (es soll nicht bestritten werden, daß Ausnahmen die Regeln bestätigen), aus der Luft gegriffen. Beispielsweise liegt der Anteil schwerbehinderter (und entsprechende Hilfsleistungen beziehender) Ausländer bei 2,85% (Statistisches Bundesamt, 1997, S. 59), und zwar 2,85% von 9% Ausländeranteil an der deutschen Bevölkerung. Dadurch ist dieser Bevölkerungsteil im Verhältnis zur Gesamtanzahl in Deutschland lebender Ausländer deutlich unterproportional vertreten.

Kapitel 3.2.2.2

Ausländer/Asylbewerber und Arbeit/Arbeitslosigkeit am Beispiel der *Jungen Freiheit*

Die in den vergangenen Jahren populärer gewordene Wochenzeitung „Junge Freiheit“, die von Gessenharter als Medienorgan in Scharnierfunktion zwischen Konservativen und (Neu-) Rechten eingeordnet wird (1994), thematisiert die Arbeitslosigkeit in Deutschland ebenfalls nur im Zusammenhang mit ausländischen Mitbürgern. In Anspielung auf Paragraph 1 des Grundgesetzes lautet der Titel des hier exemplarisch betrachteten Artikels: „Zur Würde gehört Arbeit“ (B 13, S. 1; Junge Freiheit). Im Text wird durch den relativen Mangel an Euphemismen, Übertreibungen, biologisch-pathologischen sprachlichen Hetzbildern, religiösen und militärischen Begriffen sowie dem Nichtvorhandensein eines kollektiven „wir“, durch eine Schilderung ohne viel Pathos und dem gehäuften Hinweisen auf Zahlen und Statistiken der Eindruck von Sachlichkeit vermittelt. Es werden andere Mittel genutzt, um die vermeintliche Überbelastung des deutschen Arbeitsmarktes seitens ausländischer Mitbürger auf Kosten deutscher Staatsbürger zu verdeutlichen: Der Begriff *Arbeit* wird zwar nur ein einziges Mal genannt; ist aber der thematische Schwerpunkt für Ausführungen zur vermeintlichen Überbelastung des Marktes durch ausländische Arbeitnehmer. Für den Autor (Kai Guleikkoff) führt die Arbeit direkt in den Sozialhilfestatus (hierin besteht die Übertreibung) und schädigt dort vor allem die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft, und zwar der Reihenfolge nach den einfachen Arbeiter, besonders die Bürger der neuen Bundesländer sowie alleinstehende Mütter und in der Folge Kinder (B 13, S. 1), die von Sozialhilfe leben müßten. Laut dem Text ist diese Schädigung auf zweierlei Ursachen zurückzuführen; zum einen auf eine von den Regierungsparteien geförderte, krasse Ungleichverteilung bundesdeutschen Vermögens, zum anderen auf die überproportional hohe Belastung des Wirtschaftssystems Deutschland durch ausländische Mitbürger, die im übrigen auch das Sozialversicherungssystem überproportional stark beanspruchten – zwar wird eingeräumt, daß die Zahl der deutschen Sozialhilfeempfänger bis 1997 stärker gestiegen sei als die ausländischer Empfänger, doch soll der genannte Ausländeranteil von 22,9% auf eine nicht tragbare Verhältnislosigkeit hinweisen (B

13, S. 1)²⁵. Die Bewertung des geschilderten Zustands wird in dem vermeintlich sachlichen Text schließlich in aller Deutlichkeit vorgegeben:

„Wie ein derartiger sozialer Zustand von der Wählerschaft bewertet wird, zeigen die knapp 13% DVU-Stimmen in Sachsen-Anhalt.“ (B 13, S. 1).

An der rechtsradikalen Ideologie, die im Text in Erscheinung tritt, kann schon deshalb kein Zweifel bestehen, weil beispielsweise die Bezeichnung der neuen Bundesländer als *Beitrittsgebiet* und *Mitteldeutschland* (B 13, S. 1) die ideologische Nähe zu den zuvor analysierten drei Rechtsparteien sehr deutlich macht. Dieser Eindruck wird durch den Hinweis auf den *bereits im deutschen Kaiserreich formulierten* Richtsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ bestätigt, besonders in dem Wissen, daß dieser Richtsatz erst im Dritten Reich zu seiner vollen Bedeutung gelangte (B 13, S. 1; J 12) und vor dem Hintergrund Schmittschen Denkens bzw. dem Vorrang des Kollektivs gegenüber dem Individuum zu begreifen ist (Kap. 2.2.2.4).

Kapitel 3.2.2.3

Ausländer/Asylbewerber und Innere Sicherheit²⁶

Das am häufigsten und intensivsten bemühte Thema in den analysierten Parteiperiodika ergibt sich aus der Verknüpfung der Ausländerdiskussion mit der über Innere Sicherheit. Dem Rezipienten wird suggeriert, daß Ausländer und Asylbewerber in ihrer Masse kriminell und staatsbedrohend und in dieser Hinsicht unnötig kostspielig seien. Als geradezu traditionelles Beispiel kann hier auf die Rubrik *Aktuelles aus Multikultopia* der Zeitschrift *NATION und EUROPA* verwiesen werden, die dort seit einigen Jahren in jeder Ausgabe mit einem Umfang von i.d.R. fünf Seiten erscheint und gewissermaßen Momentaufnahmen der Entwicklung der *multikulturellen Gesellschaft* Deutschland gibt. Die Rubrik ist eine Aneinanderreihung mehrerer

²⁵ Zunächst sei festgestellt, daß es sich tatsächlich um einen Ausländeranteil von 19,7% handelt (Statistisches Bundesamt, 1997, S. 57). In Kap. 3.4.1.4 wird auf die Problematik im einzelnen eingegangen, besonders auf die anderen, nämlich schlechteren Lebensbedingungen ausländischer Mitbürger, z.B. was deren Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt anbelangt.

²⁶ Zur Darstellung der Situation ausländischer Verurteilter sei noch einmal auf Kap. 3.4.1.4 hingewiesen.

Kurzmeldungen aus verschiedenen Großstädten Deutschlands und behandelt in einseitiger Darstellung Themen wie: Ausländer, die sich ohne Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland aufhalten, das Asylbewerberleistungsgesetz, illegale Grenzüberschreitungen, Gewaltkriminalität von Ausländern, gescheiterte Abschiebungsversuche von Asylbewerbern etc. (z.B. C 3, S. 43-46; Nation&Europa / C 10, S. 33-37; Union in Deutschland).

Ein für die geschilderte Situation bezeichnender Artikel erschien 1998 im Heft *NATION und EUROPA* unter dem Titel *Wie man das Verbrechen züchtet*. Einleitend wird auf der ersten Seite mit Schlagwörtern wie *Vergewaltigung, Sexualverbrecher, Pornographie* und *Kindesmißbrauch* dem etablierten System in antonymischer Wortwahl vorgeworfen, es betriebe anstelle eines *Opferschutzes* einen gezielten *Täterschutz* (C 4, S. 28 f.). Im Anschluß wird die beschriebene *Kriminalität* mit den *Fehlern einer jahrzehntelangen Einwanderungspolitik* erklärt, insbesondere wird der enorm ansteigende Anteil ausländischer, vor allem jugendlicher, Straftäter (C 4, S. 30) im Vergleich zum abnehmenden Anteil deutscher (jugendlicher) Straftäter in den Vordergrund gestellt (C 4, S. 30). So wirkt ein Schaubild, in welchem das Aufkommen von Straftaten je Einwohner für die einzelnen Bundesländer gezeigt wird, lediglich dahingehend, daß die sich hinter den Zahlen verbergenden Täter bzw. Personen nicht als Teil der eigenen Gemeinschaft, der Wir-Gemeinschaft, sondern als „die“, die Fremden begriffen werden: Das Weißwaschen der eigenen Weste ist auch hier verbunden mit dem Ausmachen eines Sündenbocks.

Diese Identifizierung der Gegenseite wird im übrigen sogleich genutzt, um das eigene politische Lager zu verteidigen:

„Hingegen werden rechtsradikale Jugendliche unter der verschärften Anwendung des § 130 StGB zu teilweise drakonischen Strafen verurteilt ...

„Man stelle sich vor, in den 70er Jahren hätte eine ‚Soko Lex‘ (Lex=Linksextremismus) die Studenten der AstA mit Gefängnisstrafe bei weiterer Verbreitung ihrer Thesen bedroht, wie dies heute die ‚Soko Rex‘ (Rex=Rechtsextremismus) mit jugendlichen NPD-Anhängern macht. Politische Rechtfertigungen für die Unterdrückung einer nationalen Opposition können nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit den Grundrechten der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit ein fragwürdiges Spiel getrieben wird.“ (C 4, S. 31)

Hier also schließt sich der Kreis der Argumentation: Indem zuvor als Folge einer Anklage des etablierten Systems eine Identifikation mit der politischen Einstellung des Textes erfolgt ist, kann

sich der Rezipient getrost als ungerecht (!) behandeltes Opfer, als verkanntes Mitglied der Gesellschaft verstehen. Die eigene Meinung wurde entweder gerade erst gebildet und nunmehr vertieft oder eine vorhandene ist so gerechtfertigt worden – die Identifizierung mit dem Text und der dahinterstehenden Denkweise ist erfolgreich (ange- bzw.) verlaufen.

Im Blatt *Der Republikaner* wird die Thematik ebenfalls aufgegriffen. Unter der Überschrift *Grenzenloses Europa, grenzenlose Kriminalität* wird sie unter Hinweis auf das Schengener Abkommen zu Grenzbestimmungen mit der europäischen Frage verbunden. Auf diese Weise (der Öffnung der Grenzen) werde z.B. der *besonders skrupellos vorgehenden russischen Mafia* ermöglicht, in Berlin *durch Prostitution, Drogen- und Waffenhandel Geld zu waschen* (C 30, S. 4). Insofern fördere die Europäische Union die durch Ausländer verursachte bzw. durch das Schengener Abkommen ermöglichte *grenzenlose Kriminalität*.

Ähnliches findet sich in den Organen der DVU und der NPD. Dort wird gefragt: *Beherrscht uns die Mafia?* (C 28, S. 1) bzw. es wird gemeldet: „*Russenmafia greift nach Berlin. Der Sumpf, in dem sich ausländische Verbrecherorganisationen tummeln, wird immer tiefer*“ (C 29, S. 4). In biologisch-pathologischen Sprachbildern wird mit diversen Wiederholungen emphatisch von *kriminellen russischen Gangstern* berichtet, die sich in der *Hauptstadt Berlin krebsgeschwürartig ausbreiten* (C 29, S. 4). Es wird impliziert, daß alle in Berlin anwesenden Personen russischer Herkunft *von Mafia-Bossen gesteuert* seien (C 29, S. 4), wie schon im einleitenden Absatz des Artikels zu lesen steht:

„Wo immer Schutzgelder erpreßt, Waffen gehandelt, Menschen geschmuggelt, Autos geklaut und verschoben oder Drogen gedealt werden, sind sie dabei: Russen, die vor keiner Gewalttat zurückschrecken.“ (C 29, S. 4)

In allen analysierten Parteiperiodika wird der Eindruck erweckt, ausländische Mitbürger seien entweder vollständig oder aber wenigstens mehrheitlich kriminell, was in keiner Weise dem Sachverhalt entspricht (Q 6; Bundesanstalt für Arbeit / Kap. 3.4.1.4). In der *Deutschen National-Zeitung* geht man hierüber sogar hinaus und setzt den rechtsradikalen Gewalttaten, wie sie seit 1992 in Rostock-Lichtenhagen und bis heute (Guben, 2000) öffentliche Aufmerksamkeit erregen, die „*Angst vor ,ausländischen Schlägern‘*“ unter (laut dem Artikel: grundsätzlich friedfertigen) deutschen Jugendlichen entgegen (C 26, S. 9). Während von rechtsradikalen Gewalttaten

deutscher Jugendlicher in den Parteiperiodika, abgesehen von einer Anzweiflung der Verhältnismäßigkeit der Strafen, mit denen darauf reagiert wird, grundsätzlich nichts zu lesen ist, wird nachhaltig versucht, das Bild in sein Gegenteil zu verkehren, indem deutsche Jugendliche in der Masse als Opfer bzw. ausländische als Täter dargestellt werden. So wird in einer neologistischen Weiterführung des in rechtsradikalen Kreisen negativen besetzten Ausdrucks *multikulturell* von einer *Gruppe multikrimineller ausländischer Schläger* berichtet, welche *ihr Unwesen* dergestalt *trieb*, daß sich mehrere ausländische Jugendliche gegen einen einzelnen deutschen Schüler wandten und ihn zur Herausgabe seines Taschengelds zwangen bzw. es wird ein Fall geschildert, in welchem ein 17-jähriger aus Hamburg *von ausländischen Jugendlichen gequält, bedroht und erpreßt* worden sei, bis dieser *keinen anderen Ausweg mehr sah, als den Freitod zu wählen*; ein anderer *warf sich vor einen Zug* (C 26, S. 9). Dem Artikel ist zu entnehmen, daß eine große Anzahl von dergestalt verunglückten oder zumindest gefährdeten deutschen Jugendlichen existiere. Abschließend findet eine Umdeutung des in den Medien in jüngster Zeit wieder heftig diskutierten Themas des *Gewalt-Problems* an den Schulen statt, indem die oben geschilderte Problematik als solche definiert wird: Gewalt an Schulen existiert nach dem analysierten Artikel ausschließlich oder zumindest vorwiegend in Form von ausländischen Schlägerbanden, die mit mehreren Personen einzelne junge Deutsche angreifen, bedrohen und erpressen, um sie so schließlich in den Selbstmord zu treiben (C 26, S. 9).

Kapitel 3.3

Medientexte im weiteren Sinn: Multidisziplinäre Analysen

Als Medientexte im weiteren Sinne werden hier repräsentativ ausgewählte Stellvertreter der verschiedenen Textsorten (z.B. Wahlprogramme, Plakate, Flugblätter etc.) analysiert. Die im folgenden dargestellten Erkenntnisse versuchen, inhaltliche Schwerpunkte zu ermitteln, die jeweils in einer bestimmten Textsorte vermehrt auftreten. Formale Analysen schließen sich dem an.

Dieses Kapitel ist weniger umfangreich als Kap. 3.1.2 und 3.2, weil die hier behandelten Medientextsorten erheblich weniger umfangreich als Programme und Periodika sind und sich daraus ein prägnanteres Arbeiten ergibt. Außerdem wird die eine oder andere Textsorte, wie z.B. das Internet und die Plakate, erst in Kap. 4 wirklich ausführlich behandelt, weil ihre ganze Wirkung erst im Zusammenhang mit den dort erzielten Erkenntnissen ersichtlich wird.

Kapitel 3.3.1

Wahlprogramme

Die Wahlprogramme der Rechtsparteien geben in verkürzter und populärerer, d.h. weniger sachlichen Art wieder, was auch in den Parteiprogrammen zu finden ist. Wahlslogans, wie sie auch auf Plakaten, in der Rundfunk- und Fernsehwerbung, auf Flugblättern, im Internet etc. verbreitet worden sind, werden hier kurz erläutert. Thematische Schwerpunkte sind wiederum Arbeit/Arbeitslosigkeit, Innere Sicherheit und damit verbunden multikulturelle Gesellschaft und soziale Gerechtigkeit sowie die EU-Thematik und u.a. der Naturschutz (E 2, E 5). Inhaltlich findet bei den Wahlprogrammen eine Orientierung an den Parteiprogrammen statt, formal an ähnlich umfangreichen und von Sachlichkeit wenig geprägten Medientexten wie Flugblättern, Briefsendungen, Anzeigen, Aufklebern und Plakaten.

Kapitel 3.3.2

Anzeigen und Aufkleber

Anzeigen und Aufkleber erfüllen in textsortenspezifischer Hinsicht eine sehr ähnliche Aufgabe wie Plakate; sie wollen das Augenmerk des Rezipienten schnell und kurzfristig auf sich ziehen und bestehen daher im Kern meist aus einem prägnanten Slogan. Idealerweise wird dieser entweder durch ein damit harmonisierendes Hintergrundbild oder durch das nicht ablenkende, besonders schlichte Gestalten des Anzeigenhintergrundes unterstützt. Unter der Maßgabe schneller Eingängigkeit werden in der Regel wiederum die Wahlslogans zur Vermittlung der politischen Botschaft genutzt; die NPD schaltete beispielsweise Anzeigen mit dem Text „Arbeit zuerst für Deutsche“ auf einem schlichten Hintergrund, der dem der Wahlplakate entsprach (G 8).

Ein Beispiel für ein einprägsames, den Slogan unterstützendes Bild gab die *direkte aktion* mit einem Aufkleber, auf dem neben dem Slogan „Den Herrschenden die Zähne zeigen“ eine fauchende Katze abgebildet war (G 4).

Kapitel 3.3.3

Flugblätter und Briefsendungen

Unter textsortenspezifischem Aspekt eignen sich Briefsendungen und Flugblätter als werbendes, überzeugendes und ideologiebildendes Mittel nicht bzw. nur bedingt für die augenblickliche Aufnahme von Überzeugungen, da sie verhältnismäßig umfangreich sind und häufig eine eher ausgiebige Lektüre voraussetzen. Sie kommen daher einem sehr offenen und politisch interessierten Rezipienten entgegen, der sich bewußt mit den programmatischen Standpunkten der Verfasser auseinander setzen will. Der Rezipiententyp, dem diese Art der werbenden Informationsvermittlung entgegenkommt, wird also auch dazu neigen, sich z.B. mit Parteiprogrammen auseinanderzusetzen.

Wo diese Textsortenspezifik allerdings auf ein gegenwärtig allgemein intensiv diskutiertes Streitthema trifft, kann sie den Rezipienten umfassender ansprechen als z.B. Plakate oder Aufkleber. Dies wird u.a. an der Überschrift *Kinder statt Inder!* eines Artikels in einem rechtsradikalen Flugblatt namens *UN – Unabhängige Nachrichten* (B 27, S. 1) deutlich, welcher den in der Presse viel zitierten gleichlautenden Wahlslogan des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentenkandidaten der CDU, Rüttgers, aufnimmt. In bezug auf die nordrhein-westfälische Landtagswahl von Mai 2000 wird begründet, warum es nicht *fremdenfeindlich* sein könne, dem Green-Card-Vorhaben Kanzler Schröders entgegenzutreten. Es wird die Einstellung vertreten, Deutschland werde *zum Entwicklungsland*, wenn man die berufliche Förderung der eigenen Jugend zugunsten der Einwanderung von ausländischen Fachkräften unterordnen würde. Von den Rahmenbedingungen der Green-Card-Planung wird in keiner Weise berichtet. Der sofortige und nicht erst nach der Ausbildungszeit der jetzigen Jugend vorhandene Arbeitskräftebedarf, die zentrale Bedeutung der Entwicklung des betreffenden Arbeitsmarktes der Neuen Medien im Hinblick auf gegenwärtige Konkurrenzverhältnisse sowie die Einschränkung

der betreffenden Aufenthaltserlaubnisse durch zeitliche Befristung werden genausowenig wie andere Argumente für das Green-Card-Konzept nicht aufgegriffen, wodurch der Artikel einen meinungsmachenden, von Unkenntnis und fachlicher Nichtqualifikation gezeichneten Yellow-Press-Charakter erhält. Außerdem werden die großen Regierungsparteien, SPD und CDU, gleichermaßen als unfähig dargestellt und die Vertreter der Autorenmeinung als ohnmächtige Opfer.

Das oben beschriebene textsortenspezifische Phänomen wird von den *Unabhängigen Nachrichten* in ihrer Folgeausgabe wiederum genutzt, indem die Entschädigungszahlungen an Opfer des Nationalsozialismus, wie sie von Otto Graf Lambsdorff in Vertretung für die bundesdeutsche Regierung und Wirtschaft ausgehandelt wurden, als *Reparationen* abklassifiziert werden: *Jetzt auch noch Reparationszahlungen?* lautet die sich selbst beantwortende Frage im Titel, die die vom Autor empfundene Ungeduld und Ungerechtigkeit geradezu plastisch verdeutlicht (B 26, S. 1; Unabhängige Nachrichten). Auch hier wird die deutsche Bevölkerung (angesprochen im kollektiven „wir“) als Opfer der als nicht zu ihnen gehörig wahrgenommenen politischen Vertreter gesehen: „... und wieder sind wir 10 Millionen ärmer“ (B 26, S. 1). Unabhängig von den verschiedenen Auffassungen, die im einzelnen zu diesem wie auch zu allen anderen Themen selbstverständlich zu erwarten und auch legitim sind, wird das Thema in diesem Artikel wiederum sehr einseitig, ohne das Zeigen jeglicher Sachkenntnis bzw. Hintergrundinformationen und darüberhinaus auf eine diffamierende Art und Weise geführt: Auf den Folgeseiten des Heftes wird in Kopie eine Reportage des Blattes *Neue Revue* abgedruckt, das in Anspielung auf den erfolgreichen Kino-Film *Schindlers Liste*²⁷ unter dem Titel *Die Schindluder-Liste* schrieb, es seien Zweifel an der Loyalität der *Jewish Claims Conference*²⁸ angebracht und diese anklagte, die von Lambsdorff für die Entschädigung ausgehandelte Summe nicht oder nicht vollständig an die Opfer weiterzureichen. Im Umfeld anderer Berichte dieses Heftes der *Unabhängigen Nachrichten* jedoch gewinnt dieser in Kopie kommentarlos

²⁷ Der Film stellt das Leben eines Industriellen dar, welcher im Dritten Reich hunderte von jüdischen Deutschen aus Konzentrationslagern zur Arbeit in seiner Fabrik verpflichtete, wo die Lebensbedingungen wesentlich besser waren und wodurch die Betroffenen außerdem oftmals dem sicheren Tod in den Gaskammern entgingen.

abgedruckte Artikel mit Aussagen wie „Deutschland wurde getäuscht!“ ein ganz anderes Interpretationspotential (B 26, S. 6 f.).

Briefsendungen haben neben einem werbenden Charakter vor allem einen sehr individuellen; der Empfänger wird mit seinem Namen angesprochen, wodurch eine förderliche Atmosphäre des Persönlichen erzeugt wird. Derlei Briefsendungen seitens der REPUBLIKANER, der NPD oder vor allem der DVU werden im Rahmen dieser Arbeit allerdings nicht interpretiert, da sie im Untersuchungszeitraum lediglich als Wahlwerbungsmittel für Landtagswahlkämpfe eingesetzt worden sind und die Untersuchung auf Medientexte mit bundesweiter Gültigkeit beschränkt ist.

Kapitel 3.3.4

Plakate

Für diese Textsorte ist es charakteristisch, daß sie ihre Rezipienten in kürzester Zeit durch die Kombination eines einzigen optischen Reizes, oft ein Photo, und weniger Worte, höchstens ein, maximal zwei Sätzen (Slogans), erreicht. Sie eignet sich hervorragend für sehr schnelle, oftmals unreflektierte, werbende Informationsvermittlung, die in Kombination mit anderen Mitteln ideologiebildend sein kann, in bezug auf Wahlplakate auf jeden Fall aber die programmatischen Schwerpunkte einer Partei idealerweise kurz, bündig und treffend in einem Slogan vereint.

In dieser Arbeit wurde Wahlwerbung für die Bundestagswahl 1998 in Plakatform von drei bzw. vier rechtsradikalen Parteien zur Analyse herangezogen. Es handelt sich dabei um die DVU, DIE REPUBLIKANER und die NPD sowie deren Jugendorganisation JN.

Die Inhalte der Plakatwerbung lagen vorwiegend auf den auch in den entsprechenden Parteiprogrammen betonten Themen Arbeit, Ausländer und Innere Sicherheit.

Für die DVU gilt dies nur bedingt, weil sie, zumindest in Plakatform, die o.g. Themenfelder nicht zueinander in Beziehung gesetzt hat. Der am häufigsten gebrauchte Slogan hieß *Kriminalität hart*

²⁸ Die JCC fungiert seit seiner Gründung 1951 durch den Jüdischen Weltkongreß als Treuhänder gegenüber Deutschland.

bekämpfen (H 2), verband die Thematik Innere Sicherheit aber nicht mit dem Themenfeld Ausländer.

DIE REPUBLIKANER haben alle drei der o.g. Themen miteinander verknüpft; direkt über einander waren häufig Plakate mit den folgenden Slogans angebracht: *Kriminelle Ausländer raus!* und *Arbeit für Deutsche* (H 14, H 15). Ein anderes Wahlplakat mit der Aussage *Deutschland für alle? Nee – für uns!*“ (H 18) fällt nicht nur durch das Gemeinschaft erzeugende und Ausländer und Fremde ausgrenzende *uns* auf, sondern auch durch die junge, ansprechende Frau, die auf dem Plakat abgebildet ist und offenbar zeigen soll, daß die Partei keine typische Männerpartei sei und dort auch Frauen Raum für Identifikation geboten werde.

Am radikalsten tritt die NPD auf, die keinen Zweifel an ihren Zielen läßt: *...wir räumen auf*. Mit anderen Plakaten wird erläutert, wie dies stattzufinden habe: Als *konsequente, nationale und soziale* Partei wolle man *Soziale Gerechtigkeit durchsetzen* und fordert (ebenfalls unter Nutzung des identitätsstiftenden *uns*): *Deutschland uns Deutschen* sowie *Arbeit zuerst für Deutsche!* (H 10, H 6, H 4). Die sich selbst als solche bezeichnende *echte Opposition* meint ihre politische Haltung den Wählern gegenüber auf Plakaten rechtfertigen zu müssen, sie bietet (formal in eingängiger Wiederholung): *Radikale Antworten auf radikale Probleme* (H 12).

Deutlicher wird nur noch die Jugendorganisation JN, die ohne Umschweife zum Kampf aufruft: *Kämpft mit uns! Gegen Scheinasylantentum und Überfremdung* (H 5).

Darüberhinaus suggeriert das Bild der jungen Frau, daß die Partei nicht nur für die alte Generation, sondern auch für junge Leute attraktiv sei --ein Image, mit dem Rechtsparteien bekanntlich traditionell zu kämpfen haben.

Kapitel 3.3.5

TV, Rundfunk und Internet²⁹

Fernsehen und Rundfunk sind im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 als zentrale Medien zur Übermittlung von Wahlwerbung genutzt worden. Sie bieten sich für diesen Zweck insbesondere wegen des geringen Arbeitsaufwandes an, den ein Rezipient aufwenden muß, um die

Informationen aufzunehmen. Außerdem sind Rundfunk und Fernsehen weit verbreitete Medien, mit denen der allergrößte Teil der Bevölkerung erreichbar ist.

Die zwei im folgenden dargestellten TV-Mitschnitte von Wahlwerbung der DVU und den REPUBLIKANERN sind als stellvertretend für die geschilderten programmatischen Interessen der beiden Parteien in bezug auf die Wahl zu begreifen.³⁰ Beide Parteien haben ihre Wahlslogans, wie sie auf Plakaten, in Flugblättern und sonstiger Wahlwerbung zu lesen waren, in ihre Fernsehspots mit aufgenommen. Bei den REPUBLIKANERN wiederholt sich die Aussage *Arbeit für Deutschland* (J 8 b 1), bei der DVU wird eindringlich gefordert: *Protest wählen!* und *Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!* (J 8 b 2). Die Themen decken die Schwerpunkte aus den Parteiprogrammen und Parteiperiodika ab, es handelt sich bei beiden um die *Rekordarbeitslosigkeit* (J 8 b 1), *Masseneinwanderung* (J 8 b 1) bzw. *zu viele reinkommende Ausländer* (J 8 b 2) sowie um die Forderung nach der Bekämpfung *krimineller Ausländer*, wobei wiederum der Eindruck erweckt wird, der Status ‚kriminell sein‘ hinge mit dem Status ‚ausländisch sein‘ ursächlich zusammen (J 8 b 1 und 2).

Insbesondere die DVU nutzte auch das Medium Rundfunk, um bei den Hörern ihre Wahlslogans zu verfestigen, weswegen der Text der TV-Werbung große Ähnlichkeiten mit dem der Rundfunkwerbung aufweist und deshalb einen hohen Wiedererkennungswert hatte. Selbst sekundäre Aspekte wie das Einblenden eines Paukenschlages – im TV als Untermalung der Feststellung, die 12,9% DVU-Wähler im Landtag von Sachsenanhalt seien „... der Donnerschlag des Wählers“ (J 8 b 2) – finden sich in beiden Textsorten (J 8 b 2 und K 3). Die Themenschwerpunkte der Wahlwerbung der DVU sind folglich in den genannten Medien die gleichen. Die REPUBLIKANER dagegen konzentrieren sich auf ein einziges Thema, die Arbeitslosigkeit, das sie geschickt verkaufen, indem sie Kinderstimmen zu Wort kommen lassen, die ihre Berufswünsche äußern, woran sich die Einblendung ineinander übergehender Nachrichtenmeldungen bezüglich der – im September 98 noch tendentiell steigenden – Arbeitslosigkeit anschließen. Der Wahlwerbespot findet seinen Höhepunkt in der Aussage eines

²⁹ Die transkribierten Fassungen der in diesem Zusammenhang analysierten Medientexte finden sich im Anhang IIb.

³⁰ Wahlwerbung der NPD in Form von TV- oder Rundfunksendungen liegt nicht vor.

kleinen Mädchens, ihre Mutter würde die REPUBLIKANER wählen, weil diese etwas gegen Arbeitslosigkeit tun würden und gipfelt unmittelbar anschließend in der Aussage eines männlichen Sprechers: „Unseren Kindern eine Chance!“ (K 1). So wird geschickt die Ohnmacht von Kindern gegenüber der Erwachsenenwelt, hier der der Regierungsparteien, als Identifizierungsmoment mit den Schwächsten genutzt – der von der Partei angesprochene potentielle Wähler soll sich moralisch darin bestärkt fühlen, als Beschützer für die Schwachen einzutreten; außerdem ist das emotionale Moment bei Rezipienten mit eigenen Kindern nicht zu unterschätzen.

Das Internet als *Agitations- und Kommunikationsmedium*³¹ (Bundesministerium des Innern, 2000, S. 79) hat weiterhin an Bedeutung gewonnen, zum einen weil die Anzahl der Nutzer gestiegen ist, zum anderen weil rechtsradikale Parteien, Verbände und sonstige Gruppierungen dieses Medium zunehmend für ihre Zwecke nutzen. Die Etablierung einer *rechtsextremistischen Gegenkultur als Gegengewicht zu den Systemmedien* (Bundesministerium des Innern, 2000, S. 79 u. 82) findet in wachsendem Ausmaß mittels der neuen Medien statt; so ist beispielsweise die Zahl der rechtsradikalen Homepages 1999 wieder massiv auf derzeit 330 vom Verfassungsschutz registrierte Seiten gestiegen (Bundesministerium des Innern, 2000, S. 82). Der Auftritt solcher Gruppierungen im Internet hat zwei Dimensionen: Das Netz wird sowohl als Agitationsmedium als auch zunehmend als Kommunikationsweg genutzt. In agitierender Hinsicht fielen zur Zeit des Bundestagswahlkampfes 1998 werbende Seiten mit Plakatcharakter auf, wie etwa die Homepage der REPUBLIKANER, auf der diese in Anlehnung an den Werbeslogan einer bekannten Bausparkasse mittels eines Wortspiels diesen Slogan für ihre Eigenwerbung nutzten: „Wir geben Ihrem Zuhause eine Zukunft!“ (O 7). Entsprechende ‚Unterseiten‘ (sog. Links) stellten einzelne republikanische Gruppierungen vor bzw. setzten sie in Szene, wie z.B. den Republikanischen Hochschulverband (M 4), die Republikanische Jugend (M 5 u. 6) oder den Republikanischen Bund der Frauen (L 3). Ebenfalls als Agitationsmaßnahmen zu werten sind durchlaufende Spruchbänder auf den Homepages diverser rechtsradikaler Vereinigungen, die über anstehende

Demonstrationen informieren und immer nur sehr kurzzeitig im Netz sind³² sowie das Abdrucken von Parteiperiodika und Presseberichten etc. im Netz. Agitation findet auch durch das große Angebot von Fernsehsendungen, Videoclips und Musik im MP3-Format zum Herunterladen auf den einzelnen Homepages statt (Bundesministerium des Innern, 2000, S. 79 u. 82 ff.). Als hochgradig agitierend ist die Praxis zu betrachten, die in der Szene üblichen *schwarzen Listen*³³ online zu veröffentlichen, was auf anonymen Seiten in jüngster Zeit zu beobachten war (Bundesministerium des Innern, 2000, S. 83).

Der kommunikative Aspekt des Internetangebotes wird ebenfalls zunehmend genutzt. In aller Regel wird auf jeder Homepage eine E-Mail-Adresse angeboten und zur Kommunikation mit den Betreibern aufgerufen. Es ist für den Nutzer auch möglich, sich vom Betreiber der von ihm jeweils genutzten Homepage per E-Mail regelmäßig über die neuesten Entwicklungen informieren zu lassen (Bundesministerium des Innern, 2000, S. 82). Außerdem kann in sog. *chat rooms* mit mehreren Teilnehmern ,geplaudert'³⁴ werden. Im übrigen bieten die Betreiber häufig geschlossene Bereiche als Links auf einer Homepage, die nur mittels der Eingabe eines Kennwortes erreicht werden können, wodurch der nutzende Personenkreis auf ,zuverlässige' Teilnehmer reduziert werden soll (Bundesministerium des Innern, 2000, S. 82 f.).

Es ist zu erwarten, daß der Vernetzungsgrad mittels Internet allgemein ansteigt und in der Folge auch von Rechtsradikalen zunehmend genutzt werden wird.

³¹ In Kap. 4.1.4.2 zu Transportmedien ideologiebildender Elemente wird intensiver und an praktischen Beispielen auf das Thema eingegangen. Der Umgang mit dem Medium findet dort verstärkt statt, weil es als ideologiebildendes Medium bei Jugendlichen eine größere Bedeutung hat.

³² Belege zur Nachprüfbarkeit erübrigen sich an dieser Stelle aus zwei Gründen: Erstens wegen der erwähnten Kurzfristigkeit, zweitens wegen der großen Verbreitung solcher Maßnahmen (Der geneigte Leser ist aufgefordert, bei Interesse einige Abendstunden im Internet zu surfen und wird sicher fündig werden).

³³ Diese Listen beinhalten persönliche Daten (z.B. Name, Adresse, Telefonnummer) politischer Gegner und rufen durch die Veröffentlichung auf subtile und i.d.R. unausgesprochene Weise zur Gewalt gegen diese Personen auf. In Ausnahmefällen hat es 1999 Mordaufrufe gegen Kopfgeld gegeben (Bundesministerium des Innern, 2000, S. 83).

³⁴ Engl. ,chat“= plaudern

Kapitel 3.4

Zusammenfassende Kritik und Einordnung in den bewegungstheoretischen Hintergrund

Im folgenden wird die Nähe der hier untersuchten Parteien zueinander in formaler und inhaltlicher Hinsicht in ihrer Innen- und Außenwirkung im Detail beleuchtet.

Außerdem wird den dargestellten Behauptungen in den einzelnen Medientexten bezüglich der sog. *Überfremdung*, wie sie sich angeblich besonders auf dem Arbeitsmarkt und im Themenkomplex der inneren Sicherheit auswirkt, die tatsächliche Datenbasis der Ausländerthematik anhand zusammengetragener Informationen vorwiegend des Statistisches Bundesamtes entgegengestellt.

Kapitel 3.4.1

Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen rechtsradikalen Parteien und Gruppierungen

Zunächst bietet sich eine Aufteilung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden in inhaltlicher und formaler Hinsicht auf der Basis eines multidisziplinären Interpretationsansatzes an. Unter formalen Aspekten werden in Kap. 3.4.1.2 Parallelen zu bzw. Abweichungen der untersuchten Medientexte von den in Kap. 2.3 erläuterten Methoden dargestellt. Später wird eine abschließende Betrachtung zur theoretischen politikwissenschaftlichen Einordnung der analysierten Rechtsgruppierungen als Neue Soziale Bewegung den mit der Defizitanalyse und den Vergleich zum NSDAP-Parteiprogramm geformten Analyserahmen vollenden.

Kapitel 3.4.1.1

Programmatische Aspekte

Die Parteien DIE REPUBLIKANER, die NPD und die DVU weisen eine ausgeprägte ideologische Nähe zueinander auf. Alle Parteien tendieren zumindest zwischen den Zeilen, teilweise aber auch ganz deutlich, zur Auffassung, die Würde des Menschen sei in allererster Linie die des Deutschen (Kap. 3.1.1.1). Auch beim Frauenbild sind die Parteien sich in der

Wahrnehmung der Frau vornehmlich als Hausfrau und Mutter einig (Kap. 3.1.1.1). Alle drei Parteiprogramme der o.g Parteien wiesen im übrigen eine sehr große Ähnlichkeit mit dem Parteiprogramm der NSDAP auf (Kap. 3.1.1.2): Schmittsche Homogenitätsideale umrahmen und prägen die Programme, wie es sich z.B. in der Forderung nach der Ausgrenzung von Ausländern aus der deutschen *Volksgemeinschaft* manifestiert. Diese Rahmenvorstellung wird durch die Forderung nach einer strikten staatlichen Steuerung der Medien unterstützt (Kap. 3.1.1.2).

Die Nähe zwischen den Parteien ist bereits an ihren thematischen Schwerpunkten zu erkennen, die in allen Medientexten auffällig sind: Das Hauptaugenmerk der Parteien liegt auf den Themenbereichen Arbeit/Arbeitslosigkeit und Innere Sicherheit in Verbindung mit dem Themenkomplex Ausländer/Asylbewerber (Abb. 3, Kap. 2.1.2.1). Sie vertreten diesbezüglich sehr ähnliche, teilweise identische Standpunkte, nur in Einzelfällen weichen die Parteien randlich voneinander ab; beispielhaft seien genannt³⁵:

- Im Gegensatz zur NPD und den REPUBLIKANERN fordert die DVU an keiner Stelle explizit *Arbeit nur für Deutsche* oder *Sozialleistungen nur für Deutsche*.
- Entgegen den Forderungen der NPD und der REPUBLIKANER verlangt die DVU keinerlei *Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen*.
- Anders als die NPD fordern die DVU und DIE REPUBLIKANER die Wiedereinführung des alten Straftatbestandes des Landfriedensbruchs.
- Anders als die beiden anderen Parteien äußern sich DIE REPUBLIKANER (bekennend) zur Kirche und Religion.
- Im Gegensatz zur DVU und den REPUBLIKANERN identifiziert sich die NPD nicht nur nicht explizit mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern distanziert sich ausdrücklich davon.
- Als einzige Rechtspartei wirft die NPD der BRD Unrecht bei der *staatlichen Verfolgung politisch Oppositioneller* vor.

³⁵ Da die folgenden, zusammenfassend vergleichenden Hinweise auf Inhalte einzelner Medientexte im Vorfeld bereits diskutiert und belegt worden sind, erübrigen sich wiederholende Belege zur verwendeten Literatur.

Die dargestellten Unterschiede erweisen sich als geringfügig im Vergleich zu den ausgeprägten Gemeinsamkeiten, die die Parteien aufweisen. Wie zuvor ausführlich diskutiert, konzentrieren sich alle Medientexte auf die Themengebiete Arbeit/Arbeitslosigkeit und Innere Sicherheit bzw. Kriminalitätsentwicklung und verbinden diese ursächlich mit dem Themenkomplex Ausländer/Asylbewerber; in diesen Kontext fällt auch die am Rande geführte Debatte um die Rolle Deutschlands in der Europäischen Union. Die Schuld an der teilweise desaströs dargestellten politischen Situation der Bundesrepublik wird einhellig bei den etablierten Regierungsparteien gesucht, denen von allen untersuchten rechtsradikalen Organen die gleichen Fehler attestiert werden, die ursprünglich auf die menschenrechtliche und demokratische Orientierung der Regierungsparteien am Individuum zurückzuführen sind. In den rechtsradikalen Medientexten wird einhellig eine Orientierung an der Vorstellung eines kollektiven Volkskörpers proklamiert, dessen (sozial-)darwinistisches Überlebensziel die Aussonderung der ‚schlechten‘ Mitglieder zugunsten der ‚guten‘ ist (Kap. 2.2.2.4).

Die analysierten Parteien bzw. Gruppierungen gleichen sich weiterhin in ihrer Zielgruppenorientiertheit; sie sprechen dieselben Adressatenkreise an (Kap. 3.4.1.3). Dies erfolgt z.B. über den Versuch der Profilierung auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Außerdem sind sich alle drei Parteien in ihren Programmen einig – und stimmen hier mit den NSDAP-Vorstellungen überein (Kap. 2.3.7.1) – in einer Forderung nach Medienkontrolle, d.h. sie verlangen eine Pressekontrollinstanz, die offiziell vor allen Dingen Verwerfliches aus dem öffentlich zugänglichen Fernsehen entfernen soll (z.B. für Jugendliche zugängliche pornographische Sendungen), tatsächlich erhofft man sich aber eine wohlwollende Berichterstattung über die eigene politische Position (Kap. 3.1.1.2).

Außerdem bedienen sie sich weitgehend derselben, zum großen Teil der LTI-Rhetorik entlehnten Mittel, um diese Adressaten erfolgreich anzusprechen (Kap. 3.4.1.2 und Anhang IIc).

Nach dem Grad der Radikalität, mit dem diese politischen Gruppierungen ihre Thesen inhaltlich und formal vertreten, steht die NPD an erster Stelle – die im übrigen auch innerhalb des eigenen Lagers als *radikalste rechte Formation* bezeichnet wird (B 29: Junge Freiheit, S. 2) –, gefolgt von den REPUBLIKANERN und schließlich der DVU.

Im übrigen ist festzuhalten, daß keine der drei Rechtsparteien sich in offensichtlich nationalsozialistischer Art gegen Menschen jüdischen Glaubens wendet. Es mangelt hier zwar an eindeutigen Angriffen auf diese Personengruppe, unterschwellig existiert jedoch durchaus ein latenter Antisemitismus, der sich vorwiegend in den Parteiperiodika äußert (z.B. C 3, S. 9). Die subtil suggerierte Anklage gegen Mitmenschen jüdischen Glaubens besteht in der Annahme, daß diese das deutsche Volk daran hinderten, „... einen Schlusstrich unter die deutsche Vergangenheit zu ziehen und ein gleichberechtigtes Mitglied in der Völkergemeinschaft zu werden“ (Bundesministerium des Innern, 2000, S. 51).

Kapitel 3.4.1.2

Formale und kommunikationsorientierte Aspekte

In formaler Hinsicht ist festzuhalten, daß die DVU Ideologiebildung systematischer betreibt als die anderen Rechtsparteien (Bundesministerium des Innern, 2000, S. 56), was beispielhaft an deren (Bundestags-)Wahlkampfführung deutlich wird: Sie verfügt als einzige Partei nicht nur über Dr. Freys Medienimperium, sondern hat in diesem Kontext auch als einzige flächendeckende (!) Plakatierungen und Postwurfsendungen betrieben. Systematisch entfesselt sie, jeweils drei Wochen vor den betreffenden Wahlen, „... ein Dauerfeuer der Propaganda“ (B 11). Die Spezialität der DVU ist das persönliche Anschreiben der Bürger mit höchst suggestiven Formulierungen, wie selbst im gleichen Lager, hier von der Wochenzeitung *Junge Freiheit*, festgestellt wurde (B 11).

Auf die für die Analyse relevanten linguistische Mittel, die zwar nicht als ausschließlich typisch für die LTI zu betrachten sind, von ihr aber auch genutzt wurden, wie etwa der Gebrauch von Schlagwörtern oder die Konzentration auf die Nutzung von Begriffen aus einem bestimmten Wortfeld (im weiteren Sinne z.B. der Gebrauch des Wortes *Ausländer* und die folgende

Ersetzung durch Nationalitätsbezeichnungen wie *Türke*, *Russe* oder abfällig *Fidschi*) ist auch in den analysierten Medientexten zurückgegriffen worden.

Nominationstheoretische Überlegungen und Aspekte des Bedeutungswandels sind in Form von Neologismen, Neu- bzw. Umbenennungen und Neudeutungen alter Begriffe (*Multikulti*, *Ethnien*, *Überfremdung*) in den formalen Stil der Übermittlung von Botschaften in den analysierten Medientexten mit eingeflossen (Kap. 3.1.2 bis 3.3 und Anhang IIc). Die Erzeugung von Sozialisation, Identifikation, Zusammengehörigkeitsgefühl und Distanzierung durch Sprache ist durch eine duale Einteilung einzelner Diskussionen in den Medientexten in eine *wir*- und eine *die*-Seite erfolgt; in diesem Zusammenhang hat eine Einbeziehung von sozio- und psycholinguistischen Aspekten von Kommunikation stattgefunden (Kap. 3.1.2 bis 3.3 und Anhang IIc). Hitlersche Argumentationsstrategien nach Kap. 2.3.7.1, wonach es klug sei, die Gegenargumente zur eigenen Rede vorwegzunehmen, auszuführen und sogleich zu entschärfen, sind wesentlicher Bestandteil des Argumentationsstiles der betrachteten Medientexte. Die in den Texten eingesetzten Vokabeln aus dem religiösen Bereich (*beschwörend*, *bekennend* etc.; Kap. 3.1.2 bis 3.3 und Anhang IIc) unterstützen die Wirkung des Gebrauchs der Mittel der *Lingua Tertii Imperii*. Die Charakteristika der Sprache des Dritten Reiches (Kap. 2.3.7.2) sind in großen Teilen auch charakteristisch für den Sprachgebrauch in den untersuchten Medientexten (Kap. 3.1.2 bis 3.3 und Anhang IIc), wobei dies sowohl auf schriftliche als auch auf mündliche Texte zutrifft, in mündlichen aber noch wesentlich emotiver wirkt (Kap. 2.3.7.1). Die zentralen Elemente der Sprache der Propaganda des Dritten Reiches sind mit geringfügigen Abweichungen von allen rechten Gruppierungen übernommen worden; besonders deutlich trat dieses Phänomen in den Parteiprogrammen und –periodika auf (s. Anhang IIc). Kennzeichnend für die untersuchten Medientexte ist ein emotiver, emphatischer und bildreicher Stil, der in Parteiprogrammen (und nur hier) als Nominalstil zu bezeichnen ist und der ansonsten durch Wiederholungen, Übertreibungen, Neologismen und Archaismen sowie durch einen oft imperativischen, euphemistischen und stark antonymischen Sprachgebrauch gekennzeichnet ist (Kap. 3.1.2 bis 3.3 und Anhang IIc).

Auch in formaler Hinsicht existieren jedoch einige Unterschiede, zum einen bei den Rechtsparteien untereinander, zum anderen auch in ihrer Außenabgrenzung zur LTI:

Die unter Kap. 3.4.1.1 bereits erwähnte unterschiedliche Ausprägung der Radikalität spiegelt sich auch im Sprachgebrauch wider. Während sich in den Medientexten der NPD und der REPUBLIKANER biologische-pathologische Sprachbilder finden (Kap. 3.1.2 bis 3.3 und Anhang IIc) und dort beispielsweise von *krebsgeschwürartigem Ausbreiten* ausländischer Kriminalität berichtet wird (Kap. 3.1.2.2.3), finden sich derartige Formulierungen in den Organen der DVU oder in Artikeln der JUNGEN FREIHEIT gar nicht. Bezüglich der Außenabgrenzung zur LTI ist festzuhalten, daß die Sprache des Dritten Reiches für den Gebrauch in den heutigen Texten in Teilen gewissermaßen modernisiert worden ist. Dies wird einerseits am Bedeutungsgehalt von Begriffen wie denen aus dem Wortfeld *Ethnokultur* deutlich (Kap. 1.1.1.2 und 2.2.2) und andererseits auch an einer zurückhaltenderen, weniger aggressiven Weise des Aufbaus von *wir*-Gefühl; während dies in der LTI noch über den Gebrauch des kollektiven „wir“ erzeugt wurde, wird dies heute vermieden und statt dessen auf das weniger augenfällige „uns“ zurückgegriffen. Auch Adjektivattribute werden zwar noch überreichlich genutzt, um Texten einen lebhaften Charakter zu verleihen und mit ihnen Assoziationen zu transportieren, allerdings werden prozentual wesentlich weniger Komparative, Superlative und Elative gebraucht als in LTI-Texten. Dies läßt die Texte aufgrund des weniger exstatischen Gebrauchs von Adjektivattributen zunächst sachlicher erscheinen, was sie allerdings keinesfalls sind, weil an die Stelle dieses Mittels die Verstärkung des schwarz-weiß malenden Gebrauchs von antonymischen Ausdrücken tritt: In inflationärer Weise werden gegensätzliche Begriffe einander gegenübergestellt bzw. so erst als einander gegensätzlich vermittelt (als klassisches Beispiel für die hier analysierten Medientexte kann *deutsch-ausländisch* angeführt werden). Auf die gleiche subtile Weise werden oft Begriffe untrennbar miteinander verknüpft, zwischen denen rein inhaltlich an sich keine Bindung besteht (z.B. *kriminell* und *Ausländer* oder *Asyl* und *Mißbrauch*). Beides hat einen stark sozialisierenden und identifikationsstiftenden Charakter.

Es kann also formuliert werden, daß die Sprache des Dritten Reiches in den Medientexten nicht nur im wesentlichen übernommen, sondern in Teilen weiterentwickelt, subtiler gemacht worden ist.

Es hat sich bestätigt, daß Sprache im politischen Diskurs viele Aufgaben erfüllt, ihr vordringlichster Zweck aber tatsächlich die Identifikationsbildung ist.

Kapitel 3.4.1.3

Zielgruppenorientiertheit am Beispiel von Parteiprogrammen: Adressaten

Wer versucht, bestimmte Gruppen von Rezipienten besonders nachhaltig zu erreichen, also ganz bestimmte Adressaten anzusprechen, wird hierbei dreierlei Dinge beachten:

- Zum einen ist es notwendig, die Textsorte auf die entsprechende Adressatengruppe abzustimmen - man wird mit einem Science Fiction Roman nicht das gleiche Klientel für sich interessieren können wie mit einem Kochrezept; unterschiedliche Textsorten eignen sich zur Ansprache von unterschiedliche Gruppen, z.B. wird ein Wissenschaftler sich wahrscheinlich eher mit einem ausführlichen und sachlichen Text eines Parteiprogrammes auseinandersetzen wollen, während ein typischer Handwerker vielleicht ein Flugblatt oder eine Fernsehsendung zu seiner Information wählen wird; ein Jugendlicher wird evtl. Aufnäher und Musik-CDs für ansprechender halten.
- Daher bietet sich eine Differenzierung der Adressatengruppen nach sozialen und soziologischen Gesichtspunkten an. Hierbei sind z.B. Schicht, Alter, Geschlecht, Familien- und Bildungsstand, evtl. sogar Konfessionszugehörigkeit von Bedeutung.
- Auf der Basis dieser Überlegungen wird auch und gerade das Thema „Identität“ zum Schlüsselbegriff. Will ein Autor eine bestimmte Rezipientengruppe für sich und seine Ideen einnehmen, so sollte er in seinem Text Sachverhalte ansprechen, die zu einer Identifizierung mit dem von ihm diskutierten Thema führen. (Wenn beispielsweise ein Kultusminister zu irgendeiner Gelegenheit eine Rede über eine potentielle Neu-

strukturierung des Unterrichts an weiterführenden Schulen hält, hier eine Einführung eines neuen Pflichtfaches „Russisch“ vorschlagen und dies mit den Erfahrungen des Russischunterrichts in der DDR positiv untermauern würde, so würde ihm die Zustimmung eines Großteils der Bevölkerung der neuen Bundesländer wahrscheinlich sicher sein.) Dieser Gedankengang wird in das Modell zu Entstehung und Ursachen von Rechtsradikalismus auf der Basis von Neuen Sozialen Bewegungen aufgenommen.

Diese Aspekte sind für die Interpretation der Medientexte im Hinblick auf deren Adressaten von zentraler Bedeutung. Die Interessenaggregation durch die Parteien findet naturgemäß Ausdruck in der politischen Kommunikation. Damit diese möglichst effektiv zu politischer Sozialisation führen kann, müssen die Absichten eines Textes zur Ideologiebildung - welcher die Identifizierung mit dem Textautor vorausgeht - individuell unterschiedliche und eine möglichst große Anzahl von Rezipienten(gruppen) ansprechen: Die Textinhalte sind gewissermaßen mundgerecht zu servieren.

Die Identifizierung einzelner Zielgruppen ist bedeutsam für das Verständnis rechtsradikaler Ideologiebildung, noch klarer werden diese Strukturen anhand einer bewegungstheoretischen Analyse. Um eine grobe Ordnung in das Wirrwarr rechtsradikaler Organisationen und Denkmuster zu bringen, werden zunächst die Adressaten näher beleuchtet, im folgenden werden die Strukturen der Mobilisierung von rechts dann mittels der Bewegungstheorie detaillierter dargestellt.

Einleitend ist festzuhalten, daß die meisten untersuchten Textsorten zu einem parataktischen Stil neigen (das ist selbst für große Teile der textlich umfassenden Parteiprogramme und –periodika zutreffend), wobei dies im besonderen für alle Plakate und Aufkleber und ähnliche, vorwiegend mit kurzen Slogans operierenden Texte gilt. Die Parataxe ist in den (umfangreicheren) Programmen und Periodika allerdings nicht mehr durchgängig, sondern nur noch bedingt dominant. Ein parataktischer Stil, der Ausdruck in einer Aneinanderreihung von Hauptsätzen, ist leicht verständlich und einprägsam und erreicht deshalb einen großen Rezipientenkreis.

Die Natur eines Parteiprogrammes zeichnet sich durch eine wenig bildliche und lebendige Ausdrucksweise, dafür aber viel Sachlichkeit aus. Die Rezipienten, an die es sich wendet, sind daran interessiert, sich mit theoretischen Positionen und langfristigen Planungen einer Partei vertraut zu machen. Jemand, der ein solches Programm, welches zumeist ein verhältnismäßig umfangreicher Text ist, liest, muß i.d.R. viel Zeit und Konzentration für das Lesen aufwenden. Wer dies tut, demonstriert bereits ein ausgeprägtes Interesse an der betreffenden Partei. Bei Parteiprogrammen geht es also weniger darum, das Interesse eines Rezipienten ‚einzufangen‘ als vielmehr darum, es zu vertiefen und zu stabilisieren.

Nach Richard Stöss (P 4; Vortrag) geht besonders die NPD seit Mitte der 90er Jahre gezielt auf ostdeutsche Befindlichkeiten ein. Dies wird im Parteiprogramm in ausgeprägtem Maß deutlich, denn dort wird an vier, teilweise sehr ausführlichen, Textstellen explizit inhaltlich und formal an die Besonderheit der DDR-Identität angeknüpft. Da Nationalsozialismus und Sozialismus in vielen Ideen übereinstimmen (Kap. 1.1.1.1), verwundert es nicht unbedingt, daß eine rechtsradikale Partei wie die NPD in den Programmpunkten „Die Wirtschaft muß dem Volke dienen“ und „Die raumorientierte Volkswirtschaft“ (D 3, S. 4 ff.; Parteiprogramm NPD) nicht nur am Lebensraum orientierte wirtschaftliche, sondern auch planwirtschaftliche Vorstellungen äußert:

„Der Staat muß der Wirtschaft Rahmenrichtlinien vorgeben; falls nötig, Richtdaten setzen und durchsetzen, wenn das Gemeinwohl dies erfordert.“ (D 3, S. 4)

Diese Äußerung ist sowohl auf die soziale Marktwirtschaft der BRD als stärker noch auf die Planwirtschaft der DDR anwendbar, die ein fester Bestandteil des DDR-Regierungs- und –Wirtschaftssystems war. Die Bürger der DDR sind in diesem System aufgewachsen; es ist folglich ein ausgeprägter Identifizierungseffekt zu erwarten. Eindrücke wie dieser werden außerdem durch Feststellungen wie „Die Arbeitnehmer sind am Produktivvermögen zu beteiligen“ vertieft (D 3, S. 5).

Ganz eindeutig gesellt sich die NPD auch mit der folgenden Aussage an die Seite der Bürger der neuen Bundesländer:

„Der Verkauf von Betrieben und Einrichtungen durch die ‚Treuhand‘ und deren Nachfolgerin (BVS) macht ganz Mitteldeutschland zu einer Armutsregion mit kaum faßbarer Arbeitslosigkeit (...) Anstelle der Vernichtungsberatung muß es zu einer Aufbauberatung kommen.“ (D 3, S. 4)

Die NPD gibt so einer ganzen Bevölkerung mit deren wohl natürlichen Ressentiments gegenüber einer Institution, die zum innerdeutschen Streitpunkt geworden ist, die Möglichkeit, sich mit diesem im Programm vertretenen Grundsatz und damit mit der Partei zu identifizieren. Diese Absicht wird durch die negative Darstellung der bisherigen Arbeit der BVS (Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben) als *Vernichtungsberatung* in besonderem Maß gestärkt - die NPD nimmt das Thema nicht nur in ihr Programm auf, sondern vertritt eine Einstellung dazu, von der anzunehmen ist, daß sie von vielen Bürgern der neuen Bundesländern geteilt werden kann. Antonymisch stellt die Partei außerdem ihr eigenes Vorhaben dar, wenn sie denn Regierungsgewalt erreichen kann: In diesem Fall soll es zu einer *Aufbauberatung* kommen.

Die Intention solcher Bemerkungen wird in einen formalen Rahmen eingebettet, der sich durch Anlehnungen an den typischen DDR-Sprachgebrauch auszeichnet. Frühere Fachtermini, die später in die Umgangssprache der DDR Einzug hielten, wie etwa *kapitalistisch* stehen für diesen auf Identifikationsvermögen abzielenden Sachverhalt (D 3, S. 5).

Geschickt verknüpft die NPD, an der o.g. Textstelle besonders deutlich, die politische Sonderstellung der neuen Bundesländer mit dem Thema Arbeitslosigkeit, welches zwar für Gesamtdeutschland bestimmend ist, in den neuen Bundesländern aber eine größere Tragweite hat. Es ist dort nicht nur die Arbeitslosenquote höher, sondern die Bürgerinnen messen der Tatsache, einen Arbeitsplatz zu haben, eine stärkere Bedeutung bei: Eine Bewohnerin der alten Bundesländer tendiert eher dazu, ihr Leben auch ohne einer bezahlten Arbeit nachzugehen als ausgefüllt zu betrachten, während Frauen aus den neuen Bundesländern mit Arbeitslosigkeit häufiger Nutzlosigkeit und Wertlosigkeit assoziieren, da sie sich stärker über den – ehemals selbstverständlichen – Arbeitsplatz definieren. Insofern verknüpft die NPD gekonnt zwei wunde

Punkte im Leben der Bürger in den östlichen Bundesländern, BVS und Arbeitslosigkeit, um einen Sündenbock für diese Mißstände zu finden, nämlich die Regierungsparteien.

Die NPD bemüht sich selbstverständlich, auch andere Zielgruppen zu erreichen. Ein bedeutendes Mittel zur Erreichung dieser Gruppen ist erwartungsgemäß die Abgrenzung von Einstellungen bzw. Sachverhalten, die durch die etablierten Parteien vertreten werden. Gern macht die NPD sich langjährige politische Streitpunkte zunutze, wie etwa die Tatsache, daß Frauen bis ins Jahr 2000 der Dienst an der Waffe als Soldatinnen untersagt war (und dies nur auf europäischen Druck hin geändert wurde). Die Partei gibt sich in ihrem Programmpunkt zur Wehrpolitik schon weitaus früher zwar konservativ, aber emanzipiert:

„Wehrdienst ist Ehrendienst am deutschen Volk. (...) Frauen können freiwillig am Wehrdienst teilnehmen oder ein soziales Jahr leisten.“ (D 3, S. 13)

Zwar wird der Dienst an der Waffe für Frauen nicht ausdrücklich bejaht, doch die Bemerkung hinterläßt den Eindruck von Gleichberechtigung, im besonderen deshalb, weil Frauen nach dieser NPD-Forderung nicht mehr die Wahl hätten, ob sie überhaupt ein Dienstjahr leisten wollen, sondern, ebenso wie die Männer, entweder den soldatischen oder sozialen Dienst leisten müßten. Diese von der NPD an dieser Textstelle demonstrierte emanzipierte Haltung erscheint jedoch angesichts der Grundhaltung, die im Programm zum Ausdruck kommt, wenig überzeugend (Kap.

3.1.1.1). So heißt es im Programmpunkt zur Familienpolitik:

„Nationaldemokraten lehnen die jede Gemeinschaft gefährdende ‚Selbstverwirklichung‘ und den mit ihr einhergehenden schrankenlosen Egoismus ab. (...) Die Leistung der Hausfrau und Mutter ist mit keiner Arbeitsleistung anderer Berufe zu vergleichen. (...) Sie sollte nicht aus finanziellen Gründen außerhäuslich arbeiten müssen, da der Beruf in der Familie sie voll auslastet. Ihre Altersrente ist zu sichern.“ (D 3, S. 2 f.)

Diese Einstellung erscheint wiederum sehr konservativ, doch im Folgesatz verblüfft die NPD erneut mit einer emanzipierten Aussage, die vermutlich viele modern und nicht national denkenden Menschen mit tragen könnten: „Dies gilt alternativ auch für alleinerziehende Väter“ (D 3, S. 3).

Im Zusammenhang mit dem Wehrdienst wird auch Soldaten im allgemeinen eine Identifikation mit der NPD leicht gemacht, indem sich die NPD für die Bundeswehr und das Ansehen von

Soldaten überhaupt einsetzt sowie den Soldaten die positive Eigenschaft *tapfer* zuschreibt. Das an dieser Haltung kein Zweifel gehegt werden kann, wird durch den Imperativ *muß* verdeutlicht:

„Die tapfere Haltung deutscher Soldaten aller Zeiten muß Vorbild der Bundeswehr sein.“
(D 3, S. 13)

Außerdem wird im Parteiprogramm all jenen Bürgern ein starker Moment der Identifikation geboten, denen die gängige Justizpraxis nicht strikt und konsequent genug erscheint. Im Programmpunkt „Reform des Rechtswesens“ (D 3, S. 12) werden beispielsweise eine „Stärkung der Polizei ...“, die „Wiedereinführung der Todesstrafe in besonders schweren Fällen ...“ und ein Opferschutz verlangt. Die Ausländerthematik wird mit diesen Themen geschickt verbunden, da in diesem Zusammenhang auch die „Abschiebung krimineller Ausländer“ verlangt wird. Dieses Kapitel ‚ködert‘ jedoch nicht nur die oben erwähnten Rezipienten, sondern erweitert den Kreis seiner Adressaten auf umweltbewußte, ökologisch denkende Leser, indem „... härtere Maßnahmen gegen Umweltsünder ... sowie die Einführung einer wirksam arbeitenden Umweltpolizei“ gefordert werden. Die Hinwendung zu diesem individuellen Adressatenkreis findet außerdem Ausdruck in einem eigenen Programmpunkt zum Thema „Die Natur ist die allgemeine Lebensgrundlage“, in welchem u.a. eine – in den letzten Jahren viel diskutierte – *Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Waren* und die *Weiterentwicklung alternativer Energien* angestrebt werden (D 3, S. 10 f.). An diesen Aussagen läßt sich eine spezifische Zielgruppenorientiertheit nachweisen, die im wissenschaftlichen Diskurs treffend als „Rechte Ökologie“ bezeichnet wird und die als „Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus“ zu begreifen ist (Geden, 1999). Diese Art der Ökologie ist als Strategie zu verstehen, „... um das rechte Standardprogramm zu verbreiten und zu legitimieren“ (Geden, 1999, S. 51). Seit den 70er Jahren ist die Ökologieproblematik in Deutschland zu einem eigenständigen Politikfeld geworden. Mit dieser Thematik werden inzwischen nicht mehr nur alternative, links-emanzipatorische Vorstellungen assoziiert. Geden zitiert hierzu den bayerischen Ministerpräsidenten, Edmund Stoiber: „Umweltschutz ist ein originäres Thema der Konservativen“ (1999, S. 51). Wenn rechtsradikale Absichten sekundär in einem primär umweltpolitischen Text transportiert werden, kann dieser Text zunächst mit großer Akzeptanz

rechnen (Geden, 1999, S. 52). Rechte Ökologie stützt sich hauptsächlich auf drei Argumentationsstänge:

1. Zuerst ist da der Biologismus als Übertragung von Gesetzen aus dem Tierreich auf menschliche Gesellschaften:

„Denn wenn die konsequente Berücksichtigung ökologischer Fragestellungen in Politik und Alltag ein anstrebenswertes Ziel ... sein soll, dann scheint es für viele Umweltschützer naheliegend, ‚natürliche‘, biologische und speziell ökologische Gesetzmäßigkeiten zum Maßstab für menschliches Sozialverhalten zu machen“ (Geden, 1999, S. 53).

2. Weiterhin wird Umweltzerstörung auf fehlendes Umweltbewußtsein zurückgeführt, wie an einer Aussage des ehem. stellvertretenden Vorsitzenden der REPUBLIKANER und heutigen Chefs des Nation&Europa-Verlags, Harald Neubauer, deutlich wird:

„Daß Umweltverschmutzung vor allem Ausdruck einer verfehlten Geisteshaltung, eines mangelnden Bewußtseins, eines zunehmenden Werteverfalls sein soll, ist eine innerhalb der Ökologiebewegung weitverbreitete Einschätzung“ (Geden, 1999, S. 64).

Diese wird von rechts aufgegriffen mit dem Ansatz, der Mensch, der sich mit seiner Heimat identifiziere und sie liebe, ginge entsprechend mit ihr um (Geden, 1999, S. 63). Geden zitiert Neubauer, der hier das Negativbeispiel vom Menschen anführt,

„der ein gebrochenes Verhältnis zu seiner eigenen Identität, zu seinem Volk, zu seinem Vaterland und damit zu seiner Heimat im größeren Sinne hat ...“ (1999, S. 63).

3. Abschließend wird eine Verknüpfung der Ausländer- und der Umweltthematik vorgenommen, wie sie in den in Kap. 3 zuvor analysierten Medientexten bereits erwähnt worden ist. Die Verbindung beider Themen findet wiederum auf verschiedene Weisen statt:

- Die Entfremdung von Volk und Heimat als Ursache für mangelndes Umweltbewußtsein und daraus resultierende Umweltzerstörung wird mit der *Überfremdung* durch einwandernde Ausländer verbunden.
- Es kommt zu einer Darstellung von Ausländern als den eigentlichen Umweltsündern. Die Assoziation der Begriffe *Ausländer* und *Müll* als zusammengehörig wird versucht, Geden spricht hier von zahlreichen Witzen, die Ausländer mit Dreck, Gestank und Unordnung etc. assoziieren (1999, S. 66), was in den vorliegenden Medientexten allerdings nicht vordergründig war.

- Zuletzt wird eine Verknüpfung vom Ressourcenverbrauch mit der demographischen Entwicklung Deutschlands vorgenommen. Nach Geden lautet die rechtsradikale Argumentation in solchen Fällen, daß durch das zunehmende, ausländische Arbeitnehmerpotential gehäuft Ausländer in die Industrieproduktion drängten und somit einen gesteigerten Ressourcenverbrauch verursachen würden (1999, S. 66). In diesem Kontext wird die frühere Wahlwerbung der REPUBLIKANER angeführt, auf der auf einem Poster ein überfülltes Boot mit dem Slogan *Das Boot ist voll* gezeigt wurde (1999, S. 68).

Weiterhin wird im NPD-Programm unter Punkt 14 die Gruppe der Jugendlichen zwar nicht explizit angesprochen, aber als Zielgruppe (hier: teilweise) auch identifiziert. Dort heißt es in bezug auf die vermeintliche „... Tolerierung des Rauschgifthandels ...“ sehr ungenau (so daß viel Spielraum für individuelle Interpretationen bleibt):

„Sie [die Justizpraxis, Anm. d. Verf.] gefährdet den Rechtskonsens in Deutschland und ruiniert außerdem jährlich Zehntausende junger Menschenleben“ (D 3, S. 12).

Im Programmpunkt zur Familienpolitik wird ebenfalls das Wohl der Jugend nach den Vorstellungen der NPD bedacht:

„Diese Geborgenheit [in der Familie, Anm. d. Verf.] ist das beste Bollwerk gegen die Zunahme psychischer Erkrankungen der Jugend“ (D 3, S. 3).

Dieses Ideal ist natürlich nur zu verwirklichen, wenn der Platz der Frau als Hausfrau und treu sorgenden Mutter im heimischen Haushalt ist. Derlei Familienvorstellungen in Kombination mit der Forderung nach dem Schutz des *werdenden Lebens* (D 3, S. 3) dürften das Potential in sich tragen, auch christlich-konservativen Bürgern attraktiv und wünschenswert zu erscheinen.

Im weiteren Verlauf des Parteiprogrammes werden Jugendliche nicht mehr erwähnt, das Programm wendet sich auch nicht direkt an sie. Die Ursache dafür ist sicherlich in der

Textsortenspezifisch zu suchen. Andere, weniger umfangreiche, theoretische und nüchterne Texte eignen sich offenbar besser, um Jugendliche anzusprechen (Kap. 3.3 und 3.5)³⁶.

Schließlich bilden Bürger mit einem Hang zu einer revisionistischen Geschichts- und Geographieverfassung eine Adressatengruppe; in den Programmpunkten 10 und 11 wird nachdrücklich erklärt, daß man mit den derzeitigen Grenzen des deutschen Staates nicht einverstanden ist und eine „... Wiedervereinigung innerhalb seiner geschichtlich gewachsenen Grenzen.“ verlangt (D 3, S. 9). Der Verlauf dieser Grenzen kann aus dem Kontext als Verlauf deutscher Grenzen von (mindestens) 1937 begriffen werden. Im elften Programmkapitel *wehrt* sich die NPD gegen *Geschichtsklitterung* und *einseitige Vergangenheitsbewältigung* (D 3, S. 9 f.) und bedient so nicht nur die Ewiggestrigen, sondern auch eine neue, junge Generation, die sich kaum noch immer für das Handeln ihrer (Ur-)Großeltern verantwortlich machen lassen wird und ein neues, selbstbewußtes und weniger schuldbeladenes Selbstverständnis zu suchen beginnen wird.

Ähnlich wie im Parteiprogramm der NPD werden auch im Programm der REPUBLIKANER die Themen Ostdeutschland und Arbeitslosigkeit in der Absicht miteinander verknüpft, die Schuldigen für das vermeintliche Wiedererstarken *alter Seilschaften* in der *Treuhand* und die *Massenarbeitslosigkeit* auszumachen: In einem Gut-versus-böse-Schema wird dem Altkanzler Kohl das Ausbleiben *blühender Landschaften* vorgehalten; den Altparteien wird darüberhinaus vorgeworfen, die Wiedervereinigung wäre *gar nicht erwünscht* gewesen (Diese Anschuldigung scheint sich besonders an die SPD zu richten) und man habe *falsche Hoffnungen geweckt* (D 7, S. 56). In der Folge versuchen sich DIE REPUBLIKANER den Rezipienten des Programmes gegenüber auf der Basis dieser Anklage zu profilieren – ganz nach dem bereits in Kap. 2.3.4 zitierten Ausspruch Huntingtons: „Wir wissen, wer wir sind, wenn wir wissen, wer wir nicht sind und gegen wen wir sind.“

³⁶ An dieser Stelle findet keine detaillierte Schilderung der Altersgruppe der Jugendlichen als Zielgruppe rechtsradikaler Agitation statt, weil diesem Thema im folgenden ein eigenes Kapitel gewidmet ist (Kap. 4).

DIE REPUBLIKANER machen sich auch die Maxime Dieckmanns (Kap. 2.3.4) „Sprich die Sprache deiner Zuhörer“ zunutze, indem sie z.B. den umgangssprachlichen Begriff *Treuhand* statt der formal zutreffenden Bezeichnung *BVS* (Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben) gebrauchen (D 7, S. 56) und so die Identifikation mit den Inhalten des Gesagten erleichtern. So kommt die Partei den BürgerInnen der neuen Bundesländer auch mit der folgenden Aussage sehr entgegen:

„Es war ein historischer Fehler, daß der deutsche Arbeitnehmer nicht vom Anfang des Wiederaufbaus an am Produktivkapital beteiligt wurde.“ (D 7, S. 60)

Diese Feststellung in für propagandistische Sprache charakteristischen kollektiven Singular bezieht sich zwar auf Gesamtdeutschland, kann aber sowohl von der Wirtschaftswundergeneration in Anspruch genommen als auch aus der Perspektive der Wiedervereinigung betrachtet werden.

Im Zusammenhang mit dem Thema Arbeit und Beschäftigung tritt der Schwerpunkt der republikanischen Forderung hervor; DIE REPUBLIKANER wollen sich als Partei für den vermeintlich im Stich gelassenen Mittelstand verstanden wissen, folglich existiert ein separater Programmpunkt „Mittelstand und Handwerk“. In diesem Subkapitel grenzt sich die Partei wiederum nach dem Gut-böse-Schema von den etablierten Parteien ab, indem sie sie anklagt:

„Wir REPUBLIKANER sind die Partei der Arbeiter, Angestellten, Bauern, freien Berufe und des bürgerlichen Mittelstandes. Christdemokraten und Liberale sind konzernorientiert, die Sozialisten von den Gewerkschaften beherrscht. Der Mittelstand hat deshalb nur schmeichelnde Worte, aber keine politischen Taten gesehen. Er wurde vielmehr steuerlich überbelastet, mit hohen Sozialkosten belegt...“ (D 7, S. 49)

Das *Wir* im Zitat steht für die Guten, die *Christdemokraten* und die *Liberalen* sind die Bösen, daher wundert es nicht, daß DIE REPUBLIKANER sich beinahe den Beinamen der DDR-Volkspartei SED „Partei der Arbeiter ... [und] Bauern ...“ aneignen. Während DIE REPUBLIKANER im großen und ganzen „den einfachen Bürger“ ansprechen und fördern wollen, wird den „Bösen“ die angeblich kontraproduktive Unterstützung des internationalen Marktes und seiner Unternehmungen (*Konzerne*) vorgeworfen als wäre dies das einzige, je existente Interesse der Regierungsparteien gewesen. Alternativ wollen DIE REPUBLIKANER den nationalen Markt stützen und Konkurrenzeinflüsse von außen eindämmen, womit sie wiederum ein einseitiges

Feindbild geschaffen haben. Sie erwähnen nicht die Bedeutung von Im- und Export für die deutsche Wirtschaft, auch nicht die Anzahl von Arbeitsplätzen, die durch in Deutschland ansässige ausländische Unternehmungen geschaffen oder erhalten worden sind etc. Statt dessen wird versucht, auf der Basis der angeblichen Fehler der anderen Profilierungsmöglichkeiten und damit Identifikationspotential für sich selbst zu schaffen (Diese Taktik ist allerdings nicht nur typisch für die Neue Radikale Rechte, sondern kennzeichnet politische Diskurse im allgemeinen). Ansätze wie dieser harmonieren ausgezeichnet mit dem Schüren der Angst vor kultureller Überfremdung mit Schlagwörtern, die sich wie ein Leitmotiv durch rechtsradikale Medientexte ziehen; die Begriffe *Identität* und *Kultur* werden hierfür immer wieder bemüht. So wollen DIE REPUBLIKANER z.B. das *Brückenland Deutschland vor einer Einwanderungswelle verarmter Massen schützen* (D 7, S. 3) und sehen den „... moderne[n] Nationalstaat auch im Anbruch des 21. Jahrhunderts [als, Anm. der Verf.] bestimmendes Subjekt der internationalen Beziehungen“ (D 7, S. 13). Dies trifft im Zeitalter der Globalisierung und der Entwicklung hin zu einer multikulturellen Gesellschaft auf deshalb ohnehin vorhandene massive Identitätskrisen. Revisionistische Interessen werden bei den REPUBLIKANERN vor allem durch ihre Vorstellung von den Grenzen Gesamtdeutschlands deutlich, erkennbar an der Definition Ostdeutschlands: „gemeint sind die Gebiete jenseits von Oder und Neiße“ (D 7, S. 64). Die Wahrnehmung jüngerer deutscher Geschichte wird bereits in der Präambel geschildert:

„Der angestammte Platz der Deutschen ist nicht der Pranger der Weltgeschichte“ (D 7, S. 3).

Das Parteiprogramm der REPUBLIKANER spricht auch Soldaten an und versucht, seinen Attraktivitätsgehalt durch die Feststellung zu erhöhen, „Die Soldaten der Bundeswehr haben Anspruch auf modernste konventionelle Waffen und Ausrüstung“ (D 7, S. 10). Da es an Geldern für die Ausrüstung der Bundeswehr in den 90er Jahren zunehmend mangelte, ist dies eine sehr überlegte Äußerung. In diesem Kontext versuchen DIE REPUBLIKANER auch idealistische Anhänger einer gerechten Kriegsführung mit dem Wunsch nach der Beschränkung der Auswirkungen von Waffen auf ein möglichst geringes Maß an Grausamkeit zu beeindrucken, indem sie sich *für eine weltweite Ächtung der nuklearen, biologischen und chemischen Waffen*

einsetzen (D 7, S. 10). Dabei ist anzunehmen, daß sich diese Adressatengruppe in großen Teilen mit der Gruppe der Umwelt- und Naturschützer deckt, deren Interesse die Partei dadurch für sich zu wecken versucht, daß die Wichtigkeit des Themas durch zwei separate Kapitel und seine Aufnahme im Programmkapitel *Innere Sicherheit* unterstrichen wird (Programmkapitel 4, 6 u. 17).

In Kapitel vier wird ein Anstieg der Kriminalität in Deutschland nicht nur beschrieben, sondern regelrecht beschworen, was der Partei die Basis schafft, um klare Forderungen zur Beseitigung des Mißstandes zu stellen. Diejenigen Rezipienten des Programmes, denen die gängige deutsche Justizpraxis nicht ausreichend streng erscheint, werden mit Zustimmung lesen, daß die Partei dort eine Personalverstärkung und stärkere Präsenz der Polizei verlangt sowie „Überfällige Reformen im Straf-, Strafprozeß- und Strafvollzugsrecht“ (D 7, S. 17).

Das Parteiprogramm der DVU eignet sich in textsortenspezifischer Hinsicht sehr gut zur Ansprache einer Vielzahl von Adressaten, weil es lediglich die Größe und den Umfang eines Flugblattes besitzt, die darin enthaltenen Informationen sind ohne viel Zeitaufwand zugänglich. Aus dem Sachverhalt, daß das Programm so wenig umfangreich ist, ergibt sich die Konsequenz, daß vieles nur angedeutet und nicht bis ins Detail erläutert wird. Das führt zum Schlagwortcharakter des Blattes: Was unpräzise formuliert ist, wird mehr Menschen erreichen können, weil es weniger Streitpunkte in sich birgt.

Bürger, die unter einer Angst vor kultureller Überfremdung durch die Einwanderung von Ausländern leiden und außerdem auf strikter Nationalstaatlichkeit bestehen, können auch bei der DVU ein geistiges Zuhause finden. Deren erster Programmpunkt, „Bewahrung der deutschen Identität“ (D 5, S. 1), thematisiert eben diese Angst vor einem Identitätsverlust verursacht durch eine multikulturelle Gesellschaft. Der Begriff *nationale Identität* ist im Programm von zentraler Bedeutung und wird so und in Abwandlungen immer wieder aufgegriffen.

Christlich-konservativen Wählern wird u.a. durch die Forderung nach dem Schutz des ungeborenen Lebens (Programmpkt. 4, S. 2) und mittels des Bezuges zu Gott in der Präambel³⁷ ein Forum innerhalb der DVU gegeben.

Eine revisionistische Plattform ergibt sich im Programm der DVU nur sehr bedingt. Zwar wird deutlich gemacht, daß man die *Abtrennung der Gebiete östlich von Oder und Neiße* für unrechtmäßig hält, es wird aber kein Versuch unternommen, die Geschichte neu schreiben zu wollen. Die Partei erinnert zwar daran, daß auch von Siegermächten des Zweiten Weltkrieges *schwere Kriegsverbrechen* begangen worden seien, sie leugnet aber nicht die deutsche Seite dieses Teils der Geschichte (D 5, S. 2). Hierdurch macht sie das Parteiprogramm auch für weniger extremistisch denkende Rezipienten, z.B. für christlich- bzw. nationalkonservative Personen tragbar.

Der Berufsstand der Soldaten wird vor allem dahingehend angesprochen, daß die DVU die Leistungen der *Frontgeneration*, sprich der Wehrmachtssoldaten im Zweiten Weltkrieg, ausdrücklich respektiert sehen will (Programmpkt. 3, S. 2).

An Arbeitslose richtet sich die DVU vorwiegend in Form von Mittelstand und Bauern (Programmpkt. 5 u. 9, S. 2 u. 3), denen sie die größte Unterstützung zugedenkt, da besonders die Bauern von der EU gebeutelt worden seien. Mit diesem Argument richtet sich die DVU gegen einen relativ übergroßen, imaginären Gegner und stellt sich so an die Seite ‚des kleinen Mannes‘, des arbeitslosen bzw. in seiner wirtschaftlichen Existenz bedrohten ‚Opfers‘, welchem auf diese Weise die Identifizierung mit der Partei erleichtert werden soll.

Auch die Adressatengruppe der Bürger der neuen Bundesländer wird zu erreichen versucht, indem als abschließender Satz zum Programmpunkt *Schaffung von Arbeitsplätzen* zu lesen ist: „Wir sind uns der Pflicht bewußt, den neuen Bundesländern besondere Hilfe zukommen zu lassen“ (D 5, S. 2). Diese Absicht kann aber kaum ernst genommen werden, da diese Aussage die einzige im Programm ist, die einen Bezug zu den östlichen Bundesländern herstellt.

Um auch solche Rezipienten für sich zu gewinnen, denen die Justizpraxis nicht effektiv genug ist, fordert die DVU in den Programmpunkten sechs und acht (S. 2 u. 3) eine *Vereinfachung und*

³⁷ Der zitierte Art. 56 des GG endet mit der Formulierung „So wahr mir Gott helfe.“

Verschärfung von Gesetzen und Verordnungen sowie eine hinreichend ausgerüstete Polizei (D 5, S. 3).

Die Bedeutung des Umweltschutzes für die Partei wird anhand der Tatsache deutlich, daß selbst in diesem sehr wenig umfangreichen Programm dem Thema ein eigener Programmpunkt zugeordnet wird.

Außerdem setzt sich die DVU in ihrem Parteiprogramm für die Belange der Jugend ein und verlangt u.a. eine *Anpassung der Lebensbedingung in Großstädten an Kinder und Jugendliche*, eine Stärkung der *Jugendhilfe* (dieser Begriff wird nicht weiter erklärt) und nennt *anzustrebende Bildungsziele* (D 5, S. 3 u. Kap. 3.1.1.2). Insgesamt soll jugendlichen Lesern der Eindruck vermittelt werden, die DVU trete für sie ein.

Neben (rein quantitativ betrachtet) Randgruppen wie Revisionisten und Soldaten verstehen es die Rechtsparteien vor allem, großen Bevölkerungsgruppen, die sich erfahrungsgemäß vom ‚Establishment‘, also den Regierungsparteien oft unverstanden und schlecht vertreten fühlen, reizvolle alternative Identifikationsangebote zu unterbreiten: Umweltschützer, BürgerInnen der neuen Bundesländer, Jugendliche werden gezielt von ihnen umworben. Durch diese Rekrutierungsbemühungen soll über die Jahre der potentielle Wählerpool der Rechtsparteien vergrößert werden. Inwiefern dieses Ziel erreicht wird, wird in Kap. 4 und Kap. 5.2 dargestellt werden. Bisher läßt sich bereits festhalten, daß Rechtsparteien und –gruppierungen sich sehr bewußt auf Rekrutierung durch gezielte Identifikationsangebote konzentrieren und deshalb zielgruppenorientiert handeln.

Kapitel 3.4.1.4

Die gemeinsame Datenbasis der rechtsradikalen Medientexte: Darstellung und Kritik

In den Kapiteln 3.1.2 bis 3.3 sind Medientexte von rechtsradikalen Parteien, Gruppierungen und Organisationen interpretiert und in Auszügen zitiert worden, die meist die Lebenssituation von

Deutschen und Ausländern in der Bundesrepublik zum Inhalt hatten, sich randlich aber auch mit der Rolle Deutschlands innerhalb der Europäischen Union auseinandersetzten. Dem Zahlenmaterial, das in diesen Texten zugrundegelegt worden ist, wird an dieser Stelle die tatsächliche Datenbasis entgegengestellt, um zu verdeutlichen, mit welcher demagogischer Absicht in rechtsradikalen Medientexten aus dem Zusammenhang gerissene oder schlicht falsche Daten gezielt verwendet werden, um Eindrücke zu erwecken, auf denen Xenophobie als zentraler Bestandteil völkischen Denkens und dieses Denken an sich gedeihen kann.

Kapitel 3.4.1.4.1

Die Verteilung ausländischer Bevölkerung auf die BRD

Am 31.12.1997 betrug die Anzahl legal in Deutschland lebender Ausländer genau 9,0% bzw.ca. 7.365.800 Personen (Statistisches Bundesamt, 1999, S. 45), wobei ca. 1,5 Mio. davon in Deutschland geboren wurden, aber die Staatsbürgerschaft der Eltern haben (Statistisches Bundesamt, 1999, S. 569). Diese Anzahl verteilte sich ganz unterschiedlich auf die neuen und alten Bundesländer. Am 31.12.1995 betrug der Anteil der in den neuen Bundesländern lebenden ausländischen Gesamtbevölkerung 3,4%³⁸. Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung eines einzelnen Bundeslandes ist am 31.12.1997 in Hamburg am höchsten und in Thüringen am niedrigsten gewesen; allgemein ist festzuhalten, daß die fünf neuen Länder diesbezüglich die Schlußlichter bilden³⁹:

³⁸ Diese Angabe erfolgt ohne die Berücksichtigung Berlins, für welches keine differenzierten Zahlen angegeben wurden.

³⁹ In Kapitel 5.2 werden diese Zahlen denen zum rechtsradikalen Personenpotential etc., ebenfalls nach Bundesländern differenziert, gegenübergestellt.

Tabelle 1: Anteil ausländischer Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der einzelnen Bundesländer 1997 (%)
(Statistisches Bundesamt, 1999, S. 47)

Anteil ausländischer Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der einzelnen Bundesländer (%)	
Hamburg	18,2 %
Berlin	14,0 %
Hessen	13,9 %
Baden-Württemberg	12,3 %
Bremen	12,2 %
Nordrhein-Westfalen	11,2 %
Bayern	9,2 %
Rheinland-Pfalz	7,5 %
Saarland	7,4 %
Niedersachsen	6,1 %
Schleswig-Holstein	5,2 %
Brandenburg	2,3 %
Sachsen	1,9 %
Sachsen-Anhalt	1,8 %
Mecklenburg-Vorpommern	1,4 %
Thüringen	1,3 %

Kapitel 3.4.1.4.2

Ausländer und deren Glaubenszugehörigkeit

In einigen Medientexten wurde der Eindruck vermittelt, der allergrößte Teil der in Deutschland lebenden Ausländer sei muslimischen Glaubens. Wenn man jedoch alle Staaten mit überwiegend islamischer Bevölkerung nimmt und die Anzahl der aus diesen Staaten stammenden, nach Deutschland eingereisten Ausländer zusammenzählt, so ergibt dies eine Zahl von 2.642.788 (=35,88%) Menschen im Verhältnis zur ausländischen Gesamtbevölkerung von 7.365.833 Personen (=100%). Die genannte Anzahl nach Deutschland Eingewanderter islamischen Glaubens ist eher als zu hoch gegriffen zu betrachten, weil die zitierte Quelle die Türkei als das mit Abstand größte Herkunftsland dieser Einwanderer angibt (mit 2.107.426 Personen) und das Land – irreführend – pauschal als muslimischen Staat betrachtet, obwohl die türkische Bevölkerung in ihrer Mittlerstellung zwischen Orient und Okzident auch starke christliche Ausprägungen hat (Q 5).

Kapitel 3.4.1.4.3

Arbeitslosigkeit: Ausländer als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt

Am Ende des Monats April 2000 waren 3.986.355 Erwerbspersonen arbeitslos, davon 1,9% Spätaussiedler und 12,3% Ausländer. Diese Arbeitslosenzahl entspricht einer Arbeitslosenquote von 9,8%; die Arbeitslosenquote unter ausländischen Arbeitnehmern war mit 17,7% etwa doppelt so hoch (Q 6; Bundesanstalt für Arbeit). Anhand einer Aufstellung zur beruflichen Stellung von ausländischen und deutschen Beschäftigten für Westdeutschland läßt sich zumindest für die alten Bundesländer die Annahme bestätigen, daß Ausländer tendenziell weit stärker bereit sind, weniger qualifizierte Arbeit anzunehmen als deutsche Arbeitnehmer (Statistisches Bundesamt, 1999, S. 572). Schon deshalb liegt auch das durchschnittliche Einkommen eines ausländischen Arbeitnehmers deutlich niedriger, allerdings hat sich die Einkommenssituation der Ausländer auch insgesamt verschlechtert: „1984 bezogen Ausländer ein durchschnittliches Einkommen, das 87% der Bezüge von deutschen Beschäftigten entsprach, 1997 sind es nur noch 76%“ (Statistisches Bundesamt, 1999, S. 573).

Anhand dieser Zahlen wird deutlich, daß die sich vermeintlich natürlich ergebende Konkurrenzsituation von deutschen mit ausländischen Arbeitnehmern meist nicht existent ist, weil Ausländer weniger dazu tendieren, sich um höher qualifizierte und besser dotierte Stellen zu bemühen und deutsche Arbeitnehmer dort deshalb vorrangig miteinander in Konkurrenzkampf stehen. Außerdem wird anhand eines Vergleichs der Arbeitslosenquoten ersichtlich, daß ein deutscher Arbeitnehmer aus statistischem Blickwinkel die doppelt so guten Chancen hat, den begehrten Arbeitsplatz zu bekommen.

Kapitel 3.4.1.4.4

Ausländer und das soziale Netz der BRD

Der in den Medientexten gelegentlich geweckte Eindruck, das soziale Sicherungssystem Deutschlands würde vorrangig von ausländischen Mitbürgern strapaziert, ist unzutreffend. Allerdings muß ein überproportionales Vertretensein von Ausländern als Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (=Sozialhilfe) eingeräumt werden. Im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung Deutschlands (=9%) ist diese Gruppe mit einem Anteil von 19,72% an den laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt überrepräsentiert (hier für den Stichtag 31.12.1994; Statistisches Bundesamt, 1997, S. 57). Die Gründe hierfür sind in den schlechteren Sozialisationsbedingungen für die ausländische Bevölkerung, besonders den weiblichen Teil, wie er sich in Schulabschluß, Ausbildung, Studium und aufgrund der spezifischen Situation von Ausländern auf dem Arbeitsmarkt mangelnden Tätigkeitsnachweisen äußert.

Den in den Medientexten geäußerten Behauptungen, Ausländer würden in wesentlichen Teilen als Schwerbehinderte einwandern, ist massiv entgegenzutreten. Am 31.12.1995 waren 185.353 ausländische Mitbürger als schwerbehindert erfaßt, dies entspricht einem – deutlich unterproportionalem – Anteil von 2,85% (Statistisches Bundesamt, 1997, S. 59) am Gesamtausländeranteil an der Bevölkerung Deutschlands.

Kapitel 3.4.1.4.5

Zur Kriminalitätsentwicklung bei ausländischen Mitbürgern⁴⁰

Oberflächlich betrachtet ist die Kriminalitätsentwicklung bei ausländischen Mitbürgern tatsächlich überproportional stark ausgeprägt: Dem Ausländeranteil an der gemeldeten strafmündigen Bevölkerung (=allen strafmündigen Ausländern in Deutschland) stand 1997 ein Ausländeranteil von 27% an den Verurteilten gegenüber (Q 5; Statistisches Bundesamt, 1999, S. 30). Dabei ist davon auszugehen, daß etwa ein Drittel aller ausländischen Tatverdächtigen sich aus dem Personenkreis der illegalen Einwanderer rekrutiert (Q 5; Statistisches Bundesamt, 1999, S. 30). Bei einer näheren Betrachtung ist zunächst festzustellen, daß sich im Bereich der

⁴⁰ Zum Studium weiterer Literatur sei auf Geißler (1995) verwiesen.

klassischen Kriminalität⁴¹ bei Deutschen und Ausländern ähnliche Strukturen finden. Allerdings machen bei ausländischer Kriminalität lediglich die Straftaten gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz bereits 12% der Verurteilten aus, wozu weiterhin noch die 45% der Verurteilten zu zählen sind, die – vermutlich im Zusammenhang mit der Verletzung deutscher Einreise- und Paßbestimmungen – wegen Urkundenfälschung ihren Kriminalitätsstatus erlangt haben (Q 5; Statistisches Bundesamt, 1999, S. 31 f.), was beim Erfassen von Statistiken zur Ausländerkriminalität die genannten Daten relativiert. Des weiteren ist festzuhalten, daß die hohen absoluten Verurteiltenzahlen sich bei der ausländischen Bevölkerung auch ergeben, weil ihre demographische Struktur eine andere ist: „Junge Männer begehen – auch in der deutschen Bevölkerung – weitaus mehr Straftaten als andere Bevölkerungsgruppen. Unter den Ausländern ist diese Personengruppe anteilmäßig größer als in der deutschen Bevölkerung“ (Q 5; Statistisches Bundesamt, 1999, S. 30).

Kapitel 3.4.1.4.6

Die Finanzierung der Europäischen Union/Deutschlands Rolle in der EU

Die Finanzierung des EU-Haushalts läßt sich grob in drei Geldquellen einteilen:

- Abgaben bzw. Transfers der Mitgliedstaaten aufgrund ihres Mehrwertsteueraufkommens
- Abgaben bzw. Transfers der Mitgliedstaaten auf der Basis ihres Bruttosozialproduktes
- Zölle und ähnliche Abschöpfungen auf die Importe aus Drittstaaten.

Obwohl in den Medientexten die letzte Quelle nicht thematisiert worden ist, ist die dortige Nennung der ersten beiden Quellen korrekt. Weiterhin ist es zutreffend, daß Deutschland als das am meisten an die EU zahlende Mitgliedsland betrachtet werden kann (1997: 21217 Mio. EURO), allerdings ist es in diesem Zusammenhang notwendig, darauf zu verweisen, daß die BRD auch der drittgrößte Empfänger von Zahlungen seitens der EU an ihre Mitgliedsländer ist (1997: 9989 Mio. EURO; Statistisches Bundesamt, 1999, S. 399).

⁴¹ Hierunter ist folgendes zu verstehen: Körperverletzung, Diebstahl und Unterschlagung, Betrug und Untreue, Straftaten im Straßenverkehr, gegen die Person, gegen das Vermögen, nach dem Betäubungsmittelgesetz, nach dem

Die Erkenntnisse dieses Subkapitels haben die eingangs geäußerte Vermutung (Kap. 3.4.1.4), daß in den Publikationsorganen der Rechtsparteien und –gruppierungen dem Zusammenhang entrissene oder gar aus der Luft gegriffene Daten und Behauptungen zur Förderung rechtsradikaler Ideologiebildung präsentiert werden, bestätigt. Diese haltlosen Behauptungen strafen das von ihnen angestrebte Image des Bekennens zu freiheitlich-demokratischen Werten Lügen und liefern den Hintergrund für die Beantwortung der Frage nach ihrer Glaubwürdigkeit.

Kapitel 3.4.2

Übergreifende politikwissenschaftliche Analysen: Ein integratives Modell zur Bewegungsforschung

Das Zusammenspiel der drei in Kapitel 2.2.3.2 dargestellten bewegungstheoretischen Ansätze wird in der folgenden Abbildung praxisbezogen dargestellt. Das Modell entstand aus dem Zusammentragen und –fügen von Erkenntnissen aus der Sekundärliteratur zu Neuen Sozialen Bewegungen (Kap. 2.2.3.2) unter Ergänzung detaillierterer Betrachtungen von Sprache als identifikationsbildendem Moment und vor allem durch das Hinzufügen von arbeitsmarktpolitischen Umweltbedingungen bei den politischen Gelegenheitsstrukturen. Das Modell stellt einen Versuch zur Aufstellung einer Theorie zu Entstehung, Ursachen und Wachstum von Rechtsradikalismus dar. Es bildet das Kernstück dieser Arbeit, in das alle anderen Untersuchungen eingeordnet werden können und werden, wie z.B. die identifikationsbildenden Absichten der Medientextsorten im allgemeinen oder den Versuch, jugendliche Subkulturen mittels Musik in ideologiebildende Maßnahmen einzubinden. Der wichtigste Aspekt bzw. die Frage, mit dem das Modell steht und fällt, ist die Frage nach der Fähigkeit der Akteure (*Eliten*), Identifikationsprozesse erfolgreich zu steuern.

Durch die Fragen nach dem Identifikationsprozeß und seiner Ausgangssituation und den politischen Gelegenheitsstrukturen inklusive arbeitsmarktpolitischer Aspekte enthält das Modell

psychologische, soziologische, linguistische, politikwissenschaftliche und betriebs- bzw. volkswirtschaftliche Ansätze und ist daher integrativen Charakters.

Im folgenden wird das Modell zunächst dargestellt und dann durch eine systematische Zusammenfügung aller bisherigen Erkenntnisse aus der Praxis im einzelnen beispielhaft erläutert. In Kap. 4.2 wird das Modell außerdem auf die besondere Situation der Entstehung und des Gedeihens von Rechtsradikalismus unter Jugendlichen angewandt. In Kap. 5.1 findet eine zusammenfassende Darstellung der Lebenswelten von Erwachsenen und Jugendlichen im o.g. Modell statt.

<u>Framing</u>	<u>Collective Identity</u>	<u>Political Opportunity Structures</u>
<u>Diagnostischer Deutungsrahmen:</u> Problemidentifizierung (öffentlich) <i>z.B. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot durch Anwesenheit von Ausländern</i>		Möglichkeit der Inanspruchnahme öffentlicher Mittel <i>z.B. Finanzierung von Jugendgruppen (ABM)</i>
Zuordnung von Verantwortlichkeit (<i>Selbst – System</i>) <i>z.B. Ausländer, Politikermfähigkeit</i>	Identifizierung mit Bewegung auf breiter Basis / Rekrutierung von Basis-aktivisten (Stufen: - Üben von Gesellschaftskritik - Abgrenzung: wir –die - Märtyrerrolle - Gruppenzugehörigkeit, <i>z.B. Gemeinschaftsbildung durch Bewegungsgeschichte und –kultur; entscheidende Bedeutung einer Identifikationsfigur</i>	Möglichkeit der Schaffung von Gegenöffentlichkeit <i>z.B. Szenemedien CD und Internet</i>
<u>Prognostischer Deutungsrahmen:</u> Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten <i>Lösung der Ausländerfrage</i>		Binden einflussreicher Persönlichkeiten an Protestbewegung (Unterstützer) <i>z.B. finanzstarke Persönlichkeiten als Förderer</i> <i>oder Personen aus dem öffentlichen Leben, die Aufmerksamkeit garantieren und den Attraktivitätsgehalt der Bewegung erhöhen (z.B. Popstars)</i>
Formulierung von Handlungszielen <i>z.B. bestimmte Parteien wählen</i>		arbeitsmarktpolitische Strukturen (<i>z.B. Arbeitsquote, ABM-Angebot</i>)
<u>Motivierender Deutungsrahmen:</u> Erstellen von Handlungsstrategien		Mobilisierung vorhandener Ängste und daraus resultierende Legitimierung rechtsextremer Ausschreitungen unter dem Aspekt des Vorhandenseins eines ‚Deckungsbereiches in der Bevölkerung‘, <i>z.B. Überfremdungssängste, ausgelöst von Wanderungsbewegungen in den 90er Jahren durch den Zusammenbruch der Ostblockstaaten und die Balkankrise</i>

Abbildung 4: Theorie zu der Entstehung, den Ursachen und zum Wachstum von Rechtsradikalismus – ein integratives Modell auf der Basis der Bewegungsforschung

Das diagnostische Deutungsmuster des Framingansatzes erklärt den Ansatz einer rechtsradikalen Bewegung, es leistet die Problemidentifizierung in der Öffentlichkeit. Es handelt sich dabei i.d.R. um Themen wie Arbeitslosigkeit, Überbelastung des sozialen Netzes und Wohnungsnot durch die Anwesenheit von Ausländern, die sich auf die genannten Lebensbereiche auswirkt⁴². Auf die Problemformulierung folgt eine Identifikation von Verursachern und Verantwortlichen, wobei es nur die Möglichkeiten gibt, die Schuld für die Probleme entweder bei sich selbst oder im System zu suchen. Sucht der Rezipient die Schuld bei sich selbst, wird er resignieren und sich wahrscheinlich in die Privatsphäre zurückziehen (Apathisierungsthese, Kap. 2.3.4); macht er das System verantwortlich, wird er zur Entwicklung eines radikalen politischen Bewußtseins neigen und sich politisch engagieren wollen bzw. durch Partizipation den Mißstand bekämpfen wollen (Radikalisierungsthese, Kap. 2.3.4). Um ein Personenpotential für sich mobilisieren zu können, muß es deshalb das Ziel der Bewegungseliten sein, eine Verantwortlichkeit des Systems glaubhaft zu vermitteln. Gelingt dies, so setzt hier der Collective Identity-Ansatz ein: Es kommt zu einer beginnenden Identifizierung mit der Bewegung auf breiter Basis; *Basisaktivisten* werden rekrutiert. Dies geschieht zunächst durch die Übereinstimmung der von den Bewegungseliten geäußerten Gesellschaftskritik mit der Kritik der potentiellen *Basisaktivisten*; so wird eine Abgrenzung im Sinne von *wir – die* gefördert. *Die*, also die Volksvertreter (und damit die Mehrheit der Bevölkerung), stehen für eine multikulturelle Gesellschaft ein bzw. fördern sogar bewußt den Zuzug ausländischer Arbeitnehmer (siehe Schröders Green Card-Aktion seit März 2000), wodurch sich ein wesentlicher Teil deutscher Arbeitsloser verhöhnt und ignoriert fühlt. Dieser Nährboden wird von den *Bewegungseliten* (z.B. Parteichefs der rechtsradikalen Parteien, Besitzer und Redakteure rechtsradikaler Zeitungen und Magazine jeder Art etc.) genutzt, um in dichotomischer Weise durch Abgrenzung Identifikationsangebote darzubringen, wie z.B. *zugehörig – nicht zugehörig*, wobei Nicht-Zugehörigkeit gern über Herkunft, Sozialstatus und vor allem Ethnie definiert wird.

⁴² In dieser bewegungstheoretischen Analyse wird nicht noch einmal jede Argumentation mit Literaturhinweisen belegt, weil dies im Vorfeld schon ausführlich erfolgt ist.

Die Identifizierung mit der rechtsradikalen Protestbewegung erscheint schwierig und einfach zugleich, abhängig vom Blickwinkel, aus dem heraus man die Ausgangsbedingungen betrachtet. Da eine Protestbewegung ihr Image ja nicht selbst bestimmen kann, sondern es auch eine Außensicht gibt, wird für viele Rezipienten der Gedanke abschreckend sein, mit ‚Nazis in einen Topf geworfen zu werden‘. Wo aber die rechtsradikale Ideologiebildung gelingt, wird der zukünftige *Basisaktivist* sich in einer Märtyrerrolle sehen: Da ein demokratisches, pluralistisches, heterogenes System nach rechtsradikalem Denken in den Untergang bzw. zu einem handlungsunfähigen, schwachen Staat eines dann aussterbenden Volkes führt (Kap. 1.1.1.1 und 2.2.2.4), bedeutet dies für rechtsradikale Ideologie, „... daß über unser deutsches Volk eine ‚undeutsche‘, eine ‚lebensfeindliche‘ Auffassung regiert“ (Meyer, 1991, S. 283) und dies über kurz oder lang zur Volkszerstörung führen wird. Jeder Deutsche, der dagegen aufbegehrt, kann sich also heroisch als Retter seines Vaterlandes begreifen und wird aufgrund dieser Wahrnehmung seiner selbst als Märtyrer gegen Angriffe auf seine Person immun, oder anders formuliert: unbelehrbar sein.

Während nun im prognostischen Deutungsrahmen des Framing-Ansatzes Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt (z.B. Lösung der Ausländerfrage) und Handlungsziele formuliert werden (z.B. das Wählen einer bestimmten Partei), beginnt im Rahmen des Collective Identity-Ansatzes das Einschwören der bereits an der Bewegung Interessierten auf eine dauerhafte politische Identität – aus Interessierten werden Aktivisten, es bildet sich eine fundierte Gruppenidentität, und zwar auf dem Hintergrund von identifikationsstiftenden Maßnahmen, die durch von den *Bewegungseliten* erstellten Motivationsstrategien handlungsanleitend sind (z.B. Aufruf zur Teilnahme an Demonstrationen). Insofern gehen die Formulierung von Handlungszielen, identifikationsstiftende Maßnahmen und das Implementieren von Motivationsstrategien Hand in Hand. Die Gruppenidentitäten werden in diesem Zusammenhang durch Gemeinschaftsbildung gefördert, welche auf mehreren Faktoren aufgebaut wird: Da eine gemeinsame Bewegungsgeschichte, insoweit sie existent ist, sich wegen der Nazi-Vergangenheit schlecht zur Gemeinschaftsbildung eignet, ersetzt man sie durch kulturelle Aspekte, als da beispielsweise wären die Wiederbelebung nordischer

Mythologie (Kap. 1.1.1.2.3); Symbolik in Form von Fahnen, Logos und teilweise uniformartiger Kleidung (Bomberjacken etc.); Musik in Gestalt der Pflege von traditionellem Liedgut oder Rockmusik mit rechtsradikalen Texten (Kap. 4) sowie ein für rechtsradikales Denken typischer Slang in Form von Anlehnungen an die LTI (*Volk, Gemeinschaft, Überfremdung*)⁴³, an Skinhead-Sprache bzw. -schreibweise (*doitsch, Froide*) oder sonstigem, typischerweise von der Neuen Radikalen Rechten gebrauchten Slang (*Umerziehung, einseitige Vergangenheitsbewältigung*). Die Gemeinschaftsbildung würde durch das Vorhandensein einer charismatischen Identifikationsfigur, wie in Österreich derzeit Jörg Haider, außerdem erheblich gefördert.

Die politischen Gelegenheitsstrukturen lassen sich in zwei Gruppen aufteilen⁴⁴, zum einen in die Gruppe der vorgegebenen Strukturen und zum anderen in die der beeinflussbaren Strukturen. Nicht beeinflussbar ist das Vorhandensein öffentlicher Gelder, hier gibt es entweder Möglichkeiten, solche abzuschöpfen oder es gibt sie nicht. Auch die Mobilisierung von Ängsten ist nur durchführbar, wenn derlei Ängste grundsätzlich vorhanden sind. Dies betrifft im besonderen die jeweilige Situation auf dem Arbeitsmarkt, da BürgerInnen eher zu Konkurrenzängsten ausländischen Arbeitnehmern gegenüber und zur Wahrnehmung jedes Ausländers als jemanden, der ihnen potentiell ‚die Arbeitsstelle wegnehmen‘ kann, neigen, je größer die Arbeitslosenquote ist. Insofern ist davon auszugehen, daß die wirtschaftliche Talphase der zweiten Hälfte der 90er Jahre einen für rechtsradikale Agitationszwecke günstigen Boden geschaffen hat. Dagegen hängt die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit (z.B. die Erstellung von rechten Homepages im Internet, insofern diese Aufgaben nicht von den *Bewegungseliten* übernommen werden) und das Binden sonstiger *Unterstützer*, z.B. einflußreicher Persönlichkeiten, an die Bewegung von der Fähigkeit der *Bewegungseliten* ab, ihre Protestbewegung erfolgreich zu führen. Alle diese genannten Strukturen im politischen System können sich sehr förderlich auf den Erfolg der Bewegung auswirken. Die

⁴³ Die Klassifizierung einzelner Begriff als der LTI zugehörig geschieht auf der Basis eines Wörterbuches zum „NS-Deutsch“ (Brackmann / Birkenhauer, 1988).

⁴⁴ Es werden nur einige Strukturen ohne Anspruch auf Vollständigkeit aufgeführt. Es handelt sich dabei um diejenigen, die der Verfasserin im Kontext am wichtigsten erscheinen.

Inanspruchnahme öffentlicher Mittel ist im berlin-brandenburgischen Raum in den 90er Jahren geradezu pervertiert worden, indem der Staat ABM-Stellen für Jugendzentren schuf, die in kürzester Zeit von völkisch gesinnten Jugendlichen unterwandert und zu rechtsextremen

Jugendorganisationen auf kommunaler Ebene ausgebaut wurden (Wagner, P 6; Vortrag / A 22, S. 76; Der Spiegel / A 17, S. 44; Der Spiegel). Die Möglichkeit der Schaffung von Gegenöffentlichkeit wird nicht nur von aktiven und organisierten Rechtsradikalen genutzt; die Vielfalt, Größe und Unkontrollierbarkeit des Netzes hat viele einschlägige Homepages (private, Versandseiten, Parteiseiten etc.) hervorgebracht, die ausnahmslos jedem (auch und gerade Kindern, die mit den neuen Medien oft sehr gut umgehen können) zugänglich sind. Das Binden einflußreicher Persönlichkeiten an die Bewegung kann finanzielle Vorteile haben, mehr öffentliche Aufmerksamkeit bewirken oder sogar zusätzliche Basisaktivisten liefern, die dem jeweiligen ‚Star‘ in seinen Aktivitäten folgen. Derlei Stars existieren zwar im jugendlichen Umfeld bzw. sind aus der rechtsradikalen jugendlichen Subkultur hervorgegangen (Kap. 4), sind in der Erwachsenenwelt aber nicht vorhanden. Von ausschlaggebender Bedeutung ist schließlich die Frage nach der Mobilisierbarkeit vorhandener Ängste bzw. nach dem Vorhandensein von Ängsten überhaupt, auf denen gegebenenfalls aufgebaut werden kann. In Übereinstimmung mit Wagner (P 6; Vortrag) und Koopmans (1998, S. 202) wird davon ausgegangen, daß es derzeit in Deutschland für rechtsradikale Handlungen inkl. Gewalttaten einen Deckungsbereich in der Bevölkerung (*Sympathisanten*) gibt, der sich auf Überfremdungsängste und daraus entstehende latente Fremdenfeindlichkeit stützt und aufgrund der Wanderungen von (Süd-)Osten nach Westen in den 90er Jahren durch den Zusammenbruch der Ostblockstaaten und die Balkankrise sowie die schwierige Arbeitsmarktlage im Deutschland der 90er Jahre entstanden ist. An den Ereignissen in Rostock-Lichtenhagen von 1992, als Hunderte von Schaulustigen angesichts der Brandstiftung in einem Asylantenheim nicht nur keine Hilfe leisteten, sondern den rechtsextremistischen Brandstiftern Beifall klatschten, wurde ein *massenpsychologischer Deckungsraum in der älteren Generation* (Wagner, P 6) ersichtlich, der aus der Empfindung heraus entstand, die

Brandstifter wären moralisch im Recht, wenn sie sich wehrten – z.B. gegen die Beschneidung ihrer eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch den Zwang, mit ausländischen Arbeitnehmern konkurrieren zu müssen und gegen Politiker, die gegen diesen vermeintlichen Mißstand nichts zu unternehmen scheinen. In Situationen wie dieser können also leicht vorhandene Ängste mobilisiert werden, um eine Legitimierung rechtsradikalen Denkens und Handelns zu erreichen. Die *Sympathisanten* der heutigen Bewegungstheorie weisen große Ähnlichkeiten mit den *Mitläufern* von damals auf.

Kapitel 3.5

Rechtsradikale Erscheinungen bei etablierten Parteien⁴⁵ – eine vergleichende Analyse

Die bisher in diesem Kapitel auf rechtsradikale Medientexte angewandte Methodik zur Erforschung entsprechenden Gedankenguts und seines Transports eignet sich nur bedingt für die Erfassung rechtsradikaler Weltanschauungen und Organisationsstrukturen bei etablierten Parteien. Die nähere Betrachtung der relevanten Medientexte unter Aspekten der Bewegungsforschung, der Defizitanalyse und dem Vergleich der Parteiprogramme der Regierungsparteien mit dem der NSDAP von 1920 erwiesen sich beim Gros der Regierungsparteien erwartungsgemäß als wenig effektiv. Die Ausnahme macht hier die CDU, die (wie im folgenden und in Kap. 5.1 beschrieben) in ihrem Parteiprogramm als einzige einige Ähnlichkeiten mit dem NSDAP-Parteiprogramm aufweist bzw. Schmittsche Homogenitätsvorstellungen zeigt. Dies wird insbesondere an der Aufnahme *Niederschlesiens* als Bundesland in den ‚Lebensraum des deutschen Volkes‘ (Anhang IV) und an Andeutungen deutlich, die vermuten lassen, daß die Vorstellung vom Kollektiv im Vergleich zum Individuum bei der CDU einen im Vergleich ungewöhnlich großen Raum einnimmt.

Es empfiehlt sich also das Zurückgreifen auf die unter Kap. 2.3 geschilderten Methoden zur Analyse des politischen Diskurses in Kombination mit einer anthropologischen Herangehensweise, kurz einer eingehenden Betrachtung des von den etablierten Parteien in

ihren Medientexten vertretenen Weltbildes. Wenn auch folglich auf eine Defizitanalyse verzichtet wird, so wird doch untersucht, ob es umgekehrt ein Kriterium ist, sich explizit von Rechtsparteien und ‚nationalem‘ Gedankengut abzugrenzen.

Die so erzielten Erkenntnisse werden abschließend von einer sich inhaltlich an Kap. 4 orientierenden Analyse der Aktivitäten der Regierungsparteien in der Jugendpolitik bzw. in jugendlichen Subkulturen ergänzt.

Kapitel 3.5.1

Zum Weltbild der etablierten Parteien und ihrer Abgrenzung nach rechts

Die CDU/CSU, als die konservativsten aller Regierungsparteien, stehen der Ideologie und der Vermittlungsweise dieser Ideologie der Rechtsparteien am nächsten. Es wäre folgerichtig anzunehmen, daß diese Parteien einen entsprechend großen Bedarf an Abgrenzung zum rechten Rand aufweisen sollte. Tatsächlich erfolgt diese Abgrenzung, verglichen mit anderen Regierungsparteien, sehr oberflächlich.

In den vorliegenden Medientexten erfolgt keinerlei Thematisierung des Problems ‚Rechtsradikalismus und Gewalt‘; es erfolgt keine explizite Abgrenzung im Parteiprogramm, den Parteiperiodika, der Wahlwerbung, Flugblättern etc. Die einzige Ausnahme bildet ein Wahlplakat der Jungen Union (H 25), das sich ausdrücklich gegen Rechtsradikalismus wendet. In der Post-Kohl-Ära sprachen sich jüngst Generalsekretär Ruprecht Polenz gegen rechte Gewalt (O 35; Homepage der CDU) und Angela Merkel für die Einführung eines aufklärenden Schulfaches „Völkerkunde“ (B 24; Ostseezeitung) aus. Diese Entwicklung ist zwar vorhanden, aber auf die Post-Kohl-Ära beschränkt und damit noch sehr jung bzw. neu. Bis 1998 ereigneten sich dagegen mehrere, zumindest zweifelhafte öffentliche Auftritte von CDU/CSU-Politikern, die eine Nähe zu völkischem Gedankengut nicht nur vermuten ließen, sondern klar offenlegten. Edmund Stoiber sprach von einer ‚durchmischten und durchrassten Gesellschaft‘ (1988, A 7, S. 61a; Der Spiegel / Kap. 1.2); Kohl nahm in einer Wahlrede mit dem Begriff ‚Reichsgebiet‘ bezug auf das Territorium der Bundesrepublik Deutschland (1998, Kap. 2.3.4);

⁴⁵ Auch: Regierungsparteien.

Wolfgang Schäuble fordert in seinem Buch „Und der Zukunft zugewandt“ von 1994 in der Tradition völkischen Gemeinsinns, an die Stelle der *Ego-Gesellschaft* müsse die „Idee der Nation als Schutz- ... und Schicksalsgemeinschaft“ treten (Feindt/Fröchling, 1994, S. 148); Steffen Heitmann bedauerte als Kandidat für die Bundespräsidentschaft die *Überfremdung* des deutschen Volkes⁴⁶, wobei sich diese Empfindung aus der Situation heraus ergeben habe, daß er sich einmal daran gerieben habe, in einer deutschen Großstadt so vielen Ausländern begegnet

zu sein und erklärend von Heitmann hinzugefügt wurde, er halte diese Wahrnehmung nicht für abseitig (Gessenharter, 1994, S. 9). Auch in jüngerer Zeit finden sich solche Einzelweltbilder, durch die die CDU/CSU schon wegen der Fülle ihres Aufkommens maßgeblich geprägt wird. Als Beispiel sei die Kampagne des nordrhein-westfälischen konservativen Politikers Jürgen Rüttgers genannt, der sich mit seiner „Kinder statt Inder“-Landtagswahlkampagne 2000 gegen die geplante GreenCard-Aktion Schröders, den Versuch, den extremen Arbeitskräftemangel im IT-Bereich kurzfristig zu beheben, wandte. „Kinder statt Inder“ wollte Rüttgers im Sinne von „Mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung“ verstanden wissen (A 23, S. 23; Der Spiegel). „Kinder statt Inder“ ist nicht nur ein unreflektierter, rassistischer Slogan aus einer der unteren Schubladen sprachlicher Gewandtheit, sondern zeugt darüberhinaus inhaltlich von unzureichenden Kenntnissen wirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Zusammenhänge, was schon an der Tatsache zu ersehen ist, daß Investitionen in die Bildungspolitik erst Jahre später greifen, folglich einen akuten Mangel nicht beheben können und somit die lediglich kurz- bis mittelfristige Rekrutierung internationaler Fachkräfte keine Konkurrenz für die Zukunftsaussichten nachfolgender Generationen darstellt, wohl aber in der Lage ist, momentane Mangelsituationen kurzfristig zumindest notdürftig abzudecken.

Wie zuvor erwähnt, finden sich ausdrückliche Abgrenzungen nach rechts auch nicht im Parteiprogramm oder anderen schriftlich vorliegenden Medientexten. Ganz im Gegenteil

⁴⁶ An dieser Stelle sei noch einmal darauf verwiesen, daß der Ausdruck „Überfremdung“ ein in der Zeit des Nationalsozialismus geprägter Begriff bzw. eine LTI-Vokabel ist, welcher ein „zu starkes Eindringen von Nichtdeutschen oder ‚Artfremden‘ in das deutsche Volk“ bzw. nach Goebbels „die Überfremdung des deutschen Geisteslebens durch das internationale Judentum“ bezeichnet (Brackmann/Birkenhauer, 1988, S. 185 f.).

existieren dort formal wie inhaltlich einige bedenkliche Parallelen zu Medientexten der rechtsradikalen Parteien und Gruppierungen. So findet sich sowohl im Parteiprogramm (D 6) als auch in der Wahlplattform (D 6) und allgemeiner Wahlwerbung (F 6) der CDU/CSU eine durchgängige Verknüpfung der Themen „Innere Sicherheit“ und „Ausland/Asyl“, wie sie auch in den Medientexten der rechtsradikalen Parteien auffällig war. Das Subkapitel zum Thema „Asyl“ ist im Parteiprogramm der CDU/CSU im Kapitel „Innere Sicherheit“ (D 6, Kap. 6) integriert, wo man sich von *ausländischen Straftätern* abgrenzt, allerdings mit keinem Wort die Notwendigkeit der Eindämmung rechter Gewalt erwähnt. Eine solche Verknüpfung findet u.a. auch in einem Wahlwerbeheft mit dem Titel „Eine Bilanz des Erfolgs“ statt, wo auf einer Doppelseite links festgestellt wird, daß „Verbrechen erfolgreich bekämpft“ wurden und rechts unter der Überschrift „Asylmißbrauch verhindert“ stolz verkündet wird, man habe die Asylleistungen „noch einmal auf das Notwendigste reduziert“ und die „Asylbewerberzahlen auf unter ein Viertel gesenkt“ (F 6, S. 11 f.). In diesem Rahmen wird zwar nicht explizit auf die oben erwähnten *ausländischen Straftäter* hingewiesen, allerdings wiederum auch die Thematik *rechte Gewalt* vollkommen ausgelassen. Allein die räumliche Nähe beider Themen bzw. die Eingliederung des Themenkomplexes „Ausland/Asyl“ in den Komplex „Innere Sicherheit“ ist unter den geschilderten Umständen als höchst problematisch zu sehen. Sowohl das in den Medientexten der CDU/CSU geäußerte Gedankengut als auch die sprachliche Präsentation desselben weist eine ausgeprägte ideologische Nähe zum rechten Rand auf. So findet sich selbst im Briefwechsel der Verfasserin mit der CDU/CSU-Bundesgeschäftsstelle über Mitgliederstatistiken die Aufnahme des Begriffs *Niederschlesien* als Bezeichnung für ein (in Deutschland nicht mehr existentes bzw. mit Görlitz nur noch randlich verbliebenes) Bundesland; neben Angaben zu statistischen Mitgliederentwicklungen für andere Bundesländer werden auch solche für „Sachsen & Niederschlesien“ gemacht (Q 11), wobei am inhaltlichen Gehalt des Begriffs kein Zweifel sein kann. Er beschreibt die ehemalige (1919-1934 und 1941-1945) preußische Provinz mit den Regierungsbezirken Breslau und Liegnitz, die nach Kriegsende unter polnische Verwaltung gestellt wurden (Bertelsmann, 1994, Bd. 12, S. 11 und Bd. 16, S. 362) und mit dem 2+4-Vertrag von 1990 endgültig abgetreten wurden.

Eine ähnlich problematische Begrifflichkeit findet sich in der Forderung nach *Gemeinsinn* anstelle eines *schrankenlosen Individualismus* im Parteiprogramm der CDU/CSU (D 6, S. 61), die der Forderung der NPD nach einem Kampf gegen *Selbstverwirklichung* und *schrankenlosem Egoismus* (D 3, Punkt 2, S. 1; Kap. 3.1.1.2, S. 95) sehr ähnlich ist und ebenfalls eher ein homogenes, kollektives Weltbild als ein auf Individualismus begründetes vermittelt. Diese Einstellung ist im übrigen auch in der Tendenz des Parteiprogrammes auffällig, Asylbewerber und Asylanten als homogene Masse und kollektive Bedrohung der Existenz des deutschen Volkes wahrzunehmen (D 6, Wahlplattform). Diese Bevölkerungsgruppe wird, zusammen mit anderen ausländischen Mitbürgern, im Zusammenhang mit dem Thema „Innere Sicherheit“ in ‚einem Atemzug‘ mit der *Drogenmafia*, *Schleuserorganisationen* und sonstigem, in biologisch-pathologischer Metaphorik bzw. LTI-Sprachgebrauch so bezeichnetem *Krebsgeschwür*, *organisierten Verbrechen* genannt (D 6, Wahlplattform, S. 2). Von Ausländern wird dort nicht gesprochen, die Rede ist grundsätzlich von *kriminellen Ausländern* (D 6, Wahlplattform, S. 2). Im übrigen wird schon in der Überschrift die Notwendigkeit des Vorhandenseins eines *starken Staates* bekräftigt (D 6, Wahlplattform, S. 1) – auch hierin ist sich die CDU/CSU mit den Rechtsparteien einig.

Abschließend ist festzuhalten, daß das CDU/CSU-Parteiprogramm ein sehr konservatives Frauenbild zeichnet und die Frau in der Gesellschaft, ganz wie die Rechtsparteien, vornehmlich als Hausfrau und Mutter wahrnimmt und im Unterschied zu allen folgenden Programmen von Regierungsparteien kein explizites (Sub-)Kapitel zur Rolle der Frau bzw. zur Frauenförderung enthält.

Die SPD hat lediglich eine Ähnlichkeit mit den Inhalten der Parteiprogramme von NPD, DVU und den REPUBLIKANERN aufzuweisen, die in den sozialen Wurzeln der Partei liegen: Auch in ihrem Parteiprogramm ist die Forderung nach einer „Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital“ enthalten (D 13, S. 35). Dies ist die einzige auffindbare Parallele, abgesehen davon wird eine gründliche Trennung nach rechts durchgeführt. So ist die SPD zwar für eine

Begrenzung der Zuwanderung und die sozialverträgliche Steuerung derselben, verquickt jedoch an keiner Stelle ihres Programms die Themen „Innere Sicherheit“ und „Ausland/Asyl“, besonders nicht beim Stichwort „Organisierte Kriminalität“, das in allen anderen bisher untersuchten Programmen mit dem Begriff „kriminelle Ausländer“ verknüpft war. Statt dessen wird bereits in der Einleitung zum Kapitel „Innere Sicherheit“ eine deutliche Abgrenzung vom Rechtsradikalismus formuliert:

„Wir werden nicht tatenlos zusehen, daß Rechtsextremisten und Gewalttäter in Deutschland ihr Unwesen treiben.“ (D 13, S. 68)

Außerdem findet sich im Parteiprogramm der SPD ein – im Programm der CDU nicht enthaltenes – Subkapitel zum Thema „Medienvielfalt bewahren“ (D 13, S. 66), daß den Interessen der Rechtsparteien konträr gegenüber steht (Kap. 3.4.1.1, S. 154).

Die SPD hat im Bundestagswahlkampf nach der PDS eine der aktivsten Kampagnen gegen Rechtsradikalismus geführt (Kap. 4.1.2.2), beispielsweise mit der Medientextsorte einer Spielkarte, auf deren Vorderseite auf rotem Grund „Zeig den Rechten die rote Karte. Besonders im Osten“ gedruckt war und deren Rückseite erklärte, „Warum die Rechten die Rote Karte verdienen“ (O 4).

Bezüglich der von einzelnen SPD-Politikern geäußerten Weltanschauungen sind keine den CDU/CSU-Politikern vergleichbare Äußerungen bekannt.

Die FDP verhält sich in ihrem Parteiprogramm verhältnismäßig neutral dem Thema Rechtsradikalismus gegenüber. Es ist von einem heterogenen Grundverständnis geprägt und enthält keinerlei Anlehnungen an völkisches Gedankengut, aber auch keine ausdrückliche Abgrenzung vom Rechtsradikalismus im Kapitel „Der liberale Rechtsstaat“ (D 12, S. 18 f.). Im Programm werden neben einem Zuwanderungskontrollgesetz auch Verbesserungen bei der Integration von Ausländern gefordert (S. 12 und 24).

In anderen Medientextsorten der FDP erfolgte ebenfalls lange keine deutliche Abgrenzung nach rechts. Die Partei nutzte dieses Thema nicht zu ihrer Profilierung, allerdings ist sie inhaltlich und ohne viel Werbung diesbezüglich aktiv; beispielsweise wurde in einer Pressemeldung des Deutschen Bundestags von einem Antrag der FDP (14/3106) berichtet, die Regierung habe „... das Problem des Rechtsradikalismus mit einem breiten Angebot an Jugendarbeit entschlossen zu bekämpfen, und zwar besonders in den neuen Bundesländern“

(O 33; Pressedienst des Deutschen Bundestages). In jüngster Zeit findet eine Abgrenzung nach rechts in anderen Medientexten statt. Wie andere Parteien hat auch die FDP das Aufflammen des Themas im Sommerloch 2000 genutzt, um festzustellen, Rechtsradikalismus sei eine Schande für Deutschland (Q 38; Online-Interview mit Bernd Wagner). Unter dieser Überschrift war im Internet ein Cartoon zu sehen, auf dem die sprichwörtlichen drei Affen, hier in Gestalt von Bundesbürgern, die nichts sehen, nichts hören und nichts sagen, zusehen, wie ein Rechtsradikaler (am „Sieg Heil“-Aufdruck auf seinem T-Shirt zu erkennen) einen Farbigen mit Füßen tritt (Q 38).

Bündnis 90/Die Grünen thematisieren den Rechtsradikalismus schon in der Präambel ihres Programms:

„Fünf Jahre nach den Brandanschlägen von Solingen und Lübeck ist rechtsextremistische Gewalt weiter bitterer Alltag.“ (D 14, S. 5)

Im Kapitel „Bürgerrechte, Demokratie und öffentliche Sicherheit“ wird im Zusammenhang mit Minderheitenpolitik ein reformiertes *Flüchtlingsrecht* und ein *Antidiskriminierungsgesetz* „... zum Schutz von allen Minderheiten“ gefordert (D 14, S. 111 f.). Eine Abgrenzung findet außerdem statt durch die Forderung nach *Medienvielfalt* und *Pressefreiheit* (D 14, S. 116) und die Feststellung „Volksbegehren und Volksentscheide bieten auch die Gefahr der Instrumentalisierung für populistische Kampagnen“, weswegen diese nicht zur Einschränkung von Grundrechten führen dürften (D 14, S. 113). Bündnis 90/Die Grünen greifen damit als einzige Regierungspartei dieses Thema, die Forderung rechtsradikaler Parteien nach mehr Volksentscheiden und –begehren (z.B. D 7, S. 5 f.), auf. Darüberhinaus grenzen sie sich von konservativen Parteien jeglicher Couleur durch die intensive Beschäftigung mit Fragen der Frauenförderung innerhalb ihres Programms ab (D 14).

Abgrenzungen in anderen Medientexten liegen lediglich in Form eines online veröffentlichten Beschlusses des Bundesvorstands vom 3. Juli 2000 vor, wonach die Grünen „Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen“ wollen (O 36).

Ein persönliches Engagement gegen Rechtsradikalismus wie das der PDS-Politikerin Angela Marquardt (Kap. 3.5.1, S. 188) oder Ausfälle einzelner Politiker nach rechts wie bei der CDU/CSU sind nicht bekannt.

Die PDS steht für die „Freie Entfaltung von Individualität“ (D 11, S. 13), das Programm ist von einer heterogenen Grundeinstellung geprägt. Es geht an mehreren Stellen ausführlich auf Rechtsradikalismus ein und grenzt sich scharf davon ab. Bereits in der Präambel heißt es:

„... rechtsextremistische Tendenzen in ganz Deutschland nehmen bedrohliches Ausmaß an.“
(D 11, S. 1)

Mit „Den Rechtsruck aufhalten“ ist dem Phänomen ein eigenes Kapitel gewidmet (D 11, Kap. 4.2), die Ursachen werden im Ost-West-Konflikt und damit verbunden in der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Lage des Landes gesucht (D 11, S. 3 und 8). Die Partei will keine Zuwanderungsbeschränkung, verlangt dafür vielmehr „die [aktive, Anm. d. Verf.] Gewährleistung aller demokratischen Grundrechte für Ausländerinnen und Ausländer sowie Flüchtlinge ...“ von den Regierungsparteien (D 11, S. 8). Außerdem wird im Programm durchgängig ein aufgeschlossenes und emanzipiertes Frauenbild vertreten bzw. Frauenförderung als Gesamtthema einbezogen (D 11).

Die Partei hat anlässlich der Bundestagswahl 1998 einen massiven Abgrenzungskurs nach rechts gesteuert und die aktivste, umfangreichste und deutlichste Plakatkampagne aller Regierungsparteien durchgeführt (Kap. 4.1.2.2) sowie mit Flugblättern gegen Rechtsradikalismus agiert, auf welchen u.a. mit Comiczeichnungen rechtsradikales Gedankengut ins Lächerliche gezogen wurde (I 4).

Mit einem hohen Maß an persönlichen Engagement wandte sich die PDS-Politikerin Angela Marquardt gegen Rechtsradikalismus, indem sie ihr Konterfei auf Plakaten mit dem Slogan „Linksdruck gegen Rechtsruck“ abbilden ließ und sich öffentlichen Diskussionen stellte, z.B. im Frühjahr 1998 im soziokulturellen Zentrum St. Spiritus in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern), wo sie anlässlich der Veröffentlichung von Jürgen Elsässers „Braunbuch DVU“ zum Thema diskutierte, ob und inwieweit rechtsradikale Parteien und die PDS nicht in ihrer sozialistischen Ausprägung Gemeinsamkeiten hätten.

Genauso wenig wie bei Bündnis 90/Die Grünen und der FDP findet in den Medientexten der PDS eine Verquickung der Themen *Innere Sicherheit* und *Ausland/Asyl* statt.

Kapitel 3.5.2

Zum Engagement etablierter Parteien in (politischen) Jugendszenen

Die rechte sowie die linke Jugendszene sind jugendliche Subkulturen. Die breite Masse ist einer solchen Kultur nicht zuzuordnen, da sie für das nicht radikale jugendliche ‚Mittelfeld‘ nicht existiert. Rechts und links von diesem Mittelfeld wird die vorhandene Subkultur allerdings aktiv, mit viel Motivation und Agitation gepflegt, wie z.B. an der Musikszene deutlich wird (Kap. 4)

Von den Erkenntnissen der 13. Shell Jugend Studie ausgehend, ist unter Jugendlichen kaum noch ein Vertrauen in politische Parteien vorhanden (Shell AG, 2000, S. 16) und ihr politisches Interesse sinkt stetig (Fischer, 2000, S. 265 und 271). Die Frage ist also, ob und inwiefern die Jugendorganisationen der Regierungsparteien versuchen, jugendliches Interesse für sich zu motivieren bzw. ob ihnen das gelingt. Diese Frage soll am Beispiel Rechtsradikalismus untersucht werden, da sich die Einordnung nach rechts oder links unter Jugendlichen offenbar zur Interessenpolarisation und Identitätsfindung bzw. politischen Richtungszuordnung eignet (Kap. 4). Daher (und in Fortführung von Kap. 3.5.1) werden im folgenden die Publikationsorgane der Jugendorganisationen der einzelnen Regierungsparteien auf ihre Abgrenzung nach rechts hin untersucht. Einleitend wird aber, zur Schaffung eines grundsätzlichen Eindrucks von der Bedeutung der Jugendorganisationen in der realen Welt der Jugendlichen, die Entwicklung der Mitgliederzahlen dieser Organisationen beleuchtet.

Da sowohl die FDP als auch Bündnis 90/Die Grünen nicht auf Anfragen mit der Bitte um die Darstellung der Entwicklung von Mitgliederzahlen⁴⁷ der *Jungen Liberalen (Julis)* bzw. der

⁴⁷ Alle Regierungsparteien sind um die Nennung der Entwicklung der Mitgliederzahlen ihrer Jugendorganisationen der letzten 10 Jahre sowie um mindestens ein Probeheft der regulären Publikation ihrer Jugendorganisation gebeten worden. Wo hierauf nicht reagiert wurde, entstammen die erlangten Informationen dem Internet.

Grünen Jugend, ehem. *Grün-Alternatives Jugendbündnis (GAJB)*⁴⁸, reagiert haben, können im folgenden nur Informationen zu CDU/CSU, SPD und PDS dargestellt werden.

Zur Entwicklung der Mitgliederzahlen der *Jungen Union (JU)* ist keine absolute Aussage zu treffen, da die zur Verfügung gestellten Unterlagen nicht umfassend waren, allerdings ist auffällig, daß zwei Drittel aller *JU*-Mitglieder männlichen Geschlechts und zwischen 25 und 35 Jahre alt sind (Q 11; für 1998 u. 1999). Hier zeigt sich im übrigen eine Gemeinsamkeit mit den anderen Regierungsparteien, deren Jugendorganisationen ebenfalls Altersgruppen umfassen, die der Jugend nicht mehr zuzurechnen sind. Insofern ist es fraglich, ob wirklich jugendliche Personen sich in einer solchen Organisationsstruktur wohl bzw. heimisch fühlen können. Die *JU* gibt das „Magazin der Jungen Union Deutschlands“ mit dem Titel *Die Entscheidung* heraus.

Für den Gesamtmitgliederbestand der SPD aus den Jahren 1989-1999 ist ebenfalls eine rückläufige Bewegung festzustellen (von 921.430 auf 755.242) (Q 9; Korrespondenz). Der Bestand an jugendlichen Mitgliedern der SPD blieb in den Jahren 1989-1997 zwar prozentual auf dem gleichen Niveau von etwa 9%, es liegt jedoch eine absolute Verminderung von 82.094 auf 68.577 vor. Diese Angabe ist allerdings nicht identisch mit der Anzahl von Mitgliedern der SPD-Jugendorganisation *JungsozialistInnen (Jusos)*, sondern erfaßt die Anzahl von Parteimitgliedern, die Soldaten/Wehrdienstleistende, Auszubildende, Schüler oder Studenten sind. Seit 1992 hat die SPD die meisten Mitglieder in den Altersgruppen der 40-80jährigen. In jüngerer Zeit, seit dem Wahljahr 1998, zeichnet sich unter jungen Leuten ein Trend ab, eher konservativ zu wählen (Kap. 5.2), wodurch die SPD an Attraktivität verliert und die CDU stärker an Nachwuchs gewinnt (B 30; Das Parlament). Die *Jusos* unterhalten neben ihrer Publikation *Argumente* auch den „Infodienst des Juso-Bundesverbandes“ namens *update*.

Die offizielle Jugendorganisation der PDS, [*so lid*] wurde im Juni 1999 gegründet, weswegen keine Darstellung einer Entwicklung von Mitgliederzahlen möglich ist. Die Organisation hatte

⁴⁸ Das *GAJB* ist im ersten Halbjahr 2000 in *Grüne Jugend* umbenannt worden, vereinzelt findet sich noch die alte Bezeichnung.

im Juli 2000 bundesweit ca. 700 Mitglieder (Q 10; Korrespondenz)⁴⁹. [so lid] unterhält eine eigene Publikation mit dem Titel *Die Ware*.

Die *JU* verfügt über ein eigenes Programm, in welchem sie sich klar für *Toleranz und Hilfsbereitschaft gegenüber Ausländern* ausspricht und sich nach rechts deutlich abgrenzt:

„Wir treten daher allen ausländerfeindlichen Bestrebungen entgegen.“ (M 26, S. 25)

Diese Einstellung wird in den vorliegenden Ausgaben des Magazins *Die Entscheidung* leider nicht mehr aufgegriffen (M 27, M 28). Statt dessen findet sich dort ein ausführlicher Artikel über Jürgen Rüttgers und dessen (zu dem Zeitpunkt) angestrebten Landtagswahlsieg in Nordrhein-Westfalen, in dem aber mit keinem Wort die rassistische „Kinder statt Inder“-Kampagne erwähnt wird (Kap. 3.5.1). Es findet sich in beiden Ausgaben des Magazins keine Abgrenzung nach rechts.

Während sich diese Abgrenzung auch in der *Juso*-Publikation *Argumente* nicht findet, werden die Themen *Rechtsradikalismus* und *Ausland/Asyl* aber im Infodienst des Juso-Bundesverbandes *update* (M 22-24) wiederholt aufgegriffen, denen im übrigen auch eine gegen Ausländerfeindlichkeit und „Für Integration und doppelte Staatsbürgerschaft“ werbende Postkarte beigelegt war (M 25). In *update* wird u.a. von einem Juso-Infostand beim ‚Aktionstag gegen Rassismus/Faschismus/Krieg‘ und von einem Juso-Arbeitskreis Antifaschismus berichtet sowie das Handbuch *Rechtsradikalismus* vorgestellt („Das neue ‚Handbuch Rechtsextremismus‘ ist da!“) (M 24, S. 15). In einer anderen Ausgabe tritt der Verband für *ein großzügigeres Asylrecht* ein (M 22, s. 15), eine weitere enthält einen ausführlichen Artikel zum Thema „Österreich – Alpenrepublik im Abseits?!“, in welchem Jörg Haiders FPÖ kritischen Blicken unterzogen wird (M 23).

Die Jugendorganisation der FDP, die *Jungen Liberalen (Julis)*, grenzt sich zwar in ihrem Publikationsorgan *J&L (Jung und Liberal)* nicht ausdrücklich vom Rechtsradikalismus ab, schlägt aber „... eine Konzentration auf drei Kernthemen auf allen Ebenen vor: Bildung,

⁴⁹ Im Gegensatz zu [so lid] ist die der PDS locker verbundene Jugendorganisation *Junge GenossInnen* ehrenamtlich, ohne feste Organisationsstruktur und eigene Publikation. [so lid] ist im übrigen ein

Generationen und Toleranz“ (M 14), wobei unter dem Stichwort *Toleranz* auch die Einstellung zum Thema Ausland/Asyl gefaßt werden soll:

„Es ist höchste Zeit, dass die Voraussetzungen für die Einbürgerung erheblich erleichtert werden.“
(M 13)

Explizitere Abgrenzungen sind in den vorliegenden Ausgaben der Publikation nicht vorhanden.

Wie schon im Publikationsorgan von Bündnis 90/Die Grünen, *kompakt&fündig*, ist auch in Heften der *Grünen Jugend*, *SPUNK*⁵⁰, der Drogenthematik der Schwerpunkt der Agitation gewidmet (z.B. M 18, S. 28). Explizite Abgrenzungen zum Rechtsradikalismus erfolgen vor allem mittelbar, z.B. über die Thematisierung der Regierung Österreichs und ihres Verhältnisses zur Demokratie mit Artikeln wie „Die Demokratie und die Haider“ (M 18, S. 18). Die Positionierung der *Grünen Jugend* in der Thematik ergibt sich hauptsächlich aus deren Haltung zum Thema *Ausland/Asyl*. So nehmen Artikel und Interviews mit Betroffenen sowie Grundsatzserklärungen zur doppelten Staatsbürgerschaft und Asylrecht einigen Raum ein (M 17, S. 9; M 16, S. 3).

In ihrem Publikationsorgan *Die Ware* setzt sich die PDS-Jugendorganisation [*so lid*] für die *Verteidigung und Reformierung des Asylrechts als fundamentales Grundrecht* ein (M 15, S. 13) und geht ebenfalls auf die FPÖ-Regierung in Österreich ein („Der „Jörgl-Effekt““) (M 15, S. 18). Außerdem wird in dem Heft unter der Schirmherrschaft der PDS für anti-rechtsradikales Liedgut geworben (M 15, S. 19). In den dem Heft beiliegenden Flugblättern macht die Organisation die Bedeutung von Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen deutlich und führt fort:

„Darum sind die Kämpfe gegen Nationalismus, Rassismus ... zentrale und konkrete Bezugs- und Anknüpfungspunkte unserer eigenen politischen Arbeit.“ (I 16)

Die Organisation formuliert das Ziel, „... Perspektiven jenseits von völkischen, nationalistischen ... Werten an[zu]bieten und öffentliche Räume zurück[zu]erobern“ (I 16), wobei die militärische Ausdrucksweise der in rechtsradikalen Medientexten entspricht – hüben

parteiunabhängiger, aber PDS-naher sozialistischer Jugendverband (Q 10).

⁵⁰ „SPUNK“ steht für „Spontan, Politsch, Und Natürlich Kritisch!“ (M 16, S. 5).

wie drüben wird *gekämpft* und *zurückerobert* (Kap. 3.1.2 bis 3.3). Auch in einem weiteren beigelegten Flugblatt grenzt [*so lid*] sich nach rechts ab, indem festgestellt wird:

„Rassismus ist Alltag. Nazis sitzen wieder in Parlamenten, regieren die Strasse, verteilen die Schläge.“
(I 17)

In diesem Zitat werden der Erfolg der DVU und der REPUBLIKANER bei Landtagswahlen sowie der der NPD bei Kommunalwahlen seit Ende der 90er Jahre, die national befreiten Zonen (O 37; online-PDS-Netz / Kap. 5) in den neuen Bundesländern und die rechtsradikale Gewaltwelle der Jahre seit der Wende beklagt. Insofern wendet sich die Jugendorganisation ebenso vehement gegen Rechtsradikalismus wie die PDS selbst (Kap. 3.5.1 und 4.1.2.2).

Insgesamt ergibt sich nach der Analyse dieser Materialien der Eindruck, daß die PDS und Bündnis 90/Die Grünen die aktivste Jugendpolitik durchführen, wobei der Schwerpunkt der PDS auf Rechtsradikalismus und der der Grünen auf der Drogenproblematik liegt. Die SPD verfügt insofern über eine aktive Jugendpolitik, als sie einen thematischen Schwerpunkt auf Fragen der Jugendarbeitslosigkeit legt. Diese drei Parteien sind es auch, die sich im Bundestagswahlkampf 1998 deutlich bemüht haben, Jugendliche anzusprechen, insbesondere mit ihrer Wahlplakatierung (Kap. 4.1.2.2). Die FDP und CDU/CSU konzentrieren sich am wenigsten und am ineffektivsten auf ihren Nachwuchs. An dieser Stelle sei bemerkt, daß beide Parteien nicht über ein gesondertes Jugendkapitel innerhalb ihrer Parteiprogramme verfügen. Eine ähnliche Anstrengung, Jugendliche ideologisch an sich zu binden wie bei rechtsradikalen Parteien ist am ehesten bei der PDS zu erkennen. Insgesamt jedoch scheitert ein ähnliches Engagement schon an dem Mangel einer jugendlichen Subkultur inklusive einer Musikszene, wie sie ganz links und ganz rechts, sprich an den radikalen, wenn nicht extremen Enden des Spektrums vorhanden sind. Auch finden Jugendveranstaltungen vorwiegend in Form von offiziellen Jugendtreffen der einzelnen Jugendorganisationen der Parteien statt. Konzerte, OpenAir-Veranstaltungen inkl. dem Verkauf von entsprechenden Merchandising-Artikeln (T-Shirts, Aufnäher etc. mit entsprechender Symbolik) und dergleichen, kurz Ereignisse, die Rechtsparteien zur Rekrutierung von Nachwuchs nutzen, entfallen in der Jugendpolitik der

Regierungsparteien, abgesehen von Ansätzen bei Bündnis 90/Die Grünen und der PDS größtenteils.

In Anlehnung an Theodor Fontane ist die Nutzung des Potentials jugendlicher Bindung an politische (Regierungs-)Parteien insofern weniger ein weites Feld als vielmehr Brachland.

Im Vergleich dazu wird in Kap. 4 dem Versuch der Nutzung dieses Potentials seitens der Rechtsparteien und –vereinigungen nachgegangen.

Kapitel 4

Zur Beeinflussung von Ideologiebildungsprozessen bei Jugendlichen¹

Es gehört zur Natur der Jugend, Orientierung zu suchen. Wie in Kap. 2.3.4 und Kap. 3 erläutert, ist der Prozeß der Orientierungsfindung einer, der in engem Zusammenhang mit Fragen der Identifikation steht. In diesem Kontext ist die Auseinandersetzung mit Anregungen von außen bzw. Selbstwahrnehmung, Fremdwahrnehmung, Gruppenzugehörigkeit und Abgrenzung von anderen Gruppen etc. von zentraler Bedeutung für die bewußte, selbstwahrnehmende Verortung des jugendlichen Einzelnen innerhalb der Gesellschaft. Diese Verortung bzw. dieser Identifikationsprozeß findet im Sinne der Anregungen von außen in wesentlichen Teilen über das Rezipieren von Medientexten statt, also z.B. über die Medien Fernsehen, Radio, Internet, Zeitungen und Zeitschriften, Plakate usw. (s. Kap. 1.1.2).² Aufgrund des „Medienwirkungsmodells“ von Madubuko ist davon auszugehen, daß die Rezeption von Medientexten „Der Interpretation entsprechende Veränderungen der Meinung, Emotion, Einstellung und Verhalten ...“ bei Rezipienten bewirkt (2000, S. 88) (Anhang V).

Jugendliche haben also ein Orientierungsinteresse, befinden sich auf einer Identitätssuche (Madubuko, 2000, S. 15 u. 18) und sammeln und verarbeiten eine Vielfalt von Informationen, anhand derer sie schließlich einen eigenen Wertekatalog, Einstellungen und Meinungen entwickeln. Die Außenwelt übt folglich einen nachhaltigen Einfluß auf die Bildung dieser Werte und Einstellungen aus. In diesem Zusammenhang sind die Einflußnahme politischer Parteien und Gruppierungen auf jugendliche Rezipienten und die Auswirkungen dieser Beeinflussung für diese Arbeit von besonderem Interesse.

Von seiten der politischen Parteien und Gruppierungen werden naturgemäß meinungsbildende Ziele verfolgt. Inwiefern dies gezielt auf die Bevölkerungsgruppe der Jugendlichen angewandt wird, wurde in Kap. 3.4.1.3 bereits kurz erwähnt und wird in diesem Kapitel ausführlich diskutiert. Im Kap. 4.2 wird auf der Basis der Erkenntnisse des Schwerpunkts dieses Kapitels ein bewegungstheoretischer Rahmen zur Ideologiebildung

¹ Die umfassende interpretative Auswertung der beschriebenen Sachverhalte im Hinblick auf deren Auswirkungen erfolgt in Kap. 5.2.

² Dieser Aspekt des Sozialisations- und Identifikationsprozesses wird singulär herausgegriffen, weil es den Rahmen der Arbeit sprengen würde, hier eine vollständige Darstellung des Prozesses zu liefern, also z.B. die Bedeutung der sozialisatorischen Prägung seitens des Elternhauses, peer groups etc. umfassend zu erläutern.

bei Jugendlichen bzw. deren politischem Engagement und Identifizierung mit politischen Gruppierungen aufgebaut.

Der Schwerpunkt dieses Kapitels ist der Versuch herauszufinden, in welchem Ausmaß Ideologiebildungsabsichten gezielt im Hinblick auf die Bevölkerungsgruppe der Jugendlichen in die Praxis umgesetzt werden bzw. von einer jugendlichen Empfänglichkeit für rechtsradikale Ideologiebildungsversuche gesprochen werden kann.

In textsortenspezifischer Hinsicht eignen sich bestimmte Medientexte eher als andere für diese Untersuchung. So ist anzunehmen, daß beispielsweise Parteiprogramme sich aufgrund ihres sachlichen und umfassenden Charakters weniger zur Ansprache der Jugend eignen³, während bei weniger umfangreichen und/oder modisch und lebhaft gestaltbaren Medientexten wie etwa Plakaten, Aufklebern, Fernsehen, Radio und neuen Medien davon auszugehen ist, daß sie Jugendliche eher erreichen.

Da besonders die ideologiebildende Wirkung von im Fernsehen, Radio und den neuen Medien ausgestrahlter Musik, namentlich rechtsradikaler und sog. Skinheadmusik, in der jüngeren Literatur unstrittig ist (Wagner, 1994, S. 179 ff. / Hurrelmann, 1995, S. 358 / Claußen, 1998, S. 73 / Aschwanden, 1995, S. 144) und sogar seit einigen Jahren zunehmenden Raum in den Verfassungsschutzberichten einnimmt (Bundesministerium des Innern, 1998-2000), wird der Schwerpunkt dieses Kapitels auf der Betrachtung von Ideologiebildungsversuchen bei Jugendlichen mittels *Rechtsrock* liegen. Diese Begrifflichkeit erscheint im übrigen präziser als der auf einen bestimmten, die rechtsradikale Szene nicht abdeckenden Personenkreis reduzierte Ausdruck *Skinheadmusik* (z.B. bei Wagner, 1994 und in den erwähnten Verfassungsschutzberichten) und wird darüber hinaus als Oberbegriff für verschiedene Gattungen moderner Musik genutzt; insofern kann *Rechtsrock* i.w.S. auch Metal-, Oi- oder andere verwandte Musikstile umfassen. Darüber hinaus ist der Ausdruck *Rechtsrock* eine Eigenbezeichnung der Szene für das betreffende Liedgut, beispielsweise der Schleswig-Holsteiner Band *Freikorps* (Bundesamt für Verfassungsschutz a, 2000, S. 26).

Nach Hurrelmann eignet sich die Musik zur „... Analyse der ‚Innenseite jugendlichen Erlebens““ in besonderem Maße, weil Jugendliche sich stark mit ihr identifizieren und sich die Analyse von Musik als so greifbar erweist, daß sie sich für den Forschungsprozeß zur

³ Im übrigen sind diese in Kap. 3.4.1.3 diesbzgl. bereits ausgewertet worden und können in diesem Zusammenhang nur als bedingt ergiebig bezeichnet werden.

Auswertung anbietet (Hurrelmann, 1995, S. 358). Nach Clausen bietet sich „die *Orientierung an typischen Aktivitätsfeldern* von Jugendlichen ...“ als „Ausgangspunkt der Erziehung von Beziehungen zwischen politischem Handeln und Informationstechnologien ...“ an (Clausen, 1998, S. 73), wobei das Hören und Produzieren von Musik bzw. der Besuch von entsprechenden Konzerten, oft in der Gruppe, sich als solches typisches Aktivitätsfeld zeigt (Madubuko, 2000, S. 34) und darüberhinaus, wobei insbesondere das Musikhören bei Jugendlichen überdurchschnittlich beliebt ist (Madubuko, 2000, S. 44). Wagner läßt weiterhin keinen Zweifel daran, daß die Szene-Musik, gerade im Zusammenhang mit Gruppenkontakten und entsprechender Symbolik (z.B. T-Shirts oder Mützen mit einschlägigen Aufdrucken) bzgl. der ideologiebildenden Beeinflussung von sehr großer Bedeutung ist (P 6; Vortrag Bernd Wagner).

Bestätigt werden diese Annahmen, die im wesentlichen von Blickwinkeln außerhalb der rechtsradikalen Szene erfolgt sind, von primären Daten. Die im Rahmen dieser Arbeit durchgeführte Erhebung bestätigt außerdem die Erkenntnis der 13. Shell Jugendstudie, daß Ausländerfeindlichkeit zwar in quantitativer Hinsicht weniger verbreitet ist, als oft angenommen wird, qualitativ aber überraschend vehement und entschieden vertreten wird (Fischer et al., 2000, S. 20); diese Erkenntnisse zur Ausländerfeindlichkeit, die ja nur ein Aspekt des Rechtsradikalismus ist, lassen sich im Hinblick auf die Erhebung auf das Gesamtphänomen übertragen.

Diese Daten aus erster Hand können wiederum durch die Innensicht bestätigt werden, mit der die *NATION EUROPA Verlag GmbH* im Briefwechsel mit der Verfasserin zum Absatz von rechtsradikalen Medientexten, insbesondere Tonträgern, Stellung genommen hat. Bereitwillig wurde nicht nur Auskunft darüber erteilt, daß der Anteil jugendlicher Abonnenten an den dort herausgegebenen Periodika etc. stetig stiege, sondern darüber hinaus war zu lesen:

„Obwohl auf diesem Gebiet kein Marktführer, haben auch wir feststellen müssen, daß der Absatz jugendspezifischer ‚rechter‘ CD´s und sonstiger Tonträger deutlich zunimmt.“ (Q 3)

Die genaue Betrachtung dieses inhaltlichen Schwerpunktes findet sich in den Kapiteln 4.1.3 und vor allem 4.1.4.

Kapitel 4.1

Grundlagen des Forschungsansatzes – analytischer Ansatz

Noch 1998 wurde die Auffassung vertreten, daß die Bedeutung von Politik im Jugendalter relativ gering ausgeprägt sei, daß es allerdings sich verändernde Lebenskonzepte und Orientierungen gebe, deren neue Formen „... nur schwer mit den traditionellen Konzepten von Interessenartikulation und politischer Teilhabe in Parteien und Verbänden zu erfassen“ seien und, daß es gelte, „Für diesen Problembereich die geeigneten Instrumente zu entwickeln“ (Gille, 1998, S. 173 f.). Die Shell Studie unterscheidet bzgl. des politischen Engagements Jugendlicher das in staatlichen und das in nichtstaatlichen Organisationen, wobei die schwere Erfäßbarkeit jugendlichen Interesse dort ihren Ausdruck in der Rangfolge des Vertrauens findet, welches die jungen Leute in die jeweilige Organisation haben. Demnach stehen Umweltschutz- und Menschenrechtsgruppen sowie Bürgerinitiativen als Vertreter oftmals nichtstaatlicher Organisationen ganz oben in der Skala, das Vertrauen in politische Parteien bildet jedoch das Schlußlicht (Fischer, 2000, S. 271). Demzufolge überrascht es nicht, daß die Shell Studie bei Wahlbeteiligungen Jugendlichen ein *schlichtes Desinteresse* bescheinigt (Fischer, 2000, S. 265), welches vermutlich in einem Ohnmachtsgefühl des Ohnehin-nichts-verändern-könnens seinen Ursprung hat. Also kann der Annahme, jugendliche Orientierungen seien mit traditionellen Konzepten nur schwer zu erfassen, nur beigepflichtet werden, woraus sich die Notwendigkeit eines anderen Forschungsansatzes ergibt, der sich nunmehr, im Rahmen dieser Arbeit, an der von Claußen sog. Orientierung an typischen Aktivitätsfeldern der Jugendlichen (Kap. 4, S. 195) – und als solches wird die Beschäftigung mit der Musik als Transportmittel ideologiebildender Momente verstanden – ausrichten wird.

Aus diesem Vorhaben ergibt sich eingangs die Notwendigkeit der Erläuterung einiger grundlegender Erkenntnisse zur politischen Sozialisation Jugendlicher. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Kontext die Aspekte jugendlicher Sozialisationsbedingungen in den neuen Bundesländern (NBL), weil einerseits die Ideologiebildung von rechts unter Jugendlichen in den NBL im vergangenen Jahrzehnt noch fruchtbarer gewesen ist als in den alten Bundesländern (ABL) (Kap. 4.1.1.2, 4.1.3, 4.2 und Kap. 5), und weil sich andererseits die empirischen Untersuchungen dieser Arbeit aus diesem Grund exemplarisch auf Mecklenburg-Vorpommern konzentrieren (Kap. 4.1.3).

Kapitel 4.1.1

Einführende Erläuterungen zur jugendlichen Lebenswelt

Da die jugendliche Lebenswelt stark von modischen Trends und vor allem auch der Einordnung in und Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen geprägt ist, ist es eingangs notwendig, diese Gruppen kurz darzustellen. Im übrigen sind die Bedingungen jugendlicher Sozialisationsprozesse mitunter andere als die Erwachsener, weswegen auf den Nährboden rechtsradikaler Agitation bei Jugendlichen unter Kap. 4.1.1.2 eingegangen wird.

Kapitel 4.1.1.1

Jugendliche Subkulturen & Musik

Eckert et al. haben in mehreren Befragungsphasen jugendliche Subkulturen im Hinblick auf Abgrenzung und Gewalt intensiv untersucht (2000). Die folgenden Ausführungen stützen sich daher hauptsächlich auf ihre Erkenntnisse und werden außerdem durch die Resultate aus der eigenen Erhebung, das Zurückgreifen auf eine Musikstile erläuternde Homepage im Internet (O 27) sowie durch intensive Diskussionen des Folgenden mit Musikwissenschaftlern bzw. – pädagogen gestützt⁴.

Nach der auf Mecklenburg-Vorpommern gestützten, empirischen Untersuchung im Rahmen dieser Arbeit sind die beliebtesten Musikrichtungen Jugendlicher Pop und Techno, gefolgt von Rock und Soul/Rap/Hiphop, die wegen ihrer ähnlichen Herkunft als eine Wahlkategorie angeboten wurden (Abb. 6, Kap. 4.1.3). Musik ist ein wichtiger Bestandteil jugendlichen Alltags und hat identifikationsstiftende Bedeutung. Deshalb verbinden sich mit diesen Musikrichtungen Denkweisen und Selbstwahrnehmungen sowie -darstellungen (z.B. Abgrenzung durch Kleidung), die jeweils Gruppen kennzeichnen bzw. durch die sich Subkulturen bilden.

Eckert et al. erläutern die o.g. Subkulturen größtenteils sehr treffsicher, erliegen jedoch der Annahme, die Subkultur *Punk* sei noch immer modern, während sie dessen beliebteren

⁴ Die in diesem Kapitel getätigten Aussagen zur Musik sind von Frau Constanze Sellschop, Studentin der Musikpädagogik im Prüfungssemester an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, geprüft und bestätigt worden. Es ist für diese Aufgabe bewußt ein sehr junger Mensch gewählt worden, weil die kompetente Beschäftigung mit Jugendmusik dies voraussetzt.

Nachfolger⁵, den *Hiphop*, irrigerweise als Oberbegriff für Subkulturen um den *Rap*, das einer Musikkultur nicht zuzuordnende *Graffiti-Writing* und den in den 80er Jahren ausgestorbenen *Breakdance* betrachten (2000, S. 44-58). Der *Hiphop* ist zwar etwa zeitgleich zum *Rap* in den 90er Jahren gleichermaßen populär geworden, entstand allerdings in den späten 60ern und nicht, wie der *Rap*, 1979 (O 27). Auch deckt sich die Graffiti-Szene in großen Teilen mit der *Hiphop*-Szene, ist mit ihr aber nicht identisch, und darüber hinaus haben *Breakdance* und *Hiphop* schlicht nichts miteinander zu tun, sondern sind als zwei getrennte Subkulturen zu betrachten, von denen nur noch eine, nämlich der *Hiphop*, existent ist. Vielmehr verhält es sich so, daß der *Breakdance* im Kielwasser des *Rap* schwamm (O 27). In der Erbfolge des *Breakdance* ist allerdings in jüngster Zeit der *Streetdance* zu sehen, der wiederum dem engeren Umfeld sowohl des *Rap* als auch des *Hiphop* zuzuordnen ist. *Hiphop* und *Rap* haben den in diesen Musikstilen häufig zu beobachtenden Sprechgesang gemeinsam, seine Wurzeln hat der *Hiphop*, ähnlich dem *Rap* allerdings in *Soul* und *Funk*, präziser noch: in den ‚Schwarzenghettos‘ der USA. Auch der *G-Funk* (prominentester Vertreter ist Warren G.) ist dem *Hiphop* zuzurechnen (O 27). Im Unterschied zum *Hiphop* handelt es sich beim *Rap* außerdem weniger um einen Musikstil als vielmehr um eine Musiktechnik, die sich auf das sog. Scratching stützt, d.h. auf einer Langspielplatte vor und zurück fahren (O 27). Da fließende Grenzen für die Populärmusik kennzeichnend sind, ist auch an dieser Stelle eine über die genannten Aspekte hinausgehende Abgrenzung von *Hiphop* und *Rap* problematisch. Der *Hiphop* ist eine in wesentlichen Teilen politisch motivierte Musikrichtung und steht insofern durchaus in der Tradition des *Punk*. Es ist beiden Musikstilen gemein, daß sie sich der linken Polit-Szene zuordnen lassen, und daß innerhalb dieser Szenen Kontakte über Flugblätter, Szene-Treffs, Telephonketten und Zeitschriften sowie in jüngerer Zeit zunehmend über das Internet (E-mail, Chatrooms etc.) gepflegt werden (Eckert et al., 2000, S. 47). Im Gegensatz zum allmählich in die Bedeutungslosigkeit verschwindenden *Punk*, erfreut sich der *Hiphop* wachsender Popularität: Im Fernsehen und Radio existieren eigene Sendungen im Abendprogramm und die Verkaufszahlen der einschlägigen Bands, wie etwa dem ‚Rödelheim Hartreim Projekt‘ oder der Gruppe ‚Freundeskreis‘, sprechen für sich

⁵ Die Bezeichnung ‚Nachfolger‘ eignet sich zwar nicht für das musikalische Erbe des *Punk*, meint hier aber durchaus zutreffend eine Nachfolge im Sinne der politischen Haltung des *Punk*, die der *Hiphop* in vielerlei Hinsicht angetreten hat.

(Eckert et al., 2000, S. 59). Ähnlich den *Punks* engagieren sich auch viele *Hiphopper* in Antifa-Gruppen (Eckert et al., 2000, S. 46). Insgesamt ist diese Subkultur als Vertreter linker politischer Ideen zu verstehen, die sich für die Menschenrechte einsetzt, die Heterogenität in ihrer Bewegung fördert und sich als Gegenbewegung zur *rechten* (auch: *Skinhead*-)Szene begreift. Es ist daher nur folgerichtig, daß ausländische Jugendliche in der deutschen *Hiphop*-Szene eine wichtige Rolle inne haben (Eckert et al., 2000, S. 58), wie z.B. an der auffälligen Anzahl ausländischer jugendlicher Mitglieder in *Hiphop*-Bands zu erkennen ist.

Zur Entstehung der *Skinhead*bewegung sei auf Kap. 1.1.1.2.3 verwiesen. An dieser Stelle soll lediglich noch einmal betont werden, daß die Bewegung ihre Mitglieder vorwiegend aus ärmeren Bevölkerungsschichten rekrutiert und die Szene in *linke, unpolitische und rechte Skins* aufgeteilt ist. Zum musikalischen Stil dieser Bewegung schreiben Eckert et al., die *Skins* hätten sich im allgemeinen anfangs an *Ska* und *Reggae*, also jamaikanischer Musik, orientiert (Eckert et al., 2000, S. 49 und O 27). Insofern dies zutrifft, hat sich die musikalische Orientierung dieser Gruppe seit ihren Anfängen grundsätzlich verändert bzw. diese Vorliebe für *Ska* und *Reggae* trifft heute nur noch auf *linke Skins* zu, da zum einen gerade der *Reggae* als ‚schwarze Musik‘ betrachtet werden muß und zum anderen *Ska* als eine Musikrichtung hervortritt, die sich textlich deutlich dem Widerstand gegen ‚faschistisches‘ Denken widmet und nicht dem typischen *rechtsradikaler Musikstil* zuzuordnen ist, der sich durch *Heavy Metal* und *Rock* kennzeichnet, in der *rechtsradikalen Liedermacherei* aber auch an *Schlager* und *Volksmusik* erinnern kann. In der Szene wird die *Hiphop*-Subkultur als Feindbild begriffen (‚linke Zecken‘ (A 17, S. 48; stern)), allerdings sind ausländische Mitbürger das wichtigste Feindbild (Eckert et al., 2000, S. 50).

Die Entstehung einer Musikrichtung namens *NS-Black-Metal* ist als jüngste Entwicklung der Szene zu beobachten. Hier verbindet sich harte *Dark Music*, teils mit satanischen Einschlägen, mit dem *Rechtsrock*. In Diskussionszirkeln wie „Arisches Black Metal Forum“ und Magazinen, u.a. „Germanenmacht“, werden neue Tonträger bewertet, z.B. mit „Eine weitere musikalische Zyklon-B-Dusche“ für die Assoziation einer vermeintlich gelungenen Produktion (A 8, S. 64; stern).

Nach den Befragungen Eckerts et al. zu urteilen, treten *Hiphopper* bzgl. ihrer Bildungs- und Berufskarriere als eher erfolgreich, *Skins* als eher gescheitert hervor (Eckert et al., 2000, S.

411), wobei letztere dann umso stärker darauf angewiesen sind, „... Selbstwert über abweichendes Verhalten herzustellen“ (Eckert et al., 2000, S. 412).

Die *Techno*-Subkultur hat keine nennenswerte politische Motivation (Eckert et al., 2000, S. 87), obwohl sie eine sehr populäre Musikrichtung in der Erhebung darstellte, was wiederum die Erkenntnisse der Shell Studie bestätigt, wonach das politische Interesse der Jugendlichen stetig sinkt (Shell AG, 2000, S. 16). Im Umfeld der Musikrichtung *Techno* läßt sich, gerade angesichts solcher Happenings wie der jährlichen ‚Love Parade‘, berechtigt von der Existenz einer damit zusammenhängenden, jugendlichen Subkultur ausgehen.

Kapitel 4.1.1.2

Zur politischen Sozialisation Jugendlicher –

Der Resonanzboden rechtsradikaler Agitation

Der formale Kontext politischen Handelns von Jugendlichen kennzeichnet sich durch zweierlei Aspekte: Zum einen verfügen sie „... bereits über ein nicht unerhebliches Repertoire an akkumulativ entstandenen, zugleich aber auch partiell inkonsistenten und brüchigen *Kompetenzen* ...“; zum anderen ist „... ihr politisches Handeln ... noch nicht von unmittelbaren *Performanzerfahrungen* ... mitbestimmt und ... prinzipiell deutlicher auf Zukunft ausgerichtet ...“ (Claußen, 1998, S. 70 f.). Wie eingangs erwähnt, liegt es also in der Natur der Jugend, zunächst relativ unvoreingenommen Orientierung zu suchen. Eben diese Unvoreingenommenheit in der Kombination mit einer anderen jugendimmanenten Eigenschaft, dem Wunsch nach Abgrenzung vom ‚Normalen‘ bzw. von der Elterngeneration, macht sie tendentiell empfänglich für extreme politische Identifikationsangebote.

Die Abgrenzung von der Elterngeneration könnte für einen West-Jugendlichen z.B. heißen, sich gegen die in der Gesellschaft inzwischen eingebetteten Werte der 68er Revolution zu wenden, ein Ost-Jugendlicher könnte sie als Abgrenzung gegen die Doktrin des real existierenden, antifaschistischen Sozialismus verstehen, wobei festzuhalten ist, daß die Wertorientierungen der Elterngeneration in den NBL von denjenigen ihrer Kinder deutlicher abweichen als dies für den Westen der Fall ist (Schnabel et al., 1994, S. 92). Nach Stöss ist im Protest gegen das DDR-Regime, wie er sich ab den 70er Jahren formierte, sogar ein

erheblicher Teil des Ursprungs der ostdeutschen Rechtsradikalismus-Szene zu sehen (P 4; Vortrag)

Im wesentlichen haben sich die Sozialisationsbedingungen von Jugendlichen im Osten denen im Westen angepaßt, es existiert jedoch eine Reihe von deutlichen Ausnahmen zu dieser Regel⁶, die für das Verständnis jugendlichen politischen Denkens bzw. ggf. Handelns in den NBL ausschlaggebend sein kann. Da ist zunächst der größere Abstand zu den Werthaltungen der Elterngeneration anzuführen. Weiterhin ist der Unterschied in der Jugendarbeitslosenquote (die in der zweiten Hälfte der 90er im Westen ein-, im Osten zweistellig war) und die gravierend schlechtere ökonomische Lage in den NBL zu berücksichtigen (Schnabel et al., 1994, S. 91). Außerdem müssen Jugendliche aus den NBL lernen, mit den Veränderungen im Freizeit- und Konsumangebot und dem daraus entstehenden komplexen Handlungsspielraum umzugehen (Krettenauer et al., 1994, S.), wobei sich aus der Verlagerung der Verantwortlichkeit für soziale Aufgaben weg vom Betrieb hin zu kirchlichen Organisationen (z.B. bei der Kinderbetreuung) angesichts der relativ weit verbreiteten Skepsis gegenüber eben solchen Organisationen zusätzliche Schwierigkeiten ergeben (Schnabel, 1994, S. 91). Hinzu zu addieren sind die Probleme, die sich im Alltag im Zusammenhang mit einem Transformationsprozeß dieser Größenordnung ergeben. Das betrifft im besonderen z.B. die Veränderungen im Bildungssystem, aber dehnt sich insgesamt auf den ganzen alltäglichen Lebensbereich aus:

„In der DDR war die Freizeit der Jugendlichen total durchorganisiert: Sportförderung, Jungpioniere, FDJ. Vater und Mutter brachten die Kinder morgens in die Krippe und abends ins Bett.“ (A 17, S. 46; stern)

In der Kombination mit dem Vertrauensverlust, den die Parteien bei den Jugendlichen erlitten haben (s.o.), ergibt sich durch die oben angeführten Argumente ein beachtlicher Resonanzboden für rechtsradikale Agitation. Dies trifft im besonderen zu, wenn mit Wagner angenommen wird, daß in den NBL *ein massenpsychologischen Deckungsraum in der älteren Generation* für rechtsradikale Gesinnungen und Handlungen existent ist (P 6; Vortrag), wie er sich beispielsweise bei den Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen gezeigt hat. Stöss formuliert denselben Sachverhalt krasser: Im Osten sei die rechtsradikale Personenschaft in

⁶ Laut der Shell Studie bestehen zwischen Ost und West weiterhin Unterschiede, und zwar so gravierender Art, daß sie die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern, wie z.B. im Nord-Süd-Gefälle bei Schleswig-Holstein und Bayern, deutlich übertreffen (Shell AG, 2000, S. 284).

der Bevölkerung verankert, werde von ihr toleriert, „gedeckt, geschützt und gehätschelt.“ (P 4; Vortrag). Auch Minkenberg stellte fest, man müsse bzgl. der Entwicklung Rechtsradikaler zwischen Ost und West unterscheiden, da es in den NBL ein größeres Wachstum, eine stärkere Gewaltbereitschaft und stärker ausgeprägte subkulturelle Entwicklungen gebe (P 3; Vortrag), was durch die Verfassungsschutzberichte für die letzten Jahre bestätigt wird (Bundesministerium des Innern, 1998-2000).

So diese Aussagen grundsätzlich auch korrekt sind, widerspricht eine duale Einteilung in Ost und West der Vielfalt der Wirklichkeit. Münchmeier stellte außerdem fest: „Wir können nicht mehr länger von *der* Jugend sprechen, es gibt Jugendlichen“ (P 7; Vortrag). Im Schnitt gilt, daß die persönliche Zuversicht der Jugendlichen in ihre Zukunft im Osten wie im Westen ähnliche Werte erreicht (Fischer, 2000, S. 281), daß diese Zuversicht aber beispielsweise in Abhängigkeit vom Geschlecht und der wirtschaftlichen Situation der Eltern stark variiert (Fischer, 2000, S. 281 u. 302). So weisen ostdeutsche junge Frauen den mit Abstand größten Zukunftspessimismus auf (Fischer, 2000, S. 281 u. 302), obwohl sie andererseits die größte Leistungsbereitschaft einbringen (P 7). Ein negatives Bild von Politik und der eigenen Zukunft zeigt sich besonders deutlich bei solchen Jugendlichen, bei denen ein Elternteil arbeitslos ist (was auf Jugendliche in den NBL besonders häufig zutrifft) (Fischer, 2000, S. 281). Auch das Bildungsniveau befördert erhebliche Unterschiede in den Werten, Einstellungen und Meinungen junger Leute. Demzufolge weisen die Jugendlichen mit einem hohen Vertrauen in staatliche und nichtstaatliche Organisationen u.a. einen höheren Anteil an jungen Leuten mit Abitur als erreichtem oder angestrebtem Bildungsabschluß auf (Fischer, 2000, S. 272). Außerdem weisen zwar ostdeutsche junge Männer den höchsten Anteil an Befragten auf, die bzgl. der Beurteilung des Ausländeranteils in Deutschland der Auffassung sind, dieser sei zu hoch, es ist aber augenfällig, daß die Gruppe der (ost- sowie westdeutschen) Studenten, den geringsten Anteil derer beisteuert, die dieser Meinung sind (Münchmeier, 2000, S. 240 f.).

Es läßt sich also zunächst festhalten, daß Rechtsradikalismus in den NBL das größere Problem darstellt, daß die Agitationsbedingungen für Rechtsgruppierungen mit dem Ziel der Ideologiebildung bei Jugendlichen in den NBL aufgrund der oben angeführten Unterschiede in den Sozialisationsbedingungen auch wesentlich günstiger sind. Es wäre also völlig verfehlt, von einer ‚generellen ostdeutschen Neigung zum Rechtsradikalismus bei Jugendlichen‘

auszugehen, sondern es ist vielmehr eine ganz andere Ausgangssituation gegeben, wie sie im folgenden noch ausführlicher dargestellt werden wird.

Kapitel 4.1.2

Die Behandlung des Themas „Jugend“ in den Medientexten

Als besonders ergiebig zur Untersuchung der Stellung der einzelnen Parteien und Gruppierungen zum Thema „Jugend“ erwiesen sich die Parteiperiodika sowie Wahlwerbung in Form der Textsorten Plakate und Aufkleber. Im folgenden wird für das rechtsradikale Lager und für die Regierungsparteien getrennt untersucht, unter welchem inhaltlichen Blickwinkel sie sich der Jugend nähern, wie sie diese wahrnehmen und auch zu erreichen versuchen. Zunächst wird dabei auf Parteiperiodika eingegangen, später auf die Wahlwerbung.

Kapitel 4.1.2.1

„Jugend“ in rechtsradikalen Medientexten

Eingangs ist festzuhalten, daß eine Vielzahl von lokal vertriebenen, rechtsradikalen Fanzines und solchen Blättern, die innerhalb örtlicher Kameradschaften erstellt werden, existiert, die aber wegen ihrer geringen Auflagen und Reichweite hier nicht berücksichtigt wurden. Bundesweit in nennenswertem Umfang erscheint als spezifisches und weithin bekanntes Jugendblatt darüber hinaus die Zeitschrift *Einheit und Kampf* der JN, der Jugendorganisation der NPD. Hierin werden politische Felder und Diskussionen jeder Art aufgegriffen, die Jugendthematik erhielt in der vorliegende Ausgabe (C 6) keinen vorrangigen Stellenwert, wohingegen in den nicht jugendspezifischen, rechtsradikalen Periodika wie *Nation & Europa* (z.B. C 1, S. 11-14 und C 2, S. 45-53) oder *Deutsche Wochenzeitung* (C 28, S. 13) der Jugendthematik viel Raum eingeräumt worden ist.

Unter dem Titel *Der Aufbruch der nationalen Jugend* stellt Franz Schönhuber, ehem. Vorsitzender der REPUBLIKANER, eben diese Jugend als von ihrer Gesinnung her vorbildlich für das gesamte rechte Lager dar, weil sie nicht zerstritten sei und *gemeinsame Auftritte* verschiedener rechtsradikaler Parteien und Gruppierungen organisieren könne. Die *patriotisch gesonnene Jugend* sei den Erwachsenen ein gutes Stück Weges voraus, weil sie

erkannt habe, daß man zusammen die *5%-Barriere überspringen* könne und, daß es irrwitzig sei, sich gegeneinander zu wenden, wo doch klar sei, daß die *Schuld am Elend unseres Landes doch wohl die Etablierten und nicht Dr. Frey* tragen (C 1, S. 11 f.). Im Gegensatz zur sich einigen Jugend seien die erwachsenen Rechtsradikalen *Traumtänzer und nicht selten Fallensteller* (C 1, S. 11). Schönhuber sieht eine neue Subkultur sich entwickeln und stellt – auf messerscharfe Weise treffend und in Übereinstimmung mit den zuvor erwähnten Forschungsarbeiten Stöss´ und Wagners – fest:

„Dort, wo die Armut am größten ist, wendet sich die Jugend der Partei zu, die die radikalsten Angriffe gegen ein System fährt, das die Verantwortung für die höchste Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit trägt. Das ist in Mitteldeutschland die NPD ...“ (C 1, S. 12).

Diese Entwicklung zeige sich auch in der *eigenen oder nahestehenden Publizistik*, für junge Leute seien Blätter wie die *Junge Freiheit* aufgrund mangelnder Radikalität *kalter Kaffee* (C 1, S. 13). Den betreffenden Redakteuren sei die Entstehung einer Subkultur entgangen, „die zu einer Werteverchiebung geführt hat“ (C 1, S. 13), und zwar eine Werteverchiebung hin zum Konservativen oder gar Nationalen⁷.

Klaus Hansen kommt 1998 in seinem Artikel *Rechte Jugendkultur weitet sich aus* durch kontrakariertes Lesen der Studien des Rechtsradikalismusforschers Bernd Wagner zu dem Schluß, daß sich seit einigen Jahren „... insbesondere in Mitteldeutschland eine rechte jugendliche Subkultur (entwickelt hat [Anm. der Verf.]), die sich von den Altparteien und den offiziellen Medien weitgehend abgekoppelt hat“ (C 1, S. 39). Er geht sogar erheblich weiter:

„Erstmals im Nachkriegsdeutschland trägt der Jugendprotest patriotische, ‚rechte‘ Züge.“
(C 1, S. 39)

Neben *Nation & Europa* sind auch die Parteiperiodika i.e.S. darauf bedacht, ihr Interesse an der jungen Generation darzulegen, wie z.B. an der Beilage „junge Deutsche. Informationen für junge Wähler“ im Rahmen einer Wahlausgabe von „DER neue REPUBLIKANER“ zu erkennen ist (F 1), die rechtsradikale Jugendliche als *linke Patrioten* bezeichnet (S. 2), sie also innerhalb des rechten Lagers eher links einordnen würden und ihnen damit das Image der Gemäßigten zu geben versucht.

Während in den Parteiperiodika sehr umfangreiche Auseinandersetzungen über die junge Generation stattfanden, fehlt es am direkten Ansprechen der Jugendlichen in der

⁷ Der Wahrheitsgehalt dieser Aussage wird unter Heranziehung der 13. Shell Jugendstudie in Kap. 5.2 eingehend geprüft.

Wahlwerbung. Zwar wurde auch in den Periodika nicht der Dialog, z.B. in Form von Leserbriefen gesucht, doch läßt sich bei Plakaten und Aufklebern kaum eine spezifische Zielgruppe ‚Jugendliche‘ ausmachen. In den vorliegenden, durchaus repräsentativen Quellen wendet sich lediglich ein Aufkleber bzw. Plakat pro politische Gruppierung direkt an jugendliche Wähler. Bei der JN geschah dies mit einem Aufkleber mit dem Slogan ‚Den Herrschenden die Zähne zeigen‘ (G 4, Kap. 3.3.2), bei der NPD erfüllte ein Plakat (das auch als Aufkleber verbreitet wurde) diesen Zweck, das eine Gruppe als national gesinnte junge Leute erkennbare Jugendliche abbildet, ein Wählerkreuz zeigt und mit dem Text ‚Das erste Mal: radikal-national‘ zur Wahl der NPD auffordert (H 7 u. G 7). Durch das Duzen der Wähler seitens der DVU im Rahmen des Aufklebers ‚Lass` Dich nicht zur Sau machen!‘ (G 5) kann u.U. vermutet werden, daß hier vorwiegend jüngere Menschen angesprochen werden sollten. DIE REPUBLIKANER riefen die Altersgruppe der Jugendlichen mit einem Aufkleber mit der Aufforderung ‚Mucken statt ducken!‘ (M 3) ganz im Sinne ihres Hauptslogans ‚Mehr als nur Protest!‘ (H 16) und auch im Sinne des DVU-Slogans ‚Diesmal Protest wählen‘ (H1) zum Widerstand auf.

Kapitel 4.1.2.2

‚Jugend‘ in Medientexten der Regierungsparteien

Die sozialistische und der PDS nahe stehende Tageszeitung *Neues Deutschland* traf in der untersuchten Ausgabe aus dem Zeitraum der Wochen vor dem Bundestagswahlkampf 1998 keine explizite Aussage zur Situation Jugendlicher und beschränkte sich auf Kurzberichte mit Themen wie der Forderung nach mehr Kindergeld oder der Diskussion um den Unterhalt von Scheidungskindern (C 22, S. 11 u. 13). Jugendliche als Zielgruppe sind in dieser Quelle nicht auszumachen, allerdings hat die PDS eine intensive Plakatkampagne mit dieser Adressatengruppe betrieben (Kap. 3.4.1.3 und 5.1). Die ideologisch nahe stehende DKP, die traditionelle, kommunistische Partei der alten Bundesländer mit traditionell randlicher Bedeutung, konzentrierte sich im *UZ – Magazin unsere Zeit*, das eine ansprechende Optik hat und für Jugendliche konzipiert worden ist (C 21, S. 1), auf den Widerstand gegen rechtsradikale Parteien und Gruppierungen und bezeichnet diese als *Rattenfänger* und die CDU als *Rechtsabbieger* (C 21, S. 21 und 30).

Auch Bündnis 90/Die Grünen haben sich in ihrem Periodikum bzw. ihren Informationsbroschüren *kompakt & fündig* nicht mit der Aufforderung zur Abgrenzung Jugendlicher nach rechts beschäftigt. Es existiert aus der Wahlkampfzeit ein Heft zur Hochschulreform (C 19) und eines zur Drogenproblematik (C 13), außerdem noch eine Ausgabe zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, in der randlich auch Jugendarbeitslosigkeit thematisiert, jedoch nicht in Verbindung mit politischen Ansichten gebracht wird (C 15, S. 11 f.).

Die FDP sprach in den vorliegenden Parteiperiodika *Die liberale Depesche* Jugendliche zwar ebenfalls nicht direkt an, es wurde aber in einem relativ umfangreichen Artikel von einem werbend durch die Lande fahrenden *Internet-Truck* berichtet, der erfolgreich den Kontakt suche (C 24, S. 5).

Die CDU bot in ihrem Periodikum *UiD – CDU-Informationsdienst Union in Deutschland* Lokalpolitikern der Partei zwar Argumente für Gespräche mit Erstwählern (C 8, S. 39), allerdings erschwerte die Berichterstattung zur Lage der Jugend in Deutschland den Zugang zu eben diesem Phänomen und dessen ernsthafte Diskussion, weil ein beschönigendes Bild gezeichnet wurde. Eine realistische Erfassung der Lebenssituation Jugendlicher und eine darauf fußende, umfassende Diskussion wurde so z.B. durch die Vorstellung des 10. Kinder- und Jugendberichtes unter dem einseitigen Titel „Kindheit in Deutschland ist eine gute Kindheit“ sehr erschwert (C 10, S. 10 f.). Auch in der Arbeitsplatzdiskussion ergab sich keine explizite Problemerkennung für die Gruppe der Jugendlichen.

Von der SPD liegen aus der Wahlkampfzeit keine Parteiperiodika vor, allerdings ist die Partei im Bereich der plakativen Wahlwerbung vergleichsweise, d.h. beispielsweise im Vergleich zur CDU, aktiv vertreten gewesen und hat eine kreative Werbekampagne auch gegen rechtsradikale Gesinnung durchgeführt. So wurde auf Plakaten, auf denen ein mit einem Stahlhelm bekleidetes Skelett auf einem verwüsteten Hintergrund abgebildet war, aufgefordert, „Keine Stimme den Nazis!“ zu geben (H 51) während gleichzeitig Alternativen geboten wurden bzw. versucht wurde, die Ursachen für rechtsradikale Gesinnung zu erfassen, wie am Abbild eines jugendlichen Prominenten mit dem Plakattext „Nach MTV und VIVA gibt es jetzt ein neues Programm für Jugendliche: unser Aktionsprogramm für Arbeitsplätze“ deutlich werden sollte (H 52). Besonders durchdacht erscheint Wahlwerbung der SPD der besonderen Art: Werbung in Form einer Spielkarte, auf deren einer Seite mit weißer Schrift

auf rotem Grund „Zeig den Rechten die rote Karte. Besonders im Osten“ zu lesen war und die auf der Rückseite acht Gründe angab, „Warum die Rechten die Rote Karte verdienen“ (O 4). U.a. wurde hier mit ohnehin vorhandenen Vorurteilen der Bevölkerung gegenüber Politikern gespielt („Rechte im Parlament kassieren nur Diäten, tun aber nichts“). Außerdem wurde in dem Wissen, daß diese Karten zu großen Teilen in den NBL verteilt wurden und dort nach wie vor gewisse Ressentiments gegen Mitbürger aus den ABL gegeben sind, auf dieser Rückseite die folgende Aussage vermerkt: „Rechte sind ferngesteuert aus dem Westen“ (O 4), was dazu führen sollte, daß die Leser eine Abneigung dagegen entwickeln, sich wie Marionetten fernsteuern zu lassen, noch dazu von Menschen, zu denen häufig ein gespaltenes Verhältnis aufgebaut worden ist. Es ist zwar zweifelhaft, sinngemäß nach der Maxime ‚Alles Schlechte kommt von drüben‘ handlungsanleitend zu werben, wird aber wahrscheinlich kurzfristig den Vorteil gehabt haben, so einige Leser von einer Identifikation mit nationaler Gesinnung abzubringen.

Ein weiterer Schwerpunkt, teils auch mit dem Rechtsradikalismus-Thema verknüpft, bildete das Identifikationsangebot der SPD an arbeitslose Jugendliche, u.a. mit Plakaten und Aufklebern, auf denen junge Bergarbeiter, die einen Sarg auf ihren Rücken trugen und der Slogan „Wer nicht ausbildet, wird umgelegt“ abgebildet waren (M 8).

Die PDS hat die umfangreichste und am stärksten an jungen Leuten ausgerichtete Wahlwerbekampagne in die Tat umgesetzt. Eine zweistellige Anzahl von entsprechenden, unterschiedlichen Plakaten bot teilweise ganz direkt rechtsradikalen Werbestrategien die Stirn. Beispielsweise griff die Partei das NPD-Motiv „Das erste Mal: radikal-national“ (H 7 u. G 7) auf, zeigte, ebenfalls in schwarz-weiß, ein junges Liebespaar und unter dem übernommenen Slogan „Das erste Mal“ war zu lesen: „Beim Küssen Augen zu. Beim Wählen Augen auf!“ (H 40). Ein weiteres Poster, das einen jungen Mann in Bomberjacke beim Hitlergruß zeigt, war überschrieben: „Gebt ihnen keine Chance!“ (H 38). Auf einem anderen Plakat waren neben der Aufforderung „Zeichen setzen!“ Hände abgebildet, eine das ‚Victory‘-Zeichen, zwei andere die kommunistische Faust formend, eine vierte zeigte den erhobenen Mittelfinger – wem, das zu deuten blieb den Rezipienten überlassen (H 37). Je nach Interpretation sollen auf dem Plakat „Ausbilden – nicht ausgrenzen“, auf dem einige Jugendliche von hinten abgebildet sind, entweder die Jugendgeneration als ganze, jugendliche

Frauen, politisch links orientierte junge Leute oder aber auch rechtsradikal gesinnte Jugendliche durch Arbeitsplätze integriert werden (H 43). Dem eventuellen Abwandern von jungen Frauen in rechtsradikale Parteien und Gruppierungen trat die PDS mit dem emanzipativen Slogan „Frauenland statt Vaterland“ entgegen (H 44). Die jugendliche Politikerin Angela Marquardt, für die PDS im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns vertreten, war auf einem Plakat mit dem wortspielerischen Text „Linksdruck gegen Rechtsruck“ abgebildet (H 45), die Forderung wurde auf einem anderen PDS-Poster mit dem Ausdruck aus der Jugendsprache „Cool!“ bewertet (H 46). Außerdem zeigte ein PDS-Plakat junge, national gesinnte Männer mit einer Reichskriegsflagge in der Hand, auf deren Hinterköpfe SS-Runen einrasiert waren und forderte im kreativen Spiel mit dem gezeigten Bild: „Nazis raus aus den Köpfen“ (H 48).

Bündnis 90/Die Grünen engagierten sich nicht in einer besonders umfangreichen Jugendwahlkampagne, die Plakatierung hatte auch keinen ausgeprägt abgrenzenden Charakter, traf jedoch vermutlich mehrheitlich das jugendliche Lebensgefühl. Eine junge, lachende Frau wurde auf Plakaten gezeigt, die dem Leser die mit einem Grünen-Logo gepiercte Zunge herausstreckt und so vom Plakatslogan überzeugen will: „Grün ist Kult“, außerdem wird noch aufgefordert: „Hingehen, einmischen, mitmischen!“ (H 21).

Die FDP brachte sich erst in den der Bundestagswahl nachfolgenden Landtagswahlkämpfen in das gezielte Werben um jugendliche Wahlstimmen ein, allerdings so nachhaltig, daß es hier erwähnt werden soll: Im Kontext des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen erschien im Januar 2000 ein Plakat bzw. Anzeige, die im Zusammenhang mit finanziellen Engpässen in der Bildungspolitik den Sektenführer Bhagwan, Adolf Hitler und Freddy Krueger aus der Horrortrilogie „Nightmare on Elm Street“ zeigte und klar stellte: „Wenn wir nicht schnell für mehr Lehrer sorgen, suchen sich unsere Kinder selber welche“ (M 11).

Die CDU dagegen stützte sich eher auf Themen, die Kinder betreffen, Jugendliche hatten in dieser Kampagne kaum Raum (Wahlplakat von zwei über einen Zebrastreifen gehenden Grundschulkindern mit der Aufforderung: „Liebe Autofahrer: Rücksicht macht Schule!“ (H 27)). Allerdings hat die Junge Union eine kleine Kampagne gegen *Radikale* realisiert und sich

darin auch deutlich abgegrenzt, so zeigt ein Plakat eine Gewalt verheißende, zur Faust geballte Hand, über deren Knöchel das Urteil der jungen Unionisten über derlei Gewaltpotential zu lesen steht: „Extrem Mist!“ (H 25). Das Wortspiel macht auch verbal deutlich, was von Extremismus zu halten sei. Außerdem wird deutlich gefordert: „Keine Stimme für Radikale“ (H 25).

Am aktivsten bemühten sich die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die PDS um jugendliche Wähler, die CDU/CSU und die FDP haben diese Zielgruppe vernachlässigt. Im Gegensatz zu diesen etablierten Parteien bemühen sich die Rechtsparteien ausgesprochen intensiv und außerdem sehr durchdacht um junge Leute.

Kapitel 4.1.3

Empirische Erkenntnisse zur Ideologiebildung bei Jugendlichen in Mecklenburg-

Vorpommern

Die im folgenden vorgestellte Erhebung ist aus den in Kap. 2.1.2.2 angestellten Überlegungen für das Land Mecklenburg-Vorpommern repräsentativ. Eine für das gesamte Bundesgebiet repräsentative Umfrage wäre mit einem für eine einzelne Arbeit dieser Größe zu umfangreichen finanziellen und zeitlichen Aufwand verbunden gewesen. Die Konzentration auf das Befragungsgebiet ergab sich aus mehreren Überlegungen: Zum einen ist es einhellige Forschungsmeinung, daß jugendlicher Rechtsradikalismus in den NBL besonders deutlich auftritt (z.B. Bernd Wagner, A 17, 50), was vom Bundesministerium des Innern in den vergangenen Jahren bestätigt wurde – so halten die fünf neuen Länder beispielsweise seit 1996 gemeinsam die Spitze (=die fünf obersten Plätze auf der Liste) der Anzahl von Straftat. inkl. Gewalttaten „mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischen Hintergrund je 100.000 Einwohner in den Ländern“ (Verfassungsschutzberichte 1996-1999). Zum anderen hat Mecklenburg-Vorpommern sich neben Brandenburg seit Anfang der 90er Jahre durch Vorfälle wie die in Rostock-Lichtenhagen immer wieder in die Schlagzeilen der bundesweiten Presse gebracht.

Es sind 245 Personen zwischen 13 und 24 Jahren befragt worden, wobei ein Fragebogen wegen ungültiger Angaben nicht in die Wertung mit einbezogen werden konnte. Der Bogen bestand aus sieben Fragen zum Thema *Jugend und Musik*: zwei Fragen zur Person und fünf

Fragen zu Konsumgewohnheiten von Musik⁸. Die Fragen waren darauf ausgerichtet, politische Orientierungen anhand von Musikvorlieben zu erfassen; z.B. wurden die Probanden abschließend nach ihren Lieblingsgruppen und –Tonträgern befragt.

Die Erhebung ist etwa zu gleichen Teilen unter Schülern der verschiedenen Schultypen, Azubis aus gewerblichen und kaufmännischen Berufen und Insassen des Jugendstrafvollzugs erfolgt, und zwar vorwiegend in den Städten Greifswald und Neustrelitz (Vollzugsanstalt), randlich auch Stralsund und Wolgast.

Die Befragung umfaßte Personen der Altersgruppen der 13 bis 16jährigen, 17 bis 20jährigen und die der 21 bis 24jährigen. Die erste (37,7%) und die mittlere (42,2%) Altersgruppen sind in der Erhebung am stärksten vertreten, männliche Probanden sind mit 59,8% leicht überrepräsentiert.

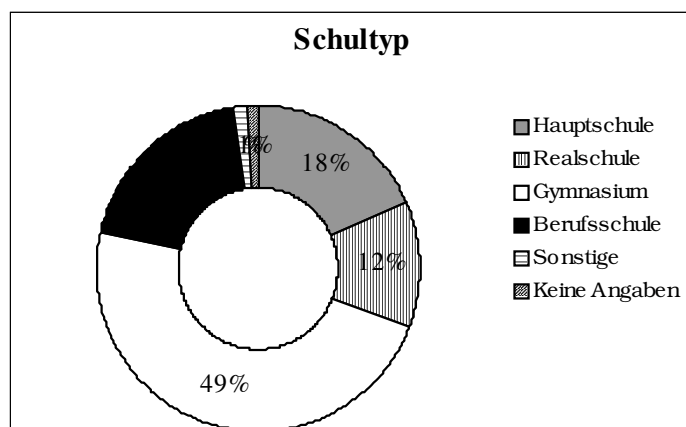


Abbildung 5: Verteilung der Probanden auf die unterschiedlichen Schultypen

Aus Abb. 5 ist die Verteilung der Befragten auf die einzelnen Schultypen ersichtlich, wobei hier das Gymnasium dominiert.

Die bevorzugten Musikrichtungen der befragten Jugendlichen waren mit 23,6% die Pop- und mit 22,7% die politische kaum motivierte Techno-Musik, wobei letztere schon aufgrund der Tatsache, daß sie beinahe ganz ohne Gesangstext auskommt, als unmotiviert zu betrachten ist. Abb. 6 gibt Auskunft über die Präferenzen der Jugendlichen bzgl. bestimmter Musikrichtungen.

⁸ Der Fragebogen ist im Anhang IIIa einzusehen.

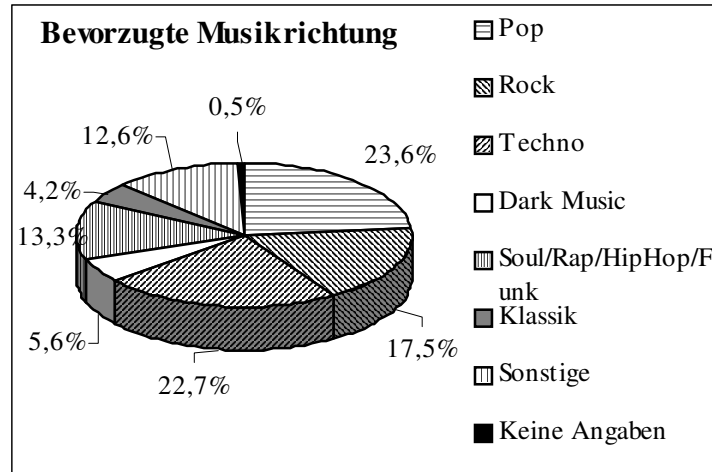


Abbildung 6: Präferenzen der Befragten bzgl. ihrer Konsumgewohnheiten von Musik

Besonders Rock, Pop und Soul/Rap/HipHop/Funk, die ihrer Artverwandtschaft wegen (Kap. 4.1.1.1) zusammengefaßt wurden, bilden neben Techno die am stärksten vertretenen Richtungen bei den Konsumgewohnheiten. Bei diesen Musikrichtungen hat sich aufgrund des darin umfangreichen Gesangstextes und ihrer Popularität die Vermutung bestätigt, daß mit ihnen in ausgeprägtem Ausmaß auch politische Inhalte transportiert werden (Kap. 4.1.4).

Die Frage, ob Musik hauptsächlich mit deutschen oder vorwiegend mit englischen Texten konsumiert wurde (Abb. 7), wurde in die Erhebung aufgenommen, um evtl. Rückschlüsse auf die Häufigkeit des Konsums von Rechtsrock erlangen zu können, der, insofern von deutschen Bands vertrieben, in der Regel deutschsprachig ist. Derartige Schlüsse können allerdings nur im Verbund mit den Erkenntnissen aus anderen Fragen gezogen werden, da Hip-hop ebenfalls

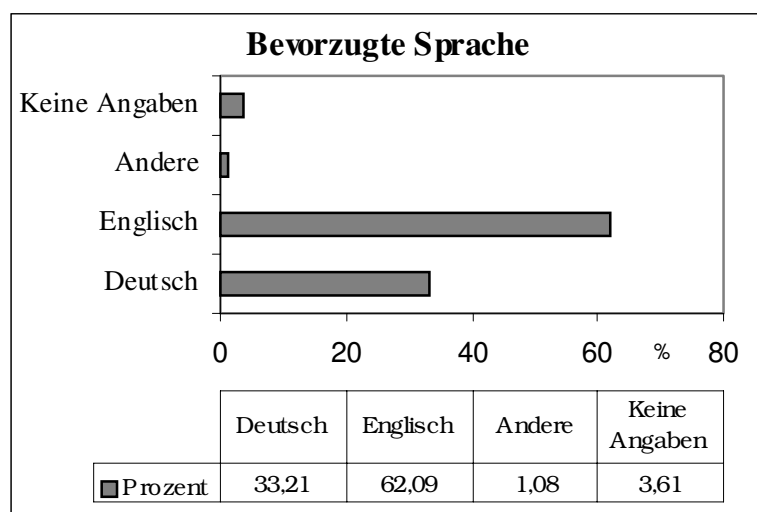


Abbildung 7: Bevorzugte Sprache der Musik

oft deutschsprachig ist (Kap. 4.1.4).

Unter Frage 6 wurde mit mehreren Optionen erfaßt, wovon die Texte der konsumierten Musik meistens handeln (Abb. 8), u.a. wurden die Felder „Gesellschaftliches (Drogen, Lebensart etc.)“ und „Politisches (Patriotismus, Demokratie, Wahl, Ausländer etc.)“ sowie „Umwelt/Natur“ angeboten, um auf politische Motiviertheit schließen zu können.

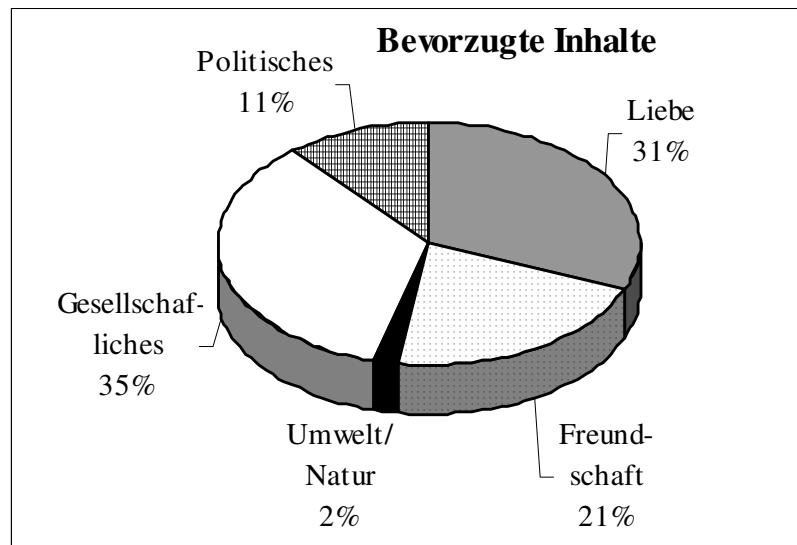


Abbildung 8: Bevorzugte Inhalte der konsumierten Musik

Interessanterweise sind bei den bevorzugten Themen der konsumierten Musik die Bereiche *Politisches*, *Gesellschaftliches* und *Umwelt/Natur* mit insgesamt 48% sehr stark vertreten. Gerade im Vergleich zu den Erkenntnissen der 13. Shell Jugend Studie (Kap. 4.1.1.2) ist es aufschlußreich, daß hier ein reges politisches Interesse zutage tritt, bei welchem der Bereich *Umwelt/Natur* im übrigen lediglich eine untergeordnete Bedeutung hat. In diesem Zusammenhang ist die Feststellung legitim, daß zur Erfassung jugendlicher politischer Orientierung tatsächlich die Definition der geeigneten Forschungsinstrumente entscheidend ist (Kap. 4.1) und die Shell Studie hier Defizite aufweist und daher zu unvollständigen Interpretationen kommt. Um jugendliche Befindlichkeiten erfassen zu können, müssen für Jugendliche typische Medien analysiert werden; die 13. Shell Jugend Studie hat allerdings keinerlei Tonträger erfaßt. Den in dieser Arbeit befragten Jugendlichen Mecklenburg-Vorpommerns ist auf jeden Fall ein ausgeprägtes politisches Interesse zu attestieren. Es ist darüber hinaus zumindest anzunehmen, daß sich bei gleicher Forschungsmethodik für andere Bundesländer ähnliche Resultate ergeben würden. Die Bevorzugung politisch-

gesellschaftlicher Inhalte bei Musiktexten ist nach Madubuko eindeutig als valider Indikator für reges politisches Interesse zu werten:

“In Bezug auf die Wirkungsweise der Musikpräferenz kann allgemein davon ausgegangen werden, daß auch in anderen Musikszenen Affinitäten zur Übernahme von Lebensstilen, sozialen Einstellungen ... bestehen.” (Madubuko, 2000, S. 126)

Politisches Interesse läßt sich bei Jugendlichen in besonderem Maße an deren Musikkonsumgewohnheiten ablesen, weil Musik in weitaus größerem Ausmaß ihr Leben bestimmt, wie schon an ‘happenings’ wie der Love Parade⁹ zu erkennen ist. Songtexte können prägendes Ideengut transportieren, das entsprechend rezipiert wird. Für die Probanden ist deshalb in der letzten Frage der Erhebung die Bitte formuliert worden, die drei jeweils favorisierten Bands und Tonträgertitel namentlich anzuführen. In einigen Fällen wurde dieser Bitte nicht nachgekommen, allerdings unter Frage sechs angekreuzt, daß die Texte der konsumierten Lieder meist von politischen bzw. gesellschaftlichen Inhalten handeln. Diese Rubrik wurde in Abb. 9 *Politisches Engagement ohne Richtungsangabe* genannt und umfaßt lediglich diejenigen der gesellschaftlich bzw. politisch Interessierten (s. Abb. 8), die die Frage sieben nicht beantwortet haben. Weiterhin wurde nach *Rechtsradikaler/Nationaler Richtung*¹⁰ und

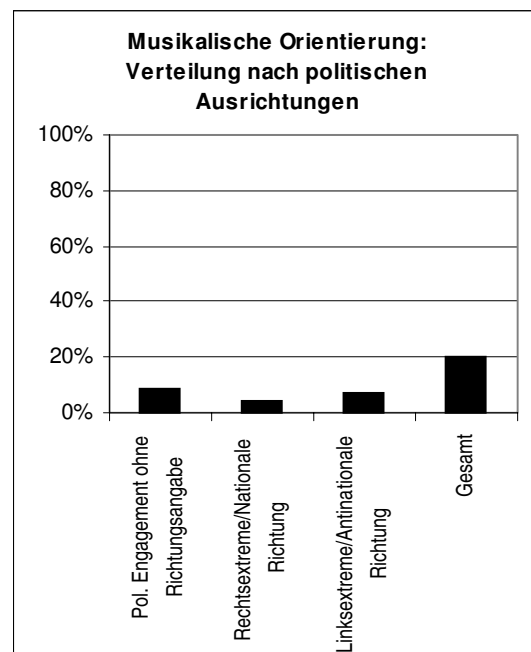


Abbildung 9: Musikalische Orientierung: Verteilung nach politischen Ausrichtungen

Linksextremer/Antinationaler Richtung unterschieden. Letztere ist im Verhältnis zur rechtsradikalen bei den Probanden häufiger aufgetreten, allerdings ist im *politischen Engagement ohne Richtungsangabe* ein nicht näher interpretierbares, also offenes Potential zu sehen. Diejenigen Probanden, aber die politische bzw. gesellschaftliche Inhalte bevorzugt

⁹ Obwohl erst seit Ende der 80er Jahre existent, hat die Love Parade in der zweiten Hälfte der 90er Jahre stetig mindestens eine Million Teilnehmer an diesem jährlichen Event gezählt.

¹⁰ Aus den in Kap. 4.1.4.3 aufgeführten Gründen sind in diese Kategorie weder die von den Probanden genannten „Böhsen Onkelz“ noch rechtsextreme Bands aus dem Ausland aufgenommen worden. Ansonsten wäre die genannte Prozentzahl (bei 17 zusätzlichen Nennungen) erheblich höher.

hören und Lieblingsgruppen bzw. -titel angegeben haben, haben sich klar zwischen Links- und Rechtsrock entschieden, vertreten also eine deutliche Linie.

Bezüglich der Verteilung politischer Präferenzen im Liedgut nach Geschlechtern ist bei rechtsradikaler Orientierung eine eindeutige Dominanz männlicher Rezipienten erkennbar, während junge Frauen sich zwar nicht im gleichen Maße, aber doch nennenswert mit politisch linkem Ideengut in Liedtexten identifizieren (Abb. 10).

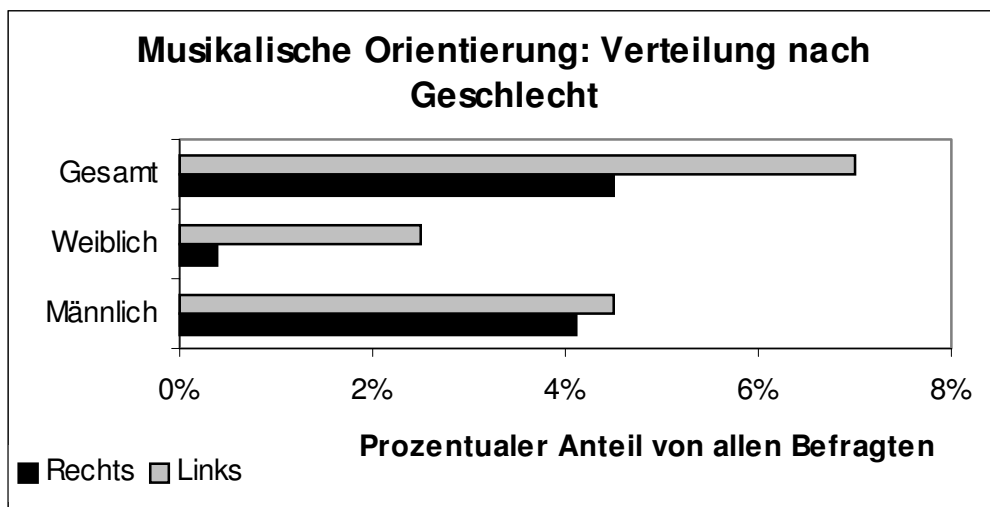


Abbildung 10: Musikalische Orientierung: Verteilung nach Geschlecht

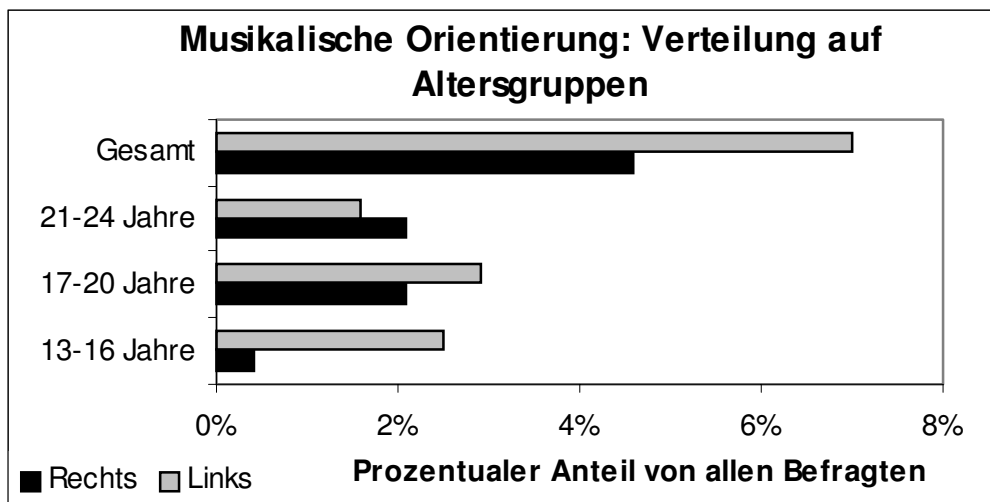


Abbildung 11: Musikalische Orientierung: Verteilung auf Altersgruppen

Bei der Verteilung auf Altersgruppen ist auffällig, daß Rechtsrock sich besonders bei den Altersgruppen der 17 bis 24jährigen in ihren Musikgewohnheiten widerspiegelt, während das Interesse an antinationalen Songtexten schon in der Altersgruppe der 13 bis 16jährigen einsetzt und beim Übergang in das Erwachsenenalter eher wieder abnimmt (Abb. 11).

Es überrascht nicht, daß Linksrock hauptsächlich von Gymnasiasten und Studenten rezipiert wird und Rechtsrock bevorzugt von Jugendlichen mit einem relativ geringen Bildungsniveau konsumiert wird (Abb. 12). Bei der Kategorie *Gymnasium/Universität* dominierten die Gymnasiasten, bei der Gruppierung *Haupt- und Sonderschule* die Hauptschüler.

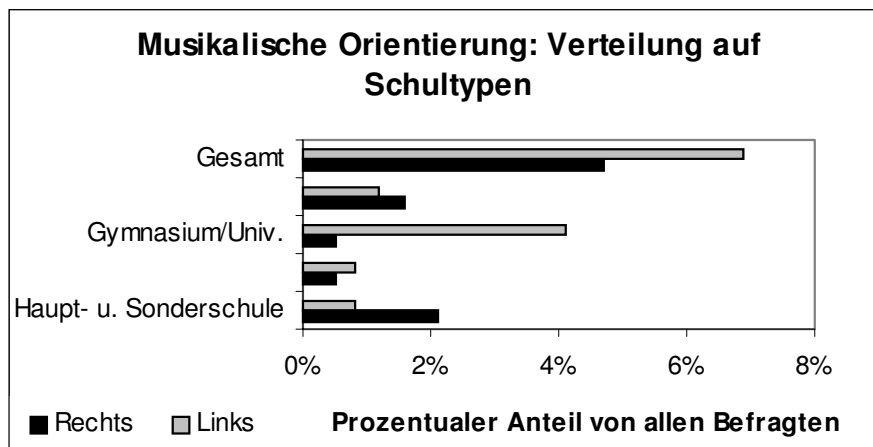


Abbildung12: Musikalische Orientierung: Verteilung auf Schultypen

Die Erhebung dient als Basis für die folgenden Ausführungen zur Ideologiebildung von rechts mittels neuer Medien. Da diese nur möglich sind, wenn nachgewiesen werden kann, daß Jugendliche diese Medien überhaupt annehmen und sie für die Vermittlung jugendlichen Lebensgefühls eine Rolle spielen, ist die Erhebung durchgeführt worden. Es stellte sich für die Jugendlichen Mecklenburg-Vorpommerns heraus (und da keine sehr großen kulturellen Unterschiede zwischen diesen und solchen aus anderen Bundesländern anzunehmen sind, werden die hier erzielten Ergebnisse als Maßstab für die bundesrepublikanische Gesamtsituation sinngemäß übernommen), daß sie die neuen Medien (Internet und moderne Tonträger) zur Vermittlung von Lebensgefühl, besonders durch Musik, in ausgeprägtem Maß für sich entdeckt haben.

Kapitel 4.1.4

Musik als ideologiebildendes Element & ihre Transportmedien

Ideologiebildende Momente existieren in der Popularmusik zuhauf (Kap. 4.1.4.3). In der rechtsradikalen Szene sind Ursprung und Entwicklung besonders gut abgegrenzt zu anderen Richtungen zu erforschen, weil sie sich nicht in der etablierten Musikindustrie bewegt bzw. bewegen kann. Seit Anfang der 80er Jahre wird auf nationalem wie internationalem Niveau

zielstrebig ein unabhängiges Produktions- und Vertriebsnetzwerk von Tonträgern, Konzertmanagement und dem Handel von entsprechenden Devotionalien aufgebaut. Das primäre Vertriebsgut, die Musik, wird mittels verschiedener Medien vertrieben.

Als Haupttransportmedium ideologiebildender Musik sind Tonträger im allgemeinen zu betrachten, also CDs, Kassetten und LPs, evtl. Videos sowie das Internet. Auf Tonträger wird in Kap. 4.1.4.3 eingegangen. Im folgenden soll auf Konzerte und deren identifikationsbildende Eigendynamik sowie auf das Boomen des Internets mit all seinen Kommunikationsmöglichkeiten eingegangen werden.

Kapitel 4.1.4.1

Konzerte im rechtsradikalen Umfeld¹¹

Ein weiteres bedeutendes Medium sind in diesem Kontext Konzerte, die besonders im rechtsradikalen Umfeld ein prägende Gruppenspezifika hervorrufen. Aschwanden schreibt,

„... daß besonders das Konzerterlebnis und seine begleitenden aggressiven Rituale, als Zusammenkunft Gleichgesinnter und –gestimmter, das Gefühl von Zusammengehörigkeit, Kraft und Stärke evozieren beziehungsweise festigen können“ (1995, S. 149).

Der Musik kommt, gerade in einer solchen Konzertsituation, eine verbindende Rolle bei der Entstehung und Verfestigung von rechtsradikalen, jugendlichen Gruppen zu (Bundesamt für Verfassungsschutz b, 2000, S. 3). Die Konzerte „bilden ein wichtiges Element zur Identifikation...“ und stärken das Gemeinschaftsgefühl (Bundesamt für Verfassungsschutz b, 2000, S. 3). Bei Rechtsrockkonzerten herrscht die Tanzform des „Pogens“ vor¹², die ursprünglich der Heavy Metal-Szene entstammt und darin besteht, daß die Tänzer gegeneinander springen und sich, unter Einsatz nicht unerheblicher und regelmäßig Verletzungen verursachender Körperkraft, anrempeln. Diesen Sekundäraspekten des Musikgenusses während eines Rechtsrockkonzertes ist daher eine „... aufputschende und aggressionsfördernde Wirkung“ zu unterstellen (Bundesamt für Verfassungsschutz b, 2000, S. 4).

¹¹ Für das politisch links orientierte Konzertumfeld sind keine nennenswerten Erkenntnisse erlangt worden.

¹² Die Tanzbezeichnung *Pogo*, wie vom Bundesamt für Verfassungsschutz in der Broschüre „Skinheads, Bands & Konzerte“ verwandt (Januar 2000, S. 4), existiert nicht. Auch ist diese Tanzweise nicht ursprünglich in der so bezeichneten *Skinhead-Musik*-Szene entstanden. Darüber hinaus ist die Bezeichnung *Skinhead-Musik* für *Rechtsrock*, wie auf S. 195 erläutert, unzureichend und irreführend.

Rechtsrockkonzerte werden seit einigen Jahren verstärkt polizeilich überwacht, weswegen die Organisatoren sie zunehmend in den privaten Bereich verlagern und z.B. als Geburtstagsfeiern deklarieren (A 18, S. 38; Der Spiegel).

Das Netzwerk „Blood & Honour“, ursprünglich ein britisches Neonazi-Magazin (dessen Mitbegründer der verstorbene Frontsänger der Gruppe *Skrewdriver*, Ian Stuart, war), hat sich zu einem Unternehmen entwickelt, dessen Schwerpunkte auf dem europaweiten Konzertmanagement und dem Vertrieb von Merchandising-Artikeln liegen. Das Netzwerk organisiert heute den überwiegenden Teil aller *Rechtsrock*-Konzerte in Deutschland (B 32) und unterhält außerdem enge Verbindungen zur NPD (A 24, S. 24; Der Spiegel).¹³

Kapitel 4.1.4.2

Internet

Für die Jahre 1995 und 1996 vermerken die Verfassungsschutzberichte lediglich:

„Auch Rechtsextremisten nutzen verstärkt die Möglichkeit der Datenübermittlung im internationalen Datenverbund Internet“ (Bundesministerium des Innern, 1995 u. 1996, S. 192 u. 166).

Seit 1997 werden Zahlen genannt und dem Internet wird seither ein eigenes Subkapitel unter „Rechtsextremistische Bestrebungen“ gewidmet. Angesichts der schwierigen Überprüfbarkeit bzw. Kurzlebigkeit von Homepages, des möglichen Pass- und Kennwortschutzes derselben und dem zunehmenden „... Einsatz von Kryptographieverfahren“ (Bundesamt für Verfassungsschutz, April 2000, S. 6), also Verschlüsselungstechniken, ist davon auszugehen, daß die Dunkelziffer der betriebenen rechtsextremen Homepages – unter den Betreibern *Heimatseiten* genannt – deutlich höher liegt als die Angaben des Verfassungsschutzes. Von diesem wird von 1996 bis 1999 eine Verzehnfachung auf über 330 angenommen (Bundesamt für Verfassungsschutz, April 2000, S. 1). Für die vergangenen Jahre werden die in Tab. 2 genannten Zahlen angegeben:

¹³ Im September 2000 ist die Organisation „Blood and Honour Division Deutschland“ und deren Jugendorganisation „White Youth“ durch den Bundesinnenminister, Otto Schily, verboten worden (O 42; Tagesschau online)

Tabelle 2: Anzahl von deutschen Rechtsextremisten betriebener Homepages (Verfassungsschutzberichte 1997-1999)

Jahr	1997	1998	1999
Anzahl Homepages	ca. 100	über 200	über 330

Für das Jahr 2000 registrierte das Bundesamt für Verfassungsschutz bereits im Mai 140 neue Websites. Bis Jahresende erwartet man dort die Entstehung von etwa 400 neuen Websites, wodurch die Gesamtzahl dann bei über 700 läge. Nach Angaben des Simon Wiesenthal-Centers liegen die Zahlen allerdings deutlich höher; dort wird von einer Steigerung von einer sog. *Hass-Seite* 1995 auf mehr als 2000 bis Juni 2000 ausgegangen (O 34; Tagesschau online).

Die im Internet erzielten Wachstumsraten zur Verbreitung rechtsradikalen Gedankengutes sind die derzeit größten der Branche (Bundesamt für Verfassungsschutz, April 2000, S. 23).

Alle in dieser Dissertation genannten Parteien waren spätestens 1999 im Internet mit einer Homepage vertreten. Die NPD war die erste im Netz präsente Partei und hat heute das breiteste Angebot, sie „... ist unter Deutschlands rechtsextremen Parteien zur Zeit führend im Internet“ (J 9; ZDF-Sendung zum Rechtsradikalismus von Fromm/Kraiker). Ebenso finden sich dort die meisten zitierten Zeitungen und Zeitschriften, Parteiperiodika etc. (z.B. die *Nation & Europa-Heimseite*)¹⁴ sowie viele Sänger und Bands (z.B. der rechte Liedermacher *Frank Rennicke* oder die Punkband *Die Ärzte*) (O 29 und O 30). Es können „Computerspiele, in denen Juden und ‚Neger‘ gejagt und erschossen werden, menschenverachtende und volksverhetzende Musik, deren Texte zur Gewalt auffordern ...“ auf den heimischen PC heruntergeladen werden (Q 8; Frankfurter Rundschau online). Außerdem überlagern revisionistische Seiten im Internet häufig die seriösen Angebote zur geschichtlichen Information:

„Unter Suchbegriffen wie ‚Gaskammer‘, ‚Rudolf Heß‘ oder ‚Hitler‘ sind pseudowissenschaftliche Homepages zu finden, vordergründig ganz ohne subkulturelles Tamtam und Kriegsgeschrei. Für Jugendliche, die sich informieren wollen, sei [ist, Anm. d. Verf.] deren faschistoider Charakter auf den ersten Blick gar nicht ersichtlich ...“ (Q 8).

Inhaltlich konzentrieren sich die Homepages schwerpunktmäßig auf den Vertrieb einschlägiger Literatur und Musik, Devotionalien und sonstigen Propagandamaterialien.

¹⁴ Da es nicht möglich war, aus der Homepage einen Ausdruck zu erlangen und die Seite somit nicht im Quellenverzeichnis aufgeführt wird, sei an dieser Stelle die Adresse vermerkt: <http://www.nationeuropa.de>.

Daneben existieren sog. *Links*, d.h. Verknüpfungen zu anderen Homepages mit Wegweisercharakter. Wegen dieser ausgeprägten Vernetzung ist lediglich das Wissen um eine einzige Internetadresse nötig, um Zugang zum gesamten Spektrum zu erlangen. Kurze, selbst produzierte Fernseh- und Rundfunksendungen sind per PC-Bildschirm und Lautsprecher in Form von Videos abrufbar, so beispielsweise ein vermeintlicher Nachrichtenbericht der Seite *Wolfsschanze*¹⁵, der eine bekannte Fernsehreportage eines privaten Senders ‚persifliert‘:

„Mein Name ist Barbara Eligmann und hier ist wieder ‚Explosiv‘ mit der Sondersendung zum Erdbeben in der Türkei. Inzwischen befinde ich mich in Ismit, dem Zentrum des Bebens, und ich bin bewegt.“ [Hier wird der bisher sachliche Tonfall euphorisch, Anm. d. Verf.] „Zehntausende von leblosen Kanacken auf den Straßen! Ich kann mich vor Freude kaum halten, das ist so herrlich...“ (J 9).

Außerdem wird das Medium zur schnellen Mobilisierung der Szene genutzt, z.B. zum Aufruf zur Teilnahme an Demonstrationen (Bundesamt für Verfassungsschutz, April 2000, S. 7; Auswertung des Quellenmaterials). Das Bundesamt für Verfassungsschutz spricht hier von der „Nutzung des Internet zur Herstellung einer Gegenöffentlichkeit“ (Bundesamt für Verfassungsschutz a, 2000, S. 9). Das Angebot zu „Kontakt“ auf einer Homepage führt außerdem zur elektronischen Briefpostadresse, der E-Mail-Seite. Daneben existieren sog. chat rooms, in denen sich der Rezipient online mit Gleichgesinnten unterhalten kann. Insofern wird das Netz von Rechtsradikalen längst nicht mehr nur als einseitiges Agitations-, sondern auch als Kommunikationsmittel genutzt. Das Ziel dieser Online-Aktivitäten ist es, „... ein Gegengewicht zu den ‚Systemmedien‘ zu bilden“ (Bundesministerium des Innern, 2000, S. 82).

In diesem Zusammenhang wird das Netz zunehmend zur Verbreitung rechtsradikalen Liedgutes genutzt. Das vor einigen Jahren entwickelte Verfahren zum problemlosen Abspielen und Kopieren von Musikstücken per Computer, MP 3, hat sich inzwischen zu einem gängigen Instrument entwickelt, mit dem der Rezipient das Internet in ähnlicher Weise nutzen kann wie den heimischen CD-Spieler oder CD-Brenner. Die Popularität von MP 3 ist in dessen kostenloser Nutzung begründet; der Rezipient muß für den Tonträger nicht bezahlen. Das Internet bietet diesbezüglich allerdings auch noch die Möglichkeit, den PC-Bildschirm in Kombination mit der MP 3-Technik gewissermaßen als Fernseher zu nutzen und so ganze Musikvideos online zu sehen. Im allgemeinen werden Radio und TV-Sendungen übers Internet zunehmend zur Normalität. Diverse Plattenfirmen sind derzeit im

¹⁵ Der Name nimmt Bezug auf das gleichnamige Hauptquartier Hitlers im damaligen Ostpreußen.

Begriff, diesem unkonventionellen Vertrieb wegen unlauteren Wettbewerbs per Gerichtsentscheid ein Ende zu bereiten, bisher ist allerdings, wie bei so vielen Rechtsfragen rund um das Internet, keine endgültige Entscheidung ergangen.

Das Internet kann aus der Sicht von rechtsradikalen Betreibern als ideales Medium zu Agitationszwecken betrachtet werden, weil es eine größtmögliche Flexibilität ermöglicht und außerdem eine verhältnismäßig große Wahrscheinlichkeit bietet, „... den Risiken deutscher Strafverfolgung aus dem Weg zu gehen“ (Bundesamt für Verfassungsschutz a, 2000, S. 1). In aller Regel bleibt die Identität des Betreibers unbekannt. In solchen Fällen, in denen diese Strafverfolgung den Betreibern rechtsradikaler Homepages aber tatsächlich Schwierigkeiten verursachte, wanderten sie mit ihren *Heimatseiten* oder *Hausseiten* bzw. *Hauptseiten* oft virtuell aus und stellten ihre Angebote über einen US-amerikanischen Provider/Server ins Netz. Seit kurzem wird auch die Möglichkeit genutzt, anonyme Seiten über einen Schweizer Provider/Server anzubieten (A 19, S. 20; Der Spiegel).

Im August 2000 entstanden erste Einigungen einzelner Provider wie z.B. AOL, wonach keine Homepages bzw. Domains mehr an rechtsradikale Anbieter vergeben werden sollen und bereits bei diesen Providern vorhandene rechtsradikale Seiten zur Anzeige gebracht werden sollen, insofern sie strafrechtlich relevantes Material veröffentlichen bzw. zum Kauf anbieten (J 10; Tagesschau). Da diese Einigung erstens nicht alle deutschen Provider betrifft und zweitens das deutsche Netz nur ein kleiner Teil des Gesamtdatenverbundes ist sowie drittens keine internationale Rechtsgrundlage existent ist, ist die Wirksamkeit dieses Vorgehens sehr begrenzt. Allerdings ist Ende August 2000 in Nordrhein-Westfalen ein vielversprechendes Verfahren entwickelt worden: Das Düsseldorfer Regierungspräsidium als zuständige Aufsichtsbehörde hat alle im Bundesland ansässigen Provider aufgefordert, ihre Dienste nach rechtsradikalen Angeboten zu durchsuchen und sie zu sperren. Auf der Rechtsgrundlage des Medienstaatsvertrages drohen den Unternehmen Geldbußen bis zu einer halben Mio. DM, wenn rechtsradikale Inhalte dennoch unter ihrer Verantwortlichkeit verbreitet werden. Den entsprechenden ausländischen Homepages wird entgegengetreten, indem die deutschen Provider haftbar gemacht werden, über die der Kontakt zu den rechtsradikalen Online-Diensten im Ausland hergestellt wird (A 25, S. 17; Der Spiegel).

Von der Gegenkultur des Rechtsradikalismus, den politisch links orientierten Gruppen und auch Linksextremen, wird das Internet ebenfalls rege genutzt, nahezu das gesamte Spektrum

an Parteien, Verbänden und sonstigen Gruppierungen findet sich im Netz, zuzüglich privater, gleichgesinnter Homepages. Beispielhaft seien die *nadeshda*-Homepage und die *nazis-raus*-Site genannt, wobei erstere (hier wird beispielsweise eine umfassende „Dokumentensammlung Antifaschismus“ geboten) auf den eingetragenen Verein *Informations- und Kommunikationsmedium für Politik, Umwelt und Kultur* zurückzuführen ist und letztere auf das private Engagement eines Greifswalder Oberstufenschülers, der ein *Diskussionsforum* mit Chat-, Email- und Gästebuchangeboten unterbreitet (O 31 und O 29; jeweils die Homepage), das 2000 von der Landtagsfraktion der PDS mit einer finanziellen Unterstützung gefördert worden ist.

Der Verfassungsschutzbericht 1999 ist in der Schilderung der Art der Nutzung des Netzes seitens Linksextremisten nicht so ausführlich und präzise wie bei der Betrachtung des Gebrauchs des internationalen Datenverbundes von rechts (Bundesministerium des Innern, 2000, S. 142). In der Tat werden Selbstdarstellung, Kommunikation und Agitation auf beiden Seiten mit den online-typischen Mitteln angestrebt, d.h. auch von links werden E-mail-Adressen, chat rooms, Info-Seiten und die sog. *Links* angeboten.

Kapitel 4.1.4.3

Tonträger: „Rechtsrock“ und „Linksrock“

Rechtsradikale Musik ist in mehrere Ausprägungen zu gliedern:

- a) *Rechtsrock* im Sinne der in der sonstigen Literatur so bezeichneten Skinhead-Musik, wie sie unter Kap. 4.1.1.1 erläutert wurde.
- b) Rechte Liedermacherei, wie sie prototypisch von Frank Rennie ausgeübt wird, dem *Reinhard Mey der Rechtsextremisten* (Bundesamt für Verfassungsschutz, April 2000, S. 29). In seinen Texten setzt er sich u.a. mit dem Ansehen der Wehrmacht und dem Dritten Reich, Linksextremisten und der Asylfrage auseinander. Eine Aufforderung, Gutes aus dem Hitlerregime zu ziehen, enthält beispielsweise das Lied „Das kann doch nur ein Nazi sein“:

„Da gibt’s zum Beispiel Jahre
so zwölf an der Zahl
Von denen meint fast jedermann,
Die waren Frust und Qual.
Und fällt aus jenem Reiche
Mal jemand` Gutes ein,
Hört man sofort das Gleiche:

Das kann doch nur ein Nazi sein!“ (S 9).¹⁶

- c) Verbindung populärer Melodien mit volksverhetzenden Texten, wie sie in jüngster Zeit mit den Melodien der Neuen Deutschen Welle aus den 80er Jahren verarbeitet worden ist. Der Verfassungsschutzbericht 1999 nennt ein Textbeispiel (S. 28) auf die Melodie von „Hurra, hurra, die Schule brennt“ der damaligen Gruppe *Extrabreit*:

„Es wird dunkel, es wird mal wieder Zeit, es versammelt sich der Ku-Klux-Klan. Die Kanister sind voll, kleine Nigger dabei, so tut sie in ein Bettchen fort. Holt nur noch das Kreuz, den Klan-Chef freuts. Und will gegrillt diesen Bastard sehen und jetzt brennt die Sau und rennt davon. Da tut ein Lied durch die Runde gehen. Das ist geil, das ist geil, hurra, hurra, ein Nigger brennt!“ (Bundesministerium des Innern, 2000, S. 28)

Anlehnungen an die Neue Deutsche Welle und den deutschen Schlager bzw. deren Umformung in die *Nationale Deutsche Welle* (S 9) enthalten auch gewaltverherrlichende, antisemitische Inhalte, wie das Beispiel des Liedes „Am Tag als Ignatz Bubis starb“ auf die Melodie von „Am Tag, als Conny Kramer starb“, einem Schlager der Sängerin Juliane Werding, zeigt. Dem Lied ist ein Gespräch einiger Kinder zur antisemitischen Stimmungsmache und Vertiefung sehr alter Vorurteile vorangesetzt:

„Rachel, weißt du überhaupt was ein Rabbi ist?
Na klar! Er hat einen langen, dreckigen Bart, mit Läusen drin und der machts mit kleinen Kindern. Genauso wie die Nigger, von hinten, machen die es, in den Po! Richtig widerlich. Wir sind die Guten! Eines Tages werden wir die ganzen dreckigen Nigger und Juden töten. Und dann wird alles sauber sein“ (S 9).

Im folgenden Lied heißt es dann im Refrain:

„Am Tag als Ignatz Bubis starb
und alle Juden heulten
Am Tag als Ignatz Bubis starb
und alle Gläser klingen
Das wird ein schöner Tag
Wir pissen auf sein Judengrab...“

und später noch sehr viel deutlicher:

„...Bös gesagt, hör gut zu, dein Todeslied könnte dies sein.
Ja, irgendwann ist der Schuß im Ziel
wir kühlen schon die Flasche Wein
die Warnung ist unser Ernst
deine Judenhaut ist überreif
Die Deutschen kann man nicht besiegen...“ (S 9).

- d) Volkslieder aus NS-Zeiten und Wehrmachtsliedgut.

¹⁶ Hier nicht vollständig zitierte Texte sind im Anhang vollständig nachzulesen.

Aus den Verfassungsschutzberichten ist nicht ersichtlich, ob die im folgenden genannten Zahlen sich nur auf den unter „a)“ angeführten Rechtsrock oder auch auf die unter „b)“ genannte Liedermacherei beziehen, letztere ist jedoch im Kontextschluß unwahrscheinlich. Die in Tab. 3 aufgeführten Zahlen beschreiben die quantitative Entwicklung von rechtsradikalen Musikbands und ebensolchen Konzerten, sie sind den Verfassungsschutzberichten der Jahre 1994-1999 entnommen:

Tabelle 3: Zahlenmäßige Entwicklung rechtsextremer Bands und Konzerte 1994-1999 (Bundesministerium des Innern, 1995-2000)

Jahr	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Anzahl der Bands	40	50	55	70	100	93
Anzahl der Konzerte	20	35	70	106	128	109

Die Zahlen sind bis einschließlich 1998 steigend. Das Absinken seit 1999 läßt verschiedene Schlüsse zu. Es ist durchaus möglich, daß die rechtsradikalen Bestrebungen in musikalischer Hinsicht abgenommen haben, aber auch denkbar, daß sich die richterliche und polizeiliche Verbotspraxis ausgewirkt hat. Ebenfalls möglich wäre, daß der Verfassungsschutz einen wesentlichen Teil der Entwicklung nicht erfaßt hat, weil die Szene oft stark subkulturell lebt. Wenn darüber hinaus bedacht wird, daß Plattenlabels zum Vertrieb für eine Band nicht mehr unbedingt nötig sind, weil unkonventionell über das Internet vertrieben werden kann, so können die o.g. Zahlen nur noch als Indikator der tatsächlichen Entwicklung gewertet werden.

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf den *Rechtsrock* und lassen andere Varianten rechtsradikalen Liedgutes weitgehend außer acht, weil von den Probanden lediglich Beispiele für *Rechtsrock* bei der Frage nach ihren favorisierten Bands und Titeln aufgeführt worden sind. Die Band *Böhse Onkelz* ist zwar häufig genannt worden (insgesamt zehn Mal, davon je einmal mit eindeutiger Zuordnung), oft allerdings ohne den zugehörigen Titel der bevorzugten Veröffentlichung, was im Fall dieser Gruppe die Einordnung nach links oder rechts erschwert, da sie sich 1997 nach einer zuvor beipiellosten Karriere im gesamtdeutschen rechtsradikalen Musikbusiness von diesem deutlich distanziert hat (Q 7; Korrespondenz Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg). Es existieren zwar erste Verlautbarungen, wonach diese Distanzierung inzwischen nur noch bedingt aufrecht erhalten würde, jedoch ist

die Sachlage für eine eindeutige Zuordnung derzeit zu unklar (B 19; der Tagesspiegel). Daher entfällt die Einbeziehung dieser Band in die Auswertung des Fragebogens. Außerdem erfaßt die Auswertung lediglich deutsche rechtsradikale Bands, weswegen die sieben Nennungen britischer und US-amerikanischer Gruppen ebenfalls nicht in die Wertung eingeflossen sind. Es sind insgesamt 19 rechtsradikale deutsche Bands von den Probanden angeführt worden, die Gruppen *Endstufe* und *Sturmwehr* am häufigsten, auf deren Produkte sich die folgenden Ausführungen konzentrieren. Ebenfalls beliebt waren die Bands *Stahlgewitter*, *Freikorps* und *Landser*.

Die Lieder sind in aller Regel von einem harten, aggressiven Beat in einer Hard-/Heavy-Mischform, selten als Ballade gefaßt. Die tragenden Instrumente sind meist die E-Gitarre und das Schlagzeug, in Balladen die klassische Gitarre und das Klavier. Häufig ist den Songs ein Intro vorangestellt, in welchem zumeist taktweise Baß, Schlagzeug und E-Gitarre nacheinander einsetzen, wobei das Schlagzeug einen wiederkehrenden, gleichen Grundschlag aufweist und Bässe ähnlich eingesetzt werden. Durch diese Instrumentierung ergibt sich eine Ähnlichkeit mit dem Musikstil der *Toten Hosen*, die ohnehin zu erwarten war, weil sich die typischen Akkorde der Populärmusik, Tonika, Subdominante und Dominante, selbstverständlich in rechtsradikalen wie auch linksextremen bzw. sog. Antifa-Liedgut wiederfinden.

In der Erhebung ist von den Probanden zwar eine relativ große Auswahl an politisch motiviertem Liedgut genannt worden, jedoch keinerlei bisher (Stand = Juli 2000) indiziertes Material¹⁷. Allerdings warben die Vertreiber, in diesem Fall Pühses Liste¹⁸, z.B. bei dem Tonträger „Wir kriegen euch alle!“ von der Band *Endstufe* mit „Wer diesen Leckerbissen immer noch nicht hat, sollte jetzt unbedingt zugreifen“ – vor der Indizierung, war gemeint. Andere Alben werden z.B. mit „... Herzinfarkt-Garant für jeden Staatsanwalt“ beschrieben (O 32, S. 8).

Die wiederkehrenden Themen des *Rechtsrock* bei den analysierten Bands sind vor allem das Ansehen der Wehrmacht, das Selbstverständnis und die moralische Unterstützung bzw. ideologische Bestärkung von Rechtsradikalen und rechtsradikalen Skinheads,

¹⁷ Eine Auflistung indizierten rechtsextremen Liedgutes des Verfassungsschutzes findet sich im Anhang.

¹⁸ Die größten Versandhändler der Branche sind *Pühses Liste*, die vom NPD-Bundesvorstand Jens Pühse betrieben wird, und *RockNord/Creative Zeiten GmbH* (B 32).

Thematisierungen der Einwanderungsproblematik und Haßlieder sowie randlich auch Liebeslieder, Thematisierungen neuheidnischer Glaubensfragen wie z.B. „Odin“ in „Kohle und Stahl“ von *Sturmwehr* (S 2), Anti-Drogenlieder wie „Der weiße Stoff“ in „Kohle und Stahl“ von *Sturmwehr* (S 2) und Bezugnahmen auf ausländische Ikonen der rechtsradikalen Musikszene, ein Beispiel ist „Tomorrow belongs to me (für Ian)“¹⁹ in „Wir sind die Straße“ von *Endstufe* (S 1).

Die Wehrmacht wird beispielsweise in dem Song „Soldaten“ der Gruppe *Endstufe* (S 4) thematisiert, aber auch in „Eisernes Kreuz“ von *Freikorps* (S 14). Die Wehrmacht wird darin glorifiziert, pauschal von aller Schuld freigesprochen und ihre Mitglieder ausnahmslos als Helden dargestellt:

„Sie sagen immer Mörder, doch das wart ihr nicht.
Sie klammern sich an Lügen wie die Fliegen an das Licht.
Eure Ehre treten sie mit Füßen, ganz ohne Moral,
gefallen seid ihr für Deutschland, nur in Feindesstahl.
Refr.: Ihr wart Helden, wir vergessen nie
die deutsche Wehrmacht, niemand war wie sie.
Denn ihr wart Helden, wir vergessen nie
die deutsche Wehrmacht, niemand war wie sie...“ (S 14).

Die Verherrlichung der Soldaten der Wehrmacht geht einher mit der Anklage der heutigen gesellschaftlichen Wahrnehmung dieser Armee, wie sie ihren Ausdruck z.B. in der Wehrmachtsausstellung findet.

Die ideologische Bestärkung von Rechtsradikalen in ihrer Gesinnung nimmt ebenfalls einen großen Raum in rechtsradikalem Liedgut ein, wie beispielsweise an dem schnellen und aggressiven Song „Narben im Fleisch“ der Gruppe *Sturmwehr* zu ersehen ist, deren zugehöriges Plattencover im übrigen mit dem Stempel „NO politics JUST MUSIC“ irreführend versehen ist. In dem betreffenden Song ist von den *Lügen des Systems* und *wachsendem Haß* die Rede, *Volksverräter* sollen dort *zerstückelt, mißhandelt und gequält* werden (S 2), außerdem werden neben die Szene aufmunternden und bestärkenden Zeilen wie „Geh deinen Weg“ konkrete Drohungen ausgesprochen:

„Ihr werdet es spüren an der eigenen Haut,
wer den Haß in Deutschland sät.“ (S 2)

¹⁹ Dieses Lied nimmt Bezug auf den verstorbenen Leadsänger der britischen Gruppe *Skrewdriver*, die auf der ganzen Welt bekannt und erfolgreich war/ist.

Gern werden Anhänger rechtsradikalen Gedankenguts auch in einer Opferrolle dargestellt, die ihnen eine märtyrerhafte Leidensfähigkeit zubilligt und sie in ihrer Gesinnung unterstützt, wie die Ballade „Unser Weg“ zeigt:

„Ich weiß, die Zeiten sind nicht leicht
Doch wir werden allem widerstehen
Trotz der Hetze und der Lügen
Werden wir auf unserm Weg bestehen
Wir werden immer aufrecht schreiten
Auf dem Weg, der in die Freiheit führt
Wieviele Lügen und auch Haß mußt du bereits ertragen
Gebeutelt und geduckt, doch wir werden den ersten Schritt wagen
Auf dem Weg in eine neue Zeit voller Hoffnung
Für unser Volk
Refr.: Wir werden unsern Weg gehen
Aufrecht und tapfer zu dir stehen
Ja, auch wenn alle Welt uns haßt
Werden wir unsern Weg gehen
Werden wir unsern Weg gehen
Glaubst du noch an Gerechtigkeit und auch, daß alle Menschen sind gleich
Bekennst du dich heut national und glaubst an das deutsche Reich
Dann werden sie dir ihre Härte zeigen
Ob rechtens oder unrecht ist dann scheißegal
Wo Recht zu Unrecht wird, wird der Widerstand zur Pflicht
Sie nutzen ihre Macht voll aus: Ja, sieh in ihr verlogenes Gesicht
Was zählt ist dann nur der Profit
Die Interessen des Volkes werden nie erhört
(Refrain)
Und sind die Zeiten noch so schwer
Da ist es Widerstand
Wenn Hunderttausende gemeinsam marschieren
Verwischt man nicht die Spuren im Sand
Ja, unsere Zeit rückt näher und näher
Spürt ihr's auch, wie das Volk erwacht
(2x Refrain)“ (S 2).

An dem oben zitierten Song ist auffällig, daß die Texter bzw. Sänger sich hier den gleichen Effekt zunutze machen, der auch in anderen rechtsradikalen Medientexten bereits verstärkt nachgewiesen worden ist (Kap. 3), indem sie in eine sie-wir-Dualität aufteilen, der wir-Rolle die Opferposition und der sie-Rolle die Täterposition zuteilen, wobei das *Volk* im „wir“ enthalten ist und somit der Eindruck erzeugt wird, eine Minderheit (sie) würde eine Mehrheit (wir) unterdrücken. Dies verblüfft im besonderen, da der rechtsradikale Personenkreis in der deutschen Gesellschaft als Minderheit auftritt. Der gleiche Effekt ist bei dem Lied „Stolz“ der Gruppe *Endstufe* zu beobachten, denn dort wird *korrupten Politikern* und *linken Söhnen kommunistischer Väter* sowie *Bonzenschweinen und Volksverrättern* erklärt:

„Eure Lügen nehm' ich nicht länger hin
Denn ich bin stolz, daß ich ein Deutscher bin“

und im folgenden angedroht:

„Wir treten in eure fetten Ärsche rein
Wir nehmen die Zügel in unsere Hand.“ (S 4)

Insofern verquicken sich Haßlieder mit anderen inhaltlichen Schwerpunkten rechtsradikalen Liedgutes. Im übrigen wird auch Mitgliedern der eigenen Reihen gedroht, insofern sie die Homogenität durchbrechen und nicht in allen Aspekten gleiche Meinungen vertreten bzw. sich kleiden und geben wie ihre Szene-Kollegen. Der Angriff des Liedes „Wir kriegen euch alle“ der Gruppe *Endstufe* richtet sich ebenfalls an *Mode-Skins*, hinter deren äußerem Erscheinungsbild sich keine politische Einstellung verbirgt:

„Habt ihr schon den Spalter der Szene gesehen
An jeder Straßenecke seh´ ich sie stehen
Haben `nen geilen Scharf auf Negerkraut
und hetzen Glatzen gegen Glatzen auf
Hängen mit asozialen Elementen rum
Und wenn sie echte Skinheads sehen
Schauen sie nur dumm
Wir kriegen euch alle
Die Spaltung der Szene treiben sie voran
Die Möchtegerns im Modewahn
Vor einem Jahr waren sie noch Hippiefrazzen
Und heute machen sie einen auf Oberglatzen
Ärger mit irgenwelchen Leuten haben sie keinen
Denn sie verstehen es, sich überall einzuschleimen
Wir kriegen euch alle
Wir kriegen euch alle
Ständig redet ihr rum, doch der Groschen fällt nicht
Daß ihr keine Ahnung habt
Hört man, wenn man mit euch spricht
Skinhead ist und bleibt unser Leben
Da könnt ihr noch so lange nach streben
Verpißt euch, solltet schon längst abgehängt sein
Wir kriegen euch alle
Wir kriegen euch alle“ (S 4).

Im Gegensatz zu den anderen hier analysierten Gruppen versteht sich die Band *Endstufe* ausschließlich als rechtsradikale Skinheadgruppe, wie an diesem Lied ersichtlich wird.

Als Beispiel für ein gewaltförderndes Haßlied kann „Straßenschlacht“; ebenfalls von dieser Band, angeführt werden:

„... Straßenkampf ist ein Riesenspaß
Bullis fliegen, Straßen brennen
Straßenkampf, Knüppel und TS-Gas
grölende Skins, Punk sieh´ dein Ende
Refr. (4x) Heute wird Rabbatz gemacht
Wir machen heut´ne Straßenschlacht
Straßenkampf ist heute angesagt

Steine fliegen, Fenster krachen
Straßenkampf, da wird nicht lang´ gefragt
nebenbei ´n paar Leute plattmachen
Straßenkampf in allen Gassen
Blutige Schädel, klaffende Wunden
Straßenkampf, die Bullen können nicht alle fassen ...“ (S 4).

Die heldengleiche und märtyrerhafte Verehrung der Skinheads findet bei *Endstufe* ihren Höhepunkt in einem Liebeslied, in dem zwei junge Damen das Lied „Skinhead, du bist wunderbar“ anstimmen. Darin werden die äußeren Merkmale der Subkultur wie kurze Haare, schwarze DocMartens-Schuhe etc. als außerordentlich gutaussehend und begehrenswert dargestellt, der einzelne Skinhead als stramm, stark, ehrlich und sehr verlässlich (S 4). Es wird also ein identifikationsstiftendes Bild gezeichnet, das aus ausschließlich positiven Assoziationen bzw. Eigenschaften besteht. Bei diesem Song dürfte der Gesinnungsbeistand und das identifikationsstiftende Moment im Vergleich zum Liebesliedcharakter im Vordergrund stehen, da die grundsätzliche Haltung zu Frauen als Lebenspartnern bei dieser Band außerordentlich diskriminierend ist, wie an dem Lied „Nie ´ne Alte“ zu erkennen ist, in welchem die Band sich ausschließlich mit den Begriffen *Alte*, *Spalte* und *Nutte* auf Frauen bezieht und es ansonsten um den *Suff* und die *Beule in der Hose* geht (S 4).

Bezüglich der Einwanderungsproblematik wird eine ähnliche Strategie wie in den in Kap. 3 analysierten Medientexten angewandt; die Themen Innere Sicherheit und Einwanderung werden unauflöslich miteinander verbunden. Ein Lied der Gruppe *Kraftschlag* nimmt gar bereits im Titel Bezug auf einen früheren Wahlslogan der REPUBLIKANER:

„DAS BOOT IST VOLL
Sie kommen bei Nacht und Nebel, sie kommen aus aller Welt
Aus aller Herren Länder und ihr Motiv ist Geld
Sie überwinden alle Grenzen, auch der Stacheldraht und Zaun
Nach Deutschland ins gelobte Land zu kommen, ist ihr Traum,
ihr Traum, ihr Traum, ihr Traum
Refr.. Hat man uns je gefragt, ob das so sein soll
Jahrelang die gleichen Sprüche, doch das Boot ist voll
Das Schiff Deutschland beginnt zu schlingern, bald ist es so weit
Das Schiff Deutschland beginnt zu sinken, nur noch eine Frage der Zeit
Wie lange darf man noch behaupten, so kann's nicht weitergehen
Wie lange ist es noch erlaubt, dagegen aufzustehen
Wie lange noch, wie lange noch, bis ihr endlich erkennt
Wann werden wir endlich begreifen, daß unser Haus abbrennt
(Refrain)“ (S 5).

Den Einwanderern werden zweifelhafte Charaktereigenschaften zugeschrieben, denn sie haben es nötig, *bei Nacht und Nebel* ins Land zu kommen, illegal. Allerdings wird diese

Eigenschaft allen Einwanderern zugeschrieben, nicht nur den illegalen. Die Gründe der Einwanderung sind nach *Kraftschlag* auch ausschließlich in finanzieller Motivation zu suchen; Gründe der Bedrohung an Leib und Leben wie für Asylbewerber und Asylanten typisch, sind für sie nicht existent. Es wird durch das Bild des übervollen Bootes Deutschland trotz des weithin bekannten Bevölkerungsrückgangs (Kap. 3.4.1.3) der unzutreffende Eindruck erweckt, die Bundesrepublik leide bereits an einer akuten Überbevölkerung, die durch Zuwanderer nur noch gesteigert würde. Zum Ende des Liedes erfolgt wiederum eine Dichotomisierung in die wir- und die-Kategorien mit den gleichen identifikationsstiftenden Momente wie zuvor geschildert.

Die Gruppe *Sturmwehr* geht in ihrem Lied „Stoppt sie“ bzgl. der Verknüpfung der Ausländer mit der Sicherheitsthematik einige Schritte weiter und erweckt den Eindruck, Ausländer seien grundsätzlich kriminell:

„Wenn die Sonne untergeht in diesem Land
reiben sich Verbrecherbanden ihre Hand
Frauen, die vergewaltigt werden
Mord und Totschlag, die Hölle auf Erden
Refr.: Stoppt sie – raus aus unserem Land
Stoppt sie – raus, raus aus unserem Land
Stoppt sie – raus aus unserem Land
Stoppt sie – raus, raus aus unserem Land
Kinderstrich und Drogentote
Da hilft kein Gesetz und keine Verbote
Aus allen Richtungen strömen sie hinein
Doch wir, wir sagen: Nein
(Refrain, 2x)
An Schulen der Krieg, man rüstet sich auf
Waffen, das Gesetz, man nimmt alles in Kauf
Keiner der dagegen steht
Über Deutschland ein Trauerbanner weht
(Refrain, 2x)

Dieses Lied erzeugt nicht nur das Gefühl, alle Ausländer seien kriminell, sondern vermittelt geradezu die Auffassung, ohne Ausländer gäbe es keine Kriminalität. Somit wird die Verknüpfung der Themen Ausländer und Innere Sicherheit in rechtsradikalen Liedgut eher noch radikaler betrieben als in den in Kap. 3 analysierten Medientexten.

Wie auch beim *Rechtsrock* wird zum *Linksrock* an dieser Stelle lediglich dasjenige Material bearbeitet, das von den Probanden ausdrücklich und mehrheitlich genannt worden ist. Neben diesen, im folgenden dargestellten Songs existiert noch eine Reihe weiteren *Linksrocks*, oft auch deutschsprachig, wie beispielsweise das Lied „Aller Herren Länder“ von *Heinz Rudolf*

Kunze, in welchem die Einwanderungsproblematik bzw. das Bild vom übervollen Boot aufgegriffen wird („Kriegen wir das fertig, ist die Arche voll?“) (S 14) oder der Song „das wüste lebt“ von *pe werner* (S 15), welcher das Erscheinungsbild von Rechtsradikalen thematisiert („Kriegt den Hintern nicht hoch, doch dafür den Arm“). In der Erhebung wurden linksgerichtete Lieder/Texte von den Gruppen *Die Ärzte*, *Die Toten Hosen* und *Freundeskreis* bevorzugt, bei letzteren wurde mehrfach die Veröffentlichung *Quadratur des Kreises* (S 13) angegeben.

In diesem Hiphop-Album werden in dem getragenen Lied „Leg dein Ohr auf die Schiene der Geschichte“ herausragende politische Ereignisse und Vorgänge seit 1973, dem Geburtsjahr des Sängers, thematisiert, wie z.B. das Attentat auf den chilenischen Präsidenten Allende. Im Zusammenhang mit einer Selbstdarstellung als Pro-Asyl-Demonstrant und *Antifa mit Intifadaschal* wird an deutsche Vergangenheit erinnert und so der rote Faden der Nachkriegsvergangenheitsbewältigung fortgesponnen: „Vergiss´ die Toten nicht, vergiss´ die Diktaturdespoten nicht“ (S 13). Im Zusammenhang mit Waffenlieferungen an Kurdistan wird kritisiert: „Nach `nem halben Jahrhundert tötet wieder deutsches Giftgas“ (S 13). Auch der Standpunkt der Band gegenüber rechtsradikaler Agitation wird deutlich, wenn rechtsradikale Politiker als „Brandstifter auf Wählerfang“ bezeichnet werden (S 13).

Musikalisch unterscheiden sich die Veröffentlichungen „Sascha“ von den *Toten Hosen* (S 12) und „Schrei nach Liebe“ von den *Ärzten* (S 11) stark von dem oben zitierten Hiphop-Lied, sie sind eher dem Punk in dessen Mainstream-Ausprägung zuzuordnen und ähneln in vielerlei Hinsicht, z.B. in der Mischform von Hard und Heavy Rock, dem *Rechtsrock*. Inhaltlich beschäftigen sich diese Lieder, ähnlich wie „das wüste lebt“, mit der Darstellung von Erscheinungsbild und Charaktereigenschaften sowie soziologischem Umfeld rechtsradikaler Jugendlicher:

„SASCHA
Der Sascha, der ist arbeitslos
Was macht der ohne Arbeit bloß
Er schneidet sich die Haare ab
Und pinkelt auf ein Judengrab
Zigeunerschnitzel, das schmeckt gut
Auf Sintis hat er eine Wut
Er ißt so gern Cevapcici
Kroaten mochte er noch nie
Refr.1: Der Sascha, der ist Deutscher
Und deutsch sein, das ist schwer
Und so deutsch wie der Sascha
Wird Abdul nimmer mehr (2x)

Zur Beeinflussung von Ideologiebildungsprozessen bei Jugendlichen

Er kennt sogar das Alphabet
Weiß, wo der Führerbunker steht
Dieser Mann, das ist kein Depp
Der Sascha ist ein deutscher REP
Er ist politisch informiert
Und weiß, daß jeder Fremde stört
Und auch sein treuer Schäferhund
Bellt jetzt nicht ohne Grund
Refr.2: Der Sascha, der ist Deutscher
Und deutsch, das ist schwer
Und so deutsch wie der Sascha
Ist man nicht nebenher (2x)
(Pfeif- und Wanderliedmotive)
(Refrain 2)
Refr.3: Ja, der Sascha der ist Deutscher
Und deutsch sein, das ist schwer
Wer so deutsch wie der Sascha ist
Der ist sonst gar nichts mehr
Jetzt läßt er die Sau erst raus
Und geht zum Asylantenhaus
Dort schmeißt er eine Scheibe ein
Denn jeder Neger ist ein Schwein
Dann zündet er die Bude an
Ein jeder tut halt, was er kann
Beim Thema „deutsche Gründlichkeit“
Da weiß er voll Bescheid
(Refrain 3)
Vor gut fünfzig Jahren
Hat's schon einer probiert
Die Sache ging daneben
Sascha hat's nicht kapiert“ (S 12)

Dieser Song nimmt sich auf bitterböse Weise den gängigen Klischees über Rechtsradikale an, um sie dann zu bestätigen. So mutet die Darstellung *Saschas* als REPUBLIKANER, der *kein Depp* sei, wie ein Paradoxon an. Es wird ihm eine mäßige Schulbildung unterstellt sowie auch die eigene Wahrnehmung in einer Opferrolle: *und deutsch sein, das ist schwer* (S 12). Ebenso wird stellvertretend durch *Sascha* der Masse der rechtsradikalen Jugendlichen Inkonsequenz nachgesagt: *Er ißt so gern Cevapcici, Kroaten mochte er noch nie* (S 12). Das Lied beginnt mit deutlicher Kritik an oft in Zeitungen, Zeitschriften und im TV herangezogenen Erklärungen für abweichendes politisches Verhalten; die spöttische Selbstverständlichkeit, mit der auf die Frage, was ein junger Mensch ohne Arbeit bloß machen könne, geantwortet wird, daß er alternativ eben *auf ein Judengrab zu pinkeln* habe – als sei dies eine natürliche und naheliegende Wahlmöglichkeit – offenbart die Ansicht, daß Arbeitslosigkeit für manche Handlungsweise zwar erklärend, nicht jedoch entschuldigend gelten könne. Außerdem wird *Sascha* als Feigling dargestellt, weil er den Schutz seines *treuen Schäferhundes* benötigt.

Die spöttische Darstellung von jugendlichen Rechtsradikalen als feige, dumm, inkonsequent, aus schlechten Verhältnissen und unbelehrbar findet ihre Fortsetzung in „Schrei nach Liebe“ von der Band *Die Ärzte*:

„Du bist wirklich saudumm
Darum geht's dir gut
Haß ist deine Attitüde
Ständig kocht dein Blut
Alles muß man dir erklären
Weil du wirklich gar nichts weißt
Höchstwahrscheinlich nicht einmal
Was „Attitüde“ heißt
Refr.: Seine Gewalt ist nur ein stummer Schrei nach Liebe
Seine Springerstiefel sehnen sich nach Zärtlichkeit
Du hast nie gelernt, dich zu artikulieren
Und deine Eltern hatten niemals für die Zeit –
Arschloch!
Warum hast du Angst vorm Streicheln
Was soll all der Terz
Unterm Lorbeerkranz mit Eicheln
Weiß ich, schlägt ein Herz
Und Romantik ist für dich
Nicht bloß graue Theorie
Zwischen *Störkraft* und den *Onkelz*
Steht `ne *Kuschelrock-LP*
Refr.: Deine Gewalt ist nur ein stummer Schrei nach Liebe
Deine Springerstiefel sehnen sich nach Zärtlichkeit
Du hast nie gelernt, dich zu artikulieren
Und deine Eltern hatten niemals für dich Zeit
Weil du Probleme hast, die keinen interessieren
Weil du Schiß vorm Schmusen hast, bist du ein Faschist
Du mußt deinen Selbsthaß nicht auf andere projizieren
Damit keiner merkt, was für ein lieber Kerl du bist
Refr.: Deine Gewalt ist nur ein stummer Schrei nach Liebe
Deine Springerstiefel sehnen sich nach Zärtlichkeit
Du hast nie gelernt, dich artizukulieren
Und deine Freundin, die hat niemals für dich Zeit –
Arschloch! Arschloch! Arschloch!“

(*Schlagzeug-Solo; Pfeif-Motiv auf Refrain in mehreren Stimmen*) (S 11)

Die sozialpsychologischen Erklärungsansätze für die Ursachen des Rechtsradikalismus (vgl. Neureither, 1996, S. 146 ff.), beispielhaft in der Form mangelnder Aufmerksamkeit seitens des Elternhauses konkretisiert, werden hier ebenso ins Lächerliche gezogen wie das vermeintlich starke bzw. harte Auftreten und Erscheinungsbild von jugendlichen Rechtsradikalen: *Deine Eltern hatten niemals für dich Zeit* und *Zwischen Störkraft und den Onkelz steht `ne Kuschelrock-LP*. Dieser Song ist wegen des Pfeifmotivs im Wanderliedstil nicht nur ebenso spöttisch wie „Sascha“ von den *Toten Hosen*, sondern textlich und musikalisch auch aggressiver. Im Gegensatz zum Rechtsrock im allgemeinen, waren sowohl

„Schrei nach Liebe“ als auch „Sascha“ Ende der 90er Jahre mehrere Woche lang in den sog. Charts der 100 meistverkauften Singles vertreten.

Neben den Rechtsparteien (siehe den Bundesvorstand der NPD, Jens Pühse, der den gleichnamigen Versandhandel betreibt) bietet in jüngerer Zeit auch die PDS politisch motivierende Tonträger an. So wird im Publikationsorgan „Die Ware“ der Jugendorganisation „[solid]“ per Anzeige für einen mit der Unterstützung der PDS produzierten Sampler aus der linken „Independent/Punk/Hardcore-Szene“ geworben; mit diesem Projekt wenden sich die Anbieter „... gegen den zunehmenden Rechtsextremismus unter Jugendlichen“ (M 15, S. 19). Die von der PDS Neuwied im Publikationsorgan der Jugendorganisation „[solid]“ angebotene CD, mit der die PDS sich „... gegen den zunehmenden Rechtsextremismus unter Jugendlichen“ (M 15, S. 19) wenden will, konnte von den Probanden nicht angeführt werden, weil sie erst nach der Umfrage auf den Markt gekommen ist. Auch als zusätzliche Analyse war die CD in diese Arbeit nicht aufzunehmen, da ein andauernder Lieferengpass vorlag (Q 16; Korrespondenz) und das Material daher nicht beschafft werden konnte.

Kapitel 4.2

Bewegungstheoretische Synthese von Identifikationsstiftung und Ideologiebildung durch

„Rechtsrock“ bei Jugendlichen – synthetischer Ansatz

„Weitgehend ignoriert, hat im Laufe des vergangenen Jahrzehnts auch in der Rockmusik, dem heute zentralen Element der Jugendkultur, eine gezielte rechtsextreme Einflußnahme stattgefunden.“ (Aschwanden, 1995, S. 144)

Dieser Sachverhalt war bereits Mitte der 90er Jahre bekannt, wie aus der o.g. Veröffentlichung hervorgeht, ist aber nach wie vor weitgehend ignoriert worden. Die Anzahl der Bands und Konzerte sowie einzelne Zitate aus Songtexten finden sich zwar im jährlichen Verfassungsschutzbericht wieder, eine tiefgehende und breitenwirksame wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema, auf deren Basis präventive Maßnahmen ergriffen werden könnten, läßt allerdings trotz seiner Brisanz noch auf sich warten. Daher soll abschließend auch der Rechtsrock bzw. die rechtsradikale Jugendkultur in den

bewegungstheoretischen Rahmen (Kap. 3.4.2) eingeordnet werden, um dessen Bedeutung klarer vor Augen zu führen.

Stetig steigende Verkaufszahlen der einschlägigen Tonträger, eine wachsende Anzahl vom Bundesamt für Verfassungsschutz registrierter Bands und Konzerte bzw. Online-Veröffentlichungen von Tonträgern in Kombination mit einer wachsenden Anzahl und Qualität von Ausschreitungen sowie sensationellen Erfolgen rechtsradikaler Parteien gerade bei Jungwählern (vgl. Kap. 5.2) legen die Überlegung nahe, daß die zuvor analysierten Tonträger tatsächlich den vermuteten ideologiebildenden Einfluß auf jugendliche Subkulturen ausüben:

„Musik nimmt Lebensgefühle, Sehnsüchte, Wünsche und Ideale auf ... [und, Anm. d. Verf.] gibt sie verstärkt und verstärkend an ihre Hörer zurück.“ (Aschwanden, 1995, S. 147)

Wie dies im einzelnen vor sich geht, läßt sich am besten durch einen Rückgriff auf die Abb. 4, „Theorie zu Entstehung, Ursachen und zum Wachstum von Rechtsradikalismus – ein integratives Modell auf der Basis der Bewegungsforschung“ (Kap. 3.4.2) darstellen.

Die o.g. Ideologiebildungsversuche von rechts bei Jugendlichen setzen auf der Ebene des *Framing* ein: Wie auch in Kap. 3.4.2 geschildert und von den Äußerungen des Mitautors der 13. Shell Jugend Studie, Richard Münchmeier (A 21, S. 38), unterstützt, ist der diagnostische Deutungsrahmen der betreffenden Jugendlichen problemidentifiziert vor allem mit der Angst vor Arbeitslosigkeit bzw. vor Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und Perspektivenlosigkeit, die durch die politische Gelegenheitsstruktur der tatsächlich vorhandenen, erheblichen Jugendarbeitslosigkeit gefördert wird. Aschwanden spricht in diesem Zusammenhang von Modernisierungsschüben, Verdrängungsängsten, Orientierungsbedürfnissen und Perspektiven- und Bindungslosigkeiten (1995, S. 149).

An dieser Stelle setzt der Rechtsrock ein, der „... wo er nicht auf bewußt-kognitive Agitation setzt, sondern längerfristig auf die emotional unbewußten Schichten seiner Hörer zielt, als eine planmäßige Konditionierung zu verstehen“ ist (Aschwanden, 1995, S. 149). Er identifiziert genau diese Probleme und nutzt sie zur Unterbreitung von Identifikationsangeboten: Die identifizierten Probleme werden in (gemeinsame) Gesellschaftskritik umgeformt; es findet eine Wir-Die-Abgrenzung statt, den Rezipienten wird die Möglichkeit geboten, sich in der Opferrolle wahrzunehmen, was ob der kollektiv erfahrenen Handlungssohnmacht und vermeintlichen Ungerechtigkeit u.a. auch ein

Gruppenzugehörigkeitsgefühl erzeugt (s. Kap. 4.1.4.3). Dieses Gemeinschaftsgefühl wird außerdem im sekundären Umfeld des Rechtsrock massiv durch die mit einzelnen jugendlichen Subkulturen verbundene Symbolik (bestimmte Kleidung, Frisur, bestimmte Aufnäher, Fahnen etc.) noch verstärkt. Im Anschluß an diesen Prozeß werden Galeonsfiguren der Bewegung identifiziert, wie etwa der verstorbene Sänger Ian Stuart Donaldson der britischen Band *Skrewdriver*, deren Tonträger im übrigen vorwiegend in Deutschland gut verkauft wurden (Aschwanden, 1995, S. 155).

In diesem identifikationsstiftenden Prozeß werden Problemidentifizierungen mit der Identifizierung von Schuldigen, den Ausländern, verknüpft. Einwanderer fungieren zur Ablenkung von systembedingten Problemen als Sündenböcke (z.B. trifft dies auf die Konkurrenzwahrnehmung auf dem Arbeitsmarkt zu) (Kap. 3.4.1.4.3), dies gilt für Ost und West grundsätzlich gleichermaßen, wobei der Mechanismus dort am besten funktioniert, wo die stärksten Problembedingungen gegeben sind (als Beispiel sei die Jugendarbeitslosigkeit und Wohnungsnot in den 90er Jahren in den fünf neuen Bundesländern angegeben) – im Osten, wo Xenophobie ohnehin eine weit in die DDR-Geschichte zurückreichende Tradition hat, da dort damals die Zuwanderer nicht nur ghettoisiert existierten, sondern auch häufig für Versorgungsengpässe in der Planwirtschaft verantwortlich gemacht wurden (Aschwanden, 1995, S. 88 f.).

Die rechtsradikale Agitation, wie sie in Tonträgern nachgewiesen worden ist, greift an dieser Stelle in die Formung jugendlicher Wahrnehmung und Einstellungspotentials ein und wird darüber hinaus durch eine weitere Bedingung begünstigt: Musik und die dazugehörigen Star-Idole und sekundären Subkulturmerkmale waren seit Beginn der Popularmusik schon immer auch die Möglichkeit der Jungen, sich von den Alten abzugrenzen – man denke an die langen Haare der Hippie-Generation. Aschwanden stellt dazu fest:

„Um zu schocken und Autoritäten zu erschrecken, muß man heute härter, lauter und böser sein“
(Aschwanden, 1995, S. 147)

auch in der Musik, und zwar besonders dann, wenn die Jugendlichen das Bedürfnis haben, sich von der 68er-Generation abzugrenzen (Aschwanden, 1996, S. 147), deren Credo die Toleranz ist und deren Kinder sie sind.

So ist die ideologiebildende, weil identitätsstiftende und aufrüttelnde Bedeutung des Rechtsrock also nahtlos in das unter Kap. 3.4.2 erläuterte bewegungstheoretische Schema

über die Entstehung und das Gedeihen von Rechtsradikalismus einzufügen. Das Binden einflußreicher Persönlichkeiten an die Bewegung ist aufgrund der gesellschaftlichen Außenseiterstellung der Protestbewegung und wegen der subkulturellen Organisation nicht nur der Jugendgruppen, sondern auch der Tonträgervertriebe kaum möglich, bisher auf jeden Fall nicht eingetreten. Allerdings ist mit relativ großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Mobilisierung vorhandener Ängste mittels Rechtsrockgenusses zu Legitimierungsakten rechtsradikaler (gewalttätiger) Ausschreitungen führen werden.

Kapitel 5

Diskussion der Ergebnisse und Einordnung in den Gesamtkontext

Die zusammenfassende Darstellung und Einordnung der erlangten Ergebnisse über rechtsradikale Erscheinungen und Agitation bei den untersuchten Parteien und Gruppierungen wird im folgenden durch die Analyse von Wirkungsmechanismen rechtsradikaler Ideologiebildung ergänzt. Im Anschluß wird die Standhaftigkeit der in Kap. 1.3 aufgestellten Hypothesen geprüft, worauf abschließend ein Ausblick folgt.

Kapitel 5.1

Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen neuen radikalen rechten und etablierten Parteien und Gruppierungen und zusammenfassende Einordnung in den theoretischen Hintergrund Neuer Radikaler Rechter Bewegungen

Sollte der Hang zu rechtsradikalem Denken der untersuchten Parteien und Gruppierungen auf einer Geraden angeordnet werden, auf der von links nach rechts zwischen anti-rechtsradikalem und rechtsradikalem Gedankengut unterschieden werden sollte und die Mitte der Geraden für Neutralität stehen würde, so ergäbe sich folgendes Bild¹:

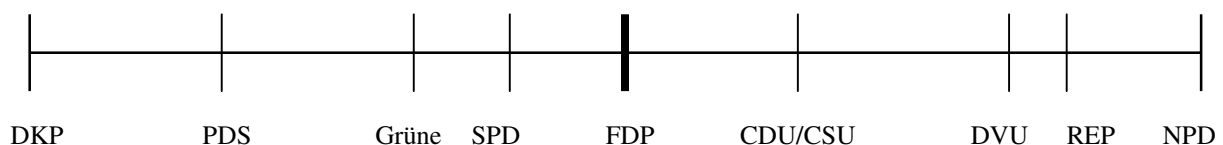


Abb. 13²: Darstellung des Gehalts rechtsradikaler/Neuer Radikaler Rechter Ideologie bei den einzelnen Parteien von links nach rechts

¹ Die folgenden Darstellungen speisen sich aus den Kapiteln 3.4.1.1 bis 3.4.1.3 und 3.5.1. Die DKP, deren Publikationsorgan UZ zuvor schon einmal randlich erwähnt wurde, ist der übersichtlicheren Darstellung wegen mit in die Abbildung aufgenommen worden.

² Die Darstellung ist bewußt auf Zweidimensionalität reduziert worden, um eingangs eine plastische Schematisierung zu schaffen, die im folgenden allerdings differenziert wird.

Grundsätzlich bietet sich zur Einordnung der Parteien und Gruppierungen eine Einteilung nach dem ihren Medientexten zugrundeliegenden Weltbild an.

NPD, REPUBLIKANER und DVU vertreten ein homogenes Staats- und Gesellschaftsbild, das dem Kollektiv den Vorrang vor dem Individuum einräumt. Diese Parteien bemühen sich, eine Massenbewegung zu erzeugen, wie an den Parallelen zu den Mitteln der Ideologiebildung des Nationalsozialismus deutlich zu erkennen war und erheben den (Ausschließlichkeits-)Anspruch, die ‚einzige und reine politische Wahrheit‘ zu verkünden, wobei dies bei der NPD am deutlichsten wird. Weiterhin vertreten sie eine Philosophie, die ihren Machtanspruch rechtfertigt, nämlich eine sozialdarwinistische Homogenitäts bzw. Feindbildphilosophie in Anlehnung an Carl Schmitt, wonach ein Volk sein Überleben nur sichern kann, indem es alles Heterogene, alles den einheitlichen Volkswillen störende aussondert (u.a.: Kap. 2.2.2.5). An der Zielgruppenorientiertheit dieser Parteien wurde außerdem deutlich (Kap. 3.4.1.3), daß sie sich bemühen, ihr politisches Machtsystem in alle gesellschaftlichen Lebensbereiche auszudehnen. Insofern erfüllen diese Parteien charakteristische Strukturmerkmale des Totalitarismus (Kap. 1.1.1.3).

Die NPD vertritt antidemokratische Ordnungsvorstellungen von den analysierten Parteien am deutlichsten, sie distanziert sich am ausgeprägtesten von freiheitlich-demokratischen Werten und wird daher als *neonationalsozialistische* Gruppe betrachtet (Abb. 1, Kap. 1.1.1.2.4). Das 100-Tage-Programm bzw. die Reichsverfassung fügt sich in das hier vertretene Weltbild nahtlos ein. Die Defizitanalyse ergab, daß diese Parteien die Würde des Menschen im Ausschlußprinzip als Würde des Deutschen begreifen. Sie vertreten Schmittsche Homogenitätsideale auf der Basis der Vorstellung von einer Volksgemeinschaft, wie im Vergleich mit dem Programm der NSDAP besonders nachhaltig deutlich wurde. Das geäußerte Frauenbild ist ebenso patriarchalisch wie die Vorstellung von der Nation als einzig überlebensfähiger Staatsform. Dieses Weltbild wurde auch in allen anderen rechtsradikalen Medientexten deutlich. Insofern sind die Erkenntnisse Gessenharters von 1991 noch immer zutreffend, wonach diese Ideologie eindeutig das Kollektiv gegenüber dem Individuum präferiere, allerdings muß der Annahme, sie würde am harschesten von der DVU und am moderatesten von den REPUBLIKANERN vertreten (S. 232; in: SOWI, 1991), nach aktuellem Informationsstand widersprochen werden. Heute ist die DVU die moderateste der

drei Parteien, die ‚rechte Mitte‘ bilden die REPUBLIKANER und als extremste politische Formation ist die NPD zu betrachten, die auch innerhalb des eigenen Lagers als *radikalste rechte Formation* bezeichnet wird (B 29, S. 2; Junge Freiheit). Innerhalb der NPD haben sich im übrigen seit 1996, als der jetzige Bundesvorstand, Udo Voigt, sein Amt antrat, deutliche Umstrukturierungen in qualitativer Hinsicht ereignet. Seither hat eine deutlich aggressivere Agitation im Hinblick auf die Errichtung einer Gegenkultur zur sog. Systemkultur stattgefunden und besonders junge Leute sind als Zielgruppe ausgemacht worden, was z.B. an der Förderung der Partei von regionalen Kameradschaften, ihrer Zusammenarbeit mit der Organisation bzw. dem Netzwerk Blood & Honour und ihrer starken Nutzung neuer Medien, hier der Präsenz im Internet zu erkennen ist (A 24, S. 24; Der Spiegel / J 9; ZDF-Sendung von Fromm/Kraiker; s. Kap. 3.2). Die NPD hat sich in dieser Zeit von einer Altnazihonoratioren-Partei, die mit ihrem revisionistischen Themenschwerpunkt der Alten Rechten zuzuordnen war, in eine junge und höchst aggressive, vor allem im Osten agierende Partei verwandelt, deren Aggressivität zum Beispiel in der Fülle der militärischen Aufmärsche junger Anhänger offenbar geworden ist und die im Unterschied zu DVU und den REPUBLIKANERN größere Kontakte zur gewaltbereiten neuen radikalen rechten und rechtsradikalen Szene unterhält (s. Kontakte zum Netzwerk Blood&Honour³).

Mit Ausnahme der CDU/CSU weisen die etablierten Parteien alle diese Merkmale nicht auf. Sie stehen für ein heterogenes Gesellschaftsbild, das die Achtung der Würde des Menschen zum Hauptinhalt hat. Es existieren, ausgenommen bei der CDU/CSU, keine nennenswerten Ähnlichkeiten zum NSDAP-Programm und auch kein (sozial-) darwinistisches Überlebensdenken, das nach völkischer Ideologie auf eine Nation bzw. ein Volk beschränkt ist. Die Inhalte der Programme und sonstigen Medientexte der FDP, SPD, PDS und von Bündnis 90 / Die Grünen gründen sich auf Individualismus und Toleranz, es existiert keine Defensivhaltung aus Angst vor ‚Überfremdung‘.

³ Die im folgenden genannten Argumentationen werden nicht noch einmal mit Literaturnachweisen belegt, insofern sie die (bereits dort belegten) Erkenntnisse der vorigen Kapitel zusammenfassen bzw. wieder aufgreifen.

Die Union allerdings weist in ihrem Umgang mit dem vermeintlichen Bundesland Niederschlesien und ihrer Tendenz, das Kollektiv im Verhältnis zum Individuum sehr stark zu betonen, eine vergleichsweise völkische Weltsicht auf. Sie zeigt eine defensive Haltung, wie u.a. an der konsequenten thematischen Verknüpfung der Themen *Innere Sicherheit* und *Ausland/Asyl* in vielen Medientextsorten zu erkennen ist. Ihr Weltbild ist nur oberflächlich von heterogener Natur, bei näherem Hinsehen entpuppt es sich als eines „aus Angst und Abwehr“ (B 35; die tageszeitung), das die Bedeutung des Kollektivs als *Schutz- und Schicksalsgemeinschaft* (Schäuble in: Feindt/Fröchling, 1994, S. 148) zumindest stärker bewertet als andere Regierungsparteien, wenn nicht gar in mancherlei Aspekten der Bedeutung des Individuums voranstellt, wie an der homogenen Wahrnehmung der Partei von Ausländern als kollektiver Bedrohung ihrer Volksgemeinschaft deutlich geworden ist.

Eine Zielgruppenorientiertheit von so präziser Planung und Durchführung wie bei den Rechtsparteien existiert, mit Ausnahme der PDS, bei den etablierten Parteien nicht. Genau abgegrenzte und präzise angesprochene einzelne Personen- bzw. potentielle Wählergruppen sind lediglich von der PDS identifiziert worden. Dies trifft z.B. auf Jugendliche und BürgerInnen der neuen Bundesländer zu.

Die PDS spricht schon deshalb Jugendliche stärker an als andere Parteien, weil sie die jüngste der etablierten Parteien ist. Sie hat noch keine festgefahrenen Strukturen, weil sie erst seit Anfang der 90er Jahre existiert, während die Anfang der 80er Jahre gegründete, damals typische Jugendpartei Die Grünen inzwischen fest institutionalisiert ist und nicht mehr die gleichen Spielräume bietet. Darüber hinaus bietet die PDS mit ihrem thematischen Schwerpunkt Anti-Rechtsradikalismus einen Kontrapunkt zu neuen radikalen rechten Parteien und Gruppierungen, während Bündnis 90 / Die Grünen mit der Drogenproblematik und dem Natur- und Umweltschutz nach wie vor die Schwerpunktthemen der 80er Jahre priorisieren, und das angesichts der Tatsache, daß das Thema Umwelt / Natur bei Jugendlichen nur noch einen marginalen Stellenwert hat (Kap. 4.1.3, Abb. 4). Das zentralere Thema unter Jugendlichen ist heute die politische Gesinnung, die Zuordnung nach rechts oder links, die Identifikation als *Glatze* oder *Zecke*.

Der Versuch zur Beeinflussung von Ideologiebildungsprozessen bei Jugendlichen wird vor allem von neuen radikalen rechten Vereinigungen strikt, zielgenau und konsequent betrieben. Während die Jugendlichen von den traditionellen Regierungsparteien überhaupt nur in minderer Bedeutung als Zielgruppe ausgemacht werden und für die politische Orientierung an der Mitte erst gar keine jugendliche Subkultur vorhanden ist, gehen von den beiden extremeren Enden der oben abgebildeten Geraden nachhaltige Impulse auf Jugendliche aus. Die PDS versucht, mit speziellen Seiten im Internet, einer intensiven Plakatierungskampagne und Gelegenheiten zur Diskussion sowie neuerdings auch mittels Tonträgerangebot Jugendliche zu erreichen und für sich zu begeistern. Wesentlich ausgeprägter ist die Agitation jedoch bei NPD, REPUBLIKANERN und DVU, die mit Plakaten, Flugblättern, Aufklebern, einem quantitativ vergleichsweise sehr großen Angebot im Internet mit chat rooms, Computerspielen, Büchern, Tonträgern etc. und über Umwege über das Neue Radikale Rechte Netzwerk *Blood & Honour* mit Konzerten an die Jugendlichen herantritt sowie außerdem die Bildung von *Kameradschaften* als gewissermaßen nicht eingetragene Vereine bzw. Treffpunkte national gesinnter Jugendlicher und von *national befreiten Zonen* fördert. Letztere müssen nach Udo Voigt, Bundesvorsitzender der NPD, zunehmend als „Keimzellen des neuen radikalen rechten Widerstandes“ gegründet werden (J 9; ZDF-Sendung von Fromm/Kraiker)⁴. Treffpunkte für Neue Radikale Rechte Jugendliche werden auch durch die gezielte Unterwanderung von Jugendclubs geschaffen, bei der NPD-Kader unterstützend behilflich sind, indem sie Geld anbieten (A 22, S. 76; Der Spiegel / A 17, S. 44; der stern). In den sog. national befreiten Zonen, die überwiegend im Osten existent sind, beherrschen Neue Radikale Rechte „... Orte und Plätze, infizieren mit ihren Parolen und Taten schon die Kinder, werden für sie zu Idolen“ (A 17, S. 48) während die Erwachsenen diese Vorgänge entweder stillschweigend tolerieren oder sich aus Angst vor Repressalien und Gewalt nicht zur Wehr zu setzen trauen, wie 1998 in Wolgast und auf der Insel Usedom (J 7), als rechtsradikale, jugendliche Banden dort zunehmend ihre Ideologie auf lokaler Ebene implementierten und so sog. national befreite Zonen schufen.

⁴ Hiermit sind Gebiete gemeint, in denen Rechtsradikale unbehelligt ihr Weltbild verwirklichen können, die also von allem als unwert Erachteten gesäubert worden sind.

Besonders „Blood and Honour bietet der NPD zudem ein ideales Revier, um Nachwuchs zu rekrutieren“ (A 24, S. 24). Die politisch motivierte Musik ist als *Einstiegsdroge* für Neue Radikale Rechte Gesinnung bei Jugendlichen zu begreifen (A 24, S. 27; B 32, S. 4). Sie erfährt nicht nur jugendliches Lebensgefühl und das Hauptmedium ihres Ausdrucks, die Musik, sondern bindet auch ein in Gruppen und Gruppendynamiken. Dies erkannte nicht nur der Mitbegründer von *Blood & Honour* und ehem. *Skrewdriver*-Sänger Ian Stuart Donaldson:

„Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näher zu bringen, besser als jede politische Veranstaltung.“ (B 32; die tageszeitung)

sondern auch William Pierce, der Vorsitzende der rechtsradikalen US-Organisation National Alliance, die mit dem Ziel der Ideologiebildung unter Jugendlichen in das einschlägige Musikgeschäft eingestiegen ist (J 9; ZDF-Sendung von Fromm/Kraiker) und Kontakte zur NPD unterhält:

„Ich denke, dass Musik besonders bei jungen Leuten ein effektives Mittel ist, um sie zu beeinflussen.“ (Q 8; Homepage der Frankfurter Rundschau)

Schon Michael Kühnen, ehem. und inzwischen verstorbener Kopf der mittlerweile verbotenen Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF), hatte 1993 freimütig verkündet:

„Das Geheimnis unseres Erfolges ist der Einsatz von Massenmedien.“ (B 34; FAZ)

Die Erfolge dieser Versuche zur Ideologiebildung unter Jugendlichen von rechts werden in Kap. 5.2 näher beschrieben.

Im Rückgriff auf die Abb. 4 zur Entstehung und zum Wachstum von Rechtsradikalismus auf der Basis der Bewegungsforschung (Kap. 3.4.2) und die Erkenntnisse zur besonderen Rolle von Jugendlichen in der Einordnung in bewegungstheoretische Dynamik (Kap. 4.2) ergibt sich folgendes, hier gekürzt wiedergegebenes Bild:

Das diagnostische Deutungsmuster des Framingansatzes veranschaulicht die Problemidentifizierung in der Öffentlichkeit, bei Jugendlichen ist dies konkret der *Rechtsrock*, der Themen wie Arbeitslosigkeit und Zuwanderung aufgreift, während bei Erwachsenen traditionellere Medien im Vordergrund stehen. Die Identifikation von Schuldigen für die vermeintlichen politischen Mißstände erfolgt mittels der gleichen Medien. Macht ein

Rezipient eher das System als sich selbst für die von ihm wahrgenommenen Probleme verantwortlich, ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß er durch Partizipation (Beitritt einer Partei, Teilnahme an Demonstrationen oder Gesprächszirkeln, gewalttätigte Ausschreitungen etc., jegliches öffentliches Kundtun seiner Meinung) den Mißstand zu bekämpfen gedenkt. Die Schuld im System zu suchen und dagegen aufzubegehren, der Wunsch nach Rebellion ist bei Jugendlichen wesensimmanent, weswegen sie an dieser Stelle des Prozesses besonders anfällig für (rechtsradikale) Agitation sind. Der Collective Identity-Ansatz, der die Abgrenzung *wir-die* zum Inhalt hat, macht dann durch die von den *Bewegungseliten* erstellten Motivationsstrategien (wie in der Analyse der Medientexte aufgezeigt) die Rekrutierung von Interessierten als *Basisaktivisten* erkennbar, die zu diesem Zeitpunkt schon keine Schwierigkeiten mit dem negativen Image ihrer Gesinnung in der Öffentlichkeit mehr haben, weil sie sich aufgrund gelungener Identitätsbildung der *Bewegungseliten* als Märtyrer im Kampf für Deutschlands Überleben betrachten. Diese gelungene Identitätsbildung findet ihr Fundament in der Gruppenidentität, wie sie sich kurzfristig z.B. auf Konzerten und Demonstrationen bildet und langfristig in Vereinen, Parteien und Kameradschaften etc. hält. Gruppenbildung unter Jugendlichen zur schlußendlichen Erreichung der o.g. national befreiten Zonen wurde Anfang der 90er Jahre von führenden Köpfen des Nationaldemokratischen Hochschulbundes wie folgt beschrieben und in den Folgejahren umgesetzt:

„Mit rechten Buchläden, Jugendklubs, Tattoo-Studios, Reiseagenturen und ähnlichem soll in einem Gebiet die kulturelle Hegemonie erreicht werden. 1999 forderte Jürgen Schwab in der NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme*, man müsse jungen Menschen den Nationalsozialismus als ‚ein spannendes Erlebnis oder Abenteuer‘ verkaufen.“ (B 32, S. 4; die tageszeitung)

Wo junge Leute sich als *Basisaktivisten* rekrutieren lassen, ist diese Strategie aufgegangen.

Sodann entscheiden die Political Opportunity Structures nach zwei Kriterien über die Überlebens- bzw. Wachstumswahrscheinlichkeit der Bewegung. Die vorgegebenen Strukturen, in denen sie gedeihen kann, erscheinen kaum von ihr beeinflusbar – öffentliche Fördergelder beispielsweise sind entweder vorhanden oder nicht. Tatsächlich werden sie in Subkulturen von Basisaktivisten zunehmend selbst beschafft, indem neoradikalrechte Jugendliche z.B. von ABM-Kräften geleitete Jugendzentren unterwandern, sie so von nicht

neuradikalrechten jungen Leuten befreien und für sich als national befreiten Raum erobern, in welchem wiederum geworben, ideologisiert und rekrutiert werden kann. Das ausschlaggebendere Kriterium bei den nicht beeinflussbaren Strukturen ist jedoch die arbeitsmarktpolitische Lage: Sind viele Menschen arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht, ist tendentiell eine ausgeprägtere Neigung in der Bevölkerung beobachtbar, Zuwanderer als bedrohliche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und damit als Konkurrenz für die eigene Zukunft wahrzunehmen, woraus sich eine größere Anfälligkeit für ausländerfeindliche und damit rechtsradikale Ideologie ergibt. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß die Mitgliederentwicklung der Rechtsparteien und die Anzahl rechtsextremistischer Straftaten 1999 erstmals seit langem tendentiell leicht rückläufig waren, da sich 1999 ein wirtschaftlicher Aufschwung abzuzeichnen begann (O 23; Tagesschau online) und sich die Hoffnung verbreitete, dies werde sich in absehbarer Zeit auf den Arbeitsmarkt positiv auswirken. Beeinflussbare Strukturen sind ebenfalls vorhanden und diese Strukturen werden von Rechtsparteien und –gruppierungen auch rege genutzt, wie der zunehmende Erfolg bei der Schaffung einer Gegenkultur beweist (Kap. 3.1 bis 3.3 und besonders Kap. 4.1.2 bis 4.1.4). In diesem Rahmen ist es außerdem für die Bewegung von Vorteil, finanzstarke Personen wie den Multimillionär und DVU-Chef, Dr. Gerhard Frey, im eigenen Lager zu wissen. Für die Gesamtbewegung fehlt es zwar noch an einer charismatischen Führerfigur, die sehr stark unterstützend wirken würde, für den jugendlichen Teil der Bewegung sind in den vergangenen Jahren aus dem Rechtsrock allerdings manche Ikonen oder Rockstars erwachsen, die wiederum die Identifikation mit der Bewegung stärken und für neu zu rekrutierende *Basisaktivisten* attraktiv machen.

Der Kern dieses Modells zur Erforschung Neue Radikale Rechter Bewegungen findet seinen Ausdruck in dem in Kap. 2.3.4 eingeführten Ausspruch Samuel Huntingtons, der für diese Arbeit von zentraler Bedeutung ist:

„Wir wissen, wer wir sind, wenn wir wissen, wer wir nicht sind und gegen wen wir sind.“

Kapitel 5.2

Zusammenfassende Überlegungen zu Wirkungsmechanismen der beschriebenen Agitationsweisen rechtsradikaler Parteien und Gruppierungen

Im folgenden wird anhand von Entwicklungen der Mitgliederzahlen Neuer Radikaler Rechter Vereinigungen, der Auflagenstärke ihrer Publikationsorgane, der Entwicklung rechtsradikaler Straftaten und Trends im Wählerverhalten der zweiten Hälfte der 90er Jahre beleuchtet, inwiefern rechtsradikale Agitation Wirkung zeigt. Den besonderen Schwerpunkt bildet auch hier das Verhalten der Jugendszenen.

Die Mitgliederentwicklungen der Parteien DIE REPUBLIKANER, DVU und NPD sowie deren Jugendorganisation JN, die im neuen radikalen rechten Umfeld die einzige nennenswerte parteiliche Jugendorganisation darstellt, sprechen für sich, wie aus Tab. 4 hervorgeht:

Tabelle 4: Entwicklungen der Mitgliederzahlen der neuen radikalen rechten Parteien von 1994 bis 1999⁵

	1994	1995	1996	1997	1998	1999
REP	20.000	16.000	15.000	15.500	15.000	14.000
DVU	20.000	15.000	15.000	15.000	18.000	17.000
NPD	4.500	4.000	3.500	4.300	6.000	6.000
JN	150	150	200	350	400	350

DIE REPUBLIKANER weisen eine eindeutig rückläufige Mitgliederentwicklung auf während die DVU ihre anfängliche sinkende Mitgliederzahl wieder etwas ausgleichen konnte. Die in den neuen Bundesländern sehr aktive NPD hat seit 1994, mit einem zwischenzeitig kurzfristig negativen Trend, einen prozentualen Zulauf von 25% erfahren, wobei ein Drittel ihrer Mitglieder BürgerInnen der neuen Bundesländer sind, allein 1.000 davon aus Sachsen (J 11). Die Jugendorganisation der NPD gedeiht in starkem Ausmaß, der JN ist es sei 1994 gelungen, ihren Mitgliederbestand mehr als zu verdoppeln. Es ist den neuen radikalen rechten Parteien also nur bedingt gelungen, Erwachsene für sich zu interessieren, aber mit Nachdruck ist es

⁵ Die Daten basieren auf den Angaben in den Verfassungsschutzberichten 1995 bis 1999.

geglückt, Jugendliche an sich zu binden, wobei bedacht werden muß, daß die o.g. absoluten Zahlen als Indikator gewertet werden müssen, da jugendliche Parteimitglieder als Multiplikatoren in den einzelnen, regionalen Gruppen gelten können.

Bezüglich der Auflagenstärken können in Abhängigkeit von der Regelmäßigkeit ihres Erscheinens nur bestimmte Medientextsorten betrachtet werden (hier entfällt z.B. die traditionelle Wahlwerbung für einen regelmäßigen Vergleich). Für einen Trend bei den Printmedien sind exemplarisch die vier größten herausgegriffen worden; in Tab. 5 wird die Entwicklung der Auflagenstärken der inzwischen zusammen geführten Deutschen National- und Deutschen Wochen-Zeitung (DNZ/DWZ), des Magazins *Nation&Europa* sowie des neurechten Intellektuellenorgans *Junge Freiheit* dargestellt⁶:

Tabelle 5: Tendentielle Entwicklung der Auflagenstärken der vier größten neuen radikalen rechten Zeitungen bzw. Zeitschriften (Quellen Q1-3 und Q14-15)

	1991	1992	1994	1999/2000
DNZ/DWZ	136.000	-	155.000	140.000
Nation&Europa	15.000	15.000	15.000	15.000
Junge Freiheit	25.000	35.000	70.000	80.000

Die auflagenstärkste Publikation, *DNZ/DWZ* hat in den vergangenen Jahren leicht an Popularität verloren. Das rechtsradikale Traditionsmagazin hält seit Jahren seine Auflage, von der sich traditionell 12.000 Stück bzw. 80% im Abonnement befinden. Nach einer Leserumfrage des Verlages von 1998 gehörten etwa ein Viertel aller Leser der Altersgruppe bis 39 Jahre an, der Anteil der Schüler, Studenten und Wehr- und Zivildienstleistenden an den Abonnenten macht ca. 15% aus (Q 3; Korrespondenz). Weder der *Buchdienst Nation&Europa* (Q 14; Korrespondenz) noch die *Junge Freiheit Verlag GmbH* (Q 15; Korrespondenz) verfügen nach eigenen Auskünften über Statistiken betreffs die Verteilung

⁶ Aufgrund der Schwierigkeit, verlässliche Zahlen einzuholen, sind nicht alle jeweiligen Jahresentwicklungen dargestellt, die genannten reichen allerdings zur Vermittlung einer Tendenz aus. Die Daten entstammen dem jeweiligen Impressum, einem Briefwechsel mit dem Media-Daten-Verlag (Q 1) und randlich der Sekundärliteratur (Wagner, 1994; Pfahl-Traugher, 1989; Bundesministerium des Innern, 1996-2000).

ihrer Publikationen auf die neuen und die alten Bundesländer. Das neurechte, erst 1986 gegründete und gezielt, wenn auch nicht Jugendliche, so doch eher junge Leute ansprechende, Intellektuellen-Blatt *Junge Freiheit* hat seine Auflage vervielfachen können.

Die am stärksten gedeihende, geradezu boomende Branche des rechtsradikalen Devotionalienmarktes ist der Tonträgervertrieb. In einem Briefwechsel mit dem Nation&Europa-Chef, Harald Neubauer, kommt dieser zu dem Schluß, „daß der Absatz jugendspezifischer ‚rechter‘ CD`s und sonstiger Tonträger deutlich zunimmt“ (Q 3; Korrespondenz). Seit 1991 sind allein von deutschen Händlern – und über das Internet sind per Mausklick von überall her, z.B. aus Dänemark und den USA, Tonträger beziehbar – ca. 1,5 Mio. CDs in Deutschland umgesetzt worden, wobei hier der Konzertvertrieb von Tonträgern und die Mengen erfahrungsgemäß sich in Umlauf befindender privater Raubkopien sowie die aus dem Internet per MP3 heruntergeladenen Kopien in diese Zahl nicht einbezogen sind. Wegen der von ihm transportierten Inhalte hat sich der Rechtsrock nicht nur zu einem Umsatzschlager, sondern „... zur wichtigsten neonazistischen Organisationsstruktur in Deutschland entwickelt“ (B 32, S. 4; die tageszeitung).

Nach allgemeiner Auffassung im wissenschaftlichen Diskurs zum Thema ist der Weg von zur Gewalt aufrufendem Rechtsrock zu tatsächlich begangenen Straftaten nicht weit:

„Also, Gewalt ist in allen Texten und den Musikstücken, die über diese Homepages heruntergeladen werden können, sehr präsent. Sie ist sozusagen dominierend oder kennzeichnend für diese Beiträge. Die Gewalt richtet sich gegen Ausländer, gegen jeden.“ (Friedemann Schindler von ‚jugendschutz.net‘; J 9; ZDF-Sendung von Fromm/Kraiker)

Wie in Kap. 4.1.3 herausgearbeitet wurde, richten sich die Gewaltaufrufe durchaus nicht gegen jeden, wohl aber gegen Ausländer, Juden, überhaupt Fremde und weiterhin gegen solche, die die eigene Gesinnung nicht vertreten, also gegen die dort so bezeichneten *Mode-Skins* und gegen politisch links orientierte Jugendliche, sog. *Zecken*.

Selbst das Bundesministerium des Innern hat in seinem Verfassungsschutzbericht von 1997 keinen Zweifel daran, daß *Rechtsrock* die Gewaltbereitschaft fördert:

„Auch der Aufwärtstrend der Skinhead-Musikszene und ihre zunehmend aggressiven, teils rassistischen Liedtexte dürfte mitursächlich für den Anstieg der Gewalttaten sein.“ (S. 74 f.)

Die Verbreitung rechtsradikaler Ideen mittels der neuen Medien ist auf eine so massive Weise wirksam, „... dass keine Aufträge zu Straftaten mehr erteilt werden müssen, die Szene heizt sich von allein auf“ (A 24, S. 25; Der Spiegel).

Die im folgenden dargestellte Entwicklung von „Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischen Hintergrund“ basiert auf dem Datenmaterial der Verfassungsschutzberichte von 1995 bis 1999, weswegen hinter den unten vorgestellten Zahlen eine hohe Dunkelziffer zu vermuten ist. Mit Wagner (Q 4; Korrespondenz) wird angenommen, daß die tatsächlichen Zahlen um ein Vielfaches höher liegen; zur Begründung sei beispielhaft erwähnt, daß die tödlich verlaufene Jagd rechtsradikaler Heranwachsender auf einen Ausländer in Guben (13.02.1999) nicht in die Statistik aufgenommen worden ist. Doch selbst ohne die Einbeziehung einer Dunkelziffer sprechen die Daten eine eindeutige Sprache, wie in Tab. 6 deutlich wird:

Tabelle 6: Entwicklung der Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischen Hintergrund von 1986 bis 1999

Jahr	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Anzahl	1.281	1.447	1.607	1.853	1.848	3.884	7.684	10.561	7.952	7.896	8.730	11.719	11.049	10.037

Bis zur Wiedervereinigung 1989/1990 ist eine geringfügig steigende Tendenz an rechtsextremistischen Straftaten zu erkennen. Beginnend mit der Wende ereignete sich eine Vervielfachung um beinahe das Sechsfache, bevor die Zahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund 1994 merklich sank. Es ist anzunehmen, daß die damals gute wirtschaftliche Lage Konkurrenz- und Überfremdungsängste nicht im gleichen Maße gefördert hat wie die dann einsetzende Rezessionsphase, die, zumindest in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht (mit Ausnahme der IT-Branche), in beiden Teilen Deutschlands bis 1999 anhielt, in den neuen Bundesländern allerdings wesentlich stärker ausgeprägt war. Auffällig ist, daß die Zahl dieser Straftaten von 1986 bis 1993 -- und zwar besonders seit dem Mauerfall -- sowie zwischen 1994 und 1998 stetig stieg. Die leicht sinkende Tendenz 1999 ist wahrscheinlich der zunehmend um sich greifenden Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung sowie der steigenden Präsenz speziell auf den Rechtsradikalismus zugeschnittener polizeilicher Einsatzkommandos wie z.B. MAEX in

Mecklenburg-Vorpommern, evtl. aber auch dem etwas instabilen Datenmaterial der Verfassungsschutzberichte zuzuschreiben. Abschließend bleibt die Gewißheit, daß die Anzahl von rechtsradikalen Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland sich auf einem zuvor ungekannten, sehr hohen Niveau bewegt und die Qualität von rechtsextremistischen Gewalttaten gestiegen ist (Kap. 4, Einführung)

Die meisten dieser Straftaten ereignen sich in traditionell im einwohnerstärksten Bundesland Deutschlands, in Nordrhein-Westfalen. Der Verfassungsschutzbericht 1999 stellt jedoch klar:

„Setzt man die Zahl der Gewalttaten mit der hohen Einwohnerzahl in Beziehung ... ist nach wie vor ein deutlicher Schwerpunkt in den östlichen Ländern festzustellen. Im Durchschnitt wurden dort 2,19 Gewalttaten je 100.000 Einwohner registriert, in den westlichen Ländern 0,68.“
(Bundesministerium des Innern; 2000, S. 21)

Seit 1996 werden die vordersten Plätze der Rangliste der Bundesländer mit dem höchsten Aufkommen an rechtsextremistischen Straftaten pro 100.000 Einwohner geschlossen von den neuen Bundesländer – 1998 und 1999 war auch Berlin darunter – belegt, wobei Mecklenburg-Vorpommern 1995 noch an der Spitze stand und in den Jahren danach den zweiten Platz bekleidete. 1998 löste Sachsen-Anhalt das Land Brandenburg an der Spitze dieser Liste ab. Während 45% der ostdeutschen Bevölkerung der Auffassung ist, daß in Deutschland zu viele Ausländer leben und sie soziale Probleme verschärfen (37%) (Q 4; Korrespondenz mit Bernd Wagner), leben in den neuen Bundesländern aber nur sehr wenig Ausländer – sie machen, je nach Bundesland, zwischen 1% und 2% der Gesamtbevölkerung der betroffenen Länder aus. Aus eigener Erfahrung können diese Einstellungen also nicht gewonnen worden sein. Dieser Sachverhalt läßt darauf schließen, daß die verstärkte Agitation von rechtsradikalen Parteien und sonstigen rechtsradikalen Gruppierungen in den neuen Bundesländer auch verstärkte Wirkung bzgl. der Straftaten mit rechtsextremistischem oder zu vermutenden rechtsextremistischem Hintergrund zeigt.

Auch die gezielte Agitation bei Jugendlichen zeigt Wirkung, wie an der Abb. 13 zur „Altersstruktur der Tatverdächtigen bei rechtsextremistischen Gewalttaten 1997“ (N 2; Verfassungsschutz Online) zu erkennen ist.

Etwa zwei Drittel aller Tatverdächtigen waren 1997 Jugendliche und Heranwachsende, darüber hinaus sind fast 95% aller Verdächtigen nicht älter als 30 Jahre gewesen. Daten von anderen, umliegenden Jahren weisen ähnliche Strukturen auf.

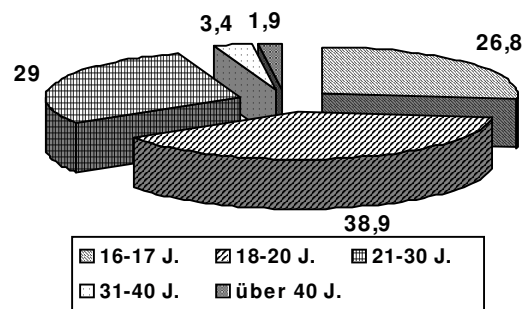


Abbildung 13: Altersstruktur der Tatverdächtigen bei rechtsextremen Gewalttaten (in Prozent) 1997 (Quelle: N2; Verfassungsschutz online)

Bei einer näheren Betrachtung des rechtsradikalen Wählerpotentials ist zunächst festzuhalten, daß eine idealtypische Einteilung in Protest- und Überzeugungswähler realitätsfern ist (Neureiter, 1996, S. 62). Ein Protestwähler kann idealtypisch nicht existieren, weil es ein Mindestmaß an Überzeugung braucht, um dem stark negativ besetzten, stigmatisierten Image des klassischen rechtsradikalen Parteienangebots auch nur vorübergehend zu erliegen. Ein Überzeugungswähler dagegen ist immer zugleich auch Protestwähler, da er sich mit seiner Wahl einer Rechtspartei gegen das derzeitige politische System der BRD ausspricht und sein völkisches Gedankengut in revolutionärem, also protestmotiviertem Kontrast zur freiheitlich-demokratischen Basis der Regierungsparteien steht. Die Annahme Neureiters, der typische Wähler einer Rechtspartei müsse zum einen politikverdrossen sein und zum anderen ein rechtsradikales Weltbild haben (1996, S. 68) wird mit der Ergänzung übernommen, daß unter „Politikverdrossenheit“ hier die Verdrossenheit von der Politik der Regierungsparteien gemeint ist. Demnach muß in Anlehnung an Untersuchungen von 1993 und 1994 davon ausgegangen werden, daß in der Bevölkerung ein Potential von max. 15% -- 5% werden bei Neureiter als *harter Kern* bezeichnet -- von Menschen gegeben ist, die über ein gefestigtes rechtsradikales Weltbild verfügen (Neureiter, 1996, S. 68).

Wegen der Zerstrittenheit der Rechtsparteien unter sich und dem Mangel einer charismatischen Führerfigur haben diese Parteien bisher nur vereinzelt den Weg an die Regierungsmacht gefunden. In Bremen, wo keine 5%-Klausel greift, ist die DVU im Jahr 2000 ebenso vertreten wie mit 5,3%, im Brandenburgischen Landtag und mit starken 12,7% im Landtag von Sachsen-Anhalt. Im Landtag Baden-Württembergs sind DIE REPUBLIKANER vertreten, die NPD hat auf dieser politischen Ebene keine Erfolge vorzuweisen⁷.

Zweierlei Tendenzen sind beim Wählerverhalten in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu beobachten, zum einen ein starker Rückgang der Wahlbeteiligung, auch bei Stammwählern der einzelnen Parteien (R 8; Tagesthemen online), zum anderen eine Radikalisierung jugendlichen Wahlverhaltens nach rechts. Besonders Erstwähler neigen, gerade in den neuen Bundesländern, dazu, rechtsradikal zu wählen. Im folgenden werden einige Beispiele der Landtagswahlen von 1999 angeführt:

- In Thüringen erreichte die DVU am 13.09. lediglich 3,1% aller Stimmen. Erstwähler entschieden sich mit 9% für die Partei (R 4; Tagesschau online).
- In Sachsen wurde das Ergebnis der NPD am 19.09. nicht einmal in den Medien aufgeführt⁸. Auch hier wurde die Partei von Erstwählern mit 9% gewählt (R 5; Tagesschau online).
- Bei der Saarland-Wahl vom 05.09. konnten DIE REPUBLIKANER mit einem Wahlergebnis von 1,3% die Hürde nicht überwinden – bei den Erstwählern, die sie zu 5% wählten, wären sie ins Parlament gekommen (R 7; Tagesschau online).
- Bei der Wahl in Brandenburg vom 05.09. schaffte die DVU mit 5,3% den Einzug in den Landtag. Bei den Erstwählern fiel ihr Wahlergebnis mit 10% beinahe doppelt so hoch aus.

⁷ Diese Arbeit konzentriert sich auf die Bundes- und Landesebene. Es muß allerdings angemerkt werden, daß die NPD 1999 und 2000 nachhaltige Wahlerfolge auf der kommunalen Ebene in Ostdeutschland zu verzeichnen hatte (A 22, S. 79; Der Spiegel).

⁸ Zum Vergleich: Das Ergebnis der REPUBLIKANER wurde mit 1,5% genannt.

An den o.g. Zahlen ist zu ersehen, daß sich dieses Erstwähler-Phänomen durchaus auch in Westdeutschland zeigt, im Osten aber erheblich stärker ausgeprägt ist.

Nach einer langjährigen Studie des Leipziger Sozialforschers Peter Förster *geht die Ost-Jugend auf Distanz zur BRD* (M 10; die tageszeitung), denn

„Demokratie, Individualismus, Pluralismus und Kapitalismus – die Fundamente und Versprechen der bundesdeutschen Gesellschaft stoßen bei den jungen Erwachsenen im Osten nur auf eingeschränkte Zustimmung. Denn erlebt werden vor allem Arbeitslosigkeit, existentielle Verunsicherung, soziale Ungerechtigkeit, Diskriminierungen und geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung.“ (M 10)

In der Tat waren über die Hälfte der Befragten schon mindestens einmal arbeitslos und so verwundert es nicht, daß nur 4% glauben, Politiker hätten ein Interesse an ihnen. So entsteht also eine Politikverdrossenheit gegenüber der Politik der etablierten Parteien.

Die wahlsoziologische Erkenntnis, daß jüngere Wähler eher ‚links‘ wählen, ist in den vergangenen Jahren ins Wanken geraten. Während die SPD ehemals traditionell bei den jüngeren, die CDU/CSU bei den älteren Wählern überrepräsentiert war, hat inzwischen eine Verlagerung stattgefunden. Bei den Landtagswahlen der zweiten Hälfte der 90er Jahre gewann die Union bei den 18-24-jährigen überproportional viele Wähler hinzu und die SPD „... wurde bei der Bundestagswahl 1998 erstmals eine Partei, die bei den jüngeren Wählern signifikant schlechter abschnitt als in der Gesamtheit der Wählerschaft“ (B 30; Das Parlament). Bündnis 90 / Die Grünen und die PDS verloren bei den unter 25-jährigen ebenfalls deutlich an Wählern. Dieser Trend setzte sich bei den Landtagswahlen 1999 fort. Bezeichnenderweise verlor die SPD gerade bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und im Saarland massiv die Stimmen junger Wähler (B 30) – eben in den Bundesländern, in denen sowohl die CDU/CSU als auch die NPD, die DVU und die REPUBLIKANER deutlich an Stimmen in dieser Altersgruppe gewinnen konnten. Somit bestätigt sich Minkenberg's Annahme von einem „...Zusammenhang zwischen rapidem sozialen Wandel und erhöhter Anfälligkeit für Rechtsradikalismus“ (Kap. 2.2.2.3), hier im Sinne des Profitierens rechtsradikaler Parteien und Vereinigungen vom sinkenden Vertrauen Jugendlicher in etablierte Parteien. Jugendliche wählen inzwischen also eher konservativ, evtl. auch rechtsradikal, als ‚links‘. Auch an dieser Stelle kann deshalb mit großer

Wahrscheinlichkeit des Funktionierens eines Wirkungsmechanismus‘ zwischen rechtsradikaler Agitation gerade in Jugendszenen und jugendlichem Wahlverhalten angenommen werden.

Es ist festzuhalten, daß die Aussage der 13. Shell Jugend Studie, wonach Jugendliche ein schlichtes Desinteresse an der Politik aufweisen (Kap. 4.1), in der unter Jugendlichen im Rahmen dieser Arbeit durchgeführten Erhebung nicht bestätigt werden kann. Es ist durchaus ein ausgeprägtes politisches Interesse vorhanden – immerhin 48% aller Probanden bekundeten ein Interesse an „Gesellschaftlichem“, „Politischem“ und/oder „Umwelt/Natur“ – das sich allerdings nicht auf die Regierungsparteien konzentriert. Dieses ausgeprägt politische Interesse findet sich erwartungsgemäß sowohl bei den Jugendlichen mit hohem Bildungsabschluß und einem optimistischen Bild von der Zukunft als auch bei denjenigen mit sehr niedrigem Bildungsniveau, oft kombiniert mit einer schlechteren Wahrnehmung der eigenen Position. Die gemäßigt ‚Mitte‘ ist tendentiell eher unpolitisch. Als klassisches Klientel wirkungsvoller rechtsradikaler Agitation treten nach wie vor junge Männer mit schlechtem Bildungsniveau aus oft schwierigen wirtschaftlichen (und dadurch oft: sozialen) Verhältnissen in Erscheinung.

Kapitel 5.3

Schlußfolgerungen: Zur Standhaftigkeit der Hypothesen⁹

Die in Kap. 1.3 aufgestellten Hypothesen haben sich in wesentlichen Teilen bestätigt.

Nachdem nunmehr die Vermutung erhärtet werden konnte (Kap. 5.1 und 5.2), daß die Agitation rechtsradikaler Parteien tatsächlich, z.B. im Hinblick auf Wählerverhalten und Gewaltbereitschaft, Wirkung zeigt, ist die Prägung des Denkens durch die Sprache (und umgekehrt) mittels Medientexten offensichtlich geworden.

Bezüglich der einleitend eingeführten Begrifflichkeit (Kap. 1.1.1) ist festzuhalten, daß sie sich im wesentlichen als haltbar erwiesen hat. Eine Abgrenzung anhand der Kriterien unverhüllt

⁹ Die folgenden Aussagen nehmen Bezug auf die Formulierung von Hypothesen unter Kap. 1.2.3 und fußen auf den Erkenntnissen der Kap. 3 und 4.

dargestellten Nationalsozialismus', Revisionismus, biologischem Rassismus und antidemokratischen Ordnungsvorstellungen sowie einem rückwärts gewandten Image ist geeignet zur Unterscheidung von Alter und Neuer Rechten. Die Grenzziehung zwischen beiden ist mitunter aber schwierig, da in der Praxis zwischen symbolischem und biologischem Rassismus schlußendlich nicht immer gravierende Unterschiede bestehen und antidemokratische Ordnungsvorstellungen zwar oft nicht direkt geäußert werden, implizit und auf subtile Weise aber vorhanden sind. Einen solchen Grenzfall bildet die NPD, die, anders als andere Rechtsparteien, sich in der Präambel ihres Parteiprogramms nicht zu freiheitlich-demokratischen Werten bekennt, sich aber auf so subtile Weise davon distanziert, daß dafür kein wirklich beweiskräftiger Beleg existiert und die sich außerdem innerparteilich verjüngt und mit einem von der Alten Rechten distanzierten Image versorgt, andererseits aber für zahlreiche Motivationen zu militärischen Demonstrationsaufmärschen in ihrem Namen verantwortlich zeichnet. Nichtsdestotrotz gelingt es der Neuen Radikalen Rechten, sich vom Image der Alten Rechten zu distanzieren, u.a. indem Revisionismus nicht von ihr propagiert wird und sie außerdem über eine steigende Anzahl jugendlicher Anhänger verfügt.

Wenn auch inhaltlich eine Unterscheidung von Alter und Neuer Rechten, durchaus legitim ist, so sind sie sich formal, im politischen Sprachgebrauch, doch sehr nahe. Die Sprache der Neuen Rechten ist durchaus nicht identisch mit der der LTI, weist aber durchgängig frappierende Ähnlichkeiten mit bzw. Entlehnungen aus der Sprache des Dritten Reiches auf (Anhang IIc). Die Ähnlichkeit ist auf eine so massive Weise charakteristisch, daß sie an der angeblichen Distanzierung vom Hitler-Regime zweifeln läßt. Im Satzbau und den stilistischen Mitteln bzw. im Wortmaterial, das in den analysierten Medientexten gebraucht wurde, ließ sich eine propagandistische Absicht, ein Versuch der ideologischen Einwirkung auf Rezipienten nachweisen, der eine enge Verwandtschaft zur politischen Sprache der LTI aufweist. Von besonderer Beliebtheit waren Wiederholungen, antonymische und bildhafte Ausdrücke, hier vor allem die für die Nazi-Zeit kennzeichnenden biologisch-pathologischen Begriffe (*metastasenhaftes Wuchern*) sowie direkte Übernahmen von Wortmaterial der LTI (*Überfremdung*). Darüberhinaus ist die Sprache des Dritten Reiches nicht nur in vielen ihrer charakteristischen Ausprägungen von den heutigen rechtsradikalen Parteien und Gruppierungen übernommen, sondern auch fortentwickelt und subtilisiert worden – z.B. wird

die in den Medientexten häufig auffällige wir-die-Dualität heute kaum noch über das augenfällige *wir* als vielmehr mittels des subtileren *uns* erzeugt; weiterhin werden Adjektivattribute zwar ebenfalls in inflationärer Häufigkeit (wie es für die LTI kennzeichnend ist) gebraucht, aber man verzichtet weitgehend auf die allzu deutlichen, superlativischen Ausdrücke, was u.a. durch eine Häufung weniger auffälliger antonymischer Prägungen ausgeglichen wird.

An dieser Stelle ist festzuhalten, daß eine Bezeichnung der Neuen Radikalen Rechten als solche auf dem Hintergrund der erzielten Erkenntnisse trotz aller Modernisierungstendenzen der betreffenden Parteien und Gruppierungen problematisch erscheint: Die Abgrenzung zur Alten Rechten ist oftmals nur vage oder oberflächlich erfolgt (Kap. 3.1.2), der Vergleich ihrer Programme mit dem NSDAP-Parteiprogramm von 1920 hat immense Gemeinsamkeiten zu Tage gefördert (Kap. 3.1.1.2) und angesichts frappierender Ähnlichkeiten rechtsradikalen Sprachgebrauchs, wie er sich in den Medientexten äußerte, mit der Sprache des Dritten Reiches (Kap. 3 und 4) sowie der Anwendung von Kommunikations- und Massenüberzeugungsstrategien, wie Adolf Hitler sie schon in „Mein Kampf“ formulierte (Kap. 2.3.7.1, Kap. 3 und 4 sowie Kap. 5.3) und später durchsetzte, steht zur Diskussion, ob die Neue Radikale Rechte überhaupt als ‚neu‘ bezeichnet werden kann.

Die Medientexte etablierter Parteien weisen einen derartigen Sprachgebrauch nur bedingt auf, er nimmt von rechts nach links tendentiell ab (CDU/CSU nach Bündnis 90/Die Grünen) und ist ganz links wieder ausgeprägter (PDS). Vor allem bei der CDU/CSU sind jedoch noch deutliche Ähnlichkeiten mit der LTI zu erkennen, allerdings treten sie nicht so ausgeprägt auf wie bei NPD, DVU oder REPUBLIKANERn. Die CDU/CSU bemächtigt sich rein quantitativ zwar kaum antonymischer und biologisch-pathologischer Ausdrücke etc., sie sind aber grundsätzlich vorhanden (*krebsgeschwürartig*). Ähnlichkeiten von CDU/CSU mit den rechtsradikalen Parteien wurden auch im politischen Sprachgebrauch sichtbar. NPD, REPUBLIKANER und DVU¹⁰ bedienen sich konsequent der Sprache der LTI, also

¹⁰ Im Verlauf der Erkenntnisgewinnung der Arbeit hat sich die in Kap. 1 geäußerte Vermutung, daß die Bezeichnung *rechtspopulistisch* sich für den Untersuchungsgegenstand (hier insbesondere der Parteien und Bewegungen) nicht eignet, bestätigt. Die untersuchten Parteien und Vereinigungen tragen zwar teilweise populistische Züge (Decker, 2000, S. 24), erfüllen aber nur einen Teil der Kriterien des Terminus’.

nationalsozialistischer Ausdrucksweise. Im Umgang mit den Themen *Innere Sicherheit* und *Ausland/Asyl* finden sich hier ausgeprägte Parallelen zur CDU/CSU, wenn zum einen ausländische Kriminalität und organisierte Kriminalität inhaltsgleich, also mit demselben semantischen Gehalt, verwendet werden und darüber hinaus diese Art von Kriminalität sowohl von der CDU/CSU als auch z.B. von den REPUBLIKANERN mit dem für die LTI typischen biologisch-pathologischen Bild eines *Krebsgeschwürs* beschrieben wird (Kap. 3.4.1.2, S. 156 und Kap. 3.5.1, S. 186).

Eine Ausdrucksweise, wie sie charakteristisch auf die LTI zurückzuführen ist, findet sich bei den anderen Regierungsparteien, mit Ausnahme der PDS, auch nicht in Ansätzen. Der für die LTI typische Sprachgebrauch wird von allen anderen Regierungsparteien neben der CDU/CSU nur noch von der PDS verwendet, die zur Distanzierung und Abgrenzung nach rechts gelegentlich auf militärische Begriffübertragungen zurückgreift und dann in den Medientexten davon schreibt, gegen Rechtsradikale, die *Schläge verteilen* zu *kämpfen* und Räume *zurückzuerobern*.

Diese Ähnlichkeit mit der propagandistischen Nazi-Sprache findet ihre Entsprechung im übrigen in Gemeinsamkeiten der Versuche zur Ideologiebildung der Rechtsparteien und –gruppierungen mit Kommunikations- und Massenüberzeugungsstrategien, wie Hitler sie bereits in „Mein Kampf“ geäußert hatte (Kap. 2.3.7.1). Aus *allgemein psychologischen Gründen* bevorzugte Hitler das gesprochene Wort, mit dem er an das *Gefühl* appellieren wollte und unter Unterstützung durch die *kräftigende* und *ermutigende* Wirkung *größerer Gemeinschaften* „...in die gewaltige Wirkung des suggestiven Rausches...“ (Kap. 2.3.7.1) ziehen wollte, wobei er außerdem solche Faktoren wie die entsprechende Schmückung des Raumes und die Wahl der richtigen Tageszeitung beachtet sehen wollte (Kap. 2.3.7.1) – eben dies geschieht z.B. im Umfeld eines rechtsradikalen Konzertes oder auf einer NPD-Kundgebung.

Der Versuch, Meinungsbildung zu manipulieren, war in Parteiperiodika stärker nachzuweisen als in Parteiprogrammen. Die Ursache hierfür wird im weniger formellen Charakter der Textsorte gesehen, die weniger ausgeprägt Reglementierungen unterliegt, keine gesetzlichen Auflagen erfüllen muß und zwangloser und umgangssprachlicher gestaltet werden kann.

Die Rechtsparteien haben sich in unterschiedlicher Form und unterschiedlichem Ausmaß von der Alten Rechten distanziert. Dies wird im folgenden an einigen ausgewählten Beispielen verdeutlicht: Die DVU bekennt sich zwar am überzeugendsten zu freiheitlich-demokratischen Werten, hat aber revisionistische Inhalte in ihrem Denken erhalten (Programm, Periodika), DIE REPUBLIKANER verfügen über ein gefestigteres völkisches Weltbild, weisen aber kaum revisionistische Tendenzen auf, die NPD dagegen unterscheidet sich nur noch wenig von der Alten Rechten, wie am deutlichsten an ihrer Einstellung zur Zuwanderung und zum Verbleib von Ausländern in Deutschland zu erkennen ist. Sie fordern u.a. die umgehende Ausweisung derselben am unverblümtesten. Insofern ist die vermeintliche Abgrenzung der Neuen von der Alten Rechten häufig in der Tat nur sehr oberflächlich, und bei näherem Hinsehen ist festzustellen, daß die Inhalte dieser Neuen Rechten in vielerlei Hinsicht nur die Inhalte der Alten Rechten sind, die nun in einem neuen Kleid daherkommen. Besonders deutlich wird dies durch die Erkenntnis, daß auch für die Neue Radikale Rechte Feind und Fremd praktisch identisch sind, da sie sich durch alles Fremde *überfremdet* und in ihrer Existenz bedroht sieht, wobei das Feindbild der Neuen Rechten sich nicht, wie damals, hauptsächlich auf Personen jüdischen Glaubens konzentriert, sondern Ausländer in einer Gesamtkategorie als Feind begreift, in der Juden allerdings auch enthalten sind. Als Feind wird in der Neuen Rechten zunächst jeder Ausländer, besonders solche aus anderen Kulturenkreisen mit anderen Konfessionsangehörigkeiten, und in der Folge jeder politische Gegner betrachtet. Ein politischer Gegner ist jemand, der nicht dem Kollektiv den Vorrang vor dem Individuum einräumen will und somit im Kampf um das Überleben des deutschen Volkes, den dieses nur in Einigkeit gewinnen kann (nach völkischer Ideologie), als Bedrohung wahrgenommen wird – nach dem Motto: ‚Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.‘ Dieses völkische Gedankengut (*Du bist nichts, dein Volk ist alles*) fußt, wie angenommen, auf den Vorstellungen des Weimarer Staatsrechtslehrers Carl Schmitt, dessen wissenschaftliche Überlegungen zur Basis des heutigen völkischen Denkens geworden. Auch so, also durch das Anknüpfen an die Ideen der Vorkriegszeit, versuchen sich Rechtsparteien und Neue Radikale Rechte Gruppierungen vom Image abzusetzen, sie orientierten sich an der Hitler-Zeit. Tatsächlich aber haben die Ideen Carl Schmitts auch massiv Eingang in eben diese Zeit gefunden und eignen sich daher nicht oder nur begrenzt – der Einfluß Schmitts verlor sich

Ende der dreißiger Jahre, seine Überlegungen hatten das Regime allerdings bereits nachhaltig geprägt – als Mittel zur Abgrenzung.

Wie an der in Kap 5.2 zunehmenden Popularität von Rechtsparteien gerade unter jungen Leuten und auch am von Wagner und Stöss beschriebenen *Deckungsbereich innerhalb der Bevölkerung* zu erkennen ist, erfreut sich die *Neue Radikale Rechte Bewegung* steigender Beliebtheit. Diese hohe Toleranz in der Bevölkerung gegenüber Rechtsradikalismus führt bei Rechtsradikalen, auch und gerade bei Gewalttätern zur Annahme, ihr Tun würde gut geheißen. Legitimationsempfindungen dieser Art entstehen auch durch rechtslastige Bemerkungen etablierter Politiker (Kap. 3.5.1) und mit größter Wahrscheinlichkeit durch die Vermittlung rechtsradikalen Gedankengutes mittels Tonträgern und den darin enthaltenen Aufrufen zur Gewalt. Die Erkenntnis, daß, gerade in schwieriger (auch: arbeitsmarkt-) politischer Lage, in der viele Konkurrenz- und Überfremdungsängste hegen, die Rechtsparteien und –vereinigungen einen solchen Zulauf zu verzeichnen haben, weist darauf hin, daß sie aus psychologischer Sicht tatsächlich einen hohen Attraktivitätsgehalt haben. Zwar ist die Arbeitslosigkeit im rechten Umfeld nicht unbedingt höher als anderswo (O 39), doch kann auf Arbeitslosigkeit vielfältig reagiert werden. Wer mit ihr konfrontiert ist, muß nicht in logischer Konsequenz rechtsradikal werden, aber die Wahrscheinlichkeit, daß rechtsradikale Ideologiebildung an dieser Stelle greift, ist groß – gerade im Zusammenhang mit anderen Faktoren wie z.B. einer einschlägigen Gruppendynamik (Abb. 4, Kap. 3.4.2). An dieser Stelle sei außerdem an die Aussage Schönhubers erinnert, daß die NPD als diejenige Partei, die sich am stärksten gegen die von den Regierungsparteien zu verantwortende Jugendarbeitslosigkeit wende, diejenige ist, die von allen Rechtsparteien unter Jugendlichen den größten Zuspruch zu verzeichnen hat (Kap. 4.1.2.1). Wie aus der 13. Shell Jugend Studie hervorging, sind es besonders diejenigen Jugendlichen mit geringer Bildung und schlechten Aussichten auf einen Auszubildenden- oder Arbeitsplatz, die Arbeitslosigkeit und eine schwierige wirtschaftliche Lage aus ihrer Familie kennen, die besonders wenig Vertrauen in die Regierungsparteien und ihre eigene Zukunft haben und ausgeprägtere Konkurrenz- und Zukunftsängste an den Tag legen. Eben diesen jungen Menschen (und hier findet eine Konzentration auf diese Altersgruppe statt, weil sie eine so große Anfälligkeit für Rechtsparteien und Neue Radikale Rechte Bewegungen zeigt) muß ein psychologisches

Gedankengebäude höchst attraktiv erscheinen, das ihnen einen Platz in einer Elite, nämlich dem Volk der Deutschen, zugesteht, ihnen darüber hinaus das Gefühl der Bedeutsamkeit (sie werden für die Verteidigung des deutschen Volkes gegen Regierungsparteien benötigt, die die Überfremdung fördern) vermittelt und sie außerdem noch in einer Rolle als Märtyrer, als verkannte Kämpfer für das Gute, bestätigt. Zudem wird jungen Leuten durch die Mitgliedschaft in einer gesellschaftlich verbrämten Bewegung die Möglichkeit der Rebellion gegeben – den westdeutschen die Möglichkeit der Rebellion gegen Toleranz-Bewegung der 68er Generation, ihrer Eltern und den ostdeutschen die Gelegenheit, gegen staatlich oktroyierten Antifaschismus, der für/in der Generation ihrer Eltern selbstverständlicher Grundsatz war, aufzubegehren. Außerdem hat für junge Leute bekanntlich das Flair des Verbotenseins besondere Anziehungskraft. Bei jungen Leuten aus den neuen Bundesländern kommt noch hinzu, daß sie aufgrund staatlicher und familiärer Prägung ein größeres Bedürfnis nach Führung und Lenkung ihrer selbst inkl. ihrer Freizeittätigkeiten haben. Weiterhin muß bedacht werden, daß die Modernisierungsveränderungen, wie sie durch die Wiedervereinigung und die wirtschaftliche Globalisierung aufgetreten sind, im Osten erheblich stärker ausgeprägt sind und daher auch größere Identitätskrisen, Konkurrenz- und Überfremdungsängste nach sich ziehen, auf die schließlich vehementer reagiert wird. In diesen Gründen wird vor allem die Ursache für die ausgeprägtere Affinität ostdeutscher BürgerInnen gegenüber Rechtsparteien und rechtsradikalen Gruppierungen gesehen. Die Tatsache, daß Sozialismus und Nationalsozialismus in Teilen durchaus verwandte Ideologien sind, wirkten zwar in bezug auf Identitätenbildung randlich und unbewußt unterstützend, ist aber nicht von vordergündiger Bedeutung. Die Neue Radikale Rechte Bewegung, insofern sie sich von der Alten Rechten abgrenzt, ist derzeit vor allem eine junge Bewegung jugendlicher Gegenkultur. Der Jugendprotest in Deutschland scheint tatsächlich erstmals *patriotische, ,rechte‘ Züge* zu tragen (Kap. 4.1.2.1; C1, S. 39; Nation&Europa).

Abschließend ist einerseits festzuhalten, daß die Neue Radikale Rechte ihre ideologiebildenden Bemühungen tatsächlich auf die neuen Bundesländer und die Altersgruppe der Jugendlichen konzentriert hat, was sich bei beiden Zielgruppen auch spürbar ausgewirkt hat (Kap. 5.2), die im Gegensatz zu den Regierungsparteien von den Rechtsparteien präzise ausgewählt und gezielt und wirkungsvoll angesprochen worden sind.

Neben Jugendlichen und BürgerInnen der nBl wurden weiterhin vorwiegend Arbeitslose und Umweltschützer in besonderem Maß als Zielgruppen umworben (Kap 3.4.1.3).

Andererseits wird auf der Basis der erzielten Erkenntnisse festgestellt, daß die Neue Radikale Rechte zwar eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland darstellt, die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch sie aber nicht in ihrem Wesen bedroht erscheint – und zwar unter der Voraussetzung, daß die etablierten Parteien zukünftig eine aktive Jugendpolitik umsetzen (Kap. 5.4) und gerade in dieser Altersgruppe intensive Präventionsarbeit geleistet wird.

Kapitel 5.4

Ausblick

Im Prozeß der Erkenntnisgewinnung stellte sich heraus, daß die Ideologiebildungsversuche von rechts erstens nicht hauptsächlich bei Erwachsenen ansetzen und zweitens auch keine so nachhaltige Wirkung zeigen. Da die Agitation sich auf junge Leute konzentriert und hier auch die größten Erfolge aufweist, findet im folgenden eine Konzentration auf Jugendliche statt. Insofern wandte sich Roman Herzog mit seiner Aufforderung, alte Denkmuster und Sprachspiele aufzubrechen, mit Recht an die junge Generation (Kap. 1, Einführung).

Eine der Haupteckenkenntnisse diese Arbeit besteht in dem empirisch ermittelten Wissen, daß unter Jugendlichen durchaus kein so ausgeprägtes Desinteresse an der Politik herrscht, wie es die 13. Shell Jugendstudie vermittelt. Wenn die Ergebnisse der vorgenommenen Befragung unter Jugendlichen Mecklenburg-Vorpommerns als Grundlage für ein Gesamtbild jugendlichen Interesses herangezogen wird, so läßt sich festhalten, daß mit 48% beinahe die Hälfte der Jugendlichen ein Interesse für politische Fragen aufweisen¹¹ (Kap. 4, Abb. 4).

¹¹ Die Grundlage ist die Befragung von Jugendlichen aus Mecklenburg-Vorpommern, von denen 11% angaben, sich für „Politisches“; 35% für „Gesellschaftliches“ und 2% für „Umwelt/Natur“ zu interessieren.

Gessenharter verglich das Wirken der Neuen Intellektuellen Rechten einmal höchst treffend mit dem physikalischen Vorgang der Entropie; der Vergleich wird hier angewandt auf die Agitation der Bewegungseliten und deren Auswirkungen:

„Wenn ein Raucher kunstvolle Rauchkringel in die Luft bläst, werden diese nicht lange in dieser Form sichtbar sein, sondern sich langsam auflösen und ihre Form verlieren; dabei verbreitet sich dann die Essenz, zum Beispiel auch der Geruch des Rauches überall im Raum; sehr bald wird man nicht mehr wissen, wer geraucht hat und wie die Rauchkringel aussahen, aber die Nachwirkungen sind trotzdem deutlich spürbar.“ (Gessenharter, 1994, S. 137)

Das Zitat schildert implizit die Schwierigkeit, die subtilen Vorgänge der Ideologiebildung greifbar darzustellen. Ideologie läßt sich nicht nur auf einem einzigen Agitationsweg bilden, sie ergibt sich aus dem Zusammenspiel vieler verschiedener Ansätze. So ist in dieser Arbeit der Versuch unternommen worden, zum einen eine umfassende Methodik zur Analyse von Ideologiebildung zu erstellen, die aus verschiedenen Fachgebieten und Objektbereichen stammt und vor allem die aktuellsten Erkenntnisse zur Online-Agitation der Parteien, Vereinigungen und Subkulturen sowie Möglichkeiten, dem zu begegnen, schildert. In diesem Zusammenhang erwies sich die eingangs vermutete Bedeutung der „Macht der demagogischen Rede“ (vgl. Weber; Kap. 1, Einführung) als in der Tat maßgeblich. Jägers Hinweis, daß die rechtsradikale Ansprache nicht nur „... sehr wohl Wirkung entfalten kann, sondern sich durchaus geschickter sprachlich-rhetorischer Mittel bedient und die Wissenshorizonte ihrer Klientel zu erreichen und zu verändern bemüht und in der Lage ist“ (Kap. 1, Einführung), wurde durch die Erkenntnisse dieser Arbeit nachhaltig bekräftigt. Die Bedeutung geschickter Sprachnutzung zu Zwecken der Propaganda ist enorm.

Zum anderen ist ein Modell (Abb. 4, Kap. 3.4.2) zur Erstellung einer Theorie zu Entstehung, Ursachen und Wachstumsbedingungen des Rechtsradikalismus (fort-) entwickelt worden, das sowohl politikwissenschaftliche, kommunikations- und sprachwissenschaftliche als auch (sozio-)psychologische und wirtschaftliche Aspekte einbezieht. Die Stärke des Modells liegt in der Zusammenfassung mehrerer Ansätze zur Erforschung des Rechtsradikalismus aus dem Bereich der Neuen Sozialen Bewegungen; es wurde außerdem realitätsnaher und umfassender durch Ergänzungen aus anderen Fachbereichen, wie beispielsweise die Ergänzung des Themenkomplexes zur Identität durch die detaillierte Analyse identitätsbildenden Sprachgebrauchs und durch die Aufnahme von arbeitsmarktpolitischen Umweltbedingungen.

Darüber hinaus ist das Modell flexibel, etwa flexibel genug, um die Spezifik ostdeutscher Befindlichkeiten aufnehmen zu können.

Im einzelnen liegt die Leistung dieser Arbeit weiterhin in einer umfassenden vergleichenden Analyse von Regierungs- und Rechtsparteien auf einer sehr breiten empirischen Basis inklusive der Betrachtung von Ideologiebildung gerade auch bei Jugendlichen, z.B. durch die Neuen Medien sowie in der Einbeziehung ostdeutscher Befindlichkeiten.

Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse war die Arbeit in der Lage, wirksame, realitätsnahe Vorschläge zur Prävention zu machen. Dies ist insbesondere für die Prävention von Rechtsradikalismus unter Jugendlichen von Bedeutung, da diese Dissertation eine umfassende Datenbasis zur rechtsradikalen Ideologiebildung unter Jugendlichen geliefert hat. Diese Datenbasis ist von umso größerer Bedeutung, da die Hinwendung Jugendlicher zu rechtsradikalen bzw. insbesondere zur Neuen Radikalen Rechten Bewegung in den vergangenen Jahren besorgniserregende Ausmaße angenommen hat und eine so umfassende Datenbasis bisher in der Sekundärliteratur nicht zur Verfügung stand. Die o.g. Anregungen zur Prävention werden im folgenden zusammenfassend wiedergegeben:

Deutsche Jugendliche haben zwar prinzipiell ein heterogenes Weltbild, aber Jugendliche in Ostdeutschland und solche mit schlechteren Startchancen weisen ein deutlich negativeres Deutschlandbild und statt einer heterogenen Einstellung eher eine rechtsradikale Identität auf (Shell AG, 2000, S. 305 f. und 325). Nach Münchmeier „... sind viele in wirklicher Sorge, wie ihre eigene Zukunft aussieht“ und nehmen Ausländer als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt wahr (A 21, S. 38). Mit Münchmeier wird daher angenommen, daß bei der großen Masse der Jugendlichen ausländerfeindliche Ressentiments nicht aus Nationalismus, sondern aus Zukunfts- bzw. Konkurrenzängsten gespeist werden (A 21, S. 38; Der Spiegel). Daraus folgt eine entscheidende Erkenntnis, die zur Grundlage aller präventiven Arbeit gemacht werden sollte: Da zum einen das Vertrauen Jugendlicher in die politische Arbeit der Regierungsparteien stetig sinkt und deshalb die Schaffung zusätzlicher Möglichkeiten der politischen Partizipation für Jugendliche, wie sie bisher in der Sekundärliteratur als wesentliche Maßnahme gegen Rechtsradikalismus propagiert wurde, nur begrenzt als sinnvoll erscheint und zum anderen bekannt ist, daß vor allem Konkurrenzängste auf dem Arbeitsmarkt für die Identifikation mit Neuen Radikalen Rechten Bewegungen motivierend

sind, ist die Schaffung von ausreichend Lehrstellen und Arbeitsplätzen für Jugendliche als primär im Kampf gegen den Rechtsradikalismus zu verstehen. Erst parallel zu diesem Hauptansatzpunkt ist es sinnvoll, zusätzliche Möglichkeiten der politischen Partizipation, ein größeres Angebot an Freizeitaktivitäten für Jugendliche (z.B. Förderung von Jugendclubs und Sportvereinen – unter Sicherstellung der Tatsache, daß diese nicht von Rechtsradikalen unterwandert werden können) etc. zu schaffen. Die Konzentration auf die Altersgruppe der Jugendlichen ist im Kampf gegen den Rechtsradikalismus ausschlaggebend, da die einzig besorgniserregende Erkenntnis bei den Erwachsenen im Anwachsen einer passiven, stillschweigenden Toleranz gegenüber dem Phänomen besteht, die überproportional wachsende Gruppe jugendlicher Rechtsradikaler aber sehr aktiv und in neuer Qualität für ihre Überzeugungen einsteht bzw. agiert.

Außerordentlich sinnvoll und lobenswert ist weiterhin ein aus Schweden übernommenes Konzept, dem organisierten Rechtsradikalismus entgegenzutreten, das der Rechtsradikalismus-Experte Bernd Wagner und ein ehemals führender Rechtsradikaler und Gründungsmitglied der inzwischen verbotenen Partei *Deutsche Alternative – Sektion Ost*, Ingo Hasselbach, ins Leben gerufen haben (A 26; der stern). Das Projekt *Exit-Deutschland* soll aussteigewilligen rechtsradikalen Aktivisten beim Ausstieg aus der Szene behilflich sein und außerdem Prävention in Schulen und Jugendclubs etc. leisten (O 40; Homepage des Aussteigerprogramms).

Sinnvoll erscheint auch die zunehmende Präsenz eigens eingerichteter polizeilicher Einsatzkommandos der Länder wie z.B. MAEX in Mecklenburg-Vorpommern. Die *Mobile Aufklärung Extremismus*, hat die Aufgabe, Treffpunkte jugendlicher Rechtsradikale aufzuklären, Jugendliche durch Aufklärung vom Beitritt zu sog. Kameradschaften abzuhalten, den Kontakt zu anderen Behörden herzustellen und eventuelle Aussteiger aufzunehmen (O 41; Erfahrungsberichte der Landeskriminalpolizei). Die Arbeit der MAEX, die seit 1999 existiert, ist als erfolgreich zu bezeichnen. In der Vergangenheit konzentrierte man sich besonders auf die Zusammenarbeit mit *Behörden*, *Öffentlichkeitsarbeit* und das Unterlaufen von *rechtsorientierten Musikveranstaltungen* und *Wehrsportübungen* etc., das Unterlaufen von rechtsradikalen Treffpunkten war weniger erfolgreich, da sich die Szene mit großer Flexibilität anpaßte. Allerdings zeigt offenbar bereits die Anwesenheit derartiger Einsatzkommandos der Polizei Wirkung (O 41).

Darüber hinaus ist es wünschenswert, den Rechtsradikalismus auch über das jeweilige Sommerloch hinaus immer wieder in den Medien zu thematisieren und so aufzuklären, aber auch einen gesellschaftlichen Ächtungsprozeß in Gang zu setzen. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik nun endlich doch verbreiteter zur Kenntnis genommen wird und es insofern zu einer nachhaltigen Veränderung im Umgang mit dem Thema gekommen ist (vgl. Jäger; Kap. 1, Einführung).

Um dem Rechtsradikalismus dauerhaft entgegenzuwirken, muß außerdem erkannt werden, daß sich die Szenen in Ost- und Westdeutschland in jüngster Zeit angleichen (A 24, S. 25; Der Spiegel / A 17, S 50; der stern) und verhindert werden, daß die inzwischen sehr gute rechtsradikale Organisationsstruktur im Osten erfolgreich auf den Westen übertragen wird. Dazu will der aufklärende Charakter dieser Arbeit beitragen.

Gerade an der Agitation von Rechtsparteien und rechtsradikalen Gruppierungen in der Altersklasse der Jugendlichen ist deutlich geworden, wie sehr bei der Ideologiebildung von rechts tatsächlich von einer „demagogischen Kraft des Wortes“ ausgegangen werden muß. Die Medientextsorten, mit der die Worte transportiert werden (Zeitungen, Fernsehen, Tonträger etc.), haben zwar mitunter, wie bei den Tonträgern, eine stark unterstützende, aber letztlich nur sekundäre Bedeutung, entscheidend sind die Inhalte, die durch die Worte vermittelt werden. Bei ohnehin für diese Ideologie aus den vorgenannten Gründen anfälligen Rezipienten höhlt der stete Tropfen den Stein, die ständig wiederholten Parolen die Gesinnung und, wie vermutet (Kap. 1, Einführung), sind für die Vermittlung dieser Ideologie Multiplikatoren, also Führerfiguren innerhalb einer jeweiligen sozialen Gruppe, von Bedeutung.

Abschließend sei wegen der dringenden Besorgnis, die die Erkenntnisse dieser Arbeit für die Entwicklung des Rechtsradikalismus unter Jugendlichen rechtfertigen, Richard Münchmeier, Mitautor der 13. Shell Jugend Studie, zitiert, der anläßlich einer Fachtagung auf die Frage, welche (Regierungs-) Partei den Jugendlichen am nächsten stünde, antwortete: „Keine“ und im folgenden fortfuhr: „... gnade uns Gott, wenn die Partei ‚keine‘ ihre Bindekraft verliert!“

I. Literaturverzeichnis

Monographien:

Alemann, Ulrich von / Forndran, Erhard: Methodik der Politikwissenschaft. Einführung in Arbeitstechniken und Forschungspraxis. 4., überarb. und erw. Aufl., Stuttgart:

Kohlhammer, 1990

Andersen, Uwe / Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen: Leske & Budrich, 1992

Argyle, Michael: Körpersprache und Kommunikation, 6. Aufl., Paderborn: Jungfermann-Verlag, 1992

Aschwanden, Dirk: Jugendlicher Rechtsextremismus als gesamtdeutsches Problem. Baden-Baden: Nomos, 1995

Assheuer, Thomas / Sarkowicz, Hans: Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte. 2., aktual. Aufl., München: C. H. Beck, 1990

Backes, Uwe / Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 3., völlig überarb. u. aktual. Aufl.. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1993

Barz, Irmhild / Schröder, Marianne: Nominationsforschung im Deutschen. Festschrift für Wolfgang Fleischer zum 75. Geburtstag. Frankfurt a. M.: Peter Lang Verlag, 1997

Bergsdorf, Wolfgang: Herrschaft und Sprache. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik. Pfullingen: Neske, 1983

Bergsdorf, Wolfgang: Die 4. Gewalt. Einführung in die politische Massenkommunikation. Mainz: von Hase & Koehler Verlag GmbH, 1980

Bertelsmann (Hrsg.): Bertelsmann Universallexikon in 20 Bänden, Gütersloh: Bertelsmann Lexikon Verlags GmbH, 1994

Beyme (von), Klaus: Die politischen Theorien der Gegenwart, 4. überarb. Neuauflage, München: Piper & Co, 1980

Bitzan, Renate (Hrsg.): Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen. Berlin: Elefantenpress, 1997

Bohleber, Werner / Drews, Jörg (Hrsg.): „Gift, das du unbewußt eintrinkst.“ Der Nationalsozialismus und die deutsche Sprache. Bielefeld: Aisthesis, 1991

- Bracher, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. Ungekürzte Ausg. auf Grundlage der 7. Aufl. von 1977, Berlin: Ullstein, 1997
- Brackmann, Karl-Heinz / Birkenhauer, Renate: NS-Deutsch. 'Selbstverständliche' Begriffe und Schlagwörter aus der Zeit des Nationalsozialismus. Straelen: Straelener Manuskripte Verlag, 1988
- Braun, Peter: Tendenzen in der deutschen Gegenwartssprache. 3. Aufl., Stuttgart: Kohlhammer, 1993
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): (a): Rechtsextremistische Bestrebungen im Internet, Köln: Bundesamt für Verfassungsschutz, April 2000
- Bundesamt für Verfassungsschutz (b): Skinheads, Bands und Konzerte, Köln: Bundesamt für Verfassungsschutz, Januar 2000
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutz: Bestandsaufnahmen und Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1999, Bonn: Bundesdruckerei, 2000
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1998, Bonn: Bundesdruckerei, 1999
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1997, Bonn: Bundesdruckerei, 1998
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1996, Bonn: Bundesdruckerei, 1997
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1995, Bonn: Bundesdruckerei, 1996
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Leck: Claussen & Bosse, 1990
- Bußhoff, Heinrich: Zu einer Theorie der politischen Identität. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1970
- Bußmann, Hadumod: Lexikon der Sprachwissenschaft. 2. Aufl., Stuttgart: Kröner, 1990
- Butterwegge, Christoph / Isola, Horst (Hrsg.): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. 3. vollständig überarb. u. erw. Aufl., Bremen: Steintor, 1991
- Claußen, Bernhard / Geißler, Reiner (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Opladen: Leske + Budrich, 1996

- Decker, Frank: Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien. Opladen: Leske + Budrich, 2000
- Deutsche Shell AG (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Bd. 1+2, Opladen: Leske + Budrich, 2000
- Diekmannshenke, Hajo / Klein, Josef: Wörter in der Politik. Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1996
- Dippe, Karen: Theoretikerinnen der Neuen Rechten, unveröffentlichte Diplomarbeit am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, 1995
- Drechsler, Hanno / Hilligen, Wolfgang / Neumann, Franz: Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik, 9. erw. u. überarb. Aufl., München: Vahlen, 1995
- Dükel, Frieder / Geng, Bernd (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Godesberg: Forum Verlag, 1999
- Eckert, Roland / Reis, Christa / Wetzstein, Thomas A.: ‚Ich will halt anders sein wie die anderen.‘ Abgrenzung, Gewalt und Kreativität bei Gruppen Jugendlicher. Opladen: Leske + Budrich, 2000
- Ehlich, Konrad: Sprache im Faschismus. 3. Aufl., Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1995
- Elsässer, Jürgen: Braunbuch DVU. Eine deutsche Arbeiterpartei und ihre Freunde. Hamburg: Konkret, 1998
- Endruweit, Günther / Trommsdorff, Gisela (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag, 1989
- Falter, Jürgen W.: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland. München: Beck, 1994.
- Fantifa Marburg (Hrsg.): Frauen stricken am braunen Netz, 2. Aufl., Münster: UNRAST-Verlag, 1996
- Fast, Julius: Körpersprache, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1979
- Fetscher, Iring / Münkler, Herfried (Hrsg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen. Neuzeit: Vom Zeitalter des Imperialismus bis zu den neuen sozialen Bewegungen. Band 5, München: Piper, 1987
- Flick, Uwe / Kardorff, Ernst von / Keupp, Heiner / Rosenstiel, Lutz von / Wolff, Stephan: Handbuch qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. 2. Aufl., Weinheim: Beltz, Psychologie-Verl.-Union, 1995

- Fröchling, Helmut / Gessenharter, Wolfgang (Hrsg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes. Opladen: Leske + Budrich, 1998
- Fromm, Rainer / Kernbach, Barbara: Europas braune Saat. Die internationalen Verflechtungen der rechtsradikalen Szene, München: mvg-Verlag, 1994
- Geden, Oliver: Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, 2. erw. und aktual. Aufl., Berlin: Elefanten Press, 1999
- Gessenharter, Wolfgang: Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien. München: Droemersch Verlagsanstalt Th. Knaur Nachf., 1994
- Giddens, Anthony: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1999
- Greiffenhagen, Martin (Hrsg.): Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit. München/Wien: Carl Hanser Verlag, 1980
- Grundgesetz, 33. neu bearb. Aufl., München: C.H. Beck, 1996
- Grundgesetz. Reihe Gesetzestexte. 3. Aufl. aus 1999, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1999
- Hellmann, Kai-Uwe / Koopmans, Ruud: Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998
- Helwig, Gisela / Nickel, Hildegard Maria: Frauen in Deutschland 1945-1992, Berlin: Akademie-Verlag, 1993
- Hethey, Raimund / Kratz, Peter: In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservatismus und Neo-Faschismus, Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 1991
- Hitler, Adolf: Mein Kampf, 232./233. Aufl., München: Zentralverlag der NSDAP / Frz. Eher Nachfolge GmbH, 1937
- Hundseder, Franziska: Rechte machen Kasse. Gelder und Finanziere der braunen Szene, überarb., aktual. u. erg. Ausg., München: Droemersch Verlagsanstalt Th. Knaur Nachf., 1995
- Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Skinheads. 2. Aufl., Schwerin, 1994

- Jäger, Siegfried: Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten, Berlin/Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 1988
- Jesse, Eckhard (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, 2. erw. Aufl., Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1999
- Kitschelt, Herbert: The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis, MI: University of Michigan Press, 1995
- Klemperer, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen. 16. Aufl., Leipzig: Reclam Verlag, 1996
- Knorz, Heike (Hrsg.): Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Ein interdisziplinärer Diskussionsbeitrag. Frankfurt a. M. / Berlin / Bern / New York / Paris / Wien: Peter Lang, 1994
- Kymlicka, Will: Multikulturalismus und Demokratie: über Minderheiten in Staaten und Nationen. Hamburg: Rotbuch-Verlag, 1999
- Lange, Astrid: Was die Rechten lesen: fünfzig rechtsextreme Zeitschriften; Ziele, Inhalte, Taktik, München: C. H. Beck, 1993
- Leggewie, Claus: Druck von rechts. Wohin treibt die Bundesrepublik? München: C. H. Beck, 1993
- Lenk, Kurt (Hrsg.): Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie. Überarb. u. erw. 9. Aufl., Frankfurt a. M./ New York: Campus, 1984
- Lieber, Hans-Joachim: Ideologie. Eine historisch-systematische Einführung. Paderborn/München/Wien/Zürich: UTB/Schöningh, 1985
- Link, Jürgen: Elementare Literatur und generative Diskursanalyse. München: Wilhem Fink Verlag, 1983
- Link, Jürgen: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Opladen: West-deutscher Verlag, 1996
- Linke, Angelika / Nussbaumer, Markus / Portmann, Paul R. : Studienbuch Linguistik Tübingen: Niemeyer, 1991
- Lipset, Seymour M.: Political Man. The Social Bases of Politics, erw. Neuauflage, Baltimore, MD: The John Hopkins University Press, 1981

- Madubuko, Nkechi: Mediensozialisation Jugendlicher durch die Realitätsvermittlung des Fernsehens, unveröffentlichte Magisterarbeit an der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- Melzer, Wolfgang: Jugend und Politik in Deutschland: gesellschaftliche Einstellungen, Zukunftsorientierungen und Rechtsextremismus-Potential Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland. Opladen: Leske + Budrich, 1994
- Minkenberg, Michael: Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland, Opladen / Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1998
- Nave-Herz, Rosemarie: Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland, 4., überarb. u. erw. Aufl., Bonn: Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, 1993
- Neureiter, Marcus: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Eine Untersuchung sozialwissenschaftlicher Deutungsmuster und Erklärungsansätze. Marburg: Tectum, 1996
- Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik. Band 2: Politikwissenschaftliche Methoden. München: C. H. Beck, 1992
- Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik. Bd. 1, Politische Theorien. München: Beck, 1995
- Oberndörfer, Dieter: Der Wahn des Nationalen. Freiburg i. Br.: Herder, 1993
- Oberndörfer, Dieter: Die offene Republik. Freiburg i. Br.: Herder, 1991
- Palentien, Christian / Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Jugend und Politik: ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. 2., durchges. Aufl., Neuwied / Kriftel / Berlin: Luchterhand, 1998
- Patzelt, Werner J.: Einführung in die Politikwissenschaft. 3. erg. Aufl., Passau: Wissenschaftsverlag Richard Rothe, 1997
- Pelz, Heidrun: Linguistik für Anfänger. 10. Aufl., Hamburg: Hoffmann und Campe, 1992
- Pfahl-Traughber, Armin: Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat. Opladen: Leske+Budrich, 1998
- Polenz, Peter von: Geschichte der deutschen Sprache, 9. überarb. Aufl., Berlin u.a.: de Gruyter, 1978
- Reiher, Ruth / Kramer, U. (Hrsg.): Sprache als Mittel von Identifikation und Distanzierung, Frankfurt a. M. / Bern: Peter Lang Verlag, 1998

- Reiher, Ruth (Hrsg.): Sprache im Konflikt. Zur Rolle der Sprache in sozialen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen. Berlin / New York: de Gruyter, 1995
- Reiher, Ruth / Läser, Rüdiger (Hrsg.): Wer spricht das wahre Deutsch? Erkundungen zur Sprache im vereinigten Deutschland. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag, 1993
- Richter, Peter (Hrsg.): Wissenschaftliche Beiträge der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Textwissenschaft und/oder Stilwissenschaft. Rostock: Ostsee-Druck, 1990
- Roloff, Ernst-August: Psychologie der Politik: Eine Einführung. Stuttgart: Metzler, 1976
- Sachs, Lothar: Angewandte Statistik, 7. überarb. Aufl., Berlin / Heidelberg: Springer, 1992
- Schippa, Thea: Lexikologie der deutschen Gegenwartssprache. Tübingen: Niemeyer, 1992
- Schmidt, Jürgen-Erich: Die deutsche Substantivgruppe und die Attributierungskomplikation. Tübingen: Niemeyer, 1993
- Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik. Stuttgart: Kröner, 1995
- Schmidt, Wilhelm: Geschichte der deutschen Sprache. 6. Aufl., Stuttgart/Leipzig: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, 1993
- Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen. 6. Aufl., Berlin: Duncker&Humblot-GmbH, 1996
- Schrenck-Notzing, Caspar von (Hrsg.): Lexikon des Konservatismus, Stuttgart: Stocker, 1996
- Siegler, Bernd: Auferstanden aus Ruinen... Rechtsextremismus in der DDR, Edition Tiamat, Berlin: Verlag Klaus Bittermann, 1991
- Sommerfeldt, Karl-Ernst (Hrsg.): Entwicklungstendenzen in der deutschen Gegenwartssprache. Leipzig: Bibliographisches Institut, 1988
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2000
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Justiz im Spiegel der Rechtspflegestatistik. Schwerpunkt: Strafrechtspflege, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 1999 (auch: Q 5)
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1997

Literaturverzeichnis

- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Im Blickpunkt. Ausländische Bevölkerung in Deutschland, Stuttgart: Metzler-Poeschel, 1995
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Strukturdaten über die ausländische Bevölkerung, Stuttgart: Metzler-Poeschel, 1997
- Stedje, Astrid: Deutsche Sprache gestern und heute. München: Fink, 1989
- Steinbach, Peter / Tuchel, Johannes (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1994
- Streffeler, Friedhelm: Politische Psychologie. Geschichte und Themen der Theorie politischen Verhaltens, Hamburg: Hoffmann + Campe, 1975
- Trommsdorff, Gisela: Psychologische Aspekte des sozio-politischen Wandels in Ostdeutschland. Berlin / New York: de Gruyter, 1994
- Unser, Günther: DIE UNO. Aufgaben und Strukturen der Vereinten Nationen, 6. erw. Aufl., München: dtv, 1997
- Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und Jugendgesetz. Reihe Volk und Wissen, 11. Aufl., Berlin: Staatsverlag, 1985.
- Wagner, Bernd (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Netzwerke, Parteien, Organisationen, Ideologiezentren, Medien, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1994
- Walzer, Michael: Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt a. M. / New York: Campus, 1992
- Werth, Christoph H.: Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945. Opladen: Westdt. Verlag, 1996

Aufsätze:

- Backes, Uwe: „Rechtsextremismus in Deutschland. Ideologien, Organisation und Strategien“, Aus Politik und Zeitgeschichte / Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Nr. B 9-10 v. 20.02.1998. 27-35
- Bergmann, Werner / Erb, Rainer: „In Treue zur Nation. Zur kollektiven Identität der rechtsextremen Bewegung“, Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung

- von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Hrsg.: Hellmann, Kai-Uwe / Koopmans, Ruud. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998. 148-165.
- Bergsdorf, Wolfgang: „Sprachlenkung im Nationalsozialismus“ Die Rolle der Sprache in der Politik. München / Wien: Carl Hanser Verlag, 1980. 65-74.
- Betz, Hans-Georg: „Rechtspopulismus: Ein internationaler Trend?“ Aus Politik und Zeitgeschichte / Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Nr. B 9-10 v. 20.02.1998. 3-12
- Birsl, Ursula: „Frauen und Rechtsextremismus“, Fantifa Kassel, 1993. 13-16.
- Blühdorn, Hardarik: „Einige zeichentheoretische Überlegungen zum Status rhetorischer Strategien in der politischen Kommunikation“, Sprache im Konflikt. Zur Rolle der Sprache in sozialen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen. Hrsg. Reiher, R.. Berlin / New York: de Gruyter, 1995. 93-108.
- Bochmann, Klaus: „Die Kritik an der Sprache des Nationalsozialismus. Eine kritische Bestandsaufnahme der in der DDR erschienenen Publikationen“, „Gift, das du unbewußt eintrinkst.“ Der Nationalsozialismus und die deutsche Sprache. Hrsg.: Bohleber, Werner / Drews, Jörg. Bielefeld: Aisthesis, 1991. 83-100
- Claußen, Bernhard: „Kommunikationswissenschaftliche Aspekte: Politisches Handeln Jugendlicher in der Informations- und Mediengesellschaft“, Jugend und Politik: ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, Hrsg: Palentien, Christian / Hurrelmann, Klaus. 2., durchges. Aufl., Neuwied / Kriftel / Berlin: Luchterhand, 1998
- Dieckmann, Walther: „Sprache in der Politik“ Die Rolle der Sprache in der Politik. München / Wien: Carl Hanser Verlag, 1980. 47-64.
- Feindt, Peter / Fröchling, Helmut: „Offene Bürgergesellschaft oder Vielfalt statt Einfalt in der politischen Mitte“, Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Nr. 4/94. 148-153.
- Fröchling, Helmut: „Der Beitrag des Verfassungsschutzes zum politischen Diskurs über die Neue Rechte“, Rissener Rundbriefe, Nr. 8/9 1997. 18-31
- Fröchling, Helmut: „Die ideologischen Grundlagen des Rechtsextremismus“, Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Hrsg.: Mecklenburg, Jens. Berlin: Elefanten-Press, 1996. 84-123

- Geier, Ruth: „Identifikationsangebote rechtsextremistischer Parteien an die Bürger der neuen Bundesländer“, Alte und neue Identitätsbilder im heutigen Deutschland. Hrsg.: Saint-Saveur-Henn, Anne / Muylaert, Marc. Leipzig: Universitätsverlag, 1999. 143-150
- Geißler, Rainer: „Das gefährliche Gerücht von der hohen Ausländerkriminalität“, Aus Politik und Zeitgeschichte / Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Nr. B 35 vom 25.08.1995. 30-39
- Gessenharter, Wolfgang: „Zur Funktion neurechter Freund-Feindbilder in Geschichte und Gegenwart der Bundesrepublik“, Der Krieg in der Nachkriegszeit, Hrsg.: von Wrochem, Oliver / Greven, Michaela. Opladen: Leske + Budrich, 2000. 197-211
- Gessenharter, Wolfgang: „Rechtsextremismus, Neue Radikale Rechte und Intellektuelle Neue Rechte. Begriffliche Klärungen und empirische Befunde“, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Hrsg.: Dünkler, Frieder / Geng, Bernd. Godesberg: Forum Verlag, 1999. 17-52
- Gessenharter, Wolfgang: „Rückruf zur ‚selbstbewußten Nation‘. Analyse eines neurechten Frames aus bewegungstheoretischer Sicht“, Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Hrsg.: Hellmann, Kai-Uwe / Koopmans, Ruud. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998.
- Gessenharter, Wolfgang: „Neue radikale Rechte, intellektuelle Neue Rechte und Rechtsextremismus: Zur theoretischen und empirischen Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes“, Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes. Hrsg.: Fröchling, Helmut / Gessenharter, Wolfgang. Opladen: Leske + Budrich, 1998
- Gessenharter, Wolfgang: „Die neue ‚Konservative Revolution‘“, die tageszeitung, 20.07.1997.
- Gessenharter, Wolfgang: „Eine Weltanschauung aus Angst und Abwehr“, Frankfurter Rundschau. Nr. 38 vom 15.02.94. 10
- Gessenharter: „Autoritarismus“, Handwörterbuch der politischen Kultur, Hrsg.: Lippert, Ekkehard, Opladen, 1993. 39-47
- Gessenharter, Wolfgang: „Das Weltbild der ‚Neuen Rechten‘“, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg.: Billing, Werner / Barz, Andreas / Wienk-Borgert, Stephan. Sonderdruck. Baden-Baden: Nomos, 1993. 65-80

- Gessenharter, Wolfgang: „Das Freund-Feind-Denken der Neuen Rechten“, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Hrsg.: Butterwegge, Christoph / Isola, Horst. Bremen: Steintor, 1991.62-71
- Gessenharter, Wolfgang: „Die Parteiprogramme der Rechtsparteien“, Frankfurter Rundschau. Nr. 237 vom 12.10.1991. 14
- Gessenharter, Wolfgang: „Die ‚Neue Rechte‘ als Scharnier zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik“, Gegen Barbarei. Essays Robert M. W. Kempner zu Ehren, Hrsg: Eisfeld, Rainer / Müller, Ingo. Frankfurt a. M.: Athenäum, 1989. 424-452
- Gessenharter, Wolfgang: „Konservatismus und Rechtsextremismus. Nähen und Distanzen“, Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 9 / 1989. 561-570
- Gessenharter, Wolfgang: „Gesellschaftliche Krisen und Autoritarismus“, Entwicklungsprobleme der Industriegesellschaft, Hrsg.: Lehmann, Ch. Würzburg, 1982. 34-37
- Gessenharter, Wolfgang: „Rechtsextremismus“, Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg.: Greiffenhagen, Martin. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1981. 398-401
- Gille, Martina / Krüger, Winfried / Rijke, Johann de / Willems, Helmut: „Politische Orientierungen, Werthaltungen und die Partizipation Jugendlicher: Veränderungen und Trends in den 90er Jahren“, Jugend und Politik: ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, Hrsg: Palentien, Christian / Hurrelmann, Klaus. 2., durchges. Aufl., Neuwied / Kriftel / Berlin: Luchterhand, 1998
- Girnth, Heiko: „Texte im politischen Diskurs. Ein Vorschlag zur diskursorientierten Beschreibung von Textsorten“, Muttersprache, Vierteljahresschrift für deutsche Sprache. Hrsg. Gesellschaft für deutsche Sprache, Jahrgang 106, 1/96. 66-80.
- Good, Colin: „Sprache im totalitären Staat“, Sprache im Konflikt. Zur Rolle der Sprache in sozialen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen. Hrsg. Reiher, R.. Berlin / New York: de Gruyter, 1995. 263-269.
- Hellmann, Kai-Uwe: „Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick“, Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Hrsg.: Hellmann, Kai-Uwe / Koopmans, Ruud. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998. 9-30

- Hethey, Raimund: „Europa? Neue Heimat der Völker und Regionen?“, In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservativismus und Neo-Faschismus, Hrsg.: Hethey, Raimund / Kratz, Peter, Göttingen: Die Werkstatt, 1991. 155-188
- Jäger, Siegfried: „Rechtsextreme Propaganda heute“, Sprache im Konflikt. Zur Rolle der Sprache in sozialen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen. Hrsg. Reiher, R.. Berlin / New York: de Gruyter, 1995. 289-321.
- Jesse, Eckhard: „Die ‚Totalitarismus-Doktrin‘ aus DDR-Sicht“, Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Hrsg.: Jesse, Eckhard. 2.erw. Aufl., Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1999. 458-483
- Klein, Josef: „Textsorten in politischen Institutionen“, Text- und Gesprächslinguistik: 1. Halbband: Textlinguistik, Hrsg: Antos, G. / Brinker, K. / Heinemann, W. / Sager, S. Berlin / New York: de Gruyter, 1999. (im Prozeß der Veröffentlichung)
- Klein, Josef: "Politische Sprachstrategien" Ebenda.
- Klein, Josef: "Sprachwissenschaft". Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: Ein Handbuch mit Lexikon. Hrsg. Jarren, O. / Sarcinelli, U. / Saxer, U. Opladen / Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1998
- Klein, Josef: „Politische Meinungssprache als Mittel von Identifikation und Distanzierung“, Reiher, Ruth / Kramer, U. (Hrsg.): Sprache als Mittel von Identifikation und Distanzierung. Hrsg. Reiher, R. / Kramer, U.. Frankfurt a. M. / Bern: Peter Lang Verlag, 1998. 187-194
- Knapp, Gudrun-Axeli: „Frauen und Rechtsextremismus: „Kampfgefährtin“ oder „Heimchen am Herd“?“, Nationalsozialismus und Moderne, Tübingen, 1993. 208-239.
- Koopmans, Ruud: „Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Mobilisierung und Einwanderungspolitik. Bewegungsanalyse unter dem Gesichtspunkt politischer Gelegenheitsstrukturen“, Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Hrsg.: Hellmann, Kai-Uwe / Koopmans, Ruud. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998. 198-212
- Krettenauer, Tobias / Edelstein, Wolfgang / Dettenborn, Harry / Doil, Beate / Grundmann, Matthias / Schmieschek, Martin: „Die Entwicklung und der Wandel sozio-moralischer Orientierungen von Berliner Jugendlichen im Ost-West-Vergleich“, Psychologische

- Aspekte des soziopolitischen Wandels in Ostdeutschland. Hrsg.: Trommsdorff, Gisela. Berlin: de Gruyter, 1994. 65-76.
- Kriele, Martin: „Verfassungsfeindlicher Extremismus/Radikalismus“ Die Rolle der Sprache in der Politik. München / Wien: Carl Hanser Verlag, 1980. 351-376
- Lenk, Kurt: „Ideengeschichtliche Dispositionen rechtsextremen Denkens“, Aus Politik und Zeitgeschichte / Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Nr. B 9-10 v. 20.02.1998. 13-19
- Lerchner, Gotthard: „Nomination und Semiose. Zur Explikation ihrer kulturell- kommunikativen Geprägtheit“, Nominationsforschung im Deutschen. Festschrift für Wolfgang Fleischer zum 75. Geburtstag. Hrsg. Barz, Irmhild / Schröder, Marianne, Frankfurt a. M.: Peter Lang Verlag, 1997. 147-155.
- Luks, Leonid: „Bolschewismus, Faschismus, Nationalismus – verwandte Gegner?“, Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Hrsg.: Jesse, Eckhard. 2. erw. Aufl., Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1999. 404-420
- Maas, Utz: „Sprache im Nationalsozialismus. Analyse einer Rede eines Studentenfunktionärs“, Sprache im Konflikt. Zur Rolle der Sprache in sozialen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen. Hrsg. Reiher, R.. Berlin / New York: de Gruyter, 1995. 163-170.
- Maas, Utz: „Sprache im Nationalsozialismus: Macht des Wortes oder Lähmung der Sprache“, „Gift, das du unbewußt eintrinkst.“ Der Nationalsozialismus und die deutsche Sprache. Hrsg.: Bohleber, Werner / Drews, Jörg. Bielefeld: Aisthesis, 1991. 25-37
- Meyer, Hartmut: „Faschismus wie eine Mode. Zur Jugendpolitik der Neofaschisten“, In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservatismus und Neo-Faschismus, Hrsg.: Hethy, Raimund / Kratz, Peter, Göttingen: Die Werkstatt, 1991. 275-293
- Pfahl-Traughber, Armin: „Die Erben der ‚Konservativen Revolution‘. Zu Bedeutung, Definition und Ideologie der ‚Neuen Rechten‘“, Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes. Hrsg.: Gessenharter, Wolfgang / Fröchling, Helmut. Opladen: Leske + Budrich, 1998. 77-95
- Pfeiler, Wolfgang: "The Term Facism as a Political Instrument and as a Scientific Category". In: EUROjournal pro management. 2/98. 49–53.

- Rauhut, Michael: „Rockmusik in der DDR. Politische Koordinaten und alltägliche Dimensionen“, Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung, B 28/99 vom 09.07.1999. 32-38
- Reich, Ines: „Das Bild vom deutschen Widerstand in der Öffentlichkeit und Wissenschaft der DDR“, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Hrsg.: Steinbach, Peter / Tuchel, Johannes. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1994.557-571
- Sauer, Wolfgang Werner: „Der Duden im >Dritten Reich<“, Sprache im Faschismus, Hrsg: Ehlich, Konrad, 3. Aufl., Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1995. 104-117.
- Schnabel, Kai / Baumert, Jürgen / Roeder, Peter Martin: „Wertewandel in Ost und West – Ein Vergleich von Jugendlichen in den neuen und alten Bundesländern“, Psychologische Aspekte des soziopolitischen Wandels in Ostdeutschland. Hrsg.: Trommsdorff, Gisela. Berlin: de Gruyter, 1994. 77-93
- Simon, Gerd: „Sprachpflege im >Dritten Reich<“, Sprache im Faschismus, Hrsg: Ehlich, Konrad, 3. Aufl., Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1995. 59-61.
- Skrzydło, Annette / Thiele, Barbara / Wohllaib, Nikola: „Frauen in der Partei ‚Die Republikaner‘: Zum Verhältnis von Frauen und Rechtsextremismus“, AltersWachSinn 33, Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Rautenberg Köln, 1992
- Steinkamp, Günther / Meyer, Thomas: „Politische Sozialisation durch Arbeitslosigkeit“, Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Hrsg.: Claußen, Bernhard / Geißler, Rainer. Opladen: Leske + Budrich, 1996. 321-337
- Stöss, Richard: „Die ‚Neue Rechte‘ im Visier von Sozialwissenschaften und Verfassungsschutz“, Zeitschrift für Parlamentsfragen. Nr. 2/2000. 477-487
- Volmert, Johannes: „Politische Rhetorik des Nationalsozialismus“, Sprache im Faschismus, Hrsg: Ehlich, Konrad, 3. Aufl., Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1995. 137-159.
- Wiesendahl, Elmar: „Parteien als Instanzen der politischen Sozialisation“, Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Hrsg.: Claußen, Bernhard / Geißler, Rainer. Opladen: Leske + Budrich, 1996. 401-424
- Zimmermann, Rüdiger: „Gewalt in der Sprache und durch Sprache“, Wörter in der Politik. Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation, Hrsg.: Diekmannshenke, Hajo / Klein, Josef, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1996

II. Quellenverzeichnis¹

Zeitschriften:

- A 1) „stern“, 3/1999, 14.01.99. 16-22
- A 2) „DER SPIEGEL“, 40/1991, 30.09.91. 30-59
- A 3) „NBI. Neue Bundesländer Illustrierte. Die Zeit im Bild. Sonder-Ausgabe“, 9/1998, ohne weitere Angaben (o.w.A.)
- A 5) „FOCUS. Wahl-Spezial“, 29.09.98, o.w.A.
- A 6) „DER SPIEGEL“, 23/1999, 07.06.99. 50-58
- A 7) „DER SPIEGEL“, 36/1998, 07.09.98. 48-56
- A 8) „stern“, 19/2000, 04.05.2000. 54-64
- A 9) „stern“, 15/2000, 06.04.2000. 32-38
- A 10) „stern“, 8/2000, 17.02.2000. 178 f.
- A 11) „DER SPIEGEL“, 9/2000, 28.02.2000. 30-36
- A 12) „stern“, 7/2000, 10.02.2000, 142-148
- A 13) „stern“, 6/2000, 03.02.2000, 56-60
- A 14) „SPIEGEL REPORTER“, 2/2000, Februar 2000. 46-53 & 118-125
- A 15) „FOCUS“, 21/2000, 15.05.2000, Nr. 20. 22-24
- A 16) „DER SPIEGEL“, Nr. 17/2000, 24.04.2000. 10-11 & 58-60
- A 17) „stern“, Nr. 26/2000, 21.06.2000. 34-48 & 50
- A 18) „DER SPIEGEL“, Nr. 28/2000, 10.07.2000. 37-38
- A 19) „DER SPIEGEL“, Nr. 29/2000, 17.07.2000. 19-20
- A 20) „DER SPIEGEL“, Nr. 14/2000, 03.04.2000. 17
- A 21) „DER SPIEGEL“, Nr. 14/2000, 03.04.2000. 38
- A 22) „DER SPIEGEL“, Nr. 27/2000, 03.07.2000. 76-80
- A 23) „DER SPIEGEL“, Nr. 24/2000, 12.06.2000. 22-28

¹ Ausgewählte Quellen sind nach dem Kriterium der Bedeutsamkeit im Anhang zu finden.

A 24) „DER SPIEGEL“; Nr. 32/2000, 07.08.2000. 22-33

A 25) „DER SPIEGEL“; 35/2000, 28.08.2000. 17

A 26) „stern“; Nr. 36/2 000, 31.08.2000. 31-35

Zeitungen:

B 1) „BILD“; 226/40, 28.9.98

B 2) „DIE WELT“; 226/40, 28.9.98

B 3) „Frankfurter Allgemeine“; 225/40, 28.9.98

B 4) „OSTSEE ZEITUNG“; 226/46, 28.9.98

B 5) „OSTSEE ZEITUNG“; 227/46, 29.9.98

B 6) „OSTSEE ZEITUNG“; 229/46, 1.10.98

B 7) „OSTSEE ZEITUNG“; 230/46, 2.10.98

B 8) „Süddeutsche Zeitung“; 223/54, 28.9.98

B 10) „Süddeutsche Zeitung“; 55/55, 8.3.99

B 11) „Junge Freiheit“; 37/99 vom 10.09.1999, S. 6

B 12) „Junge Freiheit“; 37/98 vom 04.09.1998, S. 1

B 13) „Junge Freiheit“, 36/98 vom 28.08.1998, S. 1

B 14) „Junge Freiheit“; 38/98 vom 11.09.1998, S. 1

B 15) „Junge Freiheit“; 39/98 vom 18.09.1998, S. 1

B 16) „Junge Freiheit“; 37/99 vom 10.09.1999, S. 1

B 17) „Junge Freiheit“; 39/98 vom 18.09.1998, S. 3

B 18) „Frankfurter Rundschau“; 9/2000 vom 12.01.2000,

B 19) „DER TAGESSPIEGEL“; Nr. 17041 vom 04.05.2000, S. 29

B 20) „die tageszeitung“; vom 15./16.01.2000,

B 21) „Frankfurter Rundschau“: „Wenn wir nicht schnell für mehr Lehrer sorgen, suchen sich unsere Kinder selber welche“; Nr. 9/2000 vom 12.01.2000,

- B 22) „Ostseezeitung“: „Unsicherheit befördert extreme Überzeugungen. Greifswalderin befragte Jugendliche“, Nr. 252/46 vom 24./25.10.1998
- B 23) (Zur Wahl in Berlin von Oktober 1999) „Schweriner Volkszeitung“, Nr. 237/54 vom 11.10.1999, o.w.A. (ohne weitere Angaben)
- B 24) „Ostseezeitung“ vom 11.04.2000, S. 3
- B 25) „Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament“, B 28/99 vom 09.07.1999
- B 26) „UN – Unabhängige Nachrichten“, K 3618, 32. Jg., April 2000, Oberhausen
- B 27) „UN – Unabhängige Nachrichten“, K 3618, 32. Jg., März 2000, Oberhausen

ANHANG V

- B 28) „Frankfurter Rundschau“, Nr. 76/30.03.2000. S. 21
- B 29) „Junge Freiheit“, Nr. 42/15.10.1999. S. 1
- B 30) „Das Parlament“, Nr. 19-20/05.-12.05.2000. S. 7
- B 31) „Berliner Morgenpost“ v. 25.06.2000. S. 5
- B 32) „die tageszeitung“ v. 19.07.2000. S. 4
- B 33) „Frankfurter Rundschau“, Internet vom 02.08.2000: „Freiraum für Rechtsextremismus (aus: online-Briefwechsel mit Dipl. Pol. Markus Birzer, Hamburg) (auch: Q 8)
- B 34) „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 26.07.1993.
- B 35) „Frankfurter Rundschau“ Nr. 38 /94. S. 10
- B 36) „die tageszeitung“ vom 20.06.97.
- B 37) „Junge Freiheit“ Nr. 21/21.05.1999. S. 21
- B 38) „Junge Freiheit“ Nr. 29/16.07.1999. S. 18

Parteiperiodika:

- C 1) „NATION und EUROPA. Deutsche Monatshefte“, 4/48, April 98
- C 2) „NATION und EUROPA. Deutsche Monatshefte“, 7-8/48, Juli 98
- C 3) „NATION und EUROPA. Deutsche Monatshefte“, 9/48, Sept. 98

- C 4) „NATION und EUROPA. Deutsche Monatshefte“, 10/ 48, Okt. 98
- C 5) „NATION und EUROPA. Deutsche Monatshefte“, 11-12/48, Nov. 98
- C 6) „EINHEIT UND KAMPF. Das revolutionäre Magazin für Nationalisten“Nr. 17, 1/97, o.w.A.
- C 7) „UiD. CDU-Informationsdienst. Union in Deutschland“, 21/98, 25.6.98
- C 8) „UiD. CDU-Informationsdienst. Union in Deutschland“, 22/98, 2.7.98
- C 9) „UiD. CDU-Informationsdienst. Union in Deutschland“, 23/98, 16.7.98
- C 10) „UiD. CDU-Informationsdienst. Union in Deutschland“, 28/98, 27.8.98
- C 11) „UiD. CDU-Informationsdienst. Union in Deutschland“, 29/98, 3.9.98
- C 12) „UiD. CDU-Informationsdienst. Union in Deutschland“, 30/98, 10.9.98
- C 13) „kompakt & fündig“, Bündnis 90 / Die Grünen – die Bundestagsfraktion, 12/96
- C 14) „kompakt & fündig“, Bündnis 90 / Die Grünen – die Bundestagsfraktion, 1 0/97
- C 15) „kompakt & fündig“, Bündnis 90 / Die Grünen – die Bundestagsfraktion, 1/98
- C 16) „kompakt & fündig“, Bündnis 90 / Die Grünen – die Bundestagsfraktion, 4/98
- C 17) „kompakt & fündig“, Bündnis 90 / Die Grünen – die Bundestagsfraktion, 5/98
- C 18) „kompakt & fündig“, Bündnis 90 / Die Grünen – die Bundestagsfraktion, 6/98
- C 19) „kompakt & fündig. Wir machen die Hochschulreform“, Bündnis 90 / Die Grünen – die Bundestagsfraktion
- C 20) „Himmel und Erde. Grüne Zeitung für Mecklenburg-Vorpommern“, Sept. 98 , o.w.A.
- C 21) „UZ. Magazin unsere zeit. Sozialistische Wochenzeitung“, 3/98, Beilage zur UZ-Zeitung der DKP, o.w.A.
- C 22) „Neues Deutschland“, PDS, 109/99
- C 23) „DIE LIBERALE depesche. Mitgliederzeitung der Freien Demokratischen Partei“ Juli 98, o.w.A.
- C 24) „DIE LIBERALE depesche. Mitgliederzeitung der Freien Demokratischen Partei“ Aug. 98, o.w.A.
- C 25) „Das liberale Mecklenburg-Vorpommern“, Jul./Aug. 98, FDP-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, o.w.A.

- C 26) „Deutsche National-Zeitung“, 31/48, 24.7.98
- C 27) „Deutsche National-Zeitung“, 37/48, 4.9.98
- C 28) „Deutsche Wochen-Zeitung“, 31/41, 24.7.98
- C 29) „DS. Deutsche Stimme. Nationaldemokratische Zeitung“, 9-10/23, Sept./Okt. 98
- C 30) „Der Neue Republikaner“, Nr. 4-5/1999, o.w.A.

Parteiprogramme:

- D 1) Parteiprogramm der Partei „Die Republikaner“ in Auszügen, Internet, 26./27.6.98
(Adresse: <http://republikaner.com/>)
- D 2) „Die Republikaner. Kurzprogramm“ (Hrsg.) DIE REPUBLIKANER, Postfach
410785, 12117 Berlin, o.w.A.
- D 3) „Parteiprogramm der NPD“, Internet, 22.9.98 (Adresse: [http://home.t-online.de/home
National/prog1.htm](http://home.t-online.de/home/National/prog1.htm))
- D 4) „Parteiprogramm NPD“, 2. Aufl., (Hrsg.) NPD-Parteivorstand, Postfach 103528,
70030 Stuttgart, Sept. 97
- D 5) „Partei-Programm“, (Hrsg.) Deutsche Volksunion, Postfach 600464, 81204 München
Sept. 98
- D 6) „Volle Kraft voraus!“ CD-ROM des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpom-
mern mit Wahl- und Parteiprogramm für Bundes- und Landesebene, Wismarsche
Straße 173, 19053 Schwerin
- D 7) „Wir machen uns stark ... für deutsche Interessen“, Parteiprogramm der REPUBLI-
KANER, 1999, o.w.A.
- D 8) Parteiprogramm der NSDAP von 1920 ***ANHANG IIa***
- D 9) Parteiprogramm der Partei DIE REPUBLIKANER von 1987
- D 10) Parteiprogramm der Partei DIE REPUBLIKANER von 1990 ***ANHANG IIa***
- D 11) Parteiprogramm der PDS, 2000
- D 12) Parteiprogramm der FDP: „Wiesbadener Grundsätze für die liberale Bürgergesell-
schaft“ von 1997

- D 13) „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998“, Vorstand der SPD, Öffentlichkeitsarbeit, Ollenhauerstraße 1, 53113 Bonn (auch: E 7)
- D 14) Parteiprogramm der Partei Bündnis 90 / Die Grünen: „Programm zur Bundestagswahl“ von 1998

Wahlprogramme:

- E 1) „Landeswahlprogramm der PDS Mecklenburg-Vorpommern. Kurzfassung“ o.w.A.
- E 2) „Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1998. anders als andere. anders als gedacht. NPD“ V.i.S.d.P.: Lars Käppler, Rötestraße 4, 70197 Stuttgart
- E 3) „Alternativen `98. Wahlprogramm der Partei des Demokratischen Sozialismus zur Bundestagswahl 1998“, Wahlbüro der PDS, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
- E 4) „Es ist *Ihre* Wahl. Das Wahlprogramm der Liberalen zur Bundestagswahl 1998“, F.D.P. Bundesgeschäftsstelle, Adenauerallee 266, 53113 Bonn
- E 5) „DVU-Wahlprogramm 1998“, V.i.S.d.P.: Bruno Wetzels, Paosstraße 2, 81243 München
- E 6) „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Besonders im Osten. SPD-Regierungsprogramm 1998 – 2002“, Programm für Mecklenburg-Vorpommern, SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Lübecker Straße 111-113, 19059 Schwerin
- E 7) „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998“, Vorstand der SPD, Öffentlichkeitsarbeit, Ollenhauerstraße 1, 53113 Bonn
- E 8) „Programm“, Initiative Pro-DM, Internet, 7.9.98 (Adresse: <http://www.prodm.de/programm.htm>)
- E 9) „Volle Kraft voraus!“ CD-ROM des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern mit Wahl- und Parteiprogramm für Bundes- und Landesebene, Wismarsche Straße 173, 19053 Schwerin
- E 10) „DVU-Wahlprogramm Mecklenburg-Vorpommern 1998“, DSZ-Verlag, Paosstraße 2, 81243 München, o.w.A.

Wahlwerbung allgemein:

- F 1) „DER neue REPUBLIKANER. Offizielles Organ der Bundespartei“ inkl. „junge Deutsche. Informationen für junge Wähler“; 9/98, 2. Ausgabe 1998, o.w.A.
- F 2) „WIR. Werte-Informationen-Richtung. Zeitung der CDU Mecklenburg-Vorpommern“; o.w.A.
- F 3) „98. Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Zeitung der PDS zu den Wahlen am 27. September“; o.w.A.
- F 4) Brief von Dr. Bernd Seite an alle Haushalte Mecklenburg-Vorpommerns, o.w.A.
- F 5) „DS Extra. Deutsche Stimme“, Sonderausgabe Mecklenburg-Vorpommern des NPD-Periodikums, Stuttgart: Deutsche Stimme Verlags GmbH, o.w.A.
- F 6) „Legislaturperiode 1994 – 1998. Eine Bilanz des Erfolgs“, Werbemagazin der CDU/CSU, o.w.A. ***ANHANG IIB 6***
- F 7) „Deutsche Wochen-Zeitung“, Sonderausgabe des DVU-Periodikums, DSZ-Verlag, Sept./Okt. 98, o.w.A.
- F 8) „Aufbruch. Die Zeitung der SPD zur Bundestagswahl“, Bonn, April 98, o.w.A.
- F 9) „DS Extra. Deutsche Stimme“, Sonderausgabe zur Bundestagswahl 1998, Wahlausg. 9/98, o.w.A.
- F 10) „NB I. Neue Bundesländer Illustrierte. Die Zeit im Bild. Sonder-Ausgabe“, 9/98, ohne weitere Angaben (o.w.A.)
- F 11) „Wir sind bereit“ 96seitige Broschüre zur Wahlwerbung der SPD, Bonn 1998, o.w.A.
- F 12) „Für Arbeit – neue Wege gehen!“ 46seitige Broschüre zur Wahlwerbung der SPD Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, o.w.A.
- F 13) „Argumente 98. Argumente zur Bundestagswahl 1998. Diskussionspapier des Bundespräsidiums“, 27seitige Broschüre zur Wahlwerbung der Republikaner
- F 14) „DIE WAHL ILLUSTRIERTE. Wahl-Info der CDU“, Union-Betriebs GmbH, Bonn, o.w.A.
- F 15) „An die Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern. Wichtige Unterlagen zu den Wahlen am 27. Sept. 1998“, Brief des DVU-Wahlbüros Schwerin an alle Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern – Inhalt:

- a) Brief
 - b) „DVU lieg vorn“, Flugblatt
 - c) „Was wollen diese Leute durchsetzen?“, Flugblatt zu DVU-Kandidaten
 - d) „DVU-Wahlprogramm Mecklenburg-Vorpommern 1998“
 - e) „Geschenk-Abruf-Karte“; o.w.A.
- F 16) Brief von NPD-Direktkandidat Manfred Roeder „An alle Tagespostbezieher“, 9/98, o.w.A.
- F 17) Brief des Bundesvorsitzenden der Republikaner, Dr. Rolf Schlierer, an alle Haushalte, 9/98, o.w.A.
- F 18) „Informationen für Interessenten“, Broschüre der NPD mit Aufnäher („Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“), NPD-Parteivorstand, Postfach 103528, 70030 Stuttgart, 1. Aufl., 8/98

Wahlwerbung: Anzeigen, Aufkleber

- G 1) „Arbeit zuerst für Deutsche!“, Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge in Vorpommern e.V.; *Ostsee-Anzeiger* vom 23.9.98
- G 2) „Gemeinsam für unser Land“, Anzeige des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern; *Peene-Blitz Greifswald regional* vom 13.9.98
- G 3) „Mit beiden Stimmen blühenden Landschaften wählen!“, Anzeige der CDU; *Ostsee-Anzeiger* vom 23.9.98
- G 4) „Den Herrschenden die Zähne zeigen“, Aufkleber der Vereinigung „direkte aktion“, Sept. 98, o.w.A. ***ANHANG IIb 2***
- G 5) „Lass´ Dich nicht zur Sau machen!“, Aufkleber der DVU zur Wahl in Sachsen-Anhalt 98, Deutsche Volksunion, Postfach 900210, 06054 Halle ***ANHANG IIb 2***
- G 6) „Dampf machen mit Bündnis 90 / Die Grünen“, Anzeige in der Zeitung *Queer*, Ausgabe Ost, Sept. 98, o.w.A.
- G 7) „Wir sind die echte Opposition!“, Aufkleber der NPD, Postfach 1236, 19370 Parchim, 9/98, o.w.A. ***ANHANG IIb 2***
- G 8) „Wir sind die echte Opposition!“, Anzeige der NPD im *Güstrow Express* vom 2.9.98, o.w.A. ***ANHANG IIb 2***

- G 9) „Abschiebestopp für Steuerflüchtlinge!“, Aufkleber der PDS, 9/98, o.w.A.
- G 10) „Reichtum begrenzen, Armut bekämpfen“, Anzeige der PDS im *Peene-Blitz Greifswald regional* vom 13.9.98, o.w.A.
- G 11) „Wir sind bereit“, Anzeige der SPD in der Zeitschrift *Super Illu* vom 3.9.98, o.w.A.
- G 12) „Mehr Arbeit“, Anzeige der SPD im *Peene-Blitz Greifswald regional* vom 13.9.98, o.w.A.
- G 13) „Wir sind bereit“, Anzeige der SPD in der *Schweriner Volkszeitung* vom 18.9.98, o.w.A.
- G 14) „Wir sind bereit“, Anzeige der SPD in der *Schweriner Volkszeitung* vom 15.9.98, o.w.A.

Wahlwerbung: Plakate

- | | |
|--|----------------------------|
| H 1) „Diesmal Protest wählen“, DVU | <i>ANHANG IIb 3</i> |
| H 2) „Kriminalität hart bekämpfen!“, DVU | <i>ANHANG IIb 3</i> |
| H 3) „Weniger Geld ins Ausland ...“, DVU | <i>ANHANG IIb 3</i> |
| H 4) „Wir sind die echte Opposition ...“, NPD | <i>ANHANG IIb 3</i> |
| H 5) „Kämpft mit uns!“, JN | <i>ANHANG IIb 3</i> |
| H 6) „Deutschland uns Deutschen“, NPD | <i>ANHANG IIb 3</i> |
| H 7) „Wir sind die echte Opposition ...“, NPD | <i>ANHANG IIb 3</i> |
| H 8) „Volle Kraft voraus!“, CDU | |
| H 9) „Wir sind die echte Opposition ...“, NPD | <i>ANHANG IIb 3</i> |
| H 10) „Soziale Gerechtigkeit durchsetzen“, NPD | <i>ANHANG IIb 3</i> |
| H 11) „... wir räumen auf.“, NPD | <i>ANHANG IIb 3</i> |
| H 12) „Wir sind die echte Opposition ...“, NPD | <i>ANHANG IIb 3</i> |
| H 13) „Konsequent sozial“, NPD | <i>ANHANG IIb 3</i> |
| H 14) „Kriminelle Ausländer raus!“, REP | <i>ANHANG IIb 3</i> |
| H 15) „Arbeit für Deutsche“, REP | <i>ANHANG IIb 3</i> |

H 16)	„Mehr als nur Protest!“; REP	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 17)	„DM behalten ...“; REP	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 18)	„Deutschland für alle? ...“; REP	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 19)	„Grün ist der Wechsel ...“; Bündnis 90 / Die Grünen	
H 20)	„Grün ist der Wechsel ...“; Bündnis 90 / Die Grünen	
H 21)	„Grün ist Kult“; Bündnis 90 / Die Grünen	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 22)	„Grün ist der Wechsel ...“; Bündnis 90 / Die Grünen	
H 23)	„Grün ist der Wechsel ...“; Bündnis 90 / Die Grünen	
H 24)	„Laßt Euch keine Märchen erzählen!“; Junge Union	
H 25)	„Extrem Mist!“; Junge Union	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 26)	„Volle Kraft voraus ...“; CDU	
H 27)	„Rücksicht macht Schule!“; CDU	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 28)	„Weltklasse für Deutschland“; CDU	
H 29)	„Fit für Europa ...“; CDU	
H 30)	„neuer Aufschwung, neue Arbeit!“; CDU	
H 31)	„Lass´ Dich nicht anzapfen!“; CDU	
H 32)	„Aufschwung wählen!“; CDU	
H 33)	„Frieden wählen!“; CDU	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 34)	„Volle Kraft voraus ...“; CDU	
H 35)	„Es sind Ihre Steuern“; FDP	
H 36)	„Wir oder die“; FDP	
H 37)	„Zeichen setzen!“; PDS	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 38)	„Gebt Ihnen keine Chance!“; PDS	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 39)	„Unsere Kinder sollen eine Zukunft haben!“; PDS	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 40)	„Das erste Mal“; PDS	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 41)	„Rote Socken!“; PDS	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 42)	„Mehr als 5% ...“; PDS	

H 43) „Ausbilden, nicht ausgrenzen“, PDS	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 44) „Frauenland statt Vaterland“, PDS	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 45) „Linksdruck gegen Rechtsruck“, PDS	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 46) „Cool!“, PDS	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 47) „Arbeit muß her!“, PDS	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 48) „Nazis raus aus den Köpfen“, PDS	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 49) „Frauenpower für Frauenrechte!“, PDS	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 50) Ohne uns schnappt jeder Kanzler über.“, PDS	
H 51) „Keine Stimme den Nazis!“, JungsozialistInnen in der SPD	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 52) „Wir sind bereit ...“, SPD	<i>ANHANG IIb 3</i>
H 53) „Wir sind bereit ...“, S PD	
H 54) „Wir sind bereit ...“, SPD	
H 55) „Wir sind bereit ...“, SPD	
H 56) „Wir sind bereit ...“, SPD	
H 57) „Wer Kohl ärgern will, wählt PDS ...“, JungsozialistInnen in der SPD	
H 58) „Visionen wahr machen ...“, JungsozialistInnen in der SPD	
H 59) „Mehr Kraft ...“, SPD	
H 60) „Arbeitslosigkeit aktiv bekämpfen“, SPD	
H 61) „Gemeinsam in eine bessere Zukunft“, AB 2000	
H 62) „Politik, die aufgeht ...“, ödp	
H 63) „Deutschland braucht Jesus“, PBC	
H 64) „Ohne Gott geht alles kaputt“, PBC	
H 65) „Wir sind das Volk!“, P ro DM	

Flugblätter:

- I 1) „Deutschland erneuern. Aufbau Ost“, SPD-Bundestagsfraktion, Fraktionsservice, Bundeshaus, 53113 Bonn, März 98
- I 2) „Deutschland erneuern. Steuerreform“, SPD-Bundestagsfraktion, Fraktionsservice, Bundeshaus, 53113 Bonn, März 98
- I 3) „Der Euro-Wahn macht uns zum Sozialfall“, Initiative Pro D-Mark, 9/98, o.w.A.
- I 4) „Das erste Mal PDS“, PDS, 9/98, o.w.A. **ANHANG IIb 6**
- I 5) „Farbe bekennen“, Parteivorstand der PDS, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, 9/98
- I 6) Flugblatt zum Thema Arbeitslosigkeit, PDS, 9/98, o.w.A.
- I 7) „Alternativen 98“, PDS-Wahlbüro, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, 9/98
- I 8) „Ärmel hoch. Steuern runter.“, F.D.P., 9/98, o.w.A.
- I 9) „Es ist *Ihre* Zweitstimme“, F.D.P., Adenauerallee 266, 53113 Bonn, 9/98
- I 10) „Kampagne `98. Fünf Gründe für die F.D.P.“, F.D.P.-Bundesgeschäftsstelle, Adenauerallee 266, 53113 Bonn, 9/98
- I 11) „Warum DVU wählen?“, DVU, V.i.S.d.P.: Bruno Wetzel, Paosostraße 2, 81243 München, 9/98
- I 12) „DVU. Was wollen die eigentlich wirklich?“, DSZ-Verlag GmbH, Paosostraße 2, 81243 München, 9/98
- I 13) „REP. DIE REPUBLIKANER. WIR stehen zu unserem Wort“, an alle Haushalte, Die Republikaner, Bundesgeschäftsstelle, Schmitt-Ott-Straße 10a, 12165 Berlin, 9/98
- I 14) „Wir halten für Sie den Kopf hin!“, DIE REPUBLIKANER, Bundesverband, Schmitt-Ott-Straße 10a, 12165 Berlin, 9/98
- I 15) „Deutsche Wochen-Zeitung“, DSZ-Verlag, Paosostraße 2 81234 München, Sonderausgabe, an alle Haushalte, Sept./Okt. 98
- I 16) „Politische Plattform“ der PDS-Jugendorganisation „[solid]“, Beilage zum Publikationsorgan „Die Ware“ (M 15)
- I 17) „Neues Jahrtausend, alte Kacke“ der PDS-Jugendorganisation „[solid]“, Beilage zum Publikationsorgan „Die Ware“ (M 15)

TV-Mitschnitte (Transkribierungen: s. Anhang):

- J 1) „Bonn direkt“, 23.8.98, ARD
- J 2) „Die Jahrtausendwahlentscheidung“, 30.8.98, ZDF
- J 3) „Deutschland wählt“, 6.9.98, SAT 1
- J 4) „Zur Landtagswahl in Bayern 1998, 7.9.98, Bayern 3
- J 5) „ARD – Ihre Wahl“, 9.9.98, ARD
- J 6) „ARD – Ihre Wahl. Die Außenseiter“, 14.9.98, ARD
- J 7) „Nazis auf Stimmenfang“, 9.9.98, N 3
- J 8) Diverse Wahlwerbespots vom:
 - a) 31.8.98 (5x) CDU, CDU, SPD, Tierschutzpartei, CSU
 - b) 1.9.98 (6x) REP, DVU, Grüne, PBC, PDS, FDP, b1, b2 **ANHANG IIb 5**
 - c) 2.9.98 (1x) Die Grauen
 - d) 3.9.98 (1x) SPD
 - e) 7.9.98 (2x) Die Grünen, NPD
- J 9) „Hass und Propaganda“, ZDF v. 02.08.2000 (Fromm, Rainer / Kraiker, Gabriele)
- J 10) „Tagesschau“ ARD v. 11.08.2000, 20 Uhr
- J 11) „Presseschau“, ARD v. 13.08.2000
- J 12) „Hitlers Kinder“, ZDF, Fünfteiler von März 2000, jeweils 20.15 Uhr

Rundfunkmitschnitte (Transkribierungen: s. Anhang): Wahlwerbespots

- K 1) REP, Ostseewelle, 8.9.98 **ANHANG IIb 4**
- K 2) CDU, Ostseewelle, 8.9.98
- K 3) DVU, Ostseewelle, 17.9.98 **ANHANG IIb 4**
- K 4) CDU, Ostseewelle, 25.9.98
- K 5) AB 2000, Ostseewelle, 25.9.98

Frauen:

- L 1) „Unser Land braucht DIE REPUBLIKANER“; Republikanischer Bund der Frauen, Postfach 3766, 24036 Kiel, Flugblatt, an alle Haushalte, 9/98
- L 2) „Hallo Frauen, aufgepaßt!“; Republikanischer Bund der Frauen, Postfach 3766, 24036 Kiel, Flugblatt, an alle Haushalte, 9/98
- L 3) „Was ist und was will der Republikanische Bund der Frauen?“; Internet, 22.9.98 (Adresse: <http://www.republikaner.org/repfrauen/1rbf02.htm>)
- L 4) „Die Ziele des RBF“; Internet, 22.9.98 (Adresse: <http://www.republikaner.org/repfrauen/1rbf03.htm>)

Jugend:

- M 1) „Wir haben Dich fest im Blick!“; Flugblatt der Jungen Liberalen, Niebuhrstraße 53, 53113 Bonn, 9/98
- M 2) „junge Deutsche. Informationen für junge Wähler“; Zeitung der Republikaner, Bundesgeschäftsstelle, Postfach 410765, 12117 Berlin, 2. Ausg. 1998, o.w.A.
- M 3) „Mucken statt ducken!“; Aufkleber der Republikanischen Jugend, V.i.S.d.P.: REP Bundesverband 410765, 12117 Berlin, 9/98 ***ANHANG IIb 2***
- M 4) „Der Republikanische Hochschulverband (RHV)“; eine Vorstellung des RHV im Internet, 22.9.98, (Adresse: <http://stud-www.uni-marburg.de/~Rep/rhv.html>)
- M 5) „Wir über uns“; Die Republikanische Jugend im Internet, 22.9.98 (Adresse: http://home.t-online.de/home/republikanische_jugend/wir.htm)
- M 6) „Wofür wir einstehen“; Die Republikanische Jugend im Internet, 22.9.98 (Adresse: http://home.t-online.de/republikanische_jugend/wofuer.htm)
- M 7) „rot(z)frech. Wer sind wir?“; Broschüre des Jugendverbandes der PDS Mecklenburg-Vorpommern, PDS-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern, Obotritenring 169, 19053 Schwerin, 9/98
- M 8) „Wer nicht ausbildet, wird umgelegt“; SPD-Postkarte der JungsozialistInnen, 9/98, o.w.A. ***ANHANG IIb 1***

- M 9) „Junge Freiheit“: „Die Auflösung der Milieus. Wahl ` 98: Jungwähler lassen sich nicht mehr traditionell binden – und wollen radikal wählen“, 37/98 vom 04.09.1998, S. 1 (auch: B 12)
- M 10) „die tageszeitung“: „Ostjugend geht auf Distanz zur BRD“, vom 15./16.01.2000, (auch: B 20)
- M 11) „Frankfurter Rundschau“: „Wenn wir nicht schnell für mehr Lehrer so rgen, suchen sich unsere Kinder selber welche“, vom 12.01.2000. (auch: B 21)

ANHANG IIb 1

- M 12) „Ostseezeitung“: „Unsicherheit befördert extreme Überzeugungen. Greifswalderin befragte Jugendliche“, vom 24./25.10.1998. (auch: B 22)
- M 13) Auszug aus dem Programm der Jungen Liberalen zum Thema „Bürgerrechte-Staatsangehörigkeitsrecht“, Internet (Adresse: <http://www.julis.de/programm.sar.html> vom 10.08.2000)
- M 14) Ausdruck der Rubrik „Wohin bestimmst Du“ aus „Jung & Liberal“Nr. 2/99, Internet (Adresse: <http://www.julis.de/information/jl/index.htm>)
- M 15) „Die Ware“, Zeitschrift der Jugendorganisation „[solid]“, Nr. 2/2000, Juni-Sept. 2000
- M 16) „Wer wir sind und was wir wollen“, ein Informationsblatt der „Grünen Jugend“ von Mai 2000, 3. Aufl.
- M 17) „SPUNK“, Zeitschrift des Grün-Alternativen Jugendbündnisses, Ausg. 17/März 1999
- M 18) „SPUNK“, Zeitschrift des Grün-Alternativen Jugendbündnisses, Ausg. 22/März 2000
- M 19) „Argumente“, Zeitschrift der JungsozialistInnen, Nr. 1/99
- M 20) „Argumente“, Zeitschrift der JungsozialistInnen, Nr. 2&3/99
- M 21) „Argumente“, Zeitschrift der JungsozialistInnen, Nr. 1/2000
- M 22) „update 0.1. Infodienst des Juso-Bundesverbandes“, Nr. 1/Februar 2000
- M 23) „update 0.2. Infodienst des Juso-Bundesverbandes“, Nr. 2/März 2000
- M 24) „update 0.3. Infodienst des Juso-Bundesverbandes“, Nr. 3/Mai 2000
- M 25) Postkarte: „Für Integration und doppelte Staatsbürgerschaft“ der Jusos, 2000
- M 26) „Grundsatzprogramm der Jungen Union Deutschlands“, 1997

M 27) „Die Entscheidung. Magazin der Jungen Union Deutschlands“; Nr. 8/99 von August 1999

M 28) „Die Entscheidung. Magazin der Jungen Union Deutschlands“; Nr. 3/2000 von März 2000

Wahlen:

R 1) „Landtagswahlen in Schleswig-Holstein“; Internet (Adresse: <http://www.tagesschau.de> vom 28.02.2000, 19:58 Uhr; Tagesschau Thema)

R 2) (Zur Wahl in Berlin von Oktober 1999), „Schweriner Volkszeitung“, Nr. 237 /54 vom 11.10.1999. (auch: B 23)

R 3) (Zur Wahl im Berliner Abgeordnetenhaus), Internet (Adresse: : <http://www.tagesschau.de> vom 10.10.1999)

R 4) (Zur Landtagswahl in Thüringen), Internet (Adresse: : <http://www.tagesschau.de> vom 15.09.1999, 02:15 Uhr)

R 5) (Zur Landtagswahl in Sachsen), Internet (Adresse: : <http://www.tagesschau.de> vom 20.09.1999, 20:00 Uhr)

R 6) (Zur Landtagswahl in Brandenburg), Internet (Adresse: : <http://www.tagesschau.de> vom 06.09.1999, 00:11 Uhr)

R 7) (Zur Landtagswahl im Saarland), Internet (Adresse: : <http://www.tagesschau.de> vom 06.09.1999, 20:26 Uhr)

R 8) „Geringe Wahlbeteiligungen im Saarland und in Brandenburg“, Internet (Adresse: <http://www.tagesthemen.de/archiv/1999/09/05/aktuell/meldungen/wahllokal2?layout=print>)

R 9) „Proteste gegen Recht im Landtag“, Internet (Adresse: <http://www.tagesthemen.de/archiv/1999/09/05/aktuell/meldungen/dvu?layout=print>)

R 10) „Nordrhein- Westfalen: Waterloo im roten Stammland“, Internet (Adresse: <http://www.focus.de/D/DI/DIE/DIE03/die03.htm>) v. 21.05.2000

R 11) NRW-Wahlanalyse, Internet (Adresse: http://www.tagesschau.de/archiv/themenar...tere_texte/waehlerverhalten?layout=print) v. 21.05.2000

- R 12) „Bundestagswahl. Vorläufiges amtliches Endergebnis 1998“, Internet, 28.9.98
(Adresse: <http://www.spiegel.de/homepage/home/index.phtml>)

Verfassungsschutz:

- N 1) „Jahresbericht des Verfassungsschutzes vorgelegt“, Internet, 25.3.99 (Adresse: http://www.spiegel.de/homepage/deutschland/verfassungsschutz_in.html)
- N 2) „Geh Rechtsextremisten nicht ins Netz“, Internet, 5.3.99 (Adresse: <http://www.verfassungsschutz.de/navseite.htm>)

Vorträge

Zum Thema „Rechtsextremismus und Wahlen“ auf gleichlautender Tagung in Rostock am 17. und 18. Juni 1999

- P 1) Flenker, Michael (Regierungsdirektor, Innenministerium, Schwerin): „Rechtsextreme Organisationen in Mecklenburg-Vorpommern“
- P 2) Kanehl, Jürgen (Bürgermeister, Wolgast): „Erfahrungsbericht“
- P 3) Minkenberg, Michael (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.): „Rechtsradikale Bewegungen in Europa und den USA“
- P 4) Stöss, Richard (FU Berlin): „Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“
- P 5) Voigt, Peter (Universität Rostock): „Arbeitslosigkeit – Folgen und Ansätze zu ihrer Überwindung“
- P 6) Wagner, Bernd (Zentrum Demokratische Kultur, Berlin): „Rechtsextremismus und Jugendszene“

Zum Thema „Gesellschaft im Wandel – Sozialstaat neu gestalten“ auf gleichlautender Tagung in Köln am 29./30.03.2000

- P 8) Münchmeier, Richard (FU Berlin, Mitautor der 13. Jugend Shell Studie) über die Shell Studie 2000

Sonstige Vorträge:

- P 7) Gessenharter, Wolfgang: „Ideologie und Organisation der ‚Neuen Rechten‘ und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft. Hamburg, 20.01.2000

Tonträger (1997-2000)²:

- S 1) Endstufe: Wir sind die Straße
- S 2) Endstufe: Kohle und Stahl ***ANHANG IIIb***
- S 3) Endstufe: Triumphzug
- S 4) Endstufe: Wir kriegen euch alle ***ANHANG IIIb***
- S 5) Kraftschlag: Deutsch geboren
- S 6) Landser: Deutsche Wut
- S 7) Freikorps: Eisernes Kreuz ***ANHANG IIIb***
- S 8) Stahlgewitter: Germania
- S 9) MAEX (Mobile Aufklärung Extremismus in MV): Schulungs-MC (Rechtsrock)
ANHANG IIIb
- S 10) MAEX: MC (rechte Liedermacherei)
- S 11) Die Ärzte: Schrei nach Liebe
- S 12) Die Toten Hosen: Sascha
- S 13) Freundeskreis: Leg‘ dein Ohr auf die Schiene der Geschichte ***ANHANG IIIb***
- S 14) Heinz Rudolf Kunze: Aller Herren Länder ***ANHANG IIIb***
- S 15) pe werner: das wüste lebt ***ANHANG IIIb***

Korrespondenzen:

- Q 1) Media Datenverlagsgesellschaft, Korrespondenz von Februar 2000 zur Auflagenstärke rechtsradikaler Zeitungen und Zeitschriften
- Q 2) DSZ-Verlag, Korrespondenz von Dezember 1999 zur Auflagenstärke rechtsradikaler Zeitungen und Zeitschriften
- Q 3) Nation und Europa Verlag GmbH, Korrespondenz von Dezember 1999 zur Auflagenstärke rechtsradikaler Zeitungen und Zeitschriften ***ANHANG IV***

² Bei den Tonträgern S 1 bis S 8 handelt es sich um Alben mit mehreren Einzeltiteln, S 9 und S 10 sind Sampler und S 11 bis S 15 sind Einzeltitel.

- Q 4) gesammelte online-Korrespondenz mit Bernd Wagner, heute Vorsitzender des Berlin Brandenburger Bildungswerkes und des Zentrums Demokratische Kultur (Schwerpunkt: Aufklärung von Rechtsextremismus), ehemals bei der Kripo der DDR (Fachgebiet: Rechtsextremismus und Jugendkriminalität), dazwischen Leiter der Abteilung Staatsschutz der neuen Bundesländer
- Q 5) Statistisches Bundesamt, Korrespondenz von Dezember 1999 zur Ausländer- und Asylthematik
- Q 6) Bundesanstalt für Arbeit, Korrespondenz von Mai 2000 zur Ausländer- und Asylthematik
- Q 7) Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg, Korrespondenz von Mai/Juni 2000 zu Rechtsrock (Übersendung von Tonträgern S 1 bis S 3 und S 5 bis S 8 sowie Texten und Liste aller indizierten Titel)
- Q 8) „Frankfurter Rundschau“, Internet vom 02.08.2000: „Freiraum für Rechtsextremismus (aus: online-Briefwechsel mit Dipl. Pol. Markus Birzer, Hamburg) (auch: B 33)
- Q 9) Korrespondenz mit SPD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin von Juli/Aug. 2000
- Q 10) Korrespondenz mit PDS-Bundesgeschäftsstelle in Berlin von Juli/Aug. 2000
- ANHANG IV**
- Q 11) Korrespondenz mit CDU/CSU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin von Juli/Aug. 2000
- ANHANG IV**
- Q 12) Korrespondenz mit den Jungen Liberalen-Bundesgeschäftsstelle in Berlin von Juli 2000
- Q 13) „Frankfurter Rundschau“, Internet vom 02.08.2000: „Freiraum für Rechtsextremismus (aus: online-Briefwechsel mit Dipl. Pol. Markus Birzer, Hamburg)
- Q 14) Telephonat mit Buchdienst Nation&Europa v. 31.07.2000, 17 Uhr
- Q 15) Telephonat mit Junge Freiheit Verlag GmbH v. 01.08.2000, 12 Uhr
- Q 16) Telephonat mit Johanna Wille-Kuhn von der PDS Neuwied v. 14.08.2000, ca. 16 Uhr

Sonstige Quellen:

- O 1) „Bundestagswahl. Vorläufiges amtliches Endergebnis 1998“; Internet, 28.9.98
(Adresse: <http://www.spiegel.de/homepage/home/index.phtml>)
- O 2) „DVU in den Bundestag. Ihre persönliche Bestellkarte“; Werbepostkarte der DVU,
9/98, o.w.A.
- O 3) „Euro inside“; Euro-Geldscheinmuster, Werbeaktion von Tilo Braune, Mitglied des
Deutschen Bundestages, SPD, 9/98, o.w.A.
- O 4) „Zeig den Rechten die rote Karte“; SPD-Spielkarte mit Argumenten gegen Rechts,
9/98, o.w.A. ***ANHANG IIb 1***
- O 5) „Wir geben Ihnen neun gute Gründe, SPD zu wählen. Der zehnte heißt Kohl“; SPD-
Spielkarte, 9/98, o.w.A.
- O 6) „Gutschein-Karte“; Deutsche Volksunion, Postfach 110734, 19007 Schwerin, 9/98,
o.w.A.
- O 7) „Wir geben Ihrem Zuhause eine Zukunft!“; Internet, 25.9.98, Hauptseite der REP
(Adresse: <http://www.rep.de/index.htm>)
- O 8) Roman Herzog zum „Gedenken an Holocaust“; Internet, 29.3.99 (Adresse: <http://www.tagesschau.de/ts/archiv/1999/Jan/27/nm-0030/M/kolumbien.html>)
- O 9) „Integration und Staatsangehörigkeit. Fragen & Antworten“; Broschüre, CDU-
Bundesgeschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, o.w.A.
- O 10) „Deutsche Wehrmacht im Urteil des Auslands“; DVU, DSZ-Verlag GmbH, Paoso-
straße 2, 81243 München, o.w.A.
- O 11) „Zeitung an der Küste“; Zeitung des DGB in Mecklenburg-Vorpommern, 98, o.w.A.
- O 12) „Zeitung an der Küste“; Zeitung des DGB in Mecklenburg-Vorpommern, 98, o.w.A.
- O 13) „Rot-braune Debatte“; Internet (Adresse: <http://www.spiegel.de/spiegel/deutschland/4464.html>), 28.9.98
- O 14) „Kontroverse um ausländische Computerexperten“; Internet (Adresse: <http://www.tagesschau.de/archiv/2000/03/15/aktuell/meldungen/greencard?layout=prin>)
- O 15) „Ausländerbericht“; Internet (Adresse: <http://www.tagesschau.de/archiv/2000/02/...bericht.html?list=TS-XA-2000209-57671>),

- O 16) „Rechtsruck in der Schweiz – Israel besorgt“, Internet (Adresse: <http://www.tagesthemen.de/archiv/1999/10/25/aktuell/meldungen/schweiz?layout=print>)
- O 17) „Scharping zu Bundeswehr“, Internet (Adresse: <http://www.tagesschau.de/archiv/2000/04/...ts-2000/meldungen/scharping?layout=prin>)
- O 18) „Urteil gegen rechte Schläger“, Internet (Adresse: <http://www.tagesschau.de/archiv/2000/04/...ts-2000/meldungen/vietnam?layout=prin>)
- O 19) „Holocaust-Leugner verliert vor Gericht“, Internet (Adresse: <http://www.tagesschau.de/archiv/2000/04/...ts-2000/meldungen/irving?layout=prin>)
- O 20) „Holocaust-Leugner verliert vor Gericht“, Internet (Adresse: <http://www.tagesschau.de/archiv/2000/04/...en/tt-2230/meldungen/irving?layout=prin>)
- O 21) „CDU zur Bildungspolitik“, Internet (Adresse: <http://www.tagesschau.de/archiv/2000/04/...n/tt-2230/meldungen/bildung?layout=prin>)
- O 22) „Arbeitslosenzahl knapp unter vier Millionen“, Internet (Adresse: <http://www.tagesschau.de/archiv/2000/05/...uell/meldungen/arbeitsmarkt?layout=prin>)
- O 23) „Institute sehen Aufwärtstrend für deutsche Wirtschaft“, Internet (Adresse: <http://www.tagesschau.de/archiv/2000/04/...ldungen/Fruehjahrgutachten?layout=prin>)
- O 24) „Berufsbildungsbericht verabschiedet“, Internet (Adresse: <http://www.tagesschau.de/archiv/2000/04/...ell/meldungen/berufsbildung?layout=prin>)
- O 25) Arbeitserlaubnis für Asylbewerber, Internet (Adresse: <http://www.tagesschau.de/archiv/2000/05/19/aktuell/meldungen/asyl?layout=prin>)
- O 26) Homepage des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung, Internet (Adresse: <http://www.uni-duisburg.de/FB3/GERM/personen/jaeger.html> vom 29.06.2000)
- O 27) Homepage zur Erläuterung von Populärmusikgenres, Internet (Adresse: <http://www.laut.de/lautwerk> vom 29.06.2000)
- O 28) Homepage „nazis-raus“, Internet (Adresse: <http://www.nazis-raus.de> vom 19.07.2000)
- O 29) Homepage der Band „Die Ärzte“, Internet (Adresse: <http://www.dieaerzte.de> vom 19.07.2000)
- O 30) Homepage vom Liedermacher Frank Rennicke, Internet (Adresse: <http://www.frank-rennicke.de/wer.htm> vom 07.07.2000)

- O 31) Homepage vom Informations- und Kommunikationsmedium für Politik, Umwelt und Kultur e.V., Internet (Adresse: <http://www.nadeshda.de> vom 19.07.2000)
- O 32) „Pühses Liste“, CD-Vertrieb, 1/99 v. Jan./Feb. 1999, Deutsche Stimme Verlag
- O 33) Pressedienst des Deutschen Bundestages (Pressezentrum, Platz der Republik 1, 11011 Berlin) vom 13.04.2000: „Regierung soll Extremismus entschlossen bekämpfen (Antrag)“
- O 34) „Sorge über Rassenhass im Internet“, Internet (Adresse: <http://www.tagesschau.de/> vom 26.06.2000)
- O 35) CDU-Homepage: „Verfassungsschutz und Polizei im Kampf gegen rechts stärken“, Internet (Adresse: <http://www.cdu.de> vom 01.08.2000)
- O 36) Homepage von Bündnis 90 / Die Grünen: „Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen“, Internet (Adresse: <http://www.gruene.de> vom 01.08.2000)
- O 37) PDS-Netz, Internet (Adresse: <http://www.pdsnetz.de/jugendtag/index.htm> vom 27.07.2000)
- O 38) Cartoon gegen Rechtsextremismus auf der FDP-Homepage, Internet (Adresse: <http://www.fdp.de/portal/index.phtml> vom 10.08.2000) **ANHANG V**
- O 39) „Stoppt den Terror“, Interview mit Bernd Wagner, „stern-„Homepage, Internet (Adresse: <http://www.stern.de/magazin/gewalt/2000/06/20/interview.htm>) vom 08.09.2000
- O 40) Homepage des Aussteigerprogramms „Exit“, Internet (Adresse: <http://www.exit-deutschland.de>) vom 08.09.2000
- O 41) „1. Erfahrungsbericht MAEX“ vom Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern, Abt. 3 vom 01.08.1999 inkl. „Zweiter Erfahrungsbericht“ der Kriminalpolizeiinspektion Neubrandenburg (MAEX) vom 18.10.1999
- O 42) „Schily verbietet rechtsextremistische Organisation“, Internet (Adresse: <http://www.tagesschau.de/archiv/2000/09/14/aktuell/meldungen/verbot?/layout=print>), vom 14.9.2000

Rf) Reichverfassung (100-Tage-Programm) **ANHANG IIa**

Anhang*

- I Verlage
- II a) Auszüge aus Parteiprogrammen und der Reichsverfassung (100-Tage-Programm)
 b) Wahlwerbung: 1) Anzeigen und Postkarten
 2) Aufkleber
 3) Wahlplakate
 4) Rundfunk-Mitschnitte
 5) TV-Mitschnitte
 6) Sonstige Wahlwerbung
 c) Quantitative sprachwissenschaftliche Ergebnisse
- III a) Beispielfragebogen und Zählergebnisse
 b) Songtexte
 c) Indizierungsliste
- IV Korrespondenzen
- V Sonstiges

* In diesem Anhang sind ausgewählte Quellen nach dem Kriterium der Bedeutsamkeit hinterlegt

Anhang I

Rechte Verlage

- 1) Medienkonzern *Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH* (DSZ-Verlag) sowie *Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH* (FZ-Verlag) mit Sitz in München; Betreiber: Dr. Gerhard Frey (Vors. der DVU); eine bedeutende Funktion erfüllen die Zeitungen „Deutsche Nationalzeitung“ (Aufl. ca. 70.000) und „Deutsche Wochenzeitung“ (Aufl. ca. 30.000); Frey verbreitet in großem Umfang rechtsextremistische Bücher, Filme, Videos, Schallplatten, Medaillen und Fahnen (Schwerpunkt: NS-Zeit, bes. SS; auch Schirinowskij ist häufig in der Nationalzeitung vertreten und wird im DSZ-Verlag verlegt).
- 2) *Althans Vertriebswege und Öffentlichkeitsarbeit (AVÖ)* mit Sitz in München und *Deutsches Jugendbildungswerk (DJBW)* mit Sitz in Huglfing/Bayern; der 1966 geborene Betreiber Ewald Bela Althans, der mehrere Sprachen spricht, vertreibt neonazistische Literatur, Platten, Videofilme und Ausrüstungsgegenstände.
- 3) In Deutschland werden darüber hinaus zum Beispiel vom *Nation und Europa-Verlag* in Coburg und vom *Remer-Heidke-Verlag* / Bad Kissingen negationistische Werke vertrieben.
- 4) Die *Verlagsgemeinschaft Berg* wurde 1991 in Berg am Starnberger See gegründet. In ihr haben sich mehrere rechtsextreme Verlage zusammengeschlossen:
 - a) Der *Druffel-Verlag* wurde 1952 von Helmut (bis 1945 Reichspressechef) und Ursula Sündermann gegründet (Schwerpunkt: Memoiren bedeutender SS-Größen wie z.B. Ilse Heß und Joachim von Ribbentrop)
 - b) Der *Türmer-Verlag* wurde 1949 von dem Philosophieprofessor Herbert Böhme gegründet (Schwerpunkt: apologetische Literatur)
 - c) Den *Vorwinkel-Verlag* gab es schon in der Weimarer Republik, und er wurde 1952 von Kurt Vorwinkel wiedergegründet. Die Publikationen des Verlages dienen vorrangig der Verschleierung und Verfälschung der geschichtlichen Realitäten in der Zeit der NS-Diktatur. Es werden allerdings auch Bücher wie „Jugendliche gegen Hitler“ verlegt.

- d) Der *Diagnosen-Verlag* Leonberg, der von Ekkehard Franke-Gricksch geleitet wird, publiziert vor allem Bücher mit rechtsextremem Inhalt. Außerdem gibt der Verlag seit 1974 die Zeitschrift CODE=Conföderation organisch denkender Europäer (vormals: Diagnosen. Das zeitkritische Magazin, davor: Gesunde Medizin), die seit 1992 nur noch im Abonnement, aber in mehreren tausend Exemplaren, erscheint und vorwiegend von Aktivisten der rechtsextremen Szene bezogen wird. CODE ist eng mit dem rechtsextremen US-Nachrichtenmagazin The Spotlight und dem Journal of Historical Review des Institute for Historical Review in den USA verbunden. In der BRD gibt es seitens des Verlages nur wenige Kontakte zu rechtsextremen Vereinigungen.
- e) *Grabert Verlag*: s. Kopie
- f) *Verlag Hohe Warte*: s. Kopie
- g) *Nation Europa Verlag*: s. Kopie
- 5) Der *Arndt-Buchdienst* ist in Kiel ansässig und wird von Dietmar Munier geführt (aktiv für Dt. Liga f. Volk u. Heimat, gute Kontakte zur Berliner Kultur-gemeinschaft, Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk u. Paneuropaunion), Das Verlags- u. Vertriebsprogramm bedient das rechtsextreme Spektrum ebenso wie Nostalgiker und umfaßt Bücher, Videos, Bildbände, Kalender, Schallplatten und Bilder (Schwerpunkte: Kriegsschuld, Revisionismus, Ost- gebiete, Heimatromantik)
- 6) Die *Dr. Böttiger Verlags GmbH* zählt zur LaRouche-Gruppe und ist Hrsg. Der Wochenzeitung „Neue Solidarität“ und weiteren Schrifttums, vor allem Buchpublikationen der Gruppe
- 7) In Herford bzw. Detmold-Pivitsheide unterhalten die Nationalistische Front den *Klartext-Verlag* (es gibt eine gleichnamige Zeitschrift), in dem Kataloge und Devotionalien sowie einige einschlägige Zeitschriften vertrieben werden
- 8) Studienzentrum Weikersheim
- 9) Deugro-Verlag

Anhang II a: Auszüge aus Parteiprogrammen und der Reichsverfassung (100-Tage-Programm)

Parteiprogramme:

8. Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

9. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.

10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen. Daher fordern wir:

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Berechnung der Zinsknechtschaft.

12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.

14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Alters-Versorgung.

16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzins und Verhinderung jeder Bodenspekulation.*

* Zu diesem Programm hat Adolf Hitler am 13. April 1928 folgende Erklärung verlautbart:

Erklärung:

Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der N.S.D.A.P. von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig. Da die N.S.D.A.P. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung“ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten

2. Programm und Ideologie der NSDAP

a) Das Parteiprogramm der NSDAP vom 25. 2. 1920

Nr. 61

Das Programm der Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeit-Programm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungs-Überschusses.

4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen.

6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.

Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten.

7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.

106

an: Kuhl, R., bei der Tardis

107

18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.
19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.
20. Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellung zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volkswirtschaftswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erlassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.
21. Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Erziehung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugend-Ausbildung beschaffenden Vereine.
22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.
23. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß:
- a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,
 - b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden,

lichten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften.

München, den 13. April 1928
gez. Adolf Hitler.

- c) jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes, sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich.
- Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literatur-Richtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.
24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.
- Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage Gemeinnutz vor Eigennutz.

25. Zur Durchführung alles dessen fordern wir: Die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen.

Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

(Aus: G. Feder, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, München 1934, S. 15 ff.)

Bezeichnend für die Eliminierung „linker“ Elemente ist die 1928 verkündete parteioffizielle „Erklärung“ zu Punkt 17.

Deutschlands völkerrechtliche Lage

In Anlehnung an Prof. Dr. Blumenwitz - Denke ich an Deutschland - Kartenteil, erschienen in der Bayer. Landeszentrale für politische Bildung, München 1988.

Die Deutsche Frage bleibt bis zu einem Friedensvertrag offen!

- ① Helgoland ist seit 1.3.1952 wieder deutscher Gebietshoheit unterstellt.
- ② Die deutsch-deutsche Grenze bleibt trotz Grenzprotokoll vom 29.11.1978 rechtlich offen. Der Elbe-Grenzbereich ist unregelt.
- ③ 1949 an der Westgrenze vorgenommene Änderungen konnten zum Teil durch Verträge in den Jahren 1956-1960 mit den Beneluxstaaten wieder rückgängig gemacht werden.
- ④ Nach Saarabstimmung am 23.10.1955 wird das Saarland durch deutsch-französische Verträge vom 27.10.1956 wieder deutsches Bundesland.
- ⑤ Das Mundat-Waldgebiet wird durch deutsch-französische Verständigung am 18.2.1966 wieder deutsch.
- ⑥ Laut österreichischem Staatsvertrag vom 15.5.1955 besteht zwischen Deutschland

und Österreich Anschlußverbot. Diese Regelung gab es schon nach dem Ersten Weltkrieg.

- ⑦ Eine Gesamtdeutsche Regierung wird zu prüfen haben, welche völkerrechtliche Bedeutung der Prager Vertrag vom 11.12.1973 bezüglich des Münchner Abkommens vom 29.9.1938 hat.
- ⑧ Die Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes bleibt bis zum Friedensvertrag bestehen. Sie umfaßt alle Statusfragen Deutschlands. Daher ist die Deutsche Frage absolut offen. Das gilt für die Memelland-Problematik, für die deutschen Ostgebiete insgesamt und auch für Berlin. Die Friedensvertragsvorbehalte bezüglich aller Grenzen Deutschlands können durch einseitige Verzichtserklärungen der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer Politiker nicht berührt werden.

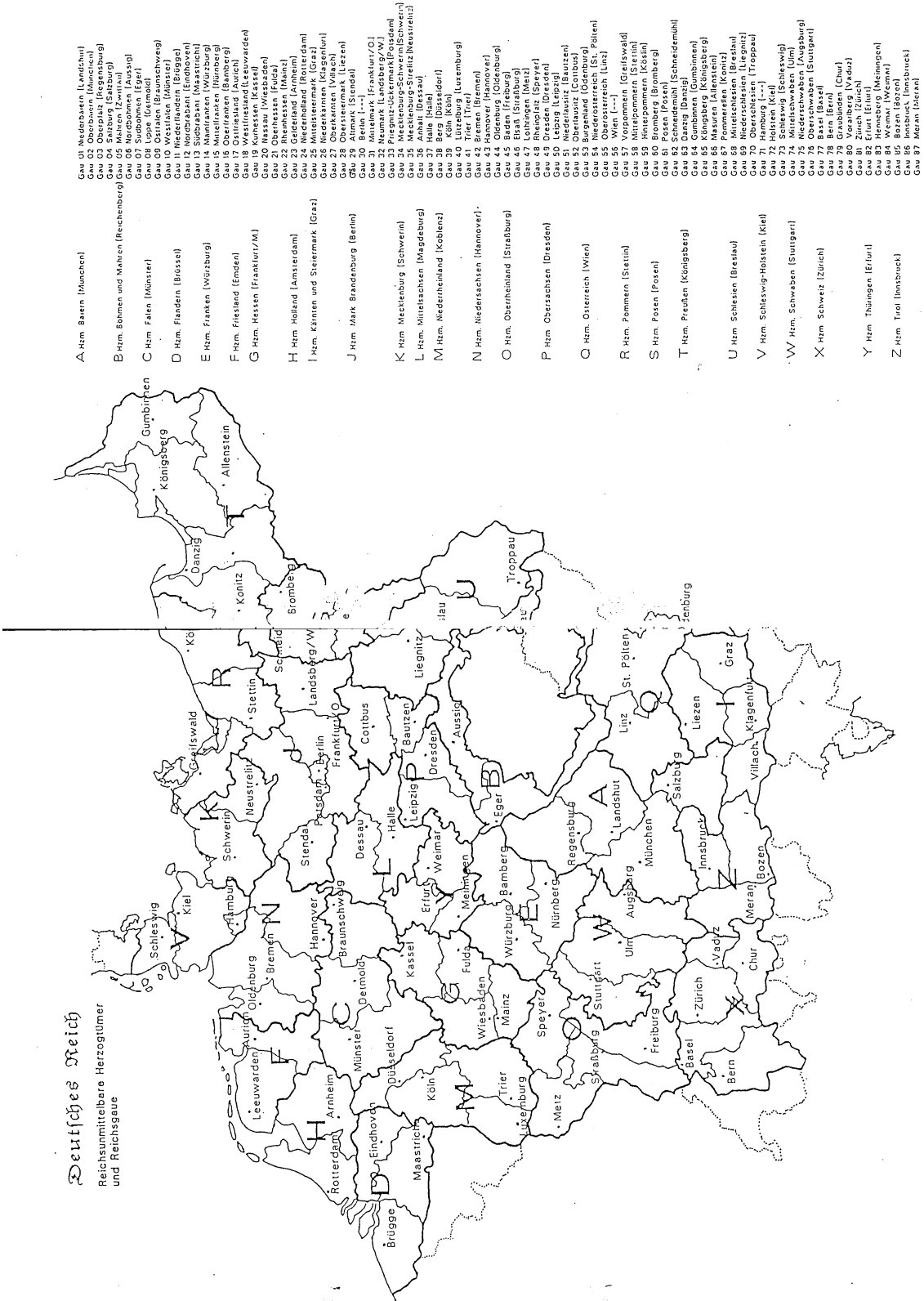
Zur Vorstellung der REPUBLIKANER über die nationalen Grenzen Deutschlands (aus dem Parteiprogramm der REPUBLIKANER von 1990; Quelle Nr. D10)

Reichsverfassung:

Rf1



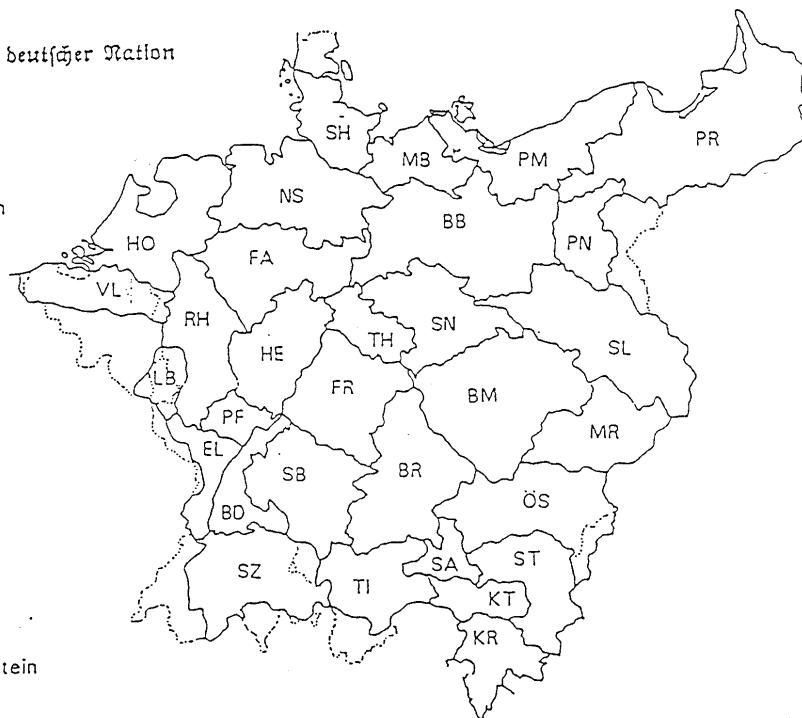
NORDISCHE ZUKUNFT erscheint vierteljährlich und wird herausgegeben vom NORDISCHEN RING e.V., Postfach 530408; 2000 Hamburg 53, Postgirokonto: Hamburg Nr.496 88-200 (BLZ 200 100 20). Mitglieder und Förderer des Nordischen Ringes erhalten die Nordische Zukunft kostenlos geliefert. Sonstige Bezieher haben jährlich DM 10,- (einschließlich Porto und Versand) zu zahlen. Bei Nachbestellungen gegen Vorkasse: 1 Ex. DM 2,50 (Doppelnummern DM 5,-), 5 Ex. derselben Nr. DM 10,- (bzw. bei Doppelnummern DM 20,-), 10 Ex. ders.Nr. DM 15,- (bzw. DM 30,-). Schriftleiter und ViSdP: Jürgen Rieger, 2000 Hamburg 55





Mitteleuropäisches Reich deutscher Nation
(Deutsches Reich)

- BB - Brandenburg
- BD - Baden
- M - Böhmen
- BR - Baiern
- EL - Elsaß-Lothringen
- FA - Falen
- FR - Franken
- HE - Hessen
- HO - Holland
- KR - Krain
- KT - Kärnten
- LB - Lützelburg
- MB - Mecklenburg
- MR - Mähren
- NS - Niedersachsen
- ÖS - Österreich
- PF - Pfalz
- PM - Pommern
- PN - Posen
- PR - Preußen
- RH - Rheinland
- SA - Salzburg
- SB - Schwaben
- SH - Schleswig-Holstein
- SL - Schlesien
- SN - Sachsen
- ST - Steiermark
- SZ - Schweiz
- TH - Thüringen
- TI - Tirol
- VL - Flandern



----- Ländergrenzen
..... Grenzen von 1871

REINHOLD OBERLERCHER / DAS ABC DER POLITISCHEN BEGRIFFE

ABSOLUTISMUS, Entartung des →Eratismus, totalitäre Staatlichkeit, die sozial zu einer →Diktatur der →Staatsklasse führt.

ADEL, Gesamtheit der Edlen eines Volkes, die durch Zucht und Tucht hervortreten. Ihren Taten folgt das Heil. Sie sind vorbestimmt, das Volk zu führen. Folgt das Heil ganzen Familien, entsteht ein Geburtsadel. Heilsunabhängige Geburtsvorrechte bestimmter Familien erzeugen eine „Mondscheinaristokratie“ (Ortega y Gasset). Geburtsvorrechte sind eine Entartung und zeugen Unheil. Soziale Voraussetzung des Adels ist seine Abkömmlichkeit für allgemeine Aufgaben.

ANARCHISMUS, Weltanschauung der Herrschaftslosen, die vom Staatshaushalt leben, ohne im Staatsdienst zu stehen und ohne Staatsaufgaben zu erfüllen. Gegenbegriff zum →Eratismus. Anarchismus und Eratismus zusammen bilden die Transferklasse und führen gegeneinander einen Klassenkampf um die Aufteilung des öffentlichen Transfers. Als zur Alleinherrschaft strebende Kraft ist der Anarchismus eine parasitäre Entartung und der Gegenbegriff zum →Absolutismus.

ANGRIFF, ein möglicher →Begriff im Entstehen.

ANRECHT, ein →Recht, das jemandem zukommt. Einkommendes Recht.

ANRECHTSQUELLEN, die →Rechtsbildungsfaktoren oder sog. Staatselemente →Staatsgebiet, →Staatsmacht und →Staatsvolk.

ANSIEDLUNG, Bewohnung eines Ortes als eines gezeitigten Raumes in eingeräumter Zeit; Raum-Zeit-Konkretion der Siedlung.

ANSTALTEN (des öffentlichen wie privaten Rechts), Handlungersatzmittel oder poliüsche Maschinen. Aufgabenerledigungsapparate als →Rechtssubjekte ohne →Autonomie. Anstalten sind im Innem →Systeme, aber keine →Ordnungen.

AUSSENPOLITIK, internationale →Rechtsverhältnisse und -verkehre durch den →Staat oder durch →Privatpersonen.

AUSSENRECHT, ein →Exportrecht, das seine →Eigen-

tumsgröße in tendentiell allen konvertiblen →Nationalnormen ausdrückt. Internationales Vorrechtsverhältnis (→Privileg).

AUTARKIE, wirtschaftliche Selbstversorgung auf verschiedenen Ebenen des Gemeinwesens, etwa als Familienautarkie (Haushalt), Dorfautarkie (Haushaltsverbund) oder Volksautarkie (Volkswirtschaft, geschlossener Handelsstaat). Autark im weiteren Sinne sind alle Wirtschaftseinheiten, bei denen die Marktwirtschaft der Eigenwirtschaft untergeordnet ist. Gegenbegriff zu →Freihandel, der immer von Marktführern vertreten wird.

AUTONOMIE, Selbstgesetzlichkeit oder Eigenmaßgeblichkeit, mit →Autarkie wesensverwandt. Wer eine Eigenwirtschaft führt, der ist ihr Gesetzgeber. Als Recht der persönlichen Selbstentfaltung wie als Privatrechtsautonomie hat autonomes Denken einen hohen Stellenwert im liberalen Einzelmensch-Bewußtsein.

BEGRIFF, ein auf Dauer gestellter →Angriff, entweder aus sich heraus zu weiterer Selbstentfaltung, also ein Selbstangriff, oder auf einen Gegenbegriff. Der vom Begriff auf Dauer angegriffene Gegenbegriff kann ein systemisch notwendiger, nichtantagonistischer, oder ein systemfremder, antagonistischer Gegenbegriff sein. Bei Systembegriffen sind alle Begriffe fremder Systeme antagonistische Gegenbegriffe, bei Ordnungsbegriffen ist allein der Begriff des Systems antagonistischer Gegenbegriff.

BELLIZISMUS, Störung des Wechsels von →Krieg und →Frieden. Kehrseite des →Pazifismus.

BESITZ, tatsächliche Innehabung des Körpers des Inhabers sowie äußerer Gegenstände. Sowohl der Körper des Menschen als auch seine ergreif-, begeh-, besteh- und besetzbaren Dinge sind Besitz, sobald in Besitz genommen. Solange dies noch nicht geschehen, sind diese Dinge bloß möglicher Besitz und daher →Macht. Der Mensch als Säugling ist noch nicht Besitzer seiner selbst, sondern bloß sein möglicher Besitzer, seine Möglichkeit ist das Erwachsen- und Erzeugenwerden.

BESITZER, Naturalform der →Person.

BESITZGRÖSSE, alle Anzahl- und Mengeigenschaften von Besitzgütern gegebener Beschaffenheit.

BESITZZYKLUS, der Entwicklungsgang einer Besitzart von ihrem ersten Auftreten über ihre seltene und ihre häufige Erscheinung bis zu ihrer Vollendung, Veralltäglicung oder Historisierung. Der Besitzzyklus des —Besitzers ist der menschliche Lebenslauf, jener der humanen Besitzerart ist die Evolution unseres Gattungswesens.

BEWUSSTSEIN, moralische —Person; Inbegriff ihrer Meinungen. Ein Bewußtsein ist die subjektivierte Gesamtheit von Bedürfnissen, die sich zu einer Gesamtbedeutung summieren.

BÜRGER, Burganwohner und Burgeinwohner. Als Burganwohner ist der Bürger einer öffentlichen oder staatlichen Gewalt unterworfen, steht unter ihrem Schutz und ihrer Rechtsprechung und wird als solcher Insasse der —bürgerlichen Gesellschaft. Als Burgeinwohner ist der Bürger Glied der öffentlichen Gewalt, Mitglied des staatsbürgerlichen Verbandes und als solches —Staatsbürger.

BÜRGERLICHE GESELLSCHAFT, Gesamtheit der Burganwohner, die derselben öffentlichen oder Staatsgewalt unterworfen sind. Sie sind Privatrechtssubjekte, aber keine Staatssubjekte. Die bürgerliche Gesellschaft ist als Zustand der Besonderheit der Gegenbegriff zum —Staat als Zustand der Allgemeinheit.

BÜRGERRECHT, Ortsbürgerrecht und Staatsbürgerrecht, die —Freiheiten und —Pflichten des örtlichen und des gesamtstaatlichen Burgeinwohners, unerachtet seiner —Rechte als —Privatperson der —bürgerlichen Gesellschaft, die er allerorten innerhalb des ganzen —Staatsgebietes genießt.

BÜROKRATIE, —Herrschaft über Sachen. Als Bestandteil einer privatbürgerlichen oder staatsbürgerlichen Herrschaft ist Bürokratie der unfruchtbare Teil der in politischen Herrschaft angelegten öffentlichen —Rechte. Anders als aus dem Teil, der in —Demokratie angelegt wird, entspringt aus ihm kein rechtlicher —Machtzuwachs.

DEMOKRATIE, politischer —Kapitalismus; —Herrschaft über allerlei (Dienst-, Kriegs-, Arbeits- oder Verwaltungs)Volk mit dessen vertraglicher Einwilligung, die den Gegensatz (—Opposition) von Demokraten und Demokratisierten hervorruft. Die in Demokratie angelegten Herrschaftsrechte sind Quelle des politischen —Machtzuwachses. In der späten BRD wurde Demokratie vorwiegend gebraucht als ideologisiertes Schlagwort zur Verbergung von Fremd-, Klassen- und —Pöbelherrschaft, auch als Synonym für —Parlamentarismus oder —Parteienstaat.

DEMOKRATIEGEWINN, Rechtsverkehrsrendite der —Eigentümer demokratischer Herrschaftspotentiale im —demokratischen Weltforum.

DEMOKRATISCHES WELTFORUM, politischer Weltkapitalmarkt, auf dem Demokratiën gehandelt und gewandelt werden.

DEMOKRATISIERUNG, Wachstum des politischen —Kapitalismus. Jede Ausdehnung der Demokratie setzt einen Verzicht des Demokraten auf privaten Machtgebrauch voraus, um Teile des —Machtzuwachses als demokratisches Zusatzpotential verwenden zu können. Demokratisierungs-

ideal ist der völlige Verzicht auf privaten Machtgebrauch und gänzliche Verwendung des Machtzuwachses für die Mehrung der Demokratie.

DESPOTIE, hauswirtschaftlich und hausrechtlich verfaßtes —Gemeinwesen ohne —bürgerliche Gesellschaft. Die Despotie ist nur eine, vom Despoten verkörperte —Person, sie tritt nur als Völkerrechtssubjekt in der —Staatengesellschaft auf und bleibt im Inneren bloße —Gemeinschaft. Die Despotie mag eine Weltmacht sein, sie bleibt innen rechtslos, unpolitisch und vorstaatlich.

DEUTSCHES VOLK, das gemeingermanische Volk. Im alten Sinne alle Germanen mit der ihnen gemeinsamen Sprache und ethnischen Charakteristik. Im neueren Sinne die an der germanischen Umgangssprache festhaltenden Stämme im mittel- und ostfränkischen Reichsteil der Karolinger und im heidnischen Ostgermanien, aus denen das Erste Deutsche Reich hervorging. Das Schicksal der gemeingermanischen Belange bündelte sich geschichtlich bei den Deutschen im geschlossenen Siedlungsraum in Mitteleuropa.

DEUTSCHES REICH, politisch-theologische Ordnung des —Deutschen Volkes. Im Deutschen Reich ist die deutsche Anschauung von —Gott mit der deutschen Auffassung vom —Staat vereint. Das Deutsche Reich ist der Aufhalter des Bösen und sichert die Harmonie der deutschen mit der kosmischen Ordnung.

DISKRIMINIERUNG, Kulturtugend. Abwertende Unterscheidung des Häßlichen vom Schönen, des Bösen vom Guten, des Falschen vom Wahren, des Schädlichen vom Nützlichen. Die Diskriminierung ist die grundlegende Fähigkeit, die menschliches —Handeln auf den Gebieten der Kunst, der Religion, des Wissens, der Wirtschaft und der staatlichen wie bürgerlichen —Ordnung der —Gemeinwesen erst ermöglicht.

DIKTATUR, Machtspruch gegen Widerspruch in be- oder unberechtigter Gewaltsprache. In berechtigter Gewaltsprache ist der Machtspruch ein politisches Diktat, in unberechtigter Gewaltsprache ein bloßes Diktat. Diktator einer politischen Diktatur ist der vom —Souverän für einen Zeitraum zur Lösung eines Rechtsnotstandes bestellte Machtsprecher.

DISKUSSION, Spruch und Widerspruch über Machtansprüche ohne unmittelbare Machtsprüche in Gewaltsprache. Machtargumentation mittels Redemacht. Gegenteil von —Diktatur.

DORF, Ansiedlung im Herstellungsraum. Ursprünglich Wohnort einer Sippe.

DULDUNG, das Ertragen von fremden Gewohnheiten, die das —Recht des Dulders beeinträchtigen und nicht geduldet werden müssen. Die Beeinträchtigung ist durch —Intoleranz beseiigbar.

EHE, Entschluß zweier Personen, eine —Person zu sein. Die Ehe zwischen Mann und Frau ist Verwirklichung der —Moralität, Ermöglichung der —Sittlichkeit und die Grundlage der —Familie.

EHRE, Abstand zwischen Rechtssubjekten, Bekundung eigener und Anerkennung fremder —Freiheit. In der Erbietung und Annahme von Ehre wird die Schätzung der Pflichten und Rechte der —Person zum Ausdruck gebracht. Sicher-

heitsabstand der moralischen Person von der natürlichen, also des —Bewußtseins zur Person.

EIGENMÄCHTIGKEIT, aus dem Verkehr gezogene Macht und Besitz, entweder als Verkehrsrendite im Rahmen der —Verträglichkeit oder als Unverträglichkeit aus Gründen der —Globalrechtskrise. Jede Eigenmächtigkeit kommt der —Autonomie zugute.

EIGENTUM (Eigen), Beziehung zwischen —Besitzern, die ihren Besitz wechselseitig anerkennen. Sie anerkennen sich als gegenseitig sich Anerkennende. Gesamtheit oder Teile des anerkannten (rechtmäßigen) —Besitzes einer —Person. Eigentum berechtigt; Eigentum verpflichtet; Eigentum macht frei (—Recht, —Pflicht, —Freiheit).

EIGENTÜMER (Eigner), der anerkannte Anerkenner fremden —Besitzes. Der Eigentümer ist der subjektivierte Inbegriff seines ganzen —Eigentums. Jeder Eigentümer ist von selbiger Beschaffenheit als ein Anerkenner.

EIGENTUMSGRÖSSE, gesellschaftliche Wichtigkeit der Beziehung zwischen Besitzern, die ihren —Besitz wechselseitig anerkennen. Die Eigentumsgröße kann nicht selber gemessen, sondern nur in —Besitzgrößen ausgedrückt werden. Die reine Beziehungsgröße der Anerkennung muß sich in der Naturalgröße eines konkreten Besitzes, Gutes oder Dienstes erkenntlich zeigen.

EMANZIPATION, das rechtlich-politische Ausder-Hand-Geben des Mündels durch den Vormund. Heute allgemein im Sinne von Auflösungen jeglicher —Gemeinschaft. So ist die Emanzipation der Frau die Auflösung der —Ehe, die Emanzipation der Kinder (peer-groups) die Auflösung der —Familie, die Emanzipation der Untertanen (—Staatsbürger) die Auflösung des Staatsverbandes. Emanzipation als Kampfbegriff ist der umfassende —Angriff auf die menschliche —Sittlichkeit. Abwehrbegriffe sind Remanzipation, Eidgenossenschaft und Schwurgemeinschaft: der freie Entschluß mehrerer Personen, ihr Schicksal einander in die Hand zu geben.

ETATISMUS, Weltanschauung der —Staatsklasse, die vom Staatshaushalt lebt und die Staatsaufgaben erfüllt. Gegenbegriff zu —Anarchismus.

EXPORTRECHT, ein die Grenzen des —Staatsgebietes überschreitendes —Recht, dessen subjektiv-öffentliches —Rechtsverhältnis doppelt bestimmt werden muß: zuerst in —Nationalnorm des Inlands und danach in Nationalnorm des Importstaates mittels —Legalwechsel.

FAMILIE, einzelne —Sittlichkeit, im Unterschied zu den besonderen Sittlichkeiten der —bürgerlichen Gesellschaft und der allgemeinen Sittlichkeit des —Staates. Die Familie als Anfang der Sittlichkeit hat die —Ehe zur Grundlage, deren moralische Absicht erst im gemeinsamen Kind sittliche Gestalt annimmt. Der der Familie entwachsene Einzelne wird wieder Kind der bürgerlichen Gesellschaft, wonin er sich besonders kann, und der der bürgerlichen Gesellschaft entwachsene Staatsbürger wird wieder Landeskind von Mutter Sprache und Vater Staat, unter deren Schutz und Schirm er sich verallgemeinern kann. Kindsvermeidung, Muttersprachenverhunzung und Vaterlandsverzicht sind daher Hauptarbeiten jeder Entsittlichung.

FEIND, —Besitzer, der einem anderen Besitzer einen

—Besitz streitig macht. Der Feind wird zum politischen Feind jener —Person, der er ein —Recht bestreitet, und er wird ihr politischer Todfeind, wenn er ihre Rechtssubjektivität auflösen will.

FELD, Handlungsgebiet in einem Handlungsraum.

FELDWEG, Verbindung zwischen Handlungsgebieten im Handlungsraum.

FORUM, Rechtsverkehrsplatz. Markt und —Öffentlichkeit des Politischen.

FREIHANDEL, lenkungslose Aus- und Einfuhr von Waren, Dienstleistungen, Geldern und Kapitalien. Der Freihandel wird in der Regel übertragen auf freie internationale Kommunikation, d. h. die lenkungslose Ein- und Ausfuhr von Meinungen, Ideen und Ideologien. Lenkungslos ist Außenhandel ohne Zölle und Außengespräch ohne Zensuren, seien es negative oder positive. Gegenbegriff zur —Autarkie, die durch gelegentlichen und wohlgeleiteten Einsatz der Freihandelspeitsche in Zucht und Tucht zu halten ist.

FREIHEIT, jedes —Recht, das eine —Pflicht ist, und jede Pflicht, die ein Recht ist. Pflichtlose Rechte und rechtlose Pflichten sind Unfreiheiten.

FREIZÜGIGKEIT, der freie Verkehr von —Personen, folglich von Meinungen, —Rechten und Waren, über die Grenzen hinweg. Ungesteuerte Freizügigkeit zerstört Landschaften, Kulturen und Nationen.

FREUND, —Besitzer, der einem anderen Besitzer einen —Besitz anerkennt. Der Freund wird zum politischen Freund jener —Person, der er ein —Recht anerkennt, und er wird ihr politischer Lebensfreund, wenn er ihre Rechtssubjektivität schützt oder wiederherstellt.

FRIEDE, unstrittiger Rechtszustand.

GASSE, —Ansiedlung am —Feldweg.

GAU, Verbund aus —Gemeinden in einer Landschaft unter einem Gaufürsten. Mittlere —Gebietskörperschaft zwischen —Gemeinden und —Stammesgebiet.

GEBIET, —Stammesgebiet.

GEBIETSHOHEIT, tatsächlicher —Besitz eines Territoriums durch einen —Staat, unerachtet des —Eigentums an diesem Gebiet. Vgl. —Gebietssouveränität.

GEBIETSKÖRPERSCHAFT, Personenverbandsstaat auf einem Gemeinde-, Gau-, Stammes- oder —Staatsgebiet.

GEBIETSSOUVERÄNITÄT, rechtlicher Besitz oder —Eigentum an einem Territorium durch einen —Staat.

GEMEINDE, Baustein der —Gemeinwesen, Ansiedlung eines Personenverbandes in einem Gemeindegebiet (Gemarkung): unterste —Gebietskörperschaft, Beginn des —Staates.

GEMEINSCHAFT, jeder natürliche Lebenszusammenhang von Menschen, Familien (Häusern), Sippen (Dörfern), Gauen (Landschaften), Stämmen (Gebieten), Völkern (Ländern), Völkerfamilien (Kulturkreisen) und Völkersippen.

GEMEINWESEN, prozessierende Einheit von —Gemeinschaft und —Gesellschaft. Jedes lebendige Gemeinwesen pulsiert zwischen Vergesellschaftung der Gemeinschaft und Vergemeinschaftung der Gesellschaft. Die Vergesellschaftung zersetzt Gemeinschaft und die Vergemeinschaftung zerstört Gesellschaft.

GERECHTIGKEIT, das einer —Person angemessene Bündel von —Rechten, Meinungen und Waren, die sie recht-

schaffen erworben hat, oder die zu erwerben sie die Gelegenheit haben mußte. Rechtliche Angemessenheit im Einzelfall als Ausdruck der Entwicklungshöhe.

GESELLSCHAFT, jede Ansammlung von Rechts-, Wirtschafts- und Gesinnungsobjekten zwecks Kontrakten (→Vertrag), Transaktionen und Kommunikationen aller Art samt den vorausgehenden →Rechtsverhältnissen, Bewertungen und Meinungsäußerungen. Gesellschaft ist der Inbegriff alles dessen, was eines Publikums bedarf: das →Forum der →Rechte und der →Politik, der Markt der Waren und der Gelder, die →Öffentlichkeit der Meinungen und Ideologien.

GESETZ, Güternorm für →Besitz, Handlungsnorm für →Besitzer, Machtnorm, Herrschaftsnorm. Als Kampfbegriff ist Gesetz ein →Angriff auf das →Recht.

GESETZESHERRSCHAFT, unpersönliche, rechtsfreie und unpolitische Herrschaft des Sollens über das Sein und der Norm über das Gut. Haupterscheinungsform der Entstaatlichung des →Staates. Gesetzesherrschaft kann als Aufklärung, als Humanismus und als Terror auftreten, aber auch als Rationalismus, Exotismus und Eskapismus. Führt zur →Gleichheit der Menschen.

GESETZGEBER, der →Eigentümer oder rechtmäßige →Besitzer eines →Rechts, das er entweder selber gebildet (→Rechtsbildung) oder durch →Rechtsverkehr erworben hat. Er kann den Realakt oder sein Resultat, den →Besitz, einem →Gesetz unterwerfen.

GEWALT, das reine Mittel als Vermittlung zwischen →Willen und →Macht. Gewalt ist die Durchsetzung des Willens als Macht.

GEWALTHERRSCHAFT, unpersönliche, rechtsfreie und unpolitische Herrschaft des Mittels zur Durchsetzung des →Willens und seiner Verwirklichung in der →Macht.

GEWALTENTEILUNG, Abschottung der Teile des Staatsschiffes gegeneinander, um bei Unfähigkeit der Gesamtführung und schweren Schäden am Staatsapparat den Staatsuntergang zu vermeiden. Als Regierungsideal ist Gewaltenteilung ein Kampfbegriff staatszersetzender Kräfte.

GLEICHBERECHTIGUNG, das gleiche Recht der Götter und Menschen, Rechte zu haben. Im Sinne gleicher gewährleisteter Rechte für jeden ist Gleichberechtigung das Armenrecht, das in hochstehenden Völkern politisch als Wahlrecht, psychologisch als Meinungsfreiheit und ökonomisch als Sozialhilfe gegeben ist.

GLEICHHEIT, Hilfspostulat der →Gewalt- und Gesetzesherrschaft.

GLOBALRECHTSKRISE, politische Weltkrise. Globaler Rückgang der →Verträglichkeit und Zunahme der →Eigenmächtigkeit.

GOTT, aller Geist, als Individuum (Unteilbarkeit) aufgefaßt und als →Eigentümer seiner selbst anerkannt. Gott ist als →Person anerkannt, daher von natürlichen Personen, den Menschen, eingesetzt, die samt ihrer Welt er als Geist geschaffen hat. Nach soziologischem Gottesbeweis ist es unbestreitbare Tatsache, daß Gott eine Meinung ist.

GRUNDRECHT, unveräußerliches Recht auf ein Mindestgrundstück. Gemäß RVerfE vom Januar 1992 steht es im Vierten Deutschen Reich jedem Reichsdeutschen auf Reichsgebiet zu.

GRUNDRECHTE (Menschenrechte), Ideologem des

nomadischen →Imperialismus. War Vorwand weltweiter Interventionen und Razzien und rechtfertigte als UNO-Menschenrechtspropaganda parasitäre Existenzen im Weltmaßstab. Der Abschnitt I im BRD-Grundgesetz über „Die Grundrechte“ führte teils Widersinnigkeiten („Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“, „Recht auf Eigentum“), teils Tautologien auf („Freiheit der Person“, „Meinungsfreiheit“).

HERRSCHAFT, das Verhältnis von Befehl und Gehorsam zwischen mindestens zwei Menschen. Fallen Befehl und Gehorsam in einem Menschen zusammen, liegt Selbstbeherrschung vor.

HANDHABE, gesetzte (normierte) Handlung innerhalb eines →Systems aus →Begriffen und →Handlungen.

HANDLUNG, zweckvolles (vernünftiges) Tun oder Unterlassen durch zweckdienliche (verständige) Mittel, die ihrerseits Handlungen zu Teilzielen sein können, die Mittel des Gesamtzieles sind, als verständiges Tun zur Vernunft des Zweckes. Vgl. →Vernunft und →Verstand.

HANDLUNGSFÄHIGKEIT, die Möglichkeit des →Besitzers, sich selbst zu verausgaben, ist Arbeits- und Tatkraft als rechtlich politische Naturalform.

HEILIGTUM, Herstellungsraum des Gefühls der →Gemeinschaft in einem →Gemeinwesen. Das Heiligtum ist die Seele des Gemeinwesens; wird das Heiligtum zerstört, stirbt das Gemeinwesen.

IMPERIALISMUS, Systemerkrankung; die Tendenz der →Systeme, →Reiche zu bilden; systemische Entartung der Reichsidee.

IMPERIUM SACRUM (Heiliges Reich), reichische Heilung des →Imperialismus der →Systeme. Das Heilige Reich ist das →Heiligtum einer als Kulturkreis sichtbaren Völkergemeinschaft. Wird das Heilige Reich zerstört, verdorrt der Kulturkreis. Das Heilige Reich des europäischen Kulturkreises ist das →Deutsche Reich.

INTERNATIONALES RECHT, →Rechtsverhältnisse oder →Verträge von →Privatpersonen gleicher oder verschiedener Staatsangehörigkeit zwischen den →bürgerlichen Gesellschaften verschiedener →Staaten (internationales Privatrecht) sowie das zwischenstaatliche Staatsbürgerrecht und das →Völkerrecht.

INTOLERANZ, Aufhebung der Beeinträchtigung eines →Rechtes. Der rechtmäßige Inhaber beendet damit seine →Duldung einer fremden Gewohnheit, von der die Beeinträchtigung seines Rechtes ausging. Die Intoleranz gegenüber jeder kleinsten Beeinträchtigung ist Unduldsamkeit; sie erschwert den menschlichen Umgang, ihre Ursache ist Mangel an Schliß der Umgangsformen.

KAPITAL, Umkehrung der Zirkulationsmittelfunktion des Geldes. Geld wird vom Mittel des Warenaustausches zu seinem Zweck verkehrt.

KAPITALISMUS, Verkehrung der Wirtschaft zur Verkehrswirtschaft (Marktwirtschaft). Unter kapitalistischer Denkweise wird nicht nur Geld, sondern jede Ware, jedes Naturgut, jede menschliche Fähigkeit und aller Grund und Boden zu Kapital. Auch nichtökonomische Sachverhalte

nehmen kapitalistische Form an; so wird Wissen zur Wissenschaft und Herrschaft zur -Demokratie kapitalisiert.

KLASSE, jede Einteilung der -bürgerlichen Gesellschaft in Anbieter und Nachfrager eines Produktions- oder Konsumfaktors. Der Klassenkampf ist das Moment des Feilschens, das zu Boykott, Blockade und Plünderung entarten kann.

KOMMUNISMUS, eigentlich Gemeinschaftlichkeit. Als gegengeschichtliches Vorkommnis die Anwendung der -Despotie auf die kapitalistische Industrie, so daß die Volkswirtschaft als Hauswirtschaft aufgefaßt wird und die -bürgerliche Gesellschaft in der Fabrik verschwindet.

KONSERVATIVISMUS, Weltanschauung jener -Klasse der -bürgerlichen Gesellschaft, die Einkommen aus dem Produktionsfaktor Boden und -Anrechte aus dem -Rechtsbildungsfaktor -Staatsgebiet bezieht.

KRIEG, konfligierende Rechtserzwingung zweier oder mehrerer -Völkerrechtssubjekte gegeneinander.

LEGALIENWANDEL, politischer Devisenhandel, -Rechtsverkehr zwischen den -Eigentümern national unterschiedener Normbeträge (-Nationalnorm).

LEGALWECHSEL, Rechtsverkehrskurs für den -Legalienwandel zwischen den -Nationalnormen zweier -Staaten.

LEITNORM, politische Leitwährung oder -Nationalnorm, die für das -Weltforum einer bestimmten Art von -Recht maßgeblich ist.

LIBERALISMUS, Weltanschauung jener -Klasse der -bürgerlichen Gesellschaft, die Einkommen aus dem Produktionsfaktor -Kapital und -Anrechte aus dem -Rechtsbildungsfaktor -Staatsmacht bezieht.

MACHT, möglicher -Besitz, Ergreif- und Besetzbarkeit von Menschen, Sachen und -Gebieten. Die Macht ist der -Wille und die -Gewalt ihrer freien Durchgesetztheit.

MENSCHENRECHT, das -Recht jedes Menschen, -Rechtssubjekt zu sein und Rechte zu haben oder zu erwerben. Es gibt folglich nur ein Menschenrecht für jeden Menschen und für jede Menschengemeinschaft.

MENSCHENRECHTE, -Grundrechte.

MACHTZUWACHS, politischer Mehrwert aus dem politischen -Kapitalismus. Zuwachs an -Rechten aus der -Demokratie.

MODERNE, gegengeschichtliche Epoche, die das 20. Jahrhundert bestimmte und die Herrschaft des -Nomadismus in allen Lebensbereichen bedeutete und mit ihrer Zerstörung endet. Die Moderne greift alle geschichtliche, aus dem Ackerbau entspringende Kultur an, sie zerstört das Bauerntum und die aus ihm hervorgehende, bodenständig-pflegerische Lebensweise und Industrie.

MONARCHIE, Alleinbesitz der Souveränität, die der -Souverän durch Einzel- oder Geschlechterkür dem Einzelherrscher zur Nutzung übertragen hat.

MORALITÄT, verinnerlichtes -Recht. In der Moralität, anders als in der -Sittlichkeit, ist das Recht ein Sollen des Gewissens, aber noch kein Wollen des ganzen Menschen.

NATION, ein -Volk als -Person und -Souverän. Volks-

person, die in einem Monarchen oder einem -Staat repräsentiert sein kann. Verwirklichung des Ideals Ein-Volk-ein-Staat. Auch als reelle Nation Gegenbegriff zur bloßen -Staatsnation als formeller Nation.

NATIONALNORM, politische Währung, rechtliche Semantik und Nationalmoral. Sie ist das für den innerstaatlichen Rechtsverkehr vorgeschriebene Vollstreckungsmittel, Maß allen -Eigentums und Besitznorm. Sie kann in Legalien (Gesetzen) oder im Regalien (Verordnungen) niedergelegt sein.

NATIONALSTAAT, der -Staat als Volksperson und reelles -Völkerrechtssubjekt. Gegenbegriff zu -Staatsnation.

NEGATIONSLOGIK, gemeinsame metaphysische Grundlage aller bäuerlichen Weltanschauungen sowie der deutschen Reichstheologie. Das Jenseits von Raum und Zeit wird als chaotische Mannigfaltigkeit von Nichtsen gefaßt, aus denen der göttliche Geist die Welt erschafft, indem er den göttlichen Gedanken von der Nichtigkeit des Nichts und damit des Bösen denkt. Der Geist nichtet die Nichtse, und durch diese Negation der Negationen erschafft er die Welt als Inbegriff des Positiven.

NIHILISMUS, gemeinsame metaphysische Grundlage aller nomadischen Weltanschauungen. Gott und die Welt werden als Ansammlung von Nichtsen und Nichtigkeiten betrachtet, die nicht negiert und also nicht positiviert werden dürfen. Jeder Nihilismus bedient sich einer negativen Dialektik, die die Negation vor der Negation der Negation schützt.

NOMADISMUS, gegengeschichtliche Unterströmung, die alle geschichtlichen Kulturen, die auf dem Ackerbau beruhen, bedroht. Nutzt das Bauerntum die Erde als Mittel seiner Arbeit, so macht der Nomadismus die Erde zur Ressource für die Gegenstände seiner Spekulation, seien es Viehherden, Völker, Kapitalien oder Ideologien. Bewegung und Beschleunigung von allem und jedem, Ruhelosigkeit und Zersetzung aller festen Werte sind Zeichen des nomadischen Befalls einer Kultur.

ÖFFENTLICHKEIT, offene Gesellschaft der Gesinnungssubjekte oder Bewußtseine, Markt der Meinungen, Ideen, Ideale und Ideologien. Kommunikationsplatz.

OPPOSITION, Gegensatz oder Gegenstandspunkt, der aus einer lagebedingten Gegnerschaft vorzugsweise im bürgerlichen Verteilungskampf entspringt; gesellschaftlicher Gegner in einer Gegend des Kampfes der -Klassen.

ORDNUNG, die Gestaltung für sich bestehender Dinge zu einem Ganzen. Die Gestalt, der geistige Gehalt der Ordnung, folgt aus dem An-und-für-sich-Sein der Dinge, die sich selbst organisieren und selbst verorten. In einer Ordnung herrscht Ortung: Jedes Ding ist ein selbiges und jedes hat seinen Platz. Ordnungen sind raumhaft-konkret, und Rechtsordnungen bestehen aus eingeräumten Rechten. Gegenbegriff zu -System.

OPFER, Anfang der Geschichte und ihres Subjekts.

PARLAMENT, Versammlung zur -Diskussion von Machtansprüchen ohne Machtsprüche, aber mit Beschlüssen. Parlament kann sein: 1. die Ständevertretung der -bürgerlichen Gesellschaft; 2. die Repräsentantenversammlung

der →Nation als des →Souveräns, also Souveränitätsrepräsentanz, die leicht zur Repräsentantensouveränität entartet und für →Parlamentarismus anfällig ist; 3. politische Bank zur Sammlung von öffentlichen →Rechten und ihrer Verwandlung in Herrschaftsrechte, die zur Verleihung stehen, und zwar in staatspolitischen wie in privatpolitischen Banken.

PARLAMENTARISMUS, Entartung des →Parlaments als Repräsentant der →bürgerlichen Gesellschaft zum Durchdringer und Beherrscher des →Staates. Durch parlamentarische Regierungsbildung wird der Mehrheitsführer im Parlament, also ein Parteichef, zum Regierungschef. Wird das Parlament als Repräsentant des Volkssouveräns →also national→ aufgefaßt, so ist diese Souveränitätsrepräsentanz im Parlamentarismus zur Repräsentantensouveränität verkehrt.

PARTEI, politischer Verband einer →Klasse oder Klassenkoalition der →bürgerlichen Gesellschaft zur Verfolgung gesellschaftspolitischer Belange.

PARTEIENSTAAT, Entartung des →Parlamentarismus; nicht mehr nur die →bürgerliche Gesellschaft in Gestalt ihrer parlamentarischen Repräsentanten hat den →Staat erobert, sondern die →Parteien haben sich von ihrer Klassenbasis in der bürgerlichen Gesellschaft emanzipiert und als politische Klasse etabliert. Die politische Klasse, die sowohl außerhalb der →Staatsklasse wie außerhalb aller Klassen der bürgerlichen Gesellschaft steht, hat beide erobert: sie ist der Parteienstaat.

PAZIFISMUS, Störung des Wechsels von →Frieden und →Krieg, Kehrseite des →Bellizismus.

PERSON, jeder →Besitzer, der →Eigentümer ist. Rechtssubjekt. Der →Begriff des Politischen als Subjekt.

PFLICHT, Gegenbegriff zu →Recht, mit dem zusammen die Pflicht die →Freiheit ausmacht. Als Recht ist die Freiheit ein anerkannter Besitz, als Pflicht ist sie eine zuerkannte Aufgabe. Rechtswahrnehmung ist Pflichterfüllung.

PÖBELHERRSCHAFT (Ochlokratie), Herrschaft der politischen Klasse, der Minderwertigen. Der Pöbel setzt sich aus dem Strukturschutt der bürgerlichen Gesellschaft, den entarteten Elementen der Staats- und Anarchistenklasse und aus Ausländern zusammen. Wird in der Regel von Fremdmächten gestützt oder gar von Besatzungstruppen geschützt.

POLITIK, alle Rechtsverhältnisse, alle persönlichen Verhältnisse. Politik ist der →Polizei übergeordnet. Als substantieller →Begriff ist Politik das →Recht, als subjektiver Begriff ist sie die →Person.

POLITIKER, →Besitzer der →Staatsmacht. Er bewährt sich, falls er den eigenen Erfolg und den politischen Einfluß des →Souveräns als →Anrecht sichert.

POLIZEI, der Politik im Vollsinn der Souveränität (→Souverän) untergeordnete Innenpolitik und Staatsverwaltung. Polizei im engeren, geläufigen Sinne ist der Teil der Staatsverwaltung, der das innenpolitische Gewaltmonopol des Staates ausübt.

PRIVATPERSON, Rechtssubjekt innerhalb einer →bürgerlichen Gesellschaft, die nicht jene des eigenen →Staates sein muß, dessen →Staatsbürger die Privatperson ist.

PRIVILEG, Vorrecht, jedes →Recht, das zu allen anderen Rechten in einem totalen →Rechtsverhältnis steht und seine

→Eigenschaft in →Besitzgrößen aller anderen Rechte eines →Forums ausdrückt. Unter allgemeinem Rechtsverhältnis ist allein das öffentliche Recht des →Staates ein Vorrecht, das in totalem Rechtsverhältnis zu allen Privatrechten steht.

PUELLA PUBLICA, Verkörperung der res publica (→Republik).

RECHT, jeder →Besitz, der →Eigentum ist. Gegenbegriff zu →Pflicht, mit der zusammen das Recht die →Freiheit ausmacht. Der →Begriff des Politischen als Substanz.

RECHT-AN-SICH, abstraktes →Recht.

RECHT-AN-UND-FÜR-SICH, Sittlichkeit; vergemeinschaftetes Recht der →Familie, der →bürgerlichen Gesellschaft und des →Staates. Tun-Wollen des Rechten.

RECHT-FÜR-SICH, Moralität oder Rechtschaffenheit; verinnerlichtes →Recht als Tun-Sollen des Rechten.

RECHTSBILDUNG, politische Warenproduktion. Einheit von besitzbildendem Realakt und eigenschaftsbildendem Formalakt. Der →Eigentümer des gebildeten →Rechts ist dessen →Gesetzgeber.

RECHTSBILDUNGSFAKTOREN, die sog. Staats-elemente →Staatsgebiet, →Staatsmacht und →Staatsvolk. Werden zu →Anrethquellen für die →Klassen der →bürgerlichen Gesellschaft.

RECHTSSUBJEKTE, Menschen oder Menschengemeinschaften, die sich wechselseitig anerkennen. Durch Anerkennung schaffen sie das →Menschenrecht und werden selber →Person.

RECHTSVERHÄLTNIS, Ausdruck der →Eigentumsgröße des →Rechts einer →Person in der →Besitzgröße des Rechts einer anderen Person. Ein Rechtsverhältnis wird allgemeines Rechtsverhältnis, wenn eine →Gesellschaft von Personen ihre Eigentumsgrößen einheitsmäßig und gemeinschaftlich in Besitzgrößen eines →Besitzers zum Ausdruck bringt, der dadurch allgemeiner Besitzer oder allgemeiner Machthaber wird. Anfang der staatlichen →Gemeinschaft.

REICH, jede theologisch begründete politische →Ordnung, die auf eingeordneten politischen Existenzen beruht. Gegenbegriff zu →Imperialismus.

REGIERUNG, Staatsvogtei, Geschäftsführung eines →Staates im Auftrag seines →Eigentümers, des →Souveräns. Die Regierung ist der zeitweise →Besitzer des Staates. Sie exekutiert die staats eigenen Normen, die sie nur bei extremer →Gewaltenteilung nicht selber setzen darf. Aber auch dann werden der Regierung durch →Gesetz Verordnungs- und Anweisungsrechte eingeräumt, die bloß nominell niedrigeren Ranges sind als Gesetze, praktisch aber ebenso wirksam.

REGIERUNGSFORMEN, Ausübung oder Einsetzung und Absetzung der Regierung durch den Höchsten (→Monarchie), durch die Besten (→Adel, Aristokratie) oder durch die Vielen (→Demokratie). Allen großen Staatsdenkern galt die Demokratie als die schädlichste Regierungsform oder als →Pöbelherrschaft.

REPUBLIK, Freistaat; Staatsform, wonin der →Staat ein öffentliches Gut ist, das periodisch zum Neuerwerb bereitsteht (vgl. →puella publica). Gegenbegriff ist die Dynastie: der Staat als durch Fideikommiß geschütztes Familiengut.

REVOLUTION, Umkehrung eines wesentlichen Verhältnisses im →Gemeinwesen, so daß ein neues, höherrangiges

Verhältnis wesensbestimmend wird. Gegenbegriff zu —Umwälzung und zu —Umsturz.

SCHICHT, Oben-Unten-Ausrichtung von —Gemeinschaften, ebenso von —Klassen der —bürgerlichen Gesellschaft. Durch Verwerfung und Sturz der Schichten verwandelt sich die Oben-Unten- in eine Links-Rechts-Ausrichtung.

SITTlichkeit, das —Recht-an-und-für-sich einer —Gemeinschaft, in der der Einzelne sein —Recht-für-sich wie sein —Recht-an-sich als seinen eigenen —Willen vorfindet. Lebendige Einheit von Recht, Sollen und Wollen des Einzelnen in seinem —Gemeinwesen. Urbilder der Sittlichkeit sind Familiensinn, bürgerlicher Korporationsgeist und staatsbürgerlicher Opfersinn. Aufhebung der Ichsucht.

SOUVERÄN, die —Gemeinschaft mit dem höchsten, im Diesseits unbelangbaren Rechtstitel: das —Volk.

SOUVERÄNITÄT, kommt Entscheidungen zu, für die eine —Person nur vor —Gott, aber vor keiner diesseitigen Instanz, verantwortlich ist; kommt allen Entscheidungen des —Souveräns zu.

SOZIALISMUS, Weltanschauung jener —Klasse der —bürgerlichen Gesellschaft, die Einkommen aus ihrer Arbeitskraft und —Anrechte aus ihrer —Handlungsfähigkeit bezieht.

STAAT, durch allgemeines —Rechtsverhältnis begründete allgemeine —Person, die ihrer Naturalform nach eine —Verfassung, ein gesetzter Verein allgemeiner —Besitzer ist. Zur Staatsauglichkeit gehört, daß die Verfassung den Volksgeist klar und deutlich erfaßt und die Naturalform des Staates als einen Verein starker Männer eindeutig setzt. Auch im Sinne 1. des staatsbürgerlichen Verbandes (Staatsverbandes) insgesamt, 2. des Vorstandes des Staatsverbandes gegenüber seinen einfachen Mitgliedern, den —Staatsbürgern, und 3. des Schlimmsten und Gegenbegriffs zur —bürgerlichen Gesellschaft gebraucht.

STAATENGESellschaft, —Forum und —Öffentlichkeit der —Völkerrechtssubjekte. Sphäre der souveränen Rechtserzwingung und Friedensstiftung.

STAATSBÜRGER, Mitglied des Staatsverbandes als der staatlichen —Gemeinschaft eines —Volkes. Der Gegenbegriff „Staatsbürger ist der Besitzbürger.“

STAATSGEBIET, sog. Staatsmoment, Rechtsbildungsfaktor als Anrechtsquelle für Gebietsbesitzer. Vgl. —Staatsmacht und —Staatsvolk.

STAATSKLASSE, verbandssoziologische Betrachtungsweise der Beamtenschaft, des allgemeinen —Standes, und der sonstigen Staatsangestellten.

STAATSMACHT, sog. Staatsmoment. Rechtsbildungsfaktor als Anrechtsquelle für Demokraten. Vgl. —Staatsgebiet und —Staatsvolk.

STAATSNATION, formelle Nation, deren —Staatsvolk erst durch die Staatsangehörigkeiten der Einzelnen gebildet wird.

STAATSGEBIET, —Regierung.

STAATSVOLK, sog. Staatsmoment. Rechtsbildungsfaktor als Anrechtsquelle für Handlungsfähige. Vgl. —Staatsgebiet und —Staatsmacht.

STADT, Marktansiedlung, Bewohnung eines —Forums.

Städter sind immer auch Anwohner eines Platzes der —Öffentlichkeit, eines Ortes der Kommunikation.

STAMMESGEBIET, Verbund von Gauen, Dachverband mehrerer Landschaften. Mittlere —Gebietskörperschaft zwischen —Gau und —Staatsgebiet. Der Stamm als Personenverband kann auch als Heeresgruppe der Gebietsstreikräfte des Staates gestaltet sein.

STAND, andauernder oder vorübergehender Zustand der Einzelheit, der Besonderheit und der Allgemeinheit eines jeden —Bürgers. Er ist als —Staatsbürger im Einzelstand, als Mitglied der —bürgerlichen Gesellschaft (Besitzbürger) im Besonderen Stand und als Mitglied des Staatshaushaltes im Allgemeinen Stand. Die bürgerliche Gesellschaft allein ist immer vertretungsloser Privatanstand.

SYSTEM, die Entfaltung eines Begriffes zu dem in ihm angelegten Ganzen. Jeder Begriff und jede Handlung im System ist eine Ausführung zum systembegründenden Begriff und nichts von ihm Wesensverschiedenes. Anders als die —Ordnung, die durch Wesensvielfalt sich auszeichnet, kennt das System nur ein einheitliches Wesen aller seiner —Begriffe und —Handhaben. Systeme grenzen Gegensysteme und Systemgegner in ihre Umwelt aus, weil sie keine innere Opposition kennen.

TERROR, —Gesetzherrschaft.
TOLERANZ, —Duldung.

UMSTURZ, Staatszerstörung; die hochstehenden Bestandteile der Ordnung werden niedergedrückt, so daß der Zustand nach dem Umsturz ein schlechterer ist als vor ihm.

UMWÄLZUNG, Staatszerstörung; das Unterste wird zuoberst und das Oberste zuunterst gewälzt; der Zustand nach der Umwälzung verbessert sich nur in dem seltenen Falle, daß eine nichtregierende Elite nach oben kommt, die der bislang regierenden substantiell überlegen ist.

VERFASSUNG, Zustand von Besitzrümern, —Besitzern, —Gemeinschaften oder Vereinen, der gesetzt oder geworden sein kann (Realverfassung), oder als Soll-Gesetz aufgestellt wird (Idealverfassung). Beide Verfassungsarten können entweder als Gesetzestext oder als Präzedenzfall gegeben sein. Das —Recht der Verfassungsgebung hat der —Eigentümer jenes —Besitzes, der in Verfassung zu bringen ist. In —Staaten hat der jeweilige —Souverän, in —Nationen das —Volk das Recht der Verfassungsgebung. Staatsverfassungen sind staatliche Obergesetze.

VERNUNFT, zweckvolles Handeln, Zielrationalität. Menschen und —Gemeinschaften, die sich als selbständig auffassen, handeln nicht vernünftig im Sinne eines außer ihnen liegenden Zieles, sondern irrational, weil selbstbezogen. Sie sind jede ihre eigene Vernunft.

VERSTAND, zweckdienliches Handeln, Mittelrationalität.

VERTRAG, Rechtsverkehr zwischen zwei —Rechtssubjekten, der die Besitzverhältnisse zwischen den Kontrahenten verkehrt und die Eigentumsverhältnisse auf Gleichheit festlegt. Bedingungen jedes Vertrages sind die Verschiedenheit der in Verkehr gebrachten Besitztümer und die Gleichheit der Eigentumsgrößen.

Rf45

VERTRÄGLICHKEIT, politische Marktwirtschaft. Forumspolitik. Die →Politik der Einschränkung von →Eigenmächtigkeit und der Förderung des nationalen und internationalen →Rechtsverkehrs.

VERTRAGSERTRAG, Rechtsverkehrsrendite.

VOLK, prozessierende Einheit von Abstammung, Sprache und Schicksal. Höchste Form diesseitiger Gemeinschaft unter den Menschen. Naturalform der realen →Nation. Gegenbegriff zur →Staatsnation, der formellen Nation.

VÖLKERRECHT, Beziehung der Anerkennung zwischen →Staaten.

VÖLKERRECHTSSUBJEKT, →Person der selbstthermischen (souveränen) →Rechtsverhältnisse, insbesondere der außenpolitischen →Verträge; das Völkerrechtssubjekt ist real, wenn die Person eine →Nation ist, andernfalls nur formell.

WAHLRECHT (allgemeines und gleiches), politisches Armenrecht demokratisierter Völker und entvölkerter Massen.

WANDEL, politischer Handel. Rechtsverkehrsverkehr.

WELTDEMOKRATIE, politisches Weltkapital auf dem →demokratischen Weltforum.

WELTFORUM, politischer Weltmarkt einer Art von →Recht.

WELTNORM, vorherrschende →Nationalnorm, die für alle anderen Nationalnormen politische Leitwährung ist. Auf dem →Weltforum der Nationalnormen drückt die Weltnorm maßgeblich alle →Eigentumsgrößen aus.

WELTPOLITIK, Subsystem der Weltgesellschaft. Krisen der Weltgesellschaft drücken sich in der Weltpolitik (→Globalrechtskrise) als Schrumpfung der →Verträglichkeit, Wachstum der →Eigenmächtigkeit, als Schub in den →Besitzzyklen und als Entdemokratisierung der →Rechtsbildungen aus.

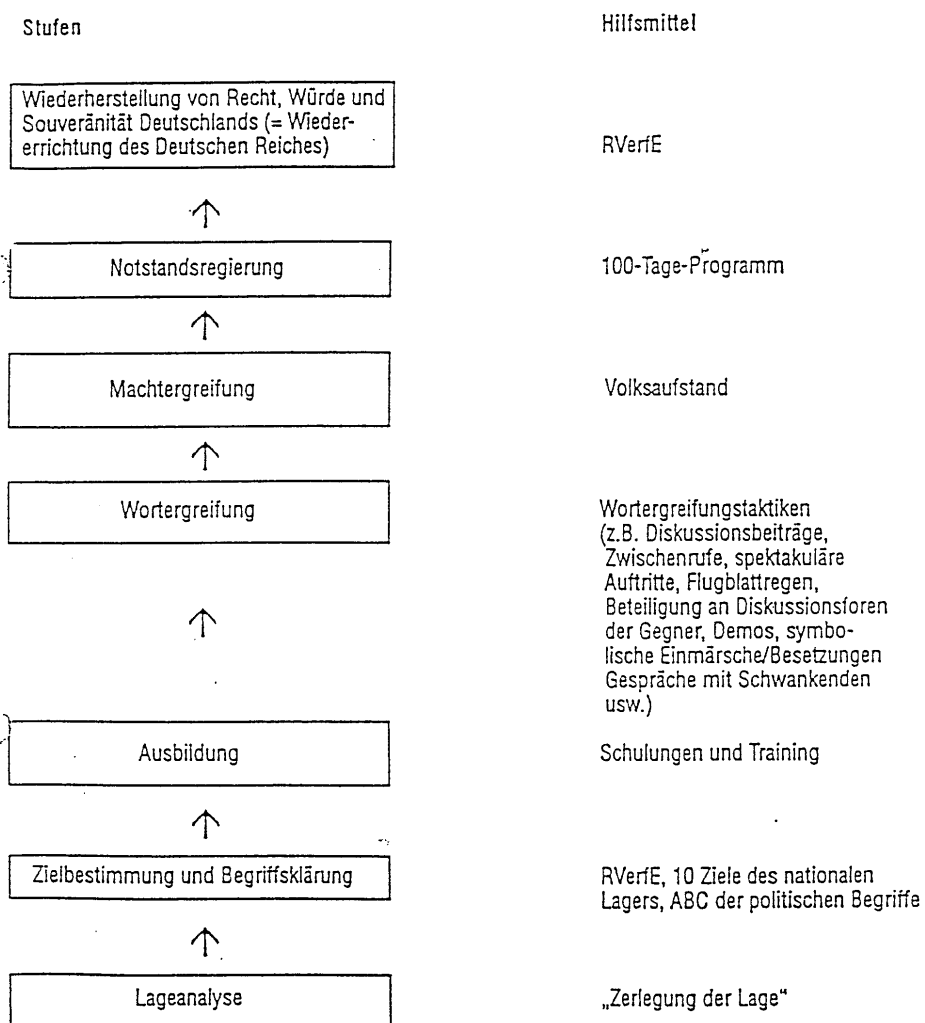
WELTRECHT, ein auf beliebigem →Staatsgebiet gebildetes →Recht, dessen →Eigentumsgröße nicht in der →Nationalnorm, sondern immer in der →Leitnorm seiner Rechtsart ausgedrückt wird.

WILLE, Erscheinungsform des Geistes, worin er an ein Dasein gebunden ist und als →Freiheit auftritt: gebunden an einzelne Menschen oder besondere Menschengemeinschaften, und in dieser Gebundenheit als deren ureigenste Freiheit. Im Willen ist der Geist an ein einzelnes oder gemeinschaftliches Dasein dergestalt gebunden, daß er ihm Freiheit als Recht wie als Pflicht gibt. Dadurch erscheint der Wille immer als freier Wille. Der Wille ist die →Gewalt und die →Macht seiner freien Setzung.

WISSENSCHAFT, →Demokratisierung des Wissens.

■ Stufenmodell

Zur Veranschaulichung sei ein Modell skizziert. Die notwendigen Erläuterungen werden in der Schulung behandelt, die in dem Schema angeführten Mittel in den folgenden Kapiteln näher ausgeführt.



REINHOLD OBERLERCHER / ENTWURF
EINES HUNDERT-TAGE-PROGRAMMS DER NATIONALEN
NOTSTANDSREGIERUNG IN DEUTSCHLAND
MIT EINER BITTE UM KRITIK

Die Machtergreifung des nationalen Lagers in Deutschland wird zu einer Regierung des nationalen Notstands führen, die in kürzester Zeit das deutsche Volk von den größten Übeln zu befreien hat. Die Veröffentlichung des Regierungsprogramms dieser Notstandsregierung ist als Wortergreifung des nationalen Schattenkabinetts einer der Schritte zur Machtergreifung des nationalen Lagers. Die Notstandsregierung wird in den ersten 100 Tagen kraftvolle Maßnahmen ergreifen und folgende öffentlichen Dienste dem deutschen Volke erweisen:

- A) Die Arbeitslosigkeit beseitigen!
- B) Wohnungsnot und Obdachlosigkeit beenden!
- C) Das Verkehrschaos aufheben!
- D) Den Rauschgiftkrieg gewinnen!
- E) Das organisierte Verbrechen zerschlagen!
- F) Recht und Staat und Souveränität wiederherstellen!
- G) Natur und Umwelt des deutschen Volkes retten!
- H) Mitteldeutschland planmäßig wiederaufbauen!
- I) Das Sozial- und Gesundheitswesen von Grund auf erneuern!
- J) Die deutsche Kulturkatastrophe aufhalten!

Diese zehn Ziele wird die nationale Notstandsregierung mit Notverordnungen erreichen und

A) DIE ARBEITSLOSIGKEIT BESEITIGEN
DURCH ...

1. Beendigung der Ausländerbeschäftigung.
2. Ausschluß ausländischer Arbeitnehmer aus der Arbeitslosenversicherung.
3. Pflicht zur Meldung aller von Ausländern besetzten Arbeitsplätze beim Arbeitsamt als freie Arbeitsplätze, die an volksdeutsche Bewerber vergeben werden müssen, die das Arbeitsamt als geeignet bezeichnet.
4. Einstellungsverbot für ausländische und volksfremde Arbeitskräfte am deutschen Arbeitsmarkt, und zwar

auch für jene Arbeitsplätze, die ausländisches Eigentum sind.

5. Beschäftigungsverbot für ausländische und volksfremde Arbeitskräfte am deutschen Arbeitsmarkt ein Jahr nach Erlass des Einstellungsverbotes.
6. Verbot von ausländischen Werkvertragsarbeiten in Deutschland.
7. Anstellungsrecht im staatlichen Arbeitsdienst für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger und für Dauerarbeitslose, die über sechs Monate stellungslos sind.
8. Entzug der Betriebsführungserlaubnis von Unternehmen, die Schwarz- oder Fremdarbeiter beschäftigt haben; im Wiederholungsfalle außerdem Konfiskation des fehlbesetzten Arbeitsplatzes und im zweiten Wiederholungsfalle Konfiskation des Betriebes durch den staatlichen Arbeitsdienst.

B) WOHNUNGSNOT UND OBDACHLOSIGKEIT BEENDEN DURCH ...

9. Kündigung aller von Ausländern belegten Sozialwohnungen.
10. Ausweisung aller arbeitslos gewordenen Ausländer.
11. Ausweisung aller zum Straf- oder Sozialfall gewordenen Ausländer.
12. Sanktionsbewehrte Verpflichtung aller Vermieter, familienaugliche Großwohnungen an kinderreiche deutsche Familien zu vermieten.
13. Sanktionsbewehrte Verpflichtung aller Vermieter und Verkäufer, 60 v.H. ihrer angebotenen Wohnungen in familienfreundlicher Größe, Lage, Ausstattung und Preislage anzubieten.
14. Ermächtigung der Wohnungsämter zur zwangsweisen Vermietung, Entmietung oder Einquartierung in Fällen, in denen deutsche Familien nicht kinderfreundlich untergebracht werden können oder alleinstehende oder ältere Deutsche keine menschenwürdige Wohnung am freien Wohnungsmarkt finden und dieser Lage Leerstände und Fehlvermietungen gegenüberstehen.
15. Rückbau und Renaturierung der Massensiedlungen zu ökologischen Wohngebiete.
16. Neubau von Dörfern in renaturierter Industrie- und Verkehrsbrache.
17. Freiräumung aller Asylantenunterkünfte und Ausweisung der Asylbewerber.
18. Hohe Geld- und Arbeitsstrafen für unerlaubten Aufenthalt in Deutschland.
19. Einweisung deutscher Obdachloser und Asozialer in geräumte Asylantenunterkünfte.
20. Zwangsentzug für obdachlose Alkoholiker.
21. Recht auf Anstellung im staatlichen Arbeitsdienst für untergebrachte ehemalige Obdachlose, zwangsentzogene Alkoholiker; Sicherstellung eines Grundeinkommens durch Arbeit.

C) DAS VERKEHRSCHAOS AUFHEBEN DURCH ...

22. Verbot des Straßentransits für ausländische PKWs und

- LKWs; Vorschrift von nächtlichen Auto-Zügen für die Durchreise.
23. Gebot des Wasserweges für Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Massengütern.
 24. Pflicht in Deutschland lebender Ausländer, grundsätzlich öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen.
 25. Erlaubnis für Ausländer aus unmittelbar an den deutschen Raum grenzenden Ländern, in der Ferienzeit Deutschland bei mindestens drei Übernachtungen auf Straßen zu durchqueren.
 26. Vereinbarung wechselseitiger Zonen freier Ein- und Ausfahrt für die Grenzgebiete.
 27. Beschränkung auf ein Auto je Familie und Erlaubnis eines Zweitwagens erst ab dem siebenten Familienmitglied.
 28. Ermächtigung örtlicher Behörden, für kürzische Zeiten und Strecken Fahrgemeinschaften vorzuschreiben oder Fahrverbote zu erlassen.
 29. Fahrerlaubnis für Jugendliche erst nach Beendigung der Berufsausbildung.
 30. Hubraum- und PS-Begrenzung für Fahrer unter 25 Jahren.
 31. Fahrverbot des Berufsverkehrs in Ballungsgebieten mit entsprechendem Richtungsfahrverbot für den sonstigen Straßenverkehr in den Stoßzeiten.
 32. LKW-Fahrverbot in den Stoßzeiten des Berufsverkehrs.
 33. Einschränkung des Massentourismus.
 34. Wiedererschließung der Fläche durch Eisenbahnen und durch eisenbahnfähige Straßenbahnen.
 35. Erlass eines Generalverkehrsplanes mit dem Ziel der Verkehrsvermeidung.

D) DEN RAUSCHGIFTKRIEG GEWINNEN DURCH ...

36. Lückenlose Bestrafung aller Rauschgiftsüchtigen und süchtigen Kleinhändler durch Freiheitsentzug mit Zwangsarbeit (vgl. Art. 12, Abs. 3 GG) und Zwangsentzug ohne Ersatzdrogen wie Medien, Methadon, Alkohol oder Nikotin.
37. Schärfste Bestrafung aller Großhändler und Konfiskation ihres Vermögens; Durchgriffshaftung auf alle, die mit ihnen Geschäfte beliebiger Art gemacht haben; Vermögenskonfiskation bei unwiderlegtem Verdacht auf Mitwisserschaft.
38. Erklärung des Kriegszustandes und des Rauschgiftes zur Kriegswaffe, falls die strafrechtlichen Maßnahmen nicht ausreichen; jeder Rauschgiftbesitzer wird dann mit militärischen Mitteln bekämpft, falls er die Bedingungen für den Kombattantenstatus erfüllt; andernfalls wird er standrechtlich erschossen. !

E) DAS ORGANISIERTE VERBRECHEN ZERSCHLAGEN DURCH ...

39. Beweispflicht für die rechtmäßige Herkunft des in Deutschland angelegten ausländischen Kapital- und Sachvermögens besonders jener Länder, die für organisiertes Verbrechen einschlägig sind.

40. Überprüfung der Belege für den rechtmäßigen Erwerb des in Deutschland angelegten ausländischen Kapital- und Sachvermögens; Sicherstellung desselben bei un- einbringlichen Beweisen und Strafermittlungen wegen des Verdachts auf Geldwäsche.
41. Umkehrung der Beweispflicht bei Strafverfahren wegen organisierten Verbrechens.
42. Visumpflicht und Sperlisten für Ausländer aus Län- dern oder Gebieten, die für organisiertes Verbrechen einschlägig sind.
43. Verbot von Ausländerorganisationen in Deutschland, insbesondere solcher von protostaatlicher Gestalt.

F) RECHT UND STAAT UND SOUVERÄNITÄT
WIEDERHERSTELLEN DURCH . . .

44. Brechung der Gesetzesherrschaft durch Wiedereinset- zung der Deutschen in ihr Recht.
45. Verbot der Ideologie der Menschlichkeit, damit derkur- ze Weg von der Humanität zur Bestialität unterbrochen wird.
46. Gebot der Persönlichkeit.
47. Verbot des Pazifismus und Bellizismus als den beiden Grundformen totalitärer Ideologie und Rechuzerstö- rung.
48. Wiederherstellung von Krieg und Frieden als völker- rechtlicher Begriffe wie als außenpolitischer Realitäten.
49. Kündigung des Atomwaffensperrvertrages.
50. Kündigung des 2+4-Vertrages.
51. Kündigung der Nato-Mitgliedschaft.
52. Auflösung der EG.
53. Aussetzung der UNO-Mitgliedschaft bis zur Strei- chung der Feindstaatenklausel und Aufnahme Deutschlands als ständiges Mitglied in den Wertsicher- heitsrat.
54. Wiedereinsetzung des Deutschen Reiches.

G) NATUR UND UMWELT DES
DEUTSCHEN VOLKES RETTEN DURCH . .

55. Biotopschutz des deutschen Volkes in seiner Eigenna- tur und in seiner Umweltnatur, der heimatlichen Land- schaft, Pflanzen- und Tierwelt.
56. Entwüstung der kapitalistischen, Wirtschaftsweise durch Unterbindung des spekulativ-gegenständlichen Kapitalgebrauchs und Sicherstellung ausreichender Geldmittel für deutsche Hersteller und wertschaffende Unternehmen.
57. Rück siedelung der Ballungsräume zu erträglicher Sied- lungsdichte.
58. Erübrigung von Zirkulations- und Transportkosten durch Autarkisierung der Herstellungsvorgänge.
59. Förderung der Bodenständigkeit der Bevölkerung.
60. Verursacherbeseitigungsprinzip; Müllautarkie mög- lichst aller Gebietskörperschaften.
61. Rücknahme- und Abholpflicht der Hersteller für abge- nutzte Gebrauchsgüter.
62. Wiederverwendungspflicht für ausgebrauchte Güter; Ermächtigung der Gemeinden, Verpackungsverbote

Rf56

auszusprechen und den Loseverkauf von Verbrauchsgütern anzuordnen.

63. Gestattung autark-autonomer und subsistenzwirtschaftlicher Siedlungsformen ohne gemeindliche Anschlußpflichten.
64. Allgemeines Gebot, lineare Produktionsweisen durch Kreislaufwirtschaften zu ersetzen und einen gesunden Bauernstand, einen breiten gewerblichen Mittelstand, eine unabhängige wohlgegliederte Volkswirtschaft wiederherzustellen.

H) MITTELDEUTSCHLAND PLANMÄßIG WIEDERAUFBAUEN DURCH . . .

65. Aufstellung eines volkswirtschaftlichen Planes für Mitteldeutschland, der die erwünschte Struktur mit Industriestandorten, Verkehrsverbindungen, sonstiger Infrastrukturen und die günstigste Bevölkerungszusammensetzung absteckt.
66. Investitionsverbot für die öffentlichen Haushalte in Westdeutschland während des Wiederaufbaus in Mitteldeutschland.
67. Verwendung des gesperrten Investitionsvolumens der westdeutschen öffentlichen Haushalte für die Infrastruktur Mitteldeutschlands.
68. Investitionsstrafsteuer auf private Investitionen in Westdeutschland während des Wiederaufbaus in Mitteldeutschland.
69. Verteilung der Investitionsstrafsteuer als Investitionsprämien auf private Investitionen in Mitteldeutschland nach Maßgabe des Aufbaunutzens.
70. Verlegung aller staatlichen Dienststellen nach Mitteldeutschland, die früher dort waren, sowie jener Dienststellen, die künftig Ostdeutschland zukommen; Groß-einsatz des Arbeitsdienstes in Mitteldeutschland.

I) DAS SOZIAL- UND GESUNDHEITS- WESEN VON GRUND AUF ERNEUERN DURCH . . .

71. Aufgabe der Versicherungssillusion bei Kranken- und Rentenkassen.
72. Einführung einer staatlichen Mindestrente (Sozialhilfe) für nachweislich vermögenslose Deutsche im Rentenalter (Umlageverfahren).
73. Privatisierung der echten Rentenversicherung (Kapitalansparungsprinzip).
74. Rettung des Sozialstaates durch das Verbot der Zahlung von Sozialhilfe an Arbeitsfähige.
75. Sicherstellung des Rechts auf ein Grundeinkommen durch Arbeit mittels Anstellung im staatlichen Arbeitsdienst für arbeitsfähige Erwerbslose, die länger als sechs Monate stellungslos sind; die berufliche Ausbildung ist zu berücksichtigen.
76. Auflösung des Kassenarzteswesens.
77. Privatisierung des Gesundheitswesens; Preisfreigabe, Preisauszeichnungs- und Gewährleistungspflicht für alle Dienstleister des Gesundheitswesens; strenge staatliche Qualitätsaufsicht.

Rf57

78. Gewährleistung der medizinischen Grundversorgung der Bevölkerung durch den staatlichen Gesundheitsdienst; diese Grundversorgung wird von den Gesundheitsämtern unter Verwendung der Mediziner- und Pharmazeutenkompanien des staatlichen Arbeitsdienstes erbracht.

J) DIE DEUTSCHE KULTURKATASTROPHE
AUFHALTEN

79. Verbot schmutziger, schundhafter, gewalttätiger, pornographischer und sittlich tiefstehender Darstellungen.
80. Einstellung des kommerziellen Rundfunks.
81. Beschränkung des Fernsehens auf zwei nationale Programme (für deutsche Volkskultur und deutsche Hochkultur samt Wissenschaftspflege) und auf je ein Regionalprogramm für alle deutschen Stammeskulturen; das gleiche gilt für den Hörfunk.
82. Raumschaffung für Familienleben, Überlieferungen und Brauchtumpflege als Grundlagen der deutschen Volkskultur.
83. Säuberung der deutschen Sprache und der öffentlichen Schrift von Amerikanismen und anderen Verfremdungen.
84. Streichung aller Mittel für ausländische und sog. Multikultur.
85. Ausschließliche Förderung deutscher Kultur und volksdeutscher Kulturschöpfer.
86. Auflösung kulturschädlicher Massenanstalten wie Gesamtschulen und Gesamthochschulen.
87. Wiederherstellung des kulturförderlichen dreigliedrigen Schulwesens.
88. Entlastung der deutschen Volksschule von Hilfs- und Fremdschülern, um sie der deutschen Kultur zurückzugeben.
89. Erneuerung der deutschen Wissenschaft von der Universität her.
90. Wiederherstellung des Humboldtschen Ideals der Einheit von Forschung und Lehre an der deutschen Universität.

Rf58

91. Beschränkung der Universität auf wissenschaftliche Forschung und gleichzeitige Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses.
92. Beschränkung des Universitätsbesuches auf die geistig Begabtesten eines Jahrganges, deren Anteil die Fünf-Prozent-Grenze nicht überschreiten soll.
93. Ausbildung der hergebrachten Akademiker wie Juristen, Ärzte oder Lehrer auf Berufsakademien oder Fachhochschulen im dualen System.
94. Beschleunigung der deutschen Groß- und Spitzenforschung (Energie-, Atomsicherheits-, Gen- und Wehrforschung) aus Gründen nationaler Sicherheits- und weltpolitischer Ordnungsaufgaben.
95. Abwicklung reiner Ideologie-Institute wie jener für Politikologie, Soziologie oder Psychoanalyse.
96. Auswertung, Revision und Neubesetzung ideologisch stark mitgenommener Disziplinen wie Geschichte, Pädagogik oder Literaturwissenschaft.
97. Revision des Geschichtsbildes zu Gunsten Deutschlands und weltweite Durchsetzung mittels auswärtiger Kulturpolitik.
98. Durchsetzung der deutschen Sprache als anerkanntes Gemeingermanisch und führende Kultursprache der Welt; Förderung des deutschen Sprachgebrauchs bei den Deutschamerikanern.
99. Gebrauchsverbot des Englischen als Wissenschaftssprache durch beamtete deutsche Wissenschaftler.
100. Förderung der deutschen Wissenschaftssprache nach einheitlichen und volksnahen Maßstäben in allen Fächern.

Den ersten hundert Tagen der NN-Regierung und der Ingangsetzung ihrer Sofortmaßnahmen folgt die Phase der Korrektur von Fehlentscheidungen sowie der Abstimmung der Vollzieher und der Harmonisierung der Maßnahmenfolgen. Danach werden weitergehende Maßnahmen programmiert und es wird die Meinung des deutschen Volkes sowohl zum Erreichten als auch zum Wünschbaren eingeholt.

REINHOLD OBERLERCHER / ZUR KRITIK AN DEN HUNDERT PUNKTEN

Herbe Kritik hat es gesetzt auf den Entwurf zum Notstandsprogramm einer nationalen Regierung in Deutschland, aber auch nicht wenig Zustimmung. Alle jene Leute aus dem nationalen Lager, mit denen ich enger zusammenarbeite und die noch einen Fuß im Bonner System haben oder ihn hineinstellen wollen, sahen sich zu deutlicher Abstandnahme von meiner Person genötigt. Erwähnenswerte sachliche Divergenzen waren aber nicht zu erkennen, lediglich eine große Furcht vor dem Wort „Machtergreifung“. An dieser Einzelheit wird wieder einmal die bis heute anhaltende Beeindruckung deutlich, die das Goebbelsche Propagandaministerium erzielte, als es den nüchternen Vorgang von Krise und Wandel der Weimarer Reichsverfassung zur Machtergreifung heroisierte, ein Vorgang, der seinem Gehalt nach nur die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten war nebst Ausstattung der Reichsregierung mit dem Gesetzgebungsrecht durch die verfassungsändernde Mehrheit der demokratischen Parteien im Reichstag.

Die 1. Notverordnung betreffs Beendigung der Ausländerbeschäftigung ist von einigen Kritikern als zu hart empfunden worden. Qualifizierte ausländische Arbeitskräfte seien darüberhinaus unersetzbar und stellten in einigen Industrien bis zu 60vH der Produktionsarbeiter, diese Betriebe könnten daher bei generellem Verbot von Ausländerbeschäftigung schließen. Hierzu gibt es zwei Handlungsmöglichkeiten:

- erstens, man läßt diese Ausländer weiter hier arbeiten, insofern tatsächlich alle deutschen Arbeitslosen untergebracht sind, oder
- zweitens, man entzieht diesen Industrien ihre unentbehrliche ausländische Arbeitskraft durch Ausweisung mit dem Ziel, Betriebe in Deutschland zu verunmöglichen, die für Beschäftigung und Unterhalt der deutschen Volksarbeitskraft unnötig sind. Das verringert Umweltlasten, Überfremdung, Überindustrialisierung, Soziallasten, Überbevölkerung und Exportabhängigkeit.

Ich bin eindeutig für die zweite, die harte Maßnahmenvariante, weil sie nicht nur die Arbeitslosigkeit beseitigt, sondern die konsequente Durchsetzung der übrigen neun Ziele

erleichtert und eigentlich erst ermöglicht; Wohnungsnot wird gemildert, Umweltlast und Verkehrschaos verringert, die Entfremdung zwischen Deutschland und den Deutschen beendet.

Ein Kritiker hält schon diese erste Maßnahme, die Beendigung der Ausländerbeschäftigung, für ein unerreichbares Endziel, das nicht verkündet werden dürfe, weil sonst unsere Todfeinde die beabsichtigte „Vernichtung Deutschlands“ sofort ins Werk setzten, wozu insbesondere auch die außenpolitischen Sofortmaßnahmen der Punkte 43-53 führten; „die genannten Punkte machen das Programm zu einer gefährlichen Phantasie von in ihre Theorien verliebten Akademikern“.

Ein anderer Leser glaubt auf den ausländischen Straßentransit (Nr. 22) aus wirtschaftlichen Zwecken nicht verzichten zu können, weil viele deutsche Dienstleister wie Tankstellen, Hotels und Gaststätten davon lebten. – Nicht nur der ausländische Straßentransit selber belastet die Umwelt, sondern auch die Dienstbetriebe, welche die Durchreisenden versorgen. Der davon abhängige Teil unserer Wirtschaft ist Teil unserer Exportabhängigkeit und soll aus ordnungspolitischen Gründen stark verringert werden, denn Exportorientierung ist Abhängigkeit von ausländischen Bedürfnissen. Grundsätzlich hängt dieser Punkt an meiner Verwerfung des Primats der Marktwirtschaft überhaupt; ich gehe von den Völkern als den souveränen Volkswirtschaftssubjekten aus, und innerhalb einer jeden Volkswirtschaft vom Primat der Eigenwirtschaft und der dienenden und nachrangigen Stellung der Marktwirtschaft, auch der auswärtigen, „Der Markt darf nicht Zweck, sondern nur Mittel des Wirtschaftens sein.“ (Art. 15 (1) RVerfE, in: *Staatsbriefe* 1/92)

Auch Auto-Transit-Züge hält dieser Leser nicht innerhalb von 100 Tagen für verwirklichtbar, wogegen ich mir sicher bin, daß einige Pionier-Kompanien acht oder zehn provisorische Zufahrtsrampen an den Hauptgrenzübergängen aller vier Himmelsrichtungen noch vor Anbruch des ersten der hundert Tage errichten können; entsprechende Reisezüge für PKW- und LKW-Transport besitzt die Bahn bereits.

Ein Kritiker hat bemängelt, dem Entwurf fehle ein eigenes Wirtschaftsprogramm und Punkt 56 berühre die kapitalisti-

sche Wirtschaft nur in ihrem Umweltaspekt. – Ein Wirtschaftsprogramm war aber auch nicht das Ziel dieses Sofortprogramms für den Notstand. Zu verweisen ist auf den Artikel „Wirtschaftsverfassung“ im Reichsverfassungsentwurf (*Staatsbrüfe*, 1/92) und den Aufsatz „Die Wirtschaft im Europa der Völker“ (11/91). Das Wirtschaftsprogramm einer nationalen Regierung kann nur die Wiederherstellung der Deutschen Volkswirtschaft als eigenes Wirtschaftssubjekt sein. Zu beginnen ist das auch schon in den ersten hundert Tagen, aber nicht zu vollenden. In hundert Tagen beenden hingegen können wir Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Verbrecherinvasion, Rauschgiftelend, Großverschmutzung, Verkehrschaos, mitteldeutsche Stagnation und gesamtdeutsche Kulturkatastrophe.

Bisweilen mißverstanden wurden meine Vorschläge zur Grundemuerung des Sozial- und Gesundheitswesens. Keineswegs beabsichtigt ist einseitige Kapitalisierung, sondern ein Zwei-Säulen-System von Privatisierung einerseits und Grundversorgung durch den rein staatlichen (und nicht korporatistisch verfaßten) Sozial- und Gesundheitsdienst andererseits. Grundfalsch wäre es, den Liberalen das gute Argument privater Wirtschaftlichkeit und den Kommunisten den Vorteil staatlicher Mindestversorgung zu überlassen.

Private Versicherungskassen, gesetzliche Versicherungspflicht, staatliche Gesundheitsdienste und staatliche Mindestrente für Mittellose (Sozialhilfe) erachte ich als die vier Pfeiler, die unserem Sozialsystem Halt geben können. Das derzeitige System ist instabil und bricht bald zusammen. Im übrigen kann alles mißbraucht werden, auch ein rein staatliches Sozialsystem. Folglich schlage ich staatliche Qualitätskontrolle des Privatsystems und Privatkonzurrenz für das staatliche System vor, also eine Mischform.

Rückfragen hat Punkt 44 – Brechung der Gesetzesherrschaft und Wiedereinsetzung der Deutschen in ihr Recht – hervorgerufen. Gesetz scheint vielen eindeutiger und wichtiger zu sein als Recht. Nicht allen ist klar, daß sich der Religion des geoffenbarten Gesetzes unterwirft, wer sich weltlicher Gesetzesherrschaft beliebiger Einfärbung unterstellt. Ich bin gegen jede Gesetzesherrschaft – auch jedes „Grundgesetzes“ – weil Gesetz nicht Recht ist und nur irgend einen Besitz oder eine Macht normiert, die Besitz oder Macht eines Rechtes als auch eines Unrechtes sein können, was mit der Güte des Gesetzes in keinerlei Zusammenhang steht. Unser Recht als Deutsche ist sowohl die Rückkehr zum gemeingermanischen Allodialrecht als auch die Beendigung der Weltkriege gegen das Deutsche Reich durch einseitige Friedenserkklärung nach dem *status quo ante* von 1914.

Ferner ist es aber auch unser Recht, für die Zeit der Restitution des Deutschen Reiches zur Notstandsverfassung der Weimarer Reichsverfassung zurückzukehren, bis die Deutschen sich über die Art der Weiterentwicklung der Bismarck-Verfassung einig geworden sind.

Ein Leser nahm den antideutschen Restzweck der NATO so ernst, daß er meinte, bei Kündigung unserer Mitgliedschaft in diesem Bündnis würde es sofort einen heißen Krieg gegen uns führen. Aber als NATO-Mitglied werden wir auf Dauer sicher untergehen, als NATO-Liquidator aber vielleicht nicht. Mag sein wir handeln uns eine neue direkte Besatzungszeit durch die Westmächte ein, was Gelegenheit gä-

be zur Liquidierung der deutschen Kollaborateure (also der Träger des Bonner Systems) und zur nachhaltigen Befreundung mit den dann bedeutsamen Ostmächten. Auch wenn es nicht so schlimm kommt, brauchen wir mit der USA z.Zt. noch irgendein Bündnis, daher der UNO-Punkt. Mittelfristig aber ist die Europäisierung Amerikas zu betreiben, mit der sich auch die Weltherrschaft des Englischen erledigte.

Die außenpolitische Norverordnung Nr. 53 ist ein Bündnisangebot an die USA; ein sehr richtiger Einwand dagegen lautete, daß die UNO doch die Hochburg der Ideologie der Menschlichkeit und Rechtfertiger aller weltpolizeilichen Einsätze sei, die jedem Völkerrecht ins Gesicht schlägt und mit dem Verhängnis weltweiter Gesetzesherrschaft verknüpft ist. Aber der Interventionismus der UNO läßt sich am besten im Sicherheitsrat torpedieren. Die UNO sollten wir als Tribüne des Kampfes gegen die Menschlichkeitsideologie und für die Wiederherstellung völkerrechtlicher Ordnungen in der Welt nutzen.

Einige Kritiker waren wesentlich radikaler als der Entwurf und forderten z.B. ein Verbot der Kirchen als den Zentren internationalistischer Ideologie und Förderern des Deuschenhasses. – Ein Kirchenverbot erscheint mir überflüssig, sobald alle Zahlungen und Steuereintreibungsdienste des Staates eingestellt sind; im übrigen ist im RVerfE das Zulassungs-, Duldungs- und Verbotsrecht des Reiches gegenüber Verbänden religiöser, politischer, wirtschaftlicher Art vorgesehen.

Die Notstandsmaßnahme Nr. 38 ist als Einführung der Todesstrafe für Rauschgiftändler gedeutet worden. Ich schlage aber keineswegs die Einführung der Todesstrafe für Rauschgiftändler vor, sondern zunächst nur strikte Anwendung der bestehenden Strafgesetze, die gegenwärtig von Amts wegen vereitelt wird, was seinerseits ein Straftatbestand ist, dessen Verfolgung die NN-Regierung gemäß Legalitätsprinzip zu veranlassen hat. Erst im Falle des Mißerfolges soll der Krieg erklärt werden. Rauschgiftbesitzer, die ihre Waffe nicht offen tragen, nicht uniformiert sind und keinem einheitlichen Kommando unterstehen, sind dann Parisanen, also zivile Kriegsverbrecher, die gemäß Haager Landkriegsordnung fusiliert werden.

Erläuterungsbedürftig war Punkt 45, der zusammen mit Punkt 46 zu sehen ist: Verbot der Menschlichkeitsideologie heißt Gebot der Persönlichkeit und umgekehrt. Der Mensch als Mensch ist ein schlaues Tier, also Bestialität selbst bei paradiesischem Verhalten von Humanität nicht zu trennen. Im Prinzip der Persönlichkeit erkenne ich die Gottesebenbildlichkeit und damit die Rechlichkeit der Menschen. Zum Persönlichkeitsgebot des Punktes 46 sei auf den Aufsatz „Der Staat als Rechtsbegriff“ (*Staatsbrüfe*, 5/92) verwiesen, dieses Gebot deckt das Verbot der humanistischen Ideologie im Punkt 45.

Der Punkt 63 ist als Bündnisangebot an die Autonomen zu lesen; im 4. Reich können sie einige Gebietskörperschaften (Gemeinden) haben, dort als Selbstversorger wirtschaften (Autarkie) und sich folglich ganz eigene Gemeindegesetze geben (Autonomie); das geht nur, wenn die allgemeinen Gemeindeordnungen außer Kraft gesetzt sind, welche Anschlußpflichten an Ver- und Entsorgungsnetze kennen, was Zahlungspflichten nach sich zieht und also zum Zwang marktwirtschaftlicher Tätigkeit führt.

Anhang IIb 1: Anzeigen und Postkarten



M8



M11

Möllemanns Wahlkampf

Mit diesem Plakat, das den Sektenführer Bhagwan, Adolf Hitler und Freddy Krueger aus dem Horrorfilm „Nightmare on Elm Street“ darstellt, will der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen FDP, Jürgen Möllemann, bei den Landtagswahlen im Mai acht Prozent erringen. Möllemann räumte bei der Präsentation in Düsseldorf ein, es habe im Vorstand „eine leidenschaftliche Diskussion“ um das Bild gegeben. NRW-Schulministerin Gabriele Behler (SPD) warf der FDP „Eindeutigkeiten“ vor. (Bild: dpa)

**Zeig den Rechten
die rote Karte.**

Besonders im Osten.

O4, Seite 1 u. 2

Warum die Rechten die Rote Karte verdienen:

- Rechte reden allen Unzufriedenen nach dem Mund. Praktikable Vorschläge haben sie nicht.
- Rechte bedrohen alle, die anders denken als sie. Das geht bis zu Mord.
- Rechte schüren Hass und Gewalt.
- Wenn Rechte die Macht hätten, wäre Schluß mit Demokratie und Freiheit.
- Rechte sind ferngesteuert aus dem Westen.
- Rechte im Parlament kassieren nur Diäten, tun aber nichts.
- Jobs entstehen durch Investitionen. Aber Rechte schrecken Investoren ab.
- Jede Stimme für Rechte fehlt am Ende für einen wirklichen politischen Wechsel.

SPD

Besonders im Osten.

Für Integration und doppelte Staatsbürgerschaft!

M25

Hassan:

Seine Blutgruppe: A

Seine Hauptstadt: B

Sein Lieblingssaft: C

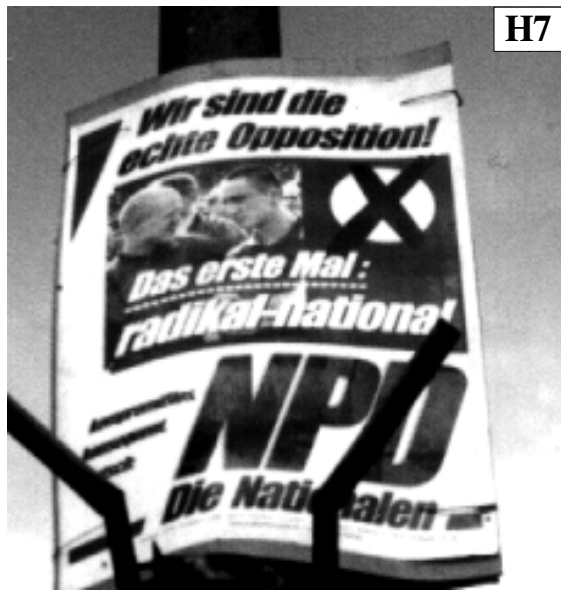
Seine Heimat: D



Jus**s**
in der SPD

Anhang IIb 3: Wahlplakate





H7



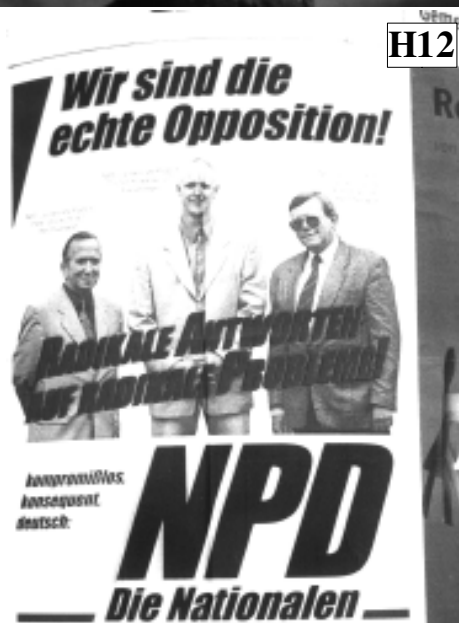
H9



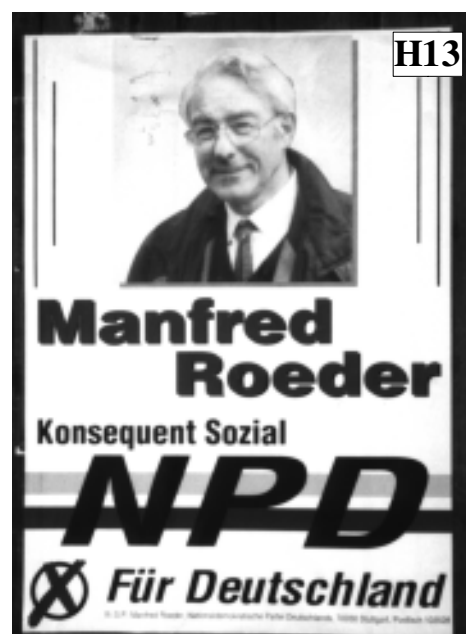
H10



H11



H12



H13





H25



H27



H33



H37

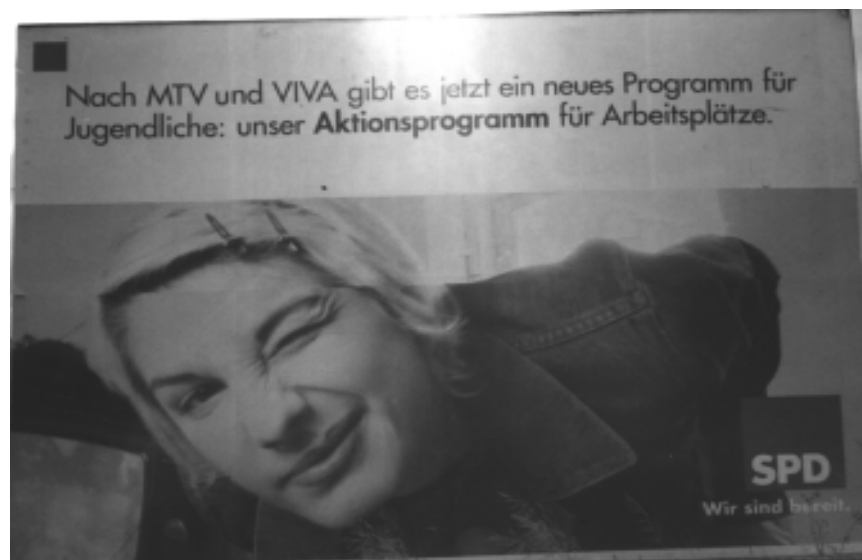


H38



H39





Anhang IIb 4: Rundfunkmitschnitte

Quelle K1

Ostseewelle: DIE REPUBLIKANER, vom 08.09.1998:

(„Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß dieser Werbespot außerhalb unserer redaktionellen Verantwortung liegt. Die Ostseewelle wurde per Gerichtsbeschluß dazu verpflichtet.“)

1. Junge : „Ich möchte gern mal Bäcker werden.“

Mädchen : „Ich möchte, so wie Mutti, Lehrerin werden.“

2. Junge : „Und ich will Feuerwehrmann werden!“

In einander übergehende Nachrichtenmeldungen werden eingeblendet (männlicher Sprecher):

„Die Bundesanstalt für Arbeit gibt bekannt Nürnberg. Der Negativtrend auf dem Arbeitsmarkt 4 ½ Millionen Arbeitslose ... Die Arbeitslosigkeit in Deutschland wird auch zukünftig ansteigen.“

Mädchen : „Meine Mutter wählt DIE REPUBLIKANER. Die tun was gegen Arbeitslosigkeit.“

männl. Sprecher: „Unseren Kindern eine Chance! DIE REPUBLIKANER ins Parlament!“

weibl. Sprecher: „Frischen Wind ins Parlament! Zur Bundestagswahl DIE REPUBLIKANER wählen! DIE REPUBLIKANER – mehr als nur Protest!“

Quelle K3

Ostseewelle, DVU vom 17.09.1998:

Der Folgetext ist mit der Melodie der Nationalhymne unterlegt:

männl. Sprecher: „Die DVU will durchsetzen, was die Mehrheit der Deutschen will:

- Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!
- Deutsches Geld zuerst für Deutsche in Not!
- Die DM soll bleiben – nein zum Euro!
- Kriminelle Deutsche rein in den Knast! – Kriminelle Ausländer raus aus Deutschland!

Die Hymne ist zu Ende. Es ertönt ein Paukenschlag.

männl. Sprecher: „Deshalb: DVU!“

Es ertönt wieder ein Paukenschlag.

Anhang IIb 5: TV-Mitschnitte

Quelle J8 b1

ARD, Bundestagswahlwerbung DIE REPUBLIKANER vom 01.09.1998:

weibl. Stimme: „... Wir können stolz auf unser Land sein. (...)“ Ausführungen zur Kultur Deutschlands, dann Geräusch von etwas Zusammenbrechendem, Einblenden einer Müllanlage

männl. Stimme: „Doch was haben die Politiker aus unserem Deutschland gemacht? (...) Die Masseneinwanderung hat uns zahllose kriminelle Ausländer eingebracht. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat sich unter der Regierung der Altparteien verdoppelt.“

weibl. Stimme: „Damit muß Schluß sein. DIE REPUBLIKANER packen die Probleme sachlich an. Der Bundesvorsitzende der REPUBLIKANER, Dr. Rolf Schlierer (Einblendung Schierers in einer Arbeitsgruppe) leistet mit seinem Team im Stuttgarter Landtag schon seit Jahren hervorragende Arbeit für Deutschland!“ Ausführungen zu seinen Arbeiten.

Schlierer: „Protestieren Sie gegen eine Politik, die nicht mehr unsere, die nicht mehr deutsche Interessen vertritt! Wählen Sie diesmal mehr als nur Protest! DIE REPUBLIKANER vertreten deutsche Interessen (...)!“

Quelle J8 b2

ARD, Bundestagswahlwerbung DVU vom 01.09.1998:

männliche Stimme liest vor, was in großen Lettern auf dem Bildschirm erscheint:

- „Deutsche, laßt Euch nicht zur Sau machen!“ Einblendung einer Sau
- „Immer mehr Arbeitslose, immer mehr Deutsche in Not. Milliarden D-Mark gehen ans Ausland. Zuviele Ausländer kommen rein. Immer mehr Verbrechen (...)“ eingeblendet wird der Schriftzug: „Protest wählen! DVU.!“

männl. Stimme: „Die DVU will durchsetzen, was die Mehrheit der Deutschen will: Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche! Deutsches Geld zuerst für Deutsche in Not! (...)“ eingeblendet wird: „Deutsche zuerst! DVU.“

Jetzt Einblendung von: „Kriminelle hart anfassen! DVU.!“

dazu Stimme: „Kriminelle Deutsche rein in den Knast! – Kriminelle Ausländer raus aus Deutschland!“ (...)

männl. Stimme: „Das ist der Donnerschlag des Wählers.“ Ein Donnerschlag ist zu hören. „So wird der Stimmzettel zum Denkmittel. DVU – die Partei für die Deutschen!“

Die deutsche Nationalhymne ist zu hören.

IIb 6: Sonstige Wahlwerbung

2. UMWANDERUNG

Asylmißbrauch verhindert

Seit der Asylrechtsreform von 1993 ist die Anzahl der Asylbewerber in Deutschland kontinuierlich gesunken. 1997 betrug sie weniger als ein Viertel der Anzahl von 1992.

Die Neuregelung unseres Asylrechts hat sich in der Praxis bewährt. Seither werden Asylbewerber, die über sichere Drittstaaten bei uns einreisen, an den Grenzen zurückgewiesen. Bei Asylbewerbern, die aus sicheren Herkunftsländern stammen, gehen unsere Behörden davon aus, daß die Anträge unbegründet sind. An Flughäfen gelten besondere Maßnahmen.

Erkrankung, kein Bargeld. Die Neuregelung gilt für Asylbewerber, denen es nur um unsere Sozialleistungen geht, und für Bewerber, die ihre Ausweispapiere vernichten, um ihre Abschiebung zu vereiteln.

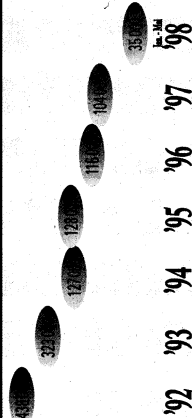
Auf diese Weise kann unser Asylrecht noch wirkungsvoller gegen Mißbrauch geschützt werden. Politisch Verfolgten werden wir weiter Zuflucht in Deutschland gewähren.

ERFOLGSBILANZ

- ✓ Asylbewerberzahlen auf unter ein Viertel gesenkt
- ✓ Verfahrensdauer durchgreifend verkürzt
- ✓ Schutz für politisch Verfolgte bleibt erhalten

Um finanzielle Anreize zum Mißbrauch des Asylrechts zu beseitigen, hat die Koalition die Leistungen an Asylbewerber 1993 gegenüber der Sozialhilfe um 20% abgesenkt und vorrangig auf Sachleistungen umgestellt. Nach der jetzt vom Bundestag beschlossenen Neuregelung werden die Leistungen noch einmal auf das Notwendigste reduziert: Ernährung, Gemeinschaftsunterkunft, Kleidung, Behandlung bei akuter

ASYLBEWERBERZAHLEN STARK RÜCKLÄUFIG



Quelle: BfI

1. NEUERE SICHERHEIT

Verbrechen erfolgreich bekämpft

Die Anstrengungen von CDU und CSU bei der Verbrechensbekämpfung greifen. Die Kriminalität in Deutschland geht zurück.

überführt werden. Bei besonders gefährlichen Tätern kann leichter die Sicherungsverwahrung angeordnet werden.

Polizei und Justiz haben wichtige Waffen im Kampf gegen die organisierte Kriminalität erhalten. Die Geldwäsche- und Korruptionsbekämpfung wurde verschärft. Verbrechensgewinne der Drogenhändler können abgeschöpft, gefährdete Zeugen geschützt werden. Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz wurden gestärkt. Europa kann 1998 seine Arbeit aufnehmen.

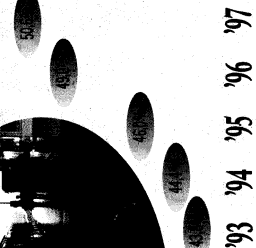
Unter dem Stichwort „Sicherheitsnetz“ sind in Berlin und Stuttgart, München und Bremen gemeinsame Projekte von Bundesgrenzschutz, Polizei und Kommunen eingeleitet worden. Im Vordergrund steht ein konsequenteres Vorgehen gegen die den Bürger besonders belastende „Alltagskriminalität“, auch gegen kleinere Vergehen und Störungen der öffentlichen Ordnung. Unsere Bürger sollen sich auch in deutschen Großstädten jederzeit frei und sorglos bewegen können.

ERFOLGSBILANZ

- ✓ Mit über 50% höchste Aufklärungsquote seit 1969
- ✓ Wesentlich verbesserte Sicherheitsgesetze
- ✓ Deutsche Ostgrenze am besten gesicherte Außengrenze der gesamten Europäischen Union

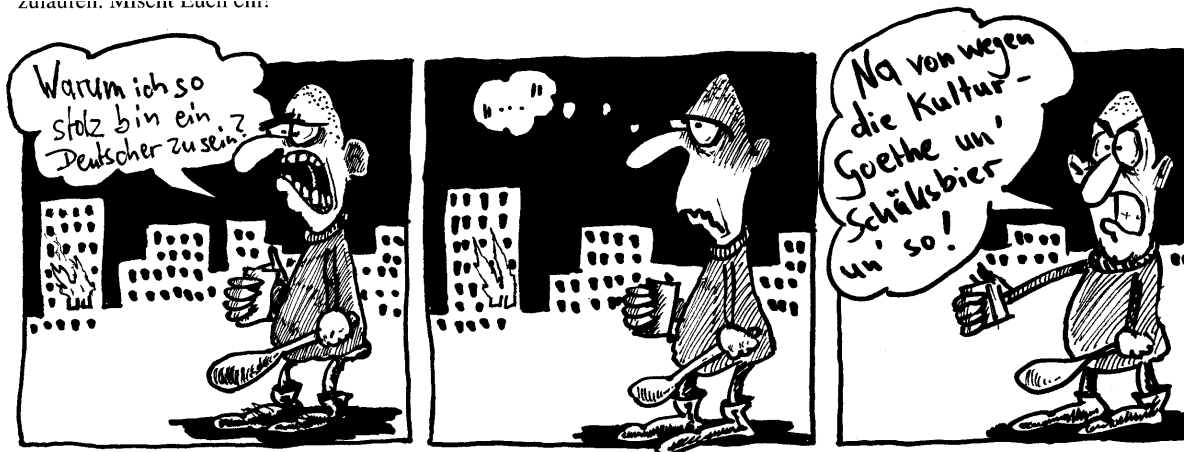
Quelle: Initiale Kriminalstatistik, BMI

IMMER MEHR VERBRECHEN AUFGEKLÄRT



Die Strafen für Gewaltdelikte wurden erhöht. Besonders Sexualstraftaten und Kindesmißbrauch werden künftig härter bestraft. Mit der Errichtung der Gen-Daten im Bundeskriminalamt können Täter über den „genetischen Fingerabdruck“ jetzt schneller

zurück, mischt euch ein:



Zur Bundestagswahl gab die PDS auf Flugblättern Comics zu verschiedenen politischen Themen heraus, hier zum Thema Rechtsextremismus (Quelle I4)

Anhang IIc: Quantitative sprachwissenschaftliche Ergebnisse

Parteiprogramme

<i>DVU</i>	<i>Arbeit Arbeitslosigkeit</i>	<i>Ausland Asyl</i>	<i>Innere Sicherheit</i>	<i>Europa</i>	<i>insge- samt</i>
Zeilenanzahl	33	17	11	19	80
Schlagwörter	4	1	1	1	7
Wortfamilie „Ausland/Asyl“	2	5	0	0	7
Wortfamilie „Volk“	1	6	0	7	14
Wortfamilie „Deutsch“	9	8	0	9	26
Wortfamilie „Europa“	3	0	0	2	5
Adjektivattribute	54	22	10	27	113
davon komparativisch	1	2	1	0	4
davon superlativisch	2	1	1	0	4
davon elativisch	1	1	0	3	5
Antonyme	3	3	2	1	9
religiöse Begriffe	0	0	0	0	0
militärische Begriffe	0	0	0	0	0
Bilder	3	2	0	0	5
davon biolog.-pathologisch	0	0	0	0	0
Phraseologismen	2	0	2	0	4
Hyperbole & Litotes	1	0	1	0	2
Euphemismen	0	0	0	0	0
Archaismen	2	2	1	0	5
Neologismen	0	0	0	0	0
Fremdwörter	2	1	0	2	5
Emphasen	7	4	1	4	16
Wiederholungen	2	1	1	2	6
davon Anaphern	0	0	1	0	1
Nominalstil	24	6	4	8	42
Imperative	6	3	0	1	10
Kollektives „wir“	7	1	4	4	16
Pleonasmen & Tautologien	0	0	0	0	0
Kollektiver Singular	0	0	0	0	0

Anhang IIc, Blatt2/6

REPUBLIKANER	Arbeit Arbeitslosigkeit	Ausland Asyl	Innere Sicherheit	Europa	insge- samt
Seitenanzahl	6,5	2,5	3,5	3	15,5
Schlagwörter	6	2	14	7	29
Wortfamilie „Ausland/Asyl“	8	31	2	1	42
Wortfamilie „Volk“	7	7	1	3	18
Wortfamilie „Deutsch“	25	11	0	12	48
Wortfamilie „Europa“	3	0	2	37	42
Adjektivattribute	233	89	117	82	521
davon komparativisch	10	1	4	2	17
davon superlativisch	3	1	1	0	5
davon elativisch	3	2	4	2	11
Antonyme	15	2	2	8	27
religiöse Begriffe	3	0	1	3	7
militärische Begriffe	2	3	3	3	11
Bilder	10	4	6	4	24
davon biolog.-pathologisch	1	2	1	0	4
Phraseologismen	4	0	2	2	8
Hyperbole & Litotes	0	0	0	0	0
Euphemismen	0	2	1	0	3
Archaismen	0	0	0	0	0
Neologismen	0	0	0	0	0
Fremdwörter	35	6	13	20	74
Emphasen	4	16	16	13	49
Wiederholungen	17	5	12	10	44
davon Anaphern	3	1	2	2	8
Nominalstil	56	30	53	7	146
Imperative	27	4	9	4	44
Kollektives „wir“	20	6	13	13	52
Pleonasmen & Tautologien	0	0	0	0	0
Kollektiver Singular	0	0	0	0	0

NPD	Arbeit Arbeitslosigkeit	Ausland Asyl	Innere Sicherheit	Europa	insge- samt
Seitenanzahl	3	1	3	1	8
Schlagwörter	8	4	9	6	27
Wortfamilie „Ausland/Asyl“	3	5	7	1	16
Wortfamilie „Volk“	17	6	10	9	42
Wortfamilie „Deutsch“	15	17	6	6	44
Wortfamilie „Europa“	0	7	0	7	14
Adjektivattribute	81	39	88	35	243
davon komparativisch	0	4	4	0	8
davon superlativisch	1	1	0	0	2
davon elativisch	4	4	4	1	13
Antonyme	8	3	7	3	22
religiöse Begriffe	0	0	0	0	0
militärische Begriffe	3	16	0	1	20
Bilder	4	3	2	2	11
davon biolog.-pathologisch	0	0	0	0	0
Phraseologismen	2	2	0	1	5
Hyperbole & Litotes	4	4	3	2	13
Euphemismen	4	2	2	0	8
Archaismen	1	3	0	1	5
Neologismen	0	0	0	0	0
Fremdwörter	16	3	2	12	33
Emphasen	11	5	7	9	32
Wiederholungen	7	4	8	3	22
davon Anaphern	1	0	0	0	1
Nominalstil	34	6	25	17	82
Imperative	17	4	12	3	36
Kollektives „wir“	0	0	1	0	1
Pleonasmen & Tautologien	0	0	0	0	0
Kollektiver Singular	0	0	0	0	0

Parteiperiodika

Thema: Europa

Quelle	C5 (46ff.)	C29 (13)	C37	C5 (21f.)	C5 (22f.)	C30	C26	C3 (23)
Wortanzahl	1620	800	309	349	398	518	243	454
Zitatwortanzahl *	0	33	0	5	0	0	6	2
Schlagwörter	10	5	6	5	6	8	7	4
Wortfamilie Ausland & Asyl	0	0	0	0	0	0	2	0
Wortfamilie Volk	4	24	0	0	0	1	3	0
Wortfamilie Deutsch	29	4	7	10	1	16	15	9
Wortfamilie Europa	11	0	6	3	10	27	12	9
Adjektivattribute	232	151	38	54	56	61	48	35
Komparativische Adj.	5	8	2	3	0	1	1	1
Superlativische Adj.	1	5	0	0	1	0	0	3
Elativische Adj.	0	4	1	0	5	0	0	0
Antonyme	6	4	4	2	1	3	3	3
Religiöse Begriffsübertragungen	0	0	0	0	0	2	0	0
Militärische Begriffsübertragungen	3	0	1	0	1	0	0	0
Bilder	11	6	5	10	7	16	8	4
Biologisch-pathologische Bilder	0	2	0	0	0	0	0	0
Phraseologismen	6	5	0	4	3	4	2	3
Hyberbole & Litotes	3	7	1	1	0	7	5	0
Tautologien & Pleonasmen	0	2	0	0	0	0	0	0
Euphemismen	2	1	0	0	2	0	0	0
Archaismen	3	2	1	6	2	1	0	0
Neologismen	0	0	0	0	0	2	0	0
Wiederholungen	11	16	3	2	4	7	5	0
Anaphern	3	1	0	0	1	3	2	0
Fremdwörter	39	31	6	5	10	5	12	0
Emphasen	71	64	20	30	35	41	36	17
Imperative	1	0	0	0	0	2	0	0
Kollektives "wir"	1	0	0	0	0	4	0	0
Kollektiver Singular	0	0	1	0	0	0	0	1

* = Die Anzahl der in Zitaten benutzen Wörter ist nicht in die Berechnung der Gesamtzahl eines jeweiligen Textes mit eingeflossen.

Prozent:

Quelle	C5 (46ff.)	C29 (13)	C37	C5 (21f.)	C5 (22f.)	C30	C26	C3 (23)
Wortanzahl	100	100	100	100	100	100	100	100
Zitatwortanzahl	0,00	4,13	0,00	1,43	0,00	0,00	2,47	0,44
Schlagwörter	0,62	0,63	1,94	1,43	1,51	1,54	2,88	0,88
Wortfamilie Ausland & Asyl	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,82	0,00
Wortfamilie Volk	0,25	3,00	0,00	0,00	0,00	0,19	1,23	0,00
Wortfamilie Deutsch	1,79	0,50	2,27	2,87	0,25	3,09	6,17	1,98
Wortfamilie Europa	0,68	0,00	1,94	0,86	2,51	5,21	4,94	1,98
Adjektivattribute	14,32	18,88	12,30	15,47	14,07	11,78	19,75	7,71
Komparativische Adj.	0,31	1,00	0,65	0,86	0,00	0,19	0,41	0,22
Superlativische Adj.	0,06	0,63	0,00	0,00	0,25	0,00	0,00	0,66
Elativische Adj.	0,00	0,50	0,32	0,00	1,26	0,00	0,00	0,00
Antonyme	0,37	0,50	1,29	0,57	0,25	0,58	1,23	0,66
Religiöse Begriffsübertragungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,39	0,00	0,00
Militärische Begriffsübertragungen	0,19	0,00	0,32	0,00	0,25	0,00	0,00	0,00
Bilder	0,68	0,75	1,62	2,87	1,76	3,09	3,29	0,88
Biologisch-pathologische Bilder	0,00	0,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Phraseologismen	0,37	0,63	0,00	1,15	0,75	0,77	0,82	0,66
Hyberbole & Litotes	0,19	0,88	0,32	0,29	0,00	1,35	2,06	0,00
Tautologien & Pleonasmen	0,00	0,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Euphemismen	0,12	0,13	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00
Archaismen	0,19	0,25	0,32	1,72	0,50	0,19	0,00	0,00
Neologismen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,39	0,00	0,00
Wiederholungen	0,68	2,00	0,97	0,57	1,01	1,35	2,06	0,00
Anaphern	0,19	0,13	0,00	0,00	0,25	0,58	0,82	0,00
Fremdwörter	2,41	3,88	1,94	1,43	2,51	0,97	4,94	0,00
Emphasen	4,38	8,00	6,47	8,60	8,79	7,92	14,81	3,74
Imperative	0,06	0,00	0,00	0,00	0,00	0,39	0,00	0,00
Kollektives "wir"	0,06	0,00	0,00	0,00	0,00	0,77	0,00	0,00
Kollektiver Singular	0,00	0,00	0,32	0,00	0,00	0,00	0,00	0,22

Anhang IIc, Blatt4/6

Thema: Innere Sicherheit

	C28 (1)	C26 (9)	C30 (4)	C29 (4)	C4 (28ff.)	
Wortanzahl	418	272	235	542	959	
Zitatwortanzahl *	51	78	0	22	199	
Schlagwörter	2	2	5	7	10	
Wortfamilie Ausland & Asyl	3	3	0	1	5	
Wortfamilie Volk	0	0	0	0	0	
Wortfamilie Deutsch	7	1	1	10	2	
Wortfamilie Europa	0	0	5	0	0	
Adjektivattribute	49	23	36	69	168	
Komparativische Adj.	0	0	0	2	2	
Superlativische Adj.	2	0	2	1	3	
Elativische Adj.	0	1	1	1	0	
Antonyme	2	1	2	3	5	
Religiöse Begriffsübertragungen	1	0	0	0	0	
Militärische Begriffsübertragungen	1	0	0	0	0	
Bilder	8	0	8	9	7	
Biologisch-pathologische Bilder	1	0	0	1	0	
Phraseologismen	6	4	6	6	4	
Hyberbole & Litotes	3	0	0	1	2	
Tautologien & Pleonasmen	0	0	0	0	0	
Euphemismen	0	0	0	0	1	
Archaismen	4	2	0	1	1	
Neologismen	0	1	0	0	1	
Wiederholungen	5	6	6	8	10	
Anaphern	2	0	1	1	2	
Fremdwörter	4	3	3	6	27	
Emphasen	21	17	17	42	48	
Imperative	0	0	1	0	2	
Kollektives "wir"	0	0	0	0	0	
Kollektiver Singular	0	0	0	0	0	

* = Die Anzahl der in Zitaten benutzten Wörter ist nicht in die Berechnung der Gesamtwortzahl mit eingeflossen.

Prozentwerte

	C28 (1)	C26 (9)	C30 (4)	C29 (4)	C4 (28ff.)	
Wortanzahl	100	100	100	100	100	100
Zitatwortanzahl	12,20	28,68	0	4,06	20,75	
Schlagwörter	0,48	0,74	2,13	1,29	1,04	
Wortfamilie Ausland & Asyl	0,72	1,1	0	0,18	0,52	
Wortfamilie Volk	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Wortfamilie Deutsch	1,67	0,37	0,43	1,85	0,21	
Wortfamilie Europa	0,00	0,00	2,13	0,00	0,00	
Adjektivattribute	11,72	8,46	15,32	12,73	17,52	
Komparativische Adj.	0,00	0,00	0,00	0,37	0,21	
Superlativische Adj.	0,48	0,00	0,85	0,18	0,31	
Elativische Adj.	0,00	0,37	0,43	0,18	0,00	
Antonyme	0,48	0,37	0,85	0,55	0,52	
Religiöse Begriffsübertragungen	0,24	0,00	0,00	0,00	0,00	
Militärische Begriffsübertragungen	0,24	0,00	0,00	0,00	0,00	
Bilder	1,91	0,00	3,40	1,66	0,73	
Biologisch-pathologische Bilder	0,24	0,00	0,00	0,18	0,00	
Phraseologismen	1,44	1,47	2,55	1,11	0,42	
Hyberbole & Litotes	0,72	0,00	0,00	0,18	0,21	
Tautologien & Pleonasmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Euphemismen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,10	
Archaismen	0,96	0,74	0,00	0,18	0,10	
Neologismen	0,00	0,37	0,00	0,00	0,10	
Wiederholungen	1,20	2,21	2,55	1,48	1,04	
Anaphern	0,48	0,00	0,43	0,18	0,21	
Fremdwörter	0,96	1,10	1,28	1,11	2,82	
Emphasen	5,02	6,25	7,23	7,75	5,01	
Imperative	0,00	0,00	0,43	0,00	0,21	
Kollektives "wir"	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Kollektiver Singular	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

Anhang IIc, Blatt5/6

Thema: Ausland & Asyl

Quelle	C2 (16f.)	C5 (13f.)	C4 (33ff.)	C29 (2)	C3 (40f.)	C3 (5ff.)	C3 (42ff.)
Wortanzahl	455	380	1315	759	455	1338	1278
Zitatwortanzahl *	118	4	41	0	75	21	144
Schlagwörter	4	2	7	8	6	10	7
Wortfamilie Ausland & Asyl	0	9	22	8	12	2	26
Wortfamilie Volk	0	4	0	8	0	1	0
Wortfamilie Deutsch	1	12	23	11	11	17	12
Wortfamilie Europa	2	0	8	0	0	0	5
Adjektivattribute	68	58	117	125	54	139	127
Komparativische Adj.	4	1	3	1	4	4	1
Superlativische Adj.	0	0	4	1	0	2	2
Elativische Adj.	2	0	1	1	0	0	0
Antonyme	4	3	6	3	4	9	6
Religiöse Begriffsübertragungen	4	0	0	1	0	8	1
Militärische Begriffsübertragungen	1	1	1	1	0	1	2
Bilder	9	4	14	13	2	14	11
Biologisch-pathologische Bilder	0	0	0	1	0	0	1
Phraseologismen	0	4	7	8	2	11	5
Hyberbole & Litotes	5	1	0	6	0	5	3
Tautologien & Pleonasmen	0	0	0	0	0	0	0
Euphemismen	1	0	2	3	0	1	0
Archaismen	3	0	1	5	0	5	4
Neologismen	1	2	0	3	1	2	1
Wiederholungen	5	7	16	4	12	10	5
Anaphern	0	0	0	1	1	4	0
Fremdwörter	7	6	5	9	1	25	17
Emphasen	18	16	15	35	17	72	34
Imperative	0	0	0	0	1	3	2
Kollektives "wir"	0	0	0	0	0	1	0
Kollektiver Singular	1	0	0	0	0	1	0

* = Die Anzahl der in Zitaten benutzten Wörter ist nicht in die Berechnung der Gesamtwortzahl eines jeweiligen Textes mit eingeflossen.

Prozentwerte:

Quelle	C2 (16f.)	C5 (13f.)	C4 (33ff.)	C29 (2)	C3 (40f.)	C3 (5ff.)	C3 (42ff.)
Wortanzahl	100	100	100	100	100	100	100
Zitatwortanzahl	25,93	1,05	3,12	0,00	16,48	1,57	11,27
Schlagwörter	0,88	0,53	0,53	1,05	1,32	0,75	0,55
Wortfamilie Ausland & Asyl	0,00	2,37	1,67	1,05	2,64	0,15	2,03
Wortfamilie Volk	0,00	1,05	0,00	1,05	0,00	0,07	0,00
Wortfamilie Deutsch	0,22	3,16	1,75	1,45	2,42	1,27	0,94
Wortfamilie Europa	0,44	0,00	0,61	0,00	0,00	0,00	0,39
Adjektivattribute	14,95	15,26	8,90	16,47	11,87	10,39	9,94
Komparativische Adj.	0,88	0,26	0,23	0,13	0,88	0,30	0,08
Superlativische Adj.	0,00	0,00	0,30	0,13	0,00	0,15	0,16
Elativische Adj.	0,44	0,00	0,08	0,13	0,00	0,00	0,00
Antonyme	0,88	0,79	0,46	0,40	0,88	0,67	0,47
Religiöse Begriffsübertragungen	0,88	0,00	0,00	0,13	0,00	0,60	0,08
Militärische Begriffsübertragungen	0,22	0,26	0,08	0,13	0,00	0,07	0,16
Bilder	1,98	1,05	1,06	1,71	0,44	1,05	0,86
Biologisch-pathologische Bilder	0,00	0,00	0,00	0,13	0,00	0,00	0,08
Phraseologismen	0,00	1,05	0,53	1,05	0,44	0,82	0,39
Hyberbole & Litotes	1,10	0,26	0,00	0,79	0,00	0,37	0,23
Tautologien & Pleonasmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Euphemismen	0,22	0,00	0,15	0,40	0,00	0,07	0,00
Archaismen	0,66	0,00	0,08	0,66	0,00	0,37	0,31
Neologismen	0,22	0,53	0,00	0,40	0,22	0,15	0,08
Wiederholungen	1,10	1,84	1,22	0,53	2,64	0,75	0,39
Anaphern	0,00	0,00	0,00	0,13	0,22	0,30	0,00
Fremdwörter	1,54	1,58	0,38	1,19	0,22	1,87	1,33
Emphasen	3,96	4,21	1,14	4,61	3,74	5,38	2,66
Imperative	0,00	0,00	0,00	0,00	0,22	0,22	0,16
Kollektives "wir"	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,07	0,00
Kollektiver Singular	0,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,07	0,00

Anhang IIc, Blatt6/6

Thema: Staatsbild

Quelle	C4 (54)	C4 (3f.)	C27 (6)	C3 (19ff.)
Wortanzahl	294	651	626	1053
Zitatwortanzahl *	143	0	145	48
Schlagwörter	3	4	7	12
Wortfamilie Ausland & Asyl	1	0	0	1
Wortfamilie Volk	4	0	0	0
Wortfamilie Deutsch	12	7	3	5
Wortfamilie Europa	3	1	0	2
Adjektivattribute	45	86	74	128
Komparativische Adj.	3	1	0	1
Superlativische Adj.	0	1	0	1
Elativische Adj.	0	0	0	1
Antonyme	4	2	6	5
Religiöse Begriffsübertragungen	0	2	12	5
Militärische Begriffsübertragungen	0	1	1	8
Bilder	6	15	11	13
Biologisch-pathologische Bilder	0	0	0	0
Phraseologismen	1	8	8	4
Hyberbole & Litotes	5	2	5	6
Tautologien & Pleonasmen	0	0	0	0
Euphemismen	4	2	0	7
Archaismen	0	4	5	9
Neologismen	1	0	1	0
Wiederholungen	4	6	3	8
Anaphern	0	0	0	2
Fremdwörter	8	12	5	23
Emphasen	12	34	41	52
Imperative	0	5	3	7
Kollektives "wir"	0	2	1	0
Kollektiver Singular	0	0	0	0

* = Die Anzahl der in Zitaten benutzten Wörter ist nicht in die Berechnung der Gesamtwortzahl mit eingeflossen.

Prozentwerte

Quelle	C4 (54)	C4 (3f.)	C27 (6)	C3 (19ff.)
Wortanzahl	100	100	100	100
Zitatwortanzahl	48,64	0,00	23,16	4,56
Schlagwörter	1,02	0,61	1,12	1,14
Wortfamilie Ausland & Asyl	0,34	0	0	0,09
Wortfamilie Volk	1,36	0,00	0,00	0,00
Wortfamilie Deutsch	4,08	1,08	0,48	0,47
Wortfamilie Europa	1,02	0,15	0,00	0,19
Adjektivattribute	15,31	13,21	11,82	12,16
Komparativische Adj.	1,02	0,15	0,00	0,09
Superlativische Adj.	0,00	0,15	0,00	0,09
Elativische Adj.	0,00	0,00	0,00	0,09
Antonyme	1,36	0,31	0,96	0,47
Religiöse Begriffsübertragungen	0,00	0,31	1,92	0,47
Militärische Begriffsübertragungen	0,00	0,15	0,16	0,76
Bilder	2,04	2,30	1,76	1,23
Biologisch-pathologische Bilder	0,00	0,00	0,00	0,00
Phraseologismen	0,34	1,23	1,28	0,38
Hyberbole & Litotes	1,70	0,31	0,80	0,57
Tautologien & Pleonasmen	0,00	0,00	0,00	0,00
Euphemismen	1,36	0,31	0,00	0,66
Archaismen	0,00	0,61	0,80	0,85
Neologismen	0,34	0,00	0,16	0,00
Wiederholungen	1,36	0,92	0,48	0,76
Anaphern	0,00	0,00	0,00	0,19
Fremdwörter	2,72	1,84	0,80	2,18
Emphasen	4,08	5,22	6,55	4,94
Imperative	0,00	0,77	0,48	0,66
Kollektives "wir"	0,00	0,31	0,16	0,00
Kollektiver Singular	0,00	0,00	0,00	0,00

Anhang IIIa: Fragebogen

Jugend und Musik

Diese Daten werden anonym und nicht zu kommerziellen Zwecken erhoben. Sie dienen allein der Erstellung einer Dissertationsschrift auf dem Gebiet der Politologie. Die Verfasserin bedankt sich herzlich für die Mithilfe an der Datensammlung!

- 1) Alter: • 13-16 • 17-20 • 21-24
- 2) Geschlecht: • m • w
- 3) Schultyp: • Hauptschule • Realschule
 • Gymnasium • Berufsschule
- 4) Welche Musikrichtung hören Sie / hörst Du vorwiegend? (2 Nennungen möglich)

 • Pop • Rock • Techno • Dark Music (z.B. Lacrimosa)
 • Soul/Rap/Hiphop/Funk • Klassik • Sonstige
- 5) Hören Sie / Hörst Du vorwiegend deutschsprachige oder vorwiegend englischsprachige Songs?

 • deutsch • englisch • weder noch (andere Sprache)
- 6) Wovon handeln die Texte dieser Lieder meistens? (2 Nennungen möglich)

 • Liebe • Freundschaft • Umwelt / Natur
 • Gesellschaftliches (Drogen, Lebensart, sex. Mißbrauch)
 • Politisches (Patriotismus, Demokratie, Wahl, Ausländer etc.)
- 7) Nennen Sie / Nenne bitte 3 Ihrer / Deiner Lieblingsgruppen bzw.–sänger und die passenden 3 Lieblingslieder (oder ganze Albentitel) dazu:
(hierfür bitte Rückseite nutzen)

Ergebnisse / Auszählungen

Gesamtanzahl der gewerteten Fragebögen: 244 Stück

- 1) Altersgruppen: 13-16: 37,7%
 17-20: 42,21%
 21-24: 19,67%
- 2) Geschlecht: weiblich: 39,34% männlich: 59,84%
 keine Angaben: 0,82%
- 3) Schultyp: Hauptschule: 18,44% Realschule: 12,30%
 Gymnasium: 47,95% Berufsschule: 19,95%
 Sonstige: 1,23% keine Angaben: 1,23%
- 4) Bevorzugte Musikrichtung: (Mehrfachnennungen möglich)
- | | | | |
|--------------------|--------|----------------|--------|
| Pop: | 23,59% | Rock: | 17,52% |
| Techno: | 22,66% | Dark Music: | 5,60% |
| Soul, Rap, HipHop: | 13,30% | Klassik: | 4,20% |
| Sonstige: | 12,62% | keine Angaben: | 0,47% |
- 5) Sprache: deutsch: 33,21% englisch: 62,09%
 andere: 1,08% keine Angaben: 3,61%
- 6) Inhalte: (Mehrfachnennungen möglich)
- | | | | |
|---------------|--------|---------------------|--------|
| Liebe: | 31,03% | Freundschaft: | 21,24% |
| Umwelt/Natur: | 1,91% | Gesellschaftliches: | 34,84% |
| Politisches: | 10,98% | | |
- 7) häufig genannte Lieblingsgruppen:
- | | |
|---------|--|
| rechts: | - am häufigsten: Endstufe, Sturmwehr |
| | - weiterhin auch: Stahlgewitter, Freikorps, Landser |
| links: | - am häufigsten: Die Ärzte, Die Toten Hosen, Freundeskreis |

Anhang IIIb: Songtexte

Textabschriften

Quelle S 2:

CD-Titel: „Kohle und Stahl“ (Sturmwehr)

Titel 1: Narben im Fleisch

Ich seh' die Zeichen
die Lügen des Systems
mein Haß wächst
? (...)
ich kann dies alles nicht mehr verstehen,
Ja, ich schwöre euch, es kommt der Tag,
wenn sich alles in mir ...?...
Ihr werdet es spüren an der eigenen Haut
wer den Haß in Deutschland säht

Refrain: Sieh immer nach vorne, blicke niemals zurück
 Geh in deinen eigenen Weg und finde für dich das Glück
 Weiche nie von deinem Glauben, sei stolz auf dein Land
 und trage die Fahne deines Volkes stolz in deiner Hand.
 Geh deinen Weg, geh deinen Weg!

Die Liebe zum Land liegt ganz tief in mir,
? (...)
auch nicht die Volksverräter und ihre Lügen und ihre miesen, schleimigen ...?...
...?... zerstückelt und ausgenutzt, mißhandelt und gequält
Wahre Werte sind schon lang nicht mehr da, Aufrichtigkeit ...?...

Refrain: ...

Gewalt stehst du kraftvoll entgegen, entschlossen und nicht gebeugt,
die Taten deiner Vergangenheit hast Du noch nie bereut.
...?... , so spricht man über Dich.
Doch dem stehst Du entgegen mit all Deiner Kraft,
Kameraden läßt Du nie im Stich.

Refrain: ...
 Geh Deinen Weg, geh Deinen Weg,
 geh Deinen Weg, geh Deinen Weg.

Titel 9: Unser Weg

Ich weiß, die Zeilen sind nicht leicht,
doch wir werden allem widerstehen.
Trotz der Hetze und der Lügen
Werden wir auf unserem Weg bestehen.
Wir werden immer aufrecht schreiten
auf dem Weg, der in die Freiheit führt.
Wie viele Lügen und auch Haß mußt du bereits ertragen
gebeutelt und gedrückt, doch wir werden den ersten Schritt wagen
auf dem Weg in eine neue Zeit voller Hoffnung für unser Volk!

Refrain: Wir werden unser'n Weg gehen,
 aufrecht und tapfer zu dir stehen.
 Ja, auch wenn alle Welt uns haßt,

Werden wir unser' n Weg gehen!
Werden wir unser' n Weg gehen!

Glaubst du noch an Gerechtigkeit und auch, daß alle Menschen sind gleich,
Bekennst du dich heut national und glaubst an das deutsche Reich?
Dann werden sie dir die Härte zeigen -
Ob rechtens oder unrecht ist dann scheißegal.
Wo Recht zu Unrecht wird, wird der Widerstand zur Pflicht.
Sie nutzen ihre Macht voll aus: ja sieh in ihr verlogenes Gesicht!
Was zählt, ist dann nur der Profit,
die Interessen des Volkes werden dann nie erhört.

Refrain: ...

Und sind die Zeilen noch so schwer,
Da ist es Widerstand,
Wenn Hunderttausende gemeinsam marschieren,
verwischt man nicht die Spuren im Sand.
Ja, uns' re Zeit rückt näher und näher,
Spürt ihr' s auch, wie das Volk erwacht.

Refrain: 2X

Quelle S4:

CD-Titel: „Wir kriegen euch alle“ (Endstufe)

Titel 3: Stolz

Korrupte Politiker, die stolz entscheiden,
So was kommt in den Bundestag rein.
Linke Söhne kommunistischer Väter,
Bonzenschweine und Volksverräter!
Idioten, mit winzig kleinem Hirn,
Das Wort verrät euch, wir wollen nur stören.
Refrain: Eure Lügen nehm' ich nicht länger hin,
Denn ich bin stolz, daß ich ein Deutscher bin.
Eure Lügen nehm' ich nicht länger hin,
Denn ich bin stolz, daß ich ein Deutscher bin.

Ihr macht den Deutschen das Leben schwer.
Für mich seid ihr keine Deutschen mehr.
Geschworen, dem deutschen Volk zu dienen,
Denken, ihr könnt hier noch mehr Geld verdienen,
In eurer Villa fühlt ihr euch wohl,
Oh Mann, ihr seid so hohl!

Refrain: ...

Doch zum Glück haben wir euch erkannt:
Ihr kämpft für' s Vaterland.
Verkohlen könn' wir uns allein,
Wir treten in Eure fetten Ärsche rein.
Wir nehmen die Zügel fest in unsere Hand
Für Deutschland ???

Refrain: 3X

Titel 4: Straßenschlacht

Straßenkampf ist heute angesagt,
Steine fliegen, Fenster krachen.
Straßenkampf, da wird nicht lang gefragt,
nebenbei n' paar Leute plattmachen.
Straßenkampf in allen Gassen,
blutige Schädel, klaffende Wunden.
Straßenkampf, die Bullen können nicht alle fassen,
???

Refrain: Heute wird Rabbatz gemacht,
Wir machen heute ne' Straßenschlacht!
Heute wird Rabbatz gemacht,
Wir machen heute ne' Straßenschlacht!

Straßenkampf ist heute angesagt,
Brennende Autos, ??? keiner bleibt liegen.
Straßenkampf, alles andere ist abgesagt,
Kaputte liegen ???
Straßenkampf ist ein Riesenspaß,
Bullis fliegen, Straßen brennen.
Straßenkampf, Knüppel und TS-Gas,
Gröhlende Skins, Punk sieh dein End.

Refrain: 2X

Straßenkampf ist heute angesagt,
Steine fliegen, Fenster krachen.
Straßenkampf, da wird nicht lang gefragt,
Nebenbei n' paar Leute plattmachen.
Straßenkampf in allen Gassen,
Blutige Schädel, klaffende Wunden.
Straßenkampf, die Bullen könn' nicht alle fassen,
???

Refrain: 3X

Titel 8: Nie 'ne Alte

Morgens hast du ' ne Beule in der Hose
Du bist den ganzen Tag besoffen drauf.
Mittag magst du nix mehr fressen,
Du willst alles durch' n Suff vergessen.

Refrain: Nie ' ne Alte, nie ' ne Alte
Nie ' ne Spalte, nie ' ne Spalte.
Nie ' ne Alte, nie ' ne Alte
Nie ' ne Spalte, nie ' ne Spalte.
Darum kriegst du nie ' ne Alte,
Darum kriegst Du nie ' ne Spalte.
Darum kriegst du nie ' ne Alte,
Darum kriegst Du nie ' ne Spalte.

Auch versuchslos in den Puff,
aber nur im Suff.
Du machst die Nuten von der Seite an -
Ey, hau ab, du besoffenes Schwein!
Bei dir steht er ja sowieso nicht mehr!

Hast du mal ' ne Alte im Bett,
dann liegst du daneben und bist fett.

Refrain: ...

Der Arzt gab ihm noch ' n halbes Jahr,
Er sagt, zum Glück, ihm ist es scheißegal.
Er hat sich bis in' s Grab gesoffen,
Und ist noch niemals ' ner Alten in die Spalte gekrochen.

Refrain: ...

Titel 9: Skinhead, Du bist wunderbar

Es war an einem Tage
als schon fast der Abend nahte
Er hatte so kurzes Haar
daß man es fast nicht sah

Refrain: Denn als ich diesen Skinhead sah
 da war' s mir klar:
 nur mit ihm ist das Leben wunderbar
 Denn als ich diesen Skinhead sah
 da war' s mir klar:
 nur mit ihm ist das Leben wunderbar
 Skinhead, Du bist wunderbar,
 Skinhead, mit Deinem kurzem Haar,
 Skinhead, Du bist wunderbar,
 denn Du bist immer für mich da.

Er sah mich an mit seinen großen Augen,
Ich kann' s bis heut nicht glauben,
Es ist so schön, ich glaub es kaum
Doch es ist kein Traum

Refrain: ...

Er hatte schwarze Martens an
Ne Levi' s Jeans mit Hosenträgern dran,
Und seit wir uns kennen
werden wir uns nie wieder trennen.

Refrain: ...

Quelle S7:

CD-Titel: „Eisernes Kreuz“ (Freikorps 1995)

Titel 3: Eisernes Kreuz

Sie sagen immer Mörder, doch das wart ihr nicht.
Sie klammern sich an Lügen wie die Fliegen an das Licht.
Eure Ehre treten sie mit Füßen, ganz ohne Moral,
gefallen seid ihr für Deutschland, nur in Feindesstahl.

Refrain: Ihr wart Helden, wir vergessen nie
 die deutsche Wehrmacht, niemand war wie sie.
 Denn ihr wart Helden, wir vergessen nie
 die deutsche Wehrmacht, niemand war wie sie.

Ich bin stolz auf meinen Großvater, auf das, was er tat,
denn er war ein stolzer Mann bis er starb.
??? zählen nicht mehr in dieser dreckigen Welt,
doch er stand auf für sie, er war ein Held.

Refrain 2x

Quelle S9:

MAEX (Mobile Aufklärung Extremismus in MV): Schulungs-MC (Rechtsrock)

CD-Titel: „Ich bin nicht modern...“ (Frank Rennike)

Titel 05: Das kann doch nur ein Nazi sein

Man darf heut' alles sagen,
Was man gerne sagen möcht' ,
Nur ganz bestimmte Äußerungen
Bekommen einem verdammt schlecht!
Bringt man so heikle Fragen
In ein Gespräch mit ein,
Riskiert man Kopf und Kragen:
Das kann doch nur ein Nazi sein!

Refrain: Das kann doch nur ein Nazi sein,
 Das geht durch Mark und Bein.
 Oh Mann, oh Mann,
 Das kann doch nur ein Nazi sein.

Da gibt' s zum Beispiel Jahre,
So zwölfe an der Zahl,
Von denen meint fast jedermann,
Die waren Frust und Qual.
Und fällt aus jenem Reiche
Mal jemand' Gutes ein,
Hört man sofort das Gleiche:
Das kann doch nur ein Nazi sein!

Refrain: Das kann doch nur ein Nazi sein, ...

Es leben viele Völker
Auf Gottes Erdenrund,
Die seh' n zwar sehr verschieden aus,
Doch gleich sind alle, tut man kund' .
Doch eins auf dieser weiten Welt
Ist auserwählt, bleut man uns ein.
Und wem das etwa nicht gefällt:
Das kann doch nur ein Nazi sein!

Refrain: Das kann doch nur ein Nazi sein, ...

Man sagt: Mein Heim ist meine Burg
Und jedem Volk sein Land.
Doch trifft das hier auf uns nicht zu,
Wie jedermann bekannt.
Hier kann, wer will sich einquartier' n,
In unser Land kann jeder rein.
Und wagt das wer zu protestier' n:
Das kann doch nur ein Nazi sein!

Refrain: Das kann doch nur ein Nazi sein, ...

Von Fortschritt spricht so gern ein jeder,
Modern ist man und aufgeklärt,
Und manches Unrecht, sei' s auch schwer
Ist schon nach kurzer Zeit verjährt.
Doch wer, wie hier vor fünfzig Jahren
Und länger was gewesen sein mag,
Vergessen will, wird schnell erfahr' n:
Das kann doch nur ein Nazi sein!

Refrain: Das kann doch nur ein Nazi sein, ...

Ein jedes Volk hat eig' ne Werte,
Die man dort hoch und heilig hält.
Nicht so bei uns, hier gilt nichts mehr,
Ist alles schon ausgezählt.
Wer hier von Anstand und Ehre spricht,
Von Treue, Achtung, ehrlich rein,
Ist unbelehrbar und wohl nicht ganz dicht:
Das kann doch nur ein Nazi sein!

Refrain: Das kann doch nur ein Nazi sein, ...

Doch eines Tages kommt es anders -
Du mußt an Deutschlands Zukunft glauben!
Laß Dir die Zuversicht und Hoffnung
Von keinem Zweifler rauben!
Der Wahrheit Fackel mußt Du tragen,
Das Dunkel weicht dem hellen Schein -
Und niemand wird von Dir dann sagen:
Das kann doch nur ein Nazi sein.

Das soll ein Deutscher sein,
So woll' n wir Deutsche belib' n.
oh Mann, oh Mann,
So will ich dann ein Deutscher sein,
Wir wollen Deutsche sein.
Wir wollen deutsche bleib' n,
Oh Mann, oh Mann,
So wollen wir nun Deutsche sein.
So wollen wir nun Deutsche sein.

Von Sampler:

Titel 10: Am Tag als Ignaz Bubis starb (Melodie: „Am Tag als Conny Kramer starb“)

Gespräch <Kinderstimmen>

„Rachel weißt du überhaupt was ein Rabbi ist?

Na klar! Er hat einen langen, dreckigen Bart, mit Läusen drin
und der machts mit kleinen Kindern. Genauso so wie die Nigger, von hinten,
machen die es, in den Po! Richtig widerlich. Wir sind die Guten!

Eines Tages werden wir die ganzen dreckigen Nigger und Juden töten.
Und dann wird alles sauber sein.“

Gesang:

Wir wären zu radikal,
wir seien ja alle rechtsextrem,
darauf fällt mir nichts mehr ein,
denn wo ist da nur Euer Problem ?
Böse schlimme Rassisten, wir könnten keine Juden leiden
Ich glaub ihr liegt da völlig falsch
und tut dann noch maßlos untertreiben.

Refr.: Am Tag als Ignatz Bubis starb
 und alle Juden heulten
 Am Tag als Ignatz Bubis starb
 und alle Gläser klingen
 Das wird ein schöner Tag
 Wir pissen auf sein Judengrab

Rabbi traf ich im Supermarkt
ich wollt wie immer freundlich sein
Also fragte ich ganz laut
Wie kommen hier Hakennasen rein?
Hey, Schrumpfkopf, ich rede mit dir
ich kann nicht den Stern an deiner Jacke sehen
ich sah nur noch die Löckchen im Wind
und mein beschnittener Freund wird niemals mehr gesehen

Refr.: ...

Bös gesagt, hör gut zu, dein Todeslied könnte dies sein.
Ja, irgendwann ist der Schuß im Ziel
wir kühlen schon die Flasche Wein
die Warnung ist unser Ernst
deine Judenhaut überreif
Die Deutschen kann man nicht besiegen
Du auch bald an deinem Todestag begreifst

Refr.: ...

Zu Schluß der Aufnahmen:

„Jetzt werden wir noch diese verfluchte Band erledigen. Keine Einwände. Fahrt zur Hölle, ihr Wichser, gute Nacht!“

Quelle S13:

CD-Titel: „Quadratur des Kreises“ (Freundeskreis)

Titel 1: Leg dein Ohr auf die Schiene der Geschichte

NEUNZEHNHUNDERTDREIUNDSIEBZIG GEBURTSTAG WICHTIG FÜR MICH
ALS AUCH GESCHICHTLICH DENN DA WURD KLAR DASS DIE C.I.A ' NE HURE WAR
CHILE ATTENTAT VIELE TOTE ALLENDE STARB
TRAGISCH DA TRAGENDER MANN DER UNIDAD POPULAR
C-I-A CHILE IST AMERIKANISCH
VICTOR JARA SANG IN SPANISCH SEINE STIMME MAHNT DICH
VERGISS DIE TOTEN NICHT VERGISS DIE DIKTATURDESPOTEN NICHT
NEUNZEHNHUNDERTDREIUNDSIEBZIG
MEINE MUTTER PRESSTE GEBÄHR UND LIEBT MICH

TRÄGT MICH AN DER BRUST STILLT UND WIEGT MICH INDESS ' NE
MUTTER MIT SOHN IN KAMBODSCHA DEN SCHUSS ZU SPÄT SAH
ER WÄR WIE ICH JETZT DREIUNDZWANZIG

REFRAIN: ...

YOU' RE JUST A PART OF IT SO GET TO THE HEART OF IT
CAUSE IF YOU DONT GO YOU WON' T KNOW
YOU' RE JUST A PART OF IT GET TO THE HEART OF IT
CAUSE IF YOU DON' T GO YOU NEVEREVER GONNA KNOW

ICH WAR EIN ABC-SCHÜTZE IN DER ZEIT UM ACHTZIG
MAN LAS VON ABC-GESCHÜTZTEN IN DER ZEITUNG EIN STREIT ENTFACHT SICH
UND EUROPA GEWÄHLT ALS SCHLACHTFELD UM DIE MACHT AUF DER WELT
EUER OPA DACHT VIELLEICHT AN „DAMALS“ ALS AUCH ER SICH AUF DIE STRASSE STELLT
DREIUNDACHTZIG ANGST MACHT SICH BREIT DREI JAHRE SPÄTER TSCHERNOBYL
SEVESO SOWIESO WEH DEM DER NOCH ATOMSTROM WILL
KENNT IHR DIE BILDER DER MISSBILDETEN BABIES DURCH CHEMIE
KENNT IHR DIE VILLEN DER MILLIONÄRE AUS DER INDUSTRIE
WIR SPIELTEN DRAUSSEN FUSSBALL ALS DER ERSTE REGEN KAM
ES IST EIN ZUFALL DASS WIR AUS ' NER BESS' REN GEGEND WAR' N
ICH DENK AN KURDISTAN HALABJA IN MIR BRICHT ' WAS
NACH ' NEM HALBEN JAHRHUNDERT TÖTET WIEDER DEUTSCHES GIFTGAS

REFRAIN: ...

WIR WAR' N ACHTZEHN ANTIFAS MIT INTIFADASCHAL UND ARMYPARKA
ANDI WAR' S DER IN DER NACHT AN DIE WAND IN DER SCHULE MALTE
NEIN GEMEINT DIE INTERVENTION IM IRAK
DIE IN DER TAT VIELE MENSCHEN MIT DEM LEBEN ZAHLTEN
ANDI SEI KROATE DER SEIN LAND VERRATE MEINT SEIN VATER
WEIL ER LIEBER SPRÜHTE ALS MIT HANDGRANATEN TÖTEN ÜBTE
NUR UNSRE HERZEN GLÜHTEN FÜR DIE RIOTS IN U.S.-STÄDTEN
UNS' RE WUNDERKERZEN GLÜHTEN FÜR ASYL AUF LICHTERKETTEN
UND ALS OB SIE' S WICHTIG HÄTTEN UNTER UNS DIE BRANDSTIFTER AUF WÄHLERFANG
ICH WEISS WAS TRACY CHAPMAN FÜR MANDELA SANG
TALKIN' ' BOUT THE REVOLUTION
LEG' DEIN OHR AUF DIE SCHIENE DER GESCHICHTE

REFRAIN: ...

ANYTHING IS CONNECTED ANYTHING
IS CONNECTED TO ANYTHING IS CONNECTED TO ANYTHING
CAUSE YOU IS ALL IS YOU IS YOU IS ALL
ANYTHING ANYTHING ANYTHING

REFRAIN: ...

Quelle S 14:

Maxi-CD-Titel:“Aller Herren Länder“ (Hainz Rudolf Kunze)

Titel: Aller Herren Länder

Winde werden rauher
Wellen schäumen Wut
nur ums nackte Leben
nicht um Hab und Gut
bleiche Ausgesetzte

klammern sich ans Boot
draußen treiben Hände
ab in höchster Not
Bringen wir das fertig
ist die Arche voll
weiß hier keiner
was man tun und lassen soll

Refrain: Du wirst nie zuhause sein
 wenn du keinen Gast
 keine Freunde hast
 dir fällt nie der Zauber ein
 wenn du nicht verstehst
 daß du untergehst wie allen Menschenschänder
 aller Herren Länder

Draußen vor der Festung
bis zum Horizont
lagern sie und warten
näher rückt die Front
grollende Kanonen
Angst in ihrem Blick
Hunger reckt die Arme
nirgends gehts zurück
Aufmerksam die Wachen
kalt und konsequent selbst
schuld wer den Schädel
gegen Mauern rennt

Refrain: Du wirst nie zuhause sein
 wenn du keinen Gast
 keine Freunde hast
 dir fällt nie der Zauber ein
 wenn du dich verschließt
 nur dich selber siehst
 Du wirst nie zuhause sein
 wenn du keinen Gast
 keine Freunde hast

Wir sind nichts Besond' res
hatten nur viel Glück
Auserwählte kriegen halt das
größte Kuchenstück
Überall auf Erden
sind auch wir geboren
können wir gewinnen
haben wir verlorn
Keine Zeit für Grenzen
für Unterschied kein Raum
klein wird der Planet nur
ohne blauen Traum

Refrain: Du wirst nie zuhause sein
 wenn du keinen Gast
 keine Freunde hast
 dir fällt nie der Zauber ein
 wenn du dich verschließt
 nur dich selber siehst
 Du wirst nie zuhause sein

wenn du keinen Gast
keine Freunde hast
dir fällt nie der Zauber ein
wenn du nicht verstehst
daß du untergehst wie alle Menschenschänder
aller Herren Länder
aller Herren Länder
aller Herren Länder

Quelle S 15:

CD-Titel: „Los !“(Pe Werner)

Titel 6: Das Wüste lebt

Peter; der Größte und August, der Starke
Kraftmeier vom Typ Bärenmarke
ham' ein Herz für Kinder auf' m rechten Fleck
aber Türken, Griechen, Inder - sowas muß weg
kurzum: wer kein stubenreiner Deutscher ist
alles was nicht schwarz-rot-goldig ist
hat hier nix verlorn' kriegt eine geklebt
dem geben sie die Sporn' : das Wüste lebt

Peter ist der Größte, den nichts mehr hält
er lebt von Luft und Hass und vom Arbeitslosengeld
Haare blond und die Gesinnung braun gefärbt
die „rechte“ Haltung hat er von Papa geerbt
kriegt den Hintere nicht hoch, doch dafür den Arm
jeden Tag am Imbissstand ist Fliegeralarm
da stürzt er ab, bis die Birne bebt
säuft sich auf Trab: das Wüste lebt

Refrain: Mann oh Mann - das Wüste lebt
Mann oh Mann - das Wüste lebt

Der andre' dumme August ist ein Hooligan
sein Abgott heißt Gewalt, dem muß er huldigen
er ist ein radikaler Fußballfan:
deutsch - deutscher - am deutschesten
seine Bäckerlehre hängt bereits am Hakenkreuz
da is' was gebacken' zwischen Köln: und Deutz,
denn zum draufhaun'
braucht der August keinen Grund
und wenn er mal nicht schlägt - beißt sein Schäferhund

Refrain: ...

Der ganz normale Alltag
ist nur noch Krawalltag
Zyankali für' s Gemüt
da fliegen Schottersteine
auf Ausländerheime
wenn der Bürger „Tatort“ sieht

Refrain:

Anhang IIIc: Indizierungsliste

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
- nicht gerichtsverwertbar -

- 71 -

*Offen
verwertbar*

5. Indizierungen (Stand: Dezember 1999 im Bundesanzeiger)

Von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPjS) wurden seit Ende 1992 bis Ende 1999 rund 171 Tonträger (LP, MC, CD und Videos) mit Skinhead-Musik indiziert, davon 16 CD im Jahre 1999 (grau unterlegt).

Skinband	Titel	Tonträger	Bundesanzeiger
A.D.F.	"Nur für Euch"	CD	BAnz. 81 vom 30.04.97
ARISCHES BLUT	"150% deutsch"	CD	BAnz. 204 vom 31.10.97
	" Unter Führers Befehl"	CD	BAnz. 224 vom 29.11.97
	" Das Vermächtnis des Führers"	CD	BAnz. 62 vom 31.03.98
BODY CHECKS	"Tätowiert und kahlgeschoren"	LP	BAnz. 81 vom 30.04.93
BÖHSE ONKELZ	"Der nette Mann"	LP	BAnz. 160 vom 30.08.86
	"Der nette Mann"	CD	BAnz. 20 vom 29.01.94
	"Häßlich"	CD	BAnz. 118 vom 30.06.93
	"Häßlich"	MC	BAnz. 164 vom 31.08.95
	"Erinnerungen"	CD	BAnz. 205 vom 31.10.98
	"Hausmannskost"	CD	BAnz. 205 vom 31.10.98
	"Nette Menschen, netter Lieder"	CD	BAnz. 205 vom 31.10.98
	"Necronomicon - Offenbach '91"	CD	BAnz. 205 vom 31.10.98
	"Rätsel des Lebens"	CD	BAnz. 205 vom 31.10.98
	"Tanz der Teufel"	CD	BAnz. 205 vom 31.10.98
	"Zieh mit den Wölfen - Live in Erlensee 91"	CD	BAnz. 205 vom 31.10.98

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
- nicht gerichtsverwertbar -

- 72 -

Skinband	Titel	Tonträger	Bundesanzeiger
BOLLWERK	""Demo I"	MC	BAnz. 41 vom 28.02.95
BONZENJÄGER	"Gute Zeiten, Schlechte Zeiten"	CD	BAnz. 140 vom 31.07.98
BRUTALE HAIE	"Kapelle OI" "Doitschtum"	MC CD	BAnz. 40 vom 27.02.93 BAnz. 224 vom 30.11.93
COMMANDO PERNOD	"Demo 88" "Live Tape" "Studio Tape 88" "Breslau"	MC MC MC CD	BAnz. 40 vom 27.02.93 BAnz. 40 vom 27.02.93 BAnz. 62 vom 31.03.93 BAnz. 184 vom 28.09.96
COTZBROCKEN	"Jedem das Seine"	LP	BAnz. 160 vom 30.08.86
DIKTATOR	"Es ist bald soweit" "Demo 92"	CD MC	BAnz. 224 vom 30.11.94 BAnz. 41 vom 28.02.95
DIE WAHRE PRACHT	"Die wahre Pracht"	MC	BAnz. 120 vom 30.06.94
DIE ZILLERTALER TÜRKENJÄGER	"12 Doitsche Stimmungshits"	CD	BAnz. 140 vom 31.07.97
DOITSCHER SÄUFERFRONT	"Demo-Tape 89"	MC	BAnz. 206 vom 30.10.93
DOITSCHER PATRIOTEN	"Demo Tape 1994" "Patriot für Doitschland"	MC CD	BAnz. 186 vom 30.09.94 BAnz. 161 vom 29.08.98

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
- nicht gerichtsverwertbar -

- 73 -

Skinband	Titel	Tonträger	Bundesanzeiger
ELBSTURM	"Kampfhandlung"	MC	BAnz. 41 vom 28.02.95
ENDSTUFE	"Der Clou" "Raritäten"	LP CD	BAnz. 224 vom 28.11.92 BAnz. 117 vom 28.06.97
ENTWARNUNG	"Demo-Tape 1992" "Rudolf Hess"	MC CD	BAnz. 164 vom 31.08.94 BAnz. 161 vom 29.08.98
ERNOIERUNG	"Legion Condor"	MC	BAnz. 246 vom 31.12.94
FOIERSTOSS	"Sieg des Gewissens"	CD	BAnz. 141 vom 31.07.99
FREIKORPS	"Land meiner Väter" "Land meiner Väter"	LP CD	BAnz. 184 vom 30.09.93 BAnz. 164 vom 31.08.94
FRONTAL	"Helden einer Generation"	CD	BAnz. 224 vom 30.11.94
FRONTSCHWEIN	"Der Sieg wird unser sein"	CD	BAnz. 118 vom 30.06.99
KAHLKOPF	"Der Metzger" "Kahlkopf"	LP MC	Entsch. 4362 vom 06.01.94 BAnz. 120 vom 30.06.94
KRAFT DURCH FROIDE	"Demo-Tape 86" "Hundert Mann & ein Befehl" "1982- 1986"	MC MC CD	BAnz. 81 vom 30.04.93 BAnz. 82 vom 30.04.94 BAnz. 140 vom 31.07.98

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
- nicht gerichtsverwertbar -

- 74 -

Skinband	Titel	Tonträger	Bundesanzeiger
KRAFTSCHLAG	Trotz Verbot nicht tot "Kraftschlag" Live in Weimar "Unsere Zukunft"	CD LP CD CD CD	BAnz. 40 vom 27.02.93 BAnz. 20 vom 30.01.93 BAnz. 120 vom 30.06.94 BAnz. 120 vom 30.06.94 BAnz. 183 vom 30.09.98
KROITZFOIER	"Mit Kraft, Mut und Schwung in die Zukunft"	CD	BAnz. 224 vom 30.11.94
KROIZFOIER	"Komm zu uns"	CD	BAnz. 206 vom 30.10.93
LANDSER	"Das Reich kommt wieder" "Republik der Strolche" "Berlin bleibt deutsch"	MC CD CD	BAnz. 224 vom 30.01.93 BAnz. 184 vom 20.09.96 BAnz. 60 vom 27.03.97
LANDSTURM	"Tatort Deutschland"	CD	BAnz. 98 vom 29.05.99
LEGION CONDOR	"Stolzdoitsch Demo"	MC	BAnz. 100 vom 31.05.94
LOIKAEMIE	"Ihr für uns und wir für euch"	CD	BAnz. 184 vom 30.09.99
MACHT & EHRE	"Sturm 20 Demo" "Thorsten Koch" "Volkssturm 93" "NSDAP" "Herrenrasse"	MC MC MC CD CD	BAnz. 82 vom 30.04.94 BAnz. 186 vom 30.09.94 BAnz. 82 vom 29.04.95 BAnz. 60 vom 27.03.97 BAnz. 204 vom 31.10.97

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
- nicht gerichtsverwertbar -

- 75 -

Skinband	Titel	Tonträger	Bundesanzeiger
	"Nigger out"	CD	BAnz. 62 vom 31.03.98
MACHT & EHRE	"Gegen den Untermenschen"	CD	BAnz. 162 vom 31.08.99
MÄRTYRER	"STOLZ"	LP	BAnz. 62 vom 31.03.93
	"STOLZ"	CD	BAnz. 99 vom 29.05.93
	"STOLZ - Demo-Tape"	MC	BAnz. 118 vom 30.06.93
	"Hammerhart"	LP	BAnz. 162 vom 31.08.93
	"Hammerhart"	CD	BAnz. 120 vom 30.06.95
	"Demo-Tape 2/91"	MC	BAnz. 82 vom 30.04.94
NAHKAMPF	"Schutt und Asche"	LP	BAnz. 164 vom 31.08.95
NOIE WERTE	"Kraft für Deutschland"	LP	BAnz. 224 vom 28.11.92
NO REMORSE	"Barbecue in Rostock"	CD	BAnz. 60 vom 27.03.97
NOTWEHR	"Ein neuer Wind"	CD	BAnz. 206 vom 30.10.99
	"Wenn es tobt"	CD	BAnz. 81 vom 30.04.99
OFFENSIVE	"Armee der Geächteten"	-Single-	BAnz. 141 vom 31.07.93
OISTAR PROPPER	"Vaterland"	-Single	BAnz. 206 vom 29.10.94
OI DRAMZ	"OI-Dramz"	LP	BAnz. 62 vom 31.03.93
	"OI-Dramz"	CD	BAnz. 120 vom 30.06.95
	"Ü-Raum-Tape 1992"	MC	BAnz. 62 vom 31.03.93
OITHANASIE	"Volkstreu"	LP	BAnz. 142 vom 30.07.94

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
- nicht gerichtsverwertbar -

- 76 -

Skinband	Titel	Tonträger	Bundesanzeiger
OITHANASIE	"Gesichter der Gesellschaft"	-Single-	BAnz. 206 vom 29.10.94
OPEN SEASON	"Front Line Fighter"	CD	BAnz. 81 vom 30.04.97
OSTFRONT AVK	"Demo-Tape"	MC	BAnz. 142 vom 30.07.94
RADIKAHL	"Retter Deutschlands"	LP	BAnz. 81 vom 30.04.93
	"Retter Deutschlands"	CD	BAnz. 81 vom 30.04.93
RADIKAHL	"Wir geben niemals auf"	CD	BAnz. 226 vom 30.09.99
RAHOWA	"Declaration of war"	CD	BAnz. 206 vom 30.10.99
RADIKALER HASS	"Radikaler Haß"	MC	BAnz. 82 vom 30.04.94
RENNICKE, Frank	"Ich bin nicht modern... ich fühle deutsch"	CD + MC	BAnz. 60 vom 27.03.97
	"Auslese "	CD	BAnz. 141 vom 31.07.96
	"Sehnsucht nach Deutschland"	MC	BAnz. 162 vom 30.08.97
	"Deutschland - Lieder gegen die Zensur"	MC	BAnz. 100 vom 31.05.94
	"Unterm Schutt der Zeit"	MC	BAnz. 100 vom 31.05.94
	"Wir singen Kampf-und Soldatenlieder"	MC	BAnz. 100 vom 31.05.94
	"An Deutschland"	MC	BAnz. 100 vom 31.05.94
	"An Deutschland"	CD	BAnz. 100 vom 31.05.94

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
 - nicht gerichtsverwertbar -

- 77 -

Skinband	Titel	Tonträger	Bundesanzeiger
REICHSTURM	"Heim ins Reich"	CD	BAnz. 224 vom 29.11.97
SACCARA	"Der letzte Mann"	CD	BAnz. 224 vom 30.11.94
SCHWARZES KORPS	"Dem Sieg entgegen "	CD	BAnz. 140 vom 31.07.98
SCHWARZER ORDEN	"Kämpfen wir wie sie" "Schwarzer Orden"	CD CD	BAnz. 81 vom 30.04.99 BAnz. 81 vom 30.04.99
SPERRZONE	"Warum"	LP	BAnz. 224 vom 28.11.92
STAHL-GEWITTER	"Germania"	CD	BAnz. 118 vom 30.06.99
STAHLKROITZ	"Ü-Raum-Tape 9/91"	MC	BAnz. 120 vom 30.06.94
STANDARTE	"White Beat Demo-Tape"	MC	BAnz. 62 vom 31.03.93
	"Kanakensong"	MC	BAnz. 224 vom 28.11.92
	"Alibabar Remix"	MC	BAnz. 41 vom 28.02.91
	"Demo 3"	MC	BAnz. 120 vom 30.06.94
	"Skinheads"	MC	BAnz. 82 vom 29.04.95
	"White Techno Traxx"	CD	BAnz. 204 vom 31.10.97
STÖRKRAFT	"Dreckig, kahl und hundsgemein"	LP + CD	BAnz. 206 vom 31.10.92
	"Mann für Mann"	LP + CD	BAnz. 224 vom 28.11.92
	"Störkraft Live! 1991"	CD	BAnz. 162 vom 30.08.97
	"Unter Froinden"	CD	BAnz. 161 vom 29.08.98
	"Das waren noch Zeiten"		

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
- nicht gerichtsverwertbar -

- 78 -

Skinband	Titel	Tonträger	Bundesanzeiger
STÖRSTUFE	"Parole Spaß"	Single	BAnz. 118 vom 30.06.93
STUKA	"Zeit zum Handeln"	LP	BAnz. 40 vom 27.02.93
	"Zeit zum Handeln"	CD	BAnz. 40 vom 27.02.93
STURMFLAGGE	"Demo 93, Wir wollen Spaß"	MC	BAnz. 41 vom 28.02.95
	"Der Endsieg wird unser sein"	MC	BAnz. 41 vom 28.02.95
	"Fremd im eigenen Land"	MC	BAnz. 41 vom 28.02.95
	"Spitzenfest"	MC	BAnz. 41 vom 28.02.95
STURMGESANG	"Feuer der Reinheit"	CD	BAnz. 224 vom 30.11.94
STURMTRUPP	"Es geht voran"	CD	BAnz. 81 vom 30.04.93
STURMTRUPPEN	"Es ist Zeit"	LP	BAnz. 40 vom 27.02.93
THE KLOTZ	"Gottes Geschenk der Liebe"	MC	BAnz. 206 vom 30.10.93
THE VOICE	"Verdunkeln"	CD	BAnz. 226 vom 30.11.99
TODESSCHWADRON D.F.E.	"Bullenschwein"	CD	BAnz. 204 vom 31.10.97
TONSTÖRUNG	"Schöne Welt"	CD + LP	BAnz. 40 vom 27.02.93
	"Deutsche Musik 92"	MC	BAnz. 99 vom 29.05.93

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
- nicht gerichtsverwertbar -

- 79 -

Skinband	Titel	Tonträger	Bundesanzeiger
TONSTÖRUNG	"Der Kampf geht weiter "	CD	BAnz. 140 vom 31.07.98
TRIEBTÄTER	"Demo-Tape"	MC	BAnz. 141 vom 31.07.93
VOLKSTROI	"Euer Hass ist unsere Kraft"	CD	BAnz. 98 vom 29.05.99
VOLKSVER- HETZER	"Unsere Einigkeit macht uns zur Macht"	CD	BAnz. 98 vom 29.05.99
VOLKSZORN	"Blut und Ehre 1989" "Alles für Doitschland" "Im Namen des Volkes"	MC CD CD	BAnz. 99 vom 29.05.93 BAnz. 82 vom 29.04.95 BAnz. 64 vom 30.03.96
VOLL DIE GUTEN	"Demo Tape"	MC	BAnz. 82 vom 30.04.94
WALHALLA	"Walhalla"	MC	BAnz. 246 vom 31.12.94
WEIßER ARI- SCHER WIDER- STAND	"Lieder zum mitsingen" "Lieder zum mitsingen"	MC CD	BAnz. 246 vom 31.12.94 BAnz. 164 vom 31.08.96
WERWOLF	"Vereint"	LP + CD	BAnz. 20 vom 30.01.93
WOTAN	"Die letzten Helden" "Die letzten Helden" "Demo-Tape-Live 91"	LP CD MC	BAnz. 62 vom 31.03.93 BAnz. 82 vom 29.04.95 BAnz. 82 vom 30.04.94
ZYKLON B	"Kanakenkiller"	CD	BAnz. 161 vom 29.08.98

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
- nicht gerichtsverwertbar -

- 80 -

Sampler	Titel	Tonträger	Bundesanzeiger
SAMPLER	"Now it begins - Jetzt geht's los"	CD	BAnz. 164 vom 31.08.94
SAMPLER OITHANASIE + OISTAR PROPER	"Gesellschaft Vaterland"	Single	BAnz. 206 vom 29.10.94
SAMPLER	"No Surrender"	LP	BAnz. 141 vom 15.07.93
SAMPLER	"Musik fürs Vaterland"	LP	BAnz. 206 vom 30.10.93
SAMPLER	"Reichsfront, Radikahl "	MC	BAnz. 82 vom 29.04.95
SAMPLER	" Rudolf Hess- Gegen das Vergessen "	CD	BAnz. 81 vom 30.04.98
SAMPLER	"Die Deutschen kommen"	CD	BAnz. 118 vom 30.06.99
SAMPLER	"Die Deutschen kommen"	LP	BAnz. 141 vom 29.07.95
SAMPLER VOLKSZORN + KRUPPSTAHL	"Deutschland erwache"	CD	BAnz. 62 vom 31.03.98
SAMPLER	"Norheim, 12 Jahre Terror & Gewalt"	CD	BAnz. 140 vom 31.07.97

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
- nicht gerichtsverwertbar -

- 81 -

Sampler	Titel	Tonträger	Bundesanzeiger
SAMPLER KRAFTSCHLAG + MISTREAT	"Waffenbrüder"	CD	BAnz. 204 vom 31.10.97
SAMPLER	"SS-Division Hitler- Jugend"	CD	BAnz. 224 vom 29.11.97
SAMPLER	"Live in Teterow"	CD	BAnz. 140 vom 31.07.98
SAMPLER	"Norheim-Live Vol.2"	CD	BAnz. 183 vom 30.09.98
SAMPLER WERWOLF + TON- STÖRUNG	"LIVE"	CD	BAnz. 161 vom 29.08.98
VERSANDKATALOG und Tape-Liste Volker Klein			BAnz. 184 vom 30.09.93
Hauptkatalog	V 88 Nr. 1 12/94		BAnz. 141 vom 29.07.95
NS 88	"Rock against Com- munism" am 10.06.1995 in Neu- branbrandenburg	Video	BAnz. 184 vom 29.09.96

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
- nicht gerichtsverwertbar -

- 82 -

Sampler	Titel	Tonträger	Bundesanzeiger
NS 88	"Rock against Communism" am 17.09. 1994 in Chemnitz	Video	BAnz. 184 vom 29.09.96
NS 88	Hooligans	Video	BAnz. 161 vom 29.08.98

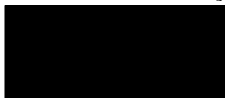
Anhang IV: Korrespondenzen



NATION EUROPA Verlag GmbH

NATION EUROPA - Postfach 25 54 - D-96414 Coburg

Frau
Michaela Kronenberg



**D-96414 Coburg
Postfach 25 54**

**Telefon 09561-80780
Telefax 09561-807820**

20.12.1999
Neu/Se

Sehr geehrte Frau Kronenberg,

besten Dank für Ihre Zeilen vom 16. Dezember.

Ihre Fragen kann ich nur schätzend beantworten, da uns Abo-Bestellungen in aller Regel ohne Altersangaben erreichen. Gewisse Rückschlüsse lassen sich aus der Zahl derer ziehen, die als Schüler, Studenten, Wehr- oder Zivildienstleistende den ermäßigten Abo-Preis beanspruchen und dazu eine Bescheinigung vorlegen. Diese Zahl wächst deutlich; sie liegt derzeit bei rund 15 Prozent.

1998 hatten wir eine (anonyme) Leserumfrage veranstaltet. Die Teilnehmer - rund 1000 - sollten auch ihr Alter angeben. 24,6 Prozent lagen in der Altersgruppe bis 39 Jahre.

Obwohl auf diesem Gebiet kein Marktführer, haben auch wir feststellen müssen, daß der Absatz jugendspezifischer „rechter“ CD's und sonstiger Tonträger deutlich zunimmt. Die staatliche Repression heizt die Nachfrage offenkundig an. Eine Statistik dazu führen wir aber nicht.

Mit freundlichen Grüßen
und besten Wünschen für die Festtage

Harald Neubauer



Michaela Kronenberg

Bundesgeschäftsstelle

Kleine Alexander Str. 28
10178 Berlin

Tel: (030) 24 009 419

Fax: (030) 24 009 326

e-mail: solid@pds-online.de

sprecherrat@solid-online.de

<http://www.solid-online.de>

Liebe Frau Kronenberg,

hiermit übersende ich Ihnen die gewünschten Infomaterialien zu ['solid] – die sozialistische jugend und ein Parteiprogramm der PDS.

['solid] – die sozialistische jugend ist ein parteiunabhängiger, aber PDS-naher sozialistischer Jugendverband, der seit Juni 1999 besteht. Zur Zeit haben wir ca. 700 Mitglieder bundesweit, davon mehr als 50 ['solid]s und viele rot(z)freche (so heisst der Landesverband) in Mecklenburg-Vorpommern. Wir bieten monatlich ein oder zwei Seminare zu den verschiedensten politischen Themen an und haben uns zu den Schwerpunkten unserer diesjährigen Arbeit die Bildung und die Soziale Grundsicherung „erkoren“.

Wenn Sie mehr Informationen haben möchten bzw. Interesse besteht, in ['solid] einzutreten oder anderweitig mitzuwirken, melden Sie sich doch bitte in unserer Bundesgeschäftsstelle oder beim LandessprecherInnenrat rot(z)frech:

Ansprechpartner Gerd Walther [Dorfstr. 76, 17375 Vogelsang-Warsin, 0177-2776754, Fax 039773-20603, email wal34gerd@aol.com]

Mit sozialistischen Grüßen

Wenke Christoph

[BundessprecherInnenrat]

*Teil. Notiz v. 2.8.00, 15¹⁵ Uhr (übertagen):
„Junge GenossInnen“ → ehrenamtlich, ohne
eigene Publikation; offizielle Jugendorga ist ['solid]*

Bankverbindung

Partei Vorstand der PDS
Berliner Sparkasse
Kto-Nr.: 13 22 57 31
BLZ: 100 500 00
VZ: solid 1698-1

Korrespondenz mit der PDS zu Jugendarbeit (Quelle Q 10)

U Q 11

Mitgliederstatistik

Entwicklung der Mitgliederzahlen vom 01.12.1998 – 31.07.1999

31.12.1980	258.378
31.12.1981	259.345
31.12.1982	258.969
31.12.1983	261.984
31.12.1984	257.034
31.12.1985	250.513
31.12.1986	244.482
31.12.1987	240.125
31.12.1988	227.471
31.12.1989	212.705
31.12.1990	202.208
31.12.1991	191.606
31.12.1992	181.337
31.12.1993	170.108
31.12.1994	161.188
31.12.1995	154.154
31.12.1996	148.350
31.12.1997	143.489
31.12.1998	139.990
31.07.1999	139.207

Stichtag für die Delegiertenmeldung war der 31. Juli 1999

	31.8.1998	31.07.1999	Veränderungen absolut	Veränderungen prozentual
Baden-Württemberg	12.263	12.005	- 258	- 2,1%
Bayern	35.162	35.813	+ 651	+ 1,9%
Berlin	3.265	3.219	- 46	- 1,4%
Brandenburg	436	553	+ 117	+ 26,8%
Braunschweig	647	641	- 6	- 0,9%
Bremen	693	693	0	0%
Hamburg	3.066	2.872	- 194	- 6,3%
Hessen	11.770	10.128	- 1.642	- 13,9%
Niedersachsen (Hannover)	7.162	6.970	- 192	- 2,7%
Nordrhein-Westfalen	38.815	38.399	- 416	- 1,1%
Mecklenburg-Vorpommern	344	390	+ 46	+ 13,4%
Oldenburg	1.736	1.813	+ 77	+ 4,4%
Rheinland-Pfalz	8.944	9.608	+ 664	+ 7,4%
Saarland	5.924	6.096	+ 172	+ 2,9%
Sachsen&Niederschlesien	828	1.112	+ 284	+ 34,3%
Sachsen-Anhalt	509	593	+ 84	+ 16,5%
Schleswig-Holstein	7.021	6.767	- 254	- 3,6%
Thüringen	1.354	1.535	+ 181	+ 13,4%
Gesamt	139.939	139.207	- 732	- 0,5%

2. Mitgliederstruktur*

Geschlecht	31.08.1998	31.07.1999
männlich		
weiblich	75,3%	75,2%
	24,7%	24,8%
Konfession		
evangelisch	32,2%	30,8%
katholisch	50,1%	49,5%
ohne Angaben	17,7%	19,7%
Altersklassen		
14 – 17 Jahre	3,5%	4,0%
18 – 21 Jahre	15,3%	16,8%
22 – 24 Jahre	14,5%	15,0%
25 – 30 Jahre	35,3%	33,5%
31 – 35 Jahre	31,4%	30,7%
Mitgliedschaften		
CDU	24,0%	26,4%

*Die Auswertung bezieht sich nur auf die JU-Mitglieder, die in der Zentralen Mitglieder-Datei (ZMD) in Bonn geführt werden. Die bayerischen JU-Mitglieder sind hier nicht berücksichtigt.

Anhang V: Sonstiges



Postfach 10 17 06 • 46017 Oberhausen • UN 3/2000

INDER statt KINDER ?

Eine Bankrotterklärung ohne Beispiel!

»Kinder statt Inder !«

forderte der CDU-Obere Jürgen Rüttgers, der in Nordrhein-Westfalen Ministerpräsident werden möchte.

Ein Sturm der Entrüstung brach los, von rechtsradikalen und »fremdenfeindlichen« Parolen war die Rede.

Wir fragen: was ist denn »fremdenfeindlich« daran, zu fordern, daß wir mehr Kinder haben müßten und diese mit allen staatlichen Mitteln gefördert und ausgebildet werden sollten, damit die Bundesrepublik nicht zum Entwicklungsland wird?

Richtig ist, daß diese Forderung mindestens achtzehn Jahre zu spät kommt!

Im Jahre 1982 kam die CDU des Herrn Rüttgers an die Macht und versprach die große Wende!

Vorher hatte die SPD alles an Schule und Bildung kaputtgemacht, was an Bewährtem zu zerschlagen war. Erinnern Sie sich noch an Mengenlehre und Ganzheitsmethode?

Eine Reformitis jagte die andere! Die Klassengemeinschaften wurden abgeschafft, das Schulsystem zerstört. »Gleiche (Un)Bildung für alle!« hieß das Schlagwort. Eliten und die Förderung Hochbegabter war verpönt.

Heute bekommen wir die Quittung!



Er kann es - die Deutschen nicht!

Papua-Häuptling Willy Eiya vom Stamm der Huli auf Neu Guinea präsentierte auf der Tourismus-börse in Berlin seine »Website«: Er ist »online«.

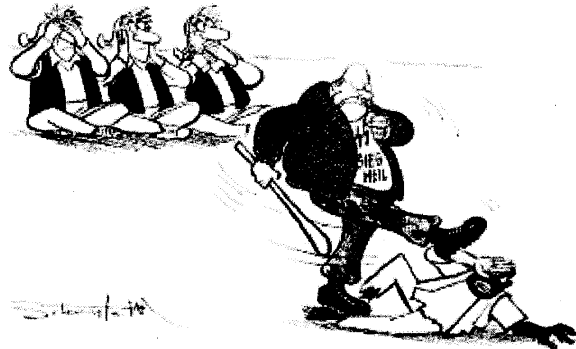
Vielleicht ein Anwärter auf die Schröder'sche »Green card«, um die Lehrer an unseren Schulen auszubilden? ■

AUS DEM INHALT:

- | | |
|--|-----------|
| ☐ Tyrannus Eurotopius frißt freie Völker | S. 3 |
| ☐ Kestil und Klima: Hochverrat? | S. 4 |
| ☐ Recht und Justiz: Die unglaublichen Erlebnisse eines Richters | S. 5 - 8 |
| ☐ Dresden: Menschenjagd nur noch ein Mythos? | S. 9 - 10 |
| Erste Reaktionen | S. 11 |

FDP

Gerhardt: Rechtsextremismus ist eine Schande für Deutschland



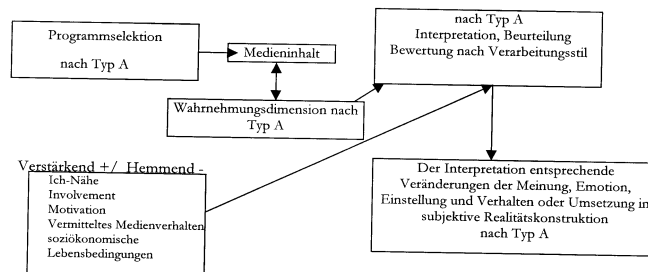
Deutsche Tugenden

© 1998 MADUBUKO

Veröffentlicht auf der FDP-Homepage (O38)

5.4.2 Medienwirkungsmodell

Aus den vorliegenden Erkenntnissen ergibt sich folgendes vorläufiges Bild eines Medienwirkungsprozesses von Fernsehinhalten (nach Bommert/ Weich/ Dirksmeier 1995, Charlton 1997, Donnerstag 1996):



Das hier entwickelte, rezipientenzentrierte Medienwirkungsmodell geht von einer differenzierten Wahrnehmung in Abhängigkeit von der Persönlichkeit des Rezipienten aus. Der Verarbeitungsprozeß beginnt mit einer persönlichkeits- und motivationspezifischen Programmselektion. Die Wahrnehmung der ausgewählten Inhalte ist je nach Persönlichkeitstyp, Bildung und Verarbeitungsstil unterschiedlich. Dementsprechend wird der Verarbeitungsprozeß, die Interpretation, Bewertung und Speicherung im Gedächtnis von diesen Faktoren bestimmt.

Die gewonnenen Interpretationen des Rezipienten werden im Verarbeitungsprozeß durch weitere Faktoren verstärkt oder abschwächt, z.B. durch hohes/ niedriges Involvement (starke Motivation oder empfundene Ich-Nähe), sozioökonomische Lebensumstände (Familiensituation)²¹⁵ und vermitteltes Medienverhalten.

Zu einer Veränderung der Emotion oder des Verhaltens, der Übernahme von Meinungen und Einstellungen bis hin zur Integration der Fernsehinhalte in die eigene subjektive Realitätskonstruktion kommt es demnach nur in bestimmten Faktorenkombinationen²¹⁶.

²¹⁵ vgl. Fernsehen in der Familie Kap. 4.3.1.

²¹⁶ näheres zur Frage der Wirkungsrichtung unter Kap.5.4.4 und Kap. 6 Befunde zur Medienwirkung

Erklärung zur Dissertation

„Die demagogische Kraft des Wortes: Ideologiebildung von rechts

Eine Analyse rechtsradikaler Sprachspiele und Denkmuster in Medientexten“

Hiermit versichere ich, dass ich die oben genannte Dissertation selbständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet und sämtliche Stellen, die den benutzten Werken oder dem Sinne nach entnommen sind, mit Quellenangaben kenntlich gemacht habe.

Berlin, den 08.08.2002

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Michaela Kronenberg'. The signature is fluid and cursive, with a large initial 'M' and a stylized 'K'.

Michaela Kronenberg